



# Chambre des Députés

## L U X E M B O U R G

COMPTE RENDU DES SÉANCES PUBLIQUES N°7  
SESSION ORDINAIRE 2008-2009

19<sup>e</sup> séance, mardi 16 décembre 2008  
20<sup>e</sup> séance, mercredi 17 décembre 2008  
21<sup>e</sup> séance, mercredi 17 décembre 2008  
22<sup>e</sup> séance, jeudi 18 décembre 2008

### ➤ Giorgio Napolitano,



© Carlo Hommel

Präsident der Republik Italien, empfing am 3. Februar Kammerpräsident Lucien Weiler im großherzoglichen Palast. In dem Gespräch ging es hauptsächlich um die bilateralen Beziehungen

zwischen Italien und Luxemburg und um Europa und die Auswirkungen der Wirtschaftskrise. Kammerpräsident Lucien Weiler bezeichnete das Gespräch als tiefgehend und herzlich.

### ➤ Tschechische EU-Präsidentschaft Für eine nachhaltige Energie für Europa

In die geschichtsträchtige Stadt Prag hatte die EU-Präsidentschaft zur Energie- & Umwelttagung vom 25. bis 26. Januar eingeladen.

Nur wenige Tage nach der Beilegung der Streitigkeiten zwischen Russland und der Ukraine bezüglich der Erdgaslieferungen nach Westeuropa, sollten sich die Vertreter aus den 27 Mitgliedstaaten auf die weiteren Schritte hin zu einer gesteigerten Energieversorgungssicherheit und Diversifizierung der Energievektoren äußern.

Den Rahmen für die Tagung bildete der jüngste Bericht „World Energy Outlook 2008“ von der Internationalen Energieagentur (IEA) in Paris.

Das vorgelegte Informationsmaterial machte darauf aufmerksam, dass die Energieabhängigkeit der Europäischen Union in einem verstärkten Maß ansteigt. Nur durch eine umgehende Bewusstseinsänderung hinsichtlich des Energieverbrauchs und der Energiegewinnung könne die EU der Energiefalle entkommen, hieß es. In seinem Redebeitrag unterstrich der luxemburgische Abgeordnete Marcel Oberweis die Notwendigkeit einer nachhaltigen Energieversorgung: „Mittels der Umwelttechnologien werden wir eine Antwort auf die aktuelle Wirtschaftskrise liefern und Hunderttausende von sicheren Arbeitsplätzen schaffen.“



Jacques-Yves Henckes und Marcel Oberweis vertraten das Luxemburger Parlament auf einer Tagung über die europäische Energieversorgung.

### ➤ Der Präsident des Deutschen Bundestags in Luxemburg

## Europa, die Krise und die nationalen Parlamente

Die Rolle der nationalen Parlamente bei der Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise sowie ihre Möglichkeit der Einflussnahme auf europäische Entscheidungen waren die zentralen Themen der Gespräche des deutschen Bundestagspräsidenten Norbert Lammert am 5. Februar in der luxemburgischen Abgeordnetenkammer.

Lammert traf dort mit Mitgliedern des Kammerbüros und des außen- und europapolitischen Ausschusses zusammen.

#### „Keine Konkurrenten“

„Wir dürfen das Europäische Parlament nicht als Konkurrenten betrachten“, sagte Lammert. Die Aufgabe der nationalen Parlamente in europapolitischen Angelegenheiten bestehe darin, die Regierungen zu kontrollieren.

In diesem Sinne habe der Deutsche Bundestag einen Vertrag mit der Bundesregierung abgeschlossen.

Darin verpflichtete sich die Regierung, das Parlament laufend und zügig über anstehende Entscheidungen zu informieren.

„Sofern der Bundestag Stellung bezieht, muss die Regierung diese Stellungnahme als Verhandlungsposition übernehmen“, erläuterte Lammert.

Zudem wurde dem Europaausschuss des Bundestags (durch eine Verfassungsänderung) das Recht zuerteilt, bestimmte europäische Fragen abschließend zu behandeln, also ohne Abstimmung in einer Plenarsitzung.

Einem seiner Ausschüsse hat der Bundestag auch die Kontrolle der Milliardenzahlungen an die Banken anvertraut.

Der Sonderausschuss kontrolliere wohl nicht jede einzelne staatliche Bürgschaft, könne jedoch die für die Abwicklung des Bankenrettungspaketes zuständige Behörde jederzeit zur Rechenschaft ziehen, erklärte der Bundestagspräsident.

#### Krise als Chance nutzen

Lammert war am Vormittag von seinem Luxemburger Kollegen Lucien Weiler, dem Präsidenten der „Chambre des Députés“, empfangen worden. Europa und die Krise standen auch im Mittelpunkt ihres Vier-Augen-Gesprächs.

Über dieses Thema bestand völlige Übereinstimmung zwischen den beiden Politikern.

„Diese Krise kann zu einer Chance werden, wenn die Bürger erkennen, dass Europa ohne Zusammenhalt in der globalisierten Welt chancenlos wäre“, meinten beide Vorsitzenden übereinstimmend.

Nach innen habe das untereinander abgestimmte Vorgehen dazu geführt, nationale Egoismen in der EU weitestgehend zurückzudrängen. Am frühen Nachmittag wurde



Der Präsident des Deutschen Bundestags wurde von Mitgliedern des Kammerbüros und des außen- und europapolitischen Ausschusses empfangen.

Norbert Lammert als Studiogast in der wöchentlichen Sendung „Chamber aktuell“



Lammert von Großherzog Henri in Audienz empfangen.

Auch eine Unterredung mit Premierminister Jean-Claude Juncker stand auf dem Programm.

Zum Abschluss seines Besuchs traf Lammert am 6. Februar mit Außenminister Jean Asselborn zusammen.

#### DANS CE NUMÉRO

|                                  |        |
|----------------------------------|--------|
| Mesures fiscales                 | p. 212 |
| Soins palliatifs                 | p. 243 |
| Euthanasie<br>(début des débats) | p. 248 |

Sommaire des séances  
publiques N°s 19 à 22 p. 256

Sommaire des questions  
parlementaires p. Q93



### ► Die schwedische EU-Präsidentschaft kündigt sich an



Die schwedische Delegation wurde von Mitgliedern der außenpolitischen Kommission empfangen.

Am 1. Juli 2009 wird Schweden die EU-Präsidentschaft übernehmen.

Die Herausforderungen sind durch die Finanzkrise und durch den Klimawandel gänzlich andere als im Jahr 2001, in dem Schweden zum ersten Mal die Präsidentschaft der damals noch 15 Mitgliedstaaten zählenden Europäischen Union innehatte, teilte die Präsidentin des Ausschusses für Europäische Angelegenheiten des schwedischen Parlaments, Anna Kinberg Batra, anlässlich eines Besuchs der Abgeordnetenversammlung des Großherzogtums Luxemburg mit.

Begleitet wurde Anna Kinberg Batra von einer achtköpfigen Delegation, der Abgeordnete von 5 der 7 im Riksdagen vertretenen Parteien angehörten.

In einem Gespräch mit den Mitgliedern der außenpolitischen Kommission der Abgeordneten-

kammer wurden die Schwerpunkte der schwedischen EU-Präsidentschaft näher umrissen.

Die Auswirkungen der Finanzkrise und Wirtschaftsfragen im Allgemeinen, die Maßnahmen gegen den Klimawandel, Fragen der Gleichberechtigung im Rahmen der Strategie von Lissabon und das Scheidungsrecht werden im zweiten Halbjahr 2009 auf der Tagesordnung stehen.

Bisher sind jedoch noch nicht alle Themen festgelegt, wichtige Teile des Programms werden erst in den kommenden Wochen und Monaten geschrieben, da sie von den aktuellen internationalen Entwicklungen abhängen.

Dazu gehören die Maßnahmen, die zur Milderung der Finanzkrise getroffen werden müssen und der Konflikt in Georgien sowie die europäische Energiepolitik.

### ► Umstrittene Gentechnik in der Landwirtschaft

Die Nutzung von genveränderten Organismen in der Großregion war das Thema einer gemeinsamen Sitzung der Ausschüsse für wirtschaftliche Fragen sowie für Umwelt und Landwirtschaft des Interregionalen Parlamentarierrates, die am 30. Januar unter dem Vorsitz des luxemburgischen Abgeordneten Marcel Oberweis und des Abgeordneten des Wallonischen Parlaments Léon Walry in der Abgeordnetenversammlung stattgefunden hat.

Im Mittelpunkt stand die luxemburgische Gesetzgebung, die den Anbau von genveränderten Organismen nur unter Einhaltung strenger Vorsichtsmaßnahmen erlaubt.

So muss nicht nur ein gewisser Mindestabstand zu anderen Feldern eingehalten werden, sondern das Landwirtschaftsministerium muss auch im Voraus über den geplanten Anbau genveränderter Organismen informiert

werden. Zudem muss eine Versicherung abgeschlossen werden, die für eventuelle Schäden aufkommt, die durch den Anbau genveränderter Organismen entstehen.

Da die Übertragung von Pollen durch Bienen weder Unterschiede zwischen genveränderten und unveränderten Pflanzen kennt noch an den Landesgrenzen Halt macht, ist auch auf diesem Gebiet die Zusammenarbeit in der Großregion von großem Interesse.

Aus wissenschaftlicher Sicht erläuterte Professor Patrick du Jardin (Universität Gembloux, Belgien) die Risiken und Herausforderungen der Gentechnik für die Landwirtschaft.

Weitere Redner waren Marc Weyland (Verwaltung der technischen Dienste des Landwirtschaftsministeriums) und Roger Dammé (Sekretär der Bienenzüchtervereinigung).

### ► Ali Babacan chez Lucien Weiler



Dans le cadre de sa visite de travail au Luxembourg, le Ministre des Affaires étrangères de la République de Turquie, M. Ali Babacan, a été reçu le 10 février

2009 par le Président de la Chambre des Députés.

Lors de cette entrevue, les relations bilatérales ainsi que l'actua-

lité européenne ont été au centre des discussions. Le rôle stratégique de la Turquie comme porte d'entrée des hydrocarbures en Europe fut également abordé.

## NOUVELLES LOIS

## COMPTE RENDU N°7 • 2008-2009

### Coopération interadministrative

**5757 - Projet de loi ayant pour objet la coopération interadministrative et judiciaire et le renforcement des moyens de l'Administration des Contributions Directes, de l'Administration de l'Enregistrement et des Domaines et de l'Administration des Douanes et Accises et portant modification de**

**- la loi modifiée du 12 février 1979 concernant la taxe sur la valeur ajoutée;**

**- la loi générale des impôts („Abgabenordnung“);**

**- la loi modifiée du 17 avril 1964 portant réorganisation de l'Administration des Contributions Directes;**

**- la loi modifiée du 20 mars 1970 portant réorganisation de l'Administration de l'Enregistrement et des Domaines;**

**- la loi modifiée du 27 novembre 1933 concernant le recouvrement des contributions directes et des cotisations d'assurance sociale**

Le projet de loi sous rubrique a pour objet d'établir les bases légales pour une coopération intensifiée entre l'Administration des Contributions Directes et l'Administration de l'Enregistrement et des Domaines.

Il fait partie d'un ensemble de mesures visant à améliorer sur le plan national les capacités d'actions des deux administrations dans la lutte contre l'évasion et la fraude fiscales. Il s'agit de renforcer le dispositif légal afin de permettre un échange d'informations efficace entre ces administrations en vue de la détermination surtout des impôts budgétairement les plus importants, à savoir l'impôt sur le revenu, l'impôt sur le revenu des collectivités, la TVA et les droits d'enregistrement. À noter que l'Administration des Douanes et Accises est également pleinement associée à la coopération avec l'Administration de l'Enregistrement et des Domaines.

Notons que l'une des finalités primaires de la coopération entre les administrations fiscales consiste à garantir le principe de l'égalité des citoyens et des entreprises devant l'impôt. À cet effet le champ d'application de l'échange d'informations est élargi à d'autres acteurs étatiques/personnes morales de droit public. Ainsi, le projet de loi crée également le cadre légal pour un échange de données entre les administrations fiscales, d'un côté, et l'Inspection Générale de la Sécurité Sociale, le STATEC, le Centre Commun de la Sécurité Sociale, le Ministère des Transports, la Caisse Nationale des Prestations Familiales, le Fonds National de Solidarité et l'Inspection du Travail et des Mines de l'autre côté. En effet, ces administrations détiennent des informations nécessaires à l'établissement correct et au recouvrement des différents impôts et taxes relevant des compétences des administrations fiscales.

À noter que ces échanges de données se font dans des conditions conformes à la loi modifiée du 2 août 2002 relative à la protection des personnes à l'égard du traitement des données à caractère personnel.

## Chamber TV

**an der Stad**  
um Kanal S 29 (Coditel) oder  
um Kanal S 40 (Eltrona/Siemens)

**zu Esch**  
um Kanal S40 (455.25 MHz)

**zu Déifferdeng**  
um Kanal S 29

**zu Diddeleng**  
um Kanal S 32

**an der Gemeng Nidderaanwen**  
um Kanal S 29



|                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                     |  |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--|
| Dépôt par M. Jean-Claude Juncker, Ministre des Finances, le 23.08.2007<br>Rapporteur: M. Norbert Hauptert                                                                                                                                                                                                                                           |  |
| Travaux de la Commission des Finances et du Budget<br>(Président: M. Laurent Mosar):<br>02.10.2007    Désignation d'un rapporteur<br>Présentation du projet de loi<br>16.09.2008    Examen du projet de loi et de l'avis du Conseil d'État<br>23.09.2008    Adoption d'amendements<br>09.12.2008    Présentation et adoption d'un projet de rapport |  |
| Vote en séance publique: 17.12.2008<br>Loi du 19 décembre 2008.<br>Mémorial A: 2008, N°206, page 3130                                                                                                                                                                                                                                               |  |

## Luxembourg - ARYM (sécurité sociale)

**5768 - Projet de loi portant approbation de la Convention en matière de sécurité sociale entre le Grand-Duché de Luxembourg et la République de Macédoine, faite à Luxembourg, le 28 novembre 2006**

L'objectif principal de la «Convention en matière de sécurité sociale entre le Grand-Duché de Luxembourg et la République de Macédoine» est de remplacer l'ancienne convention générale sur la sécurité sociale entre le Grand-Duché de Luxembourg et la République fédérative populaire de Yougo-

slavie du 13 octobre 1954 par un instrument plus moderne et plus adéquat. Si la convention avec la Yougoslavie a, dans un premier temps, été maintenue en vigueur dans nos relations avec l'ancienne République yougoslave de Macédoine (ARYM), cette situation est devenue inadéquate pour diverses raisons.

La nouvelle convention garantit les droits en matière de sécurité sociale des personnes qui ont été soumises successivement ou alternativement aux législations des États contractants.

Le projet de loi a pour objet d'approuver cette convention conclue à Luxembourg le 19 février 2008.

|                                                                                                                                                                                                                                                                                                         |  |
|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--|
| Dépôt par M. Jean Asselborn, Ministre des Affaires étrangères<br>et de l'Immigration, le 04.09.2007<br>Rapporteur: M. Romain Schneider                                                                                                                                                                  |  |
| Travaux de la Commission de la Santé et de la Sécurité sociale<br>(Présidente: Mme Lydia Mutsch):<br>09.10.2008    Désignation d'un rapporteur<br>27.11.2008    Présentation et examen du projet de loi et de l'avis du Conseil d'État<br>11.12.2008    Présentation et adoption d'un projet de rapport |  |
| Vote en séance publique: 17.12.2008<br>Loi du 19 décembre 2008.<br>Mémorial A: 2008, N°203, page 3096                                                                                                                                                                                                   |  |

## Loi électorale

**5859 - Projet de loi portant modification**

**1. de la loi électorale modifiée du 18 février 2003;**

**2. de la loi du 4 février 2005 relative au référendum au niveau national**

Le projet de loi sous rubrique a pour objet de modifier et de compléter la loi électorale ainsi que d'adapter l'article 35 de la loi du 4 février 2005 relative au référendum au niveau national.

La loi électorale modifiée du 18 février 2003 a été appliquée pour la première fois à l'occasion des élections législatives et européennes du 13 juin 2004 et des élections communales du 9 octobre 2005.

Les adaptations proposées dans le projet de loi sous rubrique tiennent compte, d'une part, de l'expérience collectée au cours de l'échéance électorale passée et, d'autre part, des prises de position du gouvernement à l'égard de trois propositions de loi en matière électorale, à savoir:

- la proposition de loi N°5575 de Mme la Députée Lydie Err et de M. le Député Ben Fayot, qui vise notamment la prolongation du délai d'inscription des non-Luxembourgeois sur les listes électorales et la diminution de la durée de résidence pour les non-Luxembourgeois de cinq à deux ans;

- les propositions de loi 5668 et 5669 de Mme la Députée Anne Brasseur qui visent notamment à simplifier la procédure d'envoi des convocations aux élections respectivement au référendum en supprimant la formalité du récépissé.

**La prolongation du délai d'inscription des non-Luxembourgeois sur les listes électorales**

La plus importante innovation du projet de loi sous rubrique concerne les nouvelles dispositions relatives à l'inscription sur la liste électorale des citoyens ressortissant d'un autre État membre de l'Union européenne pour les élections européennes et à l'inscription des étrangers sur la liste électorale pour les élections communales.

**La procédure de réclamation et de recours contre les listes électorales**

Par le biais du nouveau projet de loi, cette procédure pourra se dérouler en temps utile avant le jour des élections. Concernant les voies de recours, le nouveau texte propose de mettre fin à la compétence actuelle du juge de paix du canton au profit du tribunal administratif seul compétent en vue de connaître des recours en réformation exercés contre une décision administrative unilatérale, avec possibilité d'appel devant la Cour administrative.

**La durée de résidence**

Le projet de loi sous rubrique prévoit de ramener de cinq à deux ans la durée de résidence à laquelle la loi électorale soumet le droit de participation des ressortissants d'un autre État membre de l'Union européenne aux élections européennes.

**Une base légale pour le bureau centralisateur gouvernemental**

Ce bureau est chargé de collecter auprès des bureaux de vote une copie des résultats électoraux pour calculer de manière officielle les résultats des élections en vue de les communiquer rapidement au public et aux médias.

**La lettre de convocation**

Le législateur propose de supprimer dans la loi électorale l'obligation respectivement du récépissé et de l'accusé de réception pour l'envoi des lettres de convocation au scrutin.

Dorénavant, un simple envoi par voie postale sera suffisant.

**Fichiers électroniques**

Le présent projet de loi prévoit expressément que dorénavant la tenue et la mise à jour des listes électorales se font soit sur papier, soit sous forme de fichiers électroniques. Il est toutefois précisé que les listes dont la loi prévoit de les soumettre à l'inspection du public doivent dans tous les cas être produites dans une version «papier».

|                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                              |  |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--|
| Dépôt par M. Jean-Marie Halsdorf, Ministre de l'Intérieur et de l'Aménagement<br>du Territoire, le 25.03.2008<br>Rapporteur: M. Marco Schank                                                                                                                                                                                                                                                                                                                 |  |
| Travaux de la Commission des Affaires intérieures et de l'Aménagement du Territoire<br>(Président: M. Marco Schank):<br>18.06.2008    Présentation du projet de loi<br>09.09.2008    Examen de l'avis du Conseil d'État<br>16.09.2008<br>27.11.2008    Adoption d'une série d'amendements<br>02.12.2008<br>11.12.2008    Examen de l'avis complémentaire du Conseil d'État<br>Désignation d'un rapporteur<br>Présentation et adoption d'un projet de rapport |  |
| Vote en séance publique: 17.12.2008<br>Loi du 19 décembre 2008.<br>Mémorial A: 2008, N°210, page 3162                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                        |  |

## Luxembourg - Hong Kong (fiscalité)

**5862 - Projet de loi portant approbation de la Convention entre le Grand-Duché de Luxembourg et la Région administrative spéciale de Hong Kong de la République Populaire de Chine tendant à éviter les doubles impositions et à prévenir la fraude fiscale en matière d'impôts sur le revenu et sur la fortune, signée à Hong Kong, le 2 novembre 2007**

Le projet de loi sous rubrique a pour objet l'approbation de la Convention entre le Grand-Duché de Luxembourg et la Région administrative spéciale («RAS») de Hong Kong de la République Populaire de Chine tendant à éviter les doubles impositions et à

prévenir la fraude fiscale en matière d'impôts sur le revenu et sur la fortune.

Cette convention, signée à Hong Kong le 2 novembre 2007, s'inscrit dans la liste des nombreuses conventions fiscales conclues au cours des dernières décennies par le Gouvernement luxembourgeois afin de créer un cadre fiscal compétitif dans l'intérêt de l'intensification des relations économiques du pays et de la place financière en particulier.

La convention sous rubrique offrira des opportunités d'investissements aux entreprises désirant s'implanter à Hong Kong, ainsi qu'aux entreprises originaires de la RAS de Hong Kong et de Chine désirant investir au Luxembourg.

|                                                                                                                                                                                                                                                              |  |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--|
| Dépôt par M. Jean Asselborn, Ministre des Affaires étrangères et de l'Immigration,<br>le 04.04.2008<br>Rapporteur: M. Lucien Thiel                                                                                                                           |  |
| Travaux de la Commission des Finances et du Budget<br>(Président: M. Laurent Mosar):<br>02.12.2008    Désignation d'un rapporteur<br>Examen du projet de loi et de l'avis du Conseil d'État<br>04.12.2008    Présentation et adoption d'un projet de rapport |  |
| Vote en séance publique: 10.12.2008<br>Loi du 19 décembre 2008.<br>Mémorial A: 2008, N°202, page 3084                                                                                                                                                        |  |

## Administration des Services médicaux du Secteur public

**5870 - Projet de loi portant création de l'Administration des Services médicaux du Secteur public**

Le projet de loi a pour objet de créer la base légale pour une nouvelle administration des services médicaux du secteur public qui sera placée sous l'autorité du Ministre de la Fonction publique et de la Réforme administrative.

Les fonctions de médecin du travail et de médecin de contrôle dans la Fonction publique ont été introduites dans le statut général des fonctionnaires de l'État par une loi du 19 mai 2003, loi modificative de la loi de base du 16 avril 1979, et leurs missions ont été précisées par un règlement grand-ducal du 5 mars 2004.

Depuis lors, les besoins en la matière, et surtout en matière de santé au travail, ont rapidement évolué. En effet, les différentes attributions du médecin du travail et le nombre

élevé d'agents de l'État à examiner ont amené le Gouvernement à recruter un deuxième médecin du travail en 2005, un troisième en 2006 et un quatrième en 2008. La situation de la médecine du travail et de la médecine de contrôle a évolué de telle manière que le Gouvernement est arrivé à la conclusion que le service médical de la Fonction publique devrait être organisé à part et bénéficier de son propre cadre.

Dans la mesure où la santé au travail et la médecine de contrôle constituent deux volets bien distincts, l'administration en question comprendra deux divisions, chacune dirigées par un médecin-chef de division.

En dehors des médecins, le cadre de la nouvelle administration prévoit également la carrière du psychologue. Ensuite, l'Administration des Services médicaux pourra nécessiter à l'avenir la présence accrue d'infirmiers qui assistent les médecins en s'occupant des tâches paramédicales. Pour l'encadrement et les travaux administratifs ainsi que l'accueil de l'administration, les carrières de l'attaché de Gouvernement, du rédacteur et du concierge ont également été prévues.

|                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                            |  |
|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--|
| Dépôt par M. Claude Wiseler, Ministre de la Fonction publique et de la Réforme administrative, le 29.04.2008<br>Rapporteur: M. Paul-Henri Meyers                                                                                                                                                                                                                                                                                                                           |  |
| Travaux de la Commission de la Fonction publique et de la Réforme administrative, des Media et des Communications<br>(Président: M. Lucien Thiel):<br>06.10.2008    Désignation d'un rapporteur<br>Examen du projet de loi et de l'avis du Conseil d'État<br>13.10.2008    Examen et adoption d'une série d'amendements parlementaires<br>01.12.2008    Examen de l'avis complémentaire du Conseil d'État<br>08.12.2008    Présentation et adoption d'un projet de rapport |  |
| Vote en séance publique: 17.12.2008<br>Loi du 19 décembre 2008.<br>Mémorial A: 2008, N°215, page 3194                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                      |  |

## Luxembourg - Monténégro (sécurité sociale)

### 5885 - Projet de loi portant approbation de la Convention entre le Grand-Duché de Luxembourg et le Monténégro en matière de sécurité sociale

L'objectif principal de la convention en matière de sécurité sociale entre le Grand-Duché de Luxembourg et le Monténégro signée à Luxembourg le 19 février 2008 est de remplacer l'ancienne convention entre le Grand-Duché de Luxembourg et de la Communauté d'État Serbie et Monténégro en matière de

sécurité sociale, signée à Belgrade le 27 octobre 2003 qui est actuellement applicable. La nouvelle convention bilatérale est surtout une adaptation formelle devenue nécessaire suite à l'indépendance du Monténégro. À noter que l'ancienne convention continuera à s'appliquer dans les relations avec la Serbie.

La nouvelle convention avec le Monténégro garantit les droits en matière de sécurité sociale des personnes qui ont été soumises successivement ou alternativement aux législations des États contractants.

Le projet de loi a pour objet d'approuver cette convention conclue à Luxembourg le 28 novembre 2006.

|                                                                                                                                                                                                                                                                                                         |  |
|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--|
| Dépôt par M. Jean Asselborn, Ministre des Affaires étrangères et de l'Immigration, le 29.05.2008<br>Rapporteur: M. Romain Schneider                                                                                                                                                                     |  |
| Travaux de la Commission de la Santé et de la Sécurité sociale<br>(Présidente: Mme Lydia Mutsch):<br>09.10.2008    Désignation d'un rapporteur<br>27.11.2008    Présentation et examen du projet de loi et de l'avis du Conseil d'État<br>11.12.2008    Présentation et adoption d'un projet de rapport |  |
| Vote en séance publique: 17.12.2008<br>Loi du 19 décembre 2008.<br>Mémorial A: 2008, N°201, page 3072                                                                                                                                                                                                   |  |

## Fonction publique

### 5889 - Projet de loi modifiant et complétant

#### a) la loi modifiée du 16 avril 1979 fixant le statut général des fonctionnaires de l'État

#### b) la loi modifiée du 22 juin 1963 fixant le régime des traitements des fonctionnaires de l'État

#### c) la loi du 14 novembre 1991 fixant les conditions et les modalités de l'accès du fonctionnaire à une carrière supérieure à la sienne

#### d) la loi modifiée du 27 mars 1986 fixant les conditions et les modalités selon lesquelles le fonctionnaire de l'État peut se faire changer d'administration

#### e) la loi modifiée du 23 juillet 1952 concernant l'organisation militaire

#### f) la loi du 21 décembre 2007 modifiant la loi modifiée du 23 juillet 1952 concernant l'organisation militaire

Le projet sous avis a pour objet de modifier plusieurs textes législatifs concernant des matières diverses, dont notamment:

##### 1. les mécanismes d'engagement d'experts

La loi du 19 mai 2003 modifiant la loi modifiée du 16 avril 1979 fixant le statut général des fonctionnaires de l'État avait introduit la possibilité d'engager auprès de l'État et en qualité d'employé pour la durée d'un an des agents pouvant se prévaloir d'une expérience professionnelle particulière, ceci en cas de circonstances exceptionnelles justifiant une dérogation aux conditions d'admission, de nomination et de stage normalement à remplir. Ce texte prévoyait pour ces mêmes

agents que «après cette période, il peuvent être nommés en qualité de fonctionnaire de l'État à un emploi d'une carrière de fonctionnaire correspondant à leur degré d'études». Cette notion d'emploi ayant donné lieu à des interprétations restrictives, soutenant que les dispositions actuelles ne permettraient pas des nominations au-delà du premier grade et de la première fonction de la carrière correspondante de fonctionnaire, la présente adaptation a pour objet d'apporter les précisions nécessaires permettant dorénavant d'appliquer le mécanisme du passage du régime d'employé vers celui du fonctionnaire, en continuant à faire bénéficier l'intéressé du même grade atteint ou d'une autre fonction classée à un autre grade de la carrière de fonctionnaire correspondante.

##### 2. l'introduction du congé individuel de formation

Le texte introduit donc au niveau de l'article 28 de la loi modifiée du 16 avril 1979 fixant le statut général des fonctionnaires de l'État le principe du congé individuel de formation. Tout comme pour les autres congés énumérés à l'article 28, la nature, la durée, les conditions et les modalités d'allocation du congé seront réglées par l'introduction des dispositions afférentes au niveau du règlement grand-ducal modifié du 22 août 1985 fixant le régime des congés des fonctionnaires et employés de l'État.

##### 3. le supplément personnel du traitement en cas de réintégration dans la fonction publique

L'accord salarial dans la Fonction publique signé le 5 juillet 2007 prévoit que le Gouvernement prendra les dispositions nécessaires pour modifier les textes en vigueur en vue «d'un recrutement au niveau de traitement atteint au moment de leur départ (par le biais

d'un supplément personnel) des fonctionnaires et employés de l'État rentrant au service après interruption de leur qualité d'agent public.» Déjà les dispositions actuelles de l'article 6bis de la loi modifiée du 22 juin 1963 fixant le régime des traitements des fonctionnaires de l'État prévoient la possibilité d'accorder un supplément personnel de traitement notamment pour le fonctionnaire qui vient d'être admis au stage d'une carrière supérieure à la sienne ainsi que pour l'employé de l'État et l'ouvrier de l'État admis comme stagiaire-fonctionnaire ou nommé fonctionnaire. Le supplément pouvant être alloué par décision du Gouvernement en conseil, sur avis du Ministre de la Fonction publique et de la Réforme administrative, est destiné à compenser une éventuelle perte de traitement à laquelle s'exposent les agents après les changements de situation de carrière précités. Les nouvelles dispositions introduites par le présent projet de loi s'inspirent très largement de celles précitées, mais prévoient dorénavant la possibilité de bénéficier d'un tel supplément même après une interruption de service auprès de l'État, alors que celles existantes s'appliquaient aux cas de passage sans interruption aucune d'une carrière ou d'un régime à un autre.

##### 4. le changement de carrière

Les adaptations apportées à la loi du 14 novembre 1991 fixant les conditions et les modalités de l'accès du fonctionnaire à une carrière supérieure à la sienne ont pour objet de préciser la notion de «grade immédiatement supérieur» dans le cadre du changement de carrière.

##### 5. le partage de l'allocation de famille

L'accord salarial dans la Fonction publique signé le 5 juillet 2007 a retenu que le Gouvernement prendra les dispositions nécessaires pour modifier les textes en vigueur en vue «de l'introduction de la possibilité pour les conjoints et partenaires au sens de la loi du 9 juillet 2004 relative aux effets légaux de certains partenariats, travaillant tous les deux à tâche partielle auprès de l'État, de partager l'allocation de famille entre eux au prorata de leur degré de tâche.»

L'article 9 de la loi modifiée du 22 juin 1963 fixant le régime des traitements des fonctionnaires de l'État prévoit en effet, à titre d'accessoire de traitement, le versement possible d'une allocation de famille égale à 8,1 % du traitement sans qu'elle ne puisse être inférieure à 25 points indiciaires, ni supérieure à 29 points indiciaires. Pour les fonctionnaires bénéficiant d'un congé pour travail à mi-temps, l'allocation en question est réduite de moitié. Le fonctionnaire bénéficiaire d'un congé sans traitement ne touche pas d'allocation. Pour ceux prestant un service à temps partiel, elle est proratisée par rapport au degré d'occupation. Les mêmes modalités sont applicables aux employés et ouvriers de l'État engagés à tâche complète ou à tâche partielle. Ces modalités retiennent par ailleurs le principe d'un versement unique d'une allocation par ménage, principe également respecté lorsque le conjoint ou partenaire de l'agent de l'État travaille dans le secteur privé. C'est dans le même ordre d'idées que l'allocation de famille est actuellement calculée sur et payée avec le traitement le plus élevé, lorsque les deux conjoints ou partenaires sont agents publics.

Le Gouvernement a reconnu comme injuste qu'un couple dont les deux conjoints travaillent par exemple à mi-temps ne bénéficie que d'une allocation de famille réduite de moitié alors que les ménages dans lesquels un partenaire travaille à plein temps et l'autre s'adonne à l'éducation des enfants touchent une allocation complète. Les modifications apportées dans le présent cadre à l'article 9 de la loi sur les traitements ont pour objet de remédier à ces situations jugées inéquitables.

##### 6. la computation des périodes de congé sans traitement et de congés pour travail à mi-temps

La loi du 19 mai 2003 modifiant entre autres la loi modifiée du 16 avril 1979 fixant le statut général des fonctionnaires de l'État a introduit à son article I une mesure qui permet à tous les fonctionnaires en service à temps partiel, en congé pour travail à mi-temps ou

en congé sans traitement de prendre en compte intégralement le temps de service pendant une durée de dix ans pour les congés sans traitement, respectivement de quinze ans pour les congés pour travail à mi-temps et ce pour l'application des avancements en traitement et en échelon, pour les promotions ainsi que pour le droit d'admission à l'examen de promotion. Cette disposition a rétroagi également au bénéfice de toutes les personnes qui se sont trouvées en congé sans traitement ou en congé pour travail à mi-temps pour s'occuper de l'éducation de leur(s) enfant(s) de moins de quinze ans au moment de la mise en vigueur de la loi de 2003. La période prise en compte s'est située entre la date de la mise en vigueur de la loi de 2003 et la période restant à couvrir pour parfaire les dix respectivement quinze années, sous réserve de la déduction du temps déjà computé à leur profit en vertu d'une autre disposition.

À ce sujet, l'accord salarial dans la Fonction publique signé le 5 juillet 2007 retient en son point 2 sous a) une disposition supplémentaire qui prévoit que le Gouvernement complètera le texte en vigueur en vue de permettre aux fonctionnaires, ayant bénéficié avant le 1<sup>er</sup> juillet 2003 d'un congé sans traitement ou d'un congé pour travail à mi-temps pour élever leur(s) enfant(s) à charge de moins de quinze ans, de bénéficier d'une computation des congés en question comme période d'activité de service intégrale pour l'application des avancements en échelon et des majorations de l'indice. Il s'agit en fait d'une mesure qui est introduite afin d'éviter que les fonctionnaires ayant bénéficié d'un congé avant l'entrée en vigueur de la loi de 2003 pour se consacrer à l'éducation de leurs enfants, ne soient désavantagés.

##### 7. le changement d'administration

La modification de la loi modifiée du 27 mars 1986 fixant les conditions et les modalités selon lesquelles le fonctionnaire de l'État peut se faire changer d'administration a pour unique objet d'apporter une précision supplémentaire à la fixation du rang du fonctionnaire ayant changé d'administration et dont l'agent de référence initial a quitté le service. Pour ne pas léser ces fonctionnaires qui risqueraient alors de voir refixer leur rang par rapport à un agent moins ancien en rang que l'agent de référence initial, la disposition prévoit que dans ce cas, ils conservent leur rang dans le tableau d'avancement.

##### 8. le droit de priorité des soldats volontaires

Il est apparu que la formulation actuelle du texte, qui instaure un droit de priorité absolu en ce sens qu'en présence d'un soldat volontaire postulant pour un poste d'employé, l'administration se voit obligé d'attribuer ce poste automatiquement à ce dernier, et ce uniquement à cause de son statut antérieur de soldat volontaire et sans aucune possibilité de mettre le profil du poste en relation avec le profil du candidat, se révèle finalement peu bénéfique pour l'administration ou le service concernés. En effet, ceux-ci sont tributaires de l'efficacité et de la productivité de leurs agents, ce qui ne saurait être garanti en l'absence de critère d'appréciation et de sélection permettant de prendre en compte le bagage scolaire, les compétences et l'expérience antérieure de tous les candidats.

La modification proposée a pour unique objet d'apporter une précision à la disposition existante en ce qu'elle permettra à l'avenir de disposer d'une marge d'appréciation. En effet, il sera dorénavant possible de pourvoir un poste en raison de la concordance du profil de l'emploi au profil du candidat, indépendamment du statut antérieur des intéressés. S'il est vrai que cette disposition met fin à une sélection automatique sans critère raisonnable au bénéfice d'une meilleure relation entre les exigences du poste et les capacités du candidat, il n'en reste pas moins que le droit de priorité est maintenu et développera toute sa portée en présence de deux candidats présentant un profil identique ou du moins approprié à titre égal au profil du poste et dont l'un aurait le statut de soldat volontaire.

En outre le projet de loi vise à redresser, dans les dispositions en vigueur, quelques erreurs matérielles.



|                                                                                                                                                                                                                                                                                                                      |
|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| Dépôt par M. Claude Wiseler, Ministre de la Fonction publique et de la Réforme administrative, le 04.06.2008<br>Rapporteur: M. Paul-Henri Meyers                                                                                                                                                                     |
| Travaux de la Commission de la Fonction publique et de la Réforme administrative, des Media et des Communications<br>(Président: M. Lucien Thiel):<br>01.12.2008 Désignation d'un rapporteur<br>Examen du projet de loi et de l'avis du Conseil d'État<br>08.12.2008 Présentation et adoption d'un projet de rapport |
| Vote en séance publique: 17.12.2008<br>Loi du 19 décembre 2008.<br>Mémorial A: 2008, N°214, page 3186                                                                                                                                                                                                                |

## Maison du Savoir Belval

### 5897 - Projet de loi relatif à la construction de la Maison du Savoir à Belval pour les besoins de l'Université du Luxembourg

#### 1. Objet du projet de loi

Le projet de loi sous rubrique a pour objet la construction de la Maison du Savoir à Belval pour les besoins de l'Université du Luxembourg.

En 2005, le Gouvernement luxembourgeois a retenu le site de Belval comme siège unique de l'Université du Luxembourg. Les membres du Gouvernement se sont mis d'accord pour construire dans un premier temps à Belval la Faculté des Sciences, de la Technologie et de la Communication et la Faculté des Lettres, des Sciences humaines, des Arts et des Sciences de l'Éducation ainsi que les infrastructures d'enseignement, le Rectorat et l'administration centrale de l'Université. Une décision définitive concernant l'implantation de la Faculté de Droit, d'Économie et des Finances sera probablement prise en 2009.

La reconversion de la friche industrielle de Belval, la création d'un quartier nouveau ainsi que d'une véritable agglomération urbaine constituent une opportunité exceptionnelle pour réaliser un espace universitaire et de recherche dans un contexte urbain en devenir. L'Université du Luxembourg sera l'élément majeur de la Cité des Sciences qui constitue le projet phare de la reconversion de la friche industrielle Belval et qui sera implantée sur la Terrasse des Hauts Fourneaux couvrant une surface de 15,48 ha.

L'objectif du Gouvernement luxembourgeois est de créer un complexe universitaire qui s'inscrive d'une manière naturelle dans le tissu structuré du site de Belval pour participer tant par ses constructions que par les activités qu'il génère à la création d'un quartier urbain vivant. Les activités vont s'organiser autour de l'idée de mixité des fonctions. Parallèlement à l'enseignement et aux activités de recherche, on trouvera également des offres culturelles et de loisirs, du commerce, des services administratifs publics et privés ainsi que des logements.

Le projet urbain de Belval offre l'opportunité de développer simultanément la ville et l'Université et de conditionner leur expansion d'une manière réfléchie. Ceci permet de promouvoir une nouvelle approche qui crée une liaison intrinsèque entre la ville, d'une part, et l'enseignement supérieur, la recherche et l'innovation, d'autre part, conduisant ainsi à l'intégration totale de ces derniers éléments dans le tissu et les activités urbains.

#### 2. La Maison du Savoir

Le premier projet de la Cité des Sciences qui sera réalisé à Belval sera la Maison du Savoir qui regroupera toutes les infrastructures des enseignements généraux, des séminaires et des conférences de l'Université. La

Maison du Savoir sera le lieu le plus fréquenté par les étudiants des différents cycles d'enseignement.

##### 2.1. Le centre de l'enseignement

Tous les cours théoriques des deux premiers cycles universitaires seront dispensés dans la Maison du Savoir. Cette destination détermine le programme de construction qui s'avère être difficile dans la mesure où toutes les données du problème ne sont pas unies. Les données du passé ne sont pas applicables telles quelles pour le futur. Elles ne sont pas tout à fait représentatives pour le projet à venir dans la mesure où la structure actuelle de l'Université est complètement différente non seulement en ce qui concerne sa structure organique, mais également en raison du fait qu'elle est distribuée sur trois sites différents, ce qui rend les synergies difficiles, voire dans certains cas impossibles.

À Belval cette situation est bien différente. L'un des objectifs de la création de la Cité des Sciences est la réalisation de synergies dans l'esprit d'une optimisation de l'exploitation des infrastructures et, ainsi, d'une réduction du nombre des salles nécessaires.

##### 2.2. Le centre de conférences

La Maison du Savoir ne sera néanmoins pas réservée exclusivement aux étudiants, mais sera fréquentée également par des visiteurs et utilisateurs externes. Les installations et équipements se prêteront parfaitement à l'organisation de séminaires publics ou privés, de conférences et de congrès.

L'utilisation de la Maison du Savoir en tant que centre de conférences est l'une des pistes les plus prometteuses pour améliorer le taux d'occupation global des salles disponibles.

Au-delà du fait d'améliorer le rendement des équipements, ce modèle contribuera à ouvrir l'Université au public. Cela exige un certain nombre d'aménagements particuliers. Les accès devront être aisés. Les différents espaces devront pouvoir être utilisés sans interférer sur le fonctionnement des autres. Il faudra une configuration bien étudiée qui permette une flexibilité optimale dans l'exploitation.

##### 2.3. L'administration

La Maison du Savoir hébergera également l'administration de l'Université se composant de la direction qui est assurée par le Conseil de Gouvernance, le Rectorat et la Direction des Pôles Thématiques ainsi que des services administratifs.

Au niveau fonctionnel, cela implique une séparation des espaces destinés à la direction de l'Université et des espaces générant une fréquentation régulière des étudiants. Les organes de direction auront besoin de bureaux et salles de réunions ainsi qu'un espace pour l'accueil de VIP. Les services destinés à l'accueil, à l'information et au conseil des étudiants, se composeront de bureaux et de salles de réception.

|                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                      |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| Dépôt par M. Claude Wiseler, Ministre des Travaux publics, le 02.07.2008<br>Rapporteuse: Mme Sylvie Andrich-Duval                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                    |
| Travaux de la Commission des Travaux publics<br>(Président: M. Lucien Clement):<br>22.09.2008 Désignation d'un rapporteur<br>24.11.2008 Présentation du projet de loi et de l'avis du Conseil d'État<br>27.11.2008 Discussion sur le concept Cité des Sciences<br>01.12.2008 Présentation et adoption du projet de rapport<br>Travaux de la Commission de l'Enseignement supérieur, de la Recherche et de la Culture<br>(Président: M. Fred Sunnen): |

|                                                                                                       |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| 27.11.2008 Discussion sur le concept Cité des Sciences                                                |
| Vote en séance publique: 10.12.2008<br>Loi du 19 décembre 2008.<br>Mémorial A: 2008, N°208, page 3142 |

## AID / FMI

### 5902 - Projet de loi

- **approuvant la participation du Grand-Duché de Luxembourg à la 15<sup>e</sup> reconstitution des ressources de l'Association internationale de développement**

- **approuvant l'amendement des Statuts du Fonds monétaire international en faveur d'une extension de l'autorité d'investissement du Fonds**

- **approuvant l'amendement des Statuts du Fonds monétaire international modifiant la structure des quotes-parts et renforçant la repré-**

**sentation des pays à faible revenu, et autorisant le Gouvernement à prendre les mesures nécessaires à l'augmentation de la quote-part du Luxembourg au Fonds monétaire international**

L'objet du projet de loi consiste dans l'actualisation des engagements du Grand-Duché de Luxembourg auprès de l'Association internationale de développement et dans l'approbation de deux amendements au statut du Fonds monétaire international. Le premier amendement vise à élargir le pouvoir d'investissement et le deuxième à réformer la gouvernance du Fonds monétaire international.

|                                                                                                                                                                                                                                                        |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| Dépôt par M. Luc Frieden, Ministre du Trésor et du Budget, le 08.07.2008<br>Rapporteur: M. Laurent Mosar                                                                                                                                               |
| Travaux de la Commission des Finances et du Budget<br>(Président: M. Laurent Mosar):<br>02.12.2008 Désignation d'un rapporteur<br>Examen du projet de loi et de l'avis du Conseil d'État<br>09.12.2008 Présentation et adoption d'un projet de rapport |
| Vote en séance publique: 17.12.2008<br>Loi du 19 décembre 2008.<br>Mémorial A: 2008, N°221, page 3290                                                                                                                                                  |

## Fiscalité I (entreprises)

### 5913 - Projet de loi

- **portant révision du régime applicable à certains actes de société en matière de droits d'enregistrement**

- **portant transposition de la directive 2008/7/CE du Conseil du 12 février 2008 concernant les impôts indirects frappant les rassemblements de capitaux**

- **modifiant: • la loi modifiée du 7 août 1920, portant majoration des droits d'enregistrement, de timbre, de succession, etc. • la loi modifiée du 20 décembre 2002 concernant les organismes de placement collectif • la loi du 22 mars 2004 relative à la titrisation • la loi modifiée du 15 juin 2004 relative à la société d'investissement en capital à risque (SICAR) • la loi modifiée du 13 juillet 2005 relative aux institutions de retraite professionnelle sous forme de**

**sepcav et assep • la loi du 13 février 2007 relative aux fonds d'investissement spécialisés**

- **et abrogeant la loi modifiée du 29 décembre 1971 concernant l'impôt frappant les rassemblements de capitaux dans les sociétés civiles et commerciales et portant révision de certaines dispositions législatives régissant la perception des droits d'enregistrement**

L'objectif du présent projet de loi est de transposer en droit national la directive 2008/7/CE du Conseil du 12 février 2008 concernant les impôts indirects frappant les rassemblements de capitaux et d'abroger le droit d'apport avec effet au 1<sup>er</sup> janvier 2009.

Un autre objectif du projet de loi sous rubrique est de réviser le régime applicable à certains actes de société en matière de droits d'enregistrement.

|                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                            |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| Dépôt par M. Jean-Claude Juncker, Ministre des Finances, le 09.09.2008<br>Rapporteur: M. Lucien Thiel                                                                                                                                                                                                                                                                                      |
| Travaux de la Commission des Finances et du Budget<br>(Président: M. Laurent Mosar):<br>05.11.2008 Désignation d'un rapporteur<br>Présentation du projet de loi<br>06.11.2008 Entrevue avec des représentants de l'ABBL et de la CSSF<br>13.11.2008 Examen du projet de loi<br>10.12.2008 Examen de l'avis du Conseil d'État<br>12.12.2008 Présentation et adoption d'un projet de rapport |
| Vote en séance publique: 16.12.2008<br>Loi du 19 décembre 2008.<br>Mémorial A: 2008, N°207, page 3136                                                                                                                                                                                                                                                                                      |

Exposition universelle à Shanghai

5911 - Projet de loi relatif à la construction du Pavillon luxembourgeois pour l'Exposition universelle 2010 à Shanghai

1. Objet du projet de loi

Le projet de loi sous rubrique a pour objet la construction du Pavillon luxembourgeois pour l'Exposition universelle 2010 à Shanghai.

2. Le pavillon luxembourgeois pour l'Exposition universelle 2010 à Shanghai

Le projet-lauréat de l'appel à projets lancé par le Ministère des Travaux publics «*Small is beautiful too*» a été choisi en raison de la qualité de sa proposition architecturale au regard du thème de l'exposition «*meilleure ville, meilleure vie*» ainsi que de sa fonctionnalité dont une simplicité des flux de circulation, du caractère innovant, de l'efficacité énergétique, de flexibilité et adaptabilité, de la qualité des zones extérieures, de l'économicité et de la facilité de réalisation du pavillon.

L'architecture introvertie à aspect massif fait référence aux maisons et autres constructions traditionnelles luxembourgeoises du passé.

Le pavillon luxembourgeois se veut une union entre trois structures bâties permettant d'illustrer les principales fonctions d'une ville harmonieuse:

- l'espace d'exposition, dans lequel seront développés les thèmes prioritaires définis par l'organisateur de l'EXPO 2010 et les messages de l'exposant,
- l'espace de restauration et d'animation avec son offre d'activités ludiques notamment pour les jeunes,
- l'espace central multifonctionnel, lieu de rencontres et d'échanges culturels et humains.

La construction relativement simple est recyclable et démontable. Le projet respectera toutes les contraintes urbanistiques et architecturales telles que les alignements, les reculs ou encore les hauteurs de même que toutes autres exigences, notamment de sécurité, de l'organisateur et des autorités chinoises.

Le pavillon sera de par sa construction et à travers les matériaux utilisés un exemple de la ville durable, respectueuse de l'environnement naturel, tout en offrant le confort moderne aux habitants et visiteurs de la cité.

Les matériaux utilisés seront principalement l'acier, le bois et le verre, donc des matières

recyclables. Pour souligner l'ouverture vers l'extérieur, les murs d'enceinte sont percés par divers plans translucides. La toiture et une partie des murs seront recouvertes de végétation.

3. La réalisation et le financement du pavillon luxembourgeois pour l'Exposition universelle 2010 à Shanghai

Le pavillon du Grand-Duché de Luxembourg sera réalisé et financé à travers un Groupement d'intérêt économique (GIE) dénommé «*Luxembourg @ Expo Shanghai 2010*».

L'objet social du GIE est l'organisation et la mise en œuvre de la participation officielle du Grand-Duché de Luxembourg à l'Exposition Universelle à Shanghai.

Le coût total de la conception et de la construction du Pavillon luxembourgeois pour l'Exposition universelle 2010 à Shanghai est évalué à 8.920.000 euros. Cette estimation correspond à la valeur 666,12 de l'indice semestriel des prix de la construction au 1<sup>er</sup> avril 2008.

Les apports en numéraire des membres du GIE autres que l'État sont les suivants:

- ArcelorMittal: deux cent mille euros,
- Cargolux: deux cent mille euros,
- Chambre de Commerce: cent cinquante mille euros,
- S.E.S.: neuf cent mille euros.

En plus de ces engagements financiers, ArcelorMittal, Cargolux et la Chambre de Commerce contribuent aux activités du GIE de la manière suivante:

- ArcelorMittal offre au GIE l'acier nécessaire à la construction du pavillon de Shanghai étant entendu toutefois que la valeur totale de l'acier et des coûts qui y sont associés, notamment de transport et de livraison, ne puissent pas dépasser huit cent mille euros et que le pavillon soit conçu et construit de telle manière à ce que l'acier occupe une place prépondérante par rapport à d'autres matériaux. En outre, ArcelorMittal se réserve le droit de récupérer l'acier après le démantèlement du pavillon.
- Cargolux offre les capacités de fret qui restent disponibles sur les vols au départ de Luxembourg et à destination de Shanghai et vice versa pour autant que la capacité soit disponible après vente ainsi que le support logistique au départ et à l'arrivée.
- La Chambre de Commerce offre ses compétences pour l'organisation des semaines commerciales qui se dérouleront à l'occasion de l'exposition.

Fiscalité II (personnes physiques)

5924 - Projet de loi portant modification

- de la loi modifiée du 4 décembre 1967 concernant l'impôt sur le revenu;

- de la loi modifiée du 16 octobre 1934 sur l'évaluation des biens et valeurs;

- de la loi modifiée du 1<sup>er</sup> décembre 1936 sur l'impôt commercial communal;

- de la loi modifiée du 23 décembre 2005 portant introduction d'une retenue à la source libératoire sur certains intérêts produits par l'épargne mobilière;

- de la loi modifiée du 24 décembre 1996 portant introduction d'une bonification d'impôt sur le revenu en cas d'embauche de chômeurs;

- de la loi modifiée du 27 novembre 1933 concernant le recouvrement des contributions directes, des droits d'accise sur l'eau-de-vie et des cotisations d'assurance sociale;

- de la loi modifiée du 17 avril 1964 portant réorganisation de l'administration des contributions directes;

- de la loi modifiée du 22 décembre 2006 promouvant le maintien dans l'emploi et définissant des mesures spéciales en matière de sécurité sociale et de politique de l'environnement;

- de la loi modifiée du 9 juillet 1937 concernant l'impôt sur les assurances;

- de la loi modifiée du 21 avril 1928 sur les associations et les fondations sans but lucratif

Dans la déclaration du Gouvernement sur la situation économique, sociale et financière du pays, le Premier Ministre a annoncé le 22 mai 2008 un allègement général de la charge fiscale, ainsi que des modifications innovantes de la législation fiscale.

Les mesures prévues par le projet de loi sous rubrique s'inscrivent dans la continuité de la politique fiscale décidée en 2007 et s'appliquant à partir du 1<sup>er</sup> janvier 2008, à savoir la réduction générale de la pression fiscale et l'introduction du boni pour enfant.

Au niveau des personnes physiques, le présent projet de loi propose une adaptation du tarif d'imposition des revenus des personnes physiques de 9%.

Le boni pour enfant a introduit l'impôt négatif au Luxembourg en favorisant notamment les enfants des ménages ne payant aucun ou peu d'impôt sur le revenu. Ce changement fiscal de cap en faveur des personnes appartenant aux couches sociales les plus vulnérables est continué en 2009 par l'introduction de plusieurs crédits d'impôt.

Au niveau des entreprises, afin d'augmenter la compétitivité des entreprises et de l'économie luxembourgeoise en général, et, par conséquent, l'attractivité de la place du Grand-Duché de Luxembourg, le Gouvernement entend favoriser, en dehors de l'abolition du droit d'apport et de l'adaptation tarifaire, la distribution des dividendes du Luxembourg vers les sociétés mères étrangères.

Le Gouvernement entend encore soutenir davantage le mécénat et la philanthropie tant des personnes physiques que des collectivités par des adaptations fiscales.

|                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                            |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| Dépôt par M. Jean-Claude Juncker, Ministre des Finances, le 01.10.2008<br>Rapporteur: M. Laurent Mosar                                                                                                                                                                                                                                                                                     |
| Travaux de la Commission des Finances et du Budget<br>(Président: M. Laurent Mosar):<br>05.11.2008 Désignation d'un rapporteur<br>Présentation du projet de loi<br>06.11.2008 Entrevue avec des représentants de l'ABBL et de la CSSF<br>13.11.2008 Examen du projet de loi<br>10.12.2008 Examen de l'avis du Conseil d'État<br>12.12.2008 Présentation et adoption d'un projet de rapport |
| Vote en séance publique: 16.12.2008<br>Loi du 19 décembre 2008.<br>Mémorial A: 2008, N°198, page 2622                                                                                                                                                                                                                                                                                      |

Ajustement des rentes et pensions

5941 - Projet de loi portant ajustement des pensions et rentes accident au niveau de vie 2007

Aux termes de l'article 225, alinéa 4 du Code de la sécurité sociale «le Gouvernement examine tous les deux ans s'il y a lieu de procéder ou non à la révision du facteur d'ajustement par la voie législative, compte tenu des ressources et de l'évolution du niveau moyen

des salaires et traitements. À ce sujet, il soumet à la Chambre des Députés un rapport accompagné, le cas échéant, d'un projet de loi».

L'évolution du niveau moyen des salaires et traitements pendant les années 2006 et 2007 fait ressortir une progression de 2,0%. Par conséquent, le projet de loi propose de relever le facteur d'ajustement de 1,352 à 1,379 à partir du 1<sup>er</sup> janvier 2009, ce qui correspond à une augmentation de 2% des pensions et rentes accident.

|                                                                                                                                                                                                                                                                                     |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| Dépôt par M. Mars Di Bartolomeo, Ministre de la Santé et de la Sécurité sociale, le 21.10.2008<br>Rapporteur: M. Romain Schneider                                                                                                                                                   |
| Travaux de la Commission de la Santé et de la Sécurité sociale<br>(Présidente: Mme Lydia Mutsch):<br>04.12.2008 Désignation d'un rapporteur<br>Présentation et examen du projet de loi et de l'avis du Conseil d'État<br>11.12.2008 Présentation et adoption d'un projet de rapport |
| Vote en séance publique: 17.12.2008<br>Loi du 19 décembre 2008.<br>Mémorial A: 2008, N°222, page 3303                                                                                                                                                                               |



Présidence: M. Lucien Weiler, Président  
M. Jos Scheuer, Vice-Président • M. Laurent Mosar, Vice-Président • Mme Anne Brasseur, Doyenne

Sommaire

1. Communications
  - M. le Président
2. Ordre du jour
  - M. le Président, M. Xavier Bettel, M. Jacques-Yves Henckes, M. Aly Jaerling, M. le Président
3. Résolution de M. Jacques-Yves Henckes relative au report du vote sur la proposition de loi N°4909 sur l'euthanasie et l'assistance au suicide
  - Exposé: M. Jacques-Yves Henckes
  - Discussion générale: M. Michel Wolter, M. Ben Fayot, M. François Bausch, M. Charles Goerens, M. Gast Gibéryen, M. Aly Jaerling, M. Charles Goerens, M. Jean-Claude Juncker, Premier Ministre, Ministre d'État, M. Gast Gibéryen
  - Vote (résolution rejetée)
  - M. Jean-Claude Juncker, Premier Ministre, Ministre d'État, M. Gast Gibéryen
4. 5913 - Projet de loi
  - portant révision du régime applicable à certains actes de société en matière de droits d'enregistrement
  - portant transposition de la directive 2008/7/CE du Conseil du 12 février 2008 concernant les impôts indirects frappant les rassemblements de capitaux
  - modifiant: o la loi modifiée du 7 août 1920, portant majoration des droits d'enregistrement, de timbre, de succession, etc. o la loi modifiée du 20 décembre 2002 concernant les organismes de placement collectif o la loi du 22 mars 2004 relative à la titrisation o la loi modifiée du 15 juin 2004 relative à la société d'investissement en capital à risque (SICAR) o la loi modifiée du 13 juillet 2005 relative aux institutions de retraite professionnelle sous forme de sepcav et assep o la loi du 13 février 2007 relative aux fonds d'investissement spécialisés
  - et abrogeant la loi modifiée du 29 décembre 1971 concernant l'impôt frappant les rassemblements de capitaux dans les sociétés civiles et commerciales et portant révision de certaines dispositions législatives régissant la perception des droits d'enregistrement
- 5924 - Projet de loi portant modification
  - de la loi modifiée du 4 décembre 1967 concernant l'impôt sur le revenu;
  - de la loi modifiée du 16 octobre 1934 sur l'évaluation des biens et valeurs;
  - de la loi modifiée du 1<sup>er</sup> décembre 1936 sur l'impôt commercial communal;
  - de la loi modifiée du 23 décembre 2005 portant introduction d'une retenue à la source libératoire sur certains intérêts produits par l'épargne mobilière;
  - de la loi modifiée du 24 décembre 1996 portant introduction d'une bonification d'impôt sur le revenu en cas d'embauche de chômeurs;
  - de la loi modifiée du 27 novembre 1933 concernant le recouvrement des contributions directes, des droits d'accise sur l'eau-de-vie et des cotisations d'assurance sociale;
  - de la loi modifiée du 17 avril 1964 portant réorganisation de l'administration des contributions directes;
  - de la loi modifiée du 5 avril 1993 relative au secteur bancaire;
  - de la loi modifiée du 22 décembre 2006 promouvant le maintien dans l'emploi et définissant des mesures spéciales en matière de sécurité sociale et de politique de l'environnement;
  - de la loi modifiée du 9 juillet 1937 concernant l'impôt sur les assurances;
  - de la loi modifiée du 21 avril 1928 sur les associations et les fondations sans but lucratif
  - Rapport de la Commission des Finances et du Budget du projet de loi 5913: M. Lucien Thiel
  - Rapport de la Commission des Finances et du Budget du projet de loi 5924: M. Laurent Mosar
  - Discussion générale: M. Claude Meisch (à qui M. Jean-Claude Juncker répond), M. Gilles Roth, M. Ben Fayot, M. François Bausch, M. Gast Gibéryen, M. Aly Jaerling (à qui M. Jean-Claude Juncker répond), M. Charles Goerens, M. Jean-Claude Juncker, Premier Ministre, Ministre d'État, Ministre des Finances
  - Vote sur l'ensemble des projets de loi et dispenses du second vote constitutionnel
5. 5900 - Projet de loi concernant le budget des recettes et des dépenses de l'État pour l'exercice 2009 (suite)
  - Amendement 1: M. Aly Jaerling
  - Vote (amendement rejeté), M. Jean-Claude Juncker, Premier Ministre, Ministre d'État, Ministre des Finances
  - Vote sur l'ensemble du projet de loi et dispense du second vote constitutionnel
6. Motion de Mme Viviane Loschetter relative au ralliement contre le principe de dérogation à la règle des 48 heures de travail hebdomadaire au niveau du Conseil
  - Exposé: Mme Viviane Loschetter
  - Discussion générale: M. Alexandre Krieps, M. François Biltgen, Ministre du Travail et de l'Emploi
  - Vote (motion rejetée)

Au banc du Gouvernement se trouvent: M. Jean-Claude Juncker, Premier Ministre; M. Jean Asselborn, Vice-Premier Ministre; M. Fernand Boden, Mmes Marie-Josée Jacobs et Mady Delvaux-Stehres, MM. Luc Frieden, François Biltgen, Jean-Marie Halsdorf et Claude Wiseler, Ministres; Mme Octavie Modert, Secrétaire d'État.  
(Début de la séance publique à 15.02 heures

» M. le Président.- D'Sitzung ass op. Huet d'Regierung der Chamber iergendwel-lech Matdeelungen ze maachen?

» Mme Marie-Josée Jacobs, Ministre de la Famille et de l'Intégration.- Neen, Här President.

» M. Jean-Claude Juncker, Premier Ministre, Ministre d'État.- D'Madame Jacobs huet schonn Nee gesot, Här President.

(Hilarité)

1. Communications

» M. le Président.- Ech hu folgend Matdeelungen un d'Chamber ze maachen:

- 1) La liste des questions au Gouvernement ainsi que des réponses à des questions est déposée sur le bureau. Les questions et les réponses sont publiées au compte rendu.
- 2) Les projets de loi et la proposition de loi suivants ont été déposés au Greffe de la Chambre des Députés:

5970 - Projet de loi portant approbation - du Traité portant révision du Traité instituant l'Union économique Benelux, signé le 3 fé-vrier 1958 - du Protocole relatif aux privi-lèges et immunités de l'Union Benelux - de la Déclaration signés à La Haye, le 17 juin 2008

Dépôt: Monsieur Jean Asselborn, Ministre des Affaires étrangères et de l'Immigration, le 09.12.2008

5971 - Proposition de loi portant modifica-tion de l'article 355 du Code des Assu-rances sociales

Dépôt: Monsieur Carlo Wagner, le 09.12.2008

5972 - Projet de loi portant organisation de l'Institut national de la statistique et des études économiques

Dépôt: Monsieur Jeannot Krecké, Ministre de l'Économie et du Commerce extérieur, le 10.12.2008

5973 - Projet de loi portant modification de l'article L.5 1 1-1 2 du Code du Travail

Dépôt: Monsieur François Biltgen, Ministre du Travail et de l'Emploi, le 11.12.2008

2. Ordre du jour

Zum Ordre du jour. D'Presidentekonferenz proposéiert Folgendes:

Haut de Mëtteg hu mer d'Projeten 5913 an 5924, dee sougenannte Paquet fiscal. Duerno stëmme mer of iwwert de Statsbud-get vum Joer 2009.

Muer de Moien um 9 Auer proposéiert d'Presidentekonferenz e Projet de loi, deem handelt iwwert d'Schafe vun der Administra-tion des services médicaux du secteur pu-blic; duerno de Projet de loi, deem eng Ofännerung vum Statsbeamtestatut bedeit; de Projet de loi iwwert d'Coopération inter-administrative et judiciaire; dann e Projet de loi iwwert d'Amendementer zu de Statuter vum FMI; dann zwee Projets de loi iwwer en Ofkommes mat Mazedonien a Montenegro iwwert d'Sécurité sociale.

Muer de Mëtteg hu mer um hallwer 3 de Projet de loi 5941 iwwert d'Upasse vun de Renten a Pensiounen un de Liewensniveau vun 2007 an de Projet de loi iwwer eng Ofännerung vun de Gesetzer iwwert d'Ré-gimes légaux de pension; dann e Projet de loi, dee sech befaasst mat der Ofännerung vum Wahlgesetz.

En Donneschdeg um 9 Auer fänke mer u mam Projet de loi 5584 iwwert d'Palliativ-fleeg an duerno hu mer d'Proposition de loi 4909 iwwert d'Euthanasie an d'Assistance au suicide.

En Donneschdeg um hallwer 3 nomëttes hu mer de Projet de loi 5725 iwwer e Cadre pour la fixation d'exigences en matière d'écoconception applicables aux produits consommateurs d'énergie, an dann de Pro-jet de loi iwwert den 9. Programme quin-quennal d'équipement sportif, duerno de Projet de loi iwwert de Mindestloun a schlussendlech e Projet de loi iwwert d'Res-ponsabilité environnementale en ce qui concerne la prévention et la réparation des dommages environnementaux.

Et sinn e puer Ännerungsvirschléi zu dësem Ordre du jour an der Zwëschenzäit era-komm.

Wat d'Sitzung vun haut ugeet, misst och d'Motioun vun der Madame Viviane Lo-schetter iwwert d'48-Stonne-Woch als leschte Punkt op den Ordre du jour gesat ginn.

Da soll e Mëttwoch de Moien e Projet de loi iwwert de lëtzebuergesche Pavillon op der Weltausstellung zu Schanghai nach als drëtte Punkt op den Ordre du jour geholl ginn.

An da fir d'Sitzung vum Donneschdeg de Mëtteg misst de Projet de loi 5877 vum Ordre du jour erofgeholl ginn, well de Rap-port vun der Commission de l'Environne-ment net ugeholl ginn ass.

Ass d'Chamber mat deenen Ännerungsvir-schléi d'accord?

(Assentiment)

Dann hu mer nach weider Wuertmeldungen zum Ordre du jour. Fir d'éischt huet den Här Bettel d'Wuert an duerno den Här Henckes.

» M. Xavier Bettel (DP).- Geméiss ei-sem Reglement missten d'Ministere ban-nent engem Mount op eis Questions parle-mentaires äntworten. Dir hutt virdu gesot, dass eng Lësch do ass vun de Froen, op déi nach ëmmer keng Äntwert do ass.

Ech hunn elo Froen, déi iwwer siwe Méint op eng Äntwert waarden, an et ass net nëm-men eng. Ech hu gesinn, dass aner Depu-téierten och scho ganz laang waarden. Ech wier frou, wann Der bei der Statssekretärin, déi fir d'Relatioun mam Parlament zoustän-neg ass, géift insistéieren, fir dass d'Regie-rung awer d'Chamber respektéiert an och op d'Froen am Délai vun engem Mount änt-wert.

D'Regierungsmemberen hu jo och d'Méig-lechkeet - dat schreift Dir och an engem Bréif -, en neien Délai ze froen. Och dat gëtt net gemaach. Ech wier frou, wa mer géifen Äntworten op eis Froe kréien.

» Une voix.- Très bien!

» M. le Président.- Här Bettel, da kucke mer elo emol déi Äntworten, déi an der Zwëschenzäit um Greffe agaange sinn. Vlächst sinn do och d'Äntworten op Är Froen derbäi. Mir wäerten dat kontrolléieren. Pour le reste wäert ech bei der Madame Modert intervenéieren.

Da freet zum Ordre du jour den Här Henckes d'Wuert.

» M. Jacques-Yves Henckes (ADR).- Här President, ech hunn d'lescht Woch am Kader vun den Debatten iwwert d'Verfas-sungsännerung eng Resolutioun dépo-séiert, wou ech proposéiert hat, déi dës Woch op den Ordre du jour ze kréien. Et geet dorëm, fir der Prozedur Rechnung ze droen, datt eventuell kéint e Recours age-reecht gi géint déi éischt Verfassungsänne-rung an datt et eventuell kéint zu engem Re-ferendum kommen an datt een deem misst Rechnung droen am Kader vum Gesetz iw-vert déi aktiv Stierfhëllef.

» M. le Président.- Här Henckes, Är Resolutioun läit mer vir. Dréit déi an der Zwëschenzäit fënnef Ënnerschrëften?

» M. Jacques-Yves Henckes (ADR).- Jo.

» M. le Président.- Den Här Koepp, den Här Mehlen, den Här Jaerling, den Här Henckes an den Här Gibéryen hunn ënner-schriwwen.

Här Jaerling, Dir hutt d'Wuert.

» M. Aly Jaerling (Indépendant).- Merci, Här President. Ech hunn déi fënnëft Ënnerschrëft ginn, well ech - wéi Dir mech kennt - der Meenung sinn...

» M. le Président.- Dir hutt Är Ënner-schrëft bäiginn?

» M. Aly Jaerling (Indépendant).- Déi fënnëft Ënnerschrëft hunn ech bäigi fir déi Resolutioun, well ech der Meenung sinn, dass jiddwereen hei am Parlament soll kën-nen eng Motioun deponéieren oder eng Re-



solutionun, ouni dass e muss bei anerer heesche goen. Och wann dat net ëmmer bei mir de Fall ass, well ech net ëmmer fënnef Ënnerschrëfte kréien - wat ech bedaue- ren -, esou wäert ech awer ni engem eng Ënnerschrëft verweigeren, egal wien et ass.

» **M. le Président.** - Merci, Här Jaerling. Domadder ass déi Resolutionun vun der ADR recevabel, well fënnef Ënnerschrëften drop sinn.

Ech proposéieren der Chamber, dass mer dës Resolutionun direkt op den Ordre du jour huelen a se zur Diskussioun bréngen.

Ass d'Chamber domat d'accord?

**(Assentiment)**

Dann ass et esou décidéiert.

Dann huet den Här Henckes d'Wuert, fir seng Resolutionun ze presentéieren.



### 3. Résolution de M. Jacques-Yves Henckes relative au report du vote sur la proposition de loi N°4909 sur l'euthanasie et l'assistance au suicide

» **M. Jacques-Yves Henckes** (*ADR*), *auteur.*- Här President, ons Verfassung gesäit vir, datt, wann an éischter Lecture eng Verfassungsännerung gestëmmt gëtt, dann d'Méiglechkeet vun engem Referendum besteet. Dat heescht, datt op Basis vum Gesetz vun 2005 fënnef Bierger kënnen e Referendum ufroen, datt deen Ablack de Premierminister muss kucken, ob déi Demande recevabel ass, a wa se recevabel ass, da muss déi Prozedur ugoen, fir ze kucken, ob déi Initiativ 25.000 Ënnerschrëfte kéint rassembléieren.

Dat ass eng Méiglechkeet, déi ons Gesetzgebung virgesi ass, an an deem ganze Kontext, wou dat Ganzt sech dérouléiert, kéint et jo sinn, datt esou eng Initiativ géif gemaach ginn.

Et gëtt eng zweet Méiglechkeet, déi ech och ugedeit hat: Iwwert d'Dispens oder net vum Deuxième vote kéint een och nach eng Méiglechkeet hunn. Duerfir wiere mer awer frou, wa mer dat géife maachen, egal wéi eng Décisioun kënn. Déi Resolutionun, déi mer virschloen, décidéiert, fir e Report vum Gesetz iwwert d'aktiv Stierfhëllef ze maachen, soulaang bis mer wëssen, ob e Recours komm ass, an zweetens, wann dee Recours kënn, ob en deen Ablack 25.000 Ënnerschrëfte kritt.

Deen Ablack, wou et feststeet, datt iergendwéi an der Prozedur eppes net géif klappen oder datt déi 25.000 Ënnerschrëften net géifen zesummekommen, da géif bien entendu d'Proposition de loi iwwert d'aktiv Stierfhëllef nees erëm hei op den Ordre du jour vun der Chamber kommen.

Ech wollt nach eng Kéier drop hiweisen, datt, wann et sollt zu 25.000 Ënnerschrëfte kommen, e Referendum misst stattfannen. An dee Referendum kann net méi stattfannen dräi Méint virun de legislative Wahlen. Esou gesäit onst Gesetz dat vir. Wann déi Prozedur géif aboutéieren a wa se géif Realitéit ginn, da wier et natierlech esou, datt dee Referendum net kéint ofgehalen gi bis dräi Méint no de Wahlen.

Duerfir ass et scho wichteg, datt mer dat Ganzt seriö huelen, wat mir ons selwer hei als Prozedure gi bei Verfassungsännerungen. De ganzen Objektiv vun där Resolutionun ass also, deem Rechnung ze doen, net datt mer herno institutionell nees a Schwieregkeete kommen.

» **M. Gast Gibéryen** (*ADR*).- Très bien!

» **M. le Président.** - Merci, Här Henckes. Wie freet d'Wuert zu där Resolutionun?

Den Här Wolter, den Här Fayot, den Här Bausch froen d'Wuert. Fir d'éischt huet den Här Wolter d'Wuert.

#### Discussion générale

» **M. Michel Wolter** (*CSV*).- Här President, Madame, Dir Härën, ech géif wëllen am Numm vun der CSV-Fraktioun d'Posi-

tioun vun eiser Fraktioun zu där Resolutionun hei virdroen.

Ech wëll et kuerz maachen an direkt soen, dass mir déi Resolutionun net wäerte stëmmen. Et gëtt hei eng Vermëschung gemaach tëschent zwou Ebene vun Diskussiounen, déi mer net wëlle matenee vermëscht kréien.

Mir si säit de Moie konfrontéiert wuel mat enger Demande vu fënnef Bierger, fir eng Prozedur ze lancéieren am Kader vun engem Gesetz, wat mir am Joer 2005 hei gestëmmt hunn, mä déi Prozedur ass en rapport mam Artikel 34 a mat der Ëmännerung vum Artikel 34, esou wéi d'Chamber en hei gestëmmt huet.

De Lien ze maache mam Ordre du jour vun der Chamber vun dëser Woch an der Fro, ob mer oder ob mer net eng gewësse Gesetzgebung stëmmen, wat den Traitement vum Liewensenn ubelaangt, ass eppes aneschtens. Et soll een déi zwou Saachen net matenee vermëschen. Mir hunn als CSV-Fraktioun iterativ gesot, dass - wa mer och net mat der Proposition de loi Err/Huss d'accord sinn, aus Grënn, déi mer schonn explizéiert hunn an déi mer dës Woch nach wäerten ze explizéiere kréien - mir näischt géife maachen, fir déi Prozedur opzehalen an och net um Enn vun der Prozedur opzehalen, well dat ass e Processus, dee säit annerhallwem Joer leeft, wou all Rapporte vun de Kommissiounen virleien.

D'ailleurs géif och, wa sech 25.000 Leit der Referendumsproposition vun de Moien uschlëssen, net iwwert d'Euthanasie oder d'Liewensenn ofgestëmmt ginn, mä iwwert d'Verfassung, an den Artikel 34 vun där Verfassung haaptsächlech. Den Artikel 34 vun der Verfassung oflehnen, esou wéi d'Chamber en d'lescht Woch gestëmmt huet, géif eis an eng aner Welt erabréngen.

Mir kréien als CSV an deenen nächste Wochen Zäit, fir eis Positioun zum Artikel 34, der Teneur vum Artikel 34, wéi en an engem éischte Vote festgehalen ginn ass, an deene méigleche Konsequenzen, déi et kéint hunn, wann den Artikel 34 an engem Referendum vum Vollek aneschtens géif gesi ginn, duerzeleeën. Mä fir dat eent an dat anert op dësem Niveau mateneen ze vermëschen an doduerch e Lien ze maachen tëschent zwou Prozeduren, dat ass e Wee, dee mir net wëlle matgoen, an dofir stëmmen mir déi Resolutionun hei net.

» **M. le Président.** - Merci, Här Wolter. Den honorabelen Här Fayot huet d'Wuert.

» **M. Ben Fayot** (*LSAP*).- Här President, ech wollt am Numm vun der LSAP soen, dass mer déi Resolutionun vum Här Henckes net wäerte stëmmen. Mir hunn den Ordre du jour vun dëser Woch en pleine connaissance de cause festgeluecht, an och festgehalen, dass mer en Donneschdeg de Moien déi zwee Gesetzer iwwert d'Soins palliatifs an d'Proposition de loi iwwert d'Euthanasie an d'Assistance au suicide hei behandeln, a mir wëllen och, dass dat soll duerchgezu ginn.

Déi Demande fir e Referendum ze maachen ass jo héchstwahrscheinlech, oder esou gutt wéi sécher, geduecht fir déi Révision constitutionnelle zu Fall ze bréngen. Ech wëll dozou soen, dass mir d'lescht Woch hei an dëser Chamber déi Revision vum Artikel 34 mat enger quasi Unanimitéit ugeholl hunn. Déi Révision constitutionnelle ass virgeholl ginn, engersäits op Wonsch vum Grand-Duc selwer, an anerersäits aus der Iwwerzeegung vun dëser Chamber, dass mer den Text vun onser Verfassung mat enger 160-jähriger Praxis an dësem Land wollten openeen ofstëmmen.

An där Situatioun - mat allem Respekt, deen ech fir all déi Leit hunn, déi sech wëlle fir e Referendum asetzen - sinn ech der Meinung, dass mer an enger ganz kloerer Situatioun sinn, wat d'politesch Décisioun iwwert d'Verfassungsännerung ugeet. An ech sinn dofir och der Meinung, dass d'Situatioun esou kloer ass, dass mer mat onsen Aarbechten, souwuel wat d'Verfassungsännerung ugeet wéi och wat déi zwee Gesetzer betrëfft, déi mer nächsten Donneschdeg stëmmen wäerten, solle virufueren. Aus där Ursach si mer géint dës Resolutionun vum Här Henckes.

Merci.

» **M. le Président.** - Merci, Här Fayot. Den honorabelen Här Bausch huet d'Wuert.

» **M. François Bausch** (*DÉI GRÉNG*).- Här President, Dir Dammen an Dir Härën, déi gréng Fraktioun ass der Meinung, esou wéi déi Gesetzgebung et virgesäit, datt fënnef Bierger d'Recht hunn, an deem heite Fall, eng Referendumsprozedur ze déclenchéieren sous condition selbstverständlech, datt se déi néideg dausenden Ënnerschrëften zesummekréien, déi an der Ge-

setzgebung virgesi sinn. Dat ass deene Bierger hiert Recht.

Si musse wëssen, iwwer wat se hei wëllen ofstëmmen loosse. Si wëllen ofstëmmen loosse iwwer eng Verfassungsännerung, déi d'Chamber an éischer Liesung hei vollzunn huet. An där Verfassungsännerung geet et ëm den Artikel 34 vun eiser Verfassung. Do steet dat dran, wat meng Virriedner och scho gesot hunn. An der Verfassung steet näischt, weder iwwer Palliativmedezin nach iwwer Stierfhëllef. Dat steet an engem Gesetz, wat mer, dat eent mat Sécherheet mat Unanimitéit wäerten dësen Donneschdeg stëmmen, an dat anert, hofft meng Fraktioun, och mat enger Majoritéit wäerte stëmmen. Déi zwou Saachen hu strictement näischt mateneen ze dinn.

De Fall gesat, déi dausenden Ënnerschrëfte kéimen zesummen an et kéim zu engem Referendum, an dee Referendum géif esou ausgoen, datt déi Verfassungsännerung, déi d'Chamber virgeholl huet, doduerjer géif annulléiert ginn, dann ass et esou, datt dat bedauerlech wär. Da wär dann den ausdrécklechen, quasi eenheetleche Vote vun der Chamber, wéi den Här Fayot gesot huet, zu der Verfassungsännerung vum Artikel 34 net vum Vollek esou gesi ginn, wéi mir dat heibanne gesinn hunn. Dat hätt dann awer, der grénger Fraktioun hirer Meinung no, strictement näischt an deem geännert, wat mer dës Woch an der Chamber stëmmen, dat heescht bei der Palliativmedezin respektiv bei der Stierfhëllef.

Dann ass et esou, datt, wann d'Palliativmedezin an d'Stierfhëllef dësen Donneschdeg déi néideg Majoritéiten an dësem Parlament fannen, do misst gehandelt ginn op Basis vum aktuellen Artikel 34, esou wéi en haut besteet, a wou drasteet, datt den Exekutiv all Gesetz, wat dës Chamber stëmmt, muss sanktionéieren a promulguéieren. Zum Exekutiv gehéiert - wéi dat dës Laangen an dës Breeden erkläert ginn ass am Kader vun der Verfassungsdiskussioun, esougutt vun der Chamber wéi och vu Verrieder vun der Regierung - d'Regierung dozou an och de Statschef.

An engem demokratesch gewieltene Parlament, an engem Rechtsstat kann et net esou sinn, datt iergendee Gesetz, wat demokratesch diskutéiert an ofgestëmmt ginn ass vun engem Parlament, net duerno vum Exekutiv sanktionéiert a promulguéiert gëtt. Donc ass et da fir eis kloer, da misst den Exekutiv op Basis vun där aler Gesetzgebung dat virhuelen. Géif en dat net wëlle virhuelen, da misst dat anrieden, wat de Minister, deen an der Regierung fir Verfassungsfroen zoustänneg ass, hei och relativ ditlech erkläert huet, da misst den Exekutiv am Fong seng Demissioun areeche, an da misst et entweder zu enger neier Regierung oder zu Neiwahle kommen.

Dat ass den Zeenario, esou wéi en an engem normalen demokratesche Rechtsstat, bei iergendengem Gesetz, egal wat fir eent et och ass, dat gestëmmt gëtt, virgesinn ass. Ech hoffen, datt mer hei an dësem Land, oder besser gesot, ech si sécher, datt mer hei an dësem Land an engem demokratesche Rechtsstat sinn, an duerfir, kommt mer loosse eis elo net ophalen, a kommt mer loosse eis net duerjernerbréngen, kommt mer respektéieren den demokratesche Rechtsstat an halen d'Prozeduren esou an, wéi mer se virgesinn hunn. Duerfir lehne mir natierlech d'Resolutionun of.

Merci.

» **M. le Président.** - Merci, Här Bausch. Den Här Goerens huet elo d'Wuert.

» **M. Charles Goerens** (*DP*).- Här President, ech mengen an dëser Fro ass alles gesot, just nach net vu jiddwerengem. Ech wollt just am Numm vu menger Fraktioun soen, datt d'Saachen a sech komplizéiert genuch sinn. Wann een den Amalgame mécht, da gi se nach méi komplizéiert, an ech fäerte ganz, datt d'Bierger dobausse Schwieregkeeten hunn, fir dann nach kloerzegesinn an deene ganze Prozeduren.

Ofschléissend wollt ech nach soen, datt mer an der Conférence des Présidents, als sämtlech Fraktiounen, eisen Accord ginn hunn zu deem vun lech virgeschloene Programm fir dës Woch. Et gëtt a sech keen neit Element, well d'Probabilitéit vun engem Referendum, déi war deemools scho ginn. Mir ware bei der Opstellung vun deem Ordre du jour der Meinung, datt dat hei déi richteg Manéier wier, fir ze procédéieren, esou wéi Dir et elo grad virgeschloen hutt, a mir sinn där Meinung och elo nach.

» **M. le Président.** - Merci, Här Goerens. Den Här Gibéryen huet d'Wuert.

» **M. Gast Gibéryen** (*ADR*).- Merci, Här President. Ech wëll nach eng Kéier kuerz drop hiweisen, ëm wat et eis an dësem pre-

zise Punkt geet. Et geet eis net drëm, fir a priori de Projet iwwert d'Euthanasie dës Woch vum Ordre du jour erofzehuelen. Mir wëlle just op eppes hiweisen, wat kéint Konsequenzen hunn. D'lescht Woch ware mer eis parteiwwergräifend eens, fir eis Constitution relativ séier ze änneren, fir net an eng institutionell Kris ze falen, déi komm wier, wann de Grand-Duc hätt missen, bannent dräi Méint no dem Vote vun deem Gesetz, dat Gesetz sanktionéieren.

Duerfir hu mer eis eng Prozedur ginn, datt mer fir d'éischt d'Verfassung änneren an dann eng Woch duerno d'Euthanasiegesetzgebung, an der Optik, datt dann d'Verfassung definitiv geännert wier, ier déi dräi Méint erëm wieren, wou d'Gesetz misst sanktionéiert ginn. Dat heescht, wann alles normal leeft, ass d'Constitutionun geännert an de Grand-Duc bräicht dann zum Schluss dat Gesetz net méi ze sanktionéieren. Dat ass am Fong déi Prozedur, déi mer eis ginn hunn, a wou mer eis och parteiwwergräifend eens waren.

Elo ass awer gewosst, datt zënter de Moien, wéi elo grad hei gesot ginn ass, fënnef Leit d'Demande un de Statsminister gemaach hunn, fir d'Prozedur ulafen ze loosse fir e Referendum. An an där Optik hu mir gesot, datt ee wuel kéint d'Gesetz hei diskutéieren, mä wann een et da wëllt zur Ofstëmmung bréngen, datt een dann net sollt den zweete Vote constitutionnel maachen, well mir och néierens en Text fonnt hunn, datt deen zweete Vote constitutionnel misst direkt nom Vote gemaach ginn, mä datt een deen zweete Vote constitutionnel géif en suspens halen, wou mer gesot hunn, bis een engersäits weess, ob fënnef Bierger dat gefrot hunn - dat ass elo geschitt -, an een anerersäits am Fong elo déi zweet Etapp ofwaart, ob 25.000 Bierger ënnerschreiwe ginn.

Wa keng 25.000 Bierger ënnerschreiwe ginn, kann d'Chamber éischters dann an dräi Méint den zweete Vote constitutionnel, wat d'Verfassungsännerung ugeet, virhuelen, an da wier de Grand-Duc och aus där Situatioun eraus, datt hie misst sanktionéieren, ier déi dräi Méint ofgelaf wieren.

Kommen awer 25.000 Ënnerschrëften zesummen, si mer der Meinung, datt een net kann den zweete Vote constitutionnel hei an der Chamber virhuelen, well vun deem Datum un déi dräi Méint lafen, mer awer an deenen dräi Méint d'Verfassung net geännert kréien.

Duerfir soe mer, mir kënnen net elo eng Prozedur maachen, wou mer net sécher sinn, ob mer d'Verfassung bannent dräi Méint geännert kréien, mä, wa mer d'Gesetz hei an éischer an zweeter Lecture den Donneschdeg stëmmen, da lafe vun dem Donneschdeg un déi dräi Méint, bannent deenen de Grand-Duc muss sanktionéieren. A wa mer an deenen dräi Méint d'Verfassung net geännert kréien, dann hu mer am Fong dat, wat mer elo wollten évitéieren, nämlech eng institutionell Kris, dann hu mer déi mat där Prozedur provoziert, wou mir dann awer allerdéngs keen Ausgang méi dervu gesinn.

An et ass am Fong just dowéinst, wou mer wëllen dorop opmierksam maachen, datt mer net kënnen hei e Gesetz mat engem zweete Vote a Kraaft setzen, ouni sécher ze sinn, datt mer duerno bannent dräi Méint och ons Verfassung geännert hunn.

Et ass also net, fir datt dat Gesetz net soll op den Ordre du jour kommen. Et ka roueg op den Ordre du jour kommen, et ka souguer an enger éischer Lecture gestëmmt ginn, mä mir sollen net den zweete Vote virhuelen, däers si mer sécher.

Ech soen lech Merci.

» **M. le Président.** - Merci, Här Gibéryen. Den Här Jaerling huet d'Wuert.

» **M. Aly Jaerling** (*Indépendant*).- Merci, Här President. Ech hat scho gemengt, Dir hätt mech iwwersinn, wat jo awer guer net esou einfach ass.

Ech wëll emol virausschécken, dass, wann een e Referendum verlaangt, dann ass et net esou, dass et dorëm geet, fir de Vote iwwert den Artikel 34 erëm ze annulléieren. Ech hunn och hei e Referendum verlaangt, fir de Bierger d'Méiglechkeet ze ginn, mat iwwert déi Verfassungsännerungen do ze stëmmen, awer net nëmmen iwwert den Artikel 34, mä iwwert déi gesamt Artikelen, déi nach sollen nokommen.

Dat heescht, et ass also net esou, dass et mir a ganz sécher net deene Leit, déi elo de Moien déi Initiativ ergraff hunn, dorëm geet, de Vote iwwert den Artikel 34 erëm ze annulléieren, mä et geet hinnen dorëm, dass d'Bierger hei am Land hiert Wuert mat schwätze kënnen. An dat ass legitim.



Mardi,  
16 décembre 2008

Ech stelle mer scho méi laang d'Fro, wéisou Verschiddener heibannen esou eng Angscht viru Referenden hunn. Vlächst ass et esou, dass se der zweemol an d'Zänn kritt hunn an eng Kéier just derlaanscht-komm sinn. Ech weess et net. Mä op jiddwer Fall ass dat de Bierger hiert gutt Recht, wa se dat verlaangen.

Wat elo de Lien zwëschent de Verfassungsännerungen an dem Gesetz iwwert d'Euthanasie ubelaangt, esou ka jo awer heibanne kee verleugnen, dass déi zwou Saachen e Lien mateneen hunn. Well déi hunn awer esou e Lien mateneen, dass mer doduerjer bal eng institutionell Kris kritt hunn, wéi et esou hei ausgedréckt ginn ass. Dat heescht, ouni d'Agräife vum Grand-Duc hätte mer déi Diskussiounen hei net gehat. Ech sinn och der Meenung, dass hien dat Recht net hat an dass zu Recht den Artikel 34 ëmgeännert ginn ass. Mä ech sinn awer och der Meenung, dass awer d'Leit hätte misse gefrot ginn. Duerfir hunn ech mech och bei deem Vote enthalen.

Meng perséinlech Meenung ass, dass mer déi Verfassungsännerung solle maachen. Mä meng Meenung bleift awer, dass mer sollen e Referendum maachen. Ech sinn och der Meenung, dass een de Vote vum Euthanasiegesetz net soll zrëcksetzen, dass een d'Prozedure soll lafe loossen, esou wéi se lafen. A wann do dertëschent déi Initiativ dann eben dat bréngt, wat erwënscht ass vun hiren Initiatoren, da musse mer kucken, wéi mer virukommen. Mä ech kann net d'accord sinn, dass mer elo schonn am Virfeld eng Ännerung maa-chen, an duerfir wäert ech och déi Resolu-tioun net stëmmen.

» **M. le Président.** - Merci, Här Jaerling. Den Här Goerens huet nach eng Kéier d'Wuert gefrot.

» **M. Charles Goerens (DP).** - Ech hunn d'Wuert nach eng Kéier gefrot, Här President, fir lech eng Fro ze stellen. An zwar mengen ech, wier et gutt, wann Dir géift e klärend Wuert schwätzen iwwert d'Fro, ob mer elo hei am Euthanasiegesetz dës Woch an enger éischter oder an enger zweeter Lecture sinn.

» **Plusieurs voix.** - An enger éischter!

» **M. Charles Goerens (DP).** - An enger éischter Lecture. Well den Här Gibéryen huet do Saachen duerjerneegehäit an huet vun enger zweeter Lecture geschwat. Et ass eng éischt. Wann et eng éischt Lecture ass, dann hu mer Recht, dass mer esou procé-déieren, wéi déi Meescht dat hei virge-schloen hunn.

(Interruption)

» **M. le Président.** - Ech mengen, mir sinn eis alleguerten eens, dass dat eng éischt Lecture ass. Elo huet den Här Stats-minister d'Wuert.

» **M. Jean-Claude Juncker, Premier Ministre, Ministre d'État.** - Här President, Dir Dammen an Dir Hären, léif Kollegeen, et ass ongewéinlech, dass d'Regierung sech an eng Fro amëscht, déi parlamentaresch-Pro-zedur-relevant ass.

Ech wollt am Numm vun der Regierung, mä virun allem a mengem Numm e puer Saache soen.

Ech wollt einfach froen, fir dass ech weess, wat ech soll soen, ob een Deputéierten hei-bannen der Meenung ass, dass de Grand-Duc kann ee Gesetz refuséieren, wat d'Chamber gestëmmt huet?

» **Plusieurs voix.** - Neen!

» **M. Jean-Claude Juncker, Premier Ministre, Ministre d'État.** - Wann et also déi unanime Opfaassung vun der Chamber ass, dass de Statschef d'Recht net huet, well hien et ni hat, opgrond vun eiser Verfas-sungspraxis, fir e Gesetz ze refuséieren, wat vum Parlament gestëmmt ginn ass, dann ass d'Beantwortung vun deene Froen, déi hei gestallt ginn, jo relativ einfach.

Hei gétt d'Fro gestallt, ob een de Vote iw-vert déi Proposition de loi d'Stiefbeglee-dung betreffend soll aussetze bis hannert deem Moment, wou ee weess, ob et zu en-gem Referendum iwwert d'Verfassungsrevi-sioun kënn.

Wa mer zu 60 - an d'Regierung schléisst sech deem in corpore un - der Meenung sinn, dass de Statschef, deen ech respek-téieren an dee mer gär hunn, d'Recht net huet, engem Gesetz seng Approbatioun, dat heescht seng Sanktioun a seng Ënner-schrëft ze verweigeren, an an Zukunft just seng Ënnerschrëft, mä net noutwendeger-weis seng Approbatioun, da ka jo d'Cham-ber hiren Ordre du jour, hir Aart a Weis fir ze verfuere, net ofhängeg maache vun där Fro, ob et zu engem Referendum kënn oder net.

» **Plusieurs voix.** - Très bien!

» **M. Jean-Claude Juncker, Premier Ministre, Ministre d'État.** - Ce serait la démis-sion du Parlement devant je ne sais pas quoi.

» **Plusieurs voix.** - Très bien!

» **M. Jean-Claude Juncker, Premier Ministre, Ministre d'État.** - Duerfir sinn ech der Meenung - mä et geet mech näischt un, well d'Parlament ass hei souverän tätég, mä ech hunn nach eppes mat deem Land hei ze dinn -, dass d'Chamber et soll maachen, wéi se et fir richtig fënnt, et ze maachen.

» **Une voix.** - Très bien!

» **M. Jean-Claude Juncker, Premier Ministre, Ministre d'État.** - Mir schwätzen hei iwwer eng Fro, déi huet guer näischt mat der Euthanasie ze dinn a mat där Gesetzes-propositioun iwwert d'Euthanasie. Mir schwätzen hei iwwer eng prinzipiell Fro.

D'Parlament an d'Regierung sinn der Mee-nung, an iwwregens och de Statschef, dass hie kee Gesetz ze approvéieren huet. Dat maache mer zënter 160 Joer esou.

Est-ce qu'il y a une raison de le changer? Il n'y en a aucune!

» **Une voix.** - Très bien!

» **M. Jean-Claude Juncker, Premier Ministre, Ministre d'État.** - Mir sinn der Mee-nung, dass mer dat elo sollen an den Text schreiwen. A mir ware largement unanime hei an der Chamber, fir dat esou ze maa-chen.

Ech verstinn d'Fro duerfir net ganz gutt, déi hei gestallt gétt. Ech versti se net. Ech wëll hei d'Chamber ënnerscheede gesinn - ech soen dat frëndlech - tëschent der inhalt-lecher Fro Euthanasie a Stiefbegleitung an der prinzipieller demokratescher Sub-stanzfro, ob Jo oder Neen d'Chamber hei décidéiert oder net.

Ech sinn nodrécklech der Meenung - duerfir hu Generatioune gekämpft -, dass et um fréi gewieltene Parlament ass, fir seng Mee-nung ze imposéieren.

» **Plusieurs voix.** - Très bien!

» **M. Jean-Claude Juncker, Premier Ministre, Ministre d'État.** - An duerfir hätt ech gärden, dass d'Chamber deementsprie-chend géif agéieren.

Dem Här Gibéryen seng Fro, ob et richtig oder falsch wier - mä do muss ech mech nu wierklech eraushalen -, dass d'Chamber deem Vote, dee se kann huelen - ech ken-nen dee Vote inhaltlech net -, d'Dispens vum zweete Vote gétt, fir déi Verfassungs-kris ze évitéieren, déi mer zesumme wollten évitéieren, ass eng Fro, déi ech der Cham-ber, wann et dorëm geet, fir se ze beäntwer-ten, iwwerloossen.

Et ass net domm, fir dat esou ze maachen. Wann een, trotz dem Versuch eng Verfas-sungskris ze verhënneren, awer an eng Ver-fassungskris erarennt, dann ass dat, wat den Här Gibéryen hei seet an der Fro Dis-pens vum zweete Vote duerch d'Chamber selwer, mengen ech, eng Fro, déi sech stellt, mä dat ass eng Fro, well ech d'Verfas-sung an d'Parlament respektéieren, an déi ech mech net wëll amëschen.

» **Plusieurs voix.** - Très bien!

(Interruption)

» **M. le Président.** - Ech soen dem Statsminister Merci fir déi Wierder, déi hien hei un d'Chamber adresséiert huet. Ech hunn op dem Gros vun de Bänken total Zoustëmmung gesinn zu deem, wat de Statsminister hei ausgefouert huet.

Elo freet den Här Gibéryen nach eng Kéier Parole après ministre. Här Gibéryen, Dir hutt d'Recht dozou.

» **M. Gast Gibéryen (ADR).** - Merci, Här President. Ech wëll just kuerz agoen op déi Fro, déi den Här Statsminister hei esou ge-nerell an de Raum gestallt huet, ob d'Cham-ber der Meenung wier, oder ob een hei-banne wier, deen net der Meenung wier, da sollt hie sech mellen, datt, wann d'Chamber e Gesetz stëmmt, dat Gesetz dann esou misst a Kraaft trieden.

Dat ass eng Fro, déi berechtegt ass, a wou ech fir mech perséinlech soen: Jo, da muss et a Kraaft trieden. Wat mir awer elo hei-banne soen a mengen, an dat, wat an der Constitutioun steet, dat kënnen awer oft zwou Saache sinn. Et steet an der Constitu-tioun, et stoung nun emol eben dran, dass de Grand-Duc d'Gesetzer sanktionéiert.

Wann hien net dat Recht hätt, fir se ze sank-tionéieren, da bräichte mer jo och d'Verfas-

sungsännerung net ze maachen. Mä mir maachen déi Verfassungsännerung, fir aus där konstitutioneller Kris erauszekommen. Duerfir ass et einfach e Fait, ob mir elo hei-banne wëllen oder ob mir net wëllen, et ass e Fait, et steet an der Constitioun, dass de Grand-Duc d'Gesetzer muss bannent dräi Méint sanktionéieren, oder, wann hien et net mécht, da muss hien et argumentéieren.

Also seet d'Verfassung ganz kloer, dass de Grand-Duc dat Recht huet. Ob mir elo ane-rer Meenung sinn oder net, dat spillt keng Roll. Et ass e Fait, dass et esou an der Constitutioun steet, an ech mengen, och all Deputéierte misst ee kënnen d'Fro stellen, ob mer heibannen der Meenung sinn, dass mer eis missten un d'Constitioun halen oder net.

» **Plusieurs voix.** - Très bien!

» **M. le Président.** - Merci, Här Gibé-ryen. Den Här Statsminister huet d'Wuert nach eng Kéier.

» **M. Jean-Claude Juncker, Premier Ministre, Ministre d'État.** - Parole après Mon-sieur Gibéryen, wéi dat laut dem Reglement geet. Ech stelle fest, dass et en unanimité Wonsch vun dësem Haus ass, an d'Regie-rung schléisst sech deem Wonsch un, dass ee Gesetz, wat hei am Parlament gestëmmt ginn ass, muss a Kraaft trieden. Doriwwer si mer eis eens.

Wann dat esou ass, muss ee sech deement-sprechend behuelen. Ech weess och, dass de Buschtaf vun der Verfassung seet, dass de Grand-Duc muss sanktionéieren. Ech weess awer och, dass mer zënter 160 Joer een Averständnis tëschent der Kroun an dem Haus hunn, an der Regierung, dass dat net esou ass.

An der Verfassung steet och net, dass d'Re-gierung muss ee Gesetz dem Grand-Duc virleeën, wat Dir gestëmmt hutt. Weist mir emol deen Artikel an der Verfassung, wou steet, dass de Statsminister dem Grand-Duc muss ee Gesetz an d'Ënnerschrëft leeën, wat Dir hei gestëmmt hutt! Deen Arti-kel gétt et net. Wat géift Dir mam Statsminis-ter maachen, wann deen e Gesetz, wat Dir hei stëmmt, dem Grand-Duc net géif vir-leeën? Dat heescht, da géif ech d'Ver-trauen, an d'Regierung mat, dat mengen ech, entzu kréien. Nimools géif et mir an de Sënn kommen, ee Gesetz, wat d'Chamber gestëmmt hätt, dem Grand-Duc net zur Ën-nerschrëft virzeleeën.

J'en conclus, dass, wann d'Verfassungs-spraxis wëllt, dass d'Regierung all Text, deen heibannen zur Gesetzeskraaft kënn, muss dem Grand-Duc virleeën, ansonsten d'Regierung d'Vertraue vun dësem Haus verléiert, de Grand-Duc par prolongement du raisonnement, evidentement, muss esou engem Gesetz souwuel seng Approbatioun wéi och seng Promulgatioun ginn. An Zu-kunft reservéiere mer dat fir d'Promulga-tioun. Mir streiden hei, schéngt et, ëm d'Hoer. En fait streide mer ëm Prinzipien, fir déi dëst Haus zënter 160 Joer steet.

» **Plusieurs voix.** - Très bien!

» **M. le Président.** - Merci, Här Statsmi-nister. Dir Dammen an Dir Hären, mir kom-men elo zum Vote iwwert d'Resolutioun vun der ADR. Kënnen mer par main levée ofstëm-men?

(Négation)

De Vote électronique ass gefrot. Da maache mer dat.

**Vote**

D'Resolutioun vun der ADR ass ofgelehnt mat 56 Nee-Stëmmen, bei 4 Jo-Stëmmen.

*Ont voté oui: MM. Gast Gibéryen, Jacques-Yves Henckes, Jean-Pierre Koepp et Robert Mehlen.*

*Ont voté non: Mmes Sylvie Andrich-Duval, Nancy Arendt, M. Lucien Clement, Mmes Christine Doerner, Marie-Josée Frank, Marie-Thérèse Gantenbein-Koullen, MM. Marcel Glesener, Norbert Hauptert, Mme Françoise Hetto-Gaasch, MM. Ali Kaes, Paul-Henri Meyers, Laurent Mosar, Marcel Oberweis, Gilles Roth, Patrick Santer, Marcel Sauber (par Mme Martine Stein-Mergen), Jean-Paul Schaaf, Marco Schank, Marc Spautz, Mme Martine Stein-Mergen, MM. Fred Sunnen, Lucien Thiel, Lucien Weiler et Michel Wolter;*

*MM. Marc Angel, Alex Bodry, John Casteg-naro, Mme Claudia Dall'Agnol, M. Fernand Diederich, Mme Lydie Err, MM. Ben Fayot, Jean-Pierre Klein, Mme Lydie Mutsch (par Mme Claudia Dall'Agnol), MM. Roger Negri, Jos Scheuer, Romain Schneider, Roland Schreiner et Mme Vera Spautz;*

*MM. Eugène Berger, Xavier Bettel, Mme Anne Brasseur, M. Fernand Etgen, Mme Co-lette Flesch (par M. Xavier Bettel), MM. Charles Goerens, Paul Helminger,*

*Alexandre Krieps, Claude Meisch et Carlo Wagner (par M. Eugène Berger);*

*MM. Claude Adam, François Bausch, Félix Braz, Camille Gira, Jean Huss, Henri Kox et Mme Viviane Loschetter;*

*M. Aly Jaerling.*

Den Här Statsminister huet d'Wuert gefrot.

» **M. Jean-Claude Juncker, Premier Ministre, Ministre d'État.** - Ech weess net, ob een d'Wuert nom Vote däerf froen.

» **M. le Président.** - Ech sinn haut terri-bel tolerant,...

(Hilarité)

...well mir sinn an enger delikater Situatioun an dofir solle mer eis haut Zäit huelen, fir dat ze diskutéieren, wat usteet.

» **M. Jean-Claude Juncker, Premier Ministre, Ministre d'État.** - Här President, ech war Fraktiounssekretär, ech kennen also d'Prozedure vun der Chamber ganz gutt, mä ech konnt leider nach ni hei sëtzen; mä dat ass fir geschwënn, wéi et schéngt.

Ech wollt déi Kollegee froen, déi hei derfir gestëmmt hunn...

(Interruptions)

Enfin, dat ass net zur Freed vun der Regie-rung, wann ech hei sëtzen.

(Hilarité)

Mä ech géif hei sëtzen.

» **Une voix.** - Très bien!

» **M. Jean-Claude Juncker, Premier Ministre, Ministre d'État.** - Well ech fannen, et ass eng Eier, dësem Haus unzegehéie-ren.

» **Plusieurs voix.** - Très bien!

» **M. Jean-Claude Juncker, Premier Ministre, Ministre d'État.** - Ech wollt déi Kol-leege froen, déi der Meenung sinn, mir sol-len dat esou maachen, wéi se an hirer Re-solutioun proposéiert hunn, ob déi eigent-lech, falls et zu engem Referendum géif kommen, déi Leit, déi dee gefrot hunn, géi-fen ënnerstëtzen. Ech hunn dat iwwregens selwer proposéiert an der leschter Regie-rung, géint vill Stëmmen an der Regierung géint déi Léisung, an et ass ënnert dëser Regierung gestëmmt ginn, géint vill aner Meenungen an deene Regierungskresser, dass fënnef Leit kënnen ee Referendum froen, wa se 25.000 Ënnerschrëfte kréien.

Nennt mer emol eng Verfassung an Europa, wou et dat gétt, esou eng Invitatioun, dass d'Vollek sech selwer iwwert d'Verfassung ka befaassen! Wou gétt et dat nach? Gétt et dat an der Belsch? Gétt et dat an Holland? Gétt et dat an Däitschland? Gétt et dat a Frankräich? Gétt et dat a Spuenien? Gétt et dat an Irland? Gétt et dat an Island? Wou gétt et dat? Hei gétt et dat!

Well ech fannen, dass d'Leit d'Recht hunn, sech iwwert d'Grondgesetz ze äusseren.

Ech wëll déi froen, déi elo gefrot hu fir dee Vote iwwert déi Gesetzer, déi hei litigiéis be-handelt ginn, aussetze bis nodeem déi Fro gekläert ass, ob si dann der Meenung sinn, falls et zu engem Referendum kënn, dass een déi, déi de Referendum froen, déi also géint den Text sinn, deen d'Chamber gestëmmt huet, soll ënnerstëtzen? Ob se dee Referendum ënnerstëtzen, inhaltlech, also wëllen hunn, dass d'Lëtzebuurger soen, de Grand-Duc huet d'Recht, ee Ge-setz ofzelehnen, Jo oder Neen?

Ech wollt dat just wëssen, well ech ëmmer gäre weess, woumat ee sech an deenen nächste Wochen ze beschäftegen huet. Déi, déi der Meenung sinn, dass d'Geset-zespropositioun soll méi spéit ofgestëmmt ginn, sinn déi der Meenung, dass d'Cham-ber Recht hat, oder ënnerstëtze se dat, wat déi Leit verlaangen, déi de Referendum froen, déi also do dergéint sinn? Ën-nerstëtze se dat oder d'Chamber?

Den Här Gibéryen hat mer scho geschéngt dorop geäntwert ze hunn, mä et wier esou schéin, wann hien dat nach eng Kéier géif soen.

» **M. le Président.** - Här Statsminister, mir verstinn Är Fro. Ech weess net genee, a



wéi enger Prozedur mer dra sinn, mä wann den Här Gibéryen hei op eng dättlech Fro, déi gestallt ginn ass, wëllt äntwerten, dann huet hien elo d'Wuert.

» **M. Gast Gibéryen** (*ADR*).- Här President, fir lech aus där Zwéckmillchen erauszehuelen, froen ech einfach Parole après ministre, nach eng Kéier. Dat Recht hunn ech ëmmer, wann ee Minister geschwat huet. Da si mer erëm an enger Prozedur dran, an d'Regierung huet ëmmer d'Recht, fir d'Wuert ze froen, esou datt mer also komplett konform zu eiser Prozedur sinn.

Ech géif hei wëlle prinzipiell soen, datt mir als Partei, wéi mer mat dem Statsminister a mam Här Frieden zesummesouzen, en Engagement geholl hunn, a mir hunn och d'lescht Woch hei bei deem Vote dat Engagement zum Ausdrock bruecht, wéi mer fir déi Verfassungsännerung gestëmmt hunn. Ech hunn och elo grad hei gesot, datt ech der Meenung sinn, datt ee Gesetz, wat d'Chamber stëmmt, muss a Kraaft trieden. Ech mengen, domat ass eis Positioun kloer.

Mir sinn awer hei an enger Prozedur, déi mir eis als Chamber ginn hunn, wéi mer d'Prozedur, fir d'Verfassung ze änneren, geännert hunn. Virdru ware bei enger Verfassungsännerung ëmmer Chamberswahlen. A wéi mer déi Prozedur geännert hunn a gesot hunn, d'Chamber kann zu all Moment d'Verfassung änneren, mä mir mussen en éischten an en zweete Vote maachen, wou dertëschent mussen dräi Méint leien, do hu mer gesot, wa mer net méi iwwert d'Wahlen d'Bierger froen, kréien d'Bierger dann d'Méiglechkeet, bannent deenen dräi Méint, a virgeschriwwenen Délaien, zu fënnef Stéck e Referendum unzufroen, a wann da 25.000 Leit ënnerschreiwen, da fënnt de Referendum statt. Mir sinn also an där Prozedur, déi mir eis um Niveau vun der Verfassung a vun engem Gesetz ginn hunn.

Dat heescht an anere Wieder, Här President, datt hei am Fong d'Vollek d'Recht huet, fir an esou enger preziser Fro wéi där doten de Pouvoir, wann et wëllt, erëm bei sech zrëckzehuelen. Dat kënne fënnef Bierger maachen, a wa 25.000 Stéck ënnerschreiwen, dann hëlt an där heiter Fro vun der Verfassungsännerung d'Vollek de Pouvoir bei sech zrëck. An dat, wat dann am Referendum decidéiert gëtt, dat ass dann decidéiert an ersetzt den zweete Vote vun der Chamber, vun der Constitioun.

Här Statsminister, ech géif mer ni erlaben - ech weess net, wéi Dir et maacht -, mä ech géif mer ni erlaben, an esou enger Prozedur, wou d'Verfassung an d'Gesetz seet, et ass elo um Vollek, fir d'Initiativ ze huelen, an et ass um Vollek, fir ze decidéieren, fir do dem Vollek wëlle Virschréften ze maachen, wéi et soll stëmmen. Mir wäerten eis, vun eiser Sait aus, weder positiv nach negativ dozou äusseren. Et ass un de Leit...

(*Brouhaha général et coups de cloche de la Présidence*)

» **M. le Président**.- Wann ech gelift!

» **Une voix**.- Dir sollt lech schummen!

» **M. Gast Gibéryen** (*ADR*).- Et ass un de Leit am Land - laacht Dir roueg! -, et ass un de Leit am Land selwer ze decidéieren, ob se deen dote Wee wëlle goen, mat all deene Konsequenzen am Positive wéi am Negativen. Dat ass jiddefalls vun eiser Sait ganz kloer.

(*Interruptions diverses*)

» **M. le Président**.- Här Statsminister, Dir hutt d'Wuert.

» **M. Jean-Claude Juncker**, *Premier Ministre, Ministre d'État*.- Entschëllegt, Här President, dass ech siichtbar Är Gedold strapazéieren.

(*Hilarité*)

» **M. le Président**.- Neen.

» **M. Jean-Claude Juncker**, *Premier Ministre, Ministre d'État*.- Den Här Gibéryen an déi aner Kolleegen hunn d'éinescht gesot, si wieren der Meenung, dass d'Chamber d'Gesetzter stëmmt.

» **Une voix**.- Voilà!

» **M. Jean-Claude Juncker**, *Premier Ministre, Ministre d'État*.- Wann et elo zu engem Referendum kënnt - ech war derfir, dass déi Méiglechkeet géif opgemaach ginn, well mer d'Prozedur vun der Verfassungsännerung geännert hunn. Fréier ass d'Parlament opgeléist ginn, elo muss een de Leit d'Méiglechkeet ginn, sech selwer ze prononcéieren -, falls et zu deem Referendum kënnt, wat ass dat da fir eng Fassong, fir Waasser ze zéien?

(*Hilarité*)

» **Une voix**.- D'Chamber huet Faarf bekannt heibannen.

» **M. Jean-Claude Juncker**, *Premier Ministre, Ministre d'État*.- Ech kann akzeptéieren, wann ee géif, wat ech net suggérieren - et ass jo eng Fro, déi ee sech ka stellen, well d'Meenungen esou wäit auserneeginn -, e Referendum iwwert d'Euthanasie maachen. Da kéint ech verstoen, dass een net seet, wat ee selwer denkt, well dat jo och fir den eenzelne Lëtzebuerger esougutt eng Gewëssensfro ass wéi fir den eenzelnen Deputéierten. Et wier net absurd, fir all Lëtzebuerger zum Deputéierten ze maachen an esou enger Fro. Mä dat ass eng Fro, déi mech näischt ugeet. Dat ass eng parlamentaresch Fro, déi iergendwann muss kënne beäntwert ginn.

Mä wann et ëm d'Verfassung geet, ëm d'Prinzipië vum Stat, ëm d'Aart a Weis wéi de Stat fonctionnéiert, da kann een dach net soen, dass d'politesch Parteien, an déi, déi d'Pretentioun hu wéi Dir, ech contestéieren lech déi jo net, fir hei am Land wëlle matzeregéieren, wann ee wëllt regéieren, a wann ee wëllt parlamentéieren, da muss een de Leit soen, no wat fir Regeln dass ee mengt dass dat ze geschéien huet.

Mir sinn heibannen - Dir, net d'Regierung, mir si jo Sklave vum Parlament -,...

(*Hilarité*)

...d'Parlament ass hei fir ze soen, no wat fir enger demokratescher Choreographie hei am Land gedantz gëtt! An da kann een net soen, ech sinn derfir, dass d'Chamber decidéiert, mä Dir maacht, wat Der wëllt. Wat maacht Dir dann, Dir, déi Dir der Meenung sidd, d'Chamber soll decidéieren, wann d'Leit géifen decidéieren, de Grand-Duc kéint decidéieren, wat Gesetz a wat net Gesetz hei am Land wier? Wie sidd Dir eigentlich, dass Dir de Leit net sot, wat Dir denkt? Wie sidd Dir, dass Dir de Leit dräi Saache sot, fir dass d'Leit net verstinn, wourëms et hei geet?

Hei geet et net ëm d'Euthanasie! Hei geet et ëm d'Prinzipien, d'Grondprinzipië vum Rechtsstat!

» **Plusieurs voix**.- Très bien!

» **M. le Président**.- Sou, elo kritt den Här Gibéryen nach eng Kéier d'Wuert, an dann ass déi Diskussioun domadder ofgeschloss. Ech mengen, d'Haltung vum Statsminister, wat hie gesot huet, ass kloer an dättlech an eendeiteg, a mir kenne seng Positioun. Elo den Här Gibéryen nach eng Kéier an dann ass d'Debatt eriwwer. Här Gibéryen, wann ech gelift.

» **M. Gast Gibéryen** (*ADR*).- Merci, Här President. Ech wëll nach eng Kéier ganz kuerz rappeléieren, datt mir heibanne Faarf bekannt hunn. Ech wëll dat nach eng Kéier soen.

» **Une voix**.- Macht dat och dobaussen!

» **M. Gast Gibéryen** (*ADR*).- Ass dat heiten net dobaussen? Ech mengen, wa mer hei eppes soen, dann ass et wierklech dobaussen.

(*Interruptions et coups de cloche de la Présidence*)

Zweetens wëll ech soen, datt eng Rei vu Leit, déi fir e Referendum sinn, net onbedéngt duerfir och anerer Meenung wéi d'Chamber sinn. Et sinn och Leit, déi e Referendum wëllen an awer géifen déi Verfassungsännerung stëmmen. Et kann een also elo net higoen, datt ee seet, datt jiddwereen, dee fir e Referendum wier, anerer Meenung wier wéi d'Chamber. D'Chamber huet jo bekannt, wéi se, mengen ech, mat 59 oder 56 Jo-Stëmme bei enger Enthalung, zu där Verfassungsännerung do steet. Domat huet d'Chamber vis-à-vis vum Land gesot, dat do ass eis Meenung. A wann d'Leit anerer Meenung sinn, da muss se dat zum Ausdrock bréngen, mä si kënnen awer och an engem Referendum zum Ausdrock bréngen, datt se dat, wat d'Chamber decidéiert huet, duerch hire Vote ënnerstëtzen.

» **M. Jean-Claude Juncker**, *Premier Ministre, Ministre d'État*.- Här President, mir stelle fest, dass den Här Gibéryen, falls et

zu engem Referendum kënnt, de Lëtzebuerger recommandéiert, den Text, deen d'Chamber à la presque'unanimité votéiert huet, unzehuelen an net ze rejetéieren.

(*Brouhaha*)

» **Une voix**.- Très bien!

» **M. Gast Gibéryen** (*ADR*).- Här President, ech wollt just soen, datt den Här Statsminister bis haut nach ëmmer net meng Gedanke ka liesen.

(*Brouhaha*)

» **M. le Président**.- Voilà, sou, Dir Dammen an Dir Hären...

(*Interruptions diverses*)

» **M. Jean-Claude Juncker**, *Premier Ministre, Ministre d'État*.- Här President, ech mengen, dass d'Lëtzebuerger dem Här Gibéryen seng Gedanke ganz gutt liese kënnen.

» **M. le Président**.- Sou, Dir Dammen an Dir Hären, elo ass dës Diskussioun ofgeschloss. Mir hu jo de Vote geholl. D'Resolutioun vun der ADR ass ofgelehnt mat 56 Nee-Stëmmen, bei 4 Jo-Stëmmen. Domat ass dee Punkt gekläert.

Mir kommen elo zum nächste Punkt vun eise-m Ordre du jour vun haut de Mëtteg, dat sinn déi zwee Projeten iwwert dee sougenannte Paquet fiscal. Et huet elo d'Wuert de Rapporteur vum Projet de loi 5913, den honorablen Här Lucien Thiel. Här Thiel, wann ech gelift.



#### 4. 5913 - Projet de loi

- portant révision du régime applicable à certains actes de société en matière de droits d'enregistrement

- portant transposition de la directive 2008/7/CE du Conseil du 12 février 2008 concernant les impôts indirects frappant les rassemblements de capitaux

- modifiant: • la loi modifiée du 7 août 1920, portant majoration des droits d'enregistrement, de timbre, de succession, etc. • la loi modifiée du 20 décembre 2002 concernant les organismes de placement collectif • la loi du 22 mars 2004 relative à la titrisation • la loi modifiée du 15 juin 2004 relative à la société d'investissement en capital à risque (SICAR) • la loi modifiée du 13 juillet 2005 relative aux institutions de retraite professionnelle sous forme de sepcav et assep • la loi du 13 février 2007 relative aux fonds d'investissement spécialisés

- et abrogeant la loi modifiée du 29 décembre 1971 concernant l'impôt frappant les rassemblements de capitaux dans les sociétés civiles et commerciales et portant révision de certaines dispositions législatives régissant la perception des droits d'enregistrement

#### 5924 - Projet de loi portant modification

- de la loi modifiée du 4 décembre 1967 concernant l'impôt sur le revenu;

- de la loi modifiée du 16 octobre 1934 sur l'évaluation des biens et valeurs;

- de la loi modifiée du 1<sup>er</sup> décembre 1936 sur l'impôt commercial communal;

- de la loi modifiée du 23 décembre 2005 portant introduction d'une retenue à la source libératoire sur cer-

tains intérêts produits par l'épargne mobilière;

- de la loi modifiée du 24 décembre 1996 portant introduction d'une bonification d'impôt sur le revenu en cas d'embauche de chômeurs;

- de la loi modifiée du 27 novembre 1933 concernant le recouvrement des contributions directes, des droits d'accise sur l'eau-de-vie et des cotisations d'assurance sociale;

- de la loi modifiée du 17 avril 1964 portant réorganisation de l'administration des contributions directes;

- de la loi modifiée du 5 avril 1993 relative au secteur bancaire;

- de la loi modifiée du 22 décembre 2006 promouvant le maintien dans l'emploi et définissant des mesures spéciales en matière de sécurité sociale et de politique de l'environnement;

- de la loi modifiée du 9 juillet 1937 concernant l'impôt sur les assurances;

- de la loi modifiée du 21 avril 1928 sur les associations et les fondations sans but lucratif

*Rapport de la Commission des Finances et du Budget du projet de loi 5913*

» **M. Lucien Thiel** (*CSV*), *rapporteur*.- Merci, Här President. Kolleeginnen a Kolleegen, Dir Damme Ministeren, Dir Häre Ministeren, et kënnt ee sech natierlech e bëssen niewent dem Dill vir, wann een no deem héichfléienden Débat, dee mer elo haten, erëm an d'Nidderunge vun dem Alldagsgeschäft muss erofkommen a sech muss mat esou eppes Prosaeschem erëmschloe wéi Steuerfroen. Mä mir kommen och net laanscht déi.

Däerf ech och nach drun erënneren, datt mer vun enger Kris bei déi aner kommen, datt mer och nach eng aner Kris hunn, an datt mer och net däerfe vergiessen, datt mer déi eng Kéier musse bewältegt kréien. Ech hoffe just, datt mer keen Zweek- oder Dräifrontekrich kréien, well déi si bis elo nach ëmmer schif fir déi ausgaangen oder falsch fir déi ausgaangen, déi se ugeziedelt hunn.

Et maach elo vläicht e bësse komesch umudden, wann de Stat grad dann, wann d'Zäite schlecht sinn an d'Sue rar ginn, fräiwëlleg op bestëmmte Recettë verzicht. Mä, wann een domat Schlëmmeres verhenere kann, wéi zum Beispill eng Rezesioun, da mécht dat Ganzt dach scho Sënn. Dat nennt een dann antizyklesch Politik, eng Politik, wéi se elo e bëssen iwwerall bedriwwen gëtt, fir der Wirtschaftskris d'Spëtz ofzebriechen.

Déi eng probéieren et mat punktuelle Milliardsprëtzen, wéi d'Amerikaner am Moment mat hirer Automobilindustrie, anerer, wéi eis däitsch Noperen, denken iwwer Geldbongen no, déi u jiddwer Einzelne verdeelt solle ginn, fir datt de Konsum a Schwong gehale gëtt. An da gëtt et schliesslech och nach déi klassesch Method, déi vun de Steiererlichterungen, entweder fir d'Betriben oder fir d'Privatleit, oder nach besser, entweder oder fir se allen zwee, also souwuel fir déi eng wéi fir déi aner. D'Regierung huet sech fir déi lescht Method entscheed an e Steuerpak ficeléiert, iwwert dee mir haut hei decidéiere sollen.

Well mir zwou grouss Steierkategorien hunn, nämlech déi vun den direkten a vun den indirekte Steieren, an entspriechend och zwou verschidde Verwaltungen, fir sech drëm ze këmmen, ass de Pak och an zwee gespléckt ginn. Mat engem méi décke Stéck, dat vun der Steierverwaltung kënnt, an dat mäi Kolleeg Laurent Mosar lech elo gläich presentéiere wäert, an da mat engem méi klengen, dat am Gaart vum Enregistrement gewuess ass, an dat ech lech elo däerf kuerz virun A féieren.

Et sief gläich viwech gesot, datt dat, wat am Projet 5913 mat deem ellelaangen Intitulé steet, weder eng Iwwerraschung ass nach eppes, wat d'Leit dobausse begeeschtere wäert. Well et geet, éischstens, ëm d'Ofschafe vun enger méi wéi 200 Joer aler



Steier, déi souwisou scho längst vun enger EU-Direktiv ofgeschoss ginn ass. An et geet zweetens ëm eng reng Steier fir d'Betriben, wat dann och d'Privatbeamtekummer an hirem Avis, ee vun hire leschten iwwregens, dozou verleet huet, vun enger kapitalistesche inspiréierter Décisioun, ech zitéieren „d'ordre idéologico-corporatiste“ ze schwätzen, déi misst géigebalanciéiert ginn duerch Steiererliichterunge mat sozialem Charakter. Mä vu datt dat Géigegewiicht jo just an deem aneren, deem decken Deel vum Pak stécht, gëtt hei gewëssermoossen eng open Dier agerant.

D'Ofschafung vum Droit d'apport, deem säin Taux scho fir dëst Joer op en hallwe Prozent halbéiert gi war, ass an enger Direktiv festgehalten, déi ëmmerhi schonn 1985 erauskoum a wéinst där mer säit annerhallwem Joer eng Plainte vu Bréissel um Hals hunn. Mir hunn nämlech déi Direktiv nach ëmmer net ëmgesat, am Géigesaz zur Majoritéit vun den EU-Staten, well vun deene 27 Länner sinn der just nach siwen, déi bis elo gemengt hunn, net op dës Steier verzichten ze kënnen. An dat net vun ongeféier, well si huet vum Beispill eise Enregistrement an normale Joren esou ëm déi 100 Milliounen Euro abruucht.

Wann d'Chamber d'accord ass, wäerte vum 1. Januar u keng Steiere méi ufalen, wa frëscht Kapital an eng Gesellschaft fléisst, vun deenen et der jo nawell e sëllegen an an deene verschiddenste Forme bei eis gëtt. Dat Eenzezt, wat dann nach ze bezuelen ass, wäert eng Forfaitstax vu 75 Euro sinn. Dat erlaabt eng aner, méi rezent Direktiv deenen eenzelne Staaten, well jo awer Onkäschte beim Enregistrement vun de Kapitaldotatiounen ufalen.

An der éischter Versioun vun deemem Projet goug nach vun zwee ënnerschiddleche Sätz Rieds: 100 Euro fir d'Aktiëgesellschaften a 50 Euro fir d'Zivilsociétéiten. Mä do huet de Statsrot a sengem Avis gemengt, et sollt een déi Saach net ze vill komplizéiert maachen a sech léier op een eenzege Saz festleeën, wat dann och mat der Eenegung op hallwem Wee tëscht 50 an 100 Euro geschitt ass, nämlech 75 Euro.

**(Mme Anne Brasseur prend la Présidence)**

Mä domat ass et nach net gedoen. Bis elo si mam Droit d'apport och déi Transaktiounen erfaast ginn, bei deenen et net, oder net nëmmen, ëm Bores an ëm Kapitalbedeelegung geet, mä och ëm Immobilien. Logescherweis misst elo, wann e Gebai mat an eng Gesellschaft abruucht gëtt, näischt ausser dem Forfait vu 75 Euro ufalen. Dat awer géif mat där anerer Regel fluchen, déi beseet, datt den Enregistrement all Kéier matkasséieren dierf, wann Haiser oder Gebai de Propriétaire wiesselen.

Dat ass dann och d'Erklärung dofir, datt elo mam Ofschafe vum Droit d'apport op deenen Immobilientransaktiounen erëm den Droit d'enregistrement opdaucht. Well et wier jo e bëssen einfach, wann ee mat Hëllef vu Schäifirmen d'Enregistrementstaxe kéint ëmgoen, déi déi aner Leit ganz brav bezuele mussen.

Duerfir steet elo an deem neie Gesetz, datt an deene Fäll e sougenannten Droit de mutation ufält, deen ënnerschiddlech héich ass, jee nodeem, ob den Apport vun engem Immeubel an eng Gesellschaft mat Gesellschaftsundeeler bezuelt gëtt oder mat borem Geld.

Am éischte Fall falen 1,2% plus 0,5% Transkriptiounskäschten, also 1,7% un. An deenen anere Fäll sinn et 6% plus 1%, also 7%, déi un den Enregistrement berappt musse ginn.

Wann een awer elo de Pech huet, datt dat Ganzt sech um Territoire vun der Stad Lëtzebuerg ofspillt, da gëtt et méi deier. Well d'Gemeng Lëtzebuerg knätscht als eenzeg am Land op déi Enregistrementstax nach eng Surtaxe vun 3% drop. Et ass ee schliesslech net fir näischt d'Hauptstad.

Dat gesot wéilt ech déi eestëmmeg Recommandatioun vun der Budgets- a Finanzkommissioun, dëst Gesetz guttzeheeschen, un lech weiderreechen, ier ech mengem Kolleeg Laurent Mosar d'Plaz iwwerloossen, fir lech den Hauptplat vun deemem Steiermenu ze zerwéieren.

Ech soen lech Merci.

» **Plusieurs voix.** - Très bien!

» **Mme le Président.** - Dann huet den Här Mosar als Rapporteur vun deem zweete Projet d'Wuert.

**Rapport de la Commission des Finances et du Budget du projet de loi 5924**

» **M. Laurent Mosar (CSV), rapporteur.** - Här President, Dir Dammen an Dir Hären, wéi de Statsminister de leschten 22. Mee a senger Erklärung zur Lag vun der

Natioun e ganze Pak vu Steiererliichterunge fir d'Privatpersounen an d'Betriben ugekënnegt huet, waren nach keng donkel Wolleken um Finanz- a Wirtschaftshimmel. Och de Projet de loi, iwwert dee mer haut diskutéieren, ass nach ausgeschafft an depouéiert gi vun der Regierung virum Ausbroch vun der Finanzkris.

D'Moosnamen, déi ech lech an deenen nächste Minutte wäert virstellen, sinn dann och u sech eng Weiderféierung vun där Steiererliichterungspolitik, déi vun der Regierung schonn duerch d'Gesetz vum leschten 21. Dezember 2007 op d'Gleiser gesat ginn ass, mat ënner anere der Aféierung vum Kannerbonus.

Dëse Gesamtsteierpak kascht de Budget 646 Milliounen Euro, déi op där enger Säit der Kafkraaft vun de Bierger, awer och den Entrepreneuren an domat dem gesamte Mëttelstand zeguttkommen. Am Kontext vun der Finanz- a Wirtschaftskris wäert dëse Steierpak en antizykleschen Effet hunn, andeem e géigesteiert an d'Vertraue vum Bierger an eise Land erëm verstärkt an domat d'Auswirkunge vun der Finanzkris op déi reell Economie wäert ofschwächen.

Mat deem Steierpak wäert vum 1. Januar un d'nächst Joer all Bierger manner Steiere bezuelen an deementspreechend méi Suen a sengem Portmonni hunn. Vun deemem Steierpak profitéiert all Steierzueler duerch d'Upassung vun der Steiertabell ëm 9%, awer virun allem déi Haushalter mat klengen Akommen duerch d'Aféiere vu verschiddene Steierkreditter.

Dëst Gesetz bréngt also net nëmme méi Kafkraaft, mä virun allem méi Gerechtegkeet, well an Zukunft jiddwer Bierger, egal ob hie Steiere bezilt oder net, an de Genoss vun deene Steierkreditter kënnt.

Här President, aleedend erlaabt mer dann och feststellen, datt e Steierprojet selten an engem méi grouse Konsensus diskutéiert ginn ass an der zoustänneger Kommissioun wéi dëse Gesetzesprojet.

Konsensus fir d'éischt um Niveau vun der Politik, well och no dem Ausbroch vun der Finanzkris a besonnesch duerno war eigentlech jiddwereen an der Finanzkommissioun sech bewosst, datt mer elo ganz besonnesch iwwert de Wee vu Steiererliichterungen a Steierkreditter d'Kafkraaft vun alle Bierger an deemem Land stäerken an en Iwwerschwapp vun der Finanzkris op d'reell Economie wa méiglech vermeide mussen. Awer och doriwwer eraus an deene verschiddenen Avisé vun de Beruffskummeren huet e Gesetzesprojet selten esou vill Luef kritt wéi dësen. Och hoffen ech duerfir, datt dëse Projet herno den Accord vun allen an deemem Haus vertrauene Fraktiounen oder Gruppe wäert kréien.

Här President, Dir Dammen an Dir Hären, dëst Gesetz regruppéiert dann och hauptsächlech dräi grouss Kategorië vu Steiererliichterungen: fir d'éischt all déi, déi am Interesse vun de Privatpersounen geholl ginn, d'Niement all Steiererliichterunge fir d'Betriben a schlussendlech déi steierlech Moosname fir de Mäzenat an d'Philanthropie, e Beräich, an deem eis Finanz- a Bankplaz amgaangen ass, sech e seriösen Know-how zouzeleeën.

Erlaabt mer dann, ier ech op déi verschiddene Dispositiounen vun deemem Projet ze schwätze kommen, nach eng Rei Mercië lasszeginn, wéi ëmmer fir d'éischt un d'Kollegen an d'Kollegen aus der zoustänneger Finanz- a Budgetkommissioun, déi mat ganz vill Gedold awer och Sachkenntnis dëse Projet ausdiskutéiert hunn, d'Niement awer och dem Statsminister an dem Budgetsminister souwéi den Direktere vun deenen zwou Steierverwaltungen, déi eis an enger technesch komplexer Matière ëmmer zur Säit stoungen, an da schlussendlech e leschte Merci un eis Sekretärin, d'Madame Klosener, an un de Marc Reiter, Mataarbechter vun der CSV-Fraktioun.

Här President, ech wëll dann an deenen nächste Minutte kuerz op déi wesentlech Neierunge vun deemem Projet agoen. Fir den Detail verweisen ech wéi ëmmer op mäi schrëftleche Rapport respektiv op de Projet selwer.

» **Mme le Président.** - Kéint ech just dem Här Mosar soen, dass ech den Här President zäitweilig ersetzen?

» **M. Laurent Mosar (CSV), rapporteur.** - Entschëllegt, Madame Presidentin.

**(Interruption)**

Niewent dëser Upassung ass déi wichtegst Neierung d'Aféiere vun engem Steierkredit vun 300 Euro, dee souwuel de Salarié wéi de Pensionéierten, de Baueren, de Geschäftsleit an de Professions indépendantes wäert zeguttkommen.

Dëse Steierkredit, Madame Presidentin, eretzt dann och de sougenannten Arbeitnehmerfreibetrag wéi all déi Fräibeträg, déi de Pensionéierten, de landwirtschaftleche Betriben an de Geschäftsleit bis elo zeguttkomm sinn.

Erlaabt mer vläicht just och nach eng Kéier kuerz un den Ursprung vun deem Arbeitnehmerfreibetrag ze erënneren. Dëse Fräibetrag sollt u sech den Décalage kompenséieren, deen e Salarié par rapport zu engem Indépendant huet, well den Indépendant zwar wuel Avancen op seng Steiere bezilt, de Sold vu sengem Décompte awer oft eréischt een oder zwee Joer méi spët bezilt an domat u sech e Virdeel op de Salarié huet, deen all Mount regelméisseg muss seng Steieren offéieren.

Op deemem Punkt huet de Statsrot eng Opposition formelle ugemellt, well hien der Meinung ass, datt am aktuelle Steiersystem an och am Projet de loi eng Ongerechtegkeet zwëschen de landwirtschaftleche Betriben, de Geschäftsleit an de Professions indépendantes besteet. Well d'Kommissioun eréischt spët mam Avis vum Statsrot saiséiert ginn ass, hate mer an der zoustänneger Kommissioun leider keen anere Choix, wéi déi Opposition formelle vum Statsrot unzuhuelen. Allerdéngs muss ee mam Statsrot senger Argumentatioun net onbedéngt averstane sinn, well eben deen Arbeitnehmerfreibetrag u sech, wéi ech dat elo virdrun ausgeféiert hunn, eigentlech sollt deen Décalage par rapport zu de Fräiberuffler kompenséieren.

Duerch d'Aféiere vun engem Steierkredit gëtt also an Zukunft jiddwer Bierger, egal ob ugestallt oder onofhängeg, d'selwecht behandelt a kënnt an de Genoss vun engem Steierkredit vun 300 Euro. Duerfir falen dann och all déi Fräibeträg souwuel fir d'Salarié wéi fir all déi aner concernéiert onofhängeg Beruffer ewech.

Grad wéi beim Kannerbonus wäerten an Zukunft och all déi Leit vun deem Steierkredit profitéieren, déi keng Steiere bezuelen an duerfir och nach ni an de Genoss vun deene Fräibeträg komm sinn.

Vu wem gëtt elo dëse Steierkredit bezuelt? Dee gëtt all Mount vum Employeur respektiv, wann et sech dann ëm e Pensionéierten handelt, vun der Pensiounskeess bezuelt, a jiddwereen, deen hei zu Lëtzebuerg schafft, egal ob hien hei wunnt oder net, kënnt an de Genoss vun deemem Steierkredit vun 300 Euro. Dat heescht, bien entendu gëtt dëse Steierkredit och un all d'Frontalieren ausbezult.

Zweet Moosnam: De Fräibetrag fir Elengerzéier gëtt ersat duerch e Steierkredit vu 750 Euro, dee plus ou moins dem Fräibetrag vun 1.920 Euro entsprécht, dee bis elo konnt als Abatement monoparental ofgesat ginn. Och hei wäerten also an Zukunft elengerzéierend Eltere vun deemem Steierkredit profitéieren, déi keng Steiere bezuelen.

Eng drëtt Moosnam, déi eigentlech am initiale Projet virgesi war, nämlech d'steierlecht Ofsetze vum Forfait d'éducation oder der Mammerent, hu mer missen aus dem Projet eraushuelen, well de Statsrot hei och eng Opposition formelle ugemellt huet.

De Statsrot huet sech méi prezis dru gestouss, datt elo dëse Forfait d'éducation oder Mammerent géif steierfräi ginn, mä säi Pendant Babyjoren awer viru géife besteiert ginn.

Ech wëll hei nach eng Kéier drun erënneren, datt et sech a sech bei dëser Moosnam vun der Regierung manner ëm eng steierlech Erliichterung handele sollt, mä einfach ëm eng administrativ Vereinfachung. Wat awer interessant ass bei den Iwwerleeunge vum Statsrot, ass, datt en hei der Meinung ass, datt fir zu esou enger Vereinfachung ze kommen et méi sennvoll wär, an Zukunft dëse Forfait d'éducation oder Mammerent vun de Pensiounskeessen ausbezuelen ze loossen.

Madame Presidentin, ech wëll dann och bei deene steierleche Moosnamen, déi de Privatpersounen zeguttkommen, nach op eng wichteg Moosnam verweisen, nämlech déi, datt an Zukunft d'Zësen op de Bauspuervertrag net méi ënnert d'Quellesteier wäerte falen; wat sécherlech all déi Leit wäert erfreen, déi esou Bauspuervertrag hunn. Erfreelech wär awer och elo bei dëser Moosnam, wann elo net d'Banken géife versichen ähnlech Produiten unzebidden, fir kënnen och vun dëser Moosnam ze profitéieren.

Schlussendlech, nach zu deemem Punkt, wëll ech dann och nach derzou soen, datt an Zukunft, wéi dat och schonn d'lescht Joer vun der Finanzkommissioun als Wonsch geäussert ginn ass, de Kannerbonus all Mount an net méi eemol am Joer wäert ausbezult ginn.

Madame Presidentin, Dir Dammen an Dir Hären, wat den zweete grouse Volet vun deemem Projet betrëfft, nämlech d'Steiervergenschtege vum den Entrepreneuren, wëll ech fir d'éischt nach eng Kéier drun erënneren, datt mer laut dem Projet de loi, dee virdrun hei vum Rapporteur Lucien Thiel op eng ganz komplett Manéier virgestallt ginn ass, keen Droit d'apport méi wäerten hunn, wat sécherlech - an hien huet dat virdrun ausgeféiert - am Interesse vun eiser Banken- a Finanzplaz ass.

Niewent dem Ofschafe vum Droit d'apport gesäit dëse Projet awer och nach d'Erofsetze vum Taux vun der Kierperschaftssteier vun 22 op 21% vir, esou datt d'Gesamtbesteuerung vun de Betriben elo zu Lëtzebuerg wäert ënner 30% leien, wat eng wichteg psychologesch Grenz och duerstellt.

Wann ech elo nëmmen d'Beispill vun der Stad Lëtzebuerg huelen, déi duerch den Hiewesaz vun 225% elo schonn nëmme méi eng Gesamtsteierbelaaschtung vun 29,67% hat, gi mer do an Zukunft erof op 28,54%.

Ech wëll awer hei och nach eng Kéier drun erënneren, datt dës nëmme soll eng Zwëschenetapp sinn, well jo d'Regierung ugekënnegt huet, an e puer Etappen op 25,5% unzokommen, mat enger gläichzäiteger Verbreederung vun der Base impossible.

Eng aner wichteg Measure, am Interesse vun eise Wirtschaftstanduert, ass d'Ofännung vum Artikel 147 vum Steiergesetz, an deem de Perimeter vun deene Bénéficiairë vergréissert gëtt, deenen hir Dividenden net ënnert d'Quellesteier falen. Hei geet et a sech drëm, datt Organismen, déi hire Sëtz an engem Land hunn, mat deene Lëtzebuerg en Duebelbesteuerungsofkommen ofgeschloss huet, net ënnert d'Quellesteier falen.

Fir komplett op deemem Punkt ze sinn, wëll ech dann och ënnersträichen, datt vun dëser Dispositioun souwuel Fonds souverains, vun deene jo am Moment vill geschwat gëtt, wéi och Pensiounsfonge kënnen profitéieren; allerdéngs ëmmer vorausgesat, datt se d'Konditiounen vum Artikel 147 respektéieren.

**(M. Lucien Weiler reprend la Présidence)**

Eng lescht interessant Moosnam, déi komplementär ass par rapport zum Gesetz vum leschte Joer, betrëfft déi geeschteg Rechter. Dir kënnt lech erënneren, datt laut deem Gesetz vun 2007 déi Aktivitéiten, déi sech also op geeschteg oder intellektuell Rechter bezéien, zu 80% steierfräi sinn. Elo kënnt an deemem Gesetz derbäi, datt och fir dës Aktivitéite keng Verméigenssteier méi an Zukunft wäert ze bezuele sinn. Och dëst wäert de Standuert Lëtzebuerg nach méi interessant maache fir de Secteur vun den Droits d'auteur. A wa mer eis dann allegueren ëmmer erëm eens si fir heibanne fir méi Diversifikatioun ze plädéieren, esou ass de Beräich vun den Droits d'auteur sécherlech een, wou eist Land e grouse Potenzial huet.

Här President, ech wëll dann elo bei deene Steiermoosnamen fir Betriben och nach un eng Moosnam erënneren, déi sécherlech wäert ganz ville Betriben, ganz besonnesch och aus dem Bausecteur zeguttkommen, nämlech d'Erofsetze vum Plaffong vun der TVA, deen ee kann ermëkréien bei Neibauten oder bei Renovatiounsarbechten, deen also elo wäert vu 50 op 60.000 Euro erhöicht ginn. Dëst ass sécherlech och eng Moosnam, déi besonnesch an deene schwierigen Zäite fir de gesamte Bausecteur ka vun Importzen sinn.

Schlussendlech ginn duerch dëst Gesetz nach eng Kéier déi Mesurë verlängert, déi de Betriben steierlech entgéintkommen, déi en Aarbechtslosen engagéieren. Si kënnen an Zukunft 15% amplat vu bis elo 10% vun der Pai vun där Persoun ofsetzen.

Här President, Dir Dammen an Dir Hären, am initiale Projet war awer och nach eng Moosnam virgesinn, déi mer no Concertatioun mat deene concernéierten Institutiounen décidéiert hunn erëm aus dem Projet erauszuhuelen, nämlech dee ganze Volet, dee mat den internationale Kontabelnormen IFRS ze dinn huet, respektiv de ganze Volet, dee mat der AGDL - dem Système de garantie de dépôt - a Relatioun steet.



Mir hunn dat gemaach, well mer eis an der zoustänneger Kommissioun eens waren, datt weinst der Finanzkris een nach eng Kéier all dës Norme misst enger méi déif gräifender Analys ënnerwerfen. Derbäi kënnt, datt och d'Europäesch Kommissioun am Moment amgaangen ass, eventuell an eng aner Direktioun mat dësen internationale Kontabelsnormen ze goen, esou datt de toute façon déi Dispositiounen, esou wéi se am ursprüngeleche Projet virgesi waren, wahrscheinlech riskéieren an e puer Wochen oder Méint net méi aktuell ze sinn.

Wat elo de Projet vum Eropsetze vun der Garantie de dépôt vun 20 op 100.000 Euro betrëfft, huet d'Regierung eis anonncéiert, datt se am Ufank vun nächste Joer hei e Gesetzesprojet wëllt an der Chamber déposéieren, deen dann och an Zukunft all Dépôten, Créancen oder aner Investissementer garantéiert.

Wann ech dann elo bei deene Moossname sinn, wou d'Kommissioun décidéiert huet, d'Dispositiounen aus dem Projet erauszehuelen, kënnt hei eng zousätzlech Moossnam, nämlech déi vun der Netofsetzbarkeet vun der Autosteier fir Firmeween. Dir kënnt lech alleguerten dorun erënneren, datt mer am Kader vun den Diskussiounen vum Steiergesetz vum leschte Joer eis eens waren, datt een och misst bei de Firmeween ekologesch Komponente mat an d'Steierpolitik bréngen.

Dorophin huet dann och d'Regierung proposéiert gehat, datt an Zukunft d'Autosteier net méi kéint bei Firmeween ofgesat ginn. Dës Dispositioun ass awer op Oflehnung beim Statsrot gestouss. An déi technesch steierrechtlech Argumenter, déi de Statsrot hei virbruecht huet, schéngt mer dann och net total verkéiert ze sinn, well mer duerch esou eng Dispositioun hei eng Steierpenalitéit fir Entreprisé geschaf hätten, déi esou keng Base légale am aktuelle Steiergesetz huet. Mir waren eis duerfir och alleguerten eens, fir dës Dispositioun erauszehuelen.

Allerdéngs wëll ech vun dëser Plaz aus nach eng Kéier en Appel un d'Regierung maachen, fir am Laf vun deenen nächste Méint eis nei Propositionen op den Dësch ze leeën, wéi een déi ekologesche Komponente bei der Besteuerung vun de Firms besser ka berücksichtegen, allerdéngs och esou - an dorop wëll ech hei nach eng Kéier insistéieren -, datt een och en Ënnerscheid mécht zwëschent deene Firmeween, déi ëmweltfrëndlech sinn a wéineg CO<sub>2</sub>-Emissiounen ausstoussen, an deenen, déi wierklech CO<sub>2</sub>-Schleidere sinn.

D'Dispositioun, wéi se elo am Projet virgesi war, huet hei keen Ënnerscheid zwëschent dësen zwou Kategoriën vun Autoe gemaach. Ech mengen awer, datt et wichteg wär, datt ee bei enger Regelung net all Autoen, ëmweltfrëndlech oder ëmweltschiedlech, iwwert deeselwechte Leescht zitt.

Här President, Dir Dammen an Dir Hären, ech kommen domadder och schonn zum leschte Volet, wat awer net deen onwichtigste vun dësem Projet ass. Nämlech all déi Dispositiounen, déi mam Mäzenat a mat der Philanthropie ze dinn hunn. Do ass eist Land amgaange sech eng gewësse Kompetenz an Know-how ze ginn, an ech fanne och, datt et eiser Finanzplaz gutt zu Gesiicht steet, datt se sech an dësem Beräich wëllt an Zukunft méi investéieren an engagéieren, wéi dat bis elo de Fall war.

Wat sinn elo déi konkret Moossnamen, déi an dësem Gesetzesprojet virgesi sinn?

Fir d'alleréischtt gëtt de Betrag, deen een als Don an Zukunft kann ofsetzen, vu 500.000 op 1.000.000 Euro eropgesat respektiv vun 10 op 20% vum gesamte Revenu imposable. Gläichzäiteg gesäit de Projet fir den eventuelle Surplus, dee sech aus dësen Donen ergëtt, déi während engem Besteuerungsjoer gemaach gi sinn, och nach vir, datt se kënnen iwwert déi nächst zwéi Joer reportéiert ginn.

Dann ass och nach virgesinn, datt an Zukunft déi Betrëg, déi den Initiator oder de Créateur vun esou enger Fondatioun als initial Dotatioun an d'Fondatioun eragin huet, och an Zukunft kënnen steierlech ofgesat ginn, wat bis elo net de Fall war. Da kënnen an Zukunft och dës Donen net nëmmen, wéi dat bis elo de Fall war, vun der Kierperschaftssteier, mä och vun der Gewerbesteier ofgesat ginn. A schlussendlech gëtt

de Plaffong vun deenen Donen, wou eng Autorisatioun néideg ass, fir se ze akzeptéieren, vu 15 op 30.000 Euro eropgesat. Hei wëll ech awer nach eng Kéier betounen, datt dës Autorisatioun net noutwendeg ass fir Fondatiounen oder Associatiounen, déi hire Sëtz an engem Land vun der Europäescher Unioun hunn.

Här President, Dir Dammen an Dir Hären, niewent all deene Moossnamen, déi ech elo hei ausgeféiert hunn, gëtt et och nach eng Rei méi technesch Dispositiounen, fir déi ech op mäi schrëftleche Rapport hiweisen. Allerdéngs wëll ech awer och net hei ophalen, ouni nach eng Kéier op déi Moossnam hinzeweisen, déi déi sougenannte Familles nombreuses mat mindestens fënnf Persounen betrëfft, déi an Zukunft d'Méiglechkeet kréien, 80 Euro vun hirer Autosteier erëmbezuelt ze kréien. Dëst ass eng Moossnam am Interessi vun de Familles nombreuses, déi domadder e bësselchen de Käschtepunkt vun hirer Autosassurance, fir en of méi groussen Auto, kënnen erofsetzen.

Här President, Dir Dammen an Dir Hären, ech kommen domadder och schonn zum Schluss. Och wann ech, am Numm vun der Kommissioun, bedauern, datt mer verschidden Dispositiounen hu missen aus dem Text erauszehuelen, wéi déi vun der Netofsetzbarkeet vun der Autosteier fir Firmeween, esou wäert dach dës Steierpak e grouse Schub fir d'Kafkraaft vun all Bierger vun dësem Land duerstellen. Wann ee bei deene virbeschriwwene Steiermoossnamen och nach d'Erofsätze vun de Kreditzënsen an d'Zréckgoe vun der Inflatioun derbärechent, esou misst eigentlech d'finanziell Situatioun vun all Bierger hei am Land sech um nächsten 1. Januar u verbesseren. Jiddweree wäert dës Moossnamen a sengem Portmonni spieren. Allerdéngs, an dat wär dann och déi Hoffnung, déi ech hei wëllt ausdrécken, datt dës zousätzlech Kafkraaft virrangeg an de Konsum hei zu Lëtzebuerg sollt goen, fir datt och d'Betrieb an d'Geschäfte hei am Land dovunner hiren Deel ofkréien.

Mat dësem Projet, Här President, dréit d'Regierung zu engem wesentlechen Deel dozou bäi, datt d'Bierger net d'Vertrauen an d'Wirtschaft verléieren, zumindestens bei eis heiheem. Ech hoffen dann och, datt, wa mer eng Kéier d'Geschicht vun dëser Finanz- a Wirtschaftskris zu Lëtzebuerg schreiwen, den Dag vun haut wäert an Erënnung bleiwen als deen, wou mer en éischte Schrëtt gemaach hunn, fir de Wee an d'Rezessioun ze vermeiden, a gläichzäiteg déi éischt wichteg Akzenter gesat hunn, fir eist Land fit ze maache fir d'Zäit no der Kris.

Ech soen Iech Merci.

**» Plusieurs voix.** - Très bien!

**» M. le Président.** - Merci, Här Rapporteur. D'Wuert huet elo den honorabelen Här Claude Meisch, als éischte Riedner.

**Discussion générale**

**» M. Claude Meisch (DP).** - Här President, Dir Dammen an Dir Hären, ech wëll direkt zu Ufank deenen zwéi Rapporteur vun deenen zwéi Gesetzesprojete Merci soe fir hire schrëftlechen an och mündleche Rapport. Ech wëll och virausschécken, datt d'Fraktioun vun der Demokratescher Partei dee Projet de loi hei wäert matdroen an hir Zoustëmmung wäert ginn. Dat dispenséiert mech awer elo net dovunner, eng Rei vun dach kritesche Bemierkungen ze maachen, ouni allerdéngs nach eng Kéier op déi eenzel Aspekter, déi méi technesch Aspekter anzegoen, wou ech wierklech mengen, datt déi zwéi Rapporteur se am Detail hei erkläert hunn.

Dee Steierpak, wéi et jo hei presentéiert gëtt, deen zwéi Voleten huet, eng Kéier fir d'Privatpersounen, eng Kéier fir d'Betrieb, ass an de grouse Linnen am Mee vun dësem Joer 2008 vum Statsminister op dës Plaz presentéiert ginn, an der Deklaratioun zum État de la Nation. Elo, am spéiden Hierscht, gëtt gesot, datt et e Pak ass, deen der Kris trotz soll, deen erëm Vertraue bei de Konsumente schafe soll, deen d'Kafkraaft stärke soll an domadder eben och en Deel vun enger antizyklischer Politik duerstelle soll. Dat, wat am Mee jo awer nach net gewosst war, dat war, datt mer eng Bankekris, eng Wirtschaftskris am Hierscht géife kréien, an d'Haaptelementer vun dësem Pak si jo awer nach wie vor déi, wéi se am Mee, also am Fréijoer vun dësem Joer definiert goufen.

Wann déi Steiererlichterungen do, respektiv déi Émwandlung vun Abattementer a Steierkreditte, wann déi zu neier Kafkraaft féiert, da kann dat effektiv gutt si fir d'Demande, fir d'Nofo, da kann dat gutt si fir den Handel, mä mir mussen awer kucken,

ob et da wierklech esou kënnt. Ob wierklech heiduerjer, duerch dës Mesuren, e Kafrausch ausgeléist gëtt, fir datt d'Leit 2009, soubal dës Mesuren hei a Kraaft trieden, an d'Butteker lafen an dat Geld, wat se dann elo hei angeblech solle méi kréien, dann och op deene Plazen do wëllen ausginn. Ech sinn do méi skeptesch, virun allem wann ee bedenkt, datt déi Entlaaschtung, vun där mer hei schwätzen an déi mer haut hei sollen décidéieren an déi net falsch ass, awer hannert de Belaaschtunge vun de leschte Joren zréckbleift.

Wa mer zum Beispill déi 9%teg Inflatiounsberengung vun der Steiertabell huelen, dann ass dat jo eppes, wat mer de Leit zréckginn, wou se eng schlaächend Steiererhéijung déi lescht Joren erfuer hunn, an et ass eigentlech keng Steiersenkung. D'Leit sinn doduerjer déi lescht Jore méi belaascht ginn, daitlech méi belaascht ginn.

Wa mer hei vun 9% Inflatiounsberengung, vun engem Montant vun 342 Milliounen Euro kënnen schwätzen, wat dat dann elo u méi Kafkraaft géif ausmaache par rapport zu där Situatioun, wa mer déi Upassung do net géife maachen, dann heescht dat jo awer och, datt mer eng Steiererhéijung, eng schlaächend Steiererhéijung vun 342 Milliounen Euro déi lescht Joren haten, wou et net ëm déi 9% do ugepasst ginn ass. Mir wëssen, datt se méi héich war, déi schlaächend Steiererhéijung, well och duerch d'Inflatioun, déi sech accumuliert hat, deen Upassungsretard nach méi wéi 9% ausgemaach huet.

Ech wëll awer och nach eng Kéier eng Klammer opmaachen, Dir Dammen an Dir Hären. D'Demokratesch Partei huet am Mee gesot, wéi d'Regierung anonncéiert huet, 6% Inflatioun ze berengege fir 2009, dat géif net duergoen. Mir sinn zum Deel belächelt ginn, mir krute gesot, dat wär net méiglech. Mir hunn dat an enger Zäit proposéiert, wou dat wirtschaftlecht Émfeld eigentlech jo nach vill besser war, wéi mer et haut kennen, an haut soll dat offensichtlech méiglech sinn, wat am Mee nach net méiglech war. Esou nieft der Plack konnt d'DP also mat hire Propositionen am Mee net geleeën hunn.

Déi lescht véier Joren ass déi Steierlaascht, iwwert d'Netupassung vun der Steiertabell oder déi nëmme partiell Upassung vun der Steiertabell, an d'Luucht gaangen. Elo, virun de Wahlen, kënnt déi Entlaaschtung do. Ech mengen, datt d'CSV an d'LSAP erkannt hunn, datt se déi lescht Joren, wat d'Belaaschtungspolitik ubelaangt, de Bou ze vill wäit gespaant hunn, datt d'Leit ze vill belaascht gi sinn, datt virun allem d'Mittelschichten hei am Land ze vill Steierlaaschten op de Bockel geluecht kritt hunn, nieft deem, wou d'Politik net en direkten Afloss drop hat, nieft der héijer Inflatioun, déi mer déi lescht Jore kann hunn, nieft der Augmentatioun vun den Energiepräisser, nieft den héijen Zënsen, nieft der Explosioun vun de Wunnpräisser hei am Land.

Dat Beispill, wat ech d'lescht Joer schonn hei op dës Plaz virgerechent hat, dat weist jo wierklech, awéiwäit all dat doten zesummen dozou gefouert huet, datt d'Kafkraaft erofgaangen ass, net nëmme vun deene ganz klengen Akommes, mä och vun deene Leit am Land, déi e ganz normaalt Akommes hunn. Wa mer nach emol dat Beispill huele vun der duerchschnëttlecher Famill mat engem Familljenakommes vu 4.600 Euro de Mount, deenen herno, wann alles ofgerechent ass - d'Haus remboursséiert gëtt, d'Kannerbetreuung bezuelt gëtt, d'Hëtze bezuelt gëtt, d'Assurancé bezuelt ginn -, nach 700 Euro de Mount bleiwe fir zwéi Erwuessener an zwéi Kanner, da gëtt et wierklech Zäit fir ze handelen.

Do ass d'Regierung net eleng dru schold, mä d'Regierung ass en Deel dru schold, well déi Upassung, déi elo hei gemaach gëtt an déi nach net d'komplett Inflatioun mat abegräift, ze spët komm ass. Eben doduerch huet genee déi dote Famill, wa mer dat ausrechne fir 2008, 1.000 Euro méi u Steiere bezuelt, wéi wann de Steiertarif mat der Inflatioun ugepasst gi wär.

Ech weess och net, ob d'Bierger elo esou wäit Vertraue faassen, datt se dat, wat se am Januar da vläicht méi am Portmonni hunn, och direkt an d'Geschäfte droen. Deen een oder deen anere wäert och skeptesch bleiwen an ofwaarden, wat dann no de Wahle geschitt, ob dat heiten net nëmmen e Manöver ass, fir virun de Wahle Kafkraaft erëmzeginn, déi Belaaschtung, déi geschaf gouf, erëm e Stéckelchen ze reduzéieren, a kee weess, wat duerno soll kommen. Duerfir, wa mer Vertraue wëlle schafe bei de Bierger, da solle mer och iwwert de Wahltermin erauskucken an anonncéieren, wéi et mat der Steierpolitik duerno soll virgoen.

**(Interruption)**

Neen, dat hunn ech net gesot. Ech mengen awer, dat...

**» M. Jean-Claude Juncker, Premier Ministre, Ministre d'État, Ministre des Finances.** - Als Finanzminister sinn ech direkt d'accord, fir déi Steierermësssegung op den 1. Januar 2010 ze setzen, wann Dir dat verlaangt.

**» M. Claude Meisch (DP).** - Neen, dat hunn ech jo mat Sécherheet net gesot.

**» M. Jean-Claude Juncker, Premier Ministre, Ministre d'État, Ministre des Finances.** - Kéint mer dat alleguer zesumme stëmmen, dass mer dat eréischt 2010 maachen, neen?

**» M. Claude Meisch (DP).** - Neen, Här Statsminister, wann ech gelift, ech wollt just dorop opmierksam maachen, datt déi Entlaaschtung do wahrscheinlech nach net duergeet, fir dat komplett Vertraue vun de Leit erëmzegewannen, well d'Leit net wëssen, wat eng nei Regierung, wat eng nei Chamber an der Steierfro duerno wäert maachen, wat dann d'Steierpolitik den 1. Januar 2010 wäert sinn.

D'Leit hunn d'Erfahrung gemaach déi lescht Joren, datt d'Belaaschtunge kontinuéierlech eropgaange sinn. Wann zum Beispill d'DP gefrot huet, fir méi oft d'Steiertabell unzepassen, dann hu mer hei kee fonnt, dee mat op deen dote Wee gaangen ass. An et ka sinn, datt och no den nächste Wahlen een hei keng Partner fënnt fir eng regelmëssig Upassung, woubäi mer eis och do sollten d'Fro stellen, ob mer net wierklech eis d'Wuert sollte ginn, all Joer doriwwer ze diskutéieren, an datt mer éischter sollen decidéieren, d'Steiertabell net unzepassen, an dat wierklech och als politeschen Akt hei markéieren, wéi datt et eng Ausnahm ass, datt se ugepasst gëtt. Déiselwecht Fro...

**» M. Jean-Claude Juncker, Premier Ministre, Ministre d'État, Ministre des Finances.** - 2002, 2003 an 2004 ass se och net ugepasst ginn!

**» M. Claude Meisch (DP).** - Här Juncker, Dir wësst ganz gutt, wat fir eng daitlech Ofsenkung vum Tarif mer 2002 gemaach hunn. D'CSV an d'DP...

**» M. Jean-Claude Juncker, Premier Ministre, Ministre d'État, Ministre des Finances.** - Jo, jo, ech sinn nach deen Eenzege, deen dat nach ëmmer seet. Dir sot et net!

**» M. Claude Meisch (DP).** - Dach, majo sécher, mir soen et, well mir hätte jo eigentlech gären, datt mer déi Tariffer erëm sollten afeieren, datt mer eng komplett...

**» M. Jean-Claude Juncker, Premier Ministre, Ministre d'État, Ministre des Finances.** - Mä 2003, 2004, do sidd Dir d'accord, dass net ugepasst ginn ass? Här Meisch, sidd Dir d'accord, dass mer deemools se net ugepasst hunn?

**» M. Claude Meisch (DP).** - Jo, dat ass wouer, dat ass wouer. Duerfir mengen ech jo och net...

**» M. Jean-Claude Juncker, Premier Ministre, Ministre d'État, Ministre des Finances.** - Da verlaangt net, dass mer dat elo nohuelen.

**» M. Claude Meisch (DP).** - Här Juncker, duerfir mengen ech jo och net, datt dat e Grond ass, fir et bis 2008 leien ze loosser. Duerfir menge mer, et hätt ee jo kënnen 2005, 2006 an 2007 higoen an de Leit dat dote Geld zréckginn, wat se elo eréischt virun de Wahlen erëmkréien.

An duerfir, Här Statsminister...

**» M. Jean-Claude Juncker, Premier Ministre, Ministre d'État, Ministre des Finances.** - Wéi Dir derbäi waart, ass net ugepasst ginn, a wéi Dir fort waart, hu mer ugepasst!

**(Interruptions)**

**» M. Claude Meisch (DP).** - An duerfir, Här Statsminister, mengen ech, datt mer hei et schwéier wäerte kréien, d'Leit dovunner ze iwwerzeegen, datt et an deem dote Rhythmus no de Wahle wäert weidergoen, op jiddwer Fall wann et bei enger CSV/LSAP-Regierung bleift, well déi hu gewisen, datt bei gudde Steierrecetten 2006, 2007 an 2008 d'Steierlaascht an d'Luucht gaangen ass, an net erofgaangen ass, an duerfir weess keen, wat duerno kënnt, Dir Dammen an Dir Hären!

**» M. Jean-Claude Juncker, Premier Ministre, Ministre d'État, Ministre des Finances.** - 2003 an 2004, wéi war et dann do?



» **M. Claude Meisch (DP).**- Dir widderhuel lech, Här Statsminister.

» **M. Jean-Claude Juncker, Premier Ministre, Ministre d'État, Ministre des Finances.**- Jo, jo, an nach ganz dacks!

» **M. Claude Meisch (DP).**- Dir widderhuel lech, an ech wëll net an d'Gefor kommen, mech och hei musse permanent ze widderhuelen.

» **M. Jean-Claude Juncker, Premier Ministre, Ministre d'État, Ministre des Finances.**- Bis den 8. Juni méindes moies um 8 Auer widderhuelen ech lech dat, dass Dir an der Regierung d'Steiertabell net lafend ugepasst hutt.

» **M. Claude Meisch (DP).**- Et ass gutt. Mir ginn eis Rendez-vous.

*(Interruption)*

Mir ginn eis Rendez-vous, Här Statsminister.

» **M. Jean-Claude Juncker, Premier Ministre, Ministre d'État, Ministre des Finances.**- Ech soen den 8. datselwecht wéi de 6. owes...

» **M. le Président.**- Här Meisch, Dir hutt d'Wuert!

» **M. Claude Meisch (DP).**- Ech wollt eigentlech nach weider...

*(Interruption)*

Ech hu wierklech Schwierigkeiten, mech hei auszedrécken, well ech wollt eigentlech soen, datt et, wann et ëm d'Upassung un d'Inflation geet, net nëmmen ëm d'Steiertabell geet, mä datt mer och mussen iwwert d'Abatementë schwätzen, well och déi net wuessen, wann d'Inflation gräift. Duerfir misst och déi Diskussioun eng Kéier a Rou hei kënnen gefouert ginn.

Déi Steierkreditter, déi jo elo zur Regel ginn, nodeems d'lescht Joer de Kannerbonus als Steierkredit, als Negativsteuer hei erkläert an agefouert ginn ass, déi fannen an deem Fall eis Zoustëmmung.

Et bleift net vill, wann ee bei der Mëttelschicht dat Beispill, wat ech gerechent hunn, kuckt, fir eens ze ginn. An natierlech muss ee sech virstellen, wat fir déi bleift, déi dättelech manner verdéngen. Well wann den Duerchschnittsménage zu Lëtzebuerg 4.600 Euro de Mount huet, da wësse mer, datt et ganz vill Ménagé gëtt, déi dättelech manner hunn, déi vläicht nëmmen e Brochdeel dovunner hunn.

Mir kennen d'Statistiken, mir begräife se awer net ëmmer richtig, well mer ze oft nëmmen eis Statistike gesinn an hannert dem Aarmutsrisiko sech jo perséinlech Schicksaler verstoppen. Awer och den Aarmutsrisiko, dee geklommen ass, ass e Resultat vun der CSV/LSAP-Politik.

Mir mengen awer, datt mer an dëser jëtzege Situatioun dann och duerch déi Ëmwandlung vun Abatementen a Steierkreditter kënnen deene Leit do entgéintkommen.

Mir mengen awer gradesou, datt dat net alles ka sinn, wat d'Politik ze maachen huet, wann et ëm Aarmutsbekämpfung geet. Mir mengen, datt et keng normal Situatioun ass, an déi mer awer riskéieren eranzesteieren, wann herno 30, 35, 40% vun de Leit hei am Land nëmme kënnen hiet Liewe bestreiden duerch Sozialtransferten an net méi haaptsächlech duerch hiren eegenen Akommes.

An duerfir wëlle mer eben eng Aarmutsbekämpfung maachen, déi net nëmmen op Sozialtransferte baséiert, mä wou mer kucken, d'Leit aus der Aarmut erauszekréien. Dat heescht, fir d'alleréischt Aarbecht ze ginn. Dat heescht, datt d'Schoul och erëm déi Fonctioun kann iwwerhuele vun engem soziale Lift. Dat heescht, datt mer dat, wat ronderëm d'Schoul noutwendeg ass fir d'Chancëgläichheet do och garantéieren, fir ze kucken, datt d'Aarmut an d'sozial Defavoriséierung sech net weiderverierwen, andeem mer dat nieft der Schoul ausbauen an ubauen un d'Schoul. Dat heescht, datt mer déi sozial Integratioun solle weider fördern an nach emol ganz besonnesch Formatioun a Weiterbildung maachen, an dat och fir déi Leit, déi Schwierigkeiten hunn, fir um éischten Aarbechtsmaart eng Plaz ze fannen.

Ech riskéieren och hei mech ze widderhuelen, wann ech soen, datt d'ADEM do natierlech en zentrale Rôle huet, fir d'Leit fit ze maachen, fir an d'Aarbecht eranzekommen, mä ech wäert dat hei esou oft soen, bis et dann op der Regierungssäit eng Kéier ukomm ass.

Dës Steierkreditter bréngen da méi fir déi Ménagen, déi weineg verdéngen. Se bréngen relativ weineg fir déi Ménagen, déi e mëttlert Akommes hunn. Mä och wann een zu zwee schaffe geet an zu zwee de Min-

destloun heembréngt, dann ass dat, wat een duerch déi Steierkreditter do ënnert dem Stréch iwwreg huet, well jo d'Abatementen ofgeschafft ginn, schonn zimlech moer.

Duerfir ass awer en Niewenaspekt dovunner nach eng Kéier, datt déi Koppelen, déi zu zwee schaffe ginn, manner profitéieren duerch déi Ëmwandlung vun den Abatementen a Steierkreditter, wéi Haushalter, wou just ee schaffe geet. En Niewenaspekt, deen de Kannerbonus jo och gewisen hat, wou ech mech deemools schonn hei virun engem Joer gewonnen hat, datt eigentlech d'LSAP och déi dote Politik géif matmaachen, well ee se jo éischter vum Bord vun der CSV gewinnt ass, datt déi, déi zu zwee schaffen, nach d'Ausnahm solle sinn, an deen Haushalt, an deem een eleng schafft, d'Regel soll sinn, an datt déi duerfir méi sollen ënnerstëtzt ginn.

Och heibäi muss ee wësse gëllt datselwecht wéi beim Kannerbonus, nämlech datt munches wäert an d'Grenzregioun eraus exportéiert ginn. An dat an enger Situatioun, wou mir mengen, datt een awer dat ganz genee ënnert der Lupp soll halen. Do...

» **M. Jean-Claude Juncker, Premier Ministre, Ministre d'État, Ministre des Finances.**- Wat mengt Der domadder, Här Meisch?

» **M. Claude Meisch (DP).**- Mir hu jo awer schonn déi eng oder déi aner Kéier, Här Statsminister, diskutéiert iwwert den Export vun ënner anerem de Familljeleeschungen. Ech hat lech selwer eng Question parlementaire gestallt, wou ech dann eng Antwort drop kritt hunn, déi seet, datt vun deenen 100 Milliounen, déi de Lëtzebuerger Stat de Kannerbonus kascht huet, ronn 30 Milliounen net hei zu Lëtzebuerg profitéiert ginn, mä an d'Grenzgebitt ginn.

» **M. Jean-Claude Juncker, Premier Ministre, Ministre d'État, Ministre des Finances.**- A wat wëllt Der domat soen?

» **M. Claude Meisch (DP).**- Ma, datt dat zum Beispill eng Politik ass, wou mer dat viruféieren, wat mer virun enger Rei vu Joren ugefaangen hunn, wat eis 2006 awer Problemer gemaach huet - budgetär Problemer.

» **M. Jean-Claude Juncker, Premier Ministre, Ministre d'État, Ministre des Finances.**- Also d'Leit sollen heihinner schaffe kommen, mä si sollen net vun de Leeschtungen vum Lëtzebuerger Stat profitéieren dierfen?!

» **M. Claude Meisch (DP).**- Dat soen ech jo net.

Ech wëll domadder nach emol widderhuelen, datt mer intelligent Mechanisme sollen dévloppéieren, wou mer kucken, datt mer deene méi hëllefen, déi Hëllef brauchen, an dat sinn awer nun och emol duerch déi méi héich Liewenshaltungskäschten déi Leit, déi hei am Land wunnen.

» **M. Jean-Claude Juncker, Premier Ministre, Ministre d'État, Ministre des Finances.**- An d'Grenzgänger brauchen dat net?

» **M. Claude Meisch (DP).**- Dach, d'Grenzgänger brauchen dat och, mä vläicht zu engem méi geréngen Deel.

*(Interruptions)*

» **M. Jean-Claude Juncker, Premier Ministre, Ministre d'État, Ministre des Finances.**- Kënnst Dir dat nach eng Kéier widderhuelen?

*(Interruptions diverses)*

Kënnst Dir dat nach eng Kéier widderhuelen? Kënnst Dir dat nach eng Kéier widderhuelen, weinst Ärem Europaprogramm, wann ech gelift?

» **M. Claude Meisch (DP).**- Neen, dat ass jo an der Rei. D'Grenzgänger hunn aner Liewenshaltungskäschte wéi een, deen hei am Land wunnt. Eng Wunneng...

» **M. Jean-Claude Juncker, Premier Ministre, Ministre d'État, Ministre des Finances.**- Okay!

*(Interruptions diverses)*

» **M. Claude Meisch (DP).**- Eng Wunneng zu Arel, eng Wunneng zu Thionville an eng Wunneng zu Tréier...

*(Interruptions diverses et coups de cloche de la Présidence)*

» **M. le Président.**- Dir Dammen an Dir Hären, ech hätt elo gären, dass den Här Meisch hei a Rou seng Ausféierunge ka maachen.

*(Interruptions)*

Dat gëllt fir d'Regierung, dat gëllt och fir jidder aneren heibannen. Och fir den Här Bettel.

» **M. Claude Meisch (DP).**- Merci, Här President.

*(Interruptions diverses)*

Merci, Här President, mä ech wëll nach eng Kéier dorop opmierksam maachen, datt et eis...

» **Une voix.**- Merci, Här Bettel.

» **M. le Président.**- Wann ech gelift!

» **M. Claude Meisch (DP).**- Ech wëll nach eng Kéier dorop opmierksam maachen, datt et eis hei dorëms geet, datt mer eis Mechanismen esou orientéieren, datt se de Liewenshaltungskäschte Rechnung droen, datt mer deem méi hëllefen, dee méi Hëllef brauch. Dat ass nun eben awer emol esou, wéi ech et gesot hunn, datt dat momentan mat de Wunnpräisser hei am Land a mat anere Präisser hei am Land méi schwéier ze schëlleren ass. Duerfir solle mer oppassen, wa mer nei Mechanismen en place setzen, datt mer dee Phenomeen do, deen de lëtzebuergesche Stat awer och vill Geld kascht, net nach multiplizéieren.

*(Interruption)*

Datselwecht ass jo och virgesinn, wann et ëm d'Mammerent geet. Do schwätze mer dës Woch och nach emol driwwer, well déi soll jo och dann exportabel gemaach ginn. Och do misst ee sech menger Meenung no iwwerleeën, ob ee sech net mat anere Mechanisme ka méi gescheit uleeën, fir datt een deene Leit, déi dann och eng Ënnerstëtzung brauchen, kann entgéintkommen.

Hei an deem Projet de loi war jo och virgesinn, datt d'Mammerent soll vun der Steier befreit ginn. De Statsrot huet dat anescht ersinn. Dunn ass d'Kommissioun dann och op de Wee gaangen, datt aus dem Projet de loi erausgehuelen. Dat fënnt eis ausdrécklech Zoustëmmung, datt mer dat eraushuelen, well mat der Besteuerung vun der Mammerent ass et jo esou, datt mer eigentlech en Deel sozial Selektivitéit an dee Mechanismus erakréien, datt deen, dee seng Mammerent méi héich muss besteieren, een ass, deen dann och méi verdéngt an datt deen och manner ënnert dem Stréch netto do vläicht brauch.

» **M. Jean-Claude Juncker, Premier Ministre, Ministre d'État, Ministre des Finances.**- Här President,...

» **M. le Président.**- Jo?

» **M. Jean-Claude Juncker, Premier Ministre, Ministre d'État, Ministre des Finances.**- ...kann ech mat Erlaabnis vum Här Meisch eng Fro stellen?

» **M. Claude Meisch (DP).**- Jo, selbstverständlech, Här Premierminister.

» **M. Jean-Claude Juncker, Premier Ministre, Ministre d'État, Ministre des Finances.**- Här Meisch, ech war deen, deen derfir gesuergt hat, dass d'Mammerent géif besteiert ginn. Vu dass awer op d'Mammerent de Rentnerfräibetrag applizéiert gëtt, wat dättelech weist, dass et eng Rent ass, an net eng Sozialleeschung an deem Sënn, wéi Einzelner dat wëlle soen, doduerch, dass mer dann awer de Rentnerfräibetrag an ee Rentnersteierkredit verwandelt hunn, hat ech gemengt, et wier och gutt, bei der Mammerent datselwecht ze maachen.

De Statsrot, aus deenen ähnlechen ideologesche Verierungen, wéi vill Fraktiounen hei am Haus, huet dat elo annulléiert. Dat hu mer misse suivéieren an der Finanzkommissioun. Et ass lech awer bewosst, dass d'Mammerenten déi Rente sinn, déi disproportionéiert enorm vill méi héich klammen, wéi all déi aner Renten a Pensiounen hei am Land doduerch, dass dat dann elo gestrach gëtt.

Doduerch, dass d'Chamber dem Conseil d'État hei Recht gëtt, well do och Opposition-formellen am Raum hungen, klammen d'Mammerente vun alle Renten enorm héich, an déi aner Rente wesentlech manner. Dat ass lech bewosst. Ech wëll lech dat just soen. Et war gewollt, dass d'Mammerente méi klammen, wéi all déi aner Renten.

» **M. Claude Meisch (DP).**- Et war jo wuel eng Majoritéit an der Finanzkommissioun, déi dat doten zrëckbehalen huet.

» **M. Jean-Claude Juncker, Premier Ministre, Ministre d'État, Ministre des Finances.**- Waart Dir do dergéint? Dir hutt elo grad gesot, Dir wiert derfir gewiescht.

» **M. Claude Meisch (DP).**- Neen. Ech hu gesot, datt mer dat begrëissen.

» **M. Jean-Claude Juncker, Premier Ministre, Ministre d'État, Ministre des Finances.**- Dat ganzt Haus héicht d'Mammerente méi héich, wéi all Renten a Pensiounen. Et gëtt domat zou, dass et Rente sinn, a keng Sozialleeschungen.

» **M. Claude Meisch (DP).**- Jo, do geet eis Vue jo awer nach auserneen, dat wësst Der.

» **M. Jean-Claude Juncker, Premier Ministre, Ministre d'État, Ministre des Finances.**- De Conseil d'État! An Dir hutt et och suivéiert.

» **M. Claude Meisch (DP).**- Dat wësst Der och, Här Statsminister.

Erlaabt mer dann awer och nach e Wuert ze soen zur Betriebsbesteuerung, wou den Droit d'apport dann elo definitiv ofgeschafft gëtt. Den Droit d'apport, deen eigentlech eng gelunge Steuer ass, well en derzou gefouert huet, datt mer duerch d'Welt gezu sinn a gesot hunn: Komm, investéier op Lëtzebuerg! Mä wann s de kënns, da gëss de emol direkt besteiert a bestrooft do derfir.

Duerfir sinn aner Länner éischter op de Wee gaangen, fir den Droit d'apport ofzeschaffen, wéi mir; Groussbritannien zum Beispill schonn Enn den 80er Joren. Lëtzebuerg sëtzt eigentlech elo am leschte Wagon vun deene Länner, déi nach esou en Droit d'apport hunn. Et sinn der momentan nach siwe vun deene 27 europäesche Memberstaaten.

Mir sollen also ophalen - an do deele mer ausdrécklech d'Meenung vun der Majoritéit -, fir Investitiounen ze bestrofen. Mir sollen, amplat se ze bestrofen, se ënnerstëtzen. Well mam Droit d'apport ass et jo net esou, datt e Gewënn besteiert gëtt, mä et gëtt den Invest besteiert. Dat schéngt eis net sënnavoll ze sinn.

Dat doten huet e Käschtepunkt. Wann ee kuckt, wat 2006/2007 nach un Droit d'apport, wou e jo nach bei engem Prozent louch, erakomm ass, da war dat eng Kéier e bësse méi an eng Kéier e bësse manner wéi 100 Milliounen Euro. D'lescht Joer si mer jo schonn ëm en hallwe Prozent erfogaangen, wou awer nach méi wéi d'Halschent erakomm ass.

Mä mir wëssen, datt dat dote säi Käschtepunkt wäert hunn. Mir hoffen awer, datt mer do méi attraktiv gi fir Investitiounen. Eleng domadder wäert et awer net duergoen, well mer hei net en neien Avantage schafe fir de Standuert Lëtzebuerg. Mir schafen eigentlech en Désavantage, deen nach ëmmer bestanen huet, of. Duerfir musse mer kucken, duerch wat fir eng Mesurë mer och weiderhi kënnen kompetitiv bleiwen an d'Kompetitivitéit vum Standuert Lëtzebuerg weider fördern.

Duerfir begrëisse mer och déi Ofsenkung ëm 1% vun der Kierperschaftssteuer, wat jo ugekënnegt ass. Dat ass en éischte Schrëtt. En éischte Schrëtt a Richtung vun enger weiderer Ofsenkung. Dat ass ee Volet dovunner.

Fir awer kompetitiv ze bleiwen, brauche mer munch aneres. Mir musse Prozedure strafen. Mir musse grad an Zäiten, wou jo all Investisseur wëllkomm ass a wou een och schnell muss decidéieren, kucken, datt mer eis zesummesetzen an op deene betreffenen Instanzen - do ass de Stat, do si Gemengen, do sinn anerer matverantwortlech derfir - schnell handeln, wann e schnellt Handeln erfuerdert ass.

Dat mëttelfristegt Zil, wat d'Betriebsbesteuerung ubelaangt, soll dann och bei 25,5% leien. Woubäi allerdéngs op där anerer Säit nach net kloer ass, wéi d'Base d'assiette dann dee Moment do wäert ausgesinn. Well gläichzäiteg gesot ginn ass, datt déi verbreedert soll ginn. Esou datt mer momentan iwwert dat mëttelfristegt Zil hei nach net richtig kënnen diskutéieren. Wann awer d'Regierung do scho méi Kloerheet huet, wéi se an Zukunft um Niveau un der Base d'assiette wëllt weiderfueren, da wär hei och eng flott Geleeënheet, fir vläicht eng Kéier kuerz driwwer kënnen ze diskutéieren.

Dat gesot, wëll ech nach eng Kéier rappeléieren, datt mer deem Projet de loi hei eis Zoustëmmung bréngen, well en no enger



Rei vu Joren, wou d'Leit belaaucht gi sinn, elo Entlaaschtung schaaft, well mer eis bes-ser opstellen am internationalen Tableau, fir Betriber op Lëtzebuerg kënnen unzezéien, fir Investitiounen hei zu Lëtzebuerg kënnen ze fördern. Et ass effektiv eppes, wat mer an dësen Zäite brauchen. Mä net alles ass mat dësem Gesetz hei geregelt, fir d'Kaf-kraaft ze ënnerstëtzen, fir Leit aus der Aar-mut erauszehuelen a fir Investitiounen zu Lëtzebuerg ze erméiglechen.

Merci.

» **Plusieurs voix.** - Très bien!

» **M. le Président.** - Merci, Här Meisch. Déi nächst Riedner si fir d'éischt den Här Roth, duerno den Här Fayot, dann den Här Bausch. Den Här Roth huet elo d'Wuert.

» **M. Gilles Roth (CSV).** - Här President, Här Statsminister, Dir Dammen an Dir Hä-ren, ech erlabe mer fir d'éischt, de Rap-por-teuren, dem Lucien Thiel an dem Laurent Mosar, ze félicitéiere fir hir exzellent schrëft-lech a mëndlech Berichter. Ech wëll fir mäin Deel méi speziell op eng Rei vun neie Steiererlicherunge fir Privatpersounen agoen, déi de Projet de loi 5924 virgesäit.

D'Haaptmoosnam ass déi, fir den Tarif vun der Akommessteuer ëm 9% unzepassen. Vereinfacht duergestallt, ginn d'Leit duerch den Tarif esou besteiert, wéi wa se 9% géife manner verdéngen. Dës Tarifadaptatioun ass ee weidere Schrëtt an der Inflation-sbe-rengegung vun der Steiertabell.

Eng éischt Upassung vu 6% gouf et be-kanntlech schonn op den 1. Januar dëst Joer. D'Regierung huet also an engem schwieregen ekonomeschen Ëmfeld Wuert gehalen. An der Regierungserklärung wa-ren dës Steiererlicherungen ugekënnegt. Si goufen an de leschten Erklärunge vum Statsminister zur Lag vun der Natioun prezi-séiert. Dës Steuerupassung kënnt zum rich-tegen Zäitpunkt. Si gëtt iwwregens weder vum Statsrot nach vun enger Beruffskum-mer a Fro gestallt.

Eleng d'Tarifadaptatioun bedeit, dass d'Leit 342 Milliounen Euro manner Steiere bezue-len, wéi wann näischt gemaach gi wier. Dem Bierger, an domat dem Verbraucher säi Ver-traue gëtt gestärkt. Säin Nettoakommes geet duerch déi ugekënnegt Moosnamen ab dem 1. Januar 2009 an d'Luucht.

All dat wierkt an der aktueller Finanz- a Wirt-schaftskris sécherlech keng ekonomesch Wonner. D'Chambre de Commerce schätzt an hirem Avis de Wirtschaftswesstem, deen duerch dës Tarifadaptatioun entsteet, op 0,2 bis 0,3% vum Bruttoinlandsprodukt. D'Steiererlicherungen, déi de Gesetzes-projet 5924 insgesamt virgesäit, muss een awer méi breet kucken.

Här President, d'Tarifupassung an dësem Projet de loi, zesumme mat deenen anere Steiererlicherungen, schlësse sech un d'Reduzéierung vun der Steuerlaascht un, déi et zënter 1990, ënner wéinege Finanz-ministeren, mat verschiddene Regierunge gouf.

(M. Jos Scheuer prend la Présidence)

Virun 18 Joer louch den nominale Spëtze-steiersaz fir Privatpersounen nach bei 56% ouni Solidaritéitssteuer. Haut läit den nomi-nale Spëtzesteiersaz bei 38%. Ee Jongge-sell, deen 1990 e versteierbaart Joresa-kommes vu 745.000 Frang oder 18.500 Euro hat, huet dorop ee marginale Steiersaz vun 38% bezuelt. Haut bezilt hien, op deem-selwechte Montant, e marginale Steiersaz vu grad emol 14%.

Inflation-sbedéngt kann ee sécherlech déi 18.500 Euro aus dem Joer 1990 net mat deenen 18.500 Euro aus dem Joer 2009 ab-solut géintiwwerstellen. Déi 18.500 Euro aus dem Joer 1990 entsprechen haut grosso modo 27.500 Euro. Abee, do spillt elo e marginale Steiersaz vu 24%, also ganzer 14% manner wéi virun 18 Joer. Deemjéine-gen, deen an där Akommestranche 100 Euro méi Akommes kritt, ass et net egal, ob hien dovunner 38 Euro oder, wéi elo, nëmme 24 Euro un de Stat muss offéieren.

D'Steiererlicherungen, déi et 1991, 1998, 2001, 2002 an elo 2008 respektiv 2009 gou-fen an nach ginn, sinn dach substanz-ziell. Bei engem Stot, deen an der Steierklass 2 veranlagt gëtt, spillt de Spëtzesteiersaz elo,

ab 2009, eréischt bei ronn 80.000 Euro, also méi wéi 3,2 Milliounen där aler Lëtzebuer-ger Frang versteierbaart Joresakommes. Ee Stot mat zwee Akommes bezilt ab 2009, bei engem versteierbare Joresakommes vun 100.000 Euro, nach ronn 20.000 Euro Steie-ren. Dat ass en duerchschnëttleche Steier-saz vun nëmme ronn 20%.

Här President, d'Regierung ass mat dëser linearer Steuerupassung net un de progres-sive Steuerbarème mat gläiche Steuertran-chen, esou wéi en an de Joren 2001/2002 agefouert gouf, fréckele gaangen. De Ge-setzesprojet, iwwert dee mir haut ofstëm-men, hält also un dëser sozialgerechter Tarifgestaltung fest.

Ee progressive Steuerbarème mag vläicht an enger méi neier Steuerlandschaft net esou gefrot sinn. Besonnesch an den neien EU-Länner tendéiere se éischer zu méi een-heetleche Steiersätz, enger sougenannter „flat tax“, déi sech onofhängeg vun der Héicht vun dem Akommes applizéieren. An der Regel profitéieren dovunner virun allem d'Besserverdänger. Mat dem progressive Steiertarif, dee mer hei zu Lëtzebuerg hunn an elo bäibehalen, soe mer Jo zu de Steie-ren als Element vun der Ëmverdeelung. Mat der Tarifgestaltung, wéi se virgeschloen ass, wëllt d'Regierung hir sozialpolitesch Gestaltungsaufgab deemno ënnersträi-chen. An dat ass gutt esou.

Här President, dat Soziaalt féinnt an dësem Gesetzesprojet op weidere Punkte säin Néierschlag. No dem Kannerbonus 2008 ginn dräi weider Steierkreditter agefouert. Steierkreditter sinn en neit Element an eiser Steuerlandschaft. Si komme virun allem de Leit mat niddregem Akommes zegutt. A senger Ried zur Lag vun der Natioun vum Mee dëst Joer hat de Statsminister dës Steierkreditter schonn ugekënnegt. Dobäi sot hien, net Steuerabatterementer, mä Steier-kreditter verklengeren d'Aarmut zu Lëtze-buerg. De Stat hëlleft jiddwerengem am gläiche Mooss an onofhängeg vu sengem Akommes.

De soziale Charakter vun de Steierkreditter féiert de Statsrot zur Iwwerleeung, dass een dës, fir Leit, déi Steiere bezuelen, an den Tarif sollt abauen. Fir Leit, déi keng Steiere bezuelen, sollt d'Contrepartie iwwert de So-zialberäich ofgedeckt ginn. An enger renger Steuerlogik mag dëst vläicht richtig sinn. Et risquéiert een awer, Leit, déi keng Steiere be-zuelen, als Bittsteller vu sozialen Ënnerstët-zungsmoosnamen ofzestempelen. Dëst sollt de Stat, am Respekt vum eenzelne Bierger, vermeiden.

Steierabatterementer a Steierkreditter gehéieren zu de sougenannte Steiersubventiou-nen. All Bierger huet zu engem gläiche Mooss an onofhängeg vu sengem Akommes e Recht op gläichen Zougank zu verschiddenen öffentleche Leeschtungen. D'Regierung geet mat der Aféierung vun de Steierkreditter een innovativen a coura-géierte Wee. Et ass awer e richtige Schrëtt am Sënn vun enger sozialgerechter Ëmver-deelung.

Natierlech stelle sech bei dësem neien Ins-trument vun der Steiergestaltung och eng Rei vu Froen. Sinn zum Beispill d'Montantë vun de Steierkreditter, esou wéi se virleien a sech zum gréissten Deel un déi fréier Abat-tementer ulehnen, nach zäitgeméis? Zën-ter 1991 goufen dës Abatterementer bal net méi ugepasst. Dës Netupassung war awer och en Deel vun enger gewollter Steierpoli-tik vu sozialer Ëmverdeelung. D'Abatterem-ter goufen net an d'Luucht gesat. Duerfir gouf awer um Tarif, ënner anerem den Agankssteiersaz, erofgesat, wou jiddwer Steierflichtige dovun profitéiert huet.

Eng aner Fro ass déi, ob een net och Steier-kreditter um Plang vun de sougenannte Werbungskäschten, de Frais d'obtention, oder um Niveau vun de Sonderausgaben, den Dépenses spéciales, aféiere sollt. Hei kënnt een deem eenzelne Steierflichtige souguer dann de Choix tëschent dem Steierkredit oder dem Ofsetze vun de reell getätegte Käschte loossen.

Bei all Fro muss ee sech awer virun Aen ha-len, jee méi an desto méi héich Steierkre-ditter et gëtt, déi jiddwereen an onofhängeg vu sengem Akommes kritt, ëmsou méi héich ass de Steierausfall fir de Stat. Steierkre-ditter kaschte méi deier wéi Abatterementer, wou d'Progressivitéit vum Steiertarif de Steierausfall offidert. Eleng um Niveau vun dem Pensiouns- a Rentekredit mécht d'Ëm-wandele vun dem Abatement an e Steier-kredit 36 Milliounen Euro pro Joer aus. Dat ass de Käschtepunkt vun engem Alters-heim.

Här President, bei alle Mériter ëm d'Aféie-rung vun den dräi neie Steierkreditter fir Elengerzéier, fir Pensiouns- a Renten-empfänger a fir Lounempfänger, am wäi-teste Sënn vum Wuert, mag de Gesetzes-projet op deem Plang vläicht op d'éischt

Siicht dach e liichte Schéinheetsfeeler hunn. Et ass richtig, dass net, wéi vun dem Stats-minister bei der Lag vun der Natioun ugekënnegt, ee Steierkredit fir Scholdzënsé bei der Uschafung vun engem Eegenheem agefouert gëtt.

Ee Steierkredit fir Scholdzënsen op engem Eegenheem ass méi wéi e rengt technesch Ëmwandele vun engem Steuerabatement an e Steierkredit. De Froekatalog, deen hei-mat verbonnen ass, ass méi komplex. Dee Moment, wou jiddwereen, deen en Eegen-heem finanzéiert, onofhängeg vu sengem Akommes, deeselwechte Steierkredit kritt, riskéiert d'Fro opzekommen, ob net de Lo-cataire vun enger Wunneng och misst dëse Steierkredit kréien.

D'Opposition formelle vum Statsrot am Ka-der vun dem Steierkredit fir Lounempfänger, deen elo doropshin och op d'Fräiberuffler, Geschäftsleit a Baueren ausgeweit gëtt, kënnt hei hir Nowierkung hunn. Och stellt sech d'Fro vun der Héicht vun de Scholdzënsen, déi no dem Bezéie vun en-gem Eegenheem kënnen steierlech geltend gemaach ginn. Souguer bei Zënssätz, déi de Moment erfoginn, entsprechen d'Limitë vun deem, wat steierlech ofgesat ka ginn, net ëmmer méi der Realitéit. D'Aféierung vun engem Steierkredit fir Scholdzënsen op engem Eegenheem muss een, aus all deene Grënn, vill méi global kucken.

Här President, et ass virgesinn, dass de Montant, deen als sougenannte Prime unique op enger Reschtscholdverséche-rung beim Uschafe vun engem Eegenheem kann ofgesat ginn, no uewen ugepasst gëtt. Dëst ass ze begréissen. De Stat sollt de Bierger steierlech ënnerstëtzen, fir de Risiko vum Finanzement vun engem Eegenheem mat enger Assurance ofzedecken.

De Montant vun der Steierfaveur vun der TVA beim Bau oder Renovéiere vun enger Wunneng geet vu 50 op 60.000 Euro erop. Dat ass eng Erhéijung vun 20%. Et ass net eng Moosnam, déi nëmmen de Besserver-dänger zeguttkënnt. Opgrond vun den ak-tuelle Baupräisser profitéieren dovunner déi allermeeschte Leit, déi sech en Eegenheem uschaffen. Si spueren 10.000 Euro. No dem Pacte logement ass dës Moosnam e wei-dere Schrëtt vun der Regierung am Sënn vun enger méi aktiver Wunnengsbaupolitik.

An deem Kontext ass et awer net gutt, dass Leit, déi schlëselfäerdeg bauen, an der Praxis oft net an de Genoss vun alle Steier-faveure kommen, wéi se duerch d'Gesetz vum 30. Juli 2002 virgesi waren. D'Gesetz erméiglecht nämlech een direkt Applizéiere vun dem super reduziéierten TVA-Saz vun 3%. Esou bräicht de Client vun Ufank un nëmmen 3% TVA op dem Nettobetrag beim Ausstelle vun der Rechnung ze bezuelen. Opgrond vun internen TVA-Kompensa-tioune vun de Promoteure verrechnen eng Partie vun hinnen awer dem Client fir d'éischt 15% TVA. De Client muss dann duerno beim Enregistrement d'Differenz erëmfroen. D'Resultat ass wuel am End-effekt datselwecht, mä de Client huet méi en héije Finanzéierung-sopwand, wéi wann hien direkt de reduziéierten Taux vun 3% géif ver-rechent kréien.

Dëst war net d'Absicht vun dem Gesetz aus dem Joer 2002. Hei sollt d'Baubranche, där dës TVA-Reduktioun och zeguttkënnt, een Effort maachen.

Här President, d'Steiererlicherungen, déi de Gesetzesprojet 5924 virgesäit, si sécher-lech ee couragéierte Schrëtt vun der Regie-rung. Ouni déi gesond Finanzgestioun aus der Vergaangenheet, mat enger niddreger Statsschold, wieren dës Steiererlicherunge budgëtar sécherlech net méiglech ge-wiescht. Opgrond vun der aktueller wirt-schaftlecher Situatioun kommen all dës Moosnamen awer grad zum richtige Mo-ment.

D'Leit kréie méi Nettoakommes, d'Kafkraaft gëtt doduerch gestärkt. Ob déi méi grouss Kafkraaft hei am Land consomméiert gëtt, muss d'Zukunft weisen. Duerfir ass awer net eleng de Bierger verantwortlech. De Kon-su-ment mécht säi Choix ënnert där Offer, déi him virläit. Un all Interesséiert, him déi Offer lackeleg ze maachen.

D'Regierung huet hir Verantwortung sécher-lech iwwerholl, an duerfir verdéngt dëse Projet de loi och eng breet Zoustëmmung. Ech ginn déi vun der CSV-Fraktioun zu de-enen zwee Gesetzesprojeten an ech soen lech Merci fir d'Nolauschteren.

» **Plusieurs voix.** - Très bien!

» **M. le Président.** - Merci, Här Roth. Den nächste Riedner ass den Här Ben Fayot. Här Fayot, wann ech gelift, Dir hutt d'Wuert.

» **M. Ben Fayot (LSAP).** - Här President, ech wollt fir d'éischt, wat de Projet 5913

ugeet, dem Rapporteur, dem Här Lucien Thiel, Merci soe fir säi Bericht an och den Accord vun onser Fraktioun zu deem Projet bréngen.

Wat de Projet 5924 ugeet, wëll ech mech e bësse méi laang domat ophalen. Dëst ass e villschichtegen a politesch wichtige Projet, deen een awer net ka global als Krise-bekämpfungspak résuméieren. E stäerkt d'Kafkraaft vun de Steierzueler an en ent-laascht d'Betriber. Méi prezis ass e ge-duecht, fir d'Akommeslaascht vun de Mët-telschichten erofzesetzen an zugläich eng sozial Ëmverdeelungspolitik fir d'Leit an d'Familljen ze maachen.

En huet och als Objektiv, d'Spuere fir en Ee-genheem ze favoriséieren, an e wëllt de Be-triiber entgéintkommen. E wëllt ekologesch Ziler upeilen an derniewent d'Philanthropie an de Mäzenat encouragéieren. Ofgesinn dovunner, huet d'Regierung nach d'Erhéi-jung vun der Garantie fir Spuerdépöten dra-gepaakt an hat ursprënglech d'Upassung vun der Akommessteuer un nei Norme vun der Kontabilitéit virgesinn.

Ons politesch Zoustëmmung zu deem Pro-jet hënnert ons net drun ze soen, dass dat en typesche Projet de fin d'année ass, bei deem alles zesummegepaakt gëtt, an et och net ganz vill parlamentaresch Marge de manœuvre gëtt, wann dann de Statsrot, kuerz viru Schluss, Oppositions formelles décidéiert, deene muss gefollegt ginn, ob-schonn een net ëmmer vun der Pertinenz vun all den Argumenter vun der héijer Cor-poratioun iwwerzeegt ass. De Rapporteur Laurent Mosar huet dat alles a sengem ex-zellente Bericht kloer an iwwersichtlech duergestallt, a mir soen him Merci fir seng Aarbecht.

Här President - jo, ech kucken, ob et en Här oder eng Madame ass -, Här President, zu den eenzelne Mesuren e puer Bemierkun-gen.

Här President, d'Abatementë fir Salariés, Retraités a Monoparentaux ginn a Crédits d'impôt ëmgeännert, zousätzlech zu dem Kannerbonus, dee mer zejoert agefouert hunn. De Statsrot mécht hei zwou interes-sant Remarquen an eng Opposition for-melle. Fundamental seet de Statsrot, et soll een déi bestehend Instrumenter fir Sozial-a Ëmverdeelungspolitik benotzen, am-plaz neier ze schafen, déi administrativ zimlech komplizéiert sinn.

Esou gëtt de Kannerbonus iwwert d'Kanner-geldkeess ausbezuelt, de Steierkredit fir Monoparentaux iwwert d'Steierverwaltung, de Steierkredit fir d'Salariéë gëtt vun den Entreprises ausbezuelt an dee fir d'Pen-sionären an d'Rentner vun de Pensiouns-keesen. De Statsrot hätt virgezunn, et hätt een all Abatterementer ofgeschaaft an de Steuerbarème deementspriechend uge-passt. Fir déi Steierzueler, déi keng Steiere bezuelen, well hire Revenu ze kleng ass, hätt ee bestehend sozial Instrumenter ge-brauche sollen; esou hätt een am-plaz vum Kannerbonus d'Kannergeld kënnen erop-setzen. Ech fannen déi Iwwerleeungen nët-z-lech an interessant, an ech fannen och, dass mer dat eng Kéier sollen an der Fi-nanzkommissioun roueges Kapps themati-séieren.

Nun huet d'Regierung awer de politesche Wëllen, zejoert wéi och dëst Joer, dass end-lech eng steierlech Erlicherung och fir kleng Steierzueler eppes brénge soll. Ech wëll dorunner erënneren, wéi laang Joren dass mer dorunner gebreckt hunn. Et war laang Joren net evident, esou eppes duerchzesetzen, wat eng Zäit laang als „Ne-gativsteier“ bezeechent gouf an elo „Crédit d'impôt“ ginn ass.

Vill a laang ass bedauert ginn, dass all Kéier, wou d'Steierlaascht erofgesat gouf, déi kleng Steierzueler näischt dovunner hät-ten. Loosse mer dofir den Duerchbroch be-grëssen an net ze kritisches si mat dem Inno-vatiounsgeescht vun der Regierung.

Dat verhënnert net, dass ee soll eng Re-flexioun maachen, wéi eng sozialgerecht Ëmverdeelung esou einfach an esou ge-recht ka gemaach ginn. Einfach. Onbü-rokratesch. De Statsrot, wëll ech derbäifügen, profitéiert iwwregens - iwwert de Wee vum sakrosankte Gläichheetsprinzip - vun enger Opposition formelle, fir e Steierkredit fir all Revenuen, am-plaz nëmme fir d'Salariéen, Rentner a Pensionären duerchzesetzen.

Zu dësem Pak gehéiert och d'Steierbe-freiung vun dem Revenu aus de Contrats épargne-logement, déi mer selbstverständ-lech begréissen. Ech erënneren drun, dass de Statsminister a senger Ried zum Budget ugemierkt hat, et misst ee sécher sinn, dass déi Kontrakter effektiv fir d'Bauen oder d'Kafe vun enger Wunneng gebraucht ginn. Wéi dat soll goen, wësse mer nach net.

Wéi ass et awer zum Beispill mat de Leit, déi einfach esou spueren, fir sech eng Wun-



neng unzeschaffen, ouni e Bauspuerkontrakt ze hunn? Déi Leit bezuelen och weider d'Retenue à la source libératoire op hiren Zënse. Et huet mech gewonnenert, dass de Statsrot näischt iwwert den Artikel 10bis, also d'Gläichheet virum Gesetz vun alle Bierger an der Verfassung, gesot huet. Eng interessant Fro, déi mer vläicht och an der Finanzkommissioun eng Kéier kéinten emol erörtern.

Am Pak dran ass och eng Mesure fir d'Autostax vun de Familles nombreuses sozial ofzefiederer. Och hei kann ee sech d'Fro stellen, ob d'Multiplikatioun vun eenzelne Mesuren net schlussendlech méi komplizéiert ass, wéi wann een zum Beispill d'Kannergeld seriö eropgesat hätt.

Här President, wat d'Besteuerung vun de Betriber ugeet, esou wëllt d'Regierung d'Konkurrenzfähigkeit vun de Betriber verbessern. Dofir gëtt am Projet 5913 den Droit d'apport fir 2009 ganz ofgeschaaft. Dat ass bekanntlech ee politesche Choix, deen ons Regierung a sechs aner EU-Länner gemaach hunn, ouni dass d'EU se dozou forcéiert huet. D'Kollektivitéitssteuer soll an Etappen op 25,5% erofgesat ginn, an zugläich d'Steierassiette méi breet ginn. Dat ass och eng interessant Ausso, wéi dat dann zesummegeet, och mat den Négociatiounen iwwer ACCIS, dat heescht, déi europäesch Beméiungen iwwer eng harmoniséiert Assiette vun der Betriebsbesteuerung. Dat wär och nach interessant ze gesinn.

An da fannen ech och eng interessant Fro: Wéi gesäit à terme d'Gesamtsteuerlaascht vun de Betriber aus par rapport zu der Steuerlaascht vun de Salariéë respektiv vun der Akommessteuer insgesamt? D'Kollektivitéitssteuer bréngt elo scho manner wéi d'Akommessteuer op physische Persounen, an et muss ee sech natierlech d'Fro stellen, wéi deen Déséquilibre weider wiisst. Et wär och net gesond, wann deen Déséquilibre ze grouss géif ginn a sech nach méi staark géif entwéckelen.

Här President, e weidere Punkt, dee mer an deemem Punkt matdiskutéiert hunn, betrëfft d'Neterofsetze vun der Autosteier fir Betriber, an zwar aus ekologeschen Ursachen. Also, mir hu sozial Aspekter an deem Pak, mir hunn och en ekologeschen Aspekt. D'Regierung wollt kohärent si mat der ekologescher Modulation vun der Autosteier. Si gesäit e Subsid vu 750 Euro fir Autoe mat niddregen CO<sub>2</sub>-Emissiounen vir, och fir Betriber, a wëllt also elo net iwwert d'Ofsetze vun der Steuer fir déck CO<sub>2</sub>-räich Autoen déi Kohärenz a Fro stellen.

Och hei huet de Statsrot sech opposéiert, zwar méi zaghaft. Et weess een net, ob et eng Opposition formelle ass, esou wéi de Statsrot dat jo heiansdo kann ausdrécken, wou een net genee weess, ob et eng Opposition formelle ass. Mä trotzdem, mir hunn dat erausgeholl, well mer net wollte riskéieren, fir awer dann herno keng Dispens vum zweete Vote ze kréien.

Ech bedauere jiddefalls fir mäin Deel, dass niewent de sozialen Aspekter an deem Pak net och den ekologeschen Aspekt méi staark am Projet zum Virschäi kënnt.

E lescht Wuert nach iwwert déi verbessert Steiermesure fir de Mäzenat an d'Philanthropie ze encouragéieren, déi mer selbstverständlech begrëissen.

Wa mer iwwert de Steuerwee Kultur a Konscht, sozialen Engagement a Solidaritéit ënerstëtzen, wollt ech u meng Proposition de loi 5480 erënneren, déi als Objektiv huet, d'Fonge vu Mikrokreditte zu engem Deel vun der Taxe d'abonnement ze befreien, fir dat Instrument vun der Entwécklungspolitik an zugläich en neie Créneau fir ons Finanzplaz ze förderen. Dat schéngt a mengen Aen eppes ze sinn, wat sech ëmmer méi dévloppéiert. Och sinn effektiv ëmmer méi Fongen, déi sech fir de Mikrokredit asetzen an där och opleeën. Ech menge schonn, dass eng positiv Bevurdeelung vun där Form vu Finanzinstrument och fir d'Finanzplaz interessant wär.

Här President, dat waren e puer Remarquen, meng Virriedner hu scho munches dozou gesot. Ech wollt soen, dass dee Projet hei wichteg steierpolitesch Weiche stellt, déi de Mënschen an de Betriber direkt eppes bréngen. Niewent dem Mindestloun, niewent dem Ajustement vun de Pensiounen, déi den 1.1. och a Kraaft trieden, entsteet iwwer eng hallef Milliard nei Kafkraaft doduerch, a besonnesch och fir Leit mat klengem Akommes.

Mir begrëissen de politesche Wëlle vun der Regierung, op deem Wee, deen zejoert ageschloe gouf, weiderzagoen. Ech wënsche mer awer, dass mer elo, wann dësé Projet gestëmmt ass - an ech zweifelen net drun, dass dat de Fall wäert sinn -, an der Finanzkommissioun och mat dem zoustännegen Minister eng Partie vun deene

Froen, déi ech hei opgeworf hunn, emol eng Kéier à tête reposée ze diskutéieren, well duerch d'Ännerung och vun de Steiergesetze entstinn nei Problemer, déi mer ons mussen iwwerleeën, fir dass mer herno eng Kohärenz an deem Ganzen hunn an net ze vill bürokratesch Waasserkäpp schafen, mat der beschter Absicht vun der Welt.

Merci.

» **Plusieurs voix.** - Très bien!

» **M. le Président.** - Merci, Här Fayot. Nächst Riedner ass den Här Bausch. Här Bausch, Dir hutt d'Wuert.

» **M. François Bausch (DÉI GRÉNG).** - Här President, Dir Dammen an Dir Hären, et ass kee Geheimnis, wann een hei seet, dass et fir Politiker ganz schrecklech populär ass, iwwerflächlech an der Öffentlechkeet anze-triede fir Steierreduktiounen, fir e bëssen, loosse mer soen, dobaussen dat Gefill, wat oft existéiert bei de Leit, ze verstärken, wat dra besteet ze mengen: „Steieren, déi bezuelen ech, well de Stat mer wëllt Suen aus der Täsch eraushuelen.“ An der Contrepartie ass et donc duerfir schrecklech populär an der Öffentlechkeet, wann ee seet: Steieren erof, Steieren erof an nach eng Kéier Steieren erof!

Et gëtt awer vergiess an där ganzer Diskussioun, dass dat eng schrecklech iwwerflächlech Visioun ass. Wat ganz oft déijéineg, déi fir Steiersenkungen an meeschte plädéieren, ni esou soen, dass ass, dass dat an der Praxis oft drop erausleeft, dass d'Resultat vun de Steiersenkungen d'breet Masse vun der Bevölkerung net erreecht, par contre duerch de Fait, dass d'Steieren awer erofgesat ginn, dem Stat Finanzcapacitéit ewechgeholl gëtt an donc dat och eng Konsequenz huet, éischters bei den öffentlichen Investitiionsausgaben an zweetens bei den Transferts sociaux.

De Rapporteur huet gesot, et ass e Manque à gagner vu 656 Milliounen Euro, dee sech hei hannendru verstoppt. A wann ech soen, e Manque à gagner vu 656 Milliounen Euro, dann heescht dat, de Stat huet 656 Milliounen manner fir auszeginn. Dann heescht dat och, dass, wann e bei sengen Ausgaben de Budget opstellt, en dat muss wëssen an entweder bei verschiddenen anere Poste muss sträiche goen, sief et da bei den öffentlichen Investitiionsausgaben oder sief et bei den Transferts sociaux.

Dat heescht, wann ech zum Beispill dat Element eraushuelen, wat vum Här Roth beschriwwen ginn ass - an ech sinn him duerfir dankbar, dass hien dat och emol erëm eng Kéier an den historesche Kontext gesat huet, vu wou mer hierkomm sinn, vun 1990 bis haut, bei der direkter Besteuerung -, vun der Ëmverdeelungsgerechtegkeet, wat an de Steieren dran ass, dass spillt direkt mat, jee nodeem wéi een d'Steieren erfisetzt.

(**M. Lucien Weiler reprend la Présidence**)

Et spillt awer och mat an deem Sënn, dass jo de Stat, wann en öffentliche Investitiionsausgaben tätet, dat engersäits mécht, fir normal Infrastrukturen ze schafen, wou den normale Bierger, jiddweree vun eis, dervu profitéiert. Ob dat elo Stroosseninfrastruktur sinn, wat och ëmmer, oder awer ob en öffentliche Dëngschtleeschunge proposéiert, déi oft och erëm näischt aneschtens sinn, wéi gewëssemooosse Sozialleeschungen unzebidden.

Wann ech, fir dat als Beispill erauszehuelen, am Beräich vum öffentlichen Transport kucken, wéi do d'Tarificatiounsstruktur respektiv d'Recette ass par rapport zu der Dépense, déi de Stat huet, da si mer eis jo heibannen eens, dass dat a kengem Verhältnis steet. Donc huet de Fait, dass de Stat dat awer wëllt maachen, op där enger Säit sécherlech ëmweltpolitesch Konsequenzen oder Komponenten, Mobilitéitskomponenten, mä et huet och Sozialkomponenten, déi sécherlech da mat draspillen. Well soss hätte mer net déi Hällewull vun extrem gëschtegen Tariffer zum Beispill, wou de Stat jo iwwert den indirekte Wee do eppes subventionéiert mat Steiergelder, fir dass och Leit, déi wahrscheinlech keng aner Form vu Mobilitéit sech kënne leeschten, dann iwwert deen do Wee awer mobil an eiser Gesellschaft sinn.

Dat heescht, am Endeffekt si Steiere keng Strofmesuren, déi de Stat sech afale léisst, fir generell d'Bevölkerung ze strofen, mä dat ass e wichteg Steuerungsinstrument wat de Stat huet, fir dass d'Gesellschaft éischters iwwerhaapt ka funktionnéieren an zweetens dass de Stat gewëssemooossen och derzou bäidréit, dass de Räichtum, deen an enger Gesellschaft erschafft gëtt, och eenegermooosse méi - an ech drécke mech do virsiichteg aus - gerecht verdeelt gëtt.

Et ass mer duerfir wichteg, wa mer iwwer Steierreduktiounen schwätzen, dass een dat

doten ëmmer am Virfeld seet, fir dass een am Fong och weess, wat fir een Akt dass een hei setzt, an dass een och weess, dass mat Steierreduktiounsfuerderungen ee kann enorm vill Populismus bedriewen an der Bevölkerung, dat am Endeffekt awer oft net schrecklech politesch responsabel ass, menger Meenung no, menger Fraktioun hirer Meenung no.

Mir gleewen nach ëmmer drun, dass déi zwou Fonctiounen, déi d'Steiere mussen hunn, nämlech éischters fir Ëmverteilungsgerechtegkeet ze suergen an zweetens dem Stat d'Méiglechkeet ze ginn, öffentlech ze investéieren, extrem wichteg sinn.

Firwat schwätze mer da grad elo a Krisenzäiten op eemol erëm vun deenen dote Fonctiounen, eigentlich haaptsächlech, am Vierdergrond? Ech sinn - an et deet mer leed, dat awer mussen ze soen - iwwerrascht, wéi vill dass hei Volte-face gemaach gi vu Leit, déi d'Steieren op eemol aus deem Bléckwénkel hei gesinn, fir dësé Steierpak ze proposéieren. An deem Fall hei zwar emol eng Kéier dann zu Recht, mä oft vir-drin hu se se aus ganz anerem Bléckwénkel gesinn.

Duerfir mengen ech awer, dass et extrem wichteg ass, dass een dat heiten an de Kontext setzt a seet, dass dës Steierreduktiionsmesuren an deemem Moment geholl ginn, net well mer der Meenung sinn - an duerfir wäerte mir als Gréng se och dës Kéier matstëmme -, dass dat schrecklech populär ass, generell einfach fir Steierreduktiounen ze proposéieren, mä well se hei e ganz kloren Ëmverdeelungscharakter hunn an awer och e wirtschaftspoliteschen, deen einfach säi Sënn mécht.

Net well ech der Meenung sinn - wann ech bei den direkte Steieren, fir domadder unzefänken, zum Beispill déi generell Verbesserung kucken, déi am Tarif hei gemaach ginn zugonschte vun de Leit -, dass déi elo e schrecklechen Impact wäerten hunn hei zu Lëtzebuerg op d'Konjunktur. Ech gleewen dorunner guer net, soen ech lech ganz éierlech. Si hu sécherlech eng psychologesch Wierkung, déi wichteg ass.

Et mécht eng psychologesch Wierkung, déi dra besteet, dass mer de Leit eigentlech e positiiv Signal domadder ginn, dass se sech net nach méi a Krisestëmmung selwer versetzen a gewëssen Angschtzoustänn kréien, an doduerjer vläicht e Verhalten an den Dag leeën, wat am Endeffekt an dësen Zäiten net ubruecht ass.

Mä d'Konsequenze vun deene Suen, déi mer ausginn - well mir gi jo hei Suen aus als Stat, fir de Leit déi ze loosse an der Form vun zum Beispill där zimlech zolider Ofsenkung vum Tarif generell, déi mer hei maachen -, wäerte sech eiser Meenung no de Moment net ermënnen als antizyklisch Kriseninstrument am Konsum an der Öffentlechkeet. Ech fäerten, dass se éischter riskéieren, an d'Spuerbéchs ze goen, wéi dass se ausgi ginn dobaussen an dës kuerzfristeger Zäit, wou mer de Moment liewen, wou d'Leit gewësse Virsiichtsmoosnamen einfach nun eemol huelen.

Et ass och entre-temps beluecht. Dat kann een de Moment. Well et si jo aner Länner, déi iwwer ähnlech Mechanismen diskutéieren an iwwerleeën. Do gëtt et där, déi kënne sech et effektiv iwwerhaapt net leeschten, fir dee Schratt ze maachen, dee mir hei maachen. Mä et gëtt awer och aner, déi soe sech: Souguer wa mer et wëlte maachen, wat ass den Impact réel fir d'Ekonomie? Ass et net méi effikass, dass mer souguer déi dote Suen huelen an déi nach méi geziilt der Ekonomie zeguttkomme loosse iwwer öffentliche Investitiionsausgaben? Dat heescht, all Centime oder all Euro, dee mer ausginn, bréngt deen eis net esou vill méi eran, och ekonomesch erëm als Return, wa mer en an d'Investitiounen stiechen, wéi wa mer en elo einfach duerch Steierreduktiounen de Leit loosse?

Dat si sécherlech Iwwerleeungen, déi menger Meenung no derwäert sinn, dass een dorüwer nodenkt. Si sinn och éischter, eiser Meenung no, richtig. Mä nach eng Kéier, mir mengen, dass et aus psychologesche Grënn richtig ass, et awer an deem Moment ze maachen.

Déi ganz Iwwerleeungen, déi och vum Statsrot ugefouert gi sinn, si jo hei haaptsächlech am Zesummenhang ugeschwat gi mat de Steierkreditter. Zu deene seet dann de Statsrot: Hätt een net besser gehat, et hätten ee generell eng Kéier de ganzen Abatementsbereich duerchforst, déi alleguerten ofgeschaaft an - wat ëmmer esou gutt kléngt - en transparente Steiersystem geschafe fir jiddwereen, an dann hätte mer deene Leit dat iwwer Transfert-sociauxen zoukomme gelooss?

Ech muss soen, dass ee sécherlech eng Kéier kann déi ganz Abatementter, déi mer

an eise Steiersystem generell hunn, diskutéieren. An dat soen ech awer gradesou daitlech: Dat betrëfft net nëmme d'direkt Steieren, also déi physisch Persounen, mä och d'Entreprises. Well do gëtt et awer och viles emol ze diskutéieren; haut aus engem anere Bléckwénkel, wéi wahrscheinlech nach virun e puer Joer. Wann ech nëmme eleng un d'Ëmweltkomponent denken, déi an den nächste Jore méi eng grouss Roll wäert spillen, da mengen ech, dass dat eleng dowéinst derwäert ass.

Mä dann ass et awer nach ëmmer esou, souguer wann ee viles kann duerchforsten an ofschafen, muss een awer och wëssen, dass och do d'Steieren e Steuerungsinstrument sinn. An een awer och eng Rei Abatementter ka maachen am System, déi sécherlech duerchweegs och e Sënn maachen; och e soziale Sënn maachen zum Beispill.

Mir hu viru Joren en Abatement agefouert, fir ze förderen, wann ee sech niewent dem normale legale Rentesystem och zum Beispill nach privat ofséchere geet. Mir wësse jo, firwat mer dat gemaach hunn. Dat hu mer jo gemaach, net well mer onbedéngt just nëmme de Banken- oder den Assurancégesellschaften eng besonnesch Freed wollte maachen, mä dass ass jo gemaach ginn deemools vun der Politik aus enger ganz kloer laangfristeger Iwwerleeung eraus. Ech mengen awer, dass zum Beispill esou eng Mesure wéi déi dote sënnvoll ass, an donc och do en Abatement ka sënnvoll sinn.

Duerfir mengen ech, dass et net esou einfach ass, bei aller Virleift, déi ech hu fir en transparente Steiersystem, fir einfach ze soen: all d'Abatementter eraus an dann nëmme nach alles iwwert d'Transfert-sociauxen. Mä et ass awer derwäert, wéi den Här Fayot et richtig virdrin hei gesot huet, dass mer déi doten Iwwerleeungen nach eng Kéier a Rou an der Finanzkommissioun emol ustellen an och iwwert déi dote Problematik dann eng Kéier am Detail diskutéieren.

Meng Fraktioun ass awer der Meenung, dass au vu vun deem, wat mer hei maachen, d'Aféierung vu Steierkreditter e richtige Wee ass, well effektiv dat jo awer an engem gewësse Mooss dat ass, wat plus ou moins an alle Fraktiounen eenzel Leit emol verlaangt hunn, nämlech an d'Richtung ze goen vun negative Steieren, wou mer ugeprangert hunn, dass virun allem ëmmer erëm bei Steierreduktiounen déi Leit, déi et grad an dësen Zäiten an meeschte brauchen, net dervu profitéieren.

A wann et an engem Punkt Sënn mécht, grad elo ze hëllefen, steierlech gesinn, dann ass et wierklech fir déi dote Kategorië vu Leit. Well et sinn déi, déi am Moment an meeschte leiden. Déi kënne sech net sécherheetsméisseg zréckzéien andeem se zum Beispill soen: Ech loosse méi op mengem Spuerbuch stoen oder ech setzen nach méi op mäi Spuerbuch; well déi hu keng Suen, fir op hiert Spuerbuch ze setzen. Si hunn och meeschtens ganz wéineg Suen op hire Spuerbicher stoen. Dat sinn déi Leit, déi effektiv wahrscheinlech als eenzeg Kategorie alles dat, wat se méi hunn, direkt an de Konsum zréckginn. Duerfir ass et ëmsou méi berechtigt, dass een op deen dote Wee geet.

Da kommen ech op een anere Volet, dee jo och hei mat dran ass vun den direkte Steieren. Dat ass d'Kierperschaftssteuer. Meng Fraktioun ass ëmmer besonnesch virsiichteg, wann et ëm déi dote Steuer geet, an dat aus zwee Grënn.

Deen een, dass ass: Éischters menge mer, dass bei der Kierperschaftssteuer einfach d'Erofsetze vum Saz eigentlech e bëssen awer mat der Géisskan verdeelt ass. Et ass net zilgeriicht; loosse mer esou soen. Et profitéiert am Fong all ekonomesche Secteur dovunner, ob en et brauch oder awer och net. Mir hätten et léiwer zilgeriicht, a Fonctioun ob et ee Secteur ass, dee mer besonnesch wëlle förderen, well mer dee besonnesch wëllen ausbauen, oder vläicht aner nei Secteure wëllen unzéien.

Mir sinn allerdéngs och de Moment do an enger Situatioun - also, ech schwätzen am Fong an deem heiten Zesummenhang vun der Reduktioun domadder -, dass mer och do soen: Mir brauchen eng psychologesch Wierkung, och an deem Beräich. Duerfir kënne mer och hei sécherlech mat där ee-prozenteger Reduktioun liewen.



Deen zweete Punkt, firwat mir hei ëmmer ganz virsiichteg a kritesch sinn, wann et drëms geet, iwwert déi dote Steuer ze diskutéieren, ass deen, deen och scho vum Här Fayot ugeschwat ginn ass, datt mer awer der fester Iwwerzeegung sinn, datt mer an dësem Stat nach iergendeng Relatioun musse behalen tëschent deem, wat u Steieren agezu gétt op der Aarbechtssäit par rapport zur Kapitalssäit.

An ech mengen, datt deen Déséquilibre haut schonn do ass. Dat steet haut schonn a kengem Verhältnis méi. Duerfir menge mer och, datt bei der Kierperschaftssteuer déi Iwwerleeung ëmmer mat muss gefouert ginn, wa mer iwwerhaapt iwwer Reduktioune bei der Kierperschaftssteuer schwätzen.

Mir sinn awer der Iwwerzeegung, dat aus psychologesche Grënn, datt et richteg ass och hei dee Schrott ze maachen; dës Kéier vun engem Prozent. Dat heescht, mir sinn och d'accord, dee matzedroen.

Dat nämlecht géllt och, zwar aus aneren Iwwerleeungen eraus, beim Droit d'apport. Den Droit d'apport ass effektiv, och aus anere Grënn, déi scho virdrun hei beschriwwé gi sinn, eng Steuer, déi eigentlech kee Sënn mécht.

Ech wëll awer dann dem Här Thiel äntweren, well hie jo gemengt huet, hie misst och iwwer eng Steuer schwätzen, déi guer net hei am Pak dran ass, mä déi op enger anerer Plaz ugehewe gétt, nämlech iwwert d'Surtaxe, déi an der Stad Lëtzebuerg erhuewe gétt.

Éischstens misst den Här Thiel wëssen, esou wéi déi Surtaxe bis haut fonctionnéiert huet, datt déijéineg, déi schlaue waren an der Stad, souwisou déi Surtaxe net méi bezuelt hunn, well allegueren déi sech Méiglechkeeten afale gelooss hunn, zum Beispill andeem se op e Gebai selwer, wat se gebaut hunn, eng Gesellschaft gesat hunn. A wann herno dat Gebai verkaaft ginn ass, ass net d'Gebai verkaaft ginn, mä d'Gesellschaft verkaaft ginn, sou datt se souwisou déi Surtaxen net hu misse bezuelen.

Mä et bleift awer en anere Punkt, deen ech wichteg fannen. Ech muss soen, Här Thiel, ech sinn erstaunt doriwwer, datt Dir hei schwätzt iwwer eng Steuer, déi erhuewe gétt, wéi wann dat bal e Skandal wär, datt iwwerhaapt eng Steuer erhuewe gétt. Ech muss lech soen: Ëm wat geet et bei där Surtaxe? Mä et geet jo hei net drëm, wann ech eppes bauen, datt ech do eng Surtaxe drop muss bezuelen. Mä et geet drëm, wann ech ee Gebai, wat ech gebaut hunn, duerno verkaufen.

A wëssend, datt et jo hei och net ëm privat Stéit geet, ëm Privatpersounen geet, mä ëm Gesellschaften respektiv ëm Entreprisé geet, ass et jo och esou, datt déi an deene wéinegste Fäll - ech kennen där op alle Fäll keng - déi Gebaier do à perte verkafe par rapport zu deem, wat se gebaut hunn. Ech fannen et anormal, datt de Stat oder eng Gemeng dann och vläicht emol Steieren huet, déi seet, vu datt do e Benefiss gemaach gétt, datt deen och muss kënne besteiert ginn.

Dat ass jo eng Steuer. Ech hu se jo net erfonnt. Et waren aner Leit am Schäfferot an der Stad Lëtzebuerg, déi déi erfonnt hunn. Mä ech muss lech awer soen: Et ass eng Steuer, déi awer sécherlech hire Sënn mécht. An ech si frou, datt d'Stad Lëtzebuerg se de Moment huet, well si gétt hir eng Recette, déi se grad elo brauch, fir kënnen ze reinvestéieren an öffentlech Investitiionsausgaben, datt d'Ekonomie och dervu ka profitéieren.

Ech gesinn dat net als e Skandal oder eng Schan un, datt esou eng Steuer besteet. Ech wëll lech, Här Thiel...

» **M. Jean-Claude Juncker**, *Premier Ministre, Ministre d'État, Ministre des Finances*. - Den Här Thiel schwätzt dach wéi den Här Wolter.

» **M. François Bausch** (*DÉI GRÉNG*). - Jo, wësst Der...

(*Hilarité*)

» **M. Jean-Claude Juncker**, *Premier Ministre, Ministre d'État, Ministre des Finances*. - Et ass eng spéit Revanche vun der jonker Generatioun an der CSV.

(*Hilarité*)

» **M. François Bausch** (*DÉI GRÉNG*). - Wësst Der, Här Statsminister, den Här Thiel ass ee vun där Kategorie vu Leit, déi nach virun engem Joer duerch d'Land gelaf sinn a geschwat hu vun der sougenannter fräier Maartwirtschaft, an de Stat soll sech iwwerall eraushalen, wéi keen aneren. An haut liesen ech an der Zeitung vun him, datt hie Konferenzen hale geet iwwert déi siwen Doudsënne vum Kapitalismus.

(*Hilarité*)

Do gesitt Der, wéi séier datt dat heiansdo geet am Liewen, wéi d'Zäite sech kënnen änneren.

(*Interruption*)

Ech wëll lech och...

(*Interruptions diverses*)

Also, ech muss lech soen, ech sinn dee Leschten, deen eppes géint Lernfäegkeet huet. A sougutt wéi ech lernfäeg ka sinn, sinn ech och frou, datt den Här Thiel et och ass. Ech géif him just nach e kleng Rot mat op de Wee ginn, an zwar, datt hie vläicht an Zukunft, wann hien iwwer Steiere schwätzt oder iwwerhaapt iwwer esou Saache wéi dat hei schwätzt, e bësse manner soll als Lobbyist optrieden, an e bësse méi am Sënn vum allgemenge Wuel. Et schuet heiansdo och näischt, wann ee sech dat iwwerleet.

Ech muss och soen, Här President, datt eis Fraktioun natierlech besonnesch all déi Mesurë begréisst, déi virgesi sinn an dësem Pak hei, wat am Zesummenhang mam Logement steet. Sougutt wat Uschafung ass vu Logement fir d'Leit, wat do gemaach gétt, wéi och natierlech alles, wat am indirekten Zesummenhang domat steet, nämlech all déi Erliichterungen, déi op deem Niveau kommen; zum Beispill d'TVA, alternativ Energieformen. Dat si sécherlech Pisten, déi mer richteg fannen an déi besonnesch richteg sinn, och an där Zäit, an där mer de Moment dra sinn. Duerfir hu mer sécherlech do absolut keng Schwiereregkeet, och dee Pak matzedroen.

Ech kommen dann zum Ofschloss, Här President, op dee Punkt, deen eis Schwiereregkeete gemaach hätt matzedroen, wou mer frou sinn, datt en duerfir herno erëm erausgeholl ginn ass an datt mer eng nei Bedenksäit kritt hunn, fir dann hoffentlech endlech eppes doraus ze maachen, wat Kapp a Fouss huet. An dat ass déi ganz Problematik vun der Netofschreibbarkeet vun der Autosteier, wou jo duerch eng Opposition formelle vum Statsrot dee Volet erëm erausgeholl ginn ass.

Dat freet eis, net wéinst der Opposition formelle vum Statsrot, mä well mer der fundamentalen Iwwerzeegung sinn, datt dat, wat hei elo proposéiert ginn ass, éischstens iwwerhaapt näischt méi ze dinn hat mat deem, wat d'lescht Joer an de Virstellunge war vun der Regierung. D'lescht Joer ass d'Regierung extrem wäit gaangen a si wollt et och ganz schnell maachen. Dat war jo och do de Grond, firwat mer an der Finanzkommissioun gesot hunn, am Accord mat der Regierung a mat alle Fraktiounen: Kommt, mir iwwerleeën eis dat nach eng Kéier e Joer an da maache mer dat d'nächst Joer. Dann huet éischstens de Secteur Zäit, sech dorop anstellen, an zweetens kënne mer et vläicht nach e bësse besser agencéieren.

Mä wat dunn no engem Joer erauskomm ass, dat war franchement awer, fir et op gutt Lëtzeburgergesch ze soen, e Witz. Firwat? Majo, well aus där gewoter an offensiver Haltung vu virun engem Joer ass nach just iwwreg bliwwen, datt een an Zukunft d'Autosteier bei Firmeween net méi ka vun der Steuer ofsetzen. Wat natierlech ënnert dem Stréch einfach lächerlech ass en vue vum Benefiss, dee bei deene Leasingsverträge op där anerer Säit gemaach gétt um Niveau vun de Steieren.

Mir hunn eis och als Gréng d'Méi gemaach, dat genau ausrechnen ze loossen. Mir hunn dat och der Finanzkommissioun iwwerreecht, fir dat ze beleen. Also, dat, wat hei proposéiert gi war vun der Regierung, hätt sécherlech ekologesch gesinn iwwerhaapt keen Effekt gehat a wier eiser Meenung no sozial och nach total ongerecht gewiescht par rapport zum normale Bierger am Land, deen net ka vun deenen dote Mechanisme profitéieren.

Mä nujee, mir hunn et jo elo emol ausgesat. Dat ass jo dann eng gutt Saach. Da kommt, mir profitéieren elo, fir relativ séier eppes ze maachen, wat Kapp a Fouss huet. Mir hu selwer eng Proposition gemaach. Et ass an eiser Traditioun, fir net nëmmen einfach ze soen: Mir fannen eppes schlecht, mä da maache mer och eng Proposition dergéint.

Mir hunn den zoustännegen Ministären déi Propos och zoukomme gelooss; och der Fi-

nanzkommissioun. Dee Modell, dee mer do virgeschloen hunn, dee géif eiser Meenung no deenen zwee Aspekter gerecht ginn, respektiv souguer deenen dräi gerecht ginn. E géif souguer dem Award, eiser Meenung no, vum Statsrot gerecht ginn, well et wier jo dann net esou, datt dat an Zukunft guer net méi méiglech wär ofzeschreiben. Et kënnt ee souguer ganz déck spritfriessend Autoen ofsetzen, och an eise Modell - zwar da ganz, ganz wéineg natierlech, de Leasingskontrakt -, mä et hätt sécherlech e groussen Effekt.

Déi Propos - ech soen lech dat och -, déi hu mir net erfonnt. Mir hu se adaptéiert un d'Lëtzeburger Situatioun. Mä déi Propos kënnt aus Däitschland. Déi kënnt vun der „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“. Fir déi, déi net wëssen, wat dat ass: Dat ass eng Initiativ, déi et an Däitschland scho laang gétt, wou haaptsächlech Entrepreneuren drasetzen. Dat heescht, dat sinn am Fong e ganze Koup Manager an Entrepreneuren, déi vläicht nach an der Minoritéit sinn an eiser Gesellschaft, mä et gétt där awer och, an déi sech eigentlech soen: Mir mussen kucken, déi Maartwirtschaft och sozial an ekologesch auszeriichten, a sech duerfir eng Hällewull vu Gedanke maachen, wéi ee kann do Mechanismen erfannen.

Dee Mechanismus hei kënnt vun deenen. Wéi gesot, mir hunn en...

» **M. Jean-Claude Juncker**, *Premier Ministre, Ministre d'État, Ministre des Finances*. - Den Här Tietmeyer.

» **M. François Bausch** (*DÉI GRÉNG*). - Voilà! Jo, ganz genau. Ganz richteg.

» **M. Jean-Claude Juncker**, *Premier Ministre, Ministre d'État, Ministre des Finances*. - Ech liesen och d'Schrëfte vun de Klassefeinden.

» **M. François Bausch** (*DÉI GRÉNG*). - Richteg, richteg.

(*Hilarité*)

» **M. Jean-Claude Juncker**, *Premier Ministre, Ministre d'État, Ministre des Finances*. - Mä ech iwwerhuele se net, dat ass den Ënnerscheed.

» **M. François Bausch** (*DÉI GRÉNG*). - Déi muss een och liesen, well soss weess ee jo net, vu wat ee schwätzt.

» **Une voix**. - Si iwwerhuele se.

» **M. François Bausch** (*DÉI GRÉNG*). - Et ass net alles schlecht, wat vu verschiddene Leit hirer Säit kënnt, mä et muss een ëmmer oppassen a gutt liesen, wat een iwwerhëlt, well soss kéint een emol eng Kéier bäilafen. Mä ech mengen, datt dee Modell hei awer derwäert ass, datt een deen iwwerhëlt an datt een dee seriö diskutéiert. Mir hoffen, datt mer dat an deenen nächste Méint, wou mer jo elo méi Zäit hunn, fir eis nach eng Kéier doriwwer Gedanken ze maachen, maachen. Ech hoffen awer, datt mer net erëm eng Kéier e ganz Joer verléieren, mä datt mer an deenen nächste Méint awer mat engem fäerdege Projet kënnen hei kommen.

Dat hei ass e wichtigen Aspekt. Mir sollen deen zemools zu Lëtzebuerg net ënnerschätzen, well mir mussen wëssen, datt niewent deem Fait, datt mer zu Lëtzebuerg prozentual exzessiv vill Firmeween hunn, aus gutt bekannte Grënn, et och nach en Impakt op den Autosmarché insgesamt zu Lëtzebuerg huet. Well oft e ganze Koup där Autoen do net laang gehale ginn, déi sech herno am Occasionsmaart zrëckfannen zu Lëtzebuerg an och am Ausland natierlech. Wat natierlech och en Impakt huet mëttel- a laangfristeg op den Automobilmaart zu Lëtzebuerg, ob e méi ekologesch ausgeriicht ass oder manner ekologesch ausgeriicht ass. Duerfir hu mer do och net allze vill Zäit ze verléieren.

Här President, dat sinn déi Remarquen, déi ech wollt zu dësem Projet maachen. Meng Fraktioun wäert déi zwee Projeten hei duerfir och matstëmmen.

» **Une voix**. - Très bien!

» **M. le Président**. - Merci, Här Bausch. Den nächste Riedner ass den honorablen Här Gibéryen.

» **M. Gast Gibéryen** (*ADR*). - Merci, Här President. Fir d'éischt och e Wuert vu Merci un déi zwee Rapporteur, d'Kollegen Thiel a Mosar, déi déi zwee Projeten hei souwuel schrëftlech wéi mëndlech praktesch an allen Detailer virgestallt hunn.

Déi Projekte sinn den 1. Oktober deponéiert gi vun der Regierung, mam Budget, zu engem Zäitpunkt, wéi déi wirtschaftlech Situatioun nach eng ganz aner hei am Land war,

wéi déi, déi mer elo virfannen, wa mer dee Projet hei debattéieren a stëmme wäerten. An der Zwëschenzäit ass d'Finanzkris age-tratt. Mir hunn eng Kris, wahrscheinlech eng vun deene gréissten, déi eis Generatioun kannt huet. Si ass och an der Realekonomie an der Zwëschenzäit ukomm.

Et ass kloer, wéi dee Projet hei deponéiert ginn ass am Zesummenhang mam Budget vun 2009, datt dat am Fong e Budget war, deen net déi Wirtschaftskris kannt huet, an datt et e Budget war a Moosname waren, déi a priori op déi nächst Chamberswahlen vum 7. Juni ausgeriicht waren. Duerfir ass et vläicht eng Chance gewiescht, datt mir grad hei zu Lëtzebuerg d'nächst Joer Chamberswahlen hunn an d'Regierung duerfir e sougenannte Wahlbudget an e Wahlprojet presentéiert huet, deen elo zoufälleg eben an déi Wirtschaftskris erapasst, déi mer elo kréien.

Mir waren eis parteieniwvergräifend eens an deene leschte Wochen, an der Finanzkommissioun, datt mer mussen reagéieren, fir där Situatioun esou gutt wéi méiglech ze begéinen.

Et gétt zwee Niveauen. Dat eent ass dee bei de physesche Persounen, fir do d'Kafkraaft ze verstärken. An deen zweete Volet ass deen, wou mer soen, datt de Stat an d'Gemenge mussen méi séier investéieren, Investitiounen virzéien, Investitiounen a priori maachen, déi de Lëtzeburger Betriber, den einheimische Betriber zeguttkommen; virun allem am Bau an am Handwierk, well déi wahrscheinlech am meeschte wäerten an deenen nächste Wochen a Méint getraff ginn.

Et soll also eng antizyklesch Politik gemaach ginn. Duerfir dee Steierpak, deen hei presentéiert gétt vun iwwer 600 Milliounen Steuererspuernisser. Dee wäert sécherlech zu engem gudden Deel bäidroen, niewent anere Kreditter, déi am Budget mussen ëmodeléiert ginn, fir datt se kënne méi fréi a méi sécher investéiert ginn, fir datt mer där Krisesituatioun als Land kënne begéinen.

Et ass wichteg, datt mer dat maachen. An do si mer eis och eens, datt een och grad eng Krisesituatioun muss kënne gebrauchen, fir da geziilt ze investéieren, fir engersäits de Betriber entgéintzekommen, an anersäits d'Land awer och fit ze maache fir déi Zäit, déi no der Kris kënnt, déi jo doudsécher kënnt.

D'Fro, déi sech stellt, ob déi Suen, déi mer un d'physeschen Persounen ginn, och zrëck iwwert de Wee vun der Kafkraaft an d'Ekonomie fléissen, ass eng Fro, déi berechtigt ass. Sécherlech ass et esou, datt d'Leit méi virsiichteg sinn. A wa se och elo hei Gelder kréien, gi si se och wahrscheinlech méi virsiichteg aus, wéi se dat virdru gemaach hunn.

Well et muss een och wëssen, datt d'Leit jo och elo relativ vill Gelder kréien, well déi Meesch, de Stat an och vill Betriber, en 13. Mount ausbezuelen, wat am Fong kuerzfristeg vill méi Geld ass wéi dat, wat d'Leit iwwert dës Moosname kréien, a wou een elo schonn am November, Dezember déi Kafkraaft misst mierken, déi d'Leit méi kritt hunn, ob se déi dann och wierklech ëmsetzen, der Ekonomie, dem Commerce zeguttkomme loossen, oder ob d'Leit déi zrëckhalen. D'Leit wäerten also méi virsiichteg sinn. Et kann een also net dovun ausgoen, datt déi Gelder direkt integral der Lëtzeburger Ekonomie wäerten zeguttkommen.

Op där anerer Säit sinn déi Investitiounen, déi de Stat an d'Gemengen a Projekte maachen, awer Investitiounen, déi direkt der Ekonomie zeguttkommen, déi direkt de Betriber zeguttkommen. An et ass och net esou, wéi et de Mëtteg hei ugeriet ginn ass vum Kolleg Bausch, datt dat am Fong nëmmen eng Dépense fir de Stat bedeit, mä et bedeit och eng Recette fir de Stat. Ech mengen, wann de Stat hei iwwer 600 Milliounen méi an den Émlaf bréngt, da profitéieren och d'Betriber dovunner.

Wann d'Betriber besser fonctionnéieren, bezuele se eventuell méi Steieren, déi dem Stat zeguttkommen. Si kënne méi Leit beschäftigen, et kënnt méi Lounsteier eran, d'Leit consomméieren méi, et kënnt méi TVA eran. Dat heescht also, datt dat net en 100%tege Verloscht fir de Stat ass, mä datt eben iwwer eise System, wéi et nun emol fonctionnéiert, e gudden Deel vun deem Geld jo och erëm an de Statsbudget, an d'Statskeess wäert erakommen.

Déi verschidde Punkten, déi an dësem Projet sinn, si schonn hei beréiert ginn, mä ech wëll awer nach verschidden Iwwerleeungen mat erabréngen. Ech mengen, wa mer bei der Steiertabell dëst Joer 2009 eng Upassung vun 9% maachen, esou ass dat linear heibannen, esou wéi dat eng linear Upassung ass, begréisst ginn, nodeem 2008 schonn eng Upassung vu 6% gemaach



Mardi,  
16 décembre 2008

an deene leschten zwee Joer am gesamte Lounwiese stattfonnt huet.

» **M. Jean-Claude Juncker**, *Premier Ministre, Ministre d'État, Ministre des Finances*. -

Esou wéi an Däitschland.

» **M. Aly Jaerling** (*Indépendant*). - Wat gelift?

» **M. Jean-Claude Juncker**, *Premier Ministre, Ministre d'État, Ministre des Finances*. - Esou wéi an Däitschland. Do gëtt de Mindestloun och lafend ugepasst.

» **M. Aly Jaerling** (*Indépendant*). - Also, Här Statsminister, am Géigesaz zu Iech drainéieren ech net ganz vill no där Säit vun der Musel.

(*Hilarité*)

» **Plusieurs voix**. - Très bien!

» **M. Jean-Claude Juncker**, *Premier Ministre, Ministre d'État, Ministre des Finances*. - Ech och net. Ech weess net, firwat dass den Här Wagner, deen e Mënsch vun der Grenz ass a grouss europapolitesch Ambitiounne fir seng Partei huet, duerfir „très bien“ seet.

Fir d'éischt gëtt eng Ried géint d'Frontaliere gehalen an da gëtt eng Ried hei gehalen...

» **M. Carlo Wagner** (*DP*). - Ech wëll léiwer op där richteger Säit vun der Grenz liewen.

(*Interruptions diverses*)

» **M. Aly Jaerling** (*Indépendant*). - Ech wëll just nach soen, dass et och vläicht net esou wäert sinn, dass déi Leit, déi elo déi puer Su do weider kréien, och direkt an de Buttek domat lafen an dass dat soll esou e schrecklechen Impakt hunn op eis Wirtschaft; well esou vill ass et net.

Deen eenzege Virdeel, deen dat huet,...

» **M. Jean-Claude Juncker**, *Premier Ministre, Ministre d'État, Ministre des Finances*. - E Milliouneloun ass net dran.

» **M. Aly Jaerling** (*Indépendant*). - ...sinn d'Lounerhéijung an de Rentenajustement zesummen.

Mä ech rechnen anescht wéi Dir, Här Minister. Dir rechent ëmmer global. Ech rechnen, wat deen Eenzelnen an der Täsch huet, an dat ass net vill.

(*Hilarité*)

Do si mer eis jo awer eens, gell?

» **M. Jean-Claude Juncker**, *Premier Ministre, Ministre d'État, Ministre des Finances*. - Dir sidd also der Meenung, et bräicht net esou vill ze sinn, well et global ze vill ass.

» **M. Aly Jaerling** (*Indépendant*). - Ah neen! Neen, neen, ech sinn der Meenung, et geet net duer, gell.

» **M. Jean-Claude Juncker**, *Premier Ministre, Ministre d'État, Ministre des Finances*. - Ah sou!

» **M. Aly Jaerling** (*Indépendant*). - Dat wollt ech elo emol kloer hei soen.

» **M. Jean-Claude Juncker**, *Premier Ministre, Ministre d'État, Ministre des Finances*. - Sot mer just, wéi vill dass et ass. Wéi vill ass et, wat Rentenajustement a Mindestloun zesumme global Kafkraaft méi ausmaachen?

» **M. Aly Jaerling** (*Indépendant*). - Dat kann ech Iech net soen. Dat weess ech net.

(*Interruption*)

» **M. le Président**. - Här Jaerling!

» **M. Aly Jaerling** (*Indépendant*). - Spillt dat dann eng Roll?

(*Brouhaha et hilarité*)

Ech hu just hei gesot, dass et eng normal Upassung ass un d'Lounentwécklung vun deene leschten zwee Joer. Méi hunn ech net hei gesot.

ginn ass. Mä et muss een awer ëmmer erëm an Erënnerung ruffen, datt mer an de Joren 2004, 2005, 2006 an 2007 keng Upassung vun der Steiertabell un d'Inflatioun gemaach hunn, esou datt d'Leit am Fong an den éischte Joren hu misse méi Steiere bezuelen an doduerch manner Kafkraaft kruten, wat sech jo och scho virun dëser Kris bemierkbar gemaach huet, an datt d'Leit dee Kafkraaftverloscht, dee se an den éischte Jore vun dëser Regierung erlidden hunn, am Fong elo erëm zrëckkréien.

D'Crédits d'impôt, déi agefouert ginn, souwuel fir d'Salariée wéi fir d'Pensionären oder d'Monoparentalen, sinn e wichtege Schrëtt an eisen Aen. Mir hunn als ADR d'Iescht Joer begréisst, datt mer de Kannerbonus hei zu Lëtzebuerg agefouert hunn, deen elo vun 2009 un net méi eemol am Joer, mä mensuellement mam Kannergeld ausbezult gëtt, wat am Fong d'Iddi vun dem Prinzip vun der Negativsteuer agefouert huet. Eng Negativsteuer, déi mir als ADR schonn zënter 2002 systematesch verlaangen, datt d'Abatementer sollten an eng Negativsteuer, an e Steierkredit, e Crédit d'impôt ëmgewandelt ginn, well mer soen, datt mer doduerch méi Steiergerechtgeek kréien, well eise Steiersystem, dee mer bis elo hei zu Lëtzebuerg haten, war sozialpolitesch gesinn eng ongerechte System.

Doduerch, datt mer déi Vereinfachunge gemaach hunn, datt mer déi eenzel Abatementer a Steierkreditter ëmgewandelt hunn an eng Negativsteuer aféieren - d'Iescht Joer de Bonus fir Kanner, an dëst Joer, wéi gesot, fir d'Salariéen, d'Retraitéen an d'Monoparentalen -, maache mer méi Steiergerechtgeek. Mir maachen am Fong eng Ëmverdeelung zugonschte vun deene sozial Schwaachen hei an eisem Land, an eiser Gesellschaft, well grad an dëser Situatioun, wa mer un ee mussen denken, da musse mer a priori un déi Leit do denken.

An ech sinn och frou, datt verschidde méi kritesch Stëmmen, déi mer virun engem Joer héieren hunn, wéi mer de Kannerbonus agefouert hunn, datt een am Laf vun der Zäit dës kéier déi kritesch Stëmmen guer net méi héieren huet. Also ass och do eng Evolutioun entstanden, déi een, mengen ech, kann als positiv bewäerten.

Positiv bewäerte kann een dann och, datt queesch duerch eis Gesellschaft all déi Strukturen, déi Beruffschamberen, all déi, déi un der Gesetzgebung matschaffen an hiren Avis ofginn, haut praktesch unanime zur Iwwerzeegung komm sinn, datt et wichteg ass, datt mer méi Steiergerechtgeek maachen, a virun allem deene méi sozial Schwaachen, déi bis elo vun eisem Steiersystem net konnte profitéieren, dat iwwert de Wee vun der Negativsteuer an de Steierkreditter kënnen erméiglechen.

Mir sinn der Meenung, datt een och an Zukunft soll weider etappeweis an déi Richtung goen. Mir wëssen, datt dat net esou einfach an der Praxis ëmzesetzen ass, fir et net ze vill administrativ komplizéiert ze maachen. Esou konnte mer de Kannerbonus d'Iescht Joer ofwéckelen, andeems mer dat iwwert d'Familljenzoulage matmaachen. Den Arbeitnehmerfreibetrag gi mer iwwert d'Betriber respektiv iwwert d'Pensionskeesen, esou datt een och all kéiers muss e Wee fannen, wéi een esou Mesuré ka realiséieren, ouni doduerch ze vill zousätzlech administrativ Belaaschtungen ze schafen.

De Crédit d'impôt fir den Arbeitnehmerfreibetrag fir d'Salariéen an d'Pensionären, déi am Fong elo en Abatement hate vu 600 Euro, déi kréien elo e Steierkredit vun 300 Euro, deen an alle Fäll ausbezult gëtt. Déi 600 Euro, déi een elo als Abatement hat, déi hunn am Prinzip bis elo beschtefalls eng Steiererspuernis vun 233,7 Euro bruecht. Elo huet am Fong geholl jiddwereen, ob e Steiere bezilt oder net, eppes weider duerch dee Steierkredit, dee mer hei ausbezuelen. Niewent de Salariée gëllt dat och fir d'Indépendanten oder d'Bauern.

Ech hu gesot, datt e vun de Patrone bezult gëtt, wat d'Salairen ubelaangt, a fir d'Pensionäre vun de Pensionskeesen. Et muss nach e Reglement kommen, wat d'Modalitéiten am Detail do ausleet. Hei, mengen ech, muss een och wëssen an oppassen, datt een d'Betriber doduerch elo net ze vill administrativ belaascht. Am Prinzip kritt jiddwereen, wann hien e Mount schafft, 25 Euro all Mount ausbezult, fir eben dee Crédit d'impôt do ze garantéieren. D'Steiertabell gëtt jo op där anerer Säit deementsprechend ugepasst, mä d'Betriber bezuelen déi aus.

Hei muss ee wëssen, datt vu verschiddene Betriber - ech denken zum Beispill un de Commerce, déi gréisstendeels Leit beschäftegen, déi op der niddregster Lounskala leien, a wat ganz dacks Leit sinn, déi keng Steiere bezuelen an elo dee Crédit d'impôt do ausbezult kréien - am Fong e

Préfinanzement gemaach gëtt, wou een dann awer muss eng Regelung fannen, datt déi Betriber déi Suen esou séier wéi méiglech kënnen erëmkréien. Et kann also esou sinn, datt et - well d'Betriber, wéi gesot, mussen dee Crédit d'impôt ausbezuelen, a wann et Betriber sinn, déi vill Leit hunn um ënneschte Lounniveau, déi keng Steiere bezuelen - zu engem Préfinanzement vu Säite vun de Betriber kënn. D'Fro ass, ob d'Betriber déi kënnen global am Kader vun der Lounsteuer mat ofrechnen, oder ob se dat och kënnen op d'Betribsteuer mat ëmrechnen.

1.920 Euro war den Abatement, deen d'Monoparentalen elo konnte maximal an der Steiererklärung ofsetzen. De Crédit d'impôt, dee gëtt elo 750 Euro, mä et muss ee wësen, datt deen net an alle Fäll ausbezult gëtt. E gëtt nëmmen integral ausbezult, wann déi Persoun net eng Pension alimentaire kritt, déi iwwer 1.920 Euro ewechgeet. Tëschent 1.920 Euro an 3.840 Euro Pension alimentaire geet dee Montant vu 750 Euro degressiv erof. An anere Wieder, een, deen iwwer 3.840 Euro Pension alimentaire pro Joer kritt, kann net méi vun deem Crédit d'impôt profitéieren. Tëschent deenen zwou Zifferen vun 1.920 bis 3.840 Euro gëtt an deem Montant d'Halschent gekierzt. Et muss een also wëssen, datt hei net all déi Leit dee Crédit d'impôt do wäerte kréien. Et ass d'selwecht, wat de Kannerbonus ubelaangt. E gëtt um Niveau vun der Steierverwaltung ausbezult, op Demande hin, an hei wäert dann och eng zousätzlech Aarbecht fir d'Steierverwaltung kommen.

De Forfait d'éducation, d'Mammerent, sollt op Proposition vun der Regierungsprojet steierfräi ginn, wat mir am Prinzip begréisst hunn, well dat eng zousätzlech Augmentatioun vun dem Forfait d'éducation, vun der Mammerent bedeit hätt. Mä leider huet de Statsrot do e Stréch duerch d'Rechnung gemaach. Hien huet eng Opposition formelle gemaach, an d'Finanzkommissioun vun der Chamber huet där Opposition formelle misse noginn, well mer ebe wëssen, datt dat Gesetz hei muss virum 1. Januar a Kraaft trieden. Mä et kann een awer net onbedéngt higoen, Här President, an dann esou maachen, wéi wann d'Schold eleng beim Conseil d'État géif leien.

Wa mer wëssen, datt de Conseil d'État kann eng Opposition formelle maachen, an datt dat de Vote vun der Chamber géif dräi Méint retardéieren, a mer wëssen, datt mer de Projet de loi eréischt den 1. Oktober deponéieren, da wësse mer d'office, datt mer an där Prozedur leien, datt, wann de Statsrot eng Opposition formelle mécht, mer da relativ machtlos als Chamber dostinn. Ob-schonn een och do kéint soen, datt et net ka sinn, datt eng aner Instanz - wéi dat de Mëtteg hei uegklongen ass - kéint e Parlament drun hënneren, fir dat zum Ausdrock ze bréngen.

Wa mer also gären an Zukunft ons net méi deem Risiko aussetzen, datt de Conseil d'État eis eng Opposition formelle kuerzfristig virun Ausgang des Joers mécht a mer dann net kënnen aneschers reagéieren, da misste mer, d'Regierung ugefaangen, d'parlamentaresch Aarbechten esou organiséieren, datt déi Projets de loi ebe géife méi fréi deponéiert ginn, fir datt een dann och kéint als Chamber reagéieren.

Mir sinn awer och mat der Proposition, déi de Conseil d'État do gemaach huet, d'accord fir dann am Fong ze soen, datt ee sech beim Forfait d'éducation sollt iwwerleeën, ob deen net kéint iwwert d'Pensionskeesen ausbezult ginn.

Ech erënneren drun, wéi d'Mammerent agefouert ginn ass, datt mir als ADR am Fong deemools verlaangt hunn, datt d'Regierung, de Stat sollt higoen a fir déi Fraen, déi dodrënner falen, eng Cotisatioun an d'Pensionskeese bezuelen. Eng Cotisatioun an där Héicht, datt se herno datselwecht Resultat beim Ausbezuelen hätten, wéi d'Mammerent duerstellt.

Dat hätt de Virdeel gehat, datt et éischstens emol e Recht gewiescht wier vun där Persoun, vun där Fra, dass se kéint soen, ma et ass eng Cotisatioun, déi ass op mäin Numm abezult ginn; an et hätt där Persoun och een Deel vun enger Pensionscarrière ginn.

Duerfir hu mer och datselwecht elo gesot bei de Chèques-services, déi mer elo wëllen aféieren, wou mer als ADR soen, datt een déi Chèques-services och misst de Mammen zoukomme loosse, déi doheem d'Kannererzéiung maachen, fir deenen engersäits eng Unerkennung zoukommen ze loosse fir hir Aarbecht, déi se doheem an der Famill, am Interesse vun der Kannererzéiung maachen; quitte datt een dat kombinéiert a seet, déi Chèques-services musse benotzt gi fir eng fräiwëlleg Weiderversicherung an d'Pensionskeess fir déi Persoun ze bezuelen.

Doduerch si verschidde Moossnamen, déi mer an eiser Gesetzgebung hunn, wa mer dat géifen als Cotisatioun an eis Pensionskeesen abezuelen, kriterien déi Persounen eng eege Pensionscarrière während all där Zäit, wou se doheem sinn, an iwwert dëse Wee dann eng Versécherung.

Mir plädéieren also derfir, fir an déi Richtung ze goen, well mir hunn ons als ADR och an der Vergaangenheet ëmmer fir de Rentesplitting ausgeschat, mä mir wëssen haut, datt deen net esou ze realiséieren ass, wéi mer dat iwwer Jorzéngten, hei all Parteien, an de Wahlprogrammer ëmmer erëm geschriwwen hunn an duerno ni gemaach hunn.

Mir wäerten an eisem nächste Wahlprogramm net méi de Rentesplitting aschreien, mä mir wäerte Léisunge proposéieren, wou mer de Fraen dann eng eege Pensionscarrière proposéieren, fir datt se awer ofgeséichert sinn an eege Pensionsrechter kréien, wat en da méi déngt, wéi jorzéngteleaang eppes ze versprechen, wat mer ënert dem Stréch net wäerte realiséieren.

Duerfir, wéi gesot, deet et eis leed, datt mer déi Opposition formelle vum Statsrot kritt hunn. Mir wiere frou gewiescht, wann déi Steuer befreit gi wier. Mir soen nach eng kéier résuméiert, datt mer frou wieren, wann och d'Chèques-services a Form vu Cotisatiounen fir déi Fraen, déi doheem Kannerbetreuung maachen, an d'Pensionskeese géifen abezult ginn.

All déi Modalitéiten, déi mam Logement zesummenhänken, fannen eis Zoustëmmung, Här President.

Ech mengen, dat ass grad wichteg an enger Zäit, wou mer wierklech eng Kris am Bausecteur kréien, déi eiser Meenung no näischt mat der Finanzkris oder a priori näischt mat der Finanzkris ze dinn huet, mä dat ass eng Kris, déi mer eis hei am Land selwer gebaut hunn, well eng Euphorie an deene leschte Joren entstanden ass wat d'Baupräisser ubelaangt, sou datt mer haut kee Problem méi hunn, datt mer net genuch Wunnengen hei am Land hunn.

Mir hu Wunnenge genuch, mä mir hunn net méi genuch Wunnengen, déi d'Leit kënnen bezuelen. Dat ass de grouse Problem, wou mer an den nächste Méint wäerte voll drannen, mat deene Konsequenzen, datt de Bausecteur an d'Handwierk wäerten an eng grouss Kris erageroden.

Duerfir ass et wichteg, datt mer hei zousätzlech Efforté maachen, sief et um Niveau vun der TVA, sief et um Niveau, datt mer keng Quellesteier oder näischt méi op der Asiette herno hunn. Eng Fuerderung, déi, muss ee fairerweis soen, och ëmmer bei de Bauspuerkeese komm ass, déi vun der CGFP an de vergaangene Joren ëmmer op d'heftegst gestallt ginn ass, wat dann och elo hei wäert geschéien.

Här President, ech hunn nach just eng Minutt; duerfir e puer Wieder wat d'Autosteier ubelaangt.

Mir si frou, datt mer an der Chamberskommissioun zumindest e Konsens fonnt hunn, wou mer soen, wéi et soll virgoen. Mä dat hate mer schonn d'Iescht Joer gesot.

Mir haten d'Iescht Joer schonn eng Motioun a grousser Einhellegkeet heibanne gestëmmt, a mir hunn dann elo festgestallt, datt mer elo esou wäit si wéi mer d'Iescht Joer waren. A mer sinn eis elo, genau wéi d'Iescht Joer, erëm eens fir erëm en neien Ulaf ze maachen, ouni datt awer ee vun eis weess, wéi d'Resultat dann herno wäert ausgesinn.

Ech wënschen Iech duerfir an deem Punkt a wënschen eis alleguerte bonne chance, datt et déi nächste kéier besser geet wéi déi zwee Versch virdrun.

Dat gesot, Här President, léif Kolleeginnen a Kollegen, bréngen ech selbstverständlech d'Zoustëmmung vun eisem Grupp fir déi zwee Gesetzter.

» **Plusieurs voix**. - Très bien!

» **M. le Président**. - Merci, Här Gibéryen. Den Här Jaerling huet elo d'Wuert an duerno nach den Här Goerens.

» **M. Aly Jaerling** (*Indépendant*). - Merci, Här President. Chrëschttag kënnt ëmmer méi no, mä awer och d'Wahlen. Ech hunn hei dee grouse Konsens héiere fir dëse Gesetzesprojet, an deem effektiv vill sozial Substanz dran ass, mä wou ech awer mer erlaben e bëssen ze relativéieren, well eng Rei Mesuren awer dra sinn, wat ganz einfach Upassungen un dat sinn, wat scho länger noutwendeg gewiescht wier. Ech brauch net méi am Detail dorop anzegoen.

Mä ech wëll awer soen, dass d'Erhéijung vum Mindestloun a vun de Rente weder e Cadeau ass vun der Regierung nach vu soss engem, mä dass et eng ganz normal Upassung ass un d'Lounentwécklung, déi



An ob ech mech elo mam Chiffer ausernee-gesat hunn oder net: Dir maacht esou, wéi wann et...

(Coups de cloche de la Présidence)

» **M. le Président.** - Also, Här Statsminister, loosst elo den Här Jaerling seng Ausfeierunge maachen!

» **M. Aly Jaerling** (*Indépendant*). - Ech hunn eppes dergéint, dass hei gemaach gëtt, dass dat hei gehandelt gëtt wéi e Ca-deau vun der Regierung. Et ass keen!

(Interruption)

Maja, da sollt Der dat och net hei soen! Da sollen Är Spriecher elo net hei soen...

(Interruption)

Oh, ech mengen, elo hutt Der mech awer fuerchtbar bloussgestalt. Also, elo sinn ech erëm dee ganze Weekend depriméiert!

(Hilarité)

» **M. le Président.** - Här Statsminister, den Här Jaerling huet d'Wuert!

» **M. Aly Jaerling** (*Indépendant*). - Här President, ech wëll awer nach eppes relativéieren, da froen ech mech, wou d'Statistiker an Dir liewen. Well ech kennen net vill Leit, déi dat do Duerchschnëttsakommes hunn. Ech kennen awer vill Leit, déi vill manner hunn. Dir hutt hei gesot, dass ee misst derfir suergen, dass déi Leit méi Kafkraaft hunn, an da schwätzt Der awer einfach just iwwert déi sozial Komponenten. Dat heescht, dass am Fong de Stat misst onbedéngt de Leit da méi entgéintkommen, déi net vill hunn. Mä ech sinn éischter der Meinung, dass net nëmmen de Stat eng Verant-wortung huet, mä och d'Betriben.

» **M. Claude Meisch** (*DP*). - Dat seet d'Statistik.

» **M. Aly Jaerling** (*Indépendant*). - Här Meisch, da froen ech mech, wou d'Statistiker an Dir liewen. Well ech kennen net vill Leit, déi dat do Duerchschnëttsakommes hunn. Ech kennen awer vill Leit, déi vill manner hunn. Dir hutt hei gesot, dass ee misst derfir suergen, dass déi Leit méi Kafkraaft hunn, an da schwätzt Der awer einfach just iwwert déi sozial Komponenten. Dat heescht, dass am Fong de Stat misst onbedéngt de Leit da méi entgéintkommen, déi net vill hunn. Mä ech sinn éischter der Meinung, dass net nëmmen de Stat eng Verant-wortung huet, mä och d'Betriben.

Dass déi Leit net genuch hunn, fir ze liewen, dat ass, well se mat engem klengen Mindest-loun mussen auskommen, wou et emol ge-schwënn net méi duergeet, fir de Loyer ze bezuelen. D'Sozialverantwortung dierf een net ëmmer op de Stat drécken. Da muss een och kucken, dass vun där anerer Säit, do, wou déi Leit awer eppes bäidroen zur wirtschaftlecher Entwécklung hei am Land - well och déi do schaffen, déi droen en Deel bäi zur wirtschaftlecher Entwécklung -, dass se dann awer och vun deenen, deene se hëllefen, déck Benefisser ze maachen, en Deel vläicht bäikréien. Duerfir ass et esou, wa mer Diskussiounen an Zukunft féieren, dass mer da sollen och déi Diskussiounen féieren.

Eppes anescht, wat mech awer elo wirk-lech gestéiert huet a wou ech hoffen, dass dat awer elo kee Message gëtt fir d'Wahlen, dat sinn déi Differenzen, déi elo gemaach ginn tëschent Frontalieren a Leit, déi hei am Land schaffen. Also, dat stéiert mech, well dat ass e falsche Message.

Wann am Ausland d'Wunnenge méi bëleg si wéi hei, dann ass dat net dem Ausland seng Schold, mä dann ass dat eis Schold, well hei si se ze deier. An ech zitëiere gär e Schwäizer Ekonomist, dee gesot huet: E Land, wou méi wéi een Drëttel muss bezuelt ginn, fir kënnen ze wunnen, dat ass e krankt Land. Wa mer dee Message huelen, da leie mer hei awer schonn déck an der Agonie.

Duerfir géif ech soen, et soll een net elo ver-sichen, déi Sozialleeschungen no der Resi-denz hei opzedeelen, well jiddwereen, deen hei am Land schafft, bréngt déiselwecht Leeschtung fir eis Wirtschaft. Et kann net sinn, dass mer op eemol hei e bëssen hallef esou xenophobesch Messagen erausginn. Dat ass dee falsche Wee. Ech hoffen, dass dat och net de Message ass, dee bei de Wahlen heierausgeet, well da kritt Der mech awer nach eng kéier ze héieren.

Här President, et kéint jo dat schrecklecht Evenement anrieden, dass ech elo net méi genuch Supporters hätt, fir den nächste 7. Juni ze iwwerscheiden. Duerfir hunn ech mer elo - awer net nëmmen haut - Gedanke

gemaach. Wa mer elo haut dat Gesetz stëmmen an enger Euphorie, wou mer soen: Wat hu mer elo haut vill Guddes gemaach!, an dann 20 Minutte méi spéit stëmme mer elo de Budget, an da stëmmen déi Mees-cht, déi dat heite Gesetz esou an den Him-mel gehuewen hunn, Neen.

Do maachen ech mer awer meng Gedan-ken, well ech dann einfach soen: Engersäits soen ech elo Jo, an dann herno hiewen ech dat erëm op, andeem datt ech Nee soen zu engem Budget, wou am Fong déi Suen all drastinn, déi hei sollen ausgi ginn. Also, do maachen ech mer e bësse méi Gedanken. Mä ech hunn awer hei geléiert: An der Poli-tik soll ee sech iwwer esou Saachen net vill Gedanke maachen. Dat ass dat, wat ech geléiert hunn. Ech wäert och héchstwahr-scheinlech net all genuch ginn, fir dat eng kéier ze änneren.

Ech soen lech Merci.

» **M. le Président.** - Merci, Här Jaerling. Den Här Goerens huet d'Wuert nach fir den Ofschloss, wann ech gelift.

» **M. Charles Goerens** (*DP*). - Här Pre-sident, ech wollt am Fong just d'Wuert er-gräifen, fir eng Fro un de Ressortminister ze stellen, en l'occurrence de Statsminister. Et huet ze di mat där Opposition formelle, déi de Statsrot gemaach huet an déi zur Folleg hat, datt den Arbeitnehmerfreibetrag ausge-dehnt gëtt op Non-salariéen.

Ech werfen déi Fro op, well dat war mir an der Kommissiounssitzung - ech wollt mech och do bei menge Kolleegen entschëllegen - net opgefall. Im Nachhinein, no der Relec-ture vum Gesetz, hunn ech mer awer Fol-gendes iwwerluecht, och dat heiten, wat den Impakt kéint si vun där Mesure, ob déi elo op deen Arbeitnehmerfreibetrag ausge-dehnt gëtt.

Bis elo war et jo esou: Déi, déi géint Loun geschafft hunn, haten e Fräibetrag, an d'In-dépendanten an d'Bauern haten en anere Fräibetrag. D'Begrënnung fir deen ee war net déiselwecht, wéi d'Begrënnung fir deen aneren. Bei deenen, déi méi Volatilitéit am Akommes hunn, ass den Abatement forfaitaire fiscal geduecht, fir e gewëssenen Écrêtement ze maachen an doduerch méi eng harmonesch Entwécklung an der Steierschold erbäizebréngen.

Ech wollt de Statsminister froen, ob ech dat richtig gesinn, éischstens, well mir hunn dat do ëmmer esou begrënn, wa mer de Fräi-betrag fir Mëttelständler a Bauere gestëmmt hunn. Ass et net esou, datt mer elo duersch dës Ofschafung vun der Diskriminatioun - wéi de Statsrot dat nennt - am Fong eng Verschlechterung fir eenzel Gruppe scha-fen?

Wann dat de Fall ass, da misste mer op dat hei zrëckkommen an dat Gesetz nach eng kéier op de Métier huelen. Well ech mengen - an ech hoffe ganz, datt ech net deen Een-zege sinn, deen dat esou gesäit -, ganz kéinte mer eis mat deem Zoustand, deen do geschafe gëtt, net zefridde ginn.

» **M. le Président.** - Merci, Här Goe-rens. Elo huet d'Wuert de Stats- a Finanzmi-nister Jean-Claude Juncker.

» **M. Jean-Claude Juncker**, *Premier Ministre, Ministre d'Etat, Ministre des Fi-nances*. - Här President, Dir Dammen an Dir Hären, léif Kolleegen, ech wëll vläicht mat där leschter Fro ufänken, déi de Kolleeg Charles Goerens hei gestallt huet an déi hie richtig gestallt huet.

Doduerch, dass de Conseil d'État déi Op-position formelle gemaach huet bei der Em-wandlung vum Arbeitnehmerfräibetrag, vum Rentnerfräibetrag an een Nettosteierkredit, andeem hie verlaangt huet, et misst eng Ex-tensioun a Richtung aner Akommesbezéier kommen, an doduerch, dass d'Chambers-kommissioun en fait keen anere Wee hat, wéi där Opposition formelle do nozeginn, well mer soss d'Steiergesetz net rechtzäiteg a Kraaft kritt hätten, an nodeem de Conseil d'État sech obstinéiert, Opposition-formel-len op Plazen ze maachen, wou fir Opposi-tion-formellen iwwerhaupt kee Raum ass, nämlech guer keen, resultéiert aus deem Vote, deen d'Chamber sech apprëtiéiert ze huelen, dass duersch déi Opposition for-melle vum Conseil d'État, a well mer wëllen déi kleng Arbeitnehmer an déi kleng Rent-ner besserstellen, d'Bauern an d'Indépen-dantë méi Steieren d'nächst Joer bezuelen. Jiddwereen, deen also fir déi Texter hei stëmmt - e Vote, zu deem de Conseil d'État lech zwéngt -, muss wëssen: Hie stëmmt fir Steuererhéijunge fir d'Bauern a fir d'Indé-pendants.

Dat gesot - an ech hat gemengt, dat wier an der Kommissioun heftegst diskutéiert ginn -, ass et d'Absicht vun der Regierung, direkt ee Projet de loi anzebréngen, deen dat do-ten erëm richtegréckelt; wat technesch

esou einfach net wäert sinn, well do komme Retroaktivitéitsgeschichten, wat ëmmer eng schwierig Geschicht ass. Mä d'Absicht vun der Regierung, och net vum Parlament, war et jo, fir d'Besteuerung vun de Baueren a vun den Indépendanten op deem Punkt ze héi-jen. Also musse mer dat - mä mir mussen dat jo elo esou maachen, fir laanscht déi Opposition formelle ze kommen - erëm réckgäנגeg maachen.

Duerfir sinn ech dem Frënd Charles Goe-rens dankbar fir déi Fro. Ech denken och, dass mat der Schnellegkeet, mat där mer hei Texter änneren, dat doten och duersch-aus misst méiglech sinn, fir dat relativ fréi am nächste Joer gemaach ze kréien.

Fir de Rescht wollt ech deenen zwee Rap-porteure Merci soe fir eng ausgezeechent Aarbecht, déi mech - well ech déi zwee ken-nen, dat war och scho beim Budgetsrappor-teur de Fall - vun hier Qualitéit hier net iwwerrascht huet, mä et war awer a relativ kuerzer Zäit eng relativ grouss Wiss ze méine respektiv ee grousst Feld ze duersch-quere fir deen een a fir deen aneren.

Et ass exzellent gemaach ginn, esou wéi ech iwwerhaupt Ursach hunn, mech d'une façon générale souwuel fir de Budget wéi och fir déi Steiergesetzter bei der Finanz-kommissioun ze bedanken, well ech fannen, dass dat eng Kommissioun ass, déi eng ex-trem gutt Aarbecht mécht.

Wann een esou eng gutt Kommissioun huet, freet ee sech eigentlech, firwat dass een nach extra Kommissiounen niewendru brauch. Ech géif och mengen, déi extra Kommissiounen niewendru wiere gutt be-sat, wann déi dra wieren, déi och an där do-ter Kommissioun sinn. Mä ech fänken net un, mer et zur Gewunnecht ze maachen, mech hei an déi intern Affäre vun der Cham-ber anzebréngen. Et ass op jidde Fall eng Kommissioun, mat där ee gär zesumme-schafft, well se qualitativ exzellent Aarbecht ofliwwert.

Elo si mer an där aussergewéinlecher Situa-tioun, Dir Dammen an Dir Hären, léif Kolle-egen, dass ech warscheinlech awer nu wirklech deen eenzege Finanzminister an Europa sinn, deen am Moment eng Steuerre-form virleet, déi d'Unanimitéit fënn. Dat huet vill domat ze dinn, dass kaum ee Steuerlicherlungen am Moment propo-séiert an Europa. Insofern ass dat eppes Ongewéinlech. An Däitschland gëtt hef-teg driwwer gestriden, ob se eng kéier emol endlech sollen déi kal Progressioun vum Steiertarif stoppen, begradegen, wäh-rend hei verlaangt gëtt, dass ee se all Joer misst begradegen. Sauf wann een an der Regierung ass, da verlaangt een dat natier-lech net esou intensiv, wéi wann een an der Oppositioun ass.

Mir maachen eng Tarifberengegung vun 9%. Dat ass eng Tarifberengegung vu 15% par rapport zum Joer 2007, nodeem mer bei der Erklärung zur Lag eng Tarifberenge-gung vu 6% an Aussicht gestallt haten.

Ech liesen net ouni Erheiterung - ech halen lech domat net laang op, well et ass de Leit egal; wa mir och manner -, dass mer elo géifen esou beim Budget a bei de Steiere maachen, wéi wa mer dat elo géifen em-dickse wëllen als eng Äntwert op d'Finanz-an op d'Wirtschaftskris.

Huele mer emol un, mir hätte bei all deem, wat mer do virschloen, beim Budget a bei de Steieren, net un d'Kris geduecht. Wier et da schlecht? Wat fir ee Land geet dann ei-gentlech an der Belaaschtungssofsenkung an an dem Ausbau vun den Investisse-mentsleeschunge méi wäit wéi Lëtze-buerg? Ech kenne keent, an ech hu jo awer alt mat deenen aneren, duersch aner Fon-ctiounen, relativ vill ze dinn.

Ass et schlecht, wann ee schonn am Mee eppes gesot huet, wat och am Dezember nach richtig ass? Ech kann net erkennen, wat dorunner schlecht wier.

Elo wëll ech lech awer emol op d'Enner-scheeder opmierksam maachen.

De Rapporteur vum Budget - mir sinn zwar elo net méi an der Budgetsdebat, mä mir kréie jo nach ee Vote iwwert de Budget - huet jo dankenswäerterweis nach eng kéier am Ufank vu sengem Rapport opgeschrii-wen, wat ech gesot hat hei am Haus, wéi mer den 1. Oktober de Budget an d'Steier-gesetzter abruecht hunn.

An ech war angenehm iwwerrascht, wéi ech dat gelies hunn.

» **Une voix.** - Staark gebretzt!

» **M. Jean-Claude Juncker**, *Premier Ministre, Ministre d'Etat, Ministre des Fi-nances*. - Ech hu gären, wann déi richtig Auteuren zitëiert ginn.

Mä do soen ech den 1. Oktober, dat hei wier en antizykleschen Antikrisevertrauensbud-

get. Ech soen, dass d'Regierung net géif dosëtze mat den Hänn am Schouss, mä dass d'Regierung eppes géif maachen, fir dass eppes geschitt, statt ofzewaarden, bis dass eppes geschitt wier.

Mir waren an der Finanzkris zënter dem Au-gust 2007 an de 15. September 2008 huet d'amerikanesch Regierung an engem Geste vun irresponsabler Gedankeloseg-keet d'Bank „Lehman Brothers“ faillite goe gelooss. Mir wossten, wat dat kéint hee-schen.

Mir wossten dunn nach net alles. Mä mir wossten awer, wann de Prinzip „too big too fail“ net méi respektéiert gëtt, dass dat Hä-morrhagiewierkunge weltwäit op de Fi-nanzmäert hätt an dass dat sech kéint an d'Realekonomie verlängeren, esou wéi ech och d'Verlängerung vun der Finanzkris an d'Realekonomie eran den 1. Oktober hei am Haus exposéiert hunn.

Well mer dat wossten, si mer jo bei dem Budget a bei der Steuerreform - Steuererlich-terungen, mir ass déi Wortklauberei do rela-tiv egal; de Leit och - méi wäit gaange wéi dat, wat mer am Mee gesot hunn.

Am Mee hu mer heibanne gesot, mir géifen eng Tarifberengegung vu 6% maachen. Mir maachen eng vun 9%.

Däerf ech drop opmierksam maachen, dass dat iwwer 33% méi ass. Firwat maache mer dat?

Well d'Inflatioun am Laf vum Joer 2008 wie-sentlech méi héich gi war, wéi mer gemengt hunn, a well mer gesinn hunn, dass mer och bei deene Leit, déi Steiere bezuelen, well se genuch verdéngen, fir Steieren ze bezue-len, kafkraaftstüttzend Moosssname miss-ten aféieren, wéinst der héijer Inflatioun am Laf vum Joer a wéinst dem Rétrécissement vun der Economie an der zweeter Halschent vum Joer.

Mir hunn hei am Mee bei der Lag vun der Natioun net gesot, dass mer 20 Milliounen Euro - dat sinn 800 Milliounen Lëtzebuerger Frang an e bësse méi - géife méi ginn, fir d'Leit ze remboursséieren, déi géife bauen. Mir hunn net gesot hei am Mee, dass mer géifen eng Befreiung vun der Quellesteier op der Épargne-logement maache wëllen.

Mir hunn net gesot, dass mer géifen d'Divi-dendebesteuerung erfsetzen. Mir hunn net gesot, dass mer d'steuerlech Hëllef fir d'Bet-riber, déi Chômeure géifen astellen, géifen em x% erhéien.

Fir also esou ze maachen, wéi wa mer elo eréisch géife maachen, wéi wann dat Änt-werte wieren op eng Kris, déi mer eréisch duerno entdeckt hätten, wëll ech soen: Esou ass et net.

Et sinn eng Rei Moosssnamen iwwert dat eraus, wat mer am Mee bei der Erklärung zur Lag gesot hunn, an dee Budget, an zwar eréisch an deene leschten Deeg vum September, agebaut ginn, déi daitlech Änt-werten op d'Kris sinn.

Gleefft et oder gleefft et net, mä Tatsaach ass, vergläicht de Budget, vergläicht d'Steierreform oder d'Steierlicherlung mat deene Moosssnamen, déi mer am Mee annoncéiert haten, da wäert Der feststellen, dass déi zwee Projeten anescht si wéi initial ugekënnegt.

Elo sinn ech frou, Här President, Dir Dam-men an Dir Hären, dass dat allgemeng grouss Zoustëmmung fënn.

Ech deelen d'Suerg iwwert d'Finanzcapa-citéit vum Stat. Dat ass keng kleng Suerg. Émsou méi deelen ech déi Suerg, well mer jo mussen am Joer '09 - hu mer erkläert bei de Budgetsdebatten - een totalen „front loa-ding“ maache vun den Investissementen.

Dat heescht all Investissementen, déi prett si fir d'Joeren '09, '10 an '11, ginn an d'Joer '09 virgezunn. Duerfir huele mer a Kaf, dass mer ee relativ breede Budgetsdefizit kréien, deen awer net un d'3%-Limiten erukënn. Mä dat musse mer maachen.

Wann Der zesummen huet - fir emol bei deene kleng Leit ze bleiwen, déi et jo gëtt: Ee Mindestlounbezéier kritt elo 2% Mindest-lounerhéijung bäi. Dofir brauch kee Merci ze soen, dat ass eng normal Upassung un d'Lounentwécklung, déi et awer just zu Lët-zebuerg an där Form gëtt; mä dat ass jo keen Argument hei am Haus wéi mer wës-sen.

Dee Mann, huet en ee Kand, kritt 920 Euro Kannerbonus. Et ass dëst Joer net kritiséiert ginn, dass et esou eppes gëtt an et gëtt elo all Mount ausbezuelet, an e kritt 300 Euro bäi iwwert d'Émmandele vum Arbeitnehmerfrei-betrag an een Arbeitnehmernettosteier-kredit.

Dee kritt eleng duersch d'Mindestlounerhéi-jung, mä virun allem duersch de Kanner-bonus an duersch d'Emwandlung vum Ar-beitnehmerfreibetrag een 13. Mount bäi. Een 13. Mount!



Ee Mindestlounbezéier deen ee Kand huet, dee kritt zu Lëtzebuerg 13 Méint Mindestloun ausbezuelt, no deene Reformen, déi hei gemaach si ginn.

Domat sech ze bretzen, géif mer relativ gelunge virkommen. Mä ech wëll lech awer soen, ech sinn awer e bëssen houfreg dorop, un der Spëtzt vun enger Regierung ze stoen, déi dat dote fäerdeg bruecht huet. Well et ass virdrun net probéiert ginn an et ass virdrun och net duerchgesat ginn.

Wa mer eis elo kéinten drop verstännegen, dass mer dat alleguer zesumme gemaach hunn, esou wéi mer schonn zesummen d'Sidéurgie gerett hunn, esou wéi mer schonn zesummen de Satellit an den Himmel geschoss hunn, esou wéi mer schonn zesummen dëst an dat gemaach hunn; wa mer spéitstens an dräi Joer kéinten zesumme soen, mir hätten dat alleguer zesumme gemaach, wier ech dee glécklechste Mënsch vun der Welt. Souwäit wéi et ëm Politik geet, well Gléck ass jo bekanntermoossen eng aner Kategorie wéi déi, déi sech hei am Haus ofspillt.

Mir senken d'Steierbelaaschtung of ëm 500 bis 600 Milliounen d'nächst Joer. Keen an Europa mécht méi. Mir setzen d'Investissementer massiv erop. Mir verduebelen den Heizkostenzuschuss doduerch, dass mer en ënner verduebelter Form an eng Deierechtzoulag verwandelen. Mir féieren d'Chèques-services an.

Et gött fir d'Leit, déi hei am Land liewen, d'nächst Joer méi llicht hei ze liewen, wéi dat an dësem Joer de Fall war a wéi et an deem viregte Joer de Fall war.

Déi Steiererliichterungen, déi mer am Joer 2002 gemaach hunn, déi hunn an hirem Entlaaschtungseffekt bis an d'Joer '06 ugehale. Duerfir huet jo déi leschter Regierung an de Joren '03 a '04 keng Inflationssupassung gemaach. Duerfir hu mer jo d'Haushaltskonsolidéierung ugesot, et war am Joer '06, an nodeem mer an der Tripartite gesot hätten, am Prinzip géif iwwerhaupt keng Inflationssupassung vum Steiertarif gemaach ginn, se am Joer '07, am Joer '08 a fir d'Joer '09 programméiert.

D'Leit hunn - a wann ech lech dat soen, da gitt emol dovun aus, dass ech mer dat wierklech grëndlech ugekuckt hunn -, onofhängeg dervun, wat se verdénge, an onofhängeg dervun, wou se schaffen, an onofhängeg dervun, ob se Steiere bezuelen oder keng Steiere bezuelen, am Joer 2009 wiesentlech méi disponibele Revenu wéi am Joer 2004. Et gött net vill Regierungen an Europa, déi dat kënne vu sech behaapten.

» **Plusieurs voix.** - Très bien!

» **M. le Président.** - Merci, Här Statsminister. Domadder, Dir Dammen an Dir Hären, si mer um Enn vun den Diskussiounen iwwert déi zwee Projeten ukomm a mer kommen elo zum Vote. Mir stëmme fir d'éischt of iwwert de Projet de loi 5913.

**Vote sur l'ensemble du projet de loi 5913 et dispense du second vote constitutionnel**

De Projet de loi 5913 ass eestëmmeg mat 60 Stëmmen ugehall.

*Ont voté oui: Mmes Sylvie Andrich-Duval, Nancy Arendt, M. Lucien Clement, Mmes Christine Doerner, Marie-Josée Frank, Marie-Thérèse Gantenbein-Koullen, MM. Marcel Glesener, Norbert Hauptert, Mme Françoise Hetto-Gaasch, MM. Ali Kaes, Paul-Henri Meyers, Laurent Mosar, Marcel Oberweis, Gilles Roth, Patrick Santer, Marcel Sauber (par M. Marcel Oberweis), Jean-Paul Schaaf, Marco Schank, Marc Spautz, Mme Martine Stein-Mergen, MM. Fred Sunnen, Lucien Thiel, Lucien Weiler et Michel Wolter;*

*MM. Marc Angel (par Mme Claudia Dall'Agnol), Alex Bodry, John Castegnaro, Mme Claudia Dall'Agnol, M. Fernand Diederich, Mme Lydie Err, MM. Ben Fayot, Jean-Pierre Klein, Mme Lydia Mutsch (par M. Roland Schreiner), MM. Roger Negri, Jos Scheuer, Romain Schneider (par M. Ben Fayot), Roland Schreiner et Mme Vera Spautz;*

*MM. Eugène Berger, Xavier Bettel, Mme Anne Brasseur, M. Fernand Etgen, Mme Colette Flesch (par M. Xavier Bettel), MM. Charles Goerens, Paul Helminger, Alexandre Krieps, Claude Meisch et Carlo Wagner;*

*MM. Claude Adam, François Bausch, Félix Braz, Camille Gira, Jean Huss, Henri Kox et Mme Viviane Loschetter;*

*MM. Gast Gibéryen, Jacques-Yves Henckes, Jean-Pierre Koepp et Robert Mehlen;*

*M. Aly Jaerling.*

Gëtt d'Chamber d'Dispens vum zweete Vote constitutionnel?

**(Assentiment)**

Dann ass et esou décidéiert.

Mir kommen dann zum Projet de loi 5924.

**Vote sur l'ensemble du projet de loi 5924 et dispense du second vote constitutionnel**

De Projet de loi 5924 ass och eestëmmeg ugehall mat 60 Jo-Stëmmen.

*Ont voté oui: Mmes Sylvie Andrich-Duval, Nancy Arendt, M. Lucien Clement, Mmes Christine Doerner, Marie-Josée Frank, Marie-Thérèse Gantenbein-Koullen, MM. Marcel Glesener, Norbert Hauptert, Mme Françoise Hetto-Gaasch, MM. Ali Kaes, Paul-Henri Meyers, Laurent Mosar, Marcel Oberweis, Gilles Roth, Patrick Santer, Marcel Sauber (par Mme Christine Doerner), Jean-Paul Schaaf, Marco Schank, Marc Spautz, Mme Martine Stein-Mergen, MM. Fred Sunnen, Lucien Thiel, Lucien Weiler et Michel Wolter;*

*MM. Marc Angel (par Mme Claudia Dall'Agnol), Alex Bodry, John Castegnaro, Mme Claudia Dall'Agnol, M. Fernand Diederich, Mme Lydie Err, MM. Ben Fayot, Jean-Pierre Klein, Mme Lydia Mutsch (par M. Roger Negri), MM. Roger Negri, Jos Scheuer, Romain Schneider (par M. Ben Fayot), Roland Schreiner et Mme Vera Spautz;*

*MM. Eugène Berger, Xavier Bettel, Mme Anne Brasseur, M. Fernand Etgen, Mme Colette Flesch (par M. Xavier Bettel), MM. Charles Goerens, Paul Helminger, Alexandre Krieps, Claude Meisch et Carlo Wagner;*

*MM. Claude Adam, François Bausch, Félix Braz, Camille Gira, Jean Huss, Henri Kox et Mme Viviane Loschetter;*

*MM. Gast Gibéryen, Jacques-Yves Henckes, Jean-Pierre Koepp et Robert Mehlen;*

*M. Aly Jaerling.*

Gëtt d'Chamber d'Dispens vum zweete Vote constitutionnel?

**(Assentiment)**

Dann ass et esou décidéiert.

Här Statsminister!

» **M. Jean-Claude Juncker, Premier Ministre, Ministre d'État, Ministre des Finances.** - Här President, wann Der mer wëllt eng Freed maachen, well Der esou gutt amgang sidd: Stëmmt och de Budget mat 60 Jo-Stëmmen!

**(Hilarité)**

» **M. le Président.** - Jo. Schéi wier et. Ech weess allerdéngs net, ob mer lech dee Wonsch erfëlle wäerten.

## 5. 5900 - Projet de loi concernant le budget des recettes et des dépenses de l'État pour l'exercice 2009 (suite)

Elo komme mer zum Statsbudget an zu deem Vote, op deem d'Regierung an de Stats- a Finanzminister waarden.

**Amendement 1**

Mir hunn nach fir d'éischt den Amendement vum Här Jaerling. Deen Amendement dréit de Moment eréischt eng Ënnerschrëft.

» **Une voix.** - Mir droen e mat.

» **M. le Président.** - Dir drot e mat. Dann huet den Amendement fënnef Ënnerschrëften an ass domat recevabel. Mir stëmme also of iwwert den Amendement vum honorabelen Här Jaerling, iwwert den Artikel 43.

Här Jaerling, Dir wollt nach eppes dozou soen.

» **M. Aly Jaerling (Indépendant).** - Ech wëll nach eng kéier drun erënneren, ëm wat dass et geet. Et geet drëm, dass hei fir déi privat Laboratoire Recettë gekierzt ginn, déi net iwwert deen normale Wee vun Négociatiounen mat hinnen ausgehandelt ginn. Dat heescht, hei gött autoritär, iwwert de Budget, de Koeffizient vun deene Suen, déi d'Laboratoire solle kréien, ëm 19,36% gekierzt. An egal wéi een dozou steet, ob mer elo privat Laboratoiren hunn oder net, sinn ech der Meenung, wann déi Méiglechkeet besteet, a wa mer do e Betrib hunn, deen 150 Leit beschäftegt, an duerch déi autoritär Moossnamen hei dee Betrib précariséieren, wou mer schonn an enger Situation sinn, wou mer Aarbechtsloser genuch hunn, datt dat net ka sinn.

Et geet mir haaptsächlech drëm, dass ech net domat d'accord sinn, well einfach dat do net iwwert déi normal Négociatiounen aus-

gehandelt ginn ass. D'Regierung huet einfach dat do autoritär am Budget gemaach, an dat geet net. Dofir hunn ech déi Amendementer hei eraginn. Ech mengen, mir sollen awer oppassen, wat mer do maachen, well an der leschter Zäit sinn d'Budgete vun deene private Laboratoire schonn eng kéier ëm 10 a 15% gekierzt ginn. Wann dat elo esou weidergeet, iwwert déi budgetär Moossnamen an ouni Verhandlung mat deene betreffende Leit, da kann ech dat net guttheeschen. Dat ass am Fong de Grond vun den Amendementer.

» **M. le Président.** - Vun deem Amendement. Ech hunn nëmmen een Amendement virleien.

» **M. Aly Jaerling (Indépendant).** - Jo, een Amendement, mä iwwert déi zwee Artikelen.

» **M. le Président.** - D'accord. Mir stëmmen elo of iwwert den Amendement vum honorabelen Här Jaerling. Et ass jo gutt verstanen, dass dat heiten nëmmen een Amendement ass zum Artikel 43, deen op zwou Plazen Ëmännerunge proposéiert.

**Vote**

Den Amendement vum Här Jaerling ass ofgelehnt mat 55 Nee-Stëmmen, bei 5 Jo-Stëmmen.

*Ont voté oui: MM. Gast Gibéryen, Jacques-Yves Henckes, Jean-Pierre Koepp et Robert Mehlen;*

*M. Aly Jaerling.*

*Ont voté non: Mmes Sylvie Andrich-Duval, Nancy Arendt, M. Lucien Clement, Mmes Christine Doerner, Marie-Josée Frank, Marie-Thérèse Gantenbein-Koullen, MM. Marcel Glesener, Norbert Hauptert, Mme Françoise Hetto-Gaasch, MM. Ali Kaes, Paul-Henri Meyers, Laurent Mosar, Marcel Oberweis, Gilles Roth, Patrick Santer, Marcel Sauber (par Mme Martine Stein-Mergen), Jean-Paul Schaaf, Marco Schank, Marc Spautz, Mme Martine Stein-Mergen, MM. Fred Sunnen, Lucien Thiel, Lucien Weiler et Michel Wolter;*

*MM. Marc Angel (par Mme Claudia Dall'Agnol), Alex Bodry, John Castegnaro, Mme Claudia Dall'Agnol, M. Fernand Diederich, Mme Lydie Err, MM. Ben Fayot, Jean-Pierre Klein, Mme Lydia Mutsch (par M. Alex Bodry), MM. Roger Negri, Jos Scheuer, Romain Schneider (par M. Ben Fayot), Roland Schreiner et Mme Vera Spautz;*

*MM. Eugène Berger, Xavier Bettel, Mme Anne Brasseur, M. Fernand Etgen, Mme Colette Flesch (par M. Xavier Bettel), MM. Charles Goerens, Paul Helminger, Alexandre Krieps, Claude Meisch et Carlo Wagner;*

*MM. Claude Adam, François Bausch, Félix Braz, Camille Gira, Jean Huss, Henri Kox et Mme Viviane Loschetter.*

Da stëmme mer elo iwwert de Statsbudget vum nächste Joer of. Ee Moment. Här Statsminister, Dir wollt nach eppes soen.

» **M. Jean-Claude Juncker, Premier Ministre, Ministre d'État, Ministre des Finances.** - Här President, ech wëll wierklech net iwwerdreiwlen, mä well mer esou gutt zesumme sinn, ass dat esou schéin.

Zum Här Jaerling wëll ech soen, dass de Gesondheitsminister Weeër sicht, fir de Laboratoiren, déi sech bekloe wéinst där Reduktioun, déi do geschitt ass, iwwer een anere Wee, dee kompatibel ass mat senger allgemenger Konsolidéierungspolitik, entgéintzekommen. Dat heescht, déi Moossnam do bleift bestoen, mä et geschéien aner Saachen, déi de Laboratoiren entgéintkommen, mä ënnert dem Stréch entsteet doduerch ee gesamte Spuereffekt. Dat wollt ech lech just am Numm vun Här Di Bartolomeo, deen natierlech net esou äifreg ass, fir heihinner ze kommen, wéi ech, soen.

» **M. le Président.** - Ech gesinn, den Här Jaerling ass net onzefridde mat den Ausféierungen. Voilà, et herrscht en terribel konziliante Geescht haut. Sou, Dir Dammen an Dir Hären, da komme mer elo zum Vote iwwert de Statsbudget fir d'Joer 2009.

**Vote sur l'ensemble du projet de loi et dispense du second vote constitutionnel**

Leider ass de Wonsch vun dem Statsminister net an Erfëllung gaangen, mä de Statsbudget ass ugehall mat 38 Jo-Stëmmen, bei 22 Nee-Stëmmen.

*Ont voté oui: Mmes Sylvie Andrich-Duval, Nancy Arendt, M. Lucien Clement, Mmes Christine Doerner, Marie-Josée Frank, Marie-Thérèse Gantenbein-Koullen, MM. Marcel Glesener, Norbert Hauptert, Mme Françoise Hetto-Gaasch, MM. Ali Kaes, Paul-Henri Meyers, Laurent Mosar, Marcel Oberweis, Gilles Roth, Patrick Santer, Marcel*

*Sauber (par Mme Sylvie Andrich-Duval), Jean-Paul Schaaf, Marco Schank, Marc Spautz, Mme Martine Stein-Mergen, MM. Fred Sunnen, Lucien Thiel, Lucien Weiler et Michel Wolter;*

*MM. Marc Angel (par Mme Claudia Dall'Agnol), Alex Bodry, John Castegnaro, Mme Claudia Dall'Agnol, M. Fernand Diederich, Mme Lydie Err, MM. Ben Fayot, Jean-Pierre Klein, Mme Lydia Mutsch (par M. Roland Schreiner), MM. Roger Negri, Jos Scheuer, Romain Schneider (par M. Alex Bodry), Roland Schreiner et Mme Vera Spautz.*

*Ont voté non: MM. Eugène Berger, Xavier Bettel, Mme Anne Brasseur, M. Fernand Etgen, Mme Colette Flesch (par M. Xavier Bettel), MM. Charles Goerens, Paul Helminger, Alexandre Krieps, Claude Meisch et Carlo Wagner;*

*MM. Claude Adam, François Bausch, Félix Braz, Camille Gira, Jean Huss, Henri Kox et Mme Viviane Loschetter;*

*MM. Gast Gibéryen, Jacques-Yves Henckes, Jean-Pierre Koepp et Robert Mehlen;*

*M. Aly Jaerling.*

Gëtt d'Chamber d'Dispens vum zweete Vote constitutionnel?

**(Assentiment)**

Dann ass et esou décidéiert.

Dann hu mer nach d'Motioun vun der Madame Loschetter. Kënne mer direkt ofstëmmen?

**(Interruption)**

Madame Loschetter, d'Riederpult ass fir lech fräi.

## 6. Motion de Mme Viviane Loschetter relative au ralliement contre le principe de dérogation à la règle des 48 heures de travail hebdomadaire au niveau du Conseil

» **Mme Viviane Loschetter (DÉI GRÉNG), auteur.** - Merci, Här President. Zu dëser Stonn probéieren ech mat kloeren a kuerze Wierder déi Motioun vun der grénger Fraktioun hei ze presentéieren.

**(Interruption)**

Ech hunn elo just ugefaangen.

De Moien hu mer an der Travail-et-Emploi-Kommissioun, zesumme mam Minister Biltgen, iwwert d'Aarbechtszäitdirektiv an de Vote vun der zweeter Lecture, déi muer stattfënnt, an déi eventuell Konsequenzen, déi dat kéint hunn, deemno wéi de Vote da wäert ausfalen, geschwat. Ech muss soen, datt all kéiers wa sech an der Sozialpolitik eppes zu Bréissel deet an de Minister och dohinner geet, hien eis am Virfeld an der zoustänneger Kommissioun informéiert iwwer - wéi soll ech dat soen - d'Lag vun der Situatioun. Voilà.

**(M. Laurent Mosar prend la Présidence)**

Vläicht hutt Dir et scho matkritt, vläicht liest Dir et och muer an der Zeitung, datt de Mëtteg effektiv am Europaparlament déi zweet Lecture vun der Aarbechtszäitdirektiv ugefaangen huet. Ech wëll och hei elo net, an dat ganz bewusst, op déi ganz technesch Saache vun där schwiereger Aarbechtszäitdirektiv agoen. Ech wollt awer, am Numm vun der grénger Fraktioun an och am Numm vun onsem gréngen Europadeputéierten, deen och e ganz gudde Match amgang ass zu Bréissel ze maachen, iwwert den Amendement 16 e Wuert soen, an zwar geet et do ëm den „opt out“.

Den „opt out“, dat heescht, datt een eng Klausel huet, wou ee sech et am Fong geholl domadder kann an deenen eenzelne Länner erlaben, d'Leit méi wéi 48 Stonnen d'Woch, an enger Referenzperiod vun dräi Méint, schaffen ze loosse. Elo ass et awer ganz kloer esou, datt déi Sozial- an Aarbechtskommissioun, an domadder hire spuenesche sozialistesche Rapporteur, den Här Cercas, e Rapport presentéiert, deen Zoustëmmen fonnt huet an där zoustänneger Kommissioun an deen am Europaparla-



ment eng absolut Majoritéit brauch, fir och do ugeholl ze ginn.

De Cercas-Rapport seet och e kloeren Neen zu dem „opt out“ en général, dat heescht doranner ass eng Period vu 36 Méint virgesinn, wou all eenzelt Land och Zäit huet, fir sech definitiv vum „opt out“ ze verabschiden, an datt mer ons zu engem Aarbechtsrecht hi bewegen an Europa oder an der Europäescher Unioun vu maximal 48 Stonnen d'Woch, an dat op eng Referenz-period vun dräi Méint.

Sollt elo deen dote Rapport mat där Opfuerderung muer eng absolut Majoritéit am Europaparlament fannen, wat net onméiglech ass oder och ëmmer méi méiglech ze si schéngt, da muss sech engersäits souwuel d'Kommissioun dozou äusseren, wéi och, a virun allem de Conseil. De Conseil, wou mer d'Aarbechts- a Sozialministeren hunn, an ënner anerem jo dann och onse Minister, deen do vertrauden ass. An och déi 27 Aarbechts- a Sozialministere mussen sech eens ginn, entweder à l'unanimité oder à la majorité qualifiée. Mir denken, si mussen sech eens ginn, wa mer eis wierklech wëllen erëm a Richtung vun engem méi sozialen Europa, zumindest an där Form vun Organisatioun, hi bewegen.

Si mussen sech also auserneesetzen an eens gi mat deem Vote vum Europaparlament. D'Europaparlament, dat si gewielte Politiker, déi à la majorité absolue dann eng kloer politesch Richtung a Saache Sozial- a Aarbechtspolitik gestëmmt hunn. Et ass och esou, datt d'Gewerkschaften, virop, awer net nëmmen den Europäesche Gewerkschaftsbond, massiv haut zu Bréissel op der Strooss waren a genau an där Richtung vun deem Rapport Cercas manifestéiert hunn.

Am Juni 2008 huet sech de Conseil, wou och onse Minister vertrauede war, op eng Proposition gëeenegt fir en „opt out“. Zwar fir en „opt out“, deen da maximal eng 65 Stonnen d'Woch virgesäit, oder et kéint ee souguer och soen, e besseren „opt out“. Et wier awer herno en „opt out“, deen zemen- téiert an definitiv wier, da madder hätt sech d'Diskussioun iwwer eng Rediskus- sioun vum „opt out“ dann definitiv erleedegt.

Mir mengen, datt dat net geschéien däerf, a mir denken och, datt et wichteg ass, datt onse Minister, wann hien da muer och do- hinner geet, versicht, mat anere Ministeren, déi och scho ganz kloer an hirem Land hir Meenung gesot hunn, wou d'Regierung ganz kloer hir Positioun geäussert huet, vläicht an der Sich vun engem Kompromëss trotzdem awer e soziaalt Europa, wéi mir et awer alleguerten hei gären hätten, ze ver- deedegen.

Dat heescht, éischtens en „opt out“, deen definitiv säin Enn fënnt bannent 36 Méint, virun allem e minimale Kompromëss, wou mer net en „opt out“ definitiv zementéieren, mä wou mer op de Wee vläicht gi vun enger à la limite Evaluatioun, fir datt mer an der Diskussioun bleiwe vun där dach aar- bechtsrechtlicher Hérésie.

Dat sinn d'Wierder vun onsem Aarbechtsmi- nister, déi mer och ganz gären héieren, déi hien och de Moien nach eng Kéier an der Kommissioun gesot huet. Dat heescht, on- sen Aarbechtsminister an d'Regierung stelle sech ganz kloer zur Positioun géint en „opt out“ a géifen et am lëifste gesinn, wann den „opt out“ bannent deene 36 Méint ver- schwanne géif an een op eng maximal Aar- bechtszäit vun 48 Stonne vläicht an Europa zrëckkéim.

Dofir wëlle mir am Fong geholl - an dat ass u sech d'Zil an den Zweck vun dëser Mo- tioun, déi mir hei presentéieren - de Minister opfuerderen, dat, wat hien hei seet, wat hien de Moien an der Kommissioun gesot huet, genau dat am Numm vu Lëtzebuerg och am Conseil ze widderhuelen, esou wéi ver- schidden anerer vu senge Kolleegen aus aneren EU-Länner dat och scho gemaach hunn an dat wahrscheinlech och nach eng Kéier wäerte maachen, an och verschidde- ner vu senge Kolleege scho vun hire Parla- menter an hirem Land dozou encouragéiert gi sinn.

Also, déi Motioun versteet sech als eng Op- fuerderung an eng Form vun Ënnerstëtzung un onse Sozial- an Aarbechtsminister, fir hien an enger eminent wichtiger Fro vu So- zialpolitik an Europa ze ënnerstëtzen, fir

muer am Conseil ganz kloer ze soen: Lëtze- buerg dréckt sech géint en Zementéiere vum „opt out“ aus,...

»» **M. le Président**.- Madame Loschet- ter, Dir misst esou lues zum Schluss kom- men.

»» **Mme Viviane Loschetter** (*DÉI GRÉNG*), *auteur*.- Jo.

...an eigentlech wëlle mir iwwerhaupt keen „opt out“ méi. Mir denken, datt dat do dee richtege Wee ass, esou wéi de Minister sech souwiso scho permanent hei, an zu Recht, fir e soziaalt an aarbechtsrechtlecht Europa asetzt.

Dat war et, Här President. Dofir bieten ech lech, déi gréng Motioun matzestëmmen an dem Aarbechtsminister eng gutt Ënnerstët- zung den Owend mat op de Wee op Bréis- sel ze ginn.

»» **Une voix**.- Très bien!

»» **M. le Président**.- Ech soen der Ma- dame Loschetter Merci. Als éischte Riedner ass den Här Alexandre Krieps agedroen.

Discussion générale

»» **M. Alexandre Krieps** (*DP*).- Här Pre- sident, ech hale mech haut kuerz, well mir hunn dat do schonn dräimol an der Cham- berskommissioun diskutéiert. De Minister huet och ganz genau gesot, wat seng Posi- tioun ass, quitte dass dat vläicht am Juli net esou kloer war.

Mir gleewen als Demokratesch Partei guer net, dass d'Leit méi wéi 48 Stonnen d'Woch schaffe sollen, a scho guer net, wa se ge- zwonge ginn, dat ze maachen. Mir sinn also do fir e Volontariat. Mir mengen och, dass d'Patronat deene Leit laang am Virus soe misst, wéini se méi laang schaffe mussen. Mir gleewen och, wann d'Aarbechtszäit verlängert gi soll duerch Kollektivvertråg, dass en entsprechende Loun do fir déi Leit eraussprange soll.

Mir hunn eng Schwieregkeet an där Affär vun den Temps-de-garden. Mir gleewen, dass dat nëmme soll honoréiert ginn, wann dat sur le lieu du travail ass, dass et als Aar- bechtszäit gëlle soll. Mir hoffen, dass d'Kol- lektivvertråg dat do regelen.

Wou mer och als Demokratesch Partei e bësse Problemer hunn, dat ass mat där ganz kuerzer Referenzperiod, déi mer hunn. Mir wäre ganz frou, wann d'Referenzperiod op ee Joer géif ausgedehnt ginn, speziell an de Krisenzäiten. Dat géif et d'nächst Joer an dat Joer duerno dem Patronat besser er- laben, hir Programmer ze maachen. Mir ge- sinn dat.

Mir si fir déi Reduktioun vun deem „opt out“. Also, mir stëmmen net fir eng Ausdehnung vun den Aarbechtszäiten. Et kann een aner Saachen hei considéieren. Dat géif haut héchstwahrscheinlech ze laang daueren.

Ech sinn natierlech erstaunt - et ass just a mengem Domän -: An der Medezin sollen déi „opt out“-Regelen net méi respektéiert ginn. Also, mir kënnen da 65 oder 70 Ston- nen d'Woch schaffen. Do fuerderen ech, dass dat och begrenzt gött. Et ass jo am Fong do fortgaangen, wéi Bréissel dat déci- diéiert huet.

Mä ech sinn natierlech nach ëmmer e Prota- gonist vun der Produktivitéit an och vun der Leeschtung. Dofir sinn ech ganz frou. Ech hätt d'Madame Loschetter kennen un e Lidd erënneren. Ech hunn d'lescht Joer oder virun zwee Joer dem Ali Kaes e Gedicht hei vum Heinrich Heine dédiéiert. Ech dédiéie- ren der Madame Loschetter e Lidd, wat 1983 op de Maart komm ass vum Grupp „Geier Sturzflug“. Ech hunn lech scho virun zwee Joer gesot, ech sinn net an engem Kierchehouer gewiescht. Ech sinn am San- gen net esou gutt, mä dat war dat Lidd „Bruttosozialprodukt“. An dat ass populari- séiert gi vum couragéierten Udo Linden- berg. Also, d'nächst Joer an dat Joer duerno hätte mer Intérêt, fir an d'Hänn ze späizen an e bësse méi ze schaffen. Merci.

»» **M. le Président**.- Ech soen dem Här Krieps Merci. Ass nach een, dee wëllt zu där Motioun do d'Wuert ergräifen?

(Négation)

Dat schéngt net de Fall ze sinn.

Da géif ech dem Aarbechtsminister Fran- çois Biltgen d'Wuert ginn.

»» **M. François Biltgen**, *Ministre du Travail et de l'Emploi*.- Ja, ja, jetzt wird wie- der in die Hände gespuckt. Här President, Dir Dammen an Dir Hären, wivill Minutten hunn ech?

»» **M. le Président**.- Fënnef Minutten, Här Minister.

»» **M. François Biltgen**, *Ministre du Travail et de l'Emploi*.- Also, éischtens sinn ech frou, dass mer hei an engem Parlament der Meenung sinn, dass d'48-Stonne-Woch de Prinzip soll sinn an dass et och eigent- lech keng Exceptioun zu deem Prinzip soll ginn. Well wann een d'48-Stonne-Woch uwennt, wéi se schonn an der 93er Direktiv ass, da kann een elo scho ganz vill Iwwer- stonne maachen. Esou dass d'48-Stonne- Woch eng Moyenne ass op eng Referenz- period.

Duerfir soen ech nach eng Kéier ganz dait- lech, wat ech och schonn ëmmer erëm bei all menge Rieden am Europäesche Conseil soen, dass ech prinzipiell am Numm vun der Lëtzebuerger Regierung d'Meenung hunn, dass den „opt out“ eng aarbechts- rechtlech Hérésie ass an dass een déi net soll hunn.

Punkt ass, an do gött d'Diskussioun elo e bësse méi quokeleg, et ass net, dass mer driwwer diskutéieren, fir en „opt out“ anze- féieren, well en „opt out“ gött et. An et gött en zimlech onbegrenzt an der 93er Direktiv. Déi Direktiv huet deemools der Kommis- sioun den Optrag ginn, fir zéng Joer drop Consultatiounen ze féieren, wat geschitt ass an an engem Rapport virzeschloen, wat géif mat deem „opt out“ geschéien.

D'Kommissioun huet dunn 2004 eng nei Proposition-Direktiv eraginn, wou se gesot huet: Mir wëllen den „opt out“ net ofschaffen, mir wëllen den „opt out“ méi aschränken. A wa virdrun zu Recht geschwat ginn ass vun der Codécisioun zwëschent dem Europa- parlament an dem Conseil des Ministres, dee ganz wichteg ass, dierf ee just an dë- sem Spill net d'Kommissioun vergiessen.

Well am Europäesche Parlament ass dat aneschters wéi hei. Wann d'Regierung eng Propos mécht, kann d'Chamber ëmmer nach alles aneschters maache mat enger Majoritéit. An europäesche Gefilde geet dat net. Wann d'Kommissioun en Amendement vum Europaparlament zum Beispill net iwwerhëlt, da muss de Conseil e mat Unanimi- téit, wann hie wëllt deen Amendement hue- len, stëmmen. Esou dass d'Kommissioun ëmmer um laangen Hiewel ass.

Dat bréngt dann och mat sech, dass mer muer nach net wëssen, wat geschitt, well mer nach net wëssen, wéi de Vote ausgeet. Dee gött nämlech net haut, wéi ech gehofft hat, geholl, mä e gött muer geholl. Esou dass dann de Conseil des Ministres relativ séier muss do decidéieren.

Do gött et zwou Grondhypothesen. Déi éischt Grondhypothese, den Amendement 16, dat ass den „facing out“ vum „opt out“, wéi d'Madame Loschetter hei richtig gesot huet. E gött ugeholl vum Europaparlament. E brauch dofir 393 Stëmmen. Gött en uge- holl, kéint et drop un, wat d'Kommissioun seet. Seet d'Kommissioun: Ech sinn d'ac- cord, da kann de Conseil dat mat Majorité qualifiée - déi mer bis ewell awer net haten; dat wëll ech och all deene soen, déi fir de soziale Camp sinn - unhuelen. Seet d'Kom- missioun Neen, da gött et Unanimitéit. An do soen ech lech direkt, dass d'Fro net kënnt.

Duerfir ass et fir mech ganz kloer. Ech wid- derhuelen dat. Ech sinn der Meenung, den „opt out“ soll fort. Mä wat ass, wa mer den „opt out“ net fort kréien? Da sinn ech der Meenung - an do si Passagen an de Consi- déranten an der Motioun, déi ech net kann esou akzeptéieren -, dass nach ëmmer e Kompromëss besser ass wéi dat, wat mer an der 93er Direktiv hunn.

Duerfir hunn ech och den 9. Juni dee Kom- promëss matgestëmmt. Éischtens well e ge- bonne war un d'Interimsdirektiv, déi elo vum Europaparlament definitiv ugeholl ass, wat e grouse Fortschrëtt ass fir d'soziaalt Eu- ropa. Zweetens hunn ech de Kompromëss awer och ugeholl, well ech gesot hunn, dat, wat mer ofgemaach hu fir den „opt out“ anzëngen, ass nach ëmmer besser wéi elo, wou en net agëenkt ass.

Zum Beispill kann am éischte Joer net ën- nerschrifwe ginn. Schlëit den Här Cercas vir, fir op sechs Méint erfrozegeen, wär ech direkt d'accord, wa mer do eng Majoritéit kréien.

Et ass och esou, dass d'Referenzperiod vun zwielef Méint net géif ziele fir déi, déi den „opt out“ hunn, wat och scho wichteg wär.

Déi Limite vu 60, 65 Stonnen, déi mer uge- holl hunn, wou jo vill de Geck dermat ge- maach gött: Woufir hu mer déi ugeholl?

Majo, wa mer keng Limite draschreiw beim „opt out“, dann ass et wéi elo, da sinn et 78 Stonnen. Dat ass de Punkt.

60/65, dat war och zum Deel - fir op dem Här Krieps seng Fuerderung anzegoen - 65 nëmmen dann, wann effektiv den Temps de garde matgezielt gött als Aarbechtszäit, wat d'Sima-Jaeger-Jurisprudenz seet. Mä ech hunn elo keng Zäit, op déi weider anze- goen.

Also, ech hu mat där Motioun folgend Pro- blemer. Ech kann net akzeptéieren, dass d'Chamber seet: «estimant que l'accord du Conseil des Ministres du Travail du 9 juin 2008 sur la directive révisée sur le temps de travail est décevant». An ech kann net deen anere Considérant unhuelen: «partageant l'avis de la Confédération européenne des syndicats (CES) qui affirme que le niveau global de protection des employés euro- péens serait considérablement atténué par rapport à la directive actuelle si la directive sur le temps de travail était révisée sur base de l'accord du Conseil».

Ech deelen déi doten Aussoen net. An duer- fir hunn ech och Schwieregkeeten, fir déi Motioun hei unzehuelen.

Fir de Rescht brauch ech mech och ken- gem aneren ze ralliéieren; do sinn nämlech nach aner Länner, déi de camp social sinn. Ech hunn et oft genuch gesot, ech si selbst- verständlech d'accord fir nach eng Kéier ze soen, dass ech géint den „opt out“ sinn, dass ech fir den „facing out“ sinn.

Mä Dir musst mer awer zougestoen, dass ech am Numm vun der Lëtzebuerger Regie- rung, wa mer do keng Majoritéit oder Unani- mitéit géife fannen - dat hänkt also vill elo vun de Prozeduren of, wat geschitt -, dass et awer dann - well wann den Här Cercas guer keng Majoritéit op deem Amendement kritt, da komme mer iwwerhaupt net méi derzou fir iwwert den „facing out“ ze disku- téieren - d'Aufgab vun engem Lëtzebuerger Aarbechtsminister ass, fir hei esou no wéi méiglech un dat ze kommen, wat mer gären hätten, nämlech dass den „opt out“ wirk- lech d'Exceptioun vun der Exceptioun ass an net eng nei prinzipiell Regel.

»» **Plusieurs voix**.- Très bien!

»» **M. le Président**.- Ech soen dem Här Aarbechtsminister François Biltgen Merci. Wëllt d'Madame Loschetter nach eppes do- zou soen?

(Négation)

Kënne mer dann zum Vote iwwert d'Motioun iwwergoen?

(Assentiment)

Kënne mer par main levée stëmmen?

(Négation)

De Vote électronique gött verlaangt.

Vote

D'Motioun ass verworf mat 39 Nee-Stëm- men, bei 17 Jo-Stëmmen a 4 Enthaltungen.

*Ont voté oui: MM. Eugène Berger, Xavier Bettel, Mme Anne Brasseur, M. Fernand Et- gen, Mme Colette Flesch (par M. Xavier Bet- tel), MM. Charles Goerens, Paul Helming- er, Alexandre Krieps, Claude Meisch et Carlo Wagner;*

*MM. Claude Adam, François Bausch, Félix Braz, Camille Gira, Jean Huss, Henri Kox et Mme Viviane Loschetter.*

*Ont voté non: Mmes Sylvie Andrich-Duval, Nancy Arendt (par M. Lucien Clement), M. Lucien Clement, Mmes Christine Doerner, Marie-Josée Frank, Marie-Thérèse Ganten- bein-Koullen, MM. Marcel Glesener, Norbert Haupt, Mme Françoise Hetto-Gaasch (par Mme Christine Doerner), MM. Ali Kaes, Paul-Henri Meyers, Laurent Mosar, Marcel Oberweis, Gilles Roth, Patrick Santer, Mar- cel Sauber (par Mme Sylvie Andrich-Duval), Jean-Paul Schaaf, Marco Schank, Marc Spautz, Mme Martine Stein-Mergen, MM. Fred Sunnen (par M. Lucien Thiel), Lucien Thiel, Lucien Weiler et Michel Wolter (par M. Paul-Henri Meyers);*

*MM. Marc Angel (par Mme Claudia Dall'Agnol), Alex Bodry, John Castegnaro, Mme Claudia Dall'Agnol, M. Fernand Diederich, Mme Lydie Err, MM. Ben Fayot, Jean- Pierre Klein, Mme Lydia Mutsch (par M. John Castegnaro), MM. Roger Negri, Jos Scheuer, Romain Schneider (par M. Alex Bodry), Roland Schreiner et Mme Vera Spautz;*

*M. Aly Jaerling.*

*Se sont abstenus: MM. Gast Gibéryen, Jacques-Yves Henckes, Jean-Pierre Koepp et Robert Mehlen.*

Dir Dammen an Dir Hären, mir sinn domat um Schluss vun eiser Sitzung ukomm. Muer de Moie kënnt d'Chamber erëm um néng Auer zesummen.

D'Sitzung ass opgehuewen.

(Fin de la séance publique à 18.36 heures)



Présidence: M. Lucien Weiler, Président  
M. Jos Scheuer, Vice-Président; M. Laurent Mosar, Vice Président

Sommaire

1. 5870 - Projet de loi portant création de l'Administration des Services médicaux du Secteur public
  - Rapport de la Commission de la Fonction publique et de la Réforme administrative, des Media et des Communications: M. Paul-Henri Meyers
  - Discussion générale: M. Fernand Etgen, M. Roland Schreiner, M. Claude Adam, M. Gast Gibéryen, M. Claude Wiseler, Ministre de la Fonction publique et de la Réforme administrative
2. 5889 Projet de loi modifiant et complétant
  - a) la loi modifiée du 16 avril 1979 fixant le statut général des fonctionnaires de l'État
  - b) la loi modifiée du 22 juin 1963 fixant le régime des traitements des fonctionnaires de l'État
  - c) la loi du 14 novembre 1991 fixant les conditions et les modalités de l'accès du fonctionnaire à une carrière supérieure à la sienne
  - d) la loi modifiée du 27 mars 1986 fixant les conditions et les modalités selon lesquelles le fonctionnaire de l'État peut se faire changer d'administration
  - e) la loi modifiée du 23 juillet 1952 concernant l'organisation militaire
  - f) la loi du 21 décembre 2007 modifiant la loi modifiée du 23 juillet 1952 concernant l'organisation militaire
  - Rapport de la Commission de la Fonction publique et de la Réforme administrative, des Media et des Communications: M. Paul-Henri Meyers
  - Discussion générale: M. Fernand Etgen, M. Jean-Pierre Klein, M. Claude Adam, M. Gast Gibéryen, M. Aly Jaerling, M. Claude Wiseler, Ministre de la Fonction publique et de la Réforme administrative
  - Vote sur l'ensemble du projet de loi et dispense du second vote constitutionnel
3. 5870 - Projet de loi portant création de l'Administration des Services médicaux du Secteur public (suite)
  - Vote sur l'ensemble du projet de loi et dispense du second vote constitutionnel
4. 5911 - Projet de loi relatif à la construction du Pavillon luxembourgeois pour l'Exposition universelle 2010 à Schanghai
  - Rapport de la Commission des Travaux publics: M. Lucien Clement
  - Discussion générale: M. Marcel Oberweis, M. Fernand Etgen, M. Roland Schreiner, M. Robert Mehlen, M. Claude Wiseler, Ministre des Travaux publics
  - Vote sur l'ensemble du projet de loi et dispense du second vote constitutionnel
5. 5757 - Projet de loi ayant pour objet la coopération interadministrative et judiciaire et le renforcement des moyens de l'Administration des Contributions directes, de l'Administration de l'Enregistrement et des Domaines et de l'Administration des Douanes et Accises et portant modification de
  - la loi modifiée du 12 février 1979 concernant la taxe sur la valeur ajoutée;
  - la loi générale des impôts („Abgabenordnung“);
  - la loi modifiée du 17 avril 1964 portant réorganisation de l'Administration des Contributions directes;
  - la loi modifiée du 20 mars 1970 portant réorganisation de l'Administration de l'Enregistrement et des Domaines;
  - la loi modifiée du 27 novembre 1933 concernant le recouvrement des contributions directes et des cotisations d'assurance sociale
  - Rapport de la Commission des Finances et du Budget: M. Lucien Clement en remplacement de M. Norbert Hauptert
  - Discussion générale: M. Fernand Etgen, M. Ben Fayot, M. Luc Frieden, Ministre du Trésor et du Budget, M. Charles Goerens
  - Vote sur l'ensemble du projet de loi et dispense du second vote constitutionnel

6. 5902 - Projet de loi
  - approuvant la participation du Grand-Duché de Luxembourg à la 15<sup>e</sup> reconstitution des ressources de l'Association internationale de développement
  - approuvant l'amendement des Statuts du Fonds monétaire international en faveur d'une extension de l'autorité d'investissement du Fonds
  - approuvant l'amendement des Statuts du Fonds monétaire international modifiant la structure des quotes-parts et renforçant la représentation des pays à faible revenu, et autorisant le Gouvernement à prendre les mesures nécessaires à l'augmentation de la quote-part du Luxembourg au Fonds monétaire international
  - Rapport de la Commission des Finances et du Budget: M. Laurent Mosar
  - Vote sur l'ensemble du projet de loi et dispense du second vote constitutionnel
7. 5768 - Projet de loi portant approbation de la Convention en matière de sécurité sociale entre le Grand-Duché de Luxembourg et la République de Macédoine, faite à Luxembourg, le 28 novembre 2006
  - Rapport de la Commission de la Santé et de la Sécurité sociale: M. Romain Schneider
8. 5885 - Projet de loi portant approbation de la Convention entre le Grand-Duché de Luxembourg et le Monténégro en matière de sécurité sociale
  - Rapport de la Commission de la Santé et de la Sécurité sociale: M. Romain Schneider
9. 5768 - Projet de loi portant approbation de la Convention en matière de sécurité sociale entre le Grand-Duché de Luxembourg et la République de Macédoine, faite à Luxembourg, le 28 novembre 2006 (suite)  
5885 - Projet de loi portant approbation de la Convention entre le Grand-Duché de Luxembourg et le Monténégro en matière de sécurité sociale (suite)
  - Votes sur l'ensemble des projets de loi et dispenses du second vote constitutionnel
10. 5941 - Projet de loi portant ajustement des pensions et rentes accident au niveau de vie 2007  
5839 - Projet de loi modifiant
  - 1. la loi modifiée du 28 juillet 2000 ayant pour objet la coordination des régimes légaux de pension;
  - 2. le Code de la Sécurité sociale;
  - 3. la loi modifiée du 26 mai 1954 réglant les pensions des fonctionnaires de l'État;
  - 4. la loi modifiée du 27 août 1977 concernant le statut des fonctionnaires entrés au service d'Institutions internationales;
  - 5. la loi modifiée du 3 août 1998 instituant des régimes de pension spéciaux pour les fonctionnaires de l'État et des communes ainsi que pour les agents de la Société nationale des Chemins de Fer luxembourgeois;
  - 6. la loi du 23 décembre 1998 relative au statut monétaire et à la Banque centrale du Luxembourg
  - Rapports de la Commission de la Santé et de la Sécurité sociale: M. Romain Schneider
  - Discussion générale: M. Marc Spautz, M. Félix Braz (à qui répond M. le Ministre Mars Di Bartolomeo et qui répond à M. Aly Jaerling), M. Aly Jaerling, M. Paul-Henri Meyers
- Au banc du Gouvernement se trouvent: MM. Luc Frieden, Mars Di Bartolomeo et Claude Wiseler, Ministres.
- (Début de la séance publique à 9.00 heures)

» M. le Président.- D'Sitzung ass op.  
Här Minister Wiseler, huet d'Regierung der Chamber iergendeppes matzedeelelen?

» M. Claude Wiseler, Ministre de la Fonction publique et de la Réforme administrative.- Neen, Här President.

» M. le Président.- Dann ass et gutt.  
Da komme mer zum éischte Punkt un eisem Ordre du jour vun haut de Moien. Dat ass d'Diskussioun iwwert de Projet de loi 5870 iwwert d'Schafung vun enger Administration des Services médicaux du secteur public. D'Wuert huet direkt de Rapporteur, den honorabelen Här Paul-Henri Meyers. Här Meyers, wann ech gelift.

1. 5870 - Projet de loi portant création de l'Administration des Services médicaux du Secteur public

Rapport de la Commission de la Fonction publique et de la Réforme administrative, des Media et des Communications

» M. Paul-Henri Meyers (CSV), rapporteur.- Här President, Dir Dammen an Dir

Hären, de Projet 5870 gouf den 29. Abrëll 2008 hei an der Chamber deponéiert vum Minister vun der Fonction publique. D'Zil vum Projet ass et, fir d'gesetzlech Basis ze schafe fir eng nei Verwaltung am Zesammenhang mat de medezinesche Servicer vum öffentleche Secteur.

D'Fonctioun vum Kontrolldokter besteet zënter dem Gesetz vum 19. Mee 2003, dat den Artikel 32 vum Gesetz iwwert de Statut vum Statsbeamten ofgeännert huet. Zënter 2003 goufen och véier Doktere beim Stat agestellt, fir déi medezinesch Kontrolle virzehuelen. Fir d'Onofhängegkeet am Hëlleck op déi medezinesch Ënnersichungen ze garantéieren, schléit d'Regierung elo vir, fir eng eegestänneg Verwaltung ze schafe vun deene medezinesche Servicer.

De Statsrot huet déi Virgoensweis schaarf kritiséiert. De Statsrot ass der Meenung, dass dat eng Mini-Verwaltung wär, déi besser opgehewe wär an der Administration du personnel de l'État. D'Kommissioun vun der Fonction publique war awer därselwechter Meenung wéi d'Regierung an ass dofir net mat op de Wee gaangen, deen de Statsrot virgeschloen huet, fir déi medezinesch Servicer am Déngscht vun den Administrations du personnel de l'État ënnerzebréngen.

Mir waren éischter der Meenung vun der Regierung, dass déi Verwaltung eegestän-

neg, selbststänneg muss schaffen an dass se net ënnert der Hierarchie vun engem anere Verwaltungschef ka stoen, och net déi direkt Hierarchie vum Minister, obschonn et eng Verwaltung vun deem zoustänneg Ministère bleift.

Här President, Dir Dammen an Dir Hären, den Text vun deem virleiende Projet enthält am Verglach zu anere Gesetzter, déi nei Verwaltungen schafen, näischt Aussergewöhnlech. Ech wäert duerfir och net an den Detail vun deenen eenzelnen Artikelen agoen. Ech wëll just zwou Remarquen, déi de Statsrot och gemaach huet am Hëlleck op d'Artikele 6 an 13, e bësse méi genee analyséieren.

Am Artikel 6 huet de Regierungstext virgesinn, dass d'Doktere vun där neier Verwaltung agestellt géife ginn no enger Épreuve-concours sur titre. De Statsrot war net mat deem Text d'accord. Den Text géif géint de Gläichheetsprinzip vum Artikel 10bis vun der Verfassung verstoussen, well an allen anere Verwaltungen, wou Dokteren agestellt ginn, déi Astellung géif geschéien opgrond vun engem Examen sur épreuve. Dofir huet och d'Kommissioun vun der Fonction publique sech der Opfaassung vun Statsrot ugeschloss an deen entspreechenden Text ass am Projet de loi gestrach ginn.

Am Artikel 13 hat d'Regierung virgeschloen, fir dass déi Dokteren, déi virum Joer 2005

ënnert dem Regime vum Employé de l'État agestellt goufen, net vun de Bestëmmunge vum Gesetz vum 9. Dezember 2005 betraff waren. Dat heescht, d'Gesetz iwwert déi sougenannt Fonction dirigeante, dat eng zäitweilig begrenzt Nominatioun vun den héijere Beamte virgesäit, wär net op déi Dokteren ze applizéiere gewiescht.

Och do huet de Statsrot kritiséiert an hien huet gesot, dass déi Dokteren eigentlech Fonctionnaire si ginn nom Akraafttriiede vum Gesetz vum 2005. Esou dass se en connaissance de cause woussten, a wéi eng juristesche Situatioun dass se géifen erakommen, dass also déi Bestëmmungen, déi an deem Gesetz iwwert d'Fonction dirigeante fir aner Beamten drastinn, net op si ze applizéiere wären.

Mat där Ausnahmebestëmmung war also de Statsrot net averstanen, an déi zoustänneg Kommissioun huet sech och, wat den Artikel 13 ugeet, deen dat virgesinn huet, der Meenung vun Statsrot ugeschloss an och do am Artikel 13, Paragraph 1 an 2 dee leschte Saz, deen déi Ausnahmebestëmmung virgesinn huet, gestrach.

Här President, Dir Dammen an Dir Hären, d'Kommissioun schléit eestëmmeg der



Chamber vir, den Text an där ofgeännrter Form ze stëmmen. Ech kann lech och hei nëmme roden, den Text esou ze stëmme mat deenen Amendementer, wéi d'Kommis-sioun et festgehalen huet. Ech kann lech och elo scho soen, dass d'CSV deen och esou wäert stëmmen.

» **Plusieurs voix.** - Très bien!

» **M. le Président.** - Merci, Här Meyers. Den honorabelen Här Etgen ass den éischte Riedner.

Discussion générale

» **M. Fernand Etgen (DP).** - Här Presi-dent, Dir Dammen an Dir Hären, mat dësem Gesetz schafe mer eng Mini-Administra-tioun ouni Direkter. An där heiteger Zäit kënnt der Aarbechtsmedezin awer och der Kontrollfunktoun eng ëmmer méi grouss Bedeitung zou, an dat och am öffentlechen Déngscht. Dës medezinesch Servicer sinn de Moment an der Regierungsverwaltung ugesiedelt. Et muss ee sech froen, ob d'Kreatioun vun enger Mini-Verwaltung eng gutt administrativ Approche ass.

De Rapporteur Paul-Henri Meyers, deem ech dann ausdrécklech fir säi prezisen a kloer formuléierte schrëftleche wéi och mëndleche Rapport wëll félicitéieren, huet d'Beweggrënn vun der Regierung, fir op dee proposéierte Wee ze goen, duerge-luecht. Wann ee seet, datt d'Aarbecht vun dësem Service doranner besteet, fir de Suivi médical vun de Statsbeamten ze maachen, schéngt et mir och allichtend ze sinn, datt dës Missioun vu Statsbeamte soll gemaach ginn.

Doriwwer eraus ass vun 2006 un dëse Ser-vice och zoustänneg fir d'Gemegebeamten. Déi Kontrolldokteren, déi vun der vireg-ter Regierung agestallt goufen, haten och an Aussicht gestallt kritt, datt se de Statut vum Fonctionnaire kréichen, soubal d'Ka-dergesetz iwwer eng Administratioun do wier. Ee Verspriechen, wat also mat dësem Gesetz ageléist gëtt.

Här President, wéinst der helleger Obliga-tioun vun der Onofhängegkeet vun den Dokteren, awer och wéinst der Vertraulech-keet vun de medezineschen Donnéeën ass d'Demokratesch Partei mat dëser Minizell am öffentlechen Déngscht averstanen an ech wëll den Accord vun der Demokrate-scher Partei zu dësem Projet ginn.

Merci.

» **Une voix.** - Très bien!

» **M. le Président.** - Merci, Här Etgen. Här Schreiner, wann ech glift.

» **M. Roland Schreiner (LSAP).** - Merci, Här President. Léif Kolleginnen a Kolleegeen, fir d'alleréischte emol en härez-leche Merci dem Kolleeg Paul-Henri Meyers fir säi schrëftlechen a mëndleche Rapport, dee selbstverständlech, esou wéi hien och hei en eindringlechen Appel gemaach huet un déi verschidde Fraktiounen, och d'Zoustëmmung vun der LSAP-Fraktioun wäert fannen.

De Rapporteur huet och eigentlech alles zu dësem Projet de loi gesot. Ech wëll awer kuerz op e puer Aspekter agoen, déi eis trotzdeem wichteg erschéngen. Ech men-gen, dass dat heiten e ganz wichtegt Ge-setz ass fir den öffentleche Secteur, well och an deem Beräich d'Gesondheet op der Aar-bechtsplaz e ganz bedeitende Stellewäert huet an d'Qualitéit vun der Déngschtleesch-tung, déi am Service public geescht gëtt am Intérêt vun eise Bierger, och dovun ofhängeg ass. Ech mengen, dass et sech als noutwendeg erweisen huet, opgrond vun den Erfahrungen, déi zënter der Kreatioun vun engem Service médical am Secteur pu-blic am Joer 2003 gemaach goufen, d'Or-ganisatioun ronderëm d'Aarbechts- an d'Kontrollmedezin awer méi kloer ze struk-turéieren. Eng eegen Administratioun er-laabt et ganz einfach, eng fix a vill méi onofhängeg Struktur ze schafen, déi direkt dem Minister dann ënnerstallt ass.

Et ass just dës Onofhängegkeet - et ass schonn hei gesot ginn -, déi muss ervirge-strach ginn an déi fir esou eng medezi-nesch Struktur absolut wichteg ass. D'Onofhängegkeet ass absolut noutwen-deg, notamment am Hibleck op d'Confiden-

tialitéit och vun de Gesondheetsdaten, déi zu deene sensibelste Kategorië vun Date gehéieren, déi mer hunn. Et ass och dem Législateur seng Pflicht a Schëllegkeet, alles drunzesetzen, dës Daten esou gutt wéi méiglech virun onerlaabtem Zougrëff ze schützen. E Rattachement un eng aner Ad-ministratioun hätt dës Onofhängegkeet sé-cher net kënnen an deem Mooss garantéie-ren.

De Statsrot huet sech jo gefrot, ob et nout-wendeg wier, eng eege Mini-Administra-tioun ze schafen, wou souwisou nëmmen e puer Leit dra wieren. Mir sinn der Meinung, dass et net d'Zuel vun de Leit soll sinn, déi ausschlaggebend ass, fir ze décidéieren, ob eng eegen Administratioun soll geschaf ginn oder net, mä éischter d'Bedeitung an d'Aufgab, déi se ze erfëllen huet. An déi ass souwuel fir d'Aarbechtsmedezin wéi fir d'Kontrollmedezin enorm, an hir Aktivitéite si wäit gefächert.

Ech hunn emol eng Kéier e Bléck an de Rapport d'activité vum Joer 2007 vum Ser-vice médical geworf. Do gesäit ee ganz daitlech, dass d'Unzuel vun den Aufgaben a vun den Interventiounen an deene leschte Jore kontinuéierlech eropgaangen ass. Esou sinn zum Beispill d'Examens médi-caux d'embauche vun 1.458 op 1.719 gek-lomme vun 2006 op 2007. Och déi preven-tiv medezinesch Kontrolle si vu 67 op 136 an d'Luucht gaangen. Och wat d'perio-desch Kontrollen ugeet vun deene Leit, déi op Postes à risque schaffen, esou sinn do 317 Leit examinéiert ginn, par rapport zu nach nëmmen 90 am Joer 2006.

Et gesäit een also, dass d'Aarbechtsme-dezin och am Secteur public ëmmer méi u Bedeitung gewënnt, an datselwecht géllt och fir d'Kontrollmedezin, déi jo och eng wuessend Evolutioun matmécht. 2007 ass d'Zuel vun de Kontrollen ëm 12% par rap-port zu 2006 geklommen, eleng ëm 24% wat d'Krankeschäiner ugeet. A vun 2004 op 2007 ass et insgesamt eng Steigerung ëm 51%.

Et soll een awer och betounen, dass de Kontrolldokter net nëmmen eng repressiv Missioun ze erfëllen huet, mä virun allem och eng wichteg sozial Aufgab ze erfëllen huet. Hie gëtt ganz oft konfrontéiert mat fa-miliären, sozialen oder och beruffleche Pro-blemer, déi an direkter Relatioun mat der Krankheet vum Agent sinn, a seng Missioun erlaabt et him ganz oft, an dëse Konfliktsi-tuatiounen ze hëllefen an ze beroden. Do kann dann och, ënner Ëmstänn, de Lien mat der Aarbechtsmedezin erëm eng Kéier ge-maach ginn, doduerch, dass de Beamten eventuell Accés ka kréien zu engem Posten, dee besser op säi Krankheitsbild, wat hien dann eventuell huet, adaptéiert ass.

Dofir ass et och wichteg, dass dëse Geset-zesprojet et erlaabt, d'Dokteren, wat de Mo-ment der jo véier sinn, mat dem néidege Personal ze encadréieren, ze assistéieren an och ze complémentéiere mat Infirmieren, deem néidege Personal am Sekretariat, an och Psychologen, well d'Fäll, mat deenen d'Dokteren ze dinn hunn, net onbedéngt nëmme méi medezinescher Natur sinn, mä ganz oft, an och ëmmer méi heefeg psycho-logescher Natur sinn.

Voilà, Här President, dat sinn déi puer Re-marquen, déi ech maache wollt. Fir de Rescht, mengen ech, huet de Rapporteur Paul-Henri Meyers, dem ech nach eng Kéier wëll Merci soen, alles gesot. Et ass e wich-tegt Gesetz, fir d'Qualitéit vun der Aar-bechts- a Kontrollmedezin am Secteur pu-blic ze verbessern, an dofir gëtt et och selbstverständlech vun der LSAP ën-nerstëtzt.

Ech soen lech Merci.

» **M. le Président.** - Merci, Här Schrei-ner. Den honorabelen Här Adam huet elo d'Wuert.

» **M. Claude Adam (DÉI GRÉNG).** - Merci, Här President. Ech wëll just vun der Geleeënheet profitéieren, fir dem honora-bele Rapporteur, dem Här Paul-Henri Meyers, Merci ze soe fir säi schrëftlechen a fir säi mëndleche Rapport.

Hien huet net nëmmen den Inhalt vum Ge-setz gutt ëmrass, mä hien huet och gutt erkläert, firwat dass mer op verschidde Punkte vum Statsrot agaange sinn an op anerer net, an ech wëll den Accord vun der grënger Fraktioun zu dësem Gesetz brén-gen.

» **M. le Président.** - Merci, Här Adam. Den Här Gibéryen huet d'Wuert.

» **M. Gast Gibéryen (ADR).** - Merci, Här President. Ech wëll och dem Kolleeg Rap-porteur Merci soe fir säi gudder Rapport. Ech mengen, et ass alles gesot, an ech bréngen och domadder d'Zoustëmmung vun eisem Grupp.

» **M. le Président.** - Den Här Minister Wiseler huet elo d'Wuert.

» **M. Claude Wiseler, Ministre de la Fonction publique et de la Réforme admi-nistrative.** - Ech wollt dem Rapporteur an och all de Fraktiounen Merci soe fir déi grouss Ënnerstëtzung fir dat Gesetz.

» **M. le Président.** - Dir Dammen an Dir Hären, mir kommen dann zum nächste Punkt vun eisem Ordre du jour. De Vote iw-wert dëse Projet fënnt spéider statt. Den nächste Punkt ass d'Diskussioun vum Projet 5889, eng Ofännerung vum Statsbeamte-statut. D'Wuert huet och hei de Rapporteur, den honorabelen Här Meyers.



2. 5889 Projet de loi modi-fiant et complétant

a) la loi modifiée du 16 avril 1979 fixant le statut général des fonctionnaires de l'État

b) la loi modifiée du 22 juin 1963 fixant le régime des trai-tements des fonctionnaires de l'État

c) la loi du 14 novembre 1991 fixant les conditions et les mo-dalités de l'accès du fonction-naire à une carrière supé-rieure à la sienne

d) la loi modifiée du 27 mars 1986 fixant les conditions et les modalités selon lesquelles le fonctionnaire de l'État peut se faire changer d'administra-tion

e) la loi modifiée du 23 juillet 1952 concernant l'organisa-tion militaire

f) la loi du 21 décembre 2007 modifiant la loi modifiée du 23 juillet 1952 concernant l'orga-nisation militaire

Rapport de la Commission de la Fonc-tion publique et de la Réforme adminis-trative, des Media et des Communica-tions

» **M. Paul-Henri Meyers (CSV), rap-porteur.** - Här President, Dir Dammen an Dir Hären, de Projet 5889 ass de 4. Juni 2008 an der Chamber deponéiert gi vun dem zoustänneg Minister vun der Fonction pu-blique. De Projet huet als Zil, net manner wéi sechs verschidde Gesetzer ofzeänneren. Fir de mëndleche Rapport op eng ee-negermoosse verständlech Manéier virze-droen, wëll ech kuerz op déi eenzel Ofänner-ungen, Text fir Text, agoen.

Dat éischt Gesetz, wat geännert gëtt, ass d'Gesetz vum 16. Abrëll 1979 iwwert de Beamtestatut. Geännert ginn d'Artikelen 2 an 28. Am Artikel 2 iwwert d'Astellung vun de Statsbeamten, déi als Experte betruecht ginn, ginn d'Texter präziséiert. D'Astellung vun deene sougenannten Experten ass am Gesetz vum 19. Mee 2003 virgesinn. Dat hat d'Astellung virgesinn, ouni awer déi néideg Avancementer ze präziséieren, esou wéi déi Leit och géifen an der Statsbeamtecarrière evoluéieren. Déi Detailler ginn elo an deem heiten Text festgeluecht, an ech verweisen do op de schrëftleche Rapport an op den Text selwer, ouni do op all Finessé vun den Avancementer an enger Carrière wëllen an-zegoen.

Deen zweeten Artikel, dee geännert gëtt, ass den Artikel 28, dee gëtt compléiert. Hie betrëfft d'Schafung vun deem souge-nannte Congé de formation. Am Privatsec-teur ass de Congé de formation geschafe ginn duerch d'Gesetz vum 24. Oktober 2007. De Statsrot hat d'Dispens vun deem Text net ginn, well dee Moment de Projet iw-wert de Congé de formation am öffentleche Secteur, souwuel beim Stat wéi och bei de Gemengen, nach net virgeleeën huet. Deen Text huet also zweemol misse vun der Chamber gestëmmt ginn, well do de Stats-rot net d'accord war an dat als eng On-gläichheet ugesinn huet, dass de Congé de formation am Privatsektor geschafe géif ginn an net am öffentleche Secteur.

Dir Dammen an Dir Hären, dat geschitt elo mat deem heite Projet. De Congé de forma-tion, deen 80 Deeg ausmécht, iwwert d'ganz Carrière verdeelt, enthält awer och déi 30 Deeg Congé, déi elo schonn am Arti-kel 22, Paragraphe 6.1 vun dem Gehälter-gesetz vun 1963 virgesi ginn. Am Geme-neseckter gëtt de Congé de formation ge-

schafen duerch de Projet de loi 5893. Dee Projet ass vum Statsrot aviséiert, d'Kommis-sioun huet sech domat befaasst, an ech géif mengen, dass och dee Projet no de Feier-deeg an d'Chamber ka kommen an ofge-stëmmt ka ginn.

Dat zweet Gesetz, wat geännert gëtt, ass d'Gehältergesetz vum 22. Juni 1963. Dëst Gesetz gëtt op zwee Punkte geännert. Den Artikel 6bis gëtt compléiert, fir ze erlaben, dass ee Beamten, deen aus dem öffentle-chen Déngscht fortgeet an nees erëmkënn't fir nei agestallt ze ginn, ee Supplément per-sonnel de traitement ka kréien, fir ze verhën-neren, dass hien no der Neiaustellung man-ner verdéngt wéi zu deem Zäitpunkt, wou hien den öffentlechen Déngscht verlooss huet.

Deen zweeten Artikel, deen am Gesetz vun 1963 geännert gëtt, ass den Artikel 9, dee betrëfft d'Allocation de famille, net ze ver-wiessele mam Kannergeld. Dat hei ass ee Supplément de traitement am Kader vun dem öffentlechen Déngscht. No de Bestëm-mungen, déi elo a Kraaft sinn, kënnen zwou Persounen aus deemselwechte Stot, sief et, dass se bestuet sinn oder duerch e Partene-riat verbonne sinn, déi allen zwee am öf-fentlechen Déngscht schaffen, nëmmen d'Halschent vun där héchstméiglecher Allo-cation de famille kréien.

Den Auteurë vum Text no, an ech mengen, dass dat och richteg ass, wär dat net ge-recht. Well wann eng Persoun eleng, déi be-stuet ass oder déi an engem Partenariat dran ass, beim Stat schafft, kritt se déi ganz Allocation de famille. Am Verglach zu där Persoun besteet also fir déi zwee Leit, déi hallef Deeg oder deelweis schaffen, eng Ongerechtegkeet. Dofir gëtt deen Text elo geännert an et gëtt d'Méiglechkeet gescha-fen, dass an engem Stot, wou zwee Partner jiddwereen hallef schafft, deen Text vir-gesäit, dass eng ganz Allocation de famille ka bezuelt ginn.

Een drëtten Text, dee geännert gëtt, ass d'Gesetz vum 14. November 1991, dat d'Bestëmmunge festleet fir d'Beamten, déi d'Carrière changéieren. Do gëtt den Artikel 6 geännert.

De Beamten, deen d'Carrière changéiert, gëtt an där neier Carrière esou agestuuft, dass en néischt vu sengem Gehalt, wat e virdrun hat, verléiert, well jee nodeem wéi déi Astufung wär, misst en ënnen an der Carrière erëm ufänken an e kéim domat schlecht ewech. Dat wier keng Incitatioun fir wierklech d'Carrière ze changéieren; gëtt also och an deem heiten Text geännert.

Ee véiert Gesetz, wat geännert gëtt, ass d'Gesetz vum 27. Mäerz 1986, dat d'Bestëmmunge festleet, no deenen ee Beamte vun enger Verwaltung an eng aner Verwaltung ka wiesselen.

Bei deem Wiessel gëtt de Beamten, deen d'Verwaltung wiesselt, wat säi Rang ugeet, an där neier Verwaltung un ee sougenann-ten Agent de référence festgebonden. Dat heescht, en avancéiert an där neier Verwal-tung an deemselwechte Mooss wéi och déi Persoun, un déi en ugebonden ass, avan-céiere kann.

Wann awer elo dee Beamten, un deen en ugebonden ass, d'Verwaltung verléisst, entsteet souzesoen ee Vide. Dee Beamten huet keen Agent de référence méi. Hei gëtt virgesinn, fir d'Avancementer an där neier Verwaltung och fir d'Zukunft ze garantéie-ren, dass dee Beamten, deen also d'Verwal-tung changéiert a wou et Problemer géif ginn, och wa säin Agent de référence d'Ver-waltung verléisst, seng Avancementer behält an an deemselwechte Mooss kann avancéieren, wéi wann den Agent de réf-érence nach do gewiescht wär.

Dat fënneft Gesetz, wat ofgeännert gëtt, ass d'Gesetz iwwert d'Organisation militaire vum 23. Juli 1952. Geännert gëtt do den Ar-tikel 25 vum Gesetz, dat de Fräiwëllegen aus der Arméi eng absolut Prioritéit zouge-steet bei der Astellung am öffentlechen Déngscht.

Dat Prioritéitsrecht gëtt an deem Sënn ver-vollstännegt, dass dee Fräiwëllegen awer och an Zukunft, fir am öffentlechen Déngscht agestallt ze ginn, déi néideg Kompetenzen a Qualifikatiounen muss hunn, déi deem Profil entspreche vun där Plaz am öffentlechen Déngscht, wou e kandidéiere wëllt.

Dat ass eng Verbesserung vun deem Text. Besonnesch och am Intérêt vun der öffent-lecher Verwaltung, ouni awer, géif ech men-gen, d'Rechter vun deem Fräiwëllegen hei ze schmälere.

Ausserdeem ginn duerch den Artikel 6 ver-schidden lertëmmer a falsch Citatiounen an dem Militärgesetz vun 1952 redresséiert.

Den Artikel 7 vun dem Gesetz, wat mer haut stëmmen, huet eng Rei Propositionen virge-



sinn, déi Dispositions transitoires an abrogatoires betraff hunn.

De Statsrot huet virgeschloen, dass deen Artikel an dräi verschidden Artikelen opgedeelt sollt ginn, jee nodeem wat fir eng Bestëmmungen doran enthalte sinn. Dat ware wéi gesot déi sougenannt Dispositions transitoires an abrogatoires. Déi Bestëmmungen, mengen ech, brauchen, well et sech ëm Bestëmmungen handelt, déi ofgeschaaft ginn, net weider kommentéiert ze ginn. Déi néideg Explikatiounen, fir deen, dee sech wirklech interesséiert, fënnt en dann am mëndleche Rapport an am Text vun der Regierung erëm.

Här President, d'Kommissioun vun der öfentlecher Fonctioun huet eestëmmeg de Rapport an domat och den Text vun deem neie Gesetz guttgeheescht. Ech bieden also och d'Chamber, der Kommissioun hei ze follegen an den Text esou unzuhuelen, wéi d'Kommissioun dat virschléit. Ech bréngen och heimat den Accord vun der CSV.

» **Plusieurs voix.** - Très bien!

» **M. le Président.** - Merci, Här Rapporteur. Den Här Etgen huet d'Wuert.

*Discussion générale*

» **M. Fernand Etgen (DP).** - Här President, Dir Dammen an Dir Hären, mat dësem Projet erleedegt d'Regierung haaptsächlech eng Rei Hausaufgaben, déi nach aus dem Accord salarial tëschent der CGFP an der Regierung vum 5. Juli 2007 opstounge.

Wann een den Titel vum Projet de loi 5889 liest, an déi wichteg Gesetzer gesäit, déi modifizéiert ginn, kéint ee mengen, mir hätten et mat enger extrem wichtiger Reform an der Fonction publique ze dinn. Deem ass awer net esou.

Am Avis vun der Berufsskummer vun de Statsbeamte gëtt och duerfir drop higewisen, datt d'Regierung ëmmer erëm an deen alen Trapp zrëckfält a Gesetzer op den Instanzewee schéckt, déi een als Lois pour tout ka qualifizéieren. Dës Bezeechnung ass awer kee Wäertuerteel iwwert déi proposéiert Modifikatiounen. An awer!

Esou Gesetzer, besonnesch wann een am Titel emol net erausfënnt, ëm wat datt et sech annähernd kann handelen, si fir den Normalstierflechen net liesbar. D'Gesetzer sollen einfach, kloer a prezis sinn. Fakt ass awer, datt mer et hei mat enger Rei Mesuren ze dinn hunn, déi ënner sech näischt mateneen ze dinn hunn a wou et och keen normale Lien gëtt.

Virewech a vläicht grad dofir Félicitatiounen an een oppriichtege Merci un de Rapporteur, den Här Paul-Henri Meyers, fir säi strukturéierte schrëftleche Rapport a säi verständleche mëndleche Rapport.

Wann ech virdru gesot hunn, datt esou Gesetzer fir den Normalstierflechen net liesbar sinn, da muss ech weider agestoen, datt d'Basisgesetzer wéi de Statut vum Statsbeamten oder och d'Gehältergesetz no där x-ten Upassung emol net méi fir déi concernéiert Beamte liesbar, interpretéierbar a verständlech sinn. Just e puer Paragraphe-reider, am positive Sënn gemengt, aus dem Ministère selwer fanne sech am Dschungel vun den Ofännerungen, Modifikatiounen, Adaptatiounen, de groussherzogleche Règlementer a ganz oft de Jurisprudenzen erëm.

No dëse generellen Iwwerleeungen, déi ech awer onbedéngt wollt lassginn, wëll ech am Telegrammstil op e puer Modifikatiounen agoen.

1. Eng modern Fonction publique verlaangt ee méi flexibele Mechanismus fir sougenannt Experten a Spezialisten anzestellen, déi eng zolidd Berufserfahrung an engem spezifischen Domän matbréngen. Fir d'Fonction publique attraktiv fir esou Leit ze maachen, mussen also Ureizer geschafen a Barrieren eliminéiert ginn. Als DP-Fraktioun si mir mat dësen Upassungen d'accord.

2. Wa mer dauernd vun engem liewenslaange Léiere schwätzen, wann d'EU-Kommissioun schonn am Joer 1985 an hirem Wäissbuch „Enseigner et apprendre \* Vers la société cognitive“ vun der enormer Wichtigkeet vum permanente Léiere schwätzt, well eng formidabel Dynamik am Wësse läit, wa mer ëmmer erëm fuerderen, datt d'Bildung en elementaart Recht ass, ass d'Aféiere vun engem Congé de formation grad an der Fonction publique, nieft deene ville spezielle Congéen, déi mer schonn hunn, eng iwwerfälleg Mesure.

3. Déi gesellschaftlech Verännerungen - ëmmer méi Leit, déi vun der Deelzäitaarbecht profitéieren - bréngen eng Vielfalt vu verschidenste Cas de figure mat sech. D'Réglementatioun vum Opdeele vun der Allocation de famille ass also eng logesch

Suite vun den Interpretatiounsschwieregkeeten aus der Vergaangenheet. Op dësem Punkt treffe meng generell Iwwerleeunge wéi d'Fauscht op d'A zou.

Erlaabt mer nach e puer Wuert iwwert den Droit de priorité absolue fir eis fräiwëlleg Zaldoten ze soen. Et ass dëst eng Mesure, déi d'Attraktivitéit fir déi jonk Leit an d'Arméi ze goe sollt optiméieren.

» **Plusieurs voix.** - Très bien!

» **M. Fernand Etgen (DP).** - An der Vergaangenheet gouf et awer Interpretatiounsschwieregkeeten, déi zu Jurisprudenze gefouert hunn, déi awer och an de Medië staark thematiséiert goufen.

An dësem Projet gëtt dësen Droit de priorité absolue beschneiden, andeems datt gesot gëtt, de Profil vum Poste misst dem Profil vum Kandidat entsprechen. Et ass dëst eng ausschweifend Formulatioun, déi weder de Statsrot ganz zefridde gestallt huet a scho guer net d'Berufsskummer vun de Statsbeamten, déi mat Nodrock drop pochen, dësen Artikel aus dem Gesetz einfach ze sträichen. Ech zitéieren: «La Chambre des Fonctionnaires et Employés publics ne peut de toute évidence que s'y opposer. En effet, à quoi bon faire des efforts pour accroître l'attrait de l'armée si, par des réformes parasites, on sabote son propre travail.»

Als DP-Fraktioun géife mir eis eng pragmatesch Approche an dëser Thematik wënschen, fir dem Geescht, dee mer jiddefalls deelen, vum Droit de priorité gerecht ze ginn. Eng optimal Notzung vum Humankapital verlaangt nämlech eng professionell Gestioung vun de mënschleche Ressourcen, déi vun engem gesunde Pragmatismus soll geleet ginn.

All aner Punkte goufe prezis vum Rapporteur duergeluecht. D'Fraktioun vun der Demokratescher Partei gëtt also och hir Zoustëmmung zu dëse Punkten, wéi och zu allen aneren Ännerungen an textuelle Verbesserungen, déi an dësem Gesetz enthalte sinn.

Merci.

» **Plusieurs voix.** - Très bien!

» **M. le Président.** - Merci, Här Etgen. Den honorabelen Här Jean-Pierre Klein huet d'Wuert.

» **M. Jean-Pierre Klein (LSAP).** - Här President, Dir Dammen an Dir Hären, Merci dem Rapporteur fir seng gewinnte Präziounen a senge Rapporten. An dësem Projet ginn nach verschidde Moossnamen aus dem Accord salarial vum 5. Juli 2007 tëschent der Regierung an der CGFP ëmgesat. Do dernieft ginn awer aner Dispositiounen vum Statut général vun de Statsbeamten an aner Gesetzer ofgeännert an ergänzt. Si sinn éischter punktuell, awer an hirer Konsequenz net onwichtig.

D'Fro ass tatsächlech vun der Chambre des Fonctionnaires et Employés publics opgeworf ginn, ob et net besser gewiescht wier, dës eenzel Punkten a separaten Texter ze behandelen. Si kritiséiert, datt d'Regierung, wéi esou oft schonn, en eenzege Projet de loi fir esou Dispositiounen gemaach huet. De Statsrot ralliéiert sech op dësem Punkt der Chambre professionnelle. Et hätt een effektiv kënnen, wat d'Form ubelaangt, déi eng oder déi aner Dispositioun a separaten Texter behandelen. Dat ännert awer näischt um Fong. All dës Dispositiounen sinn eng Verbesserung vum Statut général an de Konditiounen vun de Beamten am Allgemengen.

De Rapporteur huet d'Dispositiounen vum Projet de loi erkläert. Ech wollt just nach op e puer Punkten agoen, wat de Congé individuel de formation ubelaangt. Am Privatsecteur ass dat schonn de Fall, ass dat scho méi laang de Fall. Och fir de Secteur public ass dat eng ganz wichteg Moosssnam, dat Recht op e Congé de formation, dat och soll genotzt ginn, net nëmmen am Intérêt um Agent public, fir sech op Exame virzebereeden, mä fir sech permanent op Neierungen an op d'Uspréch vun der Gesellschaft anzestellen.

D'Aarbechtsufuerderungen an eiser Wëssengesellschaft changéiere bestänneg, an den Agent public muss sech dorun upassen, fir der héijer Qualitéit vum Service public am Intérêt vun dem Administré gerecht ze ginn. Lifelong learning ass am öffentlechen Dëngscht vu grousser Wichtigkeet, dat am gesamte Service public, Stat a Gemengen. Duerfir mussen natierlech déi implizéiert Fonctionnairen, Beamten déi néideg Zäit zur Verfügung gestallt kréien, Stats- a Gemeindebeamten. An och fir d'Gemeengebeamten ass e Projet de loi um Instanzewee, fir och hinnen ee Congé de formation zouzegestoen. De Projet de loi ass scho vum Statsrot aviséiert ginn, souwäit wéi ech weess.

D'Allocation de famille, d'Familljenzoulag,

wat mer fréier emol ëmmer d'Allocation de chef de famille genannt hunn - dat ass ofgeännert ginn -, gëtt gerecht tëschent zwee Conjointen oder Partner verdeelt, déi alle béid eng Tâche à temps partiel hunn, an zwar am Verhältnis zu hirem Beschäftigungsgrad. De Statsrot mengt, et soll een d'Allocation de famille e Bestanddeel vum Gehalt gi loossen - scho méi oft wier déi héich Kierperschaft mat Problemer vun der Allocation de famille befaasst ginn, an et wier schwéier, sech an der Problematik ermëzefannen -, duerfir ewech mat den dësueté Bestëmmungen, fir se an den Traitement de base afléissen ze loossen.

En aneren interessante Punkt ass den Droit de priorité absolue fir d'Zaldoten, d'fräiwëlleg Zaldoten, am Fall wou si Kandidat sinn, fir e Poste beim Stat ze briguéieren. Momen-tan verfüge si iwwer eng absolut Prioritéit. Et ass sécherlech ubruecht, dass hinnen Entgéintkomme geschëllt ass. Fir hir Aarbecht verdénge se Unerkennung, déi gewësse Prioritéite rechtfertegen, déi awer ze relativéiere sinn.

Et ass nämlech verständlech, dass am Intérêt vum gudden Fonctionnéiere vum Service public dee richtege Mann oder déi richteg Fra op déi gëeegent Plaz kënn. Et ass kengem gehollef, weder dem fräiwëllegen Zaldot nach der betreffender Verwaltung, wann de Kandidat riskéiert den Ufuerderungen net gerecht ze ginn. De Kandidat muss deen néidege Profil hunn, a wann d'Kandidat plus ou moins op därselwechter Échelle sinn, huet de fräiwëllegen Zaldot Prioritéit, mä eleng den Härebiereg geet net duer.

Nieft deene Bestëmmunge gëtt et nach eng Rei vun anere Verbesserungen, wéi zum Beispill eng adequat Gehaltsastufung bei der Fonctionariséierung vun Experten, déi ursprénglech aus dem Privatsecteur an de Statsdëngscht, ënner erlichterte Konditiounen, komm sinn. Och si verdénge, datt hir Expertise, déi se matbréngen, honoréiert gëtt. Datselwecht gëllt bei engem Changement de carrière.

Dëse Projet de loi bréngt sonnerzweifel Verbesserungen am Intérêt vum Service public a vun den öffentleche Beamten, an duerfir ginn ech och den Accord vun eiser Fraktioun zu dësem Projet de loi.

Merci.

» **Plusieurs voix.** - Très bien!

» **M. le Président.** - Merci, Här Klein. Den honorabelen Här Adam huet d'Wuert gefrot.

» **M. Claude Adam (DÉI GRÉNG).** - Merci, Här President. De Statsrot schwätzt vun engem „projet fourre-tout“, a mir gesinn dat effektiv och esou. Wann allerdéngs d'Alternativ gewiescht wier, fir lauter kleng eenzel Gesetzer ze maachen, dann hu mer léiwer hei en „projet fourre-tout“. Et géif bestëmmt och der Kloerheet näischt dëngen, wann ech dat géif widderhuelen, wat hei schonn oft gesot ginn ass. Ech wëll mech just eben drop beschränken, dem honorabele Rapporteur, dem Här Paul-Henri Meyers, Merci ze soe fir säi mëndlechen a säi schrëftleche Rapport, deen erëm an där gewinnter Qualitéit war an och dat kloer a prezis duergestallt huet.

Eng lescht Remarque nach: De Statsrot schwätzt och vun engem „byzantinisme juridique“ wat d'Allocation de famille ugeet. Mir begrëissen et ausdrécklech, datt déi Opspléckung gemaach gëtt, an dat zwee Leit, déi beim Stat hallef schaffen, och kënnen an de Profit vun där ganzer Allocation familiale kommen. Ech hat dat schonn eng Kéier erwähnt, wéi mer iwwert de Gehälterofkommes bei de Statsbeamte geschwat hunn, an ech begrëissen dat och hei ausdrécklech. Dat ass eng gutt Mesure.

Merci un de Rapporteur an den Accord vun eiser Partei.

» **M. le Président.** - Här Gibéryen, Dir hutt d'Wuert elo.

» **M. Gast Gibéryen (ADR).** - Merci, Här President. Et bleift mir just dem Rapporteur nach eng Kéier Merci ze soen an d'Zoustëmmung vun eiser Säit ze bréngen.

» **M. le Président.** - Den Här Jaerling huet d'Wuert gefrot.

» **M. Aly Jaerling (Indépendant).** - Merci, Här President. Félicitatiounen och dem Här Rapporteur. Trotz alle gudden Richtlinien, déi mat dësem Gesetz a Kraaft triede wäerten, muss ech mech leider enthalen, well nach ëmmer deen diskriminatoresche Privileg oprechterhale gëtt, laut deem déi Persounen, déi de fräiwëllege Militärdëngscht geleeschthun, bei der Embauche beim Stat a bei Gemengeservicer

privilegéiert solle ginn. Och, wann den diesbezüglichen Artikel 25 vum Militärgesetz mat dësem Gesetz elo e bësse relativéiert ginn ass, bleift en nach ëmmer diskriminatoresch. Ech wëll drun erënneren, dass den Artikel 10 vun eiser Verfassung a sengem Alinea 1 seet, dass d'Lëtzebuerger virum Gesetz all gläich sinn. An den zweeten Alinea seet, dass d'Lëtzebuerger fräien Zougang zu allen öffentleche Plazen hunn. An den Artikel 11 vun eiser Verfassung seet, dass et am Stat keng Distinction d'ordre däerf ginn.

Deemzufolleg, Här President, sinn all Dispositiounen, déi deem zuwiderstinn, ganz einfach verfassungswiddreg. Ech hat och eng Gesetzespropositioun agereecht, fir den Artikel 25 vum Militärgesetz ze sträichen, awer och de Règlement grand-ducal vum 13. Dezember 2004 ofzeschaffen, deen d'Virrechter vun den Zaldote bei der Embauche beim Stat a bei de Gemengen nach méi kloer definéiert. An dësem Gesetz geet iwwerhaupt keng Rieds vun deem Règlement grand-ducal. Dofir froen ech, bleift deen elo bestoen oder net? Wann e bestoe bleift, dann ännert sech un den Ausféierungsbestëmmunge guer näischt, well beim Exame gëtt nämlech eng zweet Ranglëscht gemaach, niewent där normaler Ranglëscht, dat heescht et gëtt eng Ranglëscht vun de Kandidaten, déi net beim Militär waren, an et gëtt eng vun de Kandidaten, déi beim Militär waren. An ech fannen dat och diskriminatoresch.

Ech sinn einfach der Meenung, dass jiddwereen, dee sech do stellt, soll op enger Lëscht figuréieren, an dass jiddweree soll déiselwecht Chancen hunn. Ech menge mir hunn um Aarbechtsmaart Problemer genuch, fir dass d'Leit eng Aarbecht fannen, a jiddweree soll an dëser Situatioun déi gläich Chancen hunn. D'Zäit vun de Privilegië fir eng Aarbecht ze sichen oder fir eng Aarbecht ze fannen, déi muss definitiv um Enn sinn, soss brauche mer hei net méi iwwer Chancëgläichheet ze schwätzen.

Ech soen Iech Merci.

» **M. le Président.** - Merci, Här Jaerling. Den Här Minister Wiseler huet d'Wuert elo.

» **M. Claude Wiseler, Ministre de la Fonction publique et de la Réforme administrative.** - Merci, Här President. Fir d'éischt dem Rapporteur Merci, an de Fraktiounen och Merci fir d'Ënnerstëtzung vun deem Gesetz. Ech wollt nach eppes soen zu e puer Remarquen, déi hei gemaach gi sinn.

Éischstens, déi Remarque vun der „loi fourre-tout“. Effektiv sinn an dësem Text sechs verschidde Moossnamen, déi mer aféieren. Ech hunn awer elo hei héieren, datt d'Fraktiounen alleguer soen, datt se mat deene sechs Moossnamen d'accord sinn an datt se se ausdrécklech alleguer begrëissen.

Déi eenzeg Alternativ wär natierlech gewiescht, fir sechs separat Gesetzer ze maachen. Dat kann d'Regierung selbstverständlech maachen. Mä fir all déi, déi an deene leschte Wochen heibannen eng Simplification administrative gefrot hunn, déi eng rationell Aarbecht gefrot hunn an déi gefrot hunn, datt mer dat sollen esou effikass wéi méiglech maachen, mengen ech, wier dat keng gutt Léisung gewiescht. Ech mengen, et soll een also hei konsequent sinn.

Ech géif dat hei also och net gär als eng „loi fourre-tout“ bezeechne loossen. Ech géif éischter soen, et ass eng „loi qui ratisse large“, déi eis an der Simplification administrative erlaabt weiderzekommen.

Den zweete Punkt, deen ech wëll soen, dat ass dee vun der Organisation militaire. Éischstens huet d'DP-Fraktioun gesot, datt mer eng Approche hei hätten, déi net pragmatesch genuch wär. Do muss ech awer zum Ausdrock bréngen, datt ech bei där Formulatioun, esou wéi mer se hei proposéiert hunn, awer net gesinn, wéi se méi pragmatesch kéint sinn. Mir wëllen d'absolut Prioritéit - contrairement zu deem, wat den Här Jaerling gesot huet - bestoe loossen, well mer einfach mengen, datt déi Fonctioun vum Militärdëngscht wichteg ass an datt déi Transitioun, esou wéi se scho laang Jore besteet, och Sënn mécht an duerchaus justifiabel ass.

Dat Eenzezt, wat mer gären hätten, dat ass fir d'Fonction publique, datt déi Leit, déi op



Posten an der Fonction publique sinn, och déi Erausfuerderungen an déi Qualifikatioune minimal hunn, déi fir déi Posten appropriéiert sinn. Dat fannen ech eppes Logesch an eppes Sënnvolles. An ech fannen et duerchaus pragmatesch, wann een an engem Text seet, datt ee ka froen, datt déi minimal Viraussetzungen erfëllt sinn, fir op e Posten ze kommen.

Méi onadministrativ a méi pragmatesch kann ee kaum an esou engem Text virgoen. Dat zu de Remarquen. Nach eng Kéier Merci fir d'Ënnerstëtzung vum gesamten Text.

» **M. le Président.** - Merci, Här Minister. Dir Dammen an Dir Hären, mir kommen elo zur Ofstëmmung iwwert dëse Projet de loi.

**Vote sur l'ensemble du projet de loi et dispense du second vote constitutionnel**

De Projet de loi 5889 ass ugehall mat 59 Jo-Stëmmen, bei 1 Abstentioun.

Ont voté oui: Mmes Sylvie Andrich-Duval, Nancy Arendt (par M. Marcel Oberweis), M. Lucien Clement, Mmes Christine Doerner, Marie-Josée Frank, Marie-Thérèse Gantenbein-Koullen, MM. Marcel Glesener, Norbert Hauptert (par Mme Christine Doerner), Mme Françoise Hetto-Gaasch (par M. Marc Spautz), MM. Ali Kaes, Paul-Henri Meyers, Laurent Mosar, Marcel Oberweis, Gilles Roth, Patrick Santer, Marcel Sauber (par Mme Sylvie Andrich-Duval), Jean-Paul Schaaf, Marco Schank, Marc Spautz, Mme Martine Stein-Mergen (par M. Lucien Clement), MM. Fred Sunnen, Lucien Thiel, Lucien Weiler et Michel Wolter (par M. Paul-Henri Meyers);

MM. Marc Angel (par Mme Claudia Dall'Agnol), Alex Bodry (par M. Roland Schreiner), John Castegnaro, Mme Claudia Dall'Agnol, M. Fernand Diederich, Mme Lydie Err, MM. Ben Fayot, Jean-Pierre Klein, Mme Lydia Mutsch (par M. Roger Negri), MM. Roger Negri, Jos Scheuer, Romain Schneider, Roland Schreiner et Mme Vera Spautz (par M. Ben Fayot);

MM. Eugène Berger, Xavier Bettel, Mme Anne Brasseur, M. Fernand Etgen, Mme Collette Flesch (par M. Xavier Bettel), MM. Charles Goerens, Paul Helminger (par Mme Anne Brasseur), Alexandre Krieps (par M. Carlo Wagner), Claude Meisch (par M. Eugène Berger) et Carlo Wagner;

MM. Claude Adam, François Bausch, Félix Braz, Camille Gira (par M. Henri Kox), Jean Huss (par Mme Viviane Loschetter), Henri Kox et Mme Viviane Loschetter;

MM. Gast Gibéryen, Jacques-Yves Henckes (par M. Gast Gibéryen), Jean-Pierre Koepp (par M. Robert Mehlen) et Robert Mehlen.

S'est abstenu: M. Aly Jaerling.

Gëtt d'Chamber d'Dispens vum zweete Vote constitutionnel?

**(Assentiment)**

Dann ass et esou décidéiert.

**3. 5870 - Projet de loi portant création de l'Administration des Services médicaux du Secteur public (suite)**

Dir Dammen an Dir Hären, mir stëmmen dann of iwwert de Projet de loi, deem d'Schafung vun enger Administration des Services médicaux du secteur public virgesäit.

**Vote sur l'ensemble du projet de loi et dispense du second vote constitutionnel**

De Projet de loi 5870 ass mat 60 Jo-Stëmmen ugehall.

Ont voté oui: Mmes Sylvie Andrich-Duval, Nancy Arendt (par Mme Christine Doerner), M. Lucien Clement, Mmes Christine Doerner, Marie-Josée Frank, Marie-Thérèse Gantenbein-Koullen, MM. Marcel Glesener, Norbert Hauptert (par M. Lucien Clement), Mme Françoise Hetto-Gaasch (par M. Marc Spautz), MM. Ali Kaes, Paul-Henri Meyers, Laurent Mosar, Marcel Oberweis, Gilles Roth, Patrick Santer, Marcel Sauber (par Mme Sylvie Andrich-Duval), Jean-Paul

Schaaf, Marco Schank, Marc Spautz, Mme Martine Stein-Mergen (par M. Lucien Thiel), MM. Fred Sunnen, Lucien Thiel, Lucien Weiler et Michel Wolter (par M. Paul-Henri Meyers);

MM. Marc Angel (par Mme Claudia Dall'Agnol), Alex Bodry (par M. Romain Schneider), John Castegnaro, Mme Claudia Dall'Agnol, M. Fernand Diederich, Mme Lydie Err, MM. Ben Fayot, Jean-Pierre Klein, Mme Lydia Mutsch (par M. Roland Schreiner), MM. Roger Negri, Jos Scheuer, Romain Schneider, Roland Schreiner et Mme Vera Spautz (par M. Roger Negri);

MM. Eugène Berger, Xavier Bettel, Mme Anne Brasseur, M. Fernand Etgen, Mme Collette Flesch (par M. Xavier Bettel), MM. Charles Goerens, Paul Helminger (par Mme Anne Brasseur), Alexandre Krieps (par M. Carlo Wagner), Claude Meisch (par M. Eugène Berger) et Carlo Wagner;

MM. Claude Adam, François Bausch, Félix Braz, Camille Gira (par M. Félix Braz), Jean Huss (par Mme Viviane Loschetter), Henri Kox et Mme Viviane Loschetter;

MM. Gast Gibéryen, Jacques-Yves Henckes (par M. Gast Gibéryen), Jean-Pierre Koepp (par M. Robert Mehlen) et Robert Mehlen;

M. Ali Jaerling.

Gëtt d'Chamber och hei d'Dispens vum zweete Vote constitutionnel?

**(Assentiment)**

Dann ass et esou décidéiert.

Dir Dammen an Dir Hären, mir kommen zu eise Pavillon fir d'Expositioun zu Schanghai. De Rapporteur ass fir dëse Projet den honorabelen Här Lucien Clement. Ech géif lech bieden, Här Clement, de Rapport vun der Kommissioun virzedroen.

**4. 5911 - Projet de loi relatif à la construction du Pavillon luxembourgeois pour l'Exposition universelle 2010 à Schanghai**

**Rapport de la Commission des Travaux publics**

» **M. Lucien Clement** (CSV), rapporteur. - Här President, Dir Dammen, Dir Hären, mir sollen haut iwwer e Projet ofstëmmen, deem u sech komplett aus dem Kader vun deene Bauprojekte fällt, mat deene mer eis soss hei an der Chamber beschäftegen. Mir sollen haut nämlech net iwwer e Lycée, en Tunnel, eng Autobunn oder en Altersheem, eng Klinik oder soss e konventionelle Konstruktionsprojet diskutéieren, deem deemno och zu Lëtzebuerg realiséiert soll ginn, mä iwwert de lëtzebuergesche Pavillon fir d'Weltausstellung am Joer 2010 zu Schanghai.

Lëtzebuerg hält zwar regelméisseg u Weltausstellungen deel, mä baut awer net op all Weltausstellung en eegene Pavillon. Déi leschte Kéier, wou eist Land en eegene Pavillon gebaut huet, war op der Weltausstellung '92 zu Sevilla. An elo, wou déi nächst Weltausstellung am bevölkerungsräichste Land vun der Welt stattfënn, dat amgaangen ass sech duerch säi rasante wirtschaftleche Wuesstem zu enger neier Weltmuecht ze entwéckelen, huet d'Lëtzebuerg Regierung décidéiert, fir bei dësem wichtige Evenement mat engem eegene Pavillon dann och präsent ze sinn.

An dësem Sënn huet de Bauteminister de virleiden Text de 4. September 2008 an der Chamber déposéiert. De Statsrot huet säin Avis zum Projet den 21. Oktober 2008 ofginn. An der Bautekommissioun vum 10. November 2008 gouf ech dann zum Rapporteur vum Gesetzesprojet genannt. An därselwechter Réunioun hunn d'Membere vun der Bautekommissioun de Gesetzesprojet an den Avis vum Statsrot analyséiert. De Statsrot hat beim Artikel 2 vum ursprüngelechen Text mat enger Opposition formelle gedroht. Dowéinst hu mir an der Sitzung vum 10. November eis nei beroden a schlussendlech en Amendement ugehall, deem dunn nees zrëck un de Statsrot gaangen ass.

**(M. Laurent Mosar prend la Présidence)**

De 5. Dezember hate mir als Bautekommissioun nach eng gemeinsam Sitzung mat der Wirtschaftskommissioun, fir iwwert de Pavillon vu Schanghai ze diskutéieren. Den 11. November hu mer schlusslech den Avis complémentaire vum 9. Dezember 2008 vum Statsrot ënnert d'Lupp geholl. Déi héich Kierperschaft huet sech an deem Avis mam Amendement averstane gewisen an d'Bautekommissioun huet doropshin de

schrëftleche Rapport och an därselwechter Sitzung unanime, also ouni Géigestëmm, ugehall.

Här President, den 3. Dezember 2002 gouf déi gréissten an déi am stäerkste wuessend chineesesch Stad Schanghai fir d'Organisation vun der Weltausstellung 2010 bestëmmt. Domadder hätt China dann an engem Zäitraum vun nëmmen zwee Joer zwee vun deene weltwäit gréissten Evenementer ze organiséieren: nämlech d'Olympesch Spiller zu Peking an derniewent d'Weltausstellung zu Schanghai.

Bei der Weltausstellung 2010, déi vum 1. Mee bis den 31. Oktober 2010 dauert an ënnert dem Motto „Eng besser Stad, e bessert Liewen“ steet, wäerte ronn eng 200 Länner matmaachen. Et ginn dann och bis zu 70 Milliounen Visiteuren erwaart.

Datt Lëtzebuerg bei dësem groussen Evenement matmécht, huet éischstens domadder ze dinn, datt et fir eist Land eng laang Traditioun ass, fir bei esou Evenementer derbäi ze sinn, an zweetens, datt eng Weltausstellung fir eis ëmmer eng gutt Geleeënheet ass, fir der Welt ze weisen, datt et eis och gëtt.

D'Ausstellung zu Schanghai huet fir Lëtzebuerg awer nach weider Virdeeler. Als e Land, deem seng Wirtschaft exportorientéiert ass, bitt dës Weltausstellung en ideale Terrain, fir sech um staark wuessende chineesesche Maart ze weisen an nach weider Kontakter mat der chineesescher Industrie an dem chineeseschen Handel kënnen ze knäppen. D'Ausstellung zu Schanghai bitt awer och dem lëtzebuergeschen Tourismussecteur d'Méiglechkeet, fir op d'Attraktivitéit vu Lëtzebuerg hinzeweisen, an dat net eleng, mä awer och dofir, well all Joer ongeféier ronn 100.000 chineesesch Touristen hei op Lëtzebuerg kommen.

A schliesslech wäerten och d'Uni Lëtzebuerg an de Kulturministère vun der Präsenz vun eise Land zu Schanghai profitéieren, fir sech mat der chineesescher Héichschoulwelt ze treffen an doduerjer hiert internationaalt Kooperationsnetzwerk kënnen ze vergréissere respektiv den Austausch vu chineeseschen a lëtzebuergeschen Artisten och nach ze förderen.

D'Präsenz vu Lëtzebuerg zu Schanghai setzt awer viraus, datt eist Land och e Pavillon baut, deen de genannten Uspréch an dem Konzept vun der Weltausstellung och Rechnung dréit. De Bauteministère hat en offiziellen Architektoconcours organiséiert mat der Virgab, e Pavillon fir eng Fläch vun 3.000 m² ze bauen. E Pavillon, deen e bessert, méi nohaltegt an harmonescht städtescht Liewen duerstelle soll an dobäi vun der Eegeenaart vun eise Land dann och ausheet.

Den offizielle Concours gouf vum Projet „Small is beautiful too“ gewonnen, an dat weinst senger architektonescher a funktioneller Qualitéit, sengem innovativen Charakter, senger energetescher Effikasitéit a senger einfacher Konstruktionsweis.

Fir sech vun den anere Pavillonen ofzesetzen an d'Identitéit vun eise Land duerstellen, wäert de lëtzebuergesche Pavillon d'Form vun enger quasi monolithescher Skulptur hunn, deen d'Blécker dann och op sech zéie soll. D'Architektur vum Pavillon weist op dë traditionell lëtzebuergesch Haiser an aner historesche Gebaier hin. D'Architekten hu sech beim Entworf vum Pavillon um chineeseschen Numm fir Lëtzebuerg „Lusenbao“ inspiréiert, wat esou vill wéi „Bësch a Festung“ bedeit.

De lëtzebuergesche Pavillon soll also eng Festung sinn, déi mëtten an engem Bësch läit. De Pavillon gëtt konform zu dëser Virstellung konstrukturéiert. An der Mëtt steet dann och en Tour, dee vun de Gebaier ëmginn ass, déi enger Festungsmauer gläichen an déi dann och Öffnungen no bausse wäerten hunn.

De lëtzebuergesche Pavillon charakteriséiert sech duerch seng relativ einfach an démontabel Konstruktioon a respektéiert all urbanistesche, architektonesche a sécherheetstechnesch Ufuerderungen, déi vun de chineeseschen Organisateure gestallt goufen. D'Materialien, déi benotzt ginn, sinn an der Haaptsaach Stol, Holz a Glas. Also alles recycelabel Materialien, déi enger nohalteger an ökologescher Stad dann och gerecht ginn.

Den Daach an en Deel vun de Mauere vum Pavillon wäerte mat Planze bedeckt ginn, wat zu enger natierlecher Isolierung féiert a gläichzäiteg Energie spuert, d'Temperatur erfosetzt, d'Reewaasser zrëckhält an d'Loft méi propper mécht, andeems de Stëbs absorbéiert gëtt. D'Waasser, dat vum Restaurationsberäich gebraucht gëtt, gëtt an enger Kläranlag recyceléiert a kann doduerjer zum Beispill fir d'Bewässerung vun de Planzen dann och duerno benotzt ginn.

De lëtzebuergesche Pavillon wäert aus dräi Beräicher bestoen: éischstens, aus engem Ausstellungsberäich, an deem déi Haapttheme vun der Weltausstellung behandelt ginn; zweetens, aus engem Restaurationsan Animationsberäich, an deem lëtzebuergesch Spezialitéiten a Souveniren ugebuede ginn, an doriwwer eraus sinn Ënnerhalungsaktivitéiten fir déi Jonk virgesinn; drëtens, aus engem méi multifonctionnell Beräich, dee sech am zentralen Tuerm befënn, an deem kulturell a mënschlech Treff respektiv Austausch stattfanne wäerten.

De Pavillon wäert inhaltlech den Haaptakzent op d'Stied an dat harmonescht Liewe leeën, dat duerch den technesche Fortschrétt a besonnesch d'Kommunikationsmëttelen erméiglecht gëtt. D'Informatiounen, déi d'Visiteuren am Pavillon kréien, ginn dofir och haaptsächlech audiovisuell vermëttelt, an dat op Chineesesch an op Franséisch.

Esou wäerten d'Aktivitéiten vun den Acteuren vun der Lëtzebuerg Wirtschaft d'Geschicht vun de Relatiounen tëschent China a Lëtzebuerg, déi Lëtzebuerg Entwécklungshëllef an Asien an a China an d'Roll vu Lëtzebuerg an de Relatiounen tëschent China an der Europäescher Unioun mat Bléck op den Traité vu Schengen virgestallt ginn. Dës Zeenographie ass allerdéngs nach net definitiv festgehalten a kann am Laf vun de kommende Méint nach verännert ginn.

Här President, d'Konstruktioon an d'Finanzéierung vum lëtzebuergesche Pavillon wäert vun engem wirtschaftlechen Interessgrupp, dee sech Luxembourg@Expo-Shanghai2010 nennt, iwwerholl ginn an an deem de lëtzebuergesche Stat dee gréisste Bäitrag leeschte wäert.

Niewent dem lëtzebuergesche Stat sinn ArcelorMittal, d'Cargolux, d'Chambre de Commerce an d'SES Member vun dësem Interessgrupp, dee sengerzäit vun engem Generalkommissär wäert geleet ginn. Den Interessgrupp wäert ënner anerem fir d'Konstruktioon, d'Exploitatioun, d'Animatioun an d'Koordinatioun vum lëtzebuergesche Pavillon zoustänneg sinn, woubäi awer ze bemerken ass, datt de lëtzebuergesche Stat déi integral Käscht vum Bau vum Pavillon iwwerhëlt, an déi aner Membere vum Interessgrupp sech ënner anerem un de Fonctionnementskäschte vum Pavillon bedeelege wäerten.

ArcelorMittal wäert awer och de Stol fir de Pavillon liwweren, an d'Cargolux sech ëm den Transport vun deem ganze Material këmmen. D'Gesamtkäschte fir d'Konzeptioun an d'Konstruktioon vum lëtzebuergesche Pavillon ginn op insgesamt 8.920.000 Euro geschat. Eng Schätzung, déi um Bauindex 666,12 vum 1. Abrëll 2008 baséiert.

D'Referenz op de lëtzebuergesche Bauindex war am ursprüngelechen Text net virgesinn, well dëst d'Gesamtkäschte vun der Entwécklung vu chineesesche Baupräisser ofhängeg gemaach huet, wat de Statsrot awer als ze vill riskant emfonnt huet an dofir mat enger Opposition formelle gedroht huet. D'Bautekommissioun huet de Bedenken du vum Statsrot Rechnung gedroen an d'Formuléierungspropos vun der héijer Kierperschaft ugehall a gläichzäiteg awer nach en Amendement ugehall, dee prezisiéiert, datt d'Gesamtzomm vun 8.920.000 Euro sech op eng Konversioun an déi chineesesche Währung baséiere soll.

De Statsrot huet an engem Avis complémentaire säin Accord zu dësem Zousatz ginn. Déi héich Kierperschaft ënnerstëtz dann och ganz kloer an hirem Avis d'Initiativ vun der Regierung, fir e Pavillon fir d'Weltausstellung zu Schanghai ze bauen.

Souwuel d'Chambre de Commerce wéi och d'Chambre des Métiers erkläre sech och d'accord mat dësem Projet. Si weisen awer drop hin, datt eng regelméisseg an och transparent Kontabilitéit vun dësem Groupement d'intérêt économique soll geliwwert ginn. Eppes, wat den designéierte Kommissär an där Commission jointe, den Här Goebbels, als richteg emfonnt huet an och kee Problem dra gesäit, fir d'Chamber hei iwwer ze informéieren, wann dat verlangt gëtt. Doriwwer eraus huet hien och versprach, der Chamber en detailléierten Ofschlossbericht virzeleeën.

D'Chambre des Métiers hirersäits plädéiert derfir, datt och Lëtzebuerg Betriber aus der Alimentatioun bereet wieren a sech eng Freed géifen doraus maachen, fir un der Réussite gastronomique vun dësem Pavillon matzemaachen.

Esou vill, Här President, vu menger Säit. Fir weider architektonesche, konzeptuell an technesche Detailler vum lëtzebuergesche Pavillon op der Weltausstellung verweisen



ech op de Projet an och op de schrëftleche Rapport.

Dése Projet hat eng gewëssen Urgence. Lëtzebuerg ass eent vun den éischte Länner, déi d'Genehmegung hunn, fir ze bauen. Mir wäerten dësen Zäitvirdeel dann och ze notze wëssen. Ech - a mat mir, denken ech, Dir alleguer - hoffen, datt dëse Projet zu engem Succès fir d'Lëtzebuerger Land gëtt, fir iwwert dëse Wee eise Stellwäert an der Welt weider ausbauen a festegen ze kënnen.

Erlaabt mer nach zum Schluss Merci ze soe fir d'Nolauschteren. Merci och all deenen, déi um Ausschaffe vun dësem Projet bedeelegt waren. Dat wier et gewiescht.

» **Plusieurs voix.** - Très bien!

» **M. le Président.** - Ech soen dem Här Rapporteur Clement Merci fir seng Ausféierungen. Als éischte Riedner ass den Här Marcel Oberweis agedroen. Här Oberweis, Dir hutt d'Wuert.

Discussion générale

» **M. Marcel Oberweis (CSV).** - Här President, Dir Dammen an Dir Hären, Här Minister, erlaabt mer am Ufank dem Rapporteur Lucien Clement Merci ze soe fir de schrëftlechen an och elo virgedroene mëndleche Rapport.

Et ass gesot ginn, am Joer 2010 fënnt d'Weltausstellung zu Schanghai a China statt an doru wëllt onst Land sech erëm eng Kéier bedeelegen. Wéi ech dës puer Zeile geschriwwen hunn, si mer e puer Gedanken duerch de Kapp gaangen aus menger fréierer Zäit als Professor.

Ech hat d'Chance, zu Sevilla, Lissabon an Hannover derbäi ze sinn; mat derbäi waren awer och meng Studenten. Ech hu mir d'Fotien aus där Zäit ugesinn an hunn déi begeschtert Gesichter vun de jonke Leit ugekuckt. Fir si waren déi Ausstellungen „d'Fënster vun der Welt“. Notamment Madrid war deemools eng ganz schéin Ausstellung.

An den Ae vun der CSV - an de Rapporteur huet et elo grad gesot - stellt dës Weltausstellung eng Chance duer, well sech do vill Mënsche begéine während enger kuerzer Zäit. Doriwwer eraus kënnen mir awer och een Androck hannerloossen iwwer ons Kraaft an ons Fäegkeeten, déi mir um Weltplang wëlle spillen.

Grad elo, wou mer déi déif gräifend Finanzwirtschaftskris erliden, ass et wichteg, dass mir ons opstellen, fir der Welt ze weisen, wat mir alles hunn a wat mir och kënnen, well een dervun ausgoe muss, dass d'Relance am nächste Joer llicht wäert unzéien an et wichteg ass, datt mer 2010 derbäi sinn, wann zu Schanghai d'Wierfelen nei gerëselt ginn.

Grad am pazifische Raum, wou ronn 50% vun der Weltbevölkerung leeft a konsuméiert, ass et gutt derbäi ze sinn.

De Rapporteur ass a sengen Ausféierungen schonn op déi sougenannten „introvertéiert Architektur“ vum Pavillon agaangen. Ech ginn doriwwer ewech.

Vläicht awer nach eng Kéier datselwecht gesot, wat de Lucien Clement gesot huet: Wann een den Exposé des motifs liest, dann iwwersetzen d'Chineese Lëtzebuerg mat „Lusenbao“. Dat heescht fir si Forteresse a Bësch. Interessant!

A wann een onse Pavillon kuckt, gesäit een effektiv, dass mer eng Forteresse, eng Buerg hu mat vill Grénges. Dat kënnt och vläicht dohier, well d'Chineese gesinn hunn, dass eist Land mat 34% Bësch besat ass.

Ee Punkt nach derzou. Et ass vun de chineeseschen Autoritéite festgehale ginn, dass um Enn vun der Weltausstellung d'Pavillonen all ofgerappt musse ginn. Dat heescht, och onse muss ofgebaut ginn. Et llicht an, dass et kengem am Dram afält, de Stol, den Aluminium, d'Holz erëm heem zrëckzebréngen, schonn eleng wéinst de Käschten net. Mä derniewent muss een awer gesinn, dass déi erstallte Programmer vun der Software derwäert sinn erëm zrëckbruecht ze ginn.

Op der Weltausstellung sollen dem Visiteur duerch eng ganz Rei vu sensorielle Entdeckungen, dat heescht iwwert déi fënnf Sënnorganer, Informatiounen vermëttelt ginn. D'Proposition scénographique, wéi mer se virgestallt kritt hunn, beschreift déi Iwwerleeungen.

Ganz speziell ass d'Manéier, wéi dem Visiteur onst Land presentéiert gëtt. De Visiteur kritt iwwert de Wee vum Geroch, de Geräischer, dem Kucken Ablécker an onst Land. A well d'SES derbäi ass, ass et jo logesch, dass déi Lëtzebuerg aus der Sicht vu 36.000 km erof zoomen. Mat Hëllef vun enger 250°-Visioun kritt de Visiteur eng ganz

Rei Ablécker iwwert d'Geographie vun onsem Land.

Ech hu gesot, iwwert déi fënnf Sënnorganer kritt de Visiteur eist Land méi no bruecht. Dat ka sinn iwwert de Ruff vun engem Vull hei am Land, de Geroch vun onser ländlecher Géigend oder dem Upake vum Minettsbuedem. Och eenzel Bamzorten, Déieren a Planze gi virgestallt.

An dann awer e leschte Punkt: Doriwwer eraus ginn och Dokumenter a Form vun DVDen, Videoshowen, Biller iwwert de kulturellen an touristesche Patrimoine virgestallt. A well dat jo alles hei am Land héich Produktiounskäschten erbréngt, wëll ech proposéieren, dass een déi Saachen erëm zrëckbréngt, fir spéiderhin onser Jugend dat ze weisen.

Ech denken, dass et sënnvoll wier, all déi Ennerlagen, soufern se mat der Ëmwelt ze dinne hunn, an dem Schluss vu Schëndels ënnerzebréngen. Firwat zu Schëndels? Ma well mer grad amgaange sinn, d'Reserve naturelle vum Mamerdall opzestellen.

Niewent Huelmes soll och d'Schëndelser Schluss als e Lieu de rencontre fir eis Jugend am Beräich vun der Ëmwelt dinge. Hei sollen si dann déi Saachen, déi mer der grousser Welt zu Schanghai weisen, och gewisen kréien.

Deemno wierkt déi Weltausstellung iwwert den Horizont 2010 weider an onse Schoulen, notament iwwert d'Schluss vu Schëndels.

Dat gesot, Här President, Dir Dammen an Dir Hären, bréngen ech den Accord mat vun der CSV a soe Merci fir d'Nolauschteren.

» **Plusieurs voix.** - Très bien!

» **M. le Président.** - Ech soen dem Här Oberweis Merci. Als nächste Riedner ass den Här Etgen agedroen. Här Etgen, Dir hutt d'Wuert.

» **M. Fernand Etgen (DP).** - Här President, Dir Dammen an Dir Hären, d'Participation vu Lëtzebuerg op der Weltausstellung zu Schanghai ass d'Fortsetzung vun enger laanger Tradition vun engem klengen Land, fir am Concert vun de groussen Natiounen op sech opmierksam ze maachen. Mir liewen an enger faszinéierender Zäit, an där mer duerch déi modern Informatiouns- a Kommunikatiounstechnologien d'Welt mat all hiren Innovatiounen 24 Stonnen op 24 heem an d'Stuff bruecht kréien.

Et muss ee sech also d'Fro stellen, ob et fir ee kleengt Land nach wierklech opportu ass, fir bei enger Weltausstellung matzemaachen. Fir déi eng ass esou eng Expo eng iwwerflësseg Protzveranstaltung, fir déi aner eng eenzegaarteg Chance, Lëtzebuerg mat all sengen Atouten a Stärkten an der Welt ze presentéieren.

Mir kënnen weisen, datt d'Technik eng dëngend Funktioun huet. Mir kënnen eisen Know-how a puncto Qualitéitsusproch an der Stolproduktioun weisen. Mir wëllen awer net nëmme Produkter weisen, mä och Léisungen. Mir kënnen op eis performant Dëngschtlechtungen beim Giddertransport hiweisen. Mir wëlle weisen, datt mer zu Lëtzebuerg Architekten hunn, déi Ästhetik a Funktionalitéit optimal verbannen oder awer, datt mer a puncto Ëmwelttechnik eppes ze bidden hunn.

Net nëmme de Contenant, mä och de Contenu setzt op Prinzipië vun enger nohalteger Notzung. Dat gefält eis an der Demokratescher Partei.

Et ass eng exzellent Geleeënheet, fir op d'Aktivitéite vun de lëtzebuergeschen ekonomeschen Acteuren hinzewiesen, awer och fir déi virbildlech Entwécklungs- a Kooperatiounspolitik vu Lëtzebuerg am asiatesche Raum ze presentéieren.

All Participatioun op enger Weltausstellung ass selbstverständlech och eng groussaarteg Plattform fir Publicitéit fir déi Lëtzebuerger Tourismusbranche ze maachen.

Här President, erlaabt mer dem Architekt ausdrëcklech fir säi gelongene Projet ze félicitéieren. Et ass ee Projet, deen den Zilsetzunge vun enger nohalteger Planung voll a ganz gerecht gëtt. De Motto „small is beautiful too“ gëtt dem Thema vun „meilleure ville, meilleure vie“ ausserdeem mat alle Funktionalitéite gerecht. Et ass kee protzege Pavillon an awer en „eye catcher“, dee säin Zweck erfüllt.

Här President, déi gréissten Opmierksamkeit kritt bei esou Projekten nawell ëmmer gären de Käschtepunkt. An dësem Fall beinhalt dësen Aspekt dann och eng Rei vun ongewéinlechen Onsécherheetsfacteuren. Am Gesamtkäschtepunkt vun 8,9 Milliounen Euro fanne mer Reserven an Imprévuë fir 20% am Total. Wa mer a China

bauen, si mer an engem aneren Ëmfeld wéi hei zu Lëtzebuerg. „Vorsicht ist die Mutter der Porzellankiste“, heescht et. A Virsiicht ass hei a ville Punkte gebueden.

Éischstens: Bei de chineesesche Planungsbüroen ass et méi schwéier fir eis Statsarchitekten, d'Präisser ze iwwerpräiwen.

Zweetens: Et kann een dovunner ausgoen, datt, wann all Participanten un der Expo komme fir hire Pavillon bauen ze loossen, dann d'Präisser wäerten an d'Luucht goen, an dat ganz einfach nom Prinzip vun der Opfer a vun der Demande.

Drëttens: D'Variatiounen, déi duerch de Change vum Euro op déi chineesch Währung d'Präisser kënnen no uewen oder no ënne variéiere loossen.

A last but not least: Déi méiglech präislech Variatiounen um chineesesche Maart, wat d'Matière première an d'Main-d'œuvre ugeet.

Grad wat dee leschte Punkt ugeet, huet dës Regierung nach grouss Responsabilitéiten ze erfëllen. Et ass jo gewosst, datt a China d'Rechter vun den Aarbechter ganz oft massiv verletzt ginn. Vun Hongerléin iwwer ganz schlecht Aarbechtskonditiounen bis hin zur 60-Stonne-Woch fënnt ee quasi alles.

A China gëtt et wuel passabel Gesetzer fir d'Protektioun vun den Aarbechter an de Respekt vun hire Rechter. Allerdéngs hapert et massiv bei der Iwwerwaachung vum Anale vun dëse Regelen. Willkür a Repressalien, Vetterwirtschaft a Korruptioun, grad och an de Reie vun de KP-Fonctionnaires, droen hiren Deel dozou bäi. Et geet ganz einfach nom Prinzip: „Wo kein Kläger, da kein Richter“.

Et ass also um Lëtzebuerger Generalkommissär fir ze kucken an opzepasst, datt elementar Mënscherechter respektéiert bleiwen. Et ass um Lëtzebuerger Generalkommissär fir ze iwwerpräiwen, datt déi Entrepreneuren, déi um Bau vum Lëtzebuerger Pavillon bedeelegt ginn, d'Rechter vun hiren Aarbechter respektéieren.

Dëst si keng Aufgaben, déi een einfach esou „en passant“ kann erleedegen. Et muss ee sech duerfir froen, ob een Europa-deputéierten déi néideg Disponibilitéit fir dës an eisen Ae wichteg Missioun huet.

D'Iwwerpräiung notament vun den arbeitsrechtliche Konditiounen um Terrain dierf net zu enger Aart Expo-Tourismus verkommen. Dës Aufgab ass eng Verflichtung fir eist Land, an dat a villen Hisiichten.

Mir kënnen eis et net erlaben, och nëmme an de Verdacht ze geroden, datt bei der Konstruktioun vun eise Pavillon Saachen net propper ofgelaf sinn. Mir kënnen eis et net erlaben, datt eis Participatioun un der Expo an ee schiift Licht geréit, soss brauche mer eis iwwerhaapt net der Weltöffentlichkeit ze presentéieren.

Här President, den 1. November 2007 huet d'Lëtzebuerger Delegatioun zu Schanghai de Contrat de participation ënnerschriwwen. Et gëtt elo also Zäit, d'Gesetz ze stëmmen, fir datt op der Plaz d'Aarbechte kënnen optimal organiséiert ginn, fir datt dëse Projet kann un d'Rulle kommen.

An der Hoffnung, datt deene Punkten, déi ech a menger Interventioon ugefouert hunn, wäert Rechnung gedroe ginn, ginn ech am Numm vun der Fraktioun vun der Demokratescher Partei d'Zoustëmmung zu dësem Gesetz, ouni awer ze vergiessen, dem Rapporteur Lucien Clement Merci ze soe fir säin exzellente schrëftlechen a mëndleche Rapport.

» **Une voix.** - Très bien!

» **M. le Président.** - Ech soen dem Här Etgen Merci. Als nächste Riedner ass den Här Schreiner agedroen. Här Schreiner, Dir hutt d'Wuert.

» **M. Roland Schreiner (LSAP).** - Merci, Här President. Dir Dammen an Dir Hären, léif Kolleeginnen a Kolleegen, wa mer haut iwwert de Projet de loi 5911 ofstëmmen, stëmme mer engersäits iwwert de Prinzip of, dass Lëtzebuerg un der Weltausstellung 2010 zu Schanghai deelhält a bereet ass, dofir eppes manner wéi néng Milliounen Euro auszeginn, an anerersäits och gläichzäiteg iwwert de konkrete Konzept, deen der Chamber presentéiert gouf.

Ech wëll awer fir d'éischt emol dem Rapporteur, dem Kolleeg Lucien Clement, en häerzleche Merci soe fir säin detailléierte Rapport, deen esou ausféierlech war, dass em eigentlech näischt méi bäizefüge wier. Trotzdeem wollt ech awer e puer zousätzlech Remarquë maachen.

Zur Architektur selwer wëll ech eigentlech net vill soen; les goûts et les couleurs ne se discutent pas. Mä ech mengen awer soen ze kënnen, dass den Numm vum Architekt-

tebüro, deen de Projet realiséiert, fir Qualität steet a Referenze genuch huet, fir dass et e flotte Projet ka ginn, mat deem mer och dobaussen eng ganz gutt Impressioun wäerte maachen.

Wat de Prinzip ugeet, kéint ee sech natierlech elo d'Fro stellen, wat et bréngt, Suen an esou e reng representativen Objet ze stiechen, grad an Zäiten, wou munchereen driwwer nodenkt, wou mer an Zukunft kënnen Sue spueren.

E Pavillon zu Schanghai zielt an Zäite vun ekonomescher Onsécherheet net onbedéngt fir jiddwereen zu deene ganz grouse Prioritéiten. Mir sinn allerdéngs der Meinung als LSAP-Fraktioun, dass et grad an engem wirtschaftlech schwierigen Ëmfeld wichteg ass, weltwäit präsent ze sinn, op sech opmierksam ze maachen a méiglechst vill Facettë vun eise Land no baussen ze presentéieren.

D'Weltausstellung vu Schanghai ass dofir eng exzellent Geleeënheet a bitt och dofir eng ganz wonnerbar Plattform. Et ass net nëmme, mengen ech, eng Saach vun Nationalstolz oder Prestige, fir do derbäi ze sinn.

Et gëtt geschat, dass ëmmerhi 70 Milliounen Leit dës Expo wäerte besichen; déi Meescht natierlech aus dem asiatesche Raum, dat läit op der Hand. Ech mengen, eng besser Plaz, fir fir eist Land ze werben, kann ee sech dann och wuel kaum virstellen.

Wat de Projet selwer betrëfft, entsprécht e genau deem, wat mer wirtschaftspolitesch gesinn an deenen nächste Jore wäerte brauchen. Et war eis laang bewosst, dass eis enorm Ofhängegkeet vun der Finanzplaz eis vulnérabel géif maachen, mä nach ni war den Drock, fir ze diversifizéieren an an nei Secteuren ze investéieren, esou grouss. Mat der Universitéit an den Investitiounen an d'Recherche kréie mer eng nei Chance, nieft der Finanzplaz nei Akommessourcen ze entwéckelen.

Mir dierfen awer net nëmme am stille Kämmerlein dorunner schaffen, mä mir müssen eis Ambitiounen och no baussen droen an no baussen affichéieren. D'Weltausstellung vu Schanghai ass eng ganz gutt Geleeënheet, fir an engem internationalen Ëmfeld ze weisen, dass Lëtzebuerg méi ze bidden huet wéi einfach Investmentfongen. Et ass richtig, dass d'Finanzplaz eis op der Weltbühn e gewëssene Bekanntheitsgrad verschafe wäert, mä mir müssen et fäerdeg bréngen, potenziell Partner dovun ze iwwerzeegen, dass mer och nach aner Qualitéiten hu wéi déi, déi ech genannt hunn.

Ech mengen, de Groupement d'intérêt économique, dee fir d'Gestioun vum Projet zoustänneg ass, vereenegt wëssenschaftlechen an ekonomeschen Know-how, Kompetenz- an Entrepreneursgeescht genuch, fir zu deem Erfolg ze kommen, deen néideg ass an dee mer eis erwaarden. Mir sinn also op deem Plang ganz gutt opgestallt, fir all eis Atouten anzubringen an dem Konzept zum Erfolg ze verhëllefen. An ech mengen och, dass mer vun eiser Sait aus och d'Vertrauen an de Kommissär wäerten hunn, dass deen dat dote wäert realiséieren. Hien huet och déi néideg Explikatiounen zu deenen eventuellen Douten, déi da sollte bestanen hunn, an der Kommissioun oder an der Commission jointe ginn.

E Pavillon op enger Ausstellung, dee sech un der chineesescher Tradition inspiréiert, dëst mat modernen Technologië kombinéiert a sech ganz dem Thema Liewensqualität am urbane Raum an der Nohaltegkeet verschriwwen huet, bitt eis och d'Méiglechkeet, eng aner Facette vu Lëtzebuerg ze weisen, zemoos déi Sujeten eis speziell usprieche. Zu Lëtzebuerg ass de Raum extrem limitéiert a mir brauchen innovativ Konzepter, fir och an Zukunft eng héich Liewensqualität fir all eis Bierger ze erhalen. Mir hunn also all Intérêt, fir eis zu Spezialisten ze entwéckelen, wat d'Effizienz am Ëmgank mat den natierleche Ressourcen ugeet.

An dësem Sënn ass et extrem positiv ze bewäerten, dass och d'Uni Lëtzebuerg mat an de Projet agebonnen ass. Mir müssen op allen Niveauen d'Chancen notzen, fir Kontakte ze knäppen tëschent den Entrepreneuren, mä och um Niveau vun der Recherche. Méi wéi eng Kéier hu mer zu Lëtzebuerg



d'Erfahrung gemaach, dass Chancë sech onerwaart kënnen erginn, a mir hate bis elo ëmmer e gewëssent Talent hei zu Lëtzebuerg, esou Chancen och spontan ze notzen.

Wat elo d'Finanzéierung vum Projet ugeet, hat de Statsrot a sengem éischten Avis Bedenken ugemellt. Et ass scho gesot ginn hei. Et ass natierlech am einfachsten, wa mer e Projet hei zu Lëtzebuerg hunn, deem un de Bauindex gebonnen ass, esou dass d'Chamber sécher ass, dass de Montant, dee se am Kader vum Autorisatiounsgesetz bestëmmt, net einfach esou kann iwwerschrott ginn. Wann een e Projet zu Schanghai realiséiert, gëtt et awer naturgeméis Facteuren, op déi een net esou en direkten Afloss huet.

Et kann een haut e Projet plangen an et kann een och eng Marge fir gewësse Risiko mat aplangen, an dach kann een net ganz sécher sinn, wéi sech ekonomesch Donnéeë wéi Inflatioun, de Change an esou weider am Laf vum nächste Joer entwéckelen. Mir müssen also an dësem Punkt dat hei e bësse méi flexibel ugoen, an ech mengen, de Kolleeg Lucien Clement huet et scho gesot, dass mer do an der Kommissioun och eng Kompromëssléisung fonnt hunn, déi mer ganz éierbar schéngt a mat där och de Statsrot ka liewen.

D'Suerg, de Projet kéint um Enn vläicht de finanzielle Kader sprengen, dee mer am Gesetz festgesat hunn, weit a mengen Aen net esou schwéier, wéi dee positiven Aspekt, dass mer op der Plaz mat lokale Ressourcë bauen. Ganz ofgesinn dovunner, dass dat am Resultat sécher awer och méi bëlleg gëtt, zum Deel och aus deenen Ursaachen, déi schonn hei ugeklonge sinn. E wichtege Thema vun der Ausstellung ass jo och d'Nohaltegkeet, an do wär et och net ze vertriede gewiescht, fir hei zu Lëtzebuerg e Pavillon virzefäerdeg an deem ëm d'hallef Welt ze transportéieren, fir en zu Schanghai dann opzebauen.

Als LSAP-Fraktioun si mer deemno der Meinung, dass mer hei e wichtege Projet virleien hunn, mat engem kohärente Konzept, mat deem mer ganz sécher de positiven Image vu Lëtzebuerg an der Welt kënnen verstärken, an aus deem sech och konkret deen een oder anere positiven Impakt op eis Economie kann a wäert erginn.

Ech ginn domadder den Accord vun eiser Fraktioun an ech soen lech Merci fir d'Nolauschteren.

» **Plusieurs voix**.- Très bien!

» **M. le Président**.- Ech soen dem Här Schreiner Merci. Als nächste Riedner ass den Här Mehlen agedroen. Här Mehlen, Dir hutt d'Wuert.

» **M. Robert Mehlen (ADR)**.- Merci, Här President. Effektiv kann ee sech d'Fro stellen: Hu mir et als klengt Land néideg, fir esou vill Suen op enger Ausstellung auszeginn? Mir wëssen, dass an deenen nächste Joren d'Statsfinanze mat Sécherheet wäerte méi knapps ginn. An déi néng Milliounen Euro, ëmmerhin 360 Milliounen aler Lëtzebuerger Frang, dat ass jo net nâischt. Mir wëssen, dass mer eng Barrière hu vu 7,5 Milliounen Euro, wou muss e Gesetz gestëmmt ginn. Déi gëtt hei largement iwwerschrott, woufir datt mer dann och haut dee Projet virleien hunn. Mä dat seet awer och, dass hei scho vu Säite vum Lëtzebuerger Stat a vum Steuerzueler relativ vill Geld investéiert gëtt.

Eiser Meinung no ass dat eng Prinzipiëfro. Lëtzebuerg versteet sech als e fräit, en onofhängegt Land, wat an der Europäescher Communautéit ass, mä wat awer Wäert op seng Eegestännegkeet leet. Ech mengen, eis Participatioun un der Weltausstellung vu Schanghai soll och dat no bausen dokumentéieren, och wann dat fir e klengt Land selbstverständlech pro Kapp méi eng héich Belaaschtung ass wéi fir e grousst Land.

D'Fro no der Rentabilitéit ass séier gestallt, awer nach laang net esou séier beäntwert. Mir wëssen, dass hei haaptsächlech grouss Firmen d'Träger sinn, déi souwisou vill Kontakter dobaussen hunn, déi sech hir Mäert och siche ginn, sech hir Mäert opbauen. Mir wëssen och, dass d'Welt sech déi lescht Joren enorm verännert huet, dass den Internet haut eng gewaltge grouss Roll spillt, dass een, dee Geschäftskontakter sicht, déi haut

iwwer Internet ganz séier fënnt, dass hien duerfir net onbedéngt muss op eng grouss Ausstellung goen.

Trotzdeem si mer der Meinung, dass et derwäert ass, fir un där Ausstellung hei ze participéieren. Et kann ee sech d'Fro stellen: Wa Lëtzebuerg net do wär, géif dat grouss opfalen? Wäre vill Leit, déi do géife ronderëmgoen a soen: Wou ass dann hei de Lëtzebuerger Pavillon? Dee misst dach awer iergendwou hei sinn. Ech weess et net. - Op där anerer Säit, wéi gesot, ass et trotzdeem eng Plattform, besonnesch awer fir méi kleng Entreprisen, fir eisen Tourismus, fir eist Land an engem Wirtschaftsraum, deem amgang ass opzestriewen, wou ëmmer méi Kafkraaft ass, wou d'Leit e grousse Besoin hu fir ze reesen, fir aner Länner ze besichen, ganz sécher op d'mannst fir eisen Tourismus eng ideal Plattform, fir eis am asiatesche Raum ze presentéieren a fir eist Land ze werben.

Mir sinn och der Meinung, dass et an enger Zäit, wou grouss Onsécherheet ass iwwert déi weider wirtschaftlech Entwécklung, e positiivt Signal ass, dass et e Signal no bausen ass, dass mer dru gleewen, dass et no enger Zäit, wou et sécher schwiereg ass, erëm de Bierg eropgeet, dass mer un eis ekonomesch Zukunft gleewen, dass mer dru gleewen, dass mer och als Land mat eise wirtschaftlechen Aktivitéiten an Zukunft an engem Raum, deem allgemeng ugesi gëtt als deem Zukunftsraum, wat d'wirtschaftlech Entwécklung ubelaangt, präsent sinn an, wéi mer et hoffen, nei Kontakter kënnen knäppen.

Ech wëll och nach e puer Wuert zum Pavillon soen. Mir fannen d'Konzept, esou wéi et presentéiert ass, ganz flott. Och vun eiser Säit wierklech Félicitatiounen un den Architektbüro, deem do eng ganz gutt Aarbecht gemaach huet. Et si ronn 30 Ar, dat ass net weéne, déi do sollen ausstafféiert ginn, wou iwwert dat Konzept d'Identitéit vun eisem Land soll presentéiert ginn. Mir fannen och, dass déi Form, déi gewielt ginn ass mat dem Groupement d'intérêt économique, eng gutt Form ass, an dass dat och ganz sécher fonctionnéiert.

Et ware jo Diskussiounen opkomm iwwert d'Persoun vum Kommissär. Dat ass selbstverständlech an dat soll een och uspriechen. Et ass ëmmer delikat, wann een e Politiker, deem och nach aktiv ass, mat esou enger Missioun beoptraagt. Et ass och d'Fro opgeworf ginn, ob dat mat enger Indemnitéit verbonne wär. Et ass eis gesot ginn, et wär net mat enger Indemnitéit verbonnen, mä et wär eng Pauschal, déi fir d'Onkäschte géif bezuelt ginn. Ech wëll dann hei de Wonsch ausdrécken, dass déi Pauschal sech och iergendwéi un de realen Onkäschten, déi domat verbonne sinn, orientéiert.

Dat gesot, wëll ech eisen Accord ginn, trotzdeem dass een e bësse Bedenken huet, well mer wëssen, dass mer a finanziell schwiereg Zäite kommen, 2009 vläicht nach manner, well do Steieren nach aus engem gudden Joer 2008 erakommen, mä 2010 gëtt et ganz sécher scho méi enk. A wa mer gesinn, wéi mer op anere wichtege Punkten hei am Land ganz dacks knécken a streiden ëm e puer Euro, da muss ee soen, et ass trotz allem vill Geld. Mä mir ginn eisen Accord, well mer der Meinung sinn, als fräit, onofhängegt Land solle mer eis Präsenz do bausse weisen.

Ech soen lech Merci.

» **M. le Président**.- Ech soen dem Här Mehlen Merci. Duerno kritt d'Wuert direkt d'Regierung: den Här Bauteminister Claude Wiseler.

» **M. Claude Wiseler, Ministre des Travaux publics**.- Ech wëll och villmools Merci soen dem Rapporteur, éischstens, an all de Fraktiounen fir hir Ënnerstëtzung. Wéi et ënnerstrach ginn ass vu sämtleche Fraktiounen, ass op där enger Säit déi Präsenz, déi Lëtzebuerg dohannen huet, eng wichteg Präsenz an engem Land mat grousser Zukunft. Op där anerer Säit stelle mer eis hei natierlech och an de Concert vun all eisen Nopeschlänner, vun deenen aneren europäesche Länner, déi do präsent sinn. Net präsent ze sinn am Concert vun deenen aneren, déi all do sinn, wär fir Lëtzebuerg kee gutt Zeeche gewiescht, an duerfir ass et - mengen ech - wichteg, dohannen ze sinn.

(**M. Lucien Weiler reprend la Présidence**)

Dat Zweet, wat och gesot ginn ass, dat ass, dass déi Architektur, déi mer gewielt hunn, och probéiert sech unzepassen un dat, wat mer sinn: net protzeg, small but beautiful, an dat ass dat, wat mer wëllen dohannen iwwert dës Architektur weisen. Ech mengen, wann een op jidde Fall d'Pläng gesäit, da kann dat klappen.

Et ass en Onsécherheetsfacteur - dat hutt Der gesot - an dësem Text dran, well d'Bâtiments publics respektiv d'Lëtzebuerger Ad-

ministratioun net gewinnt ass, zu Schanghai ze bauen. Dat ass esou. Duerfir hu mer eis eng gewësse Marge de manœuvre ginn an och d'Bereetschaft ausgedréckt, a regelmeisseg Ofstänn an d'Commission de l'Exécution budgétaire ze kommen, fir lech um Lafenden ze halen, wou mer dru sinn, wéi mer weiderkommen, an, wa Schwieregkeete géife kommen, wouvun ech net ausginn, wat ech net hoffen, mä wann der géife kommen, lech och direkt dovunner au courant ze halen.

Eng Fro, déi nach ausgedréckt ginn ass, ass déi vun der Disponibilitéit vum Kommissär. Ech mengen, an där Réunioun, déi d'Travaux-publics-Kommissioun zesumme mat der Wirtschaftskommissioun hat, wou den designéierte Kommissär do war, fir lech op all déi Froen, déi Dir him wollt stellen, Äntwert ze ginn, hat d'Chamber Geleeënheet, fir Froen ze stellen, an huet och déi Äntwerte kritt. Um Schluss vun der Réunioun hunn ech net gesinn, dass nach onbeäntwert Froen oder onsatisfaisant beäntwert Froen opbliwwen wäeren.

Ech denken, dass déi Zäit, déi mer elo hunn, an d'Zäit dréckt, fir dee Projet a Realitéit ëmzesetzen, muss benotzt ginn, fir dat, wat mer elo um Plang hunn, dann och an d'Realitéit ëmzesetzen.

Ech soen all de Fraktiounen nach eng kéier Merci fir déi grouss Ënnerstëtzung.

» **M. le Président**.- Merci, Här Minister. Dir Dammen an Dir Hären, mir kommen dann zum Vote vun dem Projet iwwer eise Pavillon.

**Vote sur l'ensemble du projet de loi et dispense du second vote constitutionnel**

De Projet de loi 5911, Här Minister, ass eestëmmeg mat 60 Jo-Stëmmen ugehol.

*Ont voté oui: Mmes Sylvie Andrich-Duval, Nancy Arendt (par M. Marcel Oberweis), M. Lucien Clement, Mmes Christine Doerner, Marie-Josée Frank, Marie-Thérèse Gantenbein-Koullen, MM. Marcel Glesener, Norbert Hauptert (par M. Marco Schank), Mme Françoise Hetto-Gaasch (par M. Marc Spautz), MM. Ali Kaes, Paul-Henri Meyers, Laurent Mosar, Marcel Oberweis, Gilles Roth, Patrick Santer, Marcel Sauber (par Mme Sylvie Andrich-Duval), Jean-Paul Schaaf, Marco Schank, Marc Spautz, Mme Martine Stein-Mergen (par M. Lucien Clement), MM. Fred Sunnen, Lucien Thiel, Lucien Weiler et Michel Wolter (par M. Patrick Santer);*

*MM. Marc Angel, Alex Bodry (par Mme Claudia Dall'Agnol), John Castegnaro, Mme Claudia Dall'Agnol, M. Fernand Diederich, Mme Lydie Err, MM. Ben Fayot, Jean-Pierre Klein, Mme Lydia Mutsch (par M. Roland Schreiner), MM. Roger Negri, Jos Scheuer, Romain Schneider, Roland Schreiner et Mme Vera Spautz (par M. Roger Negri);*

*MM. Eugène Berger, Xavier Bettel, Mme Anne Brasseur, M. Fernand Etgen, Mme Collette Flesch (par M. Xavier Bettel), MM. Charles Goerens, Paul Helminger (par M. Fernand Etgen), Alexandre Krieles (par Mme Anne Brasseur), Claude Meisch (par M. Eugène Berger) et Carlo Wagner;*

*MM. Claude Adam, François Bausch (par Mme Viviane Loschetter), Félix Braz, Camille Gira, Jean Huss (par M. Camille Gira), Henri Kox et Mme Viviane Loschetter;*

*MM. Gast Gibéryen, Jacques-Yves Henckes, Jean-Pierre Koepp et Robert Mehlen;*

*M. Aly Jaerling.*

Gëtt d'Chamber d'Dispens vum zweete Vote constitutionnel?

(**Assentiment**)

Dann ass et esou décidéiert.

Mir kommen zum nächste Punkt vun eisem Ordre du jour. Dat ass de Projet iwwert d'Coopération interadministrative et judiciaire. De Rapporteur, den honorabelen Här Hauptert, kann haut de Moien net bei eis sinn, an duerfir dréit den Här Clement de Rapport vun der Kommissioun vir. Här Clement, Dir hutt d'Wuert.

**5. 5757 - Projet de loi ayant pour objet la coopération interadministrative et judiciaire et le renforcement des moyens de l'Administration des Contributions directes, de l'Administration de l'Enregistrement et des Domaines et de l'Administration des Douanes et Accises et portant modification de**

**- la loi modifiée du 12 février 1979 concernant la taxe sur la valeur ajoutée;**

**- la loi générale des impôts („Abgabenordnung“);**

**- la loi modifiée du 17 avril 1964 portant réorganisation de l'Administration des Contributions directes;**

**- la loi modifiée du 20 mars 1970 portant réorganisation de l'Administration de l'Enregistrement et des Domaines;**

**- la loi modifiée du 27 novembre 1933 concernant le recouvrement des contributions directes et des cotisations d'assurance sociale**

**Rapport de la Commission des Finances et du Budget**

» **M. Lucien Clement (CSV), en remplacement de M. Norbert Hauptert (CSV), rapporteur**.- Här President, Dir Dammen an Dir Hären, ech wëll dann och, wéi Dir et scho gemaach hutt, virausschécken, dass dat hei net mä Rapport ass, mä datt et deen ass vum Kolleeg Norbert Hauptert. Hien ass haut net hei, hien ass krank. Ech wëll him dann och vun dëser Plaz aus wënschen, dass hie geschwënn erëm hei ass.

(**Interruption**)

De Projet, dee mer hei ze stëmmen hunn, huet als Zil, eng besser Kooperatioun tëschent eenzel Verwaltungen a verschiddene Steierverwaltungen mat de Gerichtsinstanzen ze legaliséieren, fir éischstens op nationalem Plang eng besser Aarbecht vun den Administratiounen um Niveau vun der Besteuerung ze garantéieren an esou besser de Kampf géint d'Steierhannerzéiung unzegoen; zweetens, déi administrativ Aarbecht vun de Verwaltungen ze vereinfachen; drëttens, déi bürokratesch Aarbecht vun eenzelne Bierger an déi vun de Betriber dann och ze erliichteren.

Déi Zesummenaarbecht soll awer virun allem iwwert de Wee vun engem Austausch vun Informatiounen geschéien, am einfachsten iwwer en automatiséierte Procédé mat Hëllef vun enger Interconnexioun vun den Donnéeën. Dat alles awer ënnert der Garantie vun engem sécuriséierten, limitéierten a kontrolléierten Accès op déi friem Datebanken.

Et handelt sech also net ëm en allgemengen Austausch vun Informatiounen, mä nëmmen ëm déi Informatiounen, déi déi eenzel Verwaltung brauchen, fir hirer Aarbecht gerecht ze ginn.

Verschidden Informatiounen kënnen automatesch ausgetosch ginn, anerer kënnen nëmmen op Ufro vun den eenzelne Verwaltungen weidergereecht ginn, an anerer müssen anonymiséiert ginn, ier se un eng Verwaltung weidergeschéckt kënnen ginn.

Déi concernéiert Verwaltungen sinn d'Steierverwaltung, den Enregistrement, d'Douane, de Statec, de Ministère des Transports, d'Inspection générale de la Sécurité sociale, de Centre commun de la Sécurité sociale, d'Inspection du Travail et des Mines, de Centre national des prestations familiales, de Fonds national de la solidarité an d'Instances judiciaires.

De Projet legaliséiert och de gemeinsame Contrôle vun der Steierverwaltung an dem Enregistrement engersäits, an dem Enregistrement an der Douane anerersäits. Och d'Aktiounen „Coup de poing“, déi op de Chantescher vum Enregistrement zesumme mat der Douane an der ITM duerchgefouert ginn, kréien duerch dëse Projet eng legal Basis.

Fir d'Administratioun vum Enregistrement an den Domäne gesäit de Projet nach eng gesetzlech Verankerung vun der obligatorescher Kommunikatioun vun de Bicher vun de Contribuablë vir, an dat op informateschem Support, wann déi esou gefouert ginn.

Des Weidere gesäit de Projet vir, dass d'Verwaltung en Accès an déi professionell Gebailechkeete vum Betrib kritt, an eng méi streng Amende am Fall vu wëssentlecher Steierhannerzéiung. Fir d'Steierverwaltung gesäit de Projet vir, dass an Zukunft d'Steierkaarte vun der Verwaltung, an net méi vun de Mengemen ausgestallt ginn, esou wéi dat haut schonn de Fall bei de Grenzgänger ass.

De Projet gesäit och vir, dass d'Steierverwaltung eng Besteuerung ka virhuelen, sous ré-



serve vun engem spéidere Contrôle. Dat géif der Verwaltung d'Aarbecht bei de klengen Dossieren, wat éischter jo awer Routinedossiere sinn, erlichteren, esou datt se sech méi intensiv mat deene méi groussen a méi wichtigen Dossieren dann och kéint ofginn.

Wat d'Kollaboratioun mat den Instances judiciaires ubelaangt, esou sinn hei nëmmen d'Steierverwaltung an den Enregistrement beträff. Op Ufro vun de Justizautoritéite musse se Informatiounen liwweren, déi am Kader vun engem Strofverfahren en matière correctionnelle et criminelle kéinte gebraucht ginn.

Wat d'Kollaboratioun tëschent der Steierverwaltung, dem Enregistrement an dem Centre commun de la Sécurité sociale ubelaangt, esou soll den Austausch vun Informatiounen sech op d'Arriéréë beschränken am Fall, wou de Contribuable bei enger vun deene Verwaltungen a Verzug ass, wat d'Bezuelen ubelaangt. Dat, fir feststellen ze kënnen, ob eng Assignation en faillite opportun ass oder net.

Och sollen d'Steierverwaltungen bei dem Centre commun den Numm an d'Adress vun engem sengem Patron missen nofro kënnen, am Fall wou se bei engem Employé Steieren, Taxen, Loyer an esou weider iwwer eng Saisie mussen andreiwe goen.

De Statsrot hat besonnesch Problemer mat der Interconnexioun vun den Donnéeën. Eréischt wéi hien d'Garantie krut, datt den Text vum Projet a Kollaboratioun mat de Responsabele vun der Dateschutzkommission opgesat gouf an d'Garantie vun engem limitéierten, sécurisierteren a kontrolléierten Accès gi war, konnt hie seng Opposition dann och ophiewen.

D'Cofibu huet de schrëftleche Rapport mat Unanimitéit ugeholl a schléit da selbstverständlech och der Chamber vir, fir de Projet esou ze stëmmen, wéi en hei virläit.

Ech bréngen dann och nach den Accord zu dësem Projet vun der CSV-Fraktioun a soe Merci fir d'Nolauschteren.

» Une voix.- Très bien!

» M. le Président.- Merci, Här Clement. Wëllt nach soss een d'Wuert? Den Här Etgen huet d'Wuert.

Discussion générale

» M. Fernand Etgen (DP).- Här President, Dir Dammen an Dir Hären, virewech wëll ech dem Rapporteur, dem Här Lucien Clement, stellvertiedend fir den eigentleche Rapporteur, den Här Norbert Hauptert, Merci soe fir säi mëndleche wéi och fir säi kompetente schrëftleche Rapport zu dësem dach wichtige Gesetz. Als een, deen 30 Joer op enger vun deene concernéierte Verwaltungen geschafft huet, hätt ech et net kënnen besser maachen.

(Interruption)

Wat ech domadder wëll soen, ass, datt d'Politik sech aus der Manéier, wéi d'Fiskalverwaltungen d'Steierkontroll maachen a géint de Steuerbedruch virginn, soll eraushalen. Et ass awer un der Politik, de Kader ze schafen, datt d'Fiskalverwaltungen engem elementare Steuerprinzip kënnen gerecht ginn, nämlech dem Prinzip vun der Gläichheet vun de Bierger an de Betriber virun de Steieren.

Här President, zënter Jore stelle mer eng schwindend Steiermoral fest. Besonnesch bei der TVA huet sech ee System vun organisierter Steierhannerzëiung breetgemaach. Duerfir schwätze mer schonn zënter Jorzéngte vun engem besseren Zesummeschaffen an enger intensiver Kollaboratioun tëschent deenen eenzelne Verwaltungen. Am Rapport Krecké vun 1997 gouf souguer vun enger méiglecher Fusioun geschwat. An dësem Rapport gouf och festgehalten, datt d'Fiskalverwaltungen personell ënnerbesat wieren. Geschitt ass awer guer näischt.

D'Zuel vun de Steuerpflichtegen ass konstant gestiegen. D'Zuel vun de Fraudeuren och, awer an engem méi séiere Rhythmus. D'Zuel vun de Steuerbeamten dergéint huet stagnéiert. Eng ëmmer méi komplex Matière huet och mat sech bruecht, datt d'Fraudeure sech op spezifesch Aktionsfelder spezialiséiert hunn. De President vun der Gewerkschaft vun de Kaderbeamte vun der Steierverwaltung huet och duerfir kierzlech bei hirem Anniversaire gesot, Lëtzebuerg wier ee Steuerparadies, net wéinst dem Bankgeheimnis, mä weil mer hei zu Lëtzebuerg eng onzefridde stellend a lückenhaft Législatioun hunn an net genuch Fiskalbeamten, fir d'Anale vum de bestehende Gesetzer ze iwwerpräiwen.

Här President, Dir gesitt, dëst Gesetz setzt fir Lëtzebuerg Meilesteng an der Kooperatioun vu verschiddene Verwaltungen mat engem kloeren a präzise gesetzlechen Dispositiv. Et gouf bis elo keng gesetzlech Basis, fir Informatiounen tëschent de Verwaltungen

auszetauschen. Et goufe keng gemeinsam Steuerkontrolle vun deenen eenzelne Fiskalverwaltungen, déi op enger legaler Basis berout hunn. Et gouf keng systematesch Informatioun vu festgestallte Fraudé vun enger Verwaltung un déi aner.

Den Austausch vun elektronische Fichiere mat deene verschiddensten Donnéeë soll et erlaben, gefälscht, verfälscht oder ganz einfach falsch Piëcen ze detektéieren. Esou ee systematesch Virgoen hannerléisst beim Steuerpflichtegen ee kompetenten a seriösen Androck a verspricht eng grouss Effikassitéit. Déi nei gesetzlech Méiglechkeete verlaangen awer och vum Fiskalbeamte vill Fingerspëtzegefill. Mat Recht sinn duerfir Barrieren agebaut ginn, fir Abusen ze vermeiden.

Här President, et géllt déi ze bekämpfen, déi sech op d'Käschte vun der Kollektivitéit mat Sue vun der Kollektivitéit wëlle beräicheren. Mir hunn et hei mat enger méi sophistiquéierter Kriminalitéit ze dinn. Duerfir sinn ech als een, dee während Joren um Terrain matgewierkt huet, frou, den Accord vun der Demokratescher Partei zu dësem Gesetz ze ginn.

Ech soen Iech Merci.

» Une voix.- Très bien!

» M. le Président.- Merci, Här Etgen. Den honorabelen Här Ben Fayot huet d'Wuert.

» M. Ben Fayot (LSAP).- Här President, ech wollt effektiv, wéi den Här Etgen et och scho gemaach huet, drun erënneren, dass de 16. Abrëll 1997 den Här Deputéierte Jeannot Krecké am Optrag vum Staatsminister a Finanzminister deemools e Rapport iwwert d'Fraude fiscale zu Lëtzebuerg gemaach huet. Dee Rapport ass eigentlech à l'origine vun dësem Projet. Et ass also elo bal zwielef Joer hier, wou mer zu dësem Projet kommen.

Den Här Krecké hat deemools och, wéi den Här Etgen et richtegerweis gesot huet, un d'Fusioun vun deenen zwou Steierverwaltungen geduecht, mä well hie sech awer och geduecht huet, dass een zu Lëtzebuerg éischter méi Verwaltungen géif schafen, wéi manner, huet hien dann no anere Mesurë gekuckt an huet dann zum Beispill déi Mesure vun der Interaktioun vun de Verwaltungen, den Échange vun Informatioun, virgeschloen. Et ass just ze bedauern, dass dat esou laang gedauert huet.

Endlech kënnen mer dat, wat mer am Regierungsprogramm vun 2004 festgehalten hunn, trotzdem nach an dëser Legislatur stëmmen. Ech si frou doriwwer. D'LSAP wäert dëst selbstverständlech matstëmmen. Ech soen och dem Rapporteur Norbert Hauptert Merci fir seng Aarbecht.

» M. le Président.- Merci, Här Fayot. Domadder ass d'Diskussioun ofgeschloss an den Här Minister Luc Frieden krit d'Wuert.

» M. Luc Frieden, Ministre du Trésor et du Budget.- Här President, dëst ass eng wichtig Verwaltungsreform, well se d'Verwaltung méi modern a méi effikass mécht. Dir wësst awer, datt dat net ëmmer einfach ass. Wa jiddwereen eestëmmeg der Meinung wär, mir kéinten eng schnell Verwaltungsreform duerchzéien, da géifen déi Saache méi schnell goen. Mä d'Retissenzen, fir dat ze maachen, si grouss.

Ech wëll Iech iwwregens soen, net nëmmen op der Säit vun de Verwaltungen, mä ganz oft vun deenen och, déi Client vun de Verwaltungen sinn. Duerfir ass dat heiten awer e Schrëtt an eng richteg Richtung, mä ech wëll Iech just d'Schwieregkeeten um Wee dophinner net verstoppen.

Ech soen dat nämlecht och un d'Adress vum Vertrieeder vun der DP. All Kéiers dann, wa méi Kontrolle kommen, da gëtt dat interpretéiert als eng Attack op d'Betriber. Ech mengen, datt een och net ka mat der DP d'accord sinn, wann hei gesot gëtt, et wär automatesch eng schlecht Steiermoral bei de Betriber. Et gëtt vereenzelt Betriber, déi net hiren Obligatiounen nokommen. Duerfir muss ee mat geziilte Kontrolle kucken, datt een d'Fraudeuren erwëscht. An enger effikasser Verwaltung misst dat méiglech sinn.

Ech wëll och drun erënneren, datt déi zwou Regierungen, dës an déi virdrun, deenen dräi Finanzverwaltungen vill zousätzlecht Personal ginn hunn. Ech ka mech als Budgetminister an deenen zéng Joer - wéi gesot, an deenen zwou Koalitiounen - drun erënneren, datt mer Personal opgestockt hunn.

Ech mengen awer och, datt déi nei Technologien - an déi Verwaltungen sinn an deene leschte Joren héich informatiséiert ginn - et och misste méiglech maachen, vläicht och d'Verwaltungsprozesser méi effikass ze

maachen an och sécherzestellen, datt een net brauch am Detail all kleng Deklaratioun nozekucken, mä datt ee sech ka konzentrieren op déi grouss Steierzueler a virun allem déi, déi am TVA-Beräich zum Beispill Fraude Carrousel an esou Saache maachen, déi de Lëtzebuurger Stat wéi och d'Etat ronderëm vill Sue kaschten.

Ech mengen, datt dat hei eng gutt Reform ass, datt et gutt wär, wa mer géifen um Reformwee vun de Verwaltungen virgoen an datt d'Verwaltungen och selwer géife kucken, fir kënnen nach méi effikass hir Aarbecht ze maachen, fir méi schnell kënnen d'Suen anzendreiwen, an d'Steierzueler alleguerten och kéinten a géife vill méi schnell hir Steiere bezuelen.

Ech hu gemierkt, wéi ech deemools e Projet de loi hei déposéiert hunn iwwert d'Lutte géint Failliten, datt deen an der Chamber och hänke bliwwen ass, well do gesot ginn ass: Oh jo, dat do mécht et awer vill méi schwierig fir d'Betribskultur, fir den Esprit d'entreprendre. Hei si mer e bëssen an der nämlecher Philosophie.

Duerfir wär et gutt, wa mer all zesummen, vläicht och an deem Dossier an an där Kommissioun iwwert d'Kris, géife kucken: Wéi kënnen mer sécherstellen, datt d'Steierverwaltungen nach méi effikass ginn, datt mer méi schnell kënnen d'Suen andreiwen an datt jiddwereen och méi schnell op eng effikass Aart a Weis seng Steieren, déi hie muss bezuelen, och géif bezuelen?

Mir hu gëschter d'Steier erofgesat. Dat war eng gutt Moosnam. Also muss een och déi Steieren, déi elo nach méi niddreg sinn, och wëlle bezuelen. Well mat deene Sue kënnen mer déi Schoulen, déi Stroossen an déi Schinne bauen, déi mer brauchen.

Ech stellen hei mat grousser Satisfaktioun fest, datt jiddweree fir effikass Steierverwaltungen ass, datt jiddweree fir eng gutt Kooperatioun tëschent de Steierverwaltungen ass, datt jiddwereen der Meinung ass, datt d'Steiermoral eppes Wichteges ass an datt jiddweree muss seng Steiere schnell bezuelen.

Merci.

» M. le Président.- Merci, Här Minister. Den Här Goerens huet d'Wuert nach gefrot.

» M. Charles Goerens (DP).- Här President, ech froen d'Parole après ministre, well ech si mat Villem d'accord, wat den Här Frieden elo grad gesot huet, mä mat där pauschaler Interpretatioun iwwert dat, wat den Här Etgen gesot huet, sinn ech net d'accord.

Well den Här Etgen wollt am Fong soen: Et sinn eng Partie Leit, déi vläicht Schwierigkeiten hunn, fir hir Steieren zur Zäit ze bezuelen oder déi einfach net wëlle bezuelen. Där gëtt et. Dat wësse mer alleguerten. Soss bräichte mer jo keng Kontroll an de Steierverwaltungen, déi géifen deenen dote Mësstänn nogoen.

Der DP hir Positioun iwwert d'Steiermoral ass folgend: Wa jiddweree seng Steiere bezuelt, da bezuele mer der alleguer manner. An dat ass dorop, wou mer wëllen higoen. Dat ass méi mëttelstandsfördernd, wéi wa mer hei pauschal Condamnatiounen maache vun engem. An dat huet den Här Etgen net gesot. Ech wollt dat hei redresséiert hunn.

» Une voix.- Très bien!

» M. le Président.- Dir Dammen an Dir Hären,...

» M. Luc Frieden, Ministre du Trésor et du Budget.- Da sinn ech mam Här Goerens d'accord.

» M. le Président.- ...mir kommen elo zum Vote vum Projet de loi.

Vote sur l'ensemble du projet de loi et dispense du second vote constitutionnel

De Projet de loi 5757 ass eestëmmeg mat 60 Jo-Stëmmen ugeholl.

Ont voté oui: Mmes Sylvie Andrich-Duval, Nancy Arendt (par M. Marcel Oberweis), M. Lucien Clement, Mmes Christine Doerner, Marie-Josée Frank, Marie-Thérèse Gantenbein-Koullen, MM. Marcel Glesener, Norbert Hauptert (par M. Marco Schank), Mme Françoise Hetto-Gaasch (par M. Marc Spautz), MM. Ali Kaes, Paul-Henri Meyers, Laurent Mosar, Marcel Oberweis, Gilles Roth, Patrick Santer, Marcel Sauber (par Mme Sylvie Andrich-Duval), Jean-Paul Schaaf, Marco Schank, Marc Spautz, Mme Martine Stein-Mergen (par M. Lucien Thiel), MM. Fred Sunnen, Lucien Thiel, Lucien Weiler et Michel Wolter (par M. Paul-Henri Meyers);

MM. Marc Angel, Alex Bodry (par Mme Claudia Dall'Agnol), John Castegnaro, Mme Claudia Dall'Agnol, M. Fernand Diederich, Mme Lydie Err (par M. Roger Negri), MM.

Ben Fayot, Jean-Pierre Klein, Mme Lydia Mutsch (par M. Roland Schreiner), MM. Roger Negri, Jos Scheuer, Romain Schneider, Roland Schreiner et Mme Vera Spautz (par M. Romain Schneider);

MM. Eugène Berger, Xavier Bettel, Mme Anne Brasseur, M. Fernand Etgen, Mme Collette Flesch (par M. Carlo Wagner), MM. Charles Goerens, Paul Helminger (par M. Fernand Etgen), Alexandre Krieps (par Mme Anne Brasseur), Claude Meisch (par M. Xavier Bettel) et Carlo Wagner;

MM. Claude Adam, François Bausch (par Mme Viviane Loschetter), Félix Braz, Camille Gira, Jean Huss, Henri Kox et Mme Viviane Loschetter;

MM. Gast Gibéryen, Jacques-Yves Henckes, Jean-Pierre Koepp et Robert Mehlen;

M. Aly Jaerling.

Gëtt d'Chamber d'Dispens vum zweete Vote constitutionnel?

(Assentiment)

Dann ass et esou décidéiert.

Dir Dammen an Dir Hären, mir kommen zum nächste Punkt vun eisem Ordre du jour. Dat sinn d'Amendementen zu de Statuten vum FMI. D'Wuert huet de Rapporteur, den honorabelen Här Mosar.

6. 5902 - Projet de loi

- approuvant la participation du Grand-Duché de Luxembourg à la 15<sup>e</sup> reconstitution des ressources de l'Association internationale de développement

- approuvant l'amendement des Statuts du Fonds monétaire international en faveur d'une extension de l'autorité d'investissement du Fonds

- approuvant l'amendement des Statuts du Fonds monétaire international modifiant la structure des quotes-parts et renforçant la représentation des pays à faible revenu, et autorisant le Gouvernement à prendre les mesures nécessaires à l'augmentation de la quote-part du Luxembourg au Fonds monétaire international

Rapport de la Commission des Finances et du Budget

» M. Laurent Mosar (CSV), rapporteur.- Här President, Dir Dammen an Dir Hären, de Projet de loi, deenen ech de Moien de Pléséier hunn Iech hei virstellen, huet zwee Objektiv. Éischtens geet et ëm d'Actualisatioun vun den Engagementer vun eisem Land bei der Association internationale de développement an op där anerer Säit ëm eng Approbatioun vun zwee Amendementen beim Statut vum Fonds monétaire international.

Den éischten Amendement wëllt de Pouvoir d'investissement vergrësseren an deen zweeten d'Governance vum Fonds monétaire international reforméieren. Zu Ärer Erënnerung wëll ech nach eng Kéier soen, datt d'Association internationale de développement a sech eng Filial vun der Weltbank ass, déi a sech hir finanziell Ressourcen ënnert der Form vu Prêten an Donen un déi äermste Länner vun der Welt accordeiert.

Déi Kreditter vun der AID generéiere keng Zënse, a fir kënnen vun der Hëllef vun der AID ze profitéieren, dierf d'Akonomie pro Awunner vun engem Land net de Plaffong vun 1.065 US-Dollar dépasséieren.

Eist Land wäert de Bäitrag vu 40,27 Milliounen Euro bei der 15. Rekonstitutioun vun de Ressourcë bäisteieren. Dat mécht e Prozentsaz vun 0,19% aus vum Gesamtfinanzement vun der Associatioun an domat leescht Lëtzebuerg dee gréissten Undeel, deen et bis elo gelescht huet.



Zu dëser Kontributioun ass nach ze soen, datt säit der Kreatioun vun der Association internationale de développement Lëtzebuerg am Ganzen 213 Milliounen Dollar zougesteuert huet.

Wéi gétt elo déi Kontributioun finanziéiert? A sech duerch d'Emissioun vun engem Bon de trésor, deen iwwer e virgenanntene Betrag ausgestallt gétt.

Här President, wat elo d'Statute vum Fonds monétaire international ugeet, ass virgesinn, datt par rapport zu senger Gouvernance de System vun de Quotes-parts wäert reajustéiert ginn.

Hei geet et op där enger Säit drëm, fir dem gewuessene wirtschaftlechen Dynamismus vun de sougenanntene Pays émergents besser Rechnung ze droen, an op där anerer Säit den Entwécklungslänner, déi sech ënnerrepräsentéiert fillen, méi Gewiicht ze ginn.

D'Reform, déi mer heimat gutthalen, huet a sech dräi Objektiv: Éischtens soll méi Rechnung gedroe gi vun de wirtschaftleche Realitéite vun de Memberstaaten. An dat huet dann och als Konsequenz, datt den aktuelle Berechnungssystem vun de Quotes-parts reforméiert gétt. Zweetens soll eng nei Methodologie d'Situatioun vun der Ënnerrepresentatioun vun den Entwécklungslänner verbessern, an drëttens soll d'Representatioun vun deenen äermste Länner vun der Welt an deem Sënn reforméiert ginn, datt si méi Stëmmrechter kréien an datt och hir Representatioun am Conseil verstärkt gétt.

Wat sinn dovunner d'Konsequenze fir eist Land? Momentan huet Lëtzebuerg am Ganzen 279,1 Millioun Euro Droits de tirage spéciaux. An dëse Gesamtbetrag soll elo op 418,7 Milliounen Rechter erhéicht ginn, esou datt d'Quote-part vun eisem Land erop wäert goe vun 0,131 op 0,176%.

Alles dat kléngt relativ komplizéiert an ass et och. Wat awer wichteg ass, an dat wëll ech hei och nach eng kéier zréckbehalen, ass, datt d'Quote-part, déi Lëtzebuerg am FMI iwwer seng Zentralbank hält, wäert eropgoen, an domat och d'Gewiicht vun eisem Land an dësem wichtege Gremium.

Dat gesot, géif ech lech dann och bieden, Är Zoustëmmung dësem wichtege Projet ze ginn, an ech bréngen direkt och d'Zoustëmmung vun der CSV-Fraktioun.

Ech soen lech Merci.

» **Plusieurs voix**.- Très bien!

» **M. le Président**.- Merci, Här Mosar. Wa soss kee méi d'Wuert zu dësem Projet ergräift, da géif ech dem honorabelen Här Mosar am Numm vun eis alleguerte Merci soe fir de Rapport vun der Kommissioun a mir kéimen zum Vote vun dësem Projet.

**Vote sur l'ensemble du projet de loi et dispense du second vote constitutionnel**

De Projet de loi 5902 ass eestëmmeg mat 60 Jo-Stëmmen ugehall.

*Ont voté oui: Mmes Sylvie Andrich-Duval, Nancy Arendt (par M. Marcel Oberweis), M. Lucien Clement, Mmes Christine Doerner, Marie-Josée Frank, Marie-Thérèse Gantenbein-Koullen, MM. Marcel Glesener, Norbert Hauptert (par M. Marco Schank), Mme Françoise Hetto-Gaasch (par M. Marc Spautz), MM. Ali Kaes, Paul-Henri Meyers, Laurent Mosar, Marcel Oberweis, Gilles Roth, Patrick Santer, Marcel Sauber (par Mme Sylvie Andrich-Duval), Jean-Paul Schaaf, Marco Schank, Marc Spautz, Mme Martine Stein-Mergen (par M. Laurent Mosar), MM. Fred Sunnen, Lucien Thiel, Lucien Weiler et Michel Wolter (par M. Paul-Henri Meyers);*

*MM. Marc Angel, Alex Bodry (par M. Roland Schreiner), John Castegnaro, Mme Claudia Dall'Agnol, M. Fernand Diederich, Mme Lydie Err (par Mme Claudia Dall'Agnol), MM. Ben Fayot, Jean-Pierre Klein, Mme Lydia Mutsch (par M. Roger Negri), MM. Roger Negri, Jos Scheuer, Romain Schneider, Roland Schreiner et Mme Vera Spautz (par M. Fernand Diederich);*

*MM. Eugène Berger, Xavier Bettel, Mme Anne Brasseur, M. Fernand Etgen, Mme Collette Flesch (par M. Carlo Wagner), MM. Charles Goerens, Paul Helminger (par Mme Anne Brasseur), Alexandre Krieps (par M. Fernand Etgen), Claude Meisch (par M. Xavier Bettel) et Carlo Wagner;*

*MM. Claude Adam, François Bausch (par Mme Viviane Loschetter), Félix Braz, Camille Gira, Jean Huss, Henri Kox et Mme Viviane Loschetter;*

*MM. Gast Gibéryen, Jacques-Yves Henckes, Jean-Pierre Koepp et Robert Mehlen;*

*M. Aly Jaerling.*

Gétt d'Chamber och hei d'Dispens vum zweete Vote constitutionnel?

**(Assentiment)**

Dann ass et esou décidéiert.

Mir kommen dann zu deenen zwee Projeten iwwert déi Konventiounen tëschent Lëtzebuerg a Montenegro an tëschent Lëtzebuerg an der République de Macédoine. Ass d'Chamber d'accord, wa mer et géife folgendermoosse maachen: Déi zwee Rapporteure géife fir d'éischt exposéieren, a wann dann d'Fraktiounen wëlle Stellung huelen, da kënnen se dat gemeinsam zu deenen zwee Projekte maachen?

**(Assentiment)**

Gutt. Dann huele mer fir d'éischt de Projet iwwer Mazedonien, wou den honorabelen Här Député-maire vu Wolz, den Här Schneider, Rapporteur ass. Här Schneider, Dir hutt d'Wuert.

» **M. Romain Schneider (LSAP), rapporteur**.- Entschëllegt, Här President: Wéi ee Projet fir d'éischt?

» **M. le Président**.- Dir sidd Rapporteur vun deenen zwee? Dann huet Mazedonien, de Projet de loi 5768 fir d'éischt.

## 7. 5768 - Projet de loi portant approbation de la Convention en matière de sécurité sociale entre le Grand-Duché de Luxembourg et la République de Macédoine, faite à Luxembourg, le 28 novembre 2006

**Rapport de la Commission de la Santé et de la Sécurité sociale**

» **M. Romain Schneider (LSAP), rapporteur**.- Här President, Dir Dammen an Dir Hären, mir géifen zu deenen zwee Projets de convention kommen an der Matière vun der Sécurité sociale. Deen éischten, de 5768, deenen, dee Lëtzebuerg gemaach huet mat der Republik vu Mazedonien, ass gemaach ginn zu Lëtzebuerg hei den 28. November 2006.

Dëse Projet gouf vun eisem Gesondheits- a Minister vun der Sécurité sociale, dem Här Mars Di Bartolomeo, déposéiert de 4. September 2007. De Statsrot huet säin Avis den 1. Juli 2008 ginn. An der Réunionum vum 9. Oktober 2008 huet d'Gesondheits- an d'Kommissioun vun der Sécurité sociale mech als Rapporteur bestëmmt. Mir hunn den Avis vum Statsrot gekuckt de 27. November an eiser Sitzung an hunn do den 11. Dezember de Rapport unanime ugehall.

Wat ass elo den Objet vun dësem Projet de loi, dee wéi gesot eng Konventioun ass an der Matière vun der Sécurité sociale, déi Lëtzebuerg mat Mazedonien ofschléisst, wouduerch déi al Konventioun, déi bestanen huet an dësem Beräich vun der Sécurité sociale tëschent Lëtzebuerg an der République fédérative populaire vu Jugoslawien, déi vum 13. Oktober 1954 war, duerch e méi neit, e méi modern Instrument ersat gétt?

Dës Konventioun garantéiert also all d'Rechter a Matière vun der sozialer Sécherheet, fir all Persounen, déi souwuel sukzessiv wéi alternativ engem oder deem anere Regime vun de Staten ënnerleien.

Et suivéiert am Generellen eigentlech déi Konventiounen, déi mer ëmmer maachen. Bilateral Konventiounen, déi ofgeschloss ginn tëschent Lëtzebuerg an deenen eenzelne Staten, an et lehnt sech gréissten-deels un de Règlement communautaire, de 1408/71, dee gutt bekannt ass bei eis, deenen iwwert d'Travailleur migrants.

D'Applikatiounen dervu ginn op déi eenzel Beräicher vun der Sécurité sociale eran. Et sinn dat d'Assurance maladie, Maternité, d'Assurance accident du travail, awer och d'Maladie professionnelle. Et ass dat d'Assurance pension de vieillesse, d'invalidité et de survie. Et sinn dat d'Prestations familiales. Ausgeschloss dervun ass de Volet vun der Assistance sociale, awer och bei de Prestatiounen vun de Victimes de guerre.

Dës Konventioun ass wéi all déi aner Konventiounen net applicabel op a viséiert net d'Assurance dépendance. Betrafft dervu sinn all Leit mat kenger Distinction vun Na-

tionalitéit, a si begräift sech op d'Persounen selwer souwéi och hir Familljen an hir Survivants. Ageschloss an dës Konventioun sinn och d'Studenten. Ausgeschloss dervunner ass d'Reglementatioun iwwert de Chômage, dee vun engem Land an dat aner ka mat eriwwegeholl ginn, iwwert dee sougenannte Formular E303. Dat spillt hei net. Et huet een also net d'Recht, seng Rechter mat eriwwehuelen an 90 Deeg an deem anere Land bezuelt kënnen eng Aarbechtsplaz ze sichen.

De Statsrot huet säin Avis heizou ginn. E war och unanime dermat d'accord an hat weider keng Objektionen. Ausser engem Wuert dran, wou eigentlech déi generell Législatioun, déi mer ëmmer gebrauche fir ze schwätzen, geännert gouf. Hei gouf geschriwwen vun enger Pension de vieillesse, d'invalidité et de décès. Normalerweis benotze mir den Term vun „survie“. Hei gouf en „décès“. Mir hunn drop opmierksam gemaach an der Kommissioun a fuerderen d'Regierung op, bei deenen nächste Konventiounen drop opzepassen, datt mer all Kéiers den Term vun „survie“ hei solle gebrauchen.

Mir kënnen an dëser Konventioun awer elo de Projet de loi net änneren, well soss misst jo d'Konventioun op béide Säite geännert ginn, esou datt mer also hei den Décès stoen hunn. Mir weisen awer drop hin, datt an deenen nächste Konventiounen dat soll richteggestallt ginn.

D'Kommissioun huet also den Avis vum Statsrot gekuckt, huet och iwwert de Rapport diskutéiert, huet dëse Rapport unanime akzeptéiert, an ech bieden d'Chamber, och am Numm vun der Kommissioun dëse Rapport ze akzeptéieren, dëse Projet de loi ze stëmmen. D'LSAP gétt op jidde Fall d'Zoustëmmung zu dësem Projet de loi.

» **Plusieurs voix**.- Très bien!

## 8. 5885 - Projet de loi portant approbation de la Convention entre le Grand-Duché de Luxembourg et le Monténégro en matière de sécurité sociale

**Rapport de la Commission de la Santé et de la Sécurité sociale**

» **M. Romain Schneider (LSAP), rapporteur**.- Dann datselwecht, Här President, wann Der erlaabt, nach eng kéier fir de Projet 5885, wou vill Saache sinn, déi sech widerhuelen, well et eigentlech eng selwecht bilateral Konventioun ass, déi mat engem Stat ofgeschloss gétt. Hei geet et ëm de Projet 5885, eng Konventioun tëschent Lëtzebuerg a Montenegro.

Dëst ass eng Konventioun, déi vum Gesondheits- a Sécurité-sociale-Minister den 29. Mee 2008 déposéiert gouf. De Statsrot huet säin Avis den 11. Juli 2008 ginn. Ech gouf Rapporteur genannt an darselwechter Sitzung erëm den 9. Oktober 2008. A senger Sitzung vum 27. November huet d'Kommissioun d'Avisë vum Statsrot gekuckt, an den 11. Dezember gouf de Rapport unanime akzeptéiert.

Wat ass elo den Objet vun dësem Projet de loi? Et ass eigentlech deeselwechten, dee mer virdrun hate mat Mazedonien. Et ass eng Konventioun, déi, wéi gesot, an der Matière vun der Sécurité sociale erëm gemaach ginn ass. Et ass eng, déi hei zu Lëtzebuerg ënnerschriwwen gouf den 19. Februar 2008, an déi Konventioun ersetzt déi, déi Lëtzebuerg bis elo mat der Communauté d'États Serbien-Montenegro am Beräich vun der Sécurité sociale hat, déi deemools zu Belgrad ënnerschriwwen gi war de 27. Oktober 2003.

Dës nei bilateral Konventioun ass also virun allem eng Adaptatioun, déi noutwendeg gouf, an dat opgrond vun der Indépendance vu Montenegro. Wat d'Konventioun mat Serbien betrëfft, esou bleift déi al Konventioun, déi zu Belgrad deemools ënnerschriwwen gouf, weider bestoen, fir d'Relatiounen an der Matière Sécurité sociale mat Serbien ze regelen.

D'Matière dovun ass, datt et, wéi gesot, erëm eng kéier all d'Rechter sinn, déi mer an der Sécurité sociale erëmfannen. D'Basis dovun ass déiselwecht, déi mer an de bilaterale Konventiounen erëmfannen, déi ofgeschloss ginn, an d'Grondbasis ass ëmmer déi vun der Communauté européenne (CE)1408/71, déi vun de Migratiounen, vun den Travailleur migrants. Also d'Méiglechkeet, dat jiddweree sech déplacéiere kann an en aner europäescht Land, fir eng Aarbechtsplaz ze sichen.

D'Applikatioun vun dësen eenzelne Champs d'application betrëfft, wéi virausen

och gesot, déi eenzel Beräicher vun der Sécurité sociale, vun der Assurance maladie, Maternité, iwwert d'Assurance accident bis hin zur Assurance pension vieillesse, d'invalidité et de survie an d'Prestations de chômage souwéi och d'Prestations familiales.

Ausgeschloss sinn alt erëm eng kéier d'Assistance sociale an d'Prestations aux victimes de guerre. Net abegraff an der Konventioun ass och de Beräich vun der Assurance dépendance. D'Konventioun applizéiert sech op all Persounen, ouni Ënnerschied vun Nationalitéit, awer och op all Familljememberen an all Membere vu Survivanten, déi do kënnen betraff sinn. An et begräift, beinhalt och d'Studenten, déi heimadder mentionnéiert ginn.

An déiselwecht Remarque gëllt, déi ech virausen gemaach hat iwwert d'Mathuele vum Chômage an en aner Land, dat ass och hei net méiglech. Den Avis vum Conseil d'État war hei ganz kuerz, well alles an der Rei war a well de Conseil d'État a senger Integralitéit dësem Projet de loi seng Zoustëmmung ginn huet. Dat huet och d'Chamberskommissioun am Rapport gemaach an dësem Rapport och unanime hir Zoustëmmung ginn.

Ech wëll och, am Numm vun der LSAP, hei eis Zoustëmmung zu dëser bilateraler Konventioun ginn.

Ech soen lech Merci.

» **Plusieurs voix**.- Très bien!

## 9. 5768 - Projet de loi portant approbation de la Convention en matière de sécurité sociale entre le Grand-Duché de Luxembourg et la République de Macédoine, faite à Luxembourg, le 28 novembre 2006

## 5885 - Projet de loi portant approbation de la Convention entre le Grand-Duché de Luxembourg et le Monténégro en matière de sécurité sociale - (suite)

» **M. le Président**.- Voilà, Dir Dammen an Dir Hären, ech géif am Numm vun lech alleguerten dem honorabelen Här Schneider Merci soe fir seng gutt Aarbecht, fir d'Rapporten, déi hien hei am Numm vun der Kommissioun virgeluecht huet, an ech géif lech proposéieren, dass mer zum Vote kéimen iwwert déi zwou Konventiounen. Mir huele fir d'éischt déi mat Mazedonien.

**Vote sur l'ensemble du projet de loi 5768 et dispense du second vote constitutionnel**

De Projet de loi 5768 ass ugehall mat 59 Jo-Stëmmen.

*Ont voté oui: Mmes Sylvie Andrich-Duval, Nancy Arendt (par Mme Christine Doerner), M. Lucien Clement, Mmes Christine Doerner, Marie-Josée Frank, Marie-Thérèse Gantenbein-Koullen, MM. Marcel Glesener, Norbert Hauptert (par M. Marco Schank), Mme Françoise Hetto-Gaasch (par M. Marc Spautz), MM. Ali Kaes, Paul-Henri Meyers, Laurent Mosar, Marcel Oberweis, Gilles Roth, Patrick Santer, Jean-Paul Schaaf, Marco Schank, Marc Spautz, Mme Martine Stein-Mergen (par M. Lucien Thiel), MM. Fred Sunnen, Lucien Thiel, Lucien Weiler et Michel Wolter (par M. Patrick Santer);*

*MM. Marc Angel, Alex Bodry (par Mme Claudia Dall'Agnol), John Castegnaro, Mme Claudia Dall'Agnol, M. Fernand Diederich, Mme Lydie Err, MM. Ben Fayot, Jean-Pierre Klein, Mme Lydia Mutsch (par M. Roland Schreiner), MM. Roger Negri, Jos Scheuer, Romain Schneider, Roland Schreiner et Mme Vera Spautz (par M. Ben Fayot);*

*MM. Eugène Berger, Xavier Bettel, Mme Anne Brasseur, M. Fernand Etgen, Mme Collette Flesch (par M. Carlo Wagner), MM. Charles Goerens, Paul Helminger (par Mme Anne Brasseur), Alexandre Krieps (par M. Fernand Etgen), Claude Meisch (par M. Xavier Bettel) et Carlo Wagner;*

*MM. Claude Adam, François Bausch (par Mme Viviane Loschetter), Félix Braz, Camille Gira, Jean Huss (par M. Félix Braz), Henri Kox et Mme Viviane Loschetter;*

*MM. Gast Gibéryen, Jacques-Yves Henckes, Jean-Pierre Koepp et Robert Mehlen;*

*M. Aly Jaerling.*

Gétt d'Chamber d'Dispens vum zweete Vote constitutionnel?

**(Assentiment)**

Dann ass et esou décidéiert.



Da stëmme mer elo of iwwert d’Konventioun mat Montenegro.

**Vote sur l’ensemble du projet de loi 5885 et dispense du second vote constitutionnel**

De Projet de loi 5885 ass eestëmmeg ugeholl mat 60 Jo-Stëmmen.

*Ont voté oui: Mmes Sylvie Andrich-Duval, Nancy Arendt (par M. Marcel Oberweis), M. Lucien Clement, Mmes Christine Doerner, Marie-Josée Frank, Marie-Thérèse Gantenbein-Koullen, MM. Marcel Glesener, Norbert Hauptert (par M. Marco Schank), Mme Françoise Hetto-Gaasch (par M. Lucien Clement), MM. Ali Kaes, Paul-Henri Meyers, Laurent Mosar, Marcel Oberweis, Gilles Roth, Patrick Santer, Marcel Sauber (par Mme Sylvie Andrich-Duval), Jean-Paul Schaaf, Marco Schank, Marc Spautz, Mme Martine Stein-Mergen (par M. Lucien Thiel), MM. Fred Sunnen, Lucien Thiel, Lucien Weiler et Michel Wolter (par M. Patrick Santer);*

*MM. Marc Angel, Alex Bodry (par Mme Claudia Dall’Agnol), John Castegnaro, Mme Claudia Dall’Agnol, M. Fernand Diederich, Mme Lydie Err, MM. Ben Fayot, Jean-Pierre Klein, Mme Lydia Mutsch (par M. Roland Schreiner), MM. Roger Negri, Jos Scheuer, Romain Schneider, Roland Schreiner et Mme Vera Spautz (par M. Ben Fayot);*

*MM. Eugène Berger, Xavier Bettel, Mme Anne Brasseur, M. Fernand Etgen, Mme Colette Flesch (par M. Fernand Etgen), MM. Charles Goerens, Paul Helminger (par M. Carlo Wagner), Alexandre Krieps (par M. Eugène Berger), Claude Meisch (par M. Xavier Bettel) et Carlo Wagner;*

*MM. Claude Adam, François Bausch (par Mme Viviane Loschetter), Félix Braz, Camille Gira, Jean Huss (par M. Félix Braz), Henri Kox et Mme Viviane Loschetter;*

*MM. Gast Gibéryen, Jacques-Yves Henckes, Jean-Pierre Koepp et Robert Mehlen;*

*M. Aly Jaerling.*

Gëtt och hei d’Chamber d’Dispens vum zweete Vote constitutionnel?

**(Assentiment)**

Dann ass et esou décidéiert.

Dir Dammen an Dir Hären, mir si relativ fréi haut de Moien dru mat eisem Ordre du jour. Ech wollt d’Chamber froen, vu dass d’Leit alleguer hei sinn, de Rapporteur hei ass, de Minister hei ass, ob mer net sollten elo mat deem nächste Projet, deem vun de Renten, weiderfueren, da si mer nämlech haut de Mëtteg gegebenenfalls éischter fräi? Wat hält d’Chamber dovunner?

**(Interruptions)**

Jo, mir fuere bis 12, 12.15 Auer. Mir gi souwisou, mengen ech, de Moien net fäerdeg mat dësem Projet. Ech gesinn, et ass Unanimitéit do. Da komme mer zu dësem Projet, e wichtege Projet iwwert d’Upassung vun de Renten a Pensiounen un de Liewensniveau vun 2007. Den Här Goerens freet d’Wuert.

» **M. Charles Goerens (DP).**- Här President, eisen Orateur mandaté hat de Moien aner Rendez-vousen an hien huet sech virbereet, fir de Mëtteg ze schwätzen, esou wéi et virgesi war.

» **M. le Président.**- Gutt, mir fueren da mam Ordre du jour esou wäit wéi mer kommen, an haut de Mëtteg, wann Ären Orateur dann hei ass, da kënt hien haut de Mëtteg drun. Mir huelen dann elo de Projet iwwert den Ajustement vun de Renten a Pensiounen direkt op den Ordre du jour. Den hono­rabelen Député-Maire vu Wolz, den Här Schneider, deen eis haut de Moie méi oft hei beéiert, kritt elo d’Wuert, fir de Rapport iwwert dëse Projet ze maachen.

Ech wëll nach soen, dass hei als Riedner ageschriwwe sinn: déi Häre Spautz, Krieps, Schneider, Braz, Gibéryen a Meyers. Also gesitt Der, datt mer haut de Moien domat net fäerdeg wäerte ginn. Den Här Schneider huet d’Wuert, fir déi zwee Projeten ze presentéieren.

## 10. 5941 - Projet de loi portant ajustement des pensions et rentes accident au niveau de vie 2007

### 5839 - Projet de loi modifiant

### 1. la loi modifiée du 28 juillet 2000 ayant pour objet la coordination des régimes légaux de pension;

### 2. le Code de la Sécurité sociale;

### 3. la loi modifiée du 26 mai 1954 réglant les pensions des fonctionnaires de l’État;

### 4. la loi modifiée du 27 août 1977 concernant le statut des fonctionnaires entrés au service d’Institutions internationales;

### 5. la loi modifiée du 3 août 1998 instituant des régimes de pension spéciaux pour les fonctionnaires de l’État et des communes ainsi que pour les agents de la Société nationale des Chemins de Fer luxembourgeois;

### 6. la loi du 23 décembre 1998 relative au statut monétaire et à la Banque centrale du Luxembourg

**Rapports de la Commission de la Santé et de la Sécurité sociale**

» **M. Romain Schneider (LSAP), rapporteur.**- Merci, Här President. Ech kann also de Moien dat ofschléissen, wat ech de Mëtteg eigentlech virgesinn hat. Den Här Gesondheetsminister ass jo age­traff, esou datt hien eis och op déi puer Froen, déi zu deene Projeten nach bestinn, entweder de Moien oder de Mëtteg kann äntwerten.

Op eisem Ordre du jour sinn effektiv déi zwee Projets de loi virgesinn, fir zesumme behandelt ze ginn. Ech wollt awer eng kloer Trennung tëschent deenen zwee maachen, well eigentlech den Ajustement vun de Pensioune ganz weé­neg ze dinn huet mat deene Modifikatiounen, deenen Ännerungen, déi mer am Gesetz iwwert de Koordinationsregime vun de Pensioune maachen. Duerfir géif ech fir d’éischt ufänke mat dem Projet 5941, an ech mengen, och d’Diskussioune misst ee separat doriwwer féieren, well se eigentlech ganz weé­neg, ausser verschidde Voletë vum Finanzement eventuell, mateneen ze dinn hunn.

De Projet de loi 5941 ass ee ganz flotten, dee mer kënn virun Enn dës Joers presentéieren. An en Donneschdeg de Moien hu mer nach eng Kéier een, dee sech eigentlech och ëm deeselwechte Volet dréit, dee vun der Adaptatioun vum Mindestloun. Hei ass eben de Moien elo d’Adaptatioun vun de Pensiounen an de Rentes-accident op den Niveau de vie 2007.

Dëse Projet de loi gouf den 21. Oktober 2008 vum Minister Mars Di Bartolomeo déposéiert. An der Réunion vum 4. Dezember 2008 gouf ech vun der Kommissioun als Rapporteur bestëmmt. Den Avis vum Statsrot ass vun der Kommissioun gekuckt ginn, an de Rapport gouf duerno och unanime vun der Kommissioun akzeptéiert.

Den Objet vun dësem Projet de loi ass deen, datt, laut Artikel 225 Alinea 4 vum Code de la Sécurité sociale, d’Regierung all zwee Joer préift, ob eng Revisioun vum Facteur d’ajustement vun den Evolutiounen vum Niveau moyen vun de Salairen, vun den Traitementer gemaach muss ginn. D’Regierung leet dann all Kiéiers der Chamber och en détailléierte Rapport derbäi, deen Der och an Ärem Document parlementaire erëmfonnt hutt.

Säit 1995 remplaceiert dësen Indicateur unique och déi zwee Indicateuren, déi vir­dru bestanen hunn, deen ee fir d’Pensiounen, deen anere fir de Mindestloun. Zënter 1995 ersetze mer déi duerch een Indicateur, deen also souwuel d’Pensiounen adaptéiert wéi och de Mindestloun, dee mer wéi gesot muer wäerten diskutéieren, zrëckkommend vläicht awer nach eng Kéier op dat lescht Gesetz, dat mer an dësem Kader haten, d’Gesetz vum 22. Dezember 2006, do wou mer d’Pensiounen adaptéiert hunn op de reellen Niveau vun de Salairen op d’Joer 2005 - do wou mer also gekuckt hunn, wéi d’Evolutioun 2004, 2005 gewiescht war, an do hu mer iwwert d’Gesetz 2006 wéi gesot déi Erhéijung gemaach.

Mir haten awer dunn dertëschent - an dat soll och nach eng Kéier hei rappeléiert ginn, well mer jo hei och zrëckkommen op de System, wéi en ëmmer bestanen huet - am Kader vun dem Avis vum Comité de coordination tripartite vum 28. Abrëll 2006 festgehal­en, datt déi Adaptatioun, déi eigentlech hätt misse stattfanne vun de Pensiounen an de Rentes-accident ëm 1,9%, net direkt zesummen ausbezuelt géif ginn, mä datt déi an Etappe stattfanne géif: eng Kéier 1% op den 1. Juli 2007, an déi aner 0,9% op den 1. Juli 2008, esou datt mer dunn déi 1,9% also verdeelt haten iwwert déi dote Period. Wat also eng vun de Konsequenze war vun de Beschläss vun der Tripartite.

Ech mengen, et muss een och hei nach eng Kéier ernimmen, datt mer eigentlech elo erëm zrëckkommen op dee Modell, wéi en ëmmer bestanen huet. Déi 2%, op déi ech herno wäert kommen, spillen dës Kéier direkt ab 1. Januar fir jiddwer Pensionär.

Den deemolege Facteur d’ajustement ass jo deemools eropgaange gewiescht vun 1,327 op 1,352, an ass duerno, wéi ech gesot hunn, ab 1. Juli nach eng Kéier gehéicht gi vun 1,327 op 1,340, esou wéi en dann och den 1. Juli 2008 applizéiert gouf.

De Moment ass also komm, fir erëm eng Kéier eng Adaptatioun ze maache vun dem Niveau de vie op 2007, a wéi gesot dann d’Pensiounen an d’Rentes-accident unze­passen op den 1. Januar 2009.

Am Tableau, deen Der hannendruleien hutt, hutt Der gesinn, datt effektiv den Niveau vun de Salairë par rapport zum Niveau de vie eng Differenz opweist vu plus ou moins 2%, dat op d’Jore gekuckt vun 2006 op 2007 hin. Dat huet bedéngt, datt de Facteur d’ajustement eropgeet vun 1,352 op 1,379, an dat vum 1. Januar 2009 un.

Ech mengen, dat ass eng gutt Saach, déi hei gemaach gëtt, well effektiv mer hei d’Renten erhéije wäerten ëm 2% vum 1. Januar un, also och méi Kafkaaft gi fir d’Leit dobaussen a virun allem d’Rentner, déi gréisstendeels och nach kleng Renten hunn, fir hei kënn wierklech méi am Portmonni ze hunn, wa se am nächste Joer müssen hir Chargë bezue­len, hir Taxe bezuelen an alles dat, wat an der Tëschenzäit méi deier gouf. An der Tëschenzäit ass et amgaang erëm erfzegoen, mä si hunn op jidde Fall och méi am Portmonni, fir kënnen auszeginn. Ech mengen, jiddwerengem deet dat an dëser e bësse méi ongewësser Zäit gutt.

Wat bedeit dat elo eigentlech säitens vun dem Geld, dat muss hiergeholl ginn, fir dësen Ajustement ze maachen?

Dat bedeit éischstens fir den Exercice 2009 51,7 Milliounen Euro supplementare Coût, deen hei spillt, deen direkt finanziell supportéiert gëtt vun der Assurance pension, wou mer och gesinn hunn, datt déi néideg Fon­gen do sinn, fir dat kënnen ze maachen.

Wat d’Rente-accident betrëfft, esou läit dëse Coût do bei 2,6 Milliounen Euro. Festge­hale gouf och, wéi et ëmmer war, datt och d’Pensioune vun de Fonctionnaires d’État wäerten an d’Luucht goen. Hei beleeft sech de Coût op 8,4 Milliounen Euro.

Wat hunn déi eenzel Chamberen zu dësem Ajustement vun de Pensiounen an der As­surance accident gesot?

Also eng Kéier huet d’Chambre des Fon­ctionnaires et Employés publics d’Iddi vun engem jährechen Nokucke vun deem Ajustementsfacteur opgehäit. An op där anerer Säit huet virun allem d’Chambre des Em­ployés privés ganz einfach bemierkt, datt et gutt wier, datt effektiv de Pouvoir d’achat géif erhéicht ginn och vun de Pensiouns­empfänger.

De Conseil d’État u sech huet weider keng Remarque am Kader vun dësem Projet de loi gemaach an duerfir och säin Avis positif zu dësem Projet de loi ofginn, esou wéi dat iwwregens och an eiser Kommissioun war, wou mer unanime dëse Projet gestëmmt hunn. An ech géif och vun dëser Plaz aus elo schonn d’Zoustëmmung vun der LSAP, der Lëtzebuerger Sozialistescher Aarbech­terpartei, gi fir dësen an eisen Aen och so­zial ganz wichtege Projet, deen hei ge­maach gëtt.

Zu deem zweete Projet, Här President, wann Der erlaabt, ginn ech dann direkt iwwer, obwuel en direkt wéi gesot näischt mam Ajustement vun de Pensiounen ze dinn huet. Et ass de Projet 5839 iwwert d’Adaptatioune vun der Koordinatioun vun de Pensiounsregimer.

**(M. Jos Scheuer prend la Présidence)**

Hei géif ech och eng Kéier kuerz d’Procé­dure législative erklären. Hei war och den Dépôt vum zoustännege Minister den 1. Fe­bruar 2008. Regierungsamendementer, op déi ech och spéider wäert agoen, goufen dunn eng Kéier gemaach den 23. August 2008. Als Rapporteur gouf ech den 11. De­zember bestëmmt. Do hu mer och dësen Avis an der Kommissioun diskutéiert an duerno och dann de Rapport unanime uge­holl.

Wat ass elo den Objet vun dësem virun al­lem ganz technesche Projet, dee mer hei virleien hunn?

En adaptéiert e Koordinationsgesetz iwwert déi legal Pensiounsregimer a modifi­zéiert verschidden Dispositiounen vun de ge­nerellen an de spezielle Pensiounsregimer - fir et emol kuerz ze soen. Dat si Modifi­katiounen, déi virun allem néideg gi si bei der praktescher Ëmsetzung vun deenen een­zelne Gesetzer.

Wat sinn am Detail dës Modifikatiounen?

Ech hu probéiert, fir lech déi alleguerten esou kuerz wéi méiglech ze faassen an esou verständlech wéi méiglech eriiwwerze­ginn. Déi technesch Detailler fannt Der sou­wuel am Projet de loi wéi och am Rapport erëm.

D’Modifikatioune sinn - éischstens - d’Inte­gratioun vum Pensiounsfong vun der Banque centrale vu Lëtzebuerg an deen in­terne Koordinatiounssystem. Dat, fir en­gersäits déi praktesch Schwieregkeeten ze behiewen, déi festgestallt goufe bei der all­deeglecher Gestiou vun dëse Fonge vun der BCL, an anerersäits fir d’Finanztransfer­ten, déi müssen organiséiert ginn tëschent de Pensiounsfonge vun der BCL an deenen anere Pensiounsorganismen. Dat, wann zum Beispill e Statsbeamten oder e Salar­ié bei d’BCL kënt oder vun der BCL fort géif goen. Et ass dat déi éischt Modifikatioun, déi gemaach ginn ass.

Déi zweet Modifikatioun ass déi vun den Transfertë vun de Rechter vun den Agente vun den Europäesche Communautéiten. Hei ass d’Modifikatioun virun allem, fir d’Dé­laie vum Rachat vun de Pensiounsrechter méi flexibel ze maachen, déi e Beamte sech ugëeegent huet während Beschäftigungs­perioden, déi viru senger Titularisatioun bei engem internationalen Organismus statt­fonnt hunn.

Drëttens, den Transfert vun de Rechter vun den Agenten vum Generalsekretariat vum Benelux. Hei gëtt d’Reprise vun de Rechter duerch de Lëtzebuerger Regime organi­séiert, wann den Agent beim Generalsekre­tariat vum Benelux fortgeet.

Dat Véiert ass de Punkt vu Mise en compte vun de spezielle Majorations profession­nelles. Hei gi virun allem Ongerechtegkeete redresséiert, déi bestinn, wann en Invalide­pensiounsempfänger erëm eng beruflech Aktivitéit ophëlt, déi him d’Recht op eng Pensioun géif opmaachen.

Fënneftens, de Prinzip vun der leschter Pen­siounskeess. Dëse Prinzip gëtt virun allem op verschidde speziell Fäll erweidert.

Da koumen derniewent awer am Kader vun dësem Projet de loi Amendementer, déi säi­dens der Regierung eragereecht goufen an déi sech virun allem op véier Voletë bezunn hunn, a bei deenen et och wichteg ass, mengen ech, datt mer se elo stëmmen an applizéieren nach virum 31. Dezember.

Éischstens geet et ëm verschidden Adapta­tiounen, déi noutwendeg gi sinn am Kader vun der Schafung vun engem Statut unique, dee mer virun enger Zäit hei an der Cham­ber votéiert hunn.

Zweetens sinn et Adaptatiounen, déi nout­wendeg goufen no der Mise en demeure vun der Europäescher Kommissioun géint Lëtzebuerg duerch d’Netapplizéieren oder d’Applizéiere vun der Residenzklausele.

Drëttens dann awer och d’Adaptatioun nom Arrêt vun der Cour constitutionnelle vum 7. Abrëll 2006 iwwert de Forfait d’éducation.

Véiertens ee méi en technesche Volet, d’Verlängerunge vum Mandat vun de Mem­bere vun den Associations d’assurance contre les accidents, déi à terme kommen den 31. Dezember vun dësem Joer an déi verlängert ginn ëm ee Joer bis den 31. De­zember 2009. An dat an Erwaardung hi vun der Reform vun der Assurance accident, déi de Moment en cours ass a wou déi dote Fro dann och wäert mat geregelt ginn.

Bei den Avisë si virun allem dräi Remar­quen, déi erauskomm sinn:

Éischstens, d’Pensiounskeess vun de Privat­beamten huet constatéiert, datt de Projet de loi net all d’Cas-de-figurë géif virgesinn, déi effektiv hei beim Fortgoe respektiv Komme bei d’BCL kéinten entstoen. Mir hunn dat och an der Kommissioun diskutéiert, kruten dunn awer Garantië säitens de Membere vun der Regierung, datt dat doten awer an der Praxis kéint geregelt ginn an och legis­lativ genuch Spillraum do wier, fir dat heite kënnen unzepaken.

Déi zweet Remarque ass komm vun der Chambre de Travail, wat déi nei Disposi­tioun iwwert d’berufflech Aktivitéit fir d’Assu­rance ze komplettéieren ugeet. Dat kéint op kee Fall de Règlement grand-ducal vum 5. Mee 1999 iwwert d’Assurance continue substituéieren.



Drëttens weist sech de Statsrot retizent wat d’Kreatioun vun der Schafung vun engem zousätzleche Pensiounsfofong fir d’BCL betrëfft, wou hien eigentlech seet, datt erëm en neie Fong géif geschaf ginn. Och virun allem weinst enger Transparence administrative wier hien eigentlech net ganz frou mat esou enger Schafung. E gëtt dann awer sâin Accord zu dësem Projet de loi.

D’Kommissioun huet an hiren Diskussiounen nientweng enger Rei techneschen Échan- gen, déi mer haten, virun allem op eng Fro higewisen. De Minister huet eis versprach - an hien ass jo och präsent de Moien -, datt hien eis déi néideg Informatiounen an Zuele géif liwweren. Dat am Kontext vun den Ännerungen, déi gemaach ginn am Kader vum Forfait d’éducation, där sougenannter Mam- merent also. Do waart d’Kommissioun, datt mer eigentlech d’Zuele géife kréien, wat dës Implikatiounen, dës Modifikatiounen géife bedeite vun den Zuele respektiv vum Aus- bezuelen an och dem Coût, wat de Forfait d’éducation betrëfft. Mir waarden also do als Kommissioun gespaant op d’Aussoen an op d’Zuelen, déi de Minister eis wäert am Débat elo liwweren.

D’Kommissioun, wéi gesot, huet dës Rap- port unanime ugeholl an hir Zoustëmmung ginn. Ech géif dann och als Verrieder vun der LSAP, der Lëtzebuerger Sozialistescher Aarbechterpartei,...

(Interruption)

...dësem Projet de loi d’Zoustëmmung ginn an lech och alleguerte bieden, dësem wiche- tege Projet, virun allem technescher Natur, Är Zoustëmmung ze ginn.

Ech soen lech Merci.

» Plusieurs voix.- Très bien!

» M. le Président.- Merci, Här Schnei- der.

» M. Gast Gibéryen (ADR).- A wat maache mer nom 1. Januar mat der Aar- bechterpartei?

(Interruption et hilarité)

» M. le Président.- Den nächste Ried- ner ass den Här Spautz. Här Spautz, Dir hutt d’Wuert.

Discussion générale

» M. Marc Spautz (CSV).- Här Presi- dent, léif Kolleeginnen a Kolleegen, de Ro- main Schneider huet gesot, et misst een déi zwee Projekte vuneneen trennen. Dofir wäert ech och elo just zum Ajustement schwätzen an duerno mäi Kolleeg, de Paul-Henri Meyers, zu deem anere Volet vum Projet, fir dass och do keng Vermëschung soll vir- kommen.

Här President, Dir Dammen an Dir Hären, ech soen awer och dem Rapporteur, dem Romain Schneider, Merci fir de schrëftle- chen a mëndleche Rapport. Esou wéi de Rapporteur et och gesot huet, ass et déi ge- setzlech Basis vum Ajustement, den Artikel 225 vum Code des assurances sociales, dee Folgendes virgesäit, fir dass den Ajust- ement kann erfollegen:

d’Obligatioun vun der Regierung, fir all zwee Joer e Rapport ze presentéieren iw- wert d’Lounentwécklung, souwuel am pri- vate wéi och am öffentlechen Dëngscht; zweetens, och ze kucken der Chamber dann e Projet de loi virzeleeën, fir all deenen Entwécklungen an deem, wat festgestallt ginn ass, Rechnung ze droen, an an deem Projet ëm x% dat unzepassen, wat an der Lounentwécklung feelt.

Dir Dammen an Dir Hären, léif Frënn, d’Upassung vun de Pensiounen a Renten un d’Entwécklung vum indexberengegte Loun huet als Zil, genau wéi och d’Upas- sung vum Mindestloun an déiselwecht Entwécklung, fir d’Kafkraaft vun de Pensio- néierten a Rentner ze erhalen.

Kolleeginnen a Kolleegen, zënter 1995 gëtt och dofir ee gemeinsamen Indicateur be- notzt, fir déi Entwécklung vun den indexbe- reengegte Léin ze moossen, deen déi zwee virdrun existéierend Indicateure rempla- céiert, an dat fir een Auserneendrifte vun den Indicateuren ze verhënneren. Deen In- dicateur weist fir d’Joren 2006 an 2007 eng Entwécklung vun 2%. Dës Entwécklung ass awer net déiselwecht an alle Lounschichten.

Den Tableau op der Säit 5 vum Rapport vun der Regierung weist, dass et zwëschent deenen niddregsten an deenen héchste Léin Ënnerscheeder gëtt. Mir gesinn do, dass an der ënneschter Kategorie d’Léin ëm 1,7% an an der ieweschter Kategorie ëm 2,8% an d’Luucht gaange sinn. An de Joren 2004 an 2005 war deen Ënnerscheed nach méi grouss. Do war et 1,2 géint 3,2% an der ieweschter Kategorie.

Wat wëll ech lech domadder soen?

D’Lounentwécklung zu Lëtzebuerg - an net nëmmen hei - géif fundamental auserneen- driften, wa mir net regelméisseg Effortë géife maachen, fir iwwer esou Instrumenter wéi den Index an och d’Upassung vum Min- destloun dës Entwécklung ze reguléiere fir déi Kategorië vu Léin, déi soss net mat der allgemenger Entwécklung kéinte mathalen. Mä dat wär also éischter e Plädoyer, fir et beim Mindestloun ze halen. Dat wäert de Kolleeg Marcel Glesener muer maachen. Mä just fir ze soen: Wa mer et net géife fäer- deg bréngen, regelméisseg Ajustementer ze maachen a regelméisseg den Index un- zepassen, géif d’Lounschéier ëmmer méi wäit auserneegoen.

Ouni Upassung vun de Pensiounen a Ren- ten, also dem Ajustement an der Index- éierung, géifen eis Pensionéiert lues mä sé- cher d’Kafkraaft verléieren. An der jëtzege Situatioun wär dat fatal. Et ass eis Pflicht, hei am Land d’soziaalt Geflecht beieneen ze halen. An dofir brauche mir dës Instrumen- ter.

Déi Pensionéiert si fréier Salariéen an hu matgehollef, déi aktuell gutt Situatioun vun de Pensiounskeesen opzebauen. Et sinn hir Cotisatiounen, déi och haut zum Deel an de Reserven hir Friichten droen. Si hunn e Recht, en Deel vun dëse Friichten ze plé- cken.

Beim leschten Ajustement 2006 hate mir heibannen eng aner Diskussioun. Éischtmö- leg gouf do den Ajustement gesplitt an d’É- chéancë verréckelt; an dat getrei dem Tri- partiteaccord. Mäi Fraktiounskolleeg Paul- Henri Meyers huet deemools hei op der Tribün gesot: Et kann ee fir d’Zukunft iwwert d’Renten an d’Pensiounen diskutéieren, mä wann een den Accord ginn huet am Kader vun der Tripartite, wéi et hei de Fall war, da muss ee sech och un deen Accord halen, wann ee wëllt glafwierdeg bleiwen a wann een als seriöse Partner och fir d’Zukunft wëllt unerkannt sinn. Doropshin huet och d’Chamber deemools heibanne festgeha- len, fir d’Échéancen ze réckelen.

Dëst gesot, Kolleeginnen a Kolleegen, eis Rentner hunn op den 1.1.2007 op hiren di- rekten Ajustement verzicht gehat. Si hu ge- waart bis den 1.7.2007 an hunn dann nê- men en Deel och nach ausbezuelte kritt, op de Rescht hu si gewaart bis den 1.7.2008. Domadder hu si hiren Obolus am Kader vun den Tripartiteaccorde gelescht an därefen elo dervun ausgoen, wa mir dat elo stêm- men, op den 1.1.2009 hir wuelverdénge 2% op hirer Pensioun respektiv Rent bäize- kréien.

Ech wëll awer och soen, dass d’CSV, d’Chrëschtlech-Sozial Vollekspartei, zum Instrument vun den Ajustementer steet. Dat bedeit, dass den nächste Rendez-vous hei an der Chamber, fir iwwert den Ajustement ze schwätzen, an zwee Joer ass, an dat am Dezember 2010.

Ech soen lech Merci.

(Interruption)

» Une voix.- Et ass gutt, dass Der dann net méi derbäi sidd.

» M. le Président.- Merci, Här Spautz. Den nächste Riedner ass den Här Braz. Här Braz, Dir hutt d’Wuert.

» M. Félix Braz (DÉI GRÉNG).- Merci, Här President. Am Numm vun der grénger Fraktioun wëll ech dem Rapporteur Merci soe fir seng zwee schrëftlech Rapporten an och déi zwee mëndlech Rapporten, déi hien an engem verbonnen huet. Déi gréng Frak- tioun ënnerstëtzt déi zwee Projeten a wäert se och alle béid stëmmen.

Wat mer haut maachen, ass d’Applikatioun vun engem bestehende Gesetz. Et ass keen neie politesche Moment. Et ass d’Weider- féierung vun engem Gesetz an d’Weider- féierung an d’Applikatioun vun den Tripar- titeaccorde vum Abrëll 2006, opgrond vun deene mer jo de Rentenajustement vum 1. Januar 2007 reportéiert haten; en Deel, 1%, op den 1. Juli 2007, an en aneren Deel op den 1. Juli vun 2008, ëm 0,9%.

Elo si mer erëm am normale Rhythmus vum Gesetz. D’Lounentwécklung läit op de Refe- renzjore bei 2%. Esou dass mer de Rente- facteur vun 1,352 op 1,379 upassen op den 1. Januar 2009, wat de Rentebezéier am Land eng Augmentatioun vun hirer Pen-

sioun, och ëm déi 2%, wäert besuergen. Esou gesäit d’Gesetz et vir. Esou weist de Rapport et aus, deen am Gesetz virgesinn ass. Duerfir wäerte mer och haut zu Recht déi Augmentatioun stëmmen, déi fir d’Keese mat 51,7 Milliounen fir 2009 zu Buch wäert schloen.

Et ass am Fong fir d’lescht, wou mer fir dës Legislatur eis mat dëse Froe beschäftegen, fir déi puer Méint, déi nach verbleiwen. Et ass och vläicht d’Geleeënheet, fir e ganz kuerze Bilan just ze zéie vun deem, wat am Rentewiesen an dëser Mandatsperiod ge- schitt ass; am Fong wëlle mir awer soen, net geschitt ass.

Mir hu vum Minister viru kuerzem an enger Pressekonferenz nach eng Kéier rappeliert kritt, dass d’Entwécklung vun de Reserven an de Keese positiv ass. Dat heescht, trotz der ekonomescher Kris, déi mer elo kennen, déi ufängt och hir Auswierkungen ze hunn an déi och op d’Pensiounskeese wäert am Laf vun 2009 en Impakt hunn, si mer am Mo- ment nach ëmmer, och wat d’Reserven an de Keese betrëfft, eigentlech an engem po- sitiven Trend op de Jore ‘07 an ‘08, mä mir wäerten 2009 och do sécher d’Konse- quenze kënnen nagesinn, déi op anere Poli- tikfelder elo schonn erkennbar sinn.

Dat ännert awer eiser Meenung no näischt drun, dass, wann ee wëllt déi dräi Enjeuen, ëm déi et eigentlech geet, bei de Pen- siounskeese respektéieren, een hätt missen déi lescht Jore méi maachen a méi wäit- siichteg eppes ënnerhuelen. Déi dräi En- jeue sinn...

» M. Mars Di Bartolomeo, Ministre de la Santé et de la Sécurité sociale.- Dir sidd also der Meenung, dass mer den Ajuste- ment net solle maachen?

» M. Félix Braz (DÉI GRÉNG).- Ech sinn der Meenung, dass mer den Ajuste- ment solle maachen, Här Di Bartolomeo.

Fir Är ongestallte Fro ze beäntworten, wann Der eng Minutt Gedold hutt, ass dat och ge- schitt.

Et gëtt also dräi Enjeuen. Den éischten En- jeue ass dee vun der Gerechtegkeet am Pen- siounssystem. Do si mer zu Lëtzebuerg an de leschte Jore gutt Stécker weiterkomm, duerch déi Reformen, déi geschitt sinn am kontributiven an am deemools net kontribu- tive Beräich, awer och...

(Interruption)

Neen, et ass well et eng Majoritéit an der Chamber gouf; dat sinn der méi wéi nëmme fënnef.

(Interruption)

Do sinn also Reforme geschitt, déi mat Ge- rechtegkeet ze dinn hunn.

(Interruption)

Dach, déi waren derbäi a si bleiwen derbäi.

(Interruption)

Dach, si bleiwen derbäi! Si sinn derbäi a si bleiwen derbäi.

Dass mer also déi Reforme maachen, déi noutwendeg ware fir d’Gerechtegkeet am System, mä virun allem awer och, dass mer mat den Hongerrente lues a lues duerch eng Abberzuel vu vläicht méi klenge punk- tuelle Reformen et fäerdeg bruecht hunn, do e System haut opgebaut ze hunn, deen deem Kritär, ech wëll net soen zu 100%, awer gréisstendeels entsprécht, dat ass e positive Punkt.

Déi zwee aner Enjeuen, do si mer eiser Meenung no déi lescht Joren net schreck- lech vill weiderkomm. Dat eent ass d’Stéch- wuert vun der laangfristeger Ofsécherung vum Rentesystem an dat Zweet ass d’Stéchwuert vun der Individualiséierung vun de Renterechter, de Splitting, wat jo vum Minister senger Säit ëmmer als Virstuf dovunner erkläert ginn ass.

Et ass wouer, dass d’Keesen am Moment gutt gefëllt sinn, dass mer eng gutt Aus- gankssituatioun hunn. An et ass och duerfir wou mer bemängelen, dass mer eis an de leschte Joren net méi seriö an net méi inten- siv beschäftegt hu mat der laangfristeger Ofsécherung vum Rentesystem, deen op- baut op e Generatiounevertrag, dee mir ausdrécklech ënnerstëtzen als gréng Frak- tioun. Mir stinn zum Umlageverfahren. Dat ass eiser Meenung no dee richtege System an dee wëlle mer och gäre bäibehalen.

Fir dee Generatiounevertrag bäizebehalen, muss een awer net nëmmen déi aktuell Ge- neratioun vu Rentebezéier oder déi, déi scho laang am Berufsliewe sinn, vun deem Generatiounevertrag iwwerzeegt kréien. Et muss een och déi am Generatiounevertrag kënnen behalen, déi am Moment nach net dra sinn, déi elo nach deelweis an d’Schoul ginn, déi eréischt dohinner kommen, datt se e Bestanddeel gi vun deem Generatioune- vertrag.

Et ass duerfir eiser Meenung no wichteg, dass mer déi rout Luuchten, déi vun der In- spection générale de la sécurité sociale uge- maach ginn, beuechten, déi eis soen, dass mer à terme, wa mer net reagéieren a légis- lation constante, en extrem optimistesche wirtschaftlechen Entwécklungszeenario brauchen, fir kënnen och am Horizont 2030 keng Schwiereregkeeten ze kréien.

Am Rentewiese mécht een d’Reforme léiwer laangfristeg ausgeluecht. Dat ass en Tan- ker, deen nëmme laanggezunne Kéiere kann huelen an deen Zäit brauch fir déi Kéieren ze huelen. Duerfir si mer der Mee- nung, dass, wann ee wëllt d’Umlageverfah- ren an de Generatiounevertrag bäibehalen - an dat ass eis Meenung als gréng Frak- tioun-, da soll ee sech fréi genuch mat där doter Fro beschäftegen an déi rout Luuch- ten, déi déi zoustänneg Beamten engem umaachen, och eescht huelen a probéieren déi Reformen ze maachen, déi sech elo, wou d’Keese gutt gefëllt sinn, mat Sécher- heet besser maachen, wéi wa mer eng Kéier an eng Situatioun erageroden, wou mer méi laang wirtschaftlech Schwiereg- keeten hunn a wou mer da bei der Finanz- capaciteit vum Stat Schwiereregkeete kréien.

Well dat ass dat, Här Minister, wat Dir bei Ärer Pressekonferenz net genuch ënner- sträicht, wann Dir sot...

» M. Mars Di Bartolomeo, Ministre de la Santé et de la Sécurité sociale.- Däerf ech lech eng Fro stellen, Här Braz?

» M. Félix Braz (DÉI GRÉNG).- Jo.

» M. Mars Di Bartolomeo, Ministre de la Santé et de la Sécurité sociale.- Kënnst Der lech erënneren,...

» M. le Président.- Här Minister!

» M. Mars Di Bartolomeo, Ministre de la Santé et de la Sécurité sociale.- ...dass beim Ofschloss vum Rentendësch déi Li- mite festgehele ginn ass, weini dass ee misst reagéiere bei dem Rééquilibrage vun eise Rentesystemer? Kënnst Der lech drun erënneren, wéi déi rout Luucht do definéiert ginn ass? Kënnst Der lech drun erënneren?

» M. Félix Braz (DÉI GRÉNG).- Jo, ech ka mech drun erënneren, Här Minister. Mä dee Reproche, dee mir lech...

» M. Mars Di Bartolomeo, Ministre de la Santé et de la Sécurité sociale.- Ech wëll lech just soen, dass déi rout Luucht sen- gerzäit sollt ugoen, wann d’Reserv bei 1,5- mol d’Joresausgaben ukomm wär.

» M. Félix Braz (DÉI GRÉNG).- Do si mer eis eens. Bei iwwer 3...

» M. Mars Di Bartolomeo, Ministre de la Santé et de la Sécurité sociale.- Wësst Der, wéi vill dass déi Reserv am Moment ass?

» M. Félix Braz (DÉI GRÉNG).- Dir hutt et jo nach eng Kéier d’lescht...

» M. Mars Di Bartolomeo, Ministre de la Santé et de la Sécurité sociale.- 3,5-mol! An Dir hutt déi Konkusioun vum Ren- tendësch mat ënnerschriwwen.

» M. Félix Braz (DÉI GRÉNG).- Jo.

» M. Mars Di Bartolomeo, Ministre de la Santé et de la Sécurité sociale.- Dat heescht, mir sinn elo zwou Joresausgaben ewech vun deem Zäitpunkt, wou de Ren- tendësch sengerzäit gemengt huet, mir misste reagéieren. An dee Rentendësch, dat ass den Dësch vun alle Leit hei an der Chamber gewiescht, mat Ausnahm vun en- ger Stëmm.

Sidd Der elo anerer Meenung, dass dat net méi gëllt, wat Der beim Rentendësch ënner- schriwwen hutt?

» M. Félix Braz (DÉI GRÉNG).- Neen, mir sinn nach ëmmer darselwechter Mee- nung.

(Interruption)

» M. le Président.- Här Braz, wann Der net wëllt op d’Fro vum Här Minister antwer- ten, Dir musst net. Den Här Minister huet net gefrot, ob en lech eng Fro dierft stellen.

(Hilarité)

» M. Félix Braz (DÉI GRÉNG).- Mat Ärer Erlaabis, Här President, considéerie- ren ech dat och als eng Fro an ech géif gä- ren drop äntworten.

Selbstverständlech, an DÉI GRÉNG hunn net nëmmen dat doten an Erënnerung. Mir hunn och de Virschlag gemaach vun engem Rentendësch 2, deen Der an enger anerer Form organiséiert hutt wéi dat, wat DÉI GRÉNG proposéiert hunn.



» **M. Aly Jaerling** (*Indépendant*).- Neen, ech ënnerstellen lech näischt, dat ass esou eriwwerkomm,...

» **M. Félix Braz** (*DÉI GRÉNG*).- Dann ass et jo elo gekläert, dann ass et jo elo richteggestallt.

» **M. Aly Jaerling** (*Indépendant*).- Et ass esou eriwwerkomm, wéi ech et...

*(Interruptions)*

Et ass esou eriwwerkomm, wéi ech et hei gesot hunn, an eng Diskussioun iwwert d'Participatioun vun engem Drëttel vum Stat bei de Renten ass iwwerhaapt net zoulässeg, well den Drëttel vun der Participatioun vum Stat bei de Rente kënnt dohier - dat hunn ech hei schonns gesot -, déi Participatioun ass erhéicht ginn, well de Stat de Rentekeesen eppes schëlleg war, a weinst soss guer näischt. Et ass just en Zréckbezuele vun deenen 30 Milliarden, déi deemools vu Statsscholden hei bei de Rentekeesen einfach gestrach gi sinn. Et ass d'Kompensatioun dovun, an dofir kann een net d'accord sinn, dass hei iwwerhaapt emol eng Diskussioun iwwert d'Participatioun vun deem Drëttel vum Stat bei de Rente gefouert gëtt. Dat wollt ech hei soen.

Ech hunn et esou verstanen, wéi Dir et gesot hutt, an ech mengen, et muss een oppassen, a wat fir eng Richtung dass et geet, an et muss een och net alle Recommendatione vun der OECD hannendrulafen, well déi liewen an anere Sphäre wéi mir. Et ass un eisen Deputéierten, fir hei eise Rentesystem ze verdeedegen. A wann et esou sollt sinn, dass mer eng Kéier Schwieregkeete kréien - dat hunn ech och schonns gesot -, da soll d'national Solidaritéit spillen. D'national Solidaritéit, dat ass jiddwereen, an dat ass net nëmmen d'Diskussioun iwwer eng Participatioun vum Stat.

Da kommen hei ganz aner Diskussiounen op, da musse ganz aner Diskussiounen gefouert ginn, well da si mer nämlech net nëmmen an enger Situatioun, wou mer Problemer mat de Renten hunn. Ech mengen, dann hu mer nach ganz aner Problemer hei am Land, an da musse ganz aner Diskussiounen gefouert ginn. An déi kënnen nëmme gefouert ginn iwwer eng national Solidaritéit, wou jiddwereen hei am Land beträff ass, an net nëmmen deen een oder deen aneren. Da geet et hei ëm d'Wurscht, an da muss jiddweree säi Bäitrag leeschten.

Dat wollt ech awer hei kloergestallt hunn, a selbstverständlech, egal wéi kleng dass déi Augmentatioun hei elo ass, stëmmen ech se awer.

» **M. le Président**.- Merci, Här Jaerling. D'Wuert huet elo den honorabelen Här Paul-Henri Meyers.

» **M. Paul-Henri Meyers** (*CSV*).- Här President, Dir Dammen an Dir Hären, fir d'éischt soen ech dem Rapporteur Merci fir déi zwee Projeten, deen iwwert den Ajustement, awer och deen, wou d'Koordinatiounsgesetz an nach e puer aner Texter ofgeännert ginn. Wann den Ajustement och ee wichteg Gesetz ass, wat jiddwereen heibanne vun alle Parteie gesot huet, fannen ech awer och, dass een e puer Wieder iwwert dat zweet Gesetz muss soen, wat vum Rapporteur presentéiert ginn ass a wat méi en techneschen, e bësse méi e komplizéierte Charakter huet, mä awer net manner wichtig ass.

Ech wëll net op eenzel Texter agoen, déi eng Rei juristesche Verbesserungen vun Eenzelfäll bréngen, dat ass méi Technik am Kader vun der Sécurité sociale. Ech wëll allerdéngs dovir warnen, dass ee bei eenzelnen Texter ëmmer erëm versicht, deen een oder anere Fall ze léisen, an domat eventuell duerch den Text selwer nei Härtefäll schafft. Et muss een ëmmer kucken, och bei deenen Texter do, dass se verständlech bleiwen an dass se generell applikabel sinn op all Fäll, déi sech kënnen stellen. Et wier eng schlecht Prozedur, wa mer fir all Härtefall, dee sech géif stellen, wann een esou ka soen, erëm den Text missten änneren.

Dat gesot, wëll ech dann haaptsächlech op dräi Punkte vun deem zweete Gesetz iwwert d'Koordinatioun vun de Regimer agoen, deen also net nëmmen d'Koordinatiounsgesetz ännert, mä och punktuell Ännerungen am Code de la Sécurité sociale virhëlt, an deen ënner anerem och d'Gesetz vun 2002

de Generatiounevertrag oprecht halen a laangfristeg ofsécheren.

Ech denken, dass et eigentlech eng Majoritéit, eng ganz breet Majoritéit dofir an dëser Chamber gëtt. Dir hätt also potenziell Ënnerstëtzung op där Fro kënnen viraussetzen an erwaarden. Eis Ënnerstëtzung hutt Dir, wann Der bereet sidd, elo, wou d'Kaderbedéngungen vun de Keesen et erlaben, déi punktuell Adaptatiounen ze diskutéieren, déi och deenen, déi elo eréischt an d'Schoul ginn, et erlaben, un dee Generatiounevertrag ze gleewen an eng Generatioun wäit mat ëmzesetzen.

Ech soen lech Merci.

» **Plusieurs voix**.- Très bien!

» **M. le Président**.- Merci, Här Braz. Mir géifen nach zwee Riedner héieren haut de Moien. Dat wär den Här Jaerling an dann den Här Meyers. Den Här Krieps kéim dann haut de Mëtteg drun, an den Här Gibéryen och, deen huet misse goen, dee konnt net ëmdisponéieren. Da géife mer elo den Här Jaerling lauschteren an dann den Här Meyers, wann den Här Meyers wëllt, oder haut de Mëtteg? Den Här Meyers wëllt. Gutt.

» **M. Aly Jaerling** (*Indépendant*).- Merci, Här President. Et ass ëmmer eng Freed fir esou engem Gesetz wéi deem heite seng Zoustëmmung kënnen ze ginn, well et jo awer e Gesetz ass, wat ganz besonnesch vill klenge Leit eng Opbesserung gëtt, a wat och eiser Economie an eise Geschäftsleit dobaussen zeguttkënnt, well déi Suen, déi do erakommen, déi gi meeschstens och hei am Land ausginn.

Mä ech sinn ëmmer traureg, wann ech hei deen aarmséilegen Defaitismus héieren, deen hei opbruecht gëtt, wann et ëm d'Opbesserung vun de Pensioune geet. An dann déi aarmséileg Litanei, déi ëmmer erëm vun der OECD kënnt, wat mir dann alles misste maachen, fir dass eise Rentesystem kéint ofgeséichert ginn!

Do geet d'Diskussioun net nëmmen ëm d'Héicht vun de Renten, do geet d'Diskussioun och ëm de Rentenalter, do geet d'Diskussioun ëm eise ganze System. Ech fannen dat einfach bedauerlech, dass dat dann och nach ganz oft vu Lëtzebuerger Deputéierten hei répétéiert gëtt, wéi wa mer an enger Situatioun wären, wou mer elo och nach missten higoen an an dëser Situatioun de Rentner Angscht maachen an hinnen Zukunftsaussichten ausmolten, déi, soe mer emol, net seriö sinn.

*(M. Lucien Weiler reprend la Présidence)*

Ech wëll och all déi, déi all Kéiers deen Defaitismus hei priedegen, emol drun erënnere, dass, wa se gären eis Rentekeesen esou rette wëllen, wéi se dat bis elo gemaach hunn, se sech dann awer d'Fro stelle mussen, firwat dass se ëmmer domat d'accord waren, wann an de Rentekeesen erëmgeklaut ginn ass. Dat verstinn ech net!

Op där enger Säit gi se hin a priedegen, dass eis Rentekeese mussen op iergendeng Aart a Weis ofgeséichert ginn, an op där anerer Säit si se awer all Kéiers domat d'accord, wann d'Rentekeese geplëmmt ginn. Dat passt iergendwéi net beieneen. Souguer vu Säite vun deene Gréngen - an ech muss dat nach eng Kéier widderhuelen - sinn och esou Ukënnegunge komm, wéi wann ee spéider, wann eis Situatioun sollt méi schlecht ginn, misst kënnen driwwer nodenken, ob een déi Participatioun vum Stat an eise Rentekeesen net iergendwéi awer kënnt...

» **M. Félix Braz** (*DÉI GRÉNG*).- Neen, neen, dat ass falsch. Här Jaerling, erlaabt Dir eng Tëschefro?

» **M. le Président**.- Här Jaerling, erlaabt Dir eng Tëschefro? Här Braz, ech wollt den Här Jaerling froen, ob hien eng Tëschefro vun lech erlaabt.

» **M. Aly Jaerling** (*Indépendant*).- Selbstverständlech, well ech weess jo, wat hie seet.

» **M. Félix Braz** (*DÉI GRÉNG*).- Neen, Här Jaerling, mir hu jo absolut kee Problem, wa mer op där doter Fro gedeelter Meinung sinn. An Dir kënnt eis och kritiséiere fir alles dat, wat mer soen, mä wann ech gelift, der Fairness halber, kritiséiert eis net fir dat, wat mer net soen.

Mir soen als gréng Fraktioun klipp a kloer: Mir stinn zu där Een-Drëttel-Participatioun vum Stat am Rentewiesen. A well mer gären hätten, dass dat esou bleift, musse mer kënnen iwwer Reformen am Rentewiesen diskutéieren, fir dass dat dote ka garantéiert ginn, dass mer dat kënnen fäerdeg bréngen. Dat soe mir. Mir wëllen also, contrairement zu deem, wat Dir eis hei ënnerstellt, dat doten ofsécheren an net a Fro stellen.

Et kann also net d'Aen zougemaach gi mat Verweis op den aktuellen Zoustand vun de Keesen op der Fro vun der laangfristeger Ofsécherung, well deen Drëttel Fiskaliséierung bedéngt, dass de Stat exzellent fonctionnéiert. Soss kritt e Schwieregkeeten, wann e muss Choixen treffen, wou en dann d'Suen an Zukunft affektéiert, fir nach ëmmer deen enorm héijen Undeel u Participatioun vum Stat kënnen ze assuréieren.

Wann déi Keesen esou gutt gefëllt sinn, dann ass dat esou, well an eise System een Drëttel vun deem, wat an déi Keese kënnt, iwwert d'Fiskaliséierung kënnt. An dat kënnt Dir net einfach ignoréieren. Mir mussen awer och, wa mer kucken, wat mer elo fir eng Situatioun hunn an der Wirtschaft, kënnen sachlech, ouni een ze provozéieren - et geet net ëm lech, et geet ëm de Rentesystem - driwwer diskutéieren, ob een net elo, wou d'Keese Reformen erlaben, elo, wou mer wëssen, dass d'Zuel vun Ausschëddungen aus de Keesen iwwert déi nächst zwee Jorzéngte wäert steigen, well all déi Leit, déi op Lëtzebuerg schaffe komm sinn an de Moment kontribuéieren, auf absehbare Zeit wäerte kippen op déi aner Säit vun deenen, déi Ausschëddungen vun der Keess erwaarden, eppes soll maachen. Driwwer muss een awer kënnen diskutéieren.

Mir hunn als gréng Fraktioun op där dote Fro an de leschte fënnef Joer bedauerlecherweis null Initiative vun der Regierung gehat. Dat ass e Bilan. Dir waart fënnef Joer laang de Minister,...

» **M. Mars Di Bartolomeo**, *Ministre de la Santé et de la Sécurité sociale*.- Dir sidd an der Oppositioun, da sot mer, wat Dir wëllt maachen. D'Beiträg erhéijen, Leeschtungen kieren?

» **M. Félix Braz** (*DÉI GRÉNG*).- Egal wat mer maachen, Här Minister, et ass méi wéi Dir, well Dir hutt op deem doten Dossier just duerch eppes gegläntzt, duerch Ofwieseneheet an duerch Feigheet.

» **M. Mars Di Bartolomeo**, *Ministre de la Santé et de la Sécurité sociale*.- Ech wäert lech soen, wéi déi Keese sech entwéckelt hunn, an da gesäit een, wéi huel dass dat kléngt, wat Dir sot.

» **M. Félix Braz** (*DÉI GRÉNG*).- D'Ofsécherung vum Rentesystem hutt Dir net beaflosst. Dir hutt a fënnef Joer och net e Millimeter d'Richtung korrigéiert, fir dat ze garantéieren, wat jiddweree gären hätt, nämlech en Umlageverfahren, deen och vun der nächster Generatioun akzeptéiert gëtt an dee vun der nächster Generatioun weidergefouert gëtt. Wann Äre Premierminister seet, dass dat, wat mer de Moment amgaange sinn ze maachen, e Verbrächen un eise Kanner ass, da misst dat zumindest lech als Member vu senger Regierung ze denke ginn, mä offensichtlech ass dat net de Fall.

Deen drëtten Enjeu...

» **M. Mars Di Bartolomeo**, *Ministre de la Santé et de la Sécurité sociale*.- Dir wëllt also d'Renten ofbauen?

» **M. Félix Braz** (*DÉI GRÉNG*).- Mir wëllen d'Renten ofsécheren. Dir hutt iwwerhaapt näischt gemaach. Fënnef Joer inexistant an deem doten Dossier. A wou Dir genau esou inexistent waart, dat ass an där Fro vun der Individualiséierung a vum Splitting. Do hutt Dir eis jorelaang erklärt, et géif dorëms goen, de Splitting virzezéien, ier mer géifen an d'Individualiséierung vun de Renterechter aklammen.

Elo sot Dir eis, kuerz virum Oflaf vun Ärem Mandat als Sécurité-sociale-Minister, dat géif alles näischt ginn. Mam Resultat, dass elo d'Sous-commission juridique amgaangen ass ze probéieren, am Kader vum Divorcegesetz eng Léisung ze fannen, wou mir skeptesch si fir all Solutioun, déi ausserhalb vum Corps des assurances sociales géif ugestriift ginn.

Mä Fakt ass awer, dass mer mat deenen zwou Froen do, deenen dräi Enjeuen do - een hate mer scho virdru méi oder weëneger komplett am Griff -, mä den Enjeu vun der laangfristeger Ofsécherung an den Enjeu vun der Individualiséierung vun de Rechter, wat och e Stéck Rentegerechtgheet ass a wat och e Stéck laangfristeg Ofsécherung ass vum System, iwwerhaapt net weiderkomm sinn.

Dir hutt eng Rei Saachen ëmmer nees an de Raum gestallt. Fakt ass, an deem wichtigen Dossier ass an de leschte fënnef Joer näischt geschitt, an op dee Bilan brauch dës Regierung net houfreg ze sinn. Iwwregens y compris hire Premier, well et eiser Meinung no och net duergeet ze mahnen. Och hien ass mat responsabel fir dës Dosieren, an ze mahne geet net duer. Resultater hätte misse kommen. Déi Resultater, déi

Well dat richtegt Liewen ass weidergaangen an dat, wat ech lech wollt soen, Här Minister, dat ass: De Virwurf, dee mer lech maachen, well deen Optimismus, deen Der ausstrahlt op där doter Fro, gëtt jo och net vu jiddwerengem gedeelt. Och net an Ärer Regierung.

» **M. Mars Di Bartolomeo**, *Ministre de la Santé et de la Sécurité sociale*.- Ech wëll lech just soen, dass d'Situatioun haut vun de Renteregimer...

» **M. Félix Braz** (*DÉI GRÉNG*).- Kommt mir féiere keng...

» **M. Mars Di Bartolomeo**, *Ministre de la Santé et de la Sécurité sociale*.- ...wäitaus besser ass wéi se war dee Moment, wou de Rentendësch gemaach ginn ass. An där Situatioun, wou de Rentendësch gemaach ginn ass, sinn d'Pensiounsregimer op ee Joer ëm +10% vun den Ausgabe méi beaascht ginn.

Dat heescht, d'Situatioun ass haut wesentlech besser, wéi se beim Rentendësch war, an an där méi schlechter Situatioun...

*(Interruption)*

...huet d'Chamber bal unanime déi dote Moosssname geholl. Also misst d'Chamber mer soen, ech misst eigentlech am Moment ganz berouegt sinn.

*(Interruptions)*

» **M. le Président**.- Här Minister, Dir kritt d'Wuert. Ech géif elo wierklech bieden, datt den Här Braz zu Enn schwätze kann.

» **M. Mars Di Bartolomeo**, *Ministre de la Santé et de la Sécurité sociale*.- Wann den Här Braz mech net méi provozéiert!

» **Plusieurs voix**.- Ooohhh!

» **M. Félix Braz** (*DÉI GRÉNG*).- Also, Här Minister, ech hu schonn eng Kéier probéiert...

» **M. le Président**.- Den Här Braz féiert säi sachlechen Discours elo weider. Här Braz, wann ech gelift.

» **M. Félix Braz** (*DÉI GRÉNG*).- Här Minister, ech hu schonn eng Kéier probéiert mat lech mech zu deem Thema ze ënnerhalen hei am Kader vun enger Interpellatioun. Dat ass nach gaangen. Dunn hu mer eis probéiert am Kader vun enger Televisiounsdebatt zu deem doten Thema ze ënnerhalen. Do war et net schwéier lech ze provozéieren, well Dir waart au quart de tour esou remontéiert, Här Minister, dass et bal net méi méiglech war, mat lech ze diskutéieren, au point dass d'Leit sech gefrot hunn, ob Der wëlt oflenke vun eppes.

*(Interruption)*

Neen, Dir musst och kënnen e bëssen nolauschteren. Ech hunn lech jo och ganz fein a manéierlech nogelauschtert. Ech géif lech bieden, datselwecht dann haut ze maachen.

*(Brouhaha)*

Duerfir, Här Minister, Dir hutt deemools schonn et net ganz gutt fäerdeg bruecht nozelauschteren, wat anerer lech zu deem Dossier wëlle soen. An ech wëll lech och just rappeléieren, och dat, wat Der elo gemaach hutt, dat do gebetsmühlenaarteg ze widderhuelen, ass scho bal e Credo, nëmmen et kléngt wéi d'Päifen am Bësch, wann Dir et sot. Well an Ärer eegener Regierung si se net all Ärer Meinung, ugefaang bei Ärem Premier, dee selwer op där doter Fro net eng aner Analys mécht um aktuellen Zoustand vun de Keesen; déi deele mir ausdrécklech.

D'Keese sinn an der Rei. De Problem ass just: Wéi ass et mat der laangfristeger Ofsécherung vun de Keesen? An et ass do, wou mer eis ënnerscheeden, well Är Aarbecht an de leschte fënnef Joer doranner bestanen huet ze soen, et bräicht een näischt ze änneren.

Et ass och ee schwierregen Dossier, un deem ee sech d'Fangere ka verbrennen. Et ass net de Mutt, deen lech wäert charakteriséiere fir déi lescht fënnef Joren an dësem Dossier. Mä et ass awer en Dossier, deen et derwäert ass, eeschthaft unzegoen an Ärer eegener Regierung.

Och de Premier huet do eng aner Analys wéi Dir selwer, déi mir éischter deelen, dass mer wierklech Grond genuch hätten, eis mat där Fro do ze beschäftegen.

Well dat, wat Der net sot, och net op Ärer Pressekonferenz virun enger Woch, wou Der den aktuelle Stand vun de Keese beliicht hutt, dat ass drun ze erënnere, dass en Drëttel vun de Suen an eise System - an dat wëlle mir ausdrécklech bäibehalen - iwwert de Statsbudget, iwwert d'Fiskaliséierung kënnt.



iwwert de Forfait d'éducation, déi sougenannt Mammerent, op e puer Punkten änner.

Fir d'éischt emol d'Koordinationsgesetz. Duerch deen Text, deen elo hei virläit, kann e Sträit tëscht der Banque centrale an de Regimer vun der Sécurité sociale bäigeluecht ginn. Dat war doduerch bedéngt, dass an dem Gesetz iwwert d'Banque centrale, vläicht och am Koordinationsgesetz, net virgesi war, dass och d'Banque centrale, déi en eegene Regime huet hei zu Lëtzebuerg, net ënnert d'Koordinationsgesetz gefall ass. Dat geschitt elo hei.

Wat heescht dat? Dat heescht, dass an Zukunft Assuréen, déi aus engem anere Regime, sief et deem vun de Beamten, sief et dem Régime général, bei d'Banque centrale schaffe ginn, dass do d'Situatioun vun der Pensiounsversécherung geregelt gëtt, an dass dat, wat se accumuléiert hunn u Cotisations, bei d'Banque centrale kann transferéiert ginn, an ëmgedréint och, wann e Salarié vun der Banque centrale fortgeet, dass dee Moment och dat, wat ugeheeft ginn ass u Beiträg fir säi Regime bei der Banque centrale, och an dee Regime kann transféréiert ginn, wou de Salarié, den Assuré dee Moment higee.

Dat ass eng gutt Léisung, an dat schléisst och dee Moment e klenge Sträit hei of. Ech mengen, et soll een dat begrëssen.

En zweete Punkt betrëfft d'Ofännerunge vun den Artikelen 173 an 174 vum Code de la Sécurité sociale. Et sinn a mengen Aen zwee wichteg Artikelen.

Den 173 gesäit vir, wéi een d'Weiderversécherung ka maachen, wann een aus dem Pensiounsregime erausgeet, an e gëtt komplettéiert duerch en Zousaz, dass och eng Persoun, déi hir beruflech Aktivitéiten erofsetzt, hir Assurance bei der Sécurité sociale ka komplettéieren, fir se op deem Niveau ze halen zu där Zäit, wou se voll schafft huet. Dat ass eng wesentlech Verbesserung.

Ech wollt allerdéngs hei dem Minister d'Fro stellen: Mat där doter Ännerung ass jo awer ganz sécher net den Alinea 3 vun deem Artikel viséiert, wou virgesinn ass, dass och duerch e Règlement grand-ducal, souguer fir déi Leit, déi voll schaffen, de Pensiounsregime ka komplettéiert ginn?

Déi Fro ass opgeworf gi vun der Chambre de Travail. De Conseil d'État huet sech där

Remarque ralliéiert a gesot, et kann awer dann net sinn, dass do iergendeppes geännert gëtt.

Étant donné dass déi Fro bis elo keng Äntwert kritt huet, hätt ech awer gär, Här Minister, dass Dir eis géift bestätegen, dass um Alinea 3 vun dem Artikel 173 näischt an Zukunft geännert gëtt.

Den 174 gesäit vir, dass déi Persounen, déi hir Aktivitéite ganz opginn hunn aus Familljegrënn, e Rachat kënnen maache vu Perioden. A mengen Ae stellen deen doten Artikel an och den Artikel 173 eng wichteg Viraussetzung duer, wann et eng Kéier zum Splitting vun de Rechter géif kommen, well wann een dat géif maachen, muss een och de Leit et erlaben, dass se hir Pensiounsperioden an déi Beiträg, déi se bezuelt hunn, kënnen komplettéieren an dass se eventuell en Nokaf kënnen maachen.

Duerfir stellen, zënter dass déi an den 90er Jore geännert si ginn, déi zwee Artikelen a mengen Aen eng wesentlech Basis duer, och am Kader vun deenen Diskussions, déi ëmmer nach gefouert ginn iwwert de Splitting. An et soll ee genee suivéieren, wann déi Artekle geännert ginn...

**(Nuisances sonores dues à des interférences techniques)**

Et ass net bei mir, well ech hu keen Handy.

**(Interruptions)**

» **M. le Président.** - Wa mer endlech esou wäit wieren, dass déi Handyen aus deem Raum hei géifen erausbleiwen, dann hätte mer dee ganzen Zauber net.

» **M. Paul-Henri Meyers (CSV).** - Très bien, Här President.

**(Interruption)**

Et wier gutt fir de Sall an et wier gutt fir d'Leit.

» **Une voix.** - Très bien!

» **M. le Président.** - Gutt, Här Meyers, fuert elo weider!

» **M. Paul-Henri Meyers (CSV).** - Wann also déi zwee Artikelen 173 an 174 vum Code de la Sécurité sociale geännert ginn, muss een dat ëmmer genee suivéieren, dass et och am Sënn ass vun enger Verbesserung an am Sënn vun enger Konsolidatioun vun de Rechter vun den Assuréen.

En drëtte Punkt, deen ech wollt opwerfen, dat ass deen am Zesummenhang mat dem Forfait d'éducation. Et ass d'Gesetz vun 2002, op Lëtzebuergesch iwwert déi sougenannt Mammerent. Hei ginn e puer Disposi-

tiounen geännert. Fir d'éischt emol ginn d'Texter konform gemaach zu den Erfuerdennisse vun der Europäescher Unioun.

Et war kloer vun Ufank un, wéi d'Gesetz gestëmmt ginn ass, dass déi Prestatiounen am Kader vum Gesetz missten exportéiert ginn. Dat gëtt och elo kloer hei an d'Dispositionen ageschriwwen.

Eng zweet Dispositioun, déi verbessert gëtt, dat ass déi, dass am Text selwer kloer gesot gëtt, dass de Forfait d'éducation geduecht ass fir déi Persounen, déi sech haaptsächlech ëm d'Erzéiung vun de Kanner këmmen. Domat gëtt also ausgeschloss, dass deen, dee sech net drëm gekëmmert huet, nodréiglech och nach d'Mammerent kéint froe kommen. Et sinn also nëmme déi Persounen, déi sech haaptsächlech wierklech och ëm d'Erzéiung gekëmmert hunn, fir déi déi do Prestatioun geduecht war.

Déi drëtt Ännerung betrëfft...

Ech gesinn den Här Minister net méi.

**(Interruptions et hilarité)**

Drëtte Punkt, et gëtt kloer an den Text dragesat, dass d'Prestatiounen nëmme geschëllt si vum Datum vun der Demande un. Dat war net kloer am Gesetz. Nom Text hätten also retroaktiv Prestatiounen kënnen ouni Limitatioun an der Zäit bezuelt ginn, wat ganz sécher net am Intérêt an am Sënn vum Gesetzgeber vun 2002 war.

Déi Prezisioun huet hir Wichtigkeet, besonnesch och fir déi Leit, déi hir Demande späit maachen. Ech erënneren hei dorun, dass an allen Texter vun der Sécurité sociale esou Dispositionen dra sinn, allerdéngs ënnert der Form vu Prescriptionen. D'Recht op déi Prestatioun verjährt net, mä wat verjährt sinn d'Arrérage, dat heescht d'Nobezuelunge réckwierkend an der Zäit, an domat gëtt deen Text hei eigentlech och un aner Texter vun der Sécurité sociale ugepasst.

Ech wëll zum Schluss drun erënneren, dass d'Mammerent e subsidiäre Charakter huet par rapport zu de Bestëmmunge vun der Sécurité sociale. Et ass an et bleift d'Zil, dass hei zu Lëtzebuerg esou vill wéi méiglech Leit, déi tätég sinn, och an dem Doheem, an dem Stot, an der Erzéiung vun de Kanner, och iwwert d'Sécurité sociale an de Genoss vun enger regelrechter Pensioun kënnen kommen, an dass een alles muss maachen, fir dass och dat fir d'Zukunft ofgeséichert ass.

D'Mammerent war ëmmer nëmme geduecht fir déi, déi sech net konnte versécheren, aus iergendwellech Ursaachen. Et war also geduecht, fir haaptsächlech fir d'Vergaangeneheet Léisungen ze sichen. Et muss een also och an d'Zukunft kucken an eventuell ku-

cken, wéi no enger gewëssener Zäit déi Mammerent sech entwéckelt huet.

Duerfir hunn ech och de Minister gefrot: Wéi ass et mat de Statistiken? Wéi huet dat sech entwéckelt? Zu wat huet et geféiert? Wéi vill Prestatiounen sinn an d'Ausland verséiert ginn? Kéint dat Problemer bréngen?

An deem Zesummenhang wëilt ech ofschléisse mat enger Fro un den Här Minister. Dat ass déi: D'Mammerent ka bezuelt gi vu 60 Joer un oder wann een eng Pensioun kritt méi fréi. Vu 60 Joer u ka se also och bezuelt ginn - a se gëtt bezuelt - u Leit, déi nach am Aarbechtsverhältnis dra sinn. Kann déi doten Dispositioun vu 60 Joer Schwierigkeete bereeden am Hibleck op d'Ausbezuere vu Mammerenten an d'Ausland, notament u Frontalieren?

Wann dat de Fall ass, misste mer dann net an deenen nächste Joren eis Gedanke maachen - ech soe just, Gedanke maachen - iwwert déi Limite vun deene 60 Joer a kucken, ob et gerechtfertegt ass, dass Leit, déi nach am Aarbechtsprozess dra sinn, gläichzäiteg och nach eng Mammerent kënnen touchéieren?

Ech mengen net, dass dat ganz am Ufank de Sënn war vun där heiter Dispositioun. Duerfir meng Fro: Gëtt et do Problemer oder gëtt et keng? Wann et keng gëtt, da kënnen mer eise Kapp a Rou leeën. Wann et der gëtt, da muss ee sech Gedanke maachen, ob een an Zukunft déi doten Dispositioun eventuell misst änneren.

Dat gesot, wëll ech den Accord brénge vu menger Partei zu deem heite Gesetz. An ech hoffen och, dass et an där Form, esou wéi d'Kommissioun et gewënscht huet, gestëmmt gëtt.

» **Plusieurs voix.** - Très bien!

» **M. le Président.** - Merci, Här Meyers.

Domadder, Dir Dammen an Dir Hären, si mer um Enn vun eisen Aarbechte fir haut de Moien ukomm. Haut de Mëtteg héiere mer nach déi Häre Krieps a Gibéryen, duerno den Här Minister. Da stëmme mer iwwert d'Projet-de-loien of.

Fir haut de Moien ass d'Sitzung opgehewen.

**(Fin de la séance publique à 11.52 heures)**



Chambre  
des Députés  
L U X E M B O U R G

d'Chamber live  
**Chamber TV**  
och an der Rediffusioun  
all Sëtzungsdag  
vun 19:00 Auer un

d'Chamber online op  
**www.chd.lu**  
mat de Rubriken

- Composition & Organisation
- Séances publiques & Commissions
- Hôtel de la Chambre
- Portail documentaire
- Web TV live



Sommaire

1. 5941 - Projet de loi portant ajustement des pensions et rentes accident au niveau de vie 2007  
5839 - Projet de loi modifiant
1. la loi modifiée du 28 juillet 2000 ayant pour objet la coordination des régimes légaux de pension;
2. le Code de la Sécurité sociale;
3. la loi modifiée du 26 mai 1954 réglant les pensions des fonctionnaires de l'État;
4. la loi modifiée du 27 août 1977 concernant le statut des fonctionnaires entrés au service d'Institutions internationales;
5. la loi modifiée du 3 août 1998 instituant des régimes de pension spéciaux pour les fonctionnaires de l'État et des communes ainsi que pour les agents de la Société nationale des Chemins de Fer luxembourgeois;
6. la loi du 23 décembre 1998 relative au statut monétaire et à la Banque centrale du Luxembourg
- *Discussion générale (suite): M. Alexandre Krieps, M. Gast Gibéryen, M. Mars Di Bartolomeo, Ministre de la Santé et de la Sécurité sociale (répond à M. François Bausch, M. Félix Braz, M. Carlo Wagner)*
- *Votes sur l'ensemble des projets de loi et dispenses du second vote constitutionnel*
2. 5859 - Projet de loi portant modification
1. de la loi électorale modifiée du 18 février 2003;
2. de la loi du 4 février 2005 relative au référendum au niveau national
- *Rapport de la Commission des Affaires intérieures et de l'Aménagement du Territoire: M. Marco Schank*
- *Discussion générale: M. Gilles Roth, M. Fernand Etgen, M. Jean-Pierre Klein, M. Camille Gira, M. Gast Gibéryen, M. Aly Jaerling, M. Ben Fayot, M. Jean-Marie Halsdorf, Ministre de l'Intérieur et de l'Aménagement du Territoire*
- *Vote sur l'ensemble du projet de loi et dispense du second vote constitutionnel*
- *Retrait du rôle des affaires de la Chambre des Députés des propositions de loi N<sup>os</sup> 5575 et 5669*

Au banc du Gouvernement se trouvent: MM. Mars Di Bartolomeo et Jean-Marie Halsdorf, Ministres.

(Début de la séance publique à 14.31 heures)

» M. le Président.- Dir Dammen an Dir Hären, d'Sitzung ass op.

Huet d'Regierung der Chamber Matdeelungen ze maachen?

» M. Mars Di Bartolomeo, *Ministre de la Santé et de la Sécurité sociale*.- Neen, Här President.

» M. le Président.- Dann huele mer Akt dervun, dass d'Regierung näischt matzedeele huet.

Dir Dammen an Dir Hären, mir fueren elo weider mat der Diskussioun, déi mer haut de Moien ugefaangen hunn iwwert d'Renten an d'Pensiounen. Et sinn nach zwee Riedner ageschriwwen: den honorabelen Här Krieps an den honorabelen Här Gibéryen. Duerno kënnt d'Regierung. Fir d'éischt huet elo den honorabelen Här Krieps d'Wuert. Ech géif op alle Bänken ëm Opmierksamkeet fir den Här Krieps bidden.

1. 5941 - Projet de loi portant ajustement des pensions et rentes accident au niveau de vie 2007

5839 - Projet de loi modifiant

1. la loi modifiée du 28 juillet 2000 ayant pour objet la coordination des régimes légaux de pension;
2. le Code de la Sécurité sociale;
3. la loi modifiée du 26 mai 1954 réglant les pensions des fonctionnaires de l'État;
4. la loi modifiée du 27 août 1977 concernant le statut des fonctionnaires entrés au service d'Institutions internationales;

5. la loi modifiée du 3 août 1998 instituant des régimes de pension spéciaux pour les fonctionnaires de l'État et des communes ainsi que pour les agents de la Société nationale des Chemins de Fer luxembourgeois;

6. la loi du 23 décembre 1998 relative au statut monétaire et à la Banque centrale du Luxembourg (suite)

Discussion générale (suite)

» M. Alexandre Krieps (DP).- Merci, Här President. Dat ass ganz gentil vun Iech. Et deet mer och leed, dass ech de Moien Är Aarbechten opgehalen hunn, mä ech hu misse professionell e puer Bénéficiairë vum Pensionsajustement betrieen, dofir. An déi si ganz frou, dass se elo an dee Genoss kommen.

(Interruption)

Dat sot Dir herno, Här Gibéryen.

2001: 3,1%. 2003: 3,5%.

(Interruptions et coups de cloche de la Présidence)

Elo d'nächst Joer 2%. Et war, wéi mäi Virriedner hei scho gesot hunn, viru Joren eng politesch Décisioun vun der Regierung, firdeen Ajustement ze maachen. Et ass keen Automatismus. An Zäiten natierlech, wou d'Inflatioun an deene Bemoossungsjoren 2006 a '07 iwwer 3% louch, muss een der-vun ausgoen, dass dat hei awer schonn e bëssen de Konjunkturabroch zrëckspigelt.

De Moien ass hei geschwat gi vu Rente-mauer, Rentessplitting. Ech huelen zu deene Problemer haut keng Stellung an doudsécher keng Stellung bis d'Regierung d'Synthes vun deenen Aarbechtsgruppe mécht, déi momentan am Donkelen iergendwéi un deenen Dossiere schaffen. Ech wär och ganz frou, wann déi Pabeiere virun den

nächste Wahle kéimen, dass d'Leit sech kënnen determinéieren en fonction vun deene Synthesen. An haaptsächlech, Här Minister, wär ech frou, wann d'Chamber agebonne géif ginn an déi doten Diskussiounen, an dass dat net ëmmer ausserhalb geet.

Mir hate jo beim leschte Rentenajustement de Fractionnement op zwee Joer erlieft. Dat éischt Joer 2007 am Juli ëm 1%, an dëst Joer am Juli ëm 0,9%. Et kann een net richtig hei vun 13 Méint schwätzen, den 13. Mount, wéi ech dat gëschter héieren hunn. Erënnere mer jo nach eng Kéier drun, dass déi heite Regierung huet missen 2006 an den Tripartitesbeschlëss de Bierger 490 Milliounen aus der Täsch huelen. Elo kritt dann d'nächst Joer de Bierger 646 Milliounen erëm. Dat hunn ech elo gelies. Ech weess net, ob dat en 13. Mount ass. Mä d'DP mengt, dass dës Upassung ganz justifiéiert ass; speziell elo.

Mir soen och dem Romain Schneider als Rapporteur Merci fir säin extensive Bericht, an haaptsächlech och fir säin héijen Interesse un dëser Problematik. Dir hutt jo d'Zuele gesinn: 5,17 Milliounen Euro fir d'Privatbeamten, 2,6 fir d'Rentes agricoles accident an 8,4 fir d'Fonctionnaires. Dat ass also schonn eng gewëssen Zomm.

Interessant war natierlech och, dass bei der Caisse de pension vun de Rentes agricoles vun den Accidenter den Deel vum Stat ewechfält an ausschliesslech op d'Pensionskeese verlagert gëtt. Dat ass also en neie Moment, genau wéi do och de Ministère vun der Agriculture verschidde Renten iwwerhéilt. Dat ass och vläicht eng Kéier eng Iwwerleeung wäert.

Zu den Avisë vun de Chambres professionnelles wollt ech just een erauspicken. Dat ass dee vun der Chambre de Travail, déi éiweg an hire Fuerderungen drun erënnere, dass dat misst all Joer ajustéiert ginn, amplaz all zwee Joer. Dann hu se natierlech eng Fuerderung, mat där ech perséinlech a meng Partei bestëmmt guer net averstane sinn. Dat ass, dass deen Ajustement soll iwwert d'Voie réglementaire gemaach ginn an net iwwer e Gesetz. Do si mir total géint d'Voie réglementaire. Wann esou Zommen am Spill sinn, gleewen ech, muss d'Chamber hei ëmmer gefrot ginn.

Dat gesot, hoffen ech, dass déi nächst Ajustementer an därselwechter Héicht leie wéi déi heiten. Mä Dir wësst jo all, d'Zäite gi méi schwéier.

Ech soen Iech villmools Merci.

» Plusieurs voix.- Très bien!

» M. le Président.- Merci, Här Krieps. Den honorabelen Här Gibéryen huet d'Wuert.

» M. Gast Gibéryen (ADR).- Merci, Här President. Léif Kolleeginnen a Kolleegen, och vun eiser Säit e Merci un de Kolleeg Romain Schneider fir säi Rapport, deen hien hei zu dësen zwee Projets de loi gemaach huet.

De Projet 5941, dat ass deen, deen elo momentan diskutéiert gëtt iwwert den Ajustement vun de Pensiounen an den Unfallrenten. All zwee Joer maache mer deen Exercice hei opgrond vum Artikel 225 vum Code vun der Sécurité sociale. Et ass am Fong net direkt eng Obligatioun, mä et ass eng Obligatioun, datt d'Regierung ee Rapport virleet. Opgrond vun deem Rapport gëtt dann d'Décisioun geholl, ob den Ajustement praktikéiert gëtt oder net.

Et ass esou wéi an aneren Domänen en Usus, datt den Ajustement ëmmer gemaach gëtt. Esou datt mer all zwee Joer deen Exercice hei maachen. Ech fannen et ass och gutt, datt mer deen Exercice heibanne maachen an och heibanne loossen, well mer engersäits awer ëmmer eng Rei vun aktuelle Sujete mat an déi Debatt erabrëngen an och, wéi mäi Virriedner elo grad gesot huet, et eng Saach ass, déi jo awer important Zomme souwuel fir d'Pensionskeese vum Privatsecteur wéi fir de Statsbudget, fir den öffentliche Sektour, beinhaltet.

De Prinzip ass also, datt mer all zwee Joer deen Exercice hei maachen, fir datt d'Pensiounen da fristgerecht zum 1. Januar duerno kënnen déi Augmentatioun kréien. Mir hu just eng Kéier eng Ausnahm gemaach. Dat war virun zwee Joer d'Gesetz vum 22. Dezember 2006, wou mer opgrond vun den Tripartitesaccorden deen Ajustement, dee fir den 1. Januar 2007 an der Héicht vun 1,9% geschëllt war, fractionnéiert hunn. 1%

hu mer den 1. Juli 2007 an 0,9% den 1. Juli 2008 bezuelt.

Hei hunn am Fong d'Pensionären och e Retard kritt vun hirem Ajustement vun engem hallwe respektiv annerhallwem Joer, wou mer der Meinung sinn - a mer waren och duerfir deemools dergéint -, datt dat net richtig war. Et ass deemools d'Diskussioun gewiescht, datt et wier, fir d'Finanze vum Statsbudget an den Equiliber ze bréngen. Mir wëssen awer, datt de Gros vum Ajustement, virun allem wat de Privatsecteur ubelaangt, vun de Pensionskeesen aus dem Privatsecteur bezuelt gëtt an et duerfir net eng direkt Répercussioun op de Statsbudget huet. Mat Ausnahm vun dem Ajustement, deen d'Pensiounen aus der Fonction publique betrëfft.

Elo, duerch dësen Ajustement, ginn d'Pensiounen an d'Unfallrenten den 1. Januar 2009 ëm 2% an d'Luucht. Mir hu vum 1. Januar 1999 un en eenheetlechen Ajustement fir de privaten an den öffentliche Sektour. Esou ass et och logesch - an dat war scho virdrun -, fir d'Evolution vun der Lounmass ze kucken, déi den Ajustement definéiert, datt do d'Lounevolution souwuel aus dem private wéi dem öffentliche Sektour berücksichtegt gëtt, fir dann eben de Faktor ze definéieren, laut deem de Rentenajustement ass.

Dat heiten ass also en eenheetlechen Ajustement fir de privaten an den öffentliche Sektour, wou d'Pensiounen an d'Rente vum 1. Januar un ëm 2% an d'Luucht ginn.

De Käschtepunkt ass hei ernimmt ginn: 51 Milliounen fir d'Pensionskeesen aus dem Privatsecteur, 2,6 Milliounen fir d'Unfallrenten an 8,4 Milliounen fir de Statsbudget, wat déi Part ass, déi d'Fonction-publique-s-Pensionären ubelaangt.

Här President, et gëtt ëmmer iwwert d'Reserve geschwat. Mir hunn am Privatsecteur - an do deelen ech d'Meenung vum zoustännege Minister - gutt Reserve mat 9 Milliarden am Ablack, déi am Prinzip ëm 7,8 Milliounen d'Joer klammen. Quitte datt dat Transferte sinn, déi vum Statsbudget eriewerkommen, well de Stat ebe mat engem Drëttel bei de Cotisatioune participéiert. Mä et ass eben esou, wéi mer eise Pensions-system laangfristeg opgebaut hunn, datt mer e staark fiskaliséiert hunn, fir eben op déi dräimol aacht Prozent ze kommen an doduerch eben och kënnen Reserven unzeleeën, fir kënnen laangfristeg d'Pensiounen ofzesécheren.

Déi Reserven do spigelen 3,5-mol d'Joresdépensen erëm. Dat ass enorm. Am internationale Verglach weess ech net, ob et e Land gëtt, wat nach e bessere Pensions-system huet. Wa mer eis Nopeschlänner hei direkt ronderëm kucken, déi schwätzen net vu Joren, déi schwätzen emol net vu Méint. Déi schwätze vu Wochen an heiansdo souguer nëmme vun Deeg, déi hir Reserven aushalen.

De Minister huet an der Finanzkommissioun, wéi mer de Volet Sécurité sociale diskutéiert hunn, am Fong eppes gesot, wat richtig ass, wou se gesot hunn, datt an 20 Joer eis Reserve kéinten op en Enn goen, an da wiere mer am Prinzip an 20 Joer do, wou eis Nopeschlänner haut scho sinn. Et ass keen Zil fir dohinne ze kommen, mä et ass awer eng Realitéit, datt mer Rechnungen opstellen, wou mer eventuell kéinten an 20 Joer hinkommen, wou eis Nopeschlänner haut scho sinn. Ech ginn nach méi op déi Reserven do an.

Wichtig ass awer, mengen ech, datt mer un deem Emlageverfahren, wat mer hei hunn, festhalen. Gläichzäiteg muss een awer soen, hu mer zu engem gewëssen Deel elo schonn e Kapitaldeckungsverfahren, eben duerch déi grouss Reserven, déi mer hunn, wou mer 3,5-mol d'Joresdépensen ofdecken. Do hu mer also och Gelder, déi mer investéieren, déi mer placéieren. De gréissten Deel vun deene Suen, déi mer hunn, si placéiert.

Mir hunn och festgestallt, datt an deem neie System, wou se placéiert gi sinn - mir hunn et d'lescht Woch beim Budget gesot -, am Fong de Rendement elo méi héich ass vis-à-vis vun deem Placement vu virdrun, wéi et soss de Fall war. Esou datt mer also iwwert dee Wee och eis Reserve kënnen weider opstocken, an datt mer duerfir en Emlagever-



fahren hunn, wat zu engem gewëssenen Deel och schonn e Kapitaldeckungsverfahren ass.

Ech wëll awer hei och ganz kloer soen, datt, soubal et e bësse kriselt, direkt gesot gëtt: Elo sinn eis Pensiounen net méi sécher! D'Pensioun sinn hei am Land esou sécher wéi néierens aneschtens an engem Land. Wa mer zrëckkucken, a wann dat sollt stëmmen, wat de Bureau international du travail eis virun enger Rei vu Jore virgerechent huet a wou en een Zeenario opgebaut huet, dee seet, datt mer misste mëttel- oder laangfristeg e Wirtschaftswuesstem vu 4% hunn, ass et esou, datt mer an de leschten zéng Joer eng Moyenne vu 5% haten.

Dat heescht, wa mer och elo emol eng kéier géifen ee Joer op 0% erofgoen, da wiere mer, bei enger Moyenne op eelef Joer gerechent, nach ëmmer bei enger Duerchschnittsmoyenne vu 4,5% Wirtschaftswuesstem. Esou datt och bei engem Abroch vun engem oder zwee Joer mer nach ëmmer déi Konditiounen, déi de BIT eis virgeschriwwen huet, géife respektéieren.

Ech géif awer och emol alleguer déi invitéieren, emol zrëckkucken ze goen an d'80er an an d'90er Joren. Do hu mer genau déiselwecht Diskussioun gefouert wéi haut. Deemools hu mer och scho gesot: An 20 Joer sinn d'Pensiounskeesen um Enn. Mir hunn dat virun zéng Joer gesot, mir hunn dat virun 20 Joer gesot a mir hunn et viru 25, 30 Joer a viru 40 Joer gesot - d'Madame Colette Flesch confirméiert mer dat -, an trotzdeem ass et ni agegratt. Au contraire, d'Reserve sinn ëmmer méi héich ginn.

Duerfir muss een et also mat Virsiicht genëssen, wann hei ëmmer Leit kommen, déi vun enger Rentemauer schwätzen a soen, mir géife voll do drannen. D'Realitéit déi lescht 20, 30, 40 Joer huet bewisen, datt dat sech ni verwierklecht huet, wat ëmmer virausgesot ginn ass. Mä dat wëllt awer net heeschen, datt mer eis doriwwer keng Gedanken ze maache brauchen. Mir musse selbstverständlech ëmmer en A op déi Pensiounskeesereserven halen.

Mir hu Sputt dran. Mir hunn ee ganz avantagéise Pensiounssystem, an et gëtt eng Rei vu Méiglechkeeten, wa mer eng kéier géife gesinn, datt déi Reserven zrëckginn, datt een do misst reagéieren. Ech wëll och drun erënneren, datt mer fréier an eisem Gesetz stoen haten, datt d'Pensiounskeese missten e Minimum vun 1,5-mol d'Joresdépenden hunn an e Maximum vun 2,5-mol, bis mer op eemol an déi Situatioun komm sinn, datt d'Reserven iwwert déi 2,5-mol d'Joresdépenden erausgaange sinn a mer am Fong net méi konform zum Gesetz waren.

Mir hätten also zu deem Zäitpunkt missen d'Cotisationsen senken oder d'Leeschtingen héijen, fir erëm ënnert déi 2,5 ze kommen. Mä mir hunn dat eenzeg Richtegt gemaach, mir hunn de Plaffong vun 2,5 aus dem Gesetz erausgeholl, esou datt mer no uewe keng Grenze méi hunn. An haut leie mer bei 3,5-mol d'Joresdépenden, wat d'Pensiounskeesen ubelaangt, wat also och ganz gutt ass.

Ech wëll awer soen, datt och Moosssname geholl gi sinn, déi d'Pensiounskeesen entlaaschten. Ech erënneren zum Beispill drun, datt mer virun enger Rei vu Joren d'Bestëmmungen, wat d'Invalidepensiounen ubelaangt, geännert hunn, esou datt d'Invalidepensiounen net méi esou llicht konnten erreecht ginn, wéi dat vläicht virdrun eng kéier de Fall war. Dat huet natierlech eng positiv Répercussioun op d'Pensiounskeesen.

Ech wëll och drun erënneren, datt déi Bestëmmung, déi mer am Gesetz stoen hunn, datt ee ka mat 57 Joer an d'Pensioun goen, wann ee bis dohinner 40 Joer geschafft a cotiséiert huet, eng Regelung ass, déi wäert mat der Zäit lues a lues ofhuelen, well et normal ass, datt haut déi Jonk méi laang studéiere ginn, iwwert déi 17 Joer eraus, an datt an enger Rei vu Joren et ëmmer manner Leit wäerte ginn, déi mat 57 Joer d'Konditiounen erfëllen, datt se 40 Joer geschafft hunn an da kënnen an d'Pensioun goen. Also och do kennt en Automatismus dran, eng Evolutioun, déi einfach haut scho Realitéit ass an déi als Konsequenz wäert hunn, datt eis Pensiounskeesen och iwwert dee Wee kënnen entlaascht ginn.

Da wëll ech och soen, datt mer am Fong iwwert de Wee vun de Pensiounskeesen zu

engem gewëssenen Deel Wirtschafts- an ech géif souguer soen Aarbechtsmaart- oder Aarbechtsplazepolitik gemaach hunn, well mer zum Beispill d'Préretaire, wou mer jo awer zu engem gewëssenen Deel aus ekonomesche Grënn Aarbechtsplazen ofgebaut hunn, wéi an der Stolindustrie zum Beispill, ech mengen et ass vun 1998 oder '99 un, am Fong ëngeswicht hunn, datt dat net méi iwwert de Fonds pour l'emploi bezuelt ginn ass, mä datt dat aus de Pensiounskeese bezuelt ginn ass, datt mer also och am Fong eng Leeschtung aus de Pensiounskeese bezuelt hunn oder nach ëmmer bezuelen, déi net onbedéngt - et kéint ee sech et virstellen - misst vun de Pensiounskeese bezuelt ginn. Mir hunn also scho reagéiert an et ass eng automatesch Evolutioun, wat den Alter vu 57 Joer a 40 Joer geschafft ubelaangt, déi do mat eraspillt.

Wann ech also soen, datt d'Pensiounen, beitragspflichteg oder am Privatesecteur, well déi zwee Rentestysteme, privat an öffentlech, si jo zënter 1999 allen zwee beitragspflichteg, also am Privatesecteur staark Ofsécherungen hunn, gutt Reserven hunn an och laangfristeg finanzéierbar sinn, esou musse mer eis awer Gedanke maachen iwwert deen zweete Volet, dat ass d'Fonction publique. Hei hu mer keng Reserven, hei mussen d'Pensiounen all Joer einfach aus dem Budget eraus bezuelt ginn.

1999, wéi mer den eenheetleche Pensiounsregime hei am Land agefouert hunn, wéi och an der Fonction publique Cotisationsen hu misse bezuelt ginn, wéi och den eenheetleche Berechnungsmodus an den eenheetlechen Ajustement agefouert gi sinn, wéi mer en neie Regime den 1. Januar 1999 ugefaangen hunn an een lwwergangsregime fir déi Leit, déi virun 1999 am Secteur public beschäftegt waren, agefouert hunn, ware mir deemools Demandeur, datt een hätt sollen zu deem Zäitpunkt och eng Pensiounskeess fir den öffentleche Secteur aféieren, an zwar fir déi Leit, déi no dem 1. Januar 1999 an d'Fonction publique schaffe gaange sinn.

Dann hätten déi Leit kënnen iwwer 40 Joer - oder 35, 40 Joer, wéi laang se da schaffen - hir Cotisationsen an eng Pensiounskeess bezuelen. Et hätt een also do kënnen am Prinzip e System vun engem Kapitaldeckungsverfahren opbauen. Mä dat ass net gemaach ginn. Mir hunn dat deemools bedauert a mir bedauern et och haut.

Mir hunn deemools gesot, datt d'Cotisation vun deene Leit, déi nom 1. Januar 1999 an d'Fonction publique komm wieren, an déi Pensiounskeess gaang wier, an och de Stat hätt seng Part, souwuel als Patron wéi als Stat kënne bezuelen - wat jo da keng enorm Zomm op eng kéier gi wier, well et wier jo nëmme fir déi Leit gewiescht, déi nei agestallt gi wieren, déi doranner bezuelt gi wieren -, an herno wieren d'Leeschtinge bei der Pensioun am ale Regime aus dem Statsbudget bezuelt ginn, an déi Leeschtingen, déi ënnert deen neie Regime falen, déi an der Regel eréischt a 35, 40 Joer géife wirken, déi wiere vun där Pensiounskeess vun der Fonction publique bezuelt ginn.

Mir hunn et bedauert, wéi gesot, datt mer déi Pensiounskeess deemools net geschaf hunn. Do wier wierklech d'Méiglechkeet gewiescht, fir och e Kapitaldeckungsverfahren laangfristeg opzebauen, an et wier och fir déi Leit an der Fonction publique eng Garantie, datt hir Pensioun laangfristeg ofséichert sinn, woubäi mer wëssen, datt elo dat vu Budgetsjoer zu Budgetsjoer muss finanzéiert ginn, a kee weess, wéi d'Statsfinanzen an den nächste Joren evoluéieren.

Mir hoffe jo alleguer nach dat Bescht. De Finanzement vun deene Pensiounen ass permanent ofhängeg vun den annuëll Budgete vum Stat, esou datt mer alleguerten Intérêt drun hätten, fir eng laangfristeg Ofsécherung vun de Pensiounen an der Fonction publique unzestriewen. Dat wier och am Intérêt vun all deene Leit, a virun allem deene méi jonke Leit an der Fonction publique.

Ech hunn dëser Deeg schonn hei beim Budget gesot, datt mir als ADR d'Iddi vum Rentesplitting opginn hunn. Mir hate se och iwwer all déi Joren an de Wahlprogramme stoen. Mir gesinn awer an, an ech menge jiddwereen, deen objektiv a fair ass, muss agesinn, datt mer do op kee grëngen Zweig kommen.

Et ass esou, datt mer dat alleguer fein ëmmer an eis Wahlprogrammen - iwwer Jorzéngte kann ee bal soen - geschriwwen hunn, awer d'Realitéit huet bewisen, an och d'Etüden hu gewisen, datt dee System net gangbar an net machbar ass, datt mer méi Ongerechtegkeeten a méi Sträit a vill méi Hongerenten doduerch géife schafen, wéi et elo am Abléck de Fall ass.

Et ass esou, datt mer sollen an eng Richting goen, wou mer d'Individualiséierung

an der Carrière géifen ustriewen, an zwar a priori - an do ass jo de Problem - fir déi Fraen, déi doheem bleiwen, fir d'Hausaarbecht oder d'Erzéiungsaarbecht ze maachen, fir datt déi och iwwert dee Wee misste kënnen eng Carrière opbauen.

Mir hu viru Joren d'Mammerent agefouert, wat een Deel vun deem System ass, a wou mer och bei der Aféierung vun där Mammerent verlaangt hunn, datt de Stat déi hätt sollen a Form vu Cotisationen an d'Pensiounskeesen abezuelen. Da wier et e verbréiftend Recht gewiescht vun deene Fraen, vun deene Mammen, datt se eng Cotisation op hiren Numm hätten, wou se dann, wa se spéiderhi schaffe ginn, och kéinte soen, datt dat Jore vun hirer Carrière, vun hirer Versécherung waren.

Därselwechter Meinung si mer - ech wëll dat hei nach eng kéier ernimmen, well et fir eis enorm wichtig ass -, wa mer d'Chèques-services elo wëllen aféieren, datt déi och misste kënnen ausbezuelen ginn un déi Mammen oder Pappen, mä an der Regel sinn et Mammen, déi doheem d'Hausaarbecht an d'Erzéiungsaarbecht maachen. Dat wier eng Unerkennung fir déi Leit, an et géif och pensiounsméisseg hir Carrière weider ausbauen, ofsécheren, an et géif ënnert dem Stréch de Stat och méi bëlleg ginn.

Wa mer an déi Structures d'accueil ginn, ob dat Maisons relais oder Crèche sinn, da kascht eng Plaz de Stat am Prinzip 1.500 Euro de Mount Frais de fonctionnement, wann dat ofgezunn ass, wat d'Eltere fir de Placement vun hire Kanner bezuelen. D'Allgemengheet muss also 1.500 Euro de Mount Frais de fonctionnement opbréngen, ouni d'Investitiounskäschte mat ze berücksichtigen, déi an déi Strukture mussen investéiert ginn. Wa mer also hignn a mir ginn deene Mammen, déi doheem d'Erzéiungsaarbecht maachen, deeselwechte Chèque-service, dee mer deenen anere Leit ginn, da spuert de Stat ënnert dem Stréch ganz vill, well hie brauch jo fir déi keng Plazen a Maisons relais oder Strukturen ze schafen.

Déi Leit kréien eng Unerkennung fir déi wichtig Aarbecht, déi se doheem maachen, an déi Leit kënnen dann, dat soe mir, mat där Cotisation, et kann ee souguer eng Obligatioun doraus maachen, sech fräiwëlleg an hirer Pensiounskeess weiderversécheren a sech doduerch selwer eng Pensiounscarrière schafen. Et schéngt eis also äusserst wichtig ze sinn, datt mer ab eisen nächsten lwwerleungen dorunner denken.

Mir sinn der Meinung, datt een net kann, och bei de Chèques-services, no engem regelrechte Géisskaneprinzip virgoen, well mir fannen et net richtig, datt mer och Familljen, déi vläicht zéng oder 15 oder nach méi dausend Euro de Mount verdéngen, onbedéngt mussen déi éischt dräi Stonnen hir Kanner fir näischt versuergen a vun der véierter bis déi 24 Stonne fir dräi Euro, an eréischt doriwwer spillt de Revenu eng Roll, wat d'Taxatioun ubelaangt.

Mir sinn der Meinung, datt een do scho sollt méi selektiv virgoen an d'Geld benotze fir déi Leit, déi et wierklech brauchen. Dat sinn déi sozial Schwaach, dat sinn d'Monoparentalen, dat sinn d'RMG-Bezéier, dat sinn d'Mindestlounbezéier, datt een déi soll méi staark ënnerstëtzen a vläicht de Seuil no uewen éischer asetzen. Mir sinn och der Meinung, wann een op där enger Säit esou large virgeet, datt een dann awer onbedéngt misst och e Geste maache vis-à-vis vun deene Mammen, déi doheem bleiwen an d'Erzéiungsaarbecht selwer maachen an domadder och der Gesellschaft e groussen Déngscht leeschten.

Här President, dat gesot, mengen ech, si mer frou, wéi all zwee Joer, fir kënnen hei a voller Unanimitéit - ech ginn emol dovunner aus -, wéi dat och schonns Traditioun ass, dësem Ajustement zouzestëmmen. Et ass eng Upassung vun de Pensiounen un d'Evolutioun vun de Gehälter, eng Evolutioun, déi schonn zrëckläit, déi also net als Avance, mä mat engem gewëssene Retard ugepasst gëtt. Et ass eng Augmentatioun, en Ajustement, deen déi Leit verdéngt hunn. Si kréien hei näischt geschenkt, si hunn duerfir hiert Liewe laang geschafft, si hunn hiert Liewe laang Cotisationsen bezuelt a si hunn och duerfir Recht op dësen Ajustement.

Ech soen lech Merci.

» **Plusieurs voix.** - Très bien!

» **M. le Président.** - Ech soen dem Här Gibéryen Merci, dee praktesch op d'Sekonn seng Zäit agehalen huet. Ganz fein! Den Här Minister, dee mécht datselwecht. Här Minister Mars Di Bartolomeo, Dir hutt d'Wuert elo.

» **M. Mars Di Bartolomeo, Ministre de la Santé et de la Sécurité sociale.** - Här President, Dir Dammen an Dir Hären, ech si

frou iwwert déi grouss Unanimitéit zu dem Rentenajustement, deen net nëmme fir den 1. Januar fälleg ass, mä och den 1. Januar fir d'Januarpensiounen wäert plangméisseg ausbezuelen ginn, well déi Programmatiounen scho virgesinn ass, esou dass et och kloer ass, dass déi Leit mat de Januarpensiounen d'Adaptatioun kréien.

Dee Rentenajustement kënnt zu deem richtigen Zäitpunkt, well e weist no baussen, dass et net esou ass, dass queesch duerch d'Land, duerch den Abroch vun der Kris, d'Kafkraaft erfogheet. Am Contraire! Fir déi Pensionéiert, fir d'Rentenempfänger wäert den 1. Januar d'Kafkraaft an d'Luucht goen, an den 1. Januar kënne mer duerch déi heite Moosssnam och kloer no bause signaliséieren, dass ee Volet vum Sozialsystem, e Sozialsystem, deen a Krisenzäite besonnesch wichtig ass, intakt ass. Dat gëllt och fir déi aner Beräicher, mä dat ass net de Sujet vun haut.

A Krisenzäite sinn intakt Sozialsystemer duebel wichtig, well déi Schwaach vun engem gudde Sozialsystem kënne profitéieren. Zu Lëtzebuerg gëtt et definitiv e gudde Sozialsystem, dee mer net sollen zur Verfügung stellen. De Rentenajustement ass net deen éischten. Dir hutt dat richtig ënnerstrach. 1964 hu mer deen éischte Rentenajustement gemaach, deemools mat ganz grousser Verspéidung op d'Lounentwécklung. Wann ech mech gutt erënneren, waren dat iwwer zéng Joer. Duerno si mer erfogaangen op néng Joer, sechs Joer, a mer hunn de Rythme de croisière herno fonnt mat all zwee Joer Adaptatioun vun de Renten un d'Lounentwécklung, wat eent vun den Elementer ass vun der Rentenupassung. Dir wësst, dass dat anert Element dat vun der Indexéierung ass. Engersäits ginn also d'Pensiounen un d'Präisentwécklung adaptéiert, an anerersäits gi se, mat e bësse Verspéidung, un d'Lounentwécklung adaptéiert.

Elo ass et esou, dass regelméisseg d'Forderung opkomm ass, fir déi Adaptatioun am Joresrythmus ze maachen, wat awer net esou evident ass, well een no dem Ofschloss vun engem Joer, fir d'Lounentwécklung wierklech kënnen ze moossen, eng gewëssen Distanz muss hu vun enger hallwer Dose Méint, fir dat da verlässlech kënnen ze maachen. Et kéint ee selbstverständlech op Virschëss opbauen, mä dat ass awer net dee richtige Wee. Wann eng kéier keng Lounentwécklung géif erauskommen, wat jo net onméiglech ass, da misst rembouriséiert ginn.

Dir wësst, dass och eng kéier mam Zweejoresrythmus gebrach ginn ass. Dat war bei deem leschten Ajustement, deen an zwou Tranchen an och mat engem Décalage ausbezuelen ginn ass. Dat war d'Contributioun vun deene Pensionéierten un deem Gesamteffort, fir d'Statsfinanzen an d'Rei ze bréngen an hat och, dat muss een esou soen, e positiven Impakt op de Statsbudget, awer och op d'Pensiounskeesen, esou dass et net esou ass, dass iwwerhaapt keng Efforten an deem heite Beräich gemaach gi wären.

Et ass elo net den Zäitpunkt, fir eng fundamental Diskussioun iwwer all d'Elementer vum Pensiounssystem ze féieren. Et soll een awer vun der Geleeënheet profitéieren, fir eng Rei vun Aussoen ze nuancéieren an eise Pensiounssystem an dat richtegt Liicht ze stellen. Ech wëll soen, dass kaum eng kéier virdrun de Renteregime, de Pensiounssystem an enger besserer Verfassung war wéi haut, wéi de Moment, also an där aktueller Situatioun.

A wann ee seet, mir hätten an dëser Period näischt gemaach, wat d'Pensiounen ugeet, da wëll ech just drop hiweisen, dass et richtig ass, dass mer näischt Negatives gemaach hunn, mä dass mer awer e ganze Koup Positives gemaach hunn, well mer d'Gesondheet vum Pensiounssystem ganz drastesch verbessert hunn. An och dat, mengen ech, däréi een als eppes Positives an Evidenz setzen, wann e Pensiounsregime no enger Legislaturperiod däitlech besser drun ass wéi am Ufank vun där Legislaturperiod, e Rentestem besser drun ass - besser drun ass! - wéi zu deem Zäitpunkt, wou mer de Rentendéisch gemaach hunn a massiv Moosssname beschloss hunn. Haut ass déi Situatioun vum Pensiounsregime däitlech besser wéi 2002.

Ech kommen op d'Parameteren zrëck, wou een dat jo ka moossen, wou mer der Meinung waren, dass d'Situatioun esou exzellent war vun deem Pensiounsregime, dass mer eis konnte massiv Verbesserungen erlaben. Ech sinn och haut nach der Meinung, dass de Gros vun deene Verbesserung gutt waren, dass mer bei eenzelne Verbesserung vläicht iwwert d'Zil erausgeschoss hunn an eis däärs och scho bewosst waren, well - an de fréiere Sozialminister, deen d'Stellung viru mir gehalen huet, dee



weess dat - deemools festgehalen ginn ass, dass, wann d'Situatioun méi schlecht géif ginn, een déi dote Moossname réckgänge kéint maachen.

Ech wëll also soen, dass et eng Welt ass, déi op der Kopp steet. Wann e Rentensystem besser drun ass wéi zu engem Zäitpunkt, wou een eng massiv Verdeelung gemaach huet, da kritt een ënnerschoben, dass de Rentensystem misst wesentlech verännert ginn an dass een aus der Héft quasi Moossname maache misst, fir déi Situatioun ze veränneren.

Déi, déi dëser Regierung de Reproche maachen, dass se net genuch gemaach hätt bei de Pensiounen, déi solle mer wann ech gelift soen - well ech duerchaus bereet sinn, fir weider Schrëtt fir d'Ofsicherung vun eise Pensiounen ze maachen -, wou se dat a wéi se dat wëlle maachen a wat se wëlle maachen. Well bei engem Pensions-system gëtt et keng 100 Moossnamen, déi ee ka maachen, fir d'Situatioun vun engem Pensionsystem nach méi laangfristeg ze verbesseren.

Do gëtt et d'Méiglechkeet vun de Cotisationserhéijungen oder de Leeschtungsver-schlechterungen. Do gëtt et d'Méiglechkeet vun der Erhéijung vum Pensionsalter. Do gëtt et d'Méiglechkeet, fir aner Finanzie-rungsmodeller ze sichen, wou ee sech dann awer muss froen: Wat sinn déi Modeller? Well et vu Finanzierungsmodeller net vill anerger gëtt, wéi Beiträg duerch Taxen oder duerch Steieren ze ersetzen. Dat heescht, ech géif gär wëssen, wou dës Regierung hätt missen an dëser Period eppes maachen: Bei de Beiträg, bei de Steieren, beim Pensionsalter, bei de Leeschtungen? Dat sinn déi véier Punkten, déi dës Regierung hätt kënne beaflossen.

» **M. le Président**.- Här Minister, déi véier Punkten do zitieren hei bei der grén-ger Fraktioun zwou Froen erbäi, eng vum Här Braz an eng vum Här Bausch.

» **M. Mars Di Bartolomeo, Ministre de la Santé et de la Sécurité sociale**.- Ah majo, selbstverständlech, déi sinn häerzlech wëll-komm.

» **M. François Bausch (DÉI GRÉNG)**.- Här President, ech wëll den Här Minister froen, wann hie mat mer d'accord ass, dass déi niddreg Lounniewekäschten zu Lëtze-buerg e wichtegt Standuertargument waren, an hien och weess, dass mer déi niddreg Lounniewekäschten zum Beispill bei de Pensionsfraisé fir d'Entreprises oder fir d'Salariéen nëmme kënne garantéieren do-duerjer, dass mer de facto zu Lëtzebuerg d'office een Drëttel fiskaliséiert hunn, dat heescht iwwer Steieren erabezuelt hunn, a wann hie weess - dat wësse mer jo entre-temps alleguer heibannen -, dass d'Steieren an deenen nächste Jore manner héich wäerte si wéi se an deene Jore virdru waren, da muss hie mer awer kënnen op d'Fro änt-werten, da muss d'Regierung awer och am-gaange sinn, sech Gedanken ze maachen, wéi se deen Drëttel Fiskalisierung an Zu-kunft wëllt finanzéieren.

Ech mengen, dass et duerfir awer vläicht un der Zäit wär fir eng Regierung, déi respons-abel wär, fir sech iwwert deen Drëttel e bësse méi Gedanken ze maachen. An do wéisst ech gär vum Minister, wéi wäit d'Ge-danke bis elo gaange sinn.

» **M. Mars Di Bartolomeo, Ministre de la Santé et de la Sécurité sociale**.- Merci fir déi dote Fro. Mir maachen eis extrem vill Gedanken.

Mir hu virun annerhallwem Joer vun der Tri-partite den Optrag kritt, fir eng Tripartite-Aarbechtsgrupp anzusetzen, fir Propositione-nen ze maachen, fir d'laangfristeg Viabilitéit vun eise Pensiounen ze garantéieren. Déi Tripartite-Sitzung ass x-mol zesummekomm a wäert Propositionen a Pisten Enn Januar 2009 virleeën, rechtzäiteg also, fir och de Parteien d'Geleeënheet ze ginn, fir sech ze positionéieren an hire Wahlprogrammer, an och als Basis zu deenen Diskussiounen, déi net dann um rengen Tripartiteplang ge-fouert ginn, mä och mat de politesche Kräfte gefouert ginn, fir laangfristeg Schrëtt ze huelen, fir déi Pensiounen ofzeséche-ren.

A mir maachen ëmmer esou an dësem Haus an op anere Plazen, wéi wa mer ver-schidderer Meinung wären iwwert d'Of-sécherung vun de Pensiounen. Dat si mer net!

A mir maachen ëmmer esou, wéi wann hei am Land keng Bereetschaft do wär, wann d'Challenges op eis zoukommen. Mir maa-chen ëmmer esou, wéi wa mer näischt wëilte maachen.

Alleguer déi Perspektiven, déi mer virge-zeechent kréie vun der OECD, déi och wid-derholl gi vu Kräften hei zu Lëtzebuerg, déi

ginn dovun aus, dass mer an deenen näch-sten 20 Joer, an deenen nächsten 30 Joer näischt maachen. An dat ass jo absolute Kabes!

Eis Pensionssystemer sinn um Émlagever-fahren opgebaut, a mir hunn eis net fir näischt e System ginn, wou mer am Siwe-joresrhythmus kucken, wéi d'Stäerkten a wéi d'Schwächte si vun deem dote System.

Dat hu mer fir d'lescht 2005 gemaach a mer hu festgestallt 2005, dass déi Keesen am Moment - am Moment! - vu Gesondheet strotzen, mä dass eng ganz Rei vun Eraus-fuerderungen op se zoukommen, a fir déi Erausfuerderungen opzefänken, hu mer eis en Aarbechtsgrupp ginn, wou d'Sozialpart-ner zesummesetzen a wou se déi Eraus-fuerderunge kloer definéieren a Pisten de-finéieren, wéi mer kënnen aktiv ginn.

An ech soen lech et nach eng Kéier: Et ass net esou, dass dës Regierung oder iergend-eng aner Regierung oder eng Parlaments-mehrheet oder d'Sozialpartner net bereet wären, fir déi Moossnamen, déi sech opdrängen, ze huelen. Mä déi soll ee mat roueger Hand a mat kalem Kapp maachen, an et soll ee kucken, dass een dat Richtegt mécht fir de Lëtzebuurger System, a sech net inspiréiere bei deene Rezepten, déi am Ausland Brochlandung gemaach hunn.

Ech explizéiere mech. Wann déi auslän-nesch Systemer vun den auslänneschen Experte mat darselwechter Rigueur analy-séiert géife gi wéi eisen, a mir un de Pran-ger gestallt géife ginn, ma da missten all déi aner Länner agespaart ginn. Well déi hunn nämlech net 3,5-mol d'Joresausgaben u Reserven. Déi hunn e puer Deeg Reserven!

Da misst een deene soen, Dir zitt net nëmme Schecken op d'Zukunft, mä Dir zitt scho Schecken op de Présent.

Duerfir muss ech lech soen, déi „deux poids, deux mesures“, déi geholl ginn, fir e System ze apprécieiere wéi eisen, déi gi mir op d'Strëmp, a mir wieren eis och dergéint, well dee Procès d'intention, dee mer ge-maach kréien, dass mer eis net bewegen, dee weisen ech zrëck, net nëmme am Numm vum Sozialminister an net nëmme am Numm vun der Regierung, mä vun alle Leit, déi an dëser Chamber sëtzen, déi ëm-mer bewisen hunn, dass, wann Erausfuer-derungen do sinn, si déi opgehall hunn. Ech wollt dat awer eng Kéier ënnersträichen, well dat e wichtige Facteur ass.

An ech wëll...

» **M. le Président**.- Dat ass och gutt, Dir braucht lech awer net ze emportéieren, Här Minister.

(Hilarité)

» **M. Mars Di Bartolomeo, Ministre de la Santé et de la Sécurité sociale**.- Majo, dat ass ebe mäin Temperament, a wann ech net méi esou wär, da wär ech net méi ech.

» **M. le Président**.- Gutt.

» **M. Mars Di Bartolomeo, Ministre de la Santé et de la Sécurité sociale**.- Sou, wann dat dem President besser gefällt, dann huelen ech meng sonore a roueg Stëmm erëm...

(Interruptions)

...an ech wollt dann dorop hiweisen, ech wollt da beleeeën, firwat dass déi Keesen haut besser dru si wéi virum Rentendësch, an dass, wann een déi Logik do géif vi-ruféieren, dass mer haut besser dru si wéi virum Rentendësch, dass een erëm zousätzlech Moossname misst huelen, fir dobaussen d'Leit ze beglécken, mä dat ass och e wesentleche Changement vun der öf-fentlecher Meinung vis-à-vis vum Renten-dësch, dass haut keen dat verlaangt, dass eng Bewosstsäinsbildung do ass, dass mer de Bou net kënnen iwwerspanen.

E puer Beispiller,...

(Interruption)

...déi dorop hiweisen, dass mer eis zolidd verbessert hunn: Am Joer 2004, dat heescht, wéi de Rentendësch seng Wier-kung gewisen huet, do hätte mer 22,1% Beiträg gebraucht, fir d'Joresausgaben ze finanzéieren. Am Joer 2008, also no véier Joer, brauche mer nach 19,5% Beiträg. Mir hunn haut 24% Beiträg zur Verfügung.

Ech géif gär vum Kolleeg Braz wëssen, ob mer an där doter Situatioun sollen d'Beiträg senken? Ech muss feststellen, dass do-bausse keng Velléitéite sinn, fir déi Beiträg ze senken, an dass dat och eng gutt Saach ass, well dat eng responsabel Haltung weist vun de Betriber, vun de Salariéen a vum Stat, déi gläichméisseg mussen dozou bäi-droen, dass mer Reserve kënnen uleeën.

» **M. le Président**.- Här Minister, den Här Braz huet och keng Velléitéit, fir op Är Fro ze äntwerten.

» **M. Félix Braz (DÉI GRÉNG)**.- Neen, ech wollt dem Här Minister just eng Fro stel-len, mä hien huet se virdru schonn deelweis beäntwert.

» **M. le Président**.- Jo, dann ass et jo gutt.

» **M. Félix Braz (DÉI GRÉNG)**.- Neen. Deen Discours, deen Der elo hei haalt, dee grenzt sech vun deem of, wat Der de Moien zum Deel gesot hutt a wat Der an der Cham-ber och scho bei aneren Debatte gesot hutt.

» Aus Ärem Discours vun haut de Mëtteg geet scho weinstens deelweis ervir, dass Der d'Aen net komplett wëllt virdrun zou-maachen, dass Handlungsbedarf besteet. Mä de spréngende Punkt, Här Minister, ass - an Dir hutt elo en Datum genannt -, dass Der gesot hutt, dass Der all déi Zuelen, déi un deem verklengerten Rentendësch 2 um Dësch leien, wou eenzel Participantë vun deenen Diskussiounen soen: Do läit scho laang relativ vill um Dësch, net wëllt public maachen.

Mir fuerderen lech eraus: Leet da Mëtt Januar alles dat op den Dësch, wéi Der et versprach hutt, wat op den Dësch soll geluecht ginn! Da kënne mer endlech alleguerten en parfaite connaissance de cause eis positionéieren. Och Dir als Minister kënnt erklären, wéi Der mat deenen Zuele wëllt ëmgoen, an da ka jiddweree sech positionéieren.

Bis dohinner wär et gutt, wann Dir zumin-dest keng Fro géift stellen, mä et géift nor-mal fannen, wann d'Parlament lech d'Froe stellt. Leet déi Zuelen op den Dësch an da schwätze mer driwwer!

» **M. Mars Di Bartolomeo, Ministre de la Santé et de la Sécurité sociale**.- Här Pre-sident, wann den Deputéierte sech d'Méi géif maachen, fir déi regelméisseg Rappor-ten, déi erauskommen, déi och öffentlech sinn, vun der IGSS nozekucken,...

» **M. Félix Braz (DÉI GRÉNG)**.- Genee dat mécht hien! Dofir kann dat, wat Dir sot, net stëmmen.

» **M. Mars Di Bartolomeo, Ministre de la Santé et de la Sécurité sociale**.- ...da géif hien...

» **M. Félix Braz (DÉI GRÉNG)**.- Well dee sot aner Saache wéi Dir.

» **M. le Président**.- Kommt, Här Braz!

(Interruption)

» **M. Mars Di Bartolomeo, Ministre de la Santé et de la Sécurité sociale**.- Also, ech verstinn net, firwat dass dee grénge Deputé-ierte bei néng Milliarde Reserven, bei der gesenkter Prime de répartition - dat heescht Beiträg, déi mer brauchen -, bei enger méi klenger Zuel vu Pensionéierten, déi op 100 Aktiver kommen, onbedéngt wëllt, dass mer aus der Héft eraus negativ Moossnamen huelen! Dofir gëtt et am Moment kee Grund.

Mir hunn ni en Heel doraus gemaach an op eng ganz Rei vu Question-parlementaire geäntwert, wat fir eng Démarchen dass mer huelen, dass mer Enn Januar déi Chifferen op den Dësch leeën. Ech hunn an der Sozialkommissioun ugebueden, fir virun d'Sozialkommissioun ze kommen! An Dir kommt nach mat Zäit zum Zuch, fir lech kënnen ze äusseren, wat Dir dann elo gär hätt, dass mer solle maachen: Beiträg héi-jen, Leeschtunge senken, de Pensions-alter an d'Luucht setzen, oder Betriber be-steieren, déi am Moment keng Steiere méi ofwerfen?

» **M. Félix Braz (DÉI GRÉNG)**.- Här Mi-nister?!

» **M. Mars Di Bartolomeo, Ministre de la Santé et de la Sécurité sociale**.- Also, ech wëll just soen, dass een net en duebele Langage hei kann halen.

» **M. le Président**.- Här Braz, et ass alles gesot. De Minister huet net vill Zäit. Loosst him elo seng Zäit, fir seng Ausféie-rungen ze maachen.

(Interruption)

» **M. Mars Di Bartolomeo, Ministre de la Santé et de la Sécurité sociale**.- Ech hunn eppes dergéint, dass een en duebele Lan-gage gebraucht, dass een op där enger Säit seet: Mir si fir den Ajustement a mir si fir all Moossnamen, déi d'Keese méi belaa-schten, a gläichzäiteg hätte mer gär, dass d'Re-gierung negativ Moossname soll huelen.

Ech verflachte mech hei virun der Chamber, mat de Sozialpartner, zesumme mat de poli-tesche Parteien dat ze maachen, wat nout-wendeg ass, dass och eis Kanner anstän-neg Pensiounen behalen. Dir hutt gesot, Dir hëllef mat. Är Hëllef ass wëllkomm.

(Interruption)

Ech war awer nach net fäerdeg.

» **M. le Président**.- Loosst de Minister säi Rasonnement fäerdeg maachen, da kritt Dir d'Wuert nach eng Kéier, Här Braz.

» **M. Mars Di Bartolomeo, Ministre de la Santé et de la Sécurité sociale**.- Wann ech mat mengem Rasonnement fäerdeg sinn, därft Der mer all d'Froe stellen, déi Der wëllt, mä da bleiwen net méi vill Froen.

Ech wollt drop hiweisen, dass mer zum Zäit-punkt, wéi mer de Rentendësch gemaach hunn an der Meinung waren, dass eise Pensionsssystem an esou enger gudder Form wär, dass mer an engem Joer kéinten d'Ausgaben ëm 10% héijen, dass deemools d'Reserv bei dräimol d'Joresausgabe louch. Dat heescht, bei dräimol d'Joresausgaben hu mer gemengt, de Gesondheitszoustand vum Pensionsssystem wär esou gutt, dass mer kéinte massiv verdeelen.

Da wëll ech lech soen, dass haut, 2008, d'Reserven um Niveau vun 3,6-mol d'Jores-ausgabe sinn. Dat heescht, dass de Ge-sondheitszoustand vun eise Pensions-keese wesentlech besser ass.

An da wëll ech drop hiweisen, dass 2003 - wéi mer der Meinung waren, dass d'Situa-tioun vun eise Pensionskeesen esou gutt wär, dass mer déi Moossnamen alleguer kéinten huelen - 41 Pensionéiert op 100 Leit, déi schaffen, komm sinn. An dësem Joer sinn et der nach 39. Dat heescht, also och déi Charge vu Pensionéierter op Aktiver huet sech an deene véier Joer, wou dës Re-gierung jo näischt gemaach huet, weider verbessert. Ech hunn dofir haut dov u profitéiert, fir déi Reprochen ze nuancéieren, déi sech un d'Regierung riichten, si hätt näischt gemaach.

Jo, ganz richtig, mir hunn näischt Negati-ves gemaach! Mir hunn de Pensionsalter net gehéicht. Mir hunn d'Beiträg net gehéicht. Mir hunn d'Leeschtungen net ge-kierzt. Mä mir hunn zousätzlech Reserven ugeluecht. Déi Reserven, déi mer brauchen. Mir brauchen nach vill méi Reserve wéi déi doten, fir d'Erausfuerderunge vun der Zu-kunft kënnen opzehuelen.

Mir gebrauchen hei keen duebele Langage. Mir soen de Leit wéi d'Situatioun haut ass, wat d'Erausfuerderunge muer sinn a wat mer zesumme mussen upaken, fir dass d'Pensiounen sécher bleiwen.

» **M. Carlo Wagner (DP)**.- Här Presi-dent, wann ech gelift!

» **M. le Président**.- Här Minister, Äre Virgänger, den honorabelen Här Wagner, wëllt lech eng Fro stellen.

» **M. Carlo Wagner (DP)**.- Merci, Här President. Ech muss soen, ech vollzéien dat Rasonnement vum Här Minister 100%eg. Dat ass och dat, wat mer eis deemools um Rentendësch 2002 fir d'Zukunft ausgere-chent haten.

Mä ech hunn eng aner Suerg. Bei lech an der Regierung, ass do den Thema Rente-mauer endgültig vum Dësch, oder wéi?

» **M. Mars Di Bartolomeo, Ministre de la Santé et de la Sécurité sociale**.- Wësst Der, Här Wagner, Dir waart och an der Re-gierung. An et schéngen net all d'Leit an der Regierung gewiescht ze sinn; net bei lech an net bei eis. Et ass dat, wat ech dozou wëll soen.

Ech stinn zu deem, wat ech soen. An ech stinn och zu deem, wat Dir sengerzäit an de Konklusiounen vum Rentendësch gesot hutt. Dir hutt gesot, dass mer op déi Moossname vum Rentendësch missten zrëckkommen, wann d'Reserven eng Kéier op manner wéi 1,5-mol d'Joresausgaben zrëckgaange wären. Gutt. Och dat erëm eng Kéier als Pa-rameter.

Deemools ass gemengt ginn, Handlungs-bedarf wär, wa mer ënner 1,5-mol d'Jores-reserven zrëckgaange wären. Haut si mir der Meinung, dass den Handlungsbedarf schonn do ass bei 3,6-mol d'Joresreserven. Dat heescht, do ass an der Mentalitéit eng Evolutioun komm, déi méi wäit no vir kuckt wéi sengerzäit.

Ech weess, dass ech net méi vill Zäit hunn, dofir maachen ech dat och ganz kuerz. Ech



wëll soen, dass de Finanzement vum Ajusement duerch d'Beiträg geséchert ass. Ech wëll bestätegen, dass mer an deenen nächste Méint wäerte Kenntnis huele vun deene Konkusioun vum Tripartite-Aarbechtsgrupp.

Ech wollt just nach zwee Wieder soen iwwert deenen anere Projet, deenen e wichtege Projet ass, dee méi Kohärenz an eise Pensiounssystem erabréngt, well en eng Rei vun Électrons libres an de Régime général mat erabréngt.

Ech wollt och dem Paul-Henri Meyers op seng Fro äntwerten, ob d'aktuell Interpretatioun vum Artikel 173, Alinea 3 duerch dat Gesetz hei hypothekéiert ass. Ech kann dem Paul-Henri Meyers soen, dass et net hypothekéiert ass.

Ech wollt just nach soen, dass duerch déi Upassung vun der Mammerent, der Selektivitéit oder Netselektivitéit vun der Mammerent, un d'europäesch Rechtslag, dass do kéinten an der Theorie 5.000 Frae betraff sinn, dass mer missten an der Theorie, wa se alleguer géifen dorop Ussproch erhiwen, mat Méibelaaschtungen ëm néng Milliounen Euro rechnen. Mä dat si ganz theoretesch, hypothetesch Analysen.

Ech wëll och soen, dass déi Fro vum Paul-Henri Meyers, ob mer kënnen driwwer nodenken, fir d'Mammerent an Zukunft net beim effektiven, mä beim legale Rentenalter spillen ze loossen, dass dat effektiv eng Iwwerleeung ass, déi een a Rou mat allen Implikatiounen soll féieren.

An deem Sënn wëll ech der Chamber en härezeche Merci soe fir déi Unanimitéit beim Rentenajustement, dee mer alleguer dann de Pensionéierten an den Unfallrentenempfänger vum 1. Januar u gënnen.

Villmools Merci!

» **M. le Président.** - Här Minister, erlaabt Der nach eng Fro vum Här Braz?

» **M. Mars Di Bartolomeo, Ministre de la Santé et de la Sécurité sociale.** - Selbstverständlech.

» **M. Félix Braz (DÉI GRÉNG).** - Merci, Här Minister. Dir hutt jo de Moien, ech weess net, eng hallef Dose Mol dovunner Gebrauch gemaach...

» **M. Mars Di Bartolomeo, Ministre de la Santé et de la Sécurité sociale.** - Dir däreft elo esou vill froen, wéi Der wëllt, wann ech vum President keng...

» **M. le Président.** - Neen, neen, esou geet dat net. Här Braz, stellt elo Är Fro an da schlësse mer of.

» **M. Félix Braz (DÉI GRÉNG).** - Ech maachen et kuerz.

» **M. Mars Di Bartolomeo, Ministre de la Santé et de la Sécurité sociale.** - Da kréien ech awer Parole après député.

» **M. le Président.** - Här Braz, stellt elo Är Fro, wann ech gelift.

» **M. Félix Braz (DÉI GRÉNG).** - Just zwou Remarquen. Déi éischt, Här Minister, fir nach eng Kéier ze soen, dass mir net domat d'accord sinn, wann Dir den Zoustand vun de Reserve gläichstellt mat eisem Pensiounsregime. Esou einfach ass et net. Dat ass ëmmer nëmmen een Deel vun där Diskussioun, an Dir beschränkt lech déi ganzen Zäit dorop ze soen: Dat sinn d'Reserven, ergo ass alles an der Rei.

» **M. Mars Di Bartolomeo, Ministre de la Santé et de la Sécurité sociale.** - Dat ass Kapital, wat mer op d'Säit geluecht hunn.

» **M. Félix Braz (DÉI GRÉNG).** - Déi zweet Remarque. Dir verweist drop, Här Minister, dass de Ratio tëscht den Aktiven an de Beneficiäre sech d'lescht Joer positiv entwéckelt huet. Dat ass awer net zréckzuféieren op Mesuren, déi an Ärem Haus geholl gi wieren. Dat ass zréckzuféieren op d'Entwécklung vun der Wirtschaft, a mer wëssen elo schonn, dass et 2009 zum Beispill aller Wahrscheinlechkeet no anescht wäert sinn. Dorop kënnen mer eis also net baséieren, fir laangfristeg ze behapten, et wier keen Handlungsbedarf.

Drëtten Punkt. Dir hutt eis d'Fro gestallt, Här Minister, wat mir da wëlle maachen, d'Cotisationsen erhéien oder d'Leeschungen kieren. Meng Fro un Iech ass: Beschränkt sech Är Fantasie an deem dote Beräich op déi zwou Mesuren? Eis net. Mir kënnen eis aner Mesurë virstellen, wéi nëmmen déi dofen.

Véiert Remarque, fir Iech ze soen, Här Minister, soubal déi Zuelen dann um Dësch leien - well dorëms geet et, dass Dir déi zouen Diere vum Rentendësch 2 opmaacht a jiddwereen a Kenntnis setzt vun deem, wat do vun Zuelematerial existéiert -, da si mir als gréng Fraktioun mat an der éischter Rei, fir derfir ze suergen, dass de Rentensystem laangfristeg kann ofgeséchert ginn. Wann et dorëms geet, dass mer eis Aen zoumaache bis zu de Wahlen op deenen dote wichtige Froen, da wäerten DÉI GRÉNG och an der éischter Rei stoen, fir dat ze dénoncéieren.

» **M. Mars Di Bartolomeo, Ministre de la Santé et de la Sécurité sociale.** - Här President, ech probéieren da ganz kuerz ze sinn. Ech wëll just drop hiweisen, dass d'Reserven e Kapital sinn, dat mer fir d'Zukunft uleeën. Et ass eigentlech d'Kapitaliséierungsstandbeen fir eise Regime, deen nom Émlageverfahren opgebaut ass, an dass ech selbstverständlech eis Pensiounsregime net nëmmen un der Reserv moossen.

Dat Zweet, wat den Här Braz gesot huet, ass carrément falsch, dass d'Regierung näischt domat ze dinn hätt, dass d'Belastung vun deene Pensionéierte par rapport zu deenen Aktiven zréckgaange wär. Dat ass falsch, well dës Regierung d'Neiregelung vun der Invaliditéit och zesumme mat hire Virgänger gemaach huet, wou d'Leit vill manner schnell aus dem Aarbechtsmaart ausscheede wéi bis elo. Den Duerchschnittsalter vum reelle Pensiouns-alter ass an deene leschte puer Joer vu 57 op 59 Joer eropgaangen. Dat dréit dozou bäi, dass de Coefficient de charge zréckgeet. Et ass also wuel eng politesch voluntaristescht Aktioun gewiescht, déi ech mer ganz gär deele mat mengem Virgänger, dem Carlo Wagner, well hien et preparéiert huet, an ech hunn et finaliséiert an a Kraaft gesat.

Duerfir kommt mer also net, dass d'Regierung näischt domadder ze dinn hätt!

Moossnamen? Wësst Der, wann Dir an der Verantwortung sidd, an dat sidd Dir um nationale Plang net, da geet et net nëmmen duer fir ze soen, et misst een eppes anescht maachen, da muss een och mat konkrete Propositionen kommen. Ech hu gesot, wat mer gemaach hunn, fir de Regime ze verbesseren: Do waart Dir net dru bedeelegt.

Merci.

» **M. le Président.** - Här Minister, et ass alles gesot. Merci. Mir kommen elo zur Ofstëmmung vun deenen zwee Projeten. Mir stëmme fir d'éischt of iwwert de Projet 5941.

**Vote sur l'ensemble du projet de loi 5941 et dispense du second vote constitutionnel**

Déi animéiert Debatten hunn net verhënnert, dass de Projet de loi 5941 eestëmmeg ugeholl ass mat 60 Jo-Stëmmen.

*Ont voté oui: Mmes Sylvie Andrich-Duval, Nancy Arendt, M. Lucien Clement, Mmes Christine Doerner, Marie-Josée Frank, Marie-Thérèse Gantenbein-Koullen, MM. Marcel Glesener, Norbert Hauptert (par M. Marcel Oberweis), Mme Françoise Hetto-Gaasch, MM. Ali Kaes, Paul-Henri Meyers, Laurent Mosar, Marcel Oberweis, Gilles Roth, Patrick Santer, Marcel Sauber (par M. Sylvie Andrich-Duval), Jean-Paul Schaaf, Marco Schank, Marc Spautz, Mme Martine Stein-Mergen, MM. Fred Sunnen, Lucien Thiel, Lucien Weiler et Michel Wolter;*

*MM. Marc Angel, Alex Bodry, John Castegnaro, Mme Claudia Dall'Agnol, M. Fernand Diederich, Mme Lydie Err (par Mme Claudia Dall'Agnol), MM. Ben Fayot, Jean-Pierre Klein, Mme Lydia Mutsch, MM. Roger Negri, Jos Scheuer, Romain Schneider, Roland Schreiner et Mme Vera Spautz (par M. Roland Schreiner);*

*MM. Eugène Berger, Xavier Bettel, Mme Anne Brasseur, M. Fernand Etgen, Mme Collette Flesch, MM. Charles Goerens, Paul Helminger, Alexandre Krieps, Claude Meisch (par M. Xavier Bettel) et Carlo Wagner;*

*MM. Claude Adam, François Bausch, Félix Braz, Camille Gira, Jean Huss, Henri Kox et Mme Viviane Loschetter;*

*MM. Gast Gibéryen, Jacques-Yves Henckes, Jean-Pierre Koepp et Robert Mehlen;*

*M. Aly Jaerling.*

Ass d'Chamber d'accord mat der Dispens vum zweete Vote constitutionnel?

**(Assentiment)**

Dann ass et esou décidéiert.

Mir stëmmen dann of iwwert de Projet 5839.

**Vote sur l'ensemble du projet de loi 5839 et dispense du second vote constitutionnel**

Och dëse Projet ass mat 60 Jo-Stëmmen ugeholl.

*Ont voté oui: Mmes Sylvie Andrich-Duval, Nancy Arendt, M. Lucien Clement, Mmes Christine Doerner, Marie-Josée Frank, Marie-Thérèse Gantenbein-Koullen, MM. Marcel Glesener, Norbert Hauptert (par Mme Christine Doerner), Mme Françoise Hetto-Gaasch, MM. Ali Kaes, Paul-Henri Meyers, Laurent Mosar, Marcel Oberweis, Gilles Roth, Patrick Santer, Marcel Sauber (par M. Laurent Mosar), Jean-Paul Schaaf, Marco Schank, Marc Spautz, Mme Martine Stein-Mergen, MM. Fred Sunnen, Lucien Thiel, Lucien Weiler et Michel Wolter;*

*MM. Marc Angel, Alex Bodry, John Castegnaro, Mme Claudia Dall'Agnol, M. Fernand Diederich, Mme Lydie Err (par M. Alex Bodry), MM. Ben Fayot, Jean-Pierre Klein, Mme Lydia Mutsch, MM. Roger Negri, Jos Scheuer, Romain Schneider, Roland Schreiner et Mme Vera Spautz (par M. Roland Schreiner);*

*MM. Eugène Berger, Xavier Bettel, Mme Anne Brasseur, M. Fernand Etgen, Mme Collette Flesch, MM. Charles Goerens, Paul Helminger, Alexandre Krieps, Claude Meisch (par M. Xavier Bettel) et Carlo Wagner;*

*MM. Claude Adam, François Bausch, Félix Braz, Camille Gira, Jean Huss, Henri Kox et Mme Viviane Loschetter;*

*MM. Gast Gibéryen, Jacques-Yves Henckes, Jean-Pierre Koepp et Robert Mehlen;*

*M. Aly Jaerling.*

Gëtt och hei d'Chamber d'Dispens vum zweete Vote constitutionnel?

**(Assentiment)**

Dann ass et esou décidéiert.

Dir Dammen an Dir Hären, mir kommen zum leschte Punkt vun eisem Ordre du jour vun haut. Dat ass d'Diskussioun iwwert d'Ofännerung vum Wahlgesetz. D'Wuert huet elo de Rapporteur, den honorabelen Här Marco Schank.

## 2. 5859 - Projet de loi portant modification

### 1. de la loi électorale modifiée du 18 février 2003;

### 2. de la loi du 4 février 2005 relative au référendum au niveau national

**Rapport de la Commission des Affaires Rappérieures et de l'Aménagement du Territoire**

» **M. Marco Schank (CSV), rapporteur.** - Här President, Dir Dammen an Dir Hären, dee virleiende Projet de loi ass de 25. März vun dësem Joer vum Innenminister déposéiert ginn. De Statsrot huet zwee Avisen dozou formuléiert. Een éischten den 11. Juli dëst Joer, en zweeten den 9. Dezember, dat war virun enger Woch. D'Commission nationale pour la protection des données huet den 28. Oktober 2008 een Avis erageeicht, an an der Chamberkommissioun hu mer eis eng éischte Kéier an enger Réunioun vum 18. Juni dëst Joer mam Text befaasst. An de Réunioun vum 9. a 16. September hu mer eis mam Avis vum Statsrot auserneegesat, an de 27. November respektiv den 2. Dezember hu mer eng Rei Amendementer ugeholl, wéi scho gesot, déi den 9. Dezember vum Statsrot aviséiert goufen. Den 11. Dezember huet dann d'Chamberkommissioun dësen Avis complémenteaire ënnert d'Lupp geholl a mir hunn och de virleiende Rapport guttgeheescht.

Här President, léif Kolleeginnen a Kollegen, wourëms geet et elo bei dësem Projet de loi?

Mä mat dësem Text änneren a complétiere mer engersäits d'Wahlgesetz an anerersäits den Artikel 35 vum Gesetz iwwert de Referendum. Dat ofgeännert Wahlgesetz vum 18. Februar 2003 ass déi éischte Kéier bei de Chamber- an Europawahlen 2004, den 13. Juni, zum Asaz komm respektiv e Joer méi spéit och bei de Gemengewahlen.

Dat, wat mer elo änneren, resultéiert enger-säits aus der Experienz vun deene Wahlen,

mä awer och aus dräi Propositionen de loi, am Kontext Loi électorale. An zwar déi éischt Proposition de loi 5575 vun der Madame Err an dem Här Fayot, déi Proposition, déi virgesinn huet, den Délai d'inscription vun den Netlëtzebuerger op de Wahllëschten ze verlängeren an d'Residenzdauer vu fënnf op zwee Joer erfrozesetzen. An dann als Zweet och d'Gesetzespropositione 5668 a 5669 vun der Madame Brasseur, mam Zil, d'Prozedur fir den Envoi vun de Convocatiounen fir d'Wahle respektiv de Referendum méi einfach ze maachen.

### (M. Jos Scheuer prend la Présidence)

Här President, Dir Dammen an Dir Hären, erlaabt mer e kuerze Réckbléck op de Verlauf vun dësem Projet, vun der Virgoensweis zënter sengem Dépôt. Wéi de Regierungsrot am Februar dësen Text guttgeheescht huet, war festgehale ginn, datt e soll zesumme mam Gemeengegesetz evakuéiert ginn, well déi zwee Texter eendeiteg eng Complémentaritéit opgewisen hunn. De Statsrot huet dës Meinung awer wuel net gedeelt, well hie säin Avis fir d'Wahlgesetz am Juli dëst Joer schonn ofginn huet, deen zum Gemeengegesetz awer eréischt dee leschte 25. November.

A sengem Avis zum Wahlgesetz, also den 5859, huet déi héich Kierperschaft sech dofir ausgeschwat, verschidden Dispositiounen zu de Gemeengeconseillere erauszehuelen a se am Gemeengegesetz, also am 5858, ze verankeren. A sengem Avis zum Gemeengegesetz vum 25. November huet de Statsrot sech ganz décidéiert an eben och formell géint d'Prozedur opposéiert, fir de Buergermeeschter an d'Schäfte vun de gewielte Kandidaten stëmme ze loossen - dat ass déi berühmte „Assemblée des élus“, wéi se ursprüngelech virgesi war -, an dat ouni eng Proposition de texte ze maachen. Folglech muss dësen Text - do ware mer eis alleguerten eens an der Kommissioun - reconsidéiert ginn, wat natierlech dann erëm eng laangwiereg Geschicht gëtt, a wat een net soll an och net dierf iwwert de Knéi brieche.

Engersäits konnt d'Chamberkommissioun dem Statsrot seng Argumentatioun novollzéien a war doduerch et averstanen, fir déi Dispositiounen, also alleguerten déi, déi mat de Gemengen zesummenhänken, aus dem Projet vum Wahlgesetz erauszehuelen. Op där anerer Säit ass et awer néideg, datt d'Wahlgesetz fir den 1. Januar 2009 a Kraaft trëtt, an duerfir soll dann elo aus deenen Artikelen, déi den „Livre III.-Des corps communaux et des élections communales“ sollen ofänneren, ee separaten Text gemaach ginn. Dëst virun allem am Kontext vun der Problematik vun den Incompatibilitäten.

Ech hu gesot, mir brauchen dëse Projet esou séier wéi méiglech. Do ware mer eis an der Kommissioun eens, well déi wichtegst Ëmännerung déi ass vun der Réouverture vun de Wahllëschten, fir eben den Netlëtzebuerger d'Méiglechkeet ze ginn, sech op dës Lëschten anzeschreiwen, notament fir d'Europawahlen de 7. Juni 2009. Derbäi kënnt, datt eng entsprecheend Sensibiliséierungscampagne schonn a Virberedung ass vun deem zoustännege Ministère, an et eben och wichteg ass, datt genuch Zäit bleift, fir mat Hëllef vun där Campagne ze sensibiliséieren, esou datt déi och hir Frichte dréit.

Derbäi kënnt, datt d'Wahlgesetz och misst fir den 1. Januar 2009 a Kraaft trieden, well duerch d'Nationalitéitgesetz eng Partie Leit, ab deem Dag, Lëtzebuerger gi respektiv müssen d'office op de Wahllëschte vun de Gemengen ageschriwwen ginn. Ech erënnere do just un den Artikel 1 vun eben deem Nationalitéitgesetz, wat mer viru kuerzem gestëmmt hunn, Paragraph 5, dee seet, datt ee Kand, dat vun net Lëtzebuerger Elteren zu Lëtzebuerg gebuer ass, Lëtzebuerger ass, wann ee vun deenen zwee um Territoire vun eisem Land gebuer gouf.

Här President, Dir Dammen an Dir Hären, erlaabt mer kuerz opzezielen, wat déi wichtegst Punkten an dësem Gesetzestext sinn. Et sinn der insgesamt siwen. Siwe Schwéierpunkten, insgesamt éischter méi technesch Ännerungen.

Dat éischt, a wuel dat Wichtigst, ass d'Verlängerung vun der Aschreiwungsfrist fir Netlëtzebuerger op de Wahllëschten. Ech mengen, datt déi Neierung wierklech wesentlich ass fir eben d'Ressortassanté vun den aneren EU-Memberlänner, déi sech op d'Wahllëschte fir d'Europawahlen aschreiwe wëllen, respektiv fir d'Auslänner, déi sech op d'Leschte fir d'Gemengewahlen aschreiwe wëllen. Dës Délaie ginn elo bis den 13. Freideg virun de Wahlen verlängert, dat heescht ëm ronn dräi Méint. D'Leschte ginn de 86. Dag virun de Wahlen provisoresch arrétéiert. Da leie se aus bei de Gemenge bis den 79. Dag, an 72 Deeg virun



de Wahle ginn d'Lëschten dann definitiv clôturéiert. Mat deem Geschéck ginn dann d'Aschreiwungsfristen ëm eelef Méint fir d'Europawahle respektiv souguer 15 Méint fir d'Gemengewahle verkierzt.

En zweete Schwéierpunkt sinn d'Procédure de réclamation an de Recours géint d'Wahlleschten. Duerch deem neien Text kann dës Prozedur mat Zäit virun de Wahlen oflafen. Wat d'Voies de recours ugeet, esou proposéiert deem neien Text, datt net méi de Friddensrichter soll heifir kompetent sinn, mä den Tribunal administratif. Dernieft huet ee selbstverständlech d'Méiglechkeet, och Appel virun der Cour administrative ze maachen.

En drëtte Beräich betrëfft d'Residenzdauer. Amplatz vu fënnef Joer mussen d'EU-Ausländer vun elo u just nach zwee Joer hei am Grand-Duché wunnen, fir datt se un den Europawahle kënnen deelhuefen.

Eng véiert Neierung: Et gëtt elo eng legal Basis fir de Bureau centralisateur gouvernemental geschaf. Dëse Büro huet als Mission, an de Wahlbüroen eng Kopie vun de Wahlresultater ze kollektéieren, fir déi offiziell Resultater ze berechnen a se dann duerno der Öffentlechkeet och via d'Medien ze presentéieren. Bis elo ass dëse Büro ad hoc agericht ginn. Duerch dës Textännerung kann dëse Büro elo seng Missionen ënner optimale Konditione erfëllen.

Dann e fënnefte Schwéierpunkt, an domat och e Wuert zur Lettre de convocation, wou eng Vereinfachung vun der Prozedur stattfënnt, wéi ech et scho gesot hunn. Vun elo u fält de Récépissé respektiv den Accusé de réception ewech am Kontext vun der Lettre de convocation, een einfache Brëif via Postwee geet duer. Dës Lettre de convocation huet dann och just e reng informative Charakter. Et geet dann duer, wann ee sech um Wahltag mat sengem Pass oder senger Carte d'identité am Wahlbüro presentéiert.

E sechste Schwéierpunkt ass deem, datt duerch dëse Projet de loi dann och d'Méiglechkeet entsteet, Observateurs vun internationalen Organisationsen ze invitéieren op eis National- respektiv Europa- oder Gemengewahlen, deemno Beobachter vun internationalen Organisationsen vun deene Lëtzebuerg och Member ass.

E leschte Schwéierpunkt ass dee vun de Fichiers électroniques. Wéi Der wësst, gesäit eist Wahlgesetz am Moment vir, datt d'Wahlleschten a Pabeierform gehale ginn an och geännert ginn. Haut ass et jo awer esou, datt eng effikass Gestiou vun de Wahlleschte mat informatesch Moyaenë vun de Gemeengeverwaltunge muss méiglech sinn. Aus dësem Grond kënnen an Zukunft all d'Mises à jour vun de Wahlleschte souwuel um Pabeier wéi eben och iwwer elektronesch Fichiere gemaach ginn. D'Gemenge kënnen deemno wielen, wéi se et wëlle maachen. Et ass awer esou, hu mer festgehalen, datt déi Lëschte fir d'Inspektioun fir d'Leit, also vun de Leit fir de Public, op jidde Fall op Pabeier musse gedréckt ginn.

Här President, zum Schluss vläicht nach eng Prezisioun zu deem leschte Punkt. Mat dëser Mesure gëtt selbstverständlech net de Vote électronique an eisem Wahlsystem agefouert. Et gëtt nämlech, eises Wëssens, nach kee performanten informatesch System, deem de Speziifitéit vun eisem Wahlsystem kënn Rechnung droen. Sollt et eng Keier esou Programmer ginn, wier et och sënnvoll, fir doriwwer nozedenken. Soulaang wéi dat awer net ass, bleift deem ale System en vigueur. Esou vill, wéi gesot, zu de Points saillants.

Op deem éischten Avis vum Statsrot sinn ech ganz am Ufank vu mengem Rapport agaangen. Ech erspueren lech op dëser Plaz elo déi weider Detailer vun dem Avis complémentaire vum Statsrot, wou no den Amendementen vun der Chamberskommission esou wäit dann och Averständnis war, esou datt mer deem Text och haut esou konnten unhuelen.

Wéi gesot, ech war frou als Rapporteur, datt iwwert d'Fraktiungsgrenzen eraus an der Kommission e breede Konsens war, fir méiglechst séier mat deem Projet virunzekommen, aus deene Grënn, déi ech virdrun am Detail duergeluecht hunn. Zum Schluss e Merci un all d'Mataarbechterinnen an d'Mataarbechter souwuel aus dem Sekretariat vun der Chamber wéi och aus der Fraktioun, virun allem awer och deene Mataarbechterinnen aus dem Ministère, déi wirklech eng wesentlech Hand mat ugepaakt hu bei dësem Projet.

Ech soen lech Merci fir d'Nolauschteren.

» **Plusieurs voix.** - Très bien!

» **M. le Président.** - Merci, Här Schank. Den éischte Riedner ass den Här Roth. Den Här Roth huet d'Wuert.

## Discussion générale

» **M. Gilles Roth** (CSV).- Här President, Dir Dammen an Dir Hären, erlaabt mer fir d'éischt dem Marco Schank, dem Rapporteur, Merci ze soe fir säin exzellente schrëftlechen a mëndleche Bericht. D'Wahlrecht ass e Grondrecht. D'Wahlrecht an d'Wahlprozedur gehéieren zu den Eckpfeiler vun enger Demokratie. Wie wielen därerf goen, wie wou ka gewielt ginn, muss kloer geregelt ginn. Dat Regelwierk muss genügend stabil bleiwen. Et muss kloer, onkomplizéiert a kohärent sinn. Allze oft därerf een duerfir net un all dat fréckele goen. D'Émännerunge vun dem Wahlgesetz, déi mer haut op de Leescht huelen, maachen eist Wahlgesetz generell méi geschmeideg; praktesch Onzoulänglechkeeten aus der Vergaangenheet ginn ausgebigelt.

Här President, ee politesch Element, an net dat mannst, gëtt et och bei dëser Gesetzesëmännerung. D'Residenzzäit vun Netlëtzebuerger, fir bei den Europawahlen eis sechs Europadeputéiert ze wielen, gëtt vu fënnef op zwee Joer erofgesat. D'CSV seet Jo dozou. Bannent der Europäescher Union zirkuléieren d'Bierger méi einfach a méi oft. Si sollen duerfir méi einfach an deem EU-Land, wou se sech néierloossen, um politeschen Entscheidungsprozess deelhuele kënnen. Fir d'Europawahle gouf 2003 hei am Land d'Residenzzäit fir EU-Bierger, déi iwwert déi sechs Europadeputéiert vu Lëtzebuerg mat ofstëmmen, vu siwen op fënnef Joer reduzéiert. Elo gëtt dës Residenzdauer ëm weider dräi Joer erofgesat.

Verschidde Fraktiounen sinn der Meenung, et sollt een dës Residenzdauer ganz ofschafen. D'CSV respektéiert d'Grënn, déi zu där Meenung féieren. Mir deelen dës Meenung awer net. Fir d'CSV-Fraktioun sinn e Minimum vun zwee Joer hei zu Lëtzebuerg wunnen eng gutt Zäit, fir Land a Leit genügend kennen ze léieren a fir iwwert d'Europadeputéiert vun eisem Land ofzestëmme. Mat der reduzéierter Residenzzäit vun zwee Joer kréie mer eng éischt Experienz dat nächst Joer bei den Europawahlen. Duerno muss ee kucken, ob ee wëllt e weidere Schrëtt goen oder net. Wichtig ass et jiddefalls, dass d'Leit iwwert dës Neibestëmmung informéiert ginn an dass si vun deem neie Recht kënne Gebrauch maachen. D'CSV ënnerstëtzt dofir d'Sensibiliséierungs-campagne, déi vun der Regierung, an der Familijeministes am Speziellen, gemaach gëtt.

Här President, wann een engem Bierger een zousätzlecht Recht gëtt, da muss hien dat Recht och kënnen an Usproch huelen. D'CSV begreist duerfir, dass mat dësem Gesetzesprojet den Aschreifdélai, fir sech als Netlëtzebuerger op d'Wielerlëschte vun den Europa- a Gemengewahlen anzeschreien, verlängert gëtt.

Et war schonn e bëssen onverständlech, dass bis elo d'Wielerlëschte fir d'Netlëtzebuerger 14 Méint virun den Europawahlen a souguer 18 Méint virun de Gemengewahlen zou waren. Mat deenen neie Bestëmmunge kann en Netlëtzebuerger sech elo bis 13 Wochen, also ronn dräi Méint virun de Wahlen op d'Wielerlëscht aschreien. Mécht hien dat, muss hie wéi all d'Lëtzebuerger och mat viele goen.

D'Reduktioun vun der Aschreiffist ass eng wesentlech Neierung. D'CSV ënnerstëtzt dës Vereinfachung ausdrécklech. Et ass vill méi wéi eng Prozedurfro. Et entsprécht dem Wëllen an dem Sënn vun enger méi onkomplizierter a sécherlech méi grousser Bedeelegung vun EU-Bierger um politeschen Entscheidungsprozess.

Dat zielt besonnesch um Plang vun de Gemengewahlen. D'Gemeng betrëfft d'Leit direkt. Hei wëllen déi auslännesch EU-Bierger sech méi an den Entscheidungsprozess mat abannen. Dat ass och gutt esou. Et soll een duerfir prozedural Hürden esou wäit wéi méiglech aus dem Wee raumen.

Här President, am Virfeld vu Wahle kënnst ëmmer nees d'Fro op: Wien därerf d'Wahlleschte kucken? Wien därerf dovunner eng Kopie kréien?

D'Intérieurskommission huet sech dësem heikele Sujet ugehol. D'Wahlgesetz gesäit zënter Laangem vir, dass e Bierger d'Recht huet, d'Wahlleschten ze kucken an dovunner eng Kopie ze kréien. Wéi wäit dëst Recht geet a wéi wäit dëst Recht mat dem Dateschutz vereinbar ass, war net gekläert. D'Kommission huet duerfir en Avis bei der Nationaler Dateschutzkommission ugefrot. Dat Ganz huet zu enger Gesetzesëmännerung gefouert. Dës Prezisioun, iwwert déi mir haut ofstëmmen, schaaft dann och méi Kloerheet.

All Bierger huet e Recht op Asiicht an d'Wahllescht. Dës Asiicht gëtt dem Bierger am Virfeld vun de Wahlen d'Méiglechkeet, ze kontrolléieren, dass hie säi Wahlrecht

och effektiv kann ausüben. All Bierger huet och e Recht, eng Kopie vun der Wahllescht ze kréien.

Dëst Recht huet och eng politesch Partei. De Statsrot leet dëst Recht of aus dem Artikel 32bis vun der Verfassung, wourop d'Parteien hei am Land zum politesche Meenungsprozess bäidroen.

D'Kopie vun der Wielerlëscht kann een ënner enger Pabeierform oder engem elektronesch Fichier kréien. A béid Fäll muss dës Kopie en main propre dem Antragsteller ausgehännegt ginn. Mä och eng Iwwermëttlung iwwer E-Mail ass méiglech, virausgesat et läit eng elektronesch Ennerschrëft vir an d'Donnéeë si cryptéiert.

Jo, all dat geet wäit, ass awer am Gesetz net nei. Et ass eng Gratzwanderung tëschent der demokratescher Finalitéit vun dem Wahlgesetz an dem Schutz vun de perséinlechen Date vun deem Eenzelnen.

De Gesetzesprojet huet de Mérite, dass en elo fir méi Kloerheet op dëser quokeleger Fro suert. Well néierens kënn ee méi einfach un esou prezis Informatiounen iwwert d'Adresse vun de Leit, wéi iwwert d'Wahlleschten.

Et gëtt elo prezisiéiert, an dat ass nei, dass een all Informatiounen, déi een iwwert d'Bierger aus der Wahllescht kritt, nëmmen zu elektoralen Zwecker kann notzen. Dës Donnéeën däreren net un Drëttpersonen ugedi ginn. Si däreren net zu kommerziellen Zwecker mëssbraucht ginn. D'Gesetz verbitt dat elo ausdrécklech.

De Kader ass gesat. Als CSV invitéiere mir den Innenminister am Virfeld vun de Chamberswahlen dat nächst Joer, eng Circulaire un d'Gemengen ze schécken, wou dës nei Bestëmmungen explizéiert sinn, a Richtlinien ze ginn, wéi se an der Praxis sollen ugewannt ginn.

Här President, eng Fro, déi an der Intérieurskommission gestallt gouf, ass déi vun den Auswierkunge vun dem neien Nationalitéitgesetz, dat elo den 1. Januar 2009 a Kraaft trëtt, op d'Wahlen.

Dëst Gesetz féiert bekanntlech hei am Land en éischt Element vun dem sougenannten Droit du sol an. E Kand, wat hei am Land vun net Lëtzebuerger Eltere gebuer gëtt, mä vun deem de Papp oder d'Mamm och schonn zu Lëtzebuerg gebuer gouf, ass deem neie Gesetz no Lëtzebuerger. D'Gesetz erlaabt op dësem Punkt eng gewëss Retroaktivitéit an deem Sënn, dass all Bierger, deen tëschent dem 1. Januar 1991 an dem 31. Dezember 2008 hei am Land gebuer gouf oder nach gëtt, also virun dem 1. Januar 2009 nach keng 18 Joer huet, och vun dëser Bestëmmung ka profitéieren. Betraff dovunner sinn tëschent 4.500 à 5.000 Leit.

Dëst huet seng Auswierkungen op d'Wahlgesetz an deem Mooss, dass déijéineg Bierger, déi vun der virgenannter Bestëmmung aus dem neie Wahlgesetz profitéieren, a bannent den éischte sechs Méint am Joer 1991 gebuer goufen, also d'nächst Joer virun de Chamberswahlen 18 Joer kréien, nei bei deene Wahle kënne viele goen. Dat sinn onsen Informatiounen no ronn 200 Leit am Land.

Och hei, mengen ech, ass den Innenminister gefuerdert, fir de Gemengen dat matzedeelen.

Här President, d'Émännerunge vun dem Wahlgesetz, iwwert déi mir elo ofstëmmen, sinn net nëmme prozeduraler Natur. Verschiddener hunn och eng méi politesch Bedeitung.

Aner méi schwierig oder delikat Punkte wéi d'Erofsetze vun dem Wahlalter op 16 Joer, de Vote électronique, d'Incompatibilitäten, fir e Gemengemandat auszeüben, sinn net ugepaakt ginn oder nach net ugepaakt ginn. Dat dierft da vläicht an de kommende Méint a Jore méi Kappzerbrieche maachen.

Kee Kappzerbrieche mécht der CSV dëse Projet de loi, an ech ginn duerfir den Accord vun eiser Fraktioun. Ech soen lech Merci fir d'Nolauschteren.

» **Plusieurs voix.** - Très bien!

» **M. le Président.** - Merci, Här Roth. Den nächste Riedner ass den Här Etgen. Här Etgen, Dir hutt d'Wuert.

» **M. Fernand Etgen** (DP).- Här President, Kolleeginnen a Kolleegen, déi Modifikatiounen, déi mer haut am Wahlgesetz solle stëmmen, fannen hiren Ursprung a parlamentareschen Initiativen: éischters der Proposition de loi 5575 vun der Madame Err an dem Här Fayot, fir den Aschreiwungs-délai ze verlängeren an d'Residenzklausel vu fënnef op zwee Joer erofzesetzen; an zweetens der Proposition de loi 5668 a 5669

vun der Kolleegin Anne Brasseur, fir déi iwwerliefen Aberuffungsprozedur ze vereinfachen.

Eleng de Fait, datt et sech ëm parlamentaresch Initiativen handelt, maachen dës Modifikatiounen direkt méi sympathesch. D'Regierung wollt awer d'Geleeënheet notzen, fir an dëst Gesetz och nach aner Modifikatiounen anzebauen. Enner anerem sollte fir déi x-te Keier d'Dispositiounen iwwert d'Incompatibilitäten vun de Statsbeamten, e Gemengemandat ze exerzéieren, nei definéiert ginn. Ännerungen um Wahlgesetz brécht een awer net iwwert de Knéi. An och de Statsrot sot: «Le Conseil d'État est d'avis que la matière électorale, en tant qu'elle aménage le fondement de notre système étatique - les élections -, doit bénéficier de stabilité et de constance.»

Als DP-Fraktioun begrëisse mer duerfir ausdrécklech, datt all Modifikatiounen, déi d'Gemengewahlen ugin, zréckgestallt gi sinn, fir dann an där nächster Regierung an aller Rou a mat där néideger Serenitéit diskutéiert ze ginn.

Et muss een och soen, datt d'Regierung hei e bëssen improviséiert hat. Et gëllt an dësem Punkt och opzepassen, fir d'Kohärenz tëschent dem Wahlgesetz an dem Gemengegesetz ze behalen.

Här President, dat soll eis awer net dorun hënneren, fir déi méi oder manner kleng Upassungen, déi de Rapporteur Marco Schank eis am Detail virgestallt huet, virzehuelen. Erlaabt mer dem Rapporteur och Merci ze soe fir säin exzellente mëndlechen an och schrëftleche Rapport.

An deene leschte puer Méint ass an dësem héijen Haus schrecklech vill iwwert d'Integratioun vun eisen auslännesche Matbierger geschwat ginn. D'Gesetz iwwert d'duebel Nationalitéit awer och d'Éducatiousgesetz wäeren aus dëser Hisiicht extrem wichteg Gesetzer.

Déi eigentlech Bedeelegung vun den auslännesche Matbierger um politesche Prozess geschitt awer haaptsächlech doduerch, datt een u Wahlen därerf deelhuefen.

Ech wëll hei och ausdrécklech dorun erënnere, datt d'Demokratesch Partei sech ausdrécklech derfir ausgeschwat huet, fir d'Europawahle vun den Nationalwahlen ze trennen an esou e richtege politeschen Débat iwwert d'Europapolitik ze kréien.

An der Vergaangenheet ass dësen Débat hei zu Lëtzebuerg ëmmer ze kuerz komm, wat souguer en Afloss op den Zousproch hat, deem d'Land der EU-Politik zoukomme gelooss huet. D'Wahle gi vun de Medien eréischt eng gewëssen Zäit virdrun thematiséiert. Duerfir ass et batter néideg, den Termin, fir sech op d'Wielerlëschten androen ze loossen, esou kuerz wéi méiglech ze halen. Mat dëser gesetzlecher Upassung ass d'DP-Fraktioun voll a ganz d'accord.

Beim Maastrichter Vertrag hat Lëtzebuerg opgrond vu senger spezieller Situatioun mat engem Undeel vun iwwer 20% Ausländer Ausnahmebestëmmungen, wat d'Bedeelegungsmodalitéiten ubelaangen, ausgehandelt. Dat war dee Moment wichteg a gutt. No 15 Joer Experienz stelle mer awer fest, datt an dësem Punkt d'Schrauf soll lassgedréint ginn. Besonnesch d'Residenzklausel ass net méi ubruecht. Et goufe keng Abusen oder Anomalien oder ech weess net wat festgestallt.

D'Gesetz gesäit duerfir vir, d'Residenzdauer vu fënnef op zwee Joer erofzesetzen. Als DP-Fraktioun hätte mir gäre gesinn, wann d'Residenzklausel ganz ofgeschafft gi wier.

Mat senger Demande, fir op d'Wielerlëschten agedroen ze ginn, beweist den Ausländer säin Interessi un eisem Land a senger Politik. D'Aschreiwungsdemande mat där entsprechender Prozedur ass eng proaktiv Démarche. Den Ausländer ka selwer wielen tëschent viele goen an net viele goen. Den Ausländer, dee sech op d'Gemeng déplacéiert, fir sech aschreien ze loossen, huet deem néidege politesche Feeling, fir sech en toute connaissance de cause u Wahlen ze bedeelegen.

Déi Argumenter, fir eng Residenzdauer vun zwee Joer bäizebehalen, hunn an den Ae vun der Demokratescher Partei weder eng Berechtigung bei de Gemengewahlen a scho guer net bei den Europawahlen. Et



gëllt een Europaparlament vun allen Europäer fir all Europäer ze wielen.

Mam Maastrichter Vertrag goufen op déi eenzel EU-Bierger eng Rei Rechter iwwerdroen, egal a wéi engem EU-Land se wunnen. Hei geet et net nëmmen ëm d'Recht tëschent deenen eenzelne Länner fräi ze zirkuléieren, et geet och ëm onageschränkt politesch Rechter. Den EU-Bierger weess net, wéi laang hien an engem Land bleift, a wëllt duerfir d'Nationalitéit vun deem Land net onbedéngt unhuelen.

Här President, erlaabt mer hei eng Klammer opzemaachen, fir drop hinzuweisen, datt och déi Derogatiounen, déi besoen, datt een EU-Bierger aus engem anere Land net däruf Member vun Schäfferot sinn, net méi dem heitege Geescht an de Prinzipiën vun der Citoyenneté européenne entsprechen. Dës Derogatiounen solle bei där nächster Ännerung vum Wahlgesetz onbedéngt op de Leescht geholl ginn. Een demokratesch gewielten EU-Bierger, dee vun der Majoritéit vum demokratesch gewielte Gemengerot gedroen ass, muss no der Citoyenneté européenne och Responsabilitéit kënnen iwerhuelen. Klammer zou.

Et ass ee Wieler oder et ass een et net. Duerfir ass et och an der Formulatioun richtig, fir ze soen, datt d'Wielerlëschten net méi kënnen clôturéiert ginn, mä dass se permanent op sinn. Als DP-Fraktioun freeë mer eis och, datt opgrond vun der Interventioun vum Kolleeg Xavier Bettel an der Kommission d'Annotatioun op de Wielerlëschten, wéini deen, deen net als Lëtzeburger gebuer gouf, d'Lëtzeburger Nationalitéit kritt huet, ganz einfach ewechfällt, nom Prinzip, datt et keng zweeërlee Wieler gëtt.

Här President, d'Regierung huet eng Sensibilisationcampagne ugeknéngt, fir eis auslännesch Matbierger derzou ze bewegen, sech anzeschreiwen. Déi beschte Sensibiliséierung an och déi, déi näischt kascht, wier eng Prozedur ouni onnéideg Konditiounen. Mam Gesetz iwwert d'duebel Nationalitéit wäert och d'Zuel vun de Betroffene lues a lues erofgoen.

Här President, mat all den anere Modifikatiounen an textuellen Upassunge kann d'Demokratesch Partei liewen. Ech kommen awer net derlaanscht, eng Remarque ze maachen, datt de Fonctionnaire, dee vum Schäfferot delegéiert gëtt, fir d'Wielerlëschten à jour ze halen, wéinstens 25 Joer muss sinn. Mat 18 Joer däruf ee Buergermeeschter, Schaffen a Conseiller ginn; mat 18 Joer däruf een Deputéierten an Europaparlamentarier ginn; duerfir fanne mir als DP dës Altersklausel diskriminatoresch an absurd. Et wier duergaangen, wann ee gesot hätt, et misst sech ëm ee vereedegte Fonctionnaire handelen.

Ofschléissend wëll ech nach ausdrécklech begréissen, datt d'Propositionen vun der Kolleegin Anne Brasseur zrëckbehale goufen iwwert d'Aberuffungsmodalitéiten. Bei enger nächster Modifikatioun mussen och d'Dispositiounen iwwert d'Bréifwahl moderniséiert ginn, déi dem Zäitgeescht vun 2008 net würdeg sinn. Mir mussen vläicht méi Souplesse an den Oflaf vu Wahlen erabréngen; Stéchwuert Internet. Mir kënnen eis jo bei eisen Nopeschlänner inspiréieren, déi d'Prozedur vun engem Vote anticipé kennen. Erënnere wëll ech an deem Zesummenhang och un déi fortschrëttlech Proposition de loi vum Kolleeg Eugène Berger, fir de Wahlalter op 16 Joer erfzesetzen.

Här President, am Numm vun der Demokratescher Partei ginn ech d'Zoustëmmung zu deem Gesetz als ee Schrëtt an déi richteg Richtung, en attendant datt mer méi eng déif gräifend Revisioun vum Wahlgesetz virhuelen.

Ech soen lech Merci fir d'Nolauschteren.

» **Plusieurs voix**.- Très bien!

» **M. le Président**.- Merci, Här Etgen. D'Wuert huet elo den honorabelen Här Jean-Pierre Klein.

» **M. Jean-Pierre Klein (LSAP)**.- Jo, Här President. Ech sinn hei. Här President, Dir Dammen an Dir Hären, Merci dem Rapporteur fir seng gutt Rapporten. Hien ass ausféierlech op déi verschidden Dispositiounen vun deem Projet de loi agaangen. Ech wëll näischt widderhuelen. Ech notzen

d'Geleeënheet, fir e puer méi allgemeng Bemerkungen zu deem Projet de loi ze maachen.

An dëse Projet de loi sinn dräi Propositions de loi agefloss.

Déi éischt dovunner war d'Proposition de loi 5575, vun der Kolleegin Lydie Err a vum Kolleeg Ben Fayot, op déi ech méi ausféierlech wëll agoen. Ech zitéieren och kuerz e puer Sätz aus hirem Exposé des motifs, wou d'Grondiwuerleeung duergestallt ass, aus där dës Proposition de loi entstanen ass:

«...chacun doit pouvoir participer à la construction d'un avenir commun par son apport professionnel, sportif, artistique, démographique, mais aussi au moment des prises de décision. La participation aux décisions permet une intégration concrète des non-Luxembourgeois dans la société luxembourgeoise et constitue ainsi un facteur important de la cohésion sociale. Il s'agit en effet d'éviter la création d'une société duale, dans laquelle existerait un fossé entre les Luxembourgeois, qui sont habilités à influencer les prises de décision politique, et les étrangers qui, bien que contribuant au développement économique du pays, ne peuvent participer à la vie politique que de manière très restreinte.» Fin de la citation.

Dës Proposition de loi hat véier Ziler:

éischstens, d'Recht fir Netlëtzeburger fir a bestëmmte Fäll kënnen an engem nationale Referendum deelzehuelen. Dës Fuerderung war am Kader vum Referendum iwwert d'Zoustëmmung vu Lëtzebuerg zum europäesche Verfassungsstraité opkomm. Et gouf e Konsens zu deem Zäitpunkt, dass et gutt gewiescht wier, wann d'EU-Bierger, déi hei am Land wunnen, och hätte kënnen un deem Referendum deelhuele. D'Zäit war awer ze knapp, fir nach schnell déi néideg Verfassungsreform duerchzeféieren;

zweetens, d'Verlängerung vun der Aschreiwefrist, esou dass ee sech bis zwee Méint virun de Wahle kënt aschreiwen;

drëttens huet d'Proposition de loi virgesinn, dass Netlëtzeburger, déi d'Konditiounen erfëllen, fir un de Gemengen-respektiv un den Europawahle kënnen deelzehuelen, systematesch Informationsmaterial zougeschéckt krite, a

véiertens soll d'Durée de résidence, déi eng vun de Konditiounen ass fir Netlëtzeburger, fir un de Gemengen- an Europawahle kënnen deelzehuelen, vu fënnef op zwee Joer erofgesat ginn.

D'Regierung huet dës Elementer zum Deel ugeholl an zrëckbehalen, wéi se dëse Projet de loi ausgeschafft huet. Als Éischt huet d'Regierung de Virschlag begréisst, fir den nationale Referendum jee no Sujet och kënnen fir Netlëtzeburger opzemaachen.

De wichtigste Punkt ass awer dee vun der Aschreiwefrist. An deen huet d'Regierung an deem Projet de loi iwwerholl. Déi eenzeg Konditioun, déi d'Regierung gestallt huet, war, dass genuch Zäit bleift, nodeems d'Wielerlëschten arrétéiert sinn, fir dass nach d'Méiglechkeet vum Recours bleift.

Déi zwee Méint bis virun de Wahlen, déi an der Proposition de loi stoungen, hunn der Regierung ze kuerz geschéngt. D'Lëschte ginn dem Projet de loi no den 13. Freideg virun der Wahl arrétéiert, wat et fir d'Netlëtzeburger, déi d'Konditiounen erfëllen, méiglech mécht, sech bis ongeféier dräi Méint virun de Wahlen aschreiwen ze loosse.

De leschte Punkt iwwert d'Durée de résidence ass zum Deel vun der Regierung zrëckbehale ginn. Si war bereet, fir d'EU-Bierger, déi zu Lëtzebuerg un den Europawahle wëlle participéieren, d'Durée de résidence vu fënnef op zwee Joer erfzesetzen, net awer fir auslännesch Bierger, déi un de Gemengewahle wëllen deelhuele.

Hei war et d'Meenung vun der Regierung, dass jiddwereen, deen heihinner wunne kënt, eng Zäit brauch, fir sech anzeliwene an déi lokal Gegebenheete kennen ze léieren. Eng minimal Openthaltsdauer vu fënnef Joer schéngt hir ëmmer nach ugeméiss an deem Kontext.

E Wahlgesetz ze änneren, ass ëmmer eng technesch komplex Aufgab, mä fir d'Bierger vun engem Land virun allem och e Sujet, dee mat villen Emotiounen verbonnen ass. D'Fro, wien an engem Land wielen däruf, ass zugläich och eng Fro doriwwer, wéi ofen een d'Identitéit vun enger Natioun definéiert a wéi ofen een ass, och anerer u wichtige demokrateschen Décisiounsprozesser deelhuele ze loosse.

Zu Lëtzebuerg si mer an enger ganz spezieller Situatioun, well mer an deene vergaangene Jorzéngte kontinuéierlech eng staark Zouwanderung haten, esou dass d'Gläichgewiicht tëschent deenen, déi hei wunnen an d'Lëtzeburger Nationalitéit hunn, an deenen, déi eng aner Nationalitéit

hunn, ausenanergedrift ass. Dës Tendenz, déi mëttelfristeg derzou féiere wäert, dass d'Stacklëtzeburger - wann ee se esou ka nennen - wäerten eng Minoritéit hei am Land duerstellen, mécht enger Rei Lëtzeburger Suergen a verstärkt protektionisteschen Reflexer.

Wéi am Maastrichter Vertrag d'Gemengen an d'Europawahlrecht fir d'EU-Bierger festgeschriwwen ginn ass, déi an engem anere wéi hirem eegenen EU-Land liewen, huet Lëtzebuerg Gebrauch gemaach vun engem Derogationsrecht, wat et erlaabt, d'Wahlrecht vun den EU-Bierger anzuschranken. Domat gouf dem Gefill vun enger Partie Lëtzeburger Rechnung gedroen, dass Auslänner, déi sech bei eis niddleoossen, sech fir d'Éischt missten integréieren, da sollten hir ursprüngelech Nationalitéit opginn, fir Lëtzeburger kënnen ze ginn, an op deem Wee de Privileg kënte kréien, fir u politeschen Décisiounen kënnen deelzehuelen.

Einfach dem Gefill no gëtt oft no dëser Logik net nëmmen eng Integratioun, mä eng Assimilatioun vun den Auslänner verlaangt. Nëmme wa si sech upassen, esou gi wéi mir, eis Sprooch léieren an eis Nationalitéit ufroen, solle si eréischt d'Recht kréien, mat ze entscheeden.

Integratioun bedeit awer, dass sech Lëtzeburger an Auslänner openeen zou bewegen an zesummen en neit Ganzt erginn. Vu virera mussen déi, déi nei derbäikommen, ëmmer de gréissten Effort maachen. Et ass ëmmer schwéier, an engem frieme Land Fouss ze faassen, sech anzeliwene an nei Kontakter ze knäppen. Wéi liicht ee sech an deem neie Land integréiere kann, hängt zu engem groussen Deel dervun of, ob een d'Gefill huet, wëllkomm ze sinn. Als Lëtzeburger mussen mer eis froen, ob mer an dëser Hisiicht ëmmer déi richteg Signaler gesat hunn.

De Fait, dass mer just mat Zécken an ënner Oplagen EU-Bierger, déi hei am Land wunnen, an eise Gemengen a bei der Europawahl d'Wahlrecht ginn hunn, ass kee positivt Signal an déi Richtung. Och d'Aussoen, déi am Kader vun neie Gesetzer zur Nationalitéit, zur Immigratioun an zur Integratioun gemaach goufen, weisen, dass mir eis schweierdinn, auslännesch Matbierger als gläichwäerteg Partner unzegesinn, mat deene mer zesummen d'Zukunft mussen virbereeden an organiséieren.

Tatsaach ass awer, dass kee Wee derlaanscht féiert. Mir hu vill Netlëtzeburger hei wunnen. Dat wäert zum Gléck och esou bleiwen. Ouni dës Zouwanderung hätte mer ni dee Wuelstand kënnen schafen, dee mer haut hunn. Och an Zukunft mussen mer eis ustrengen, dass Lëtzebuerg esou attraktiv bleift, dass d'Auslänner gäre bei eis kommen a sech wuel hei fillen. Et huet keen en Interessé drun, an enger zersplitterter Gesellschaft ze liewen, wou een ni eft deem anere leeft, ouni sech ze verstoen an ouni sech géigesäiteg eppes zouzetrauen.

Wa mer eis Saach gutt wëlle maachen, muss et fir d'Auslänner net nëmmen attraktiv sinn, hei ze wunnen an ze schaffen, mä och aktiv um politeschen a gesellschaftlechen Liewen deelzehuelen. De Projet de loi, deen hei virläit, ass e Schrëtt an déi richteg Richtung.

Mir hunn op Drock vun der Europäescher Unioun eist Wahlrecht e bëssen opgemaach fir d'Netlëtzeburger. Doraus huet ee gesinn, dass duerchaus Interessé doru besteet, och wann d'Participatioun vun den auslännesche Matbierger bei de Gemengen- an Europawahlen nach laang net esou grouss ass, wéi ee sech dat kënt wënschen oder wéi Eenzelner dat och vläicht gefaart haten.

De Ben Fayot an d'Lydie Err haten am Exposé des motifs vun enger Proposition de loi eng kleng Analys gemaach opgrond vun enger Etüd vum SESOPI iwwert d'Wahlbedelegung vun den Netlëtzeburger. Si sinn zur Konklusioun komm, dass Auslänner duerchaus dorunner interesséiert sinn, wat an hirer Gemeng vir sech geet, an dass si och participéieren, wann ee se dofir encouragéiert a motivéiert.

Mat der Verkierzung vun den Délaien, fir sech fir d'Wahlen anzeschreiwen, wäert et e Stéck méi einfach ginn, an de Gemenge Campagne ze maachen, fir d'Netlëtzeburger mat anzebannen. Et liicht jo jiddwerengem an, dass et schwéier ass, 18 respektiv 15 Méint virun de Wahle Leit ze motivéieren, fir sech anzeschreiwen. Par contre ass et frustrant, wann d'Wahle méi no réckelen an Auslänner Interessé weisen an da mussen feststellen, dass se den Délai verpasst hunn, fir sech anzeschreiwen.

Mat deem Gesetzesprojet gëtt deemno eng wichtig bürokratesch Hürd ofgeschaaft, déi den Auslänner hei am Land onweigerlech huet misse d'Gefill ginn, dass

ee se bei de Wahlen eigentlech net wollt derbäi hunn. Et läit duerno bei de Gemengen, fir aktiv Campagne ze maachen an auslännesch Bierger, déi d'Konditiounen erfëllen, fir un de Gemengen-respektiv un den Europawahlen deelzehuelen, ze encouragéieren, fir sech anzeschreiwen. Souwäit ech weess, gëtt déi Campagne virbereet vum Ministère de l'Intérieur a vum Ministère de la Famille mat de Gemengen zesummen. Da wäerte mer op deem Plang e gutt Stéck weiderkommen.

Informationsaarbecht muss och gelescht gi bei de Jonken, déi iwwert dat neit Nationalitéitgesetz, dat an engem zweete Grad den Droit du sol aféiert, d'Obligatioun kréien, wéi all aner jonk Lëtzeburger, wielen ze goen. Et muss een nämlech dervun ausgoen, dass net all 18-jähregen Auslänner, deen nom 1. Januar 2009 d'Lëtzeburgergesch Nationalitéit kritt, wa schonn ee vu sengen Elteren hei am Land gebuer ass, sech bewosst ass, dass hien domat op der Wielerlëscht ageschriwwen ass.

E positive Punkt am Gesetz, wat mer hei stëmmen, ass och de Fait, dass de Wieler an Zukunft nëmme méi muss seng Carte d'identité mat an de Wahlbüro bréngen an dass de Récépissé net méi muss ënnerschriwwen ginn, fir kënnen vun engem wichtige Recht Gebrauch ze maachen. Dat ass den Objet vun der Proposition de loi vun der Madame Brasseur. Ëmständlech Prozeduren a Pabeierkrich sollen op e Minimum reduzéiert ginn, fir et de Bierger esou einfach wéi méiglech ze maachen, un de Wahlen deelzehuelen.

Wann et ëm d'Europawahle geet, hu Lëtzeburger an Netlëtzeburger eppes gemeinsam: Si interesséiere sech manner fir d'Europawahle wéi fir d'Gemengewahlen. Well mir eng Wahlflicht hunn, kënt dat bei de Lëtzeburger net esou staark zum Ausdrock. Mä et kann ee fest dervun ausgoen, dass eisen Taux de participation ënner aneren Ëmstänn och net besser wier wéi deen am Ausland. Ëmsou méi wichtig ass et, deene Leit, déi interesséiert sinn, den Zougank zu dëse Wahlen ze erliichten.

Mir sinn duerfir frou, dass d'Durée de résidence vu fënnef op zwee Joer erofgesat gëtt. D'Durée de résidence ganz ofzeschaffen, wollt d'Regierung net. Esou dass mer och weiderhi vun eise Derogationsrecht Gebrauch maachen.

An der Kommission huet den Här Minister eis erklärt, dass d'Regierung der Meenung wier, dass Awunner aus engem aneren EU-Land dach sollten eng Zäit hei wunnen, fir d'Geleeënheet ze hunn, Lëtzebuerg, seng politesch Landschaft a seng Institutiounen e bësse kennen ze léieren, ier se hei fir d'Europawahlen hire Stëmmziedel ofginn.

Här President, Dir Dammen an Dir Hären, ech sinn elo just op déi Punkten agaangen, déi mir vum politeschen Standpunkt aus déi wichtigst schéngen. Dës punktuell Erliichterunge vun de Prozeduren beim Wahlrecht stinn an enger Verbindung zu de Modifikatiounen, déi mer am Kader vum Gesetz iwwert d'duebel Nationalitéit virgeholl hunn. Et muss een dës Verännerungen am Kontext vun enger breeder Diskussioun gesinn.

Als Verrieder vun der LSAP sinn ech frou ze gesinn, dass mer amgaange sinn, eng ganz Rei vun Upassungen ze maachen, déi e Stéck zur Cohésion sociale an zur Integratioun bäidroen. D'LSAP-Fraktioun gëtt selbstverständlech hiren Accord zu deem Projet de loi.

Ech soen lech Merci fir d'Nolauschteren.

» **Plusieurs voix**.- Très bien!

» **M. le Président**.- Merci, Här Klein. Den nächste Riedner ass den Här Camille Gira. Här Gira, Dir hutt d'Wuert.

» **M. Camille Gira (DÉI GRÉNG)**.- Här President, Dir Dammen an Dir Hären, dëst ass déi véiert Ofännerung vum Wahlgesetz zënter där méi grousser Reform vun 2003. DÉI GRÉNG fannen et net glécklech, dass dëst Gesetz e permanente Chantier ass; en eenzeg „work in progress“, géif een op enger Internetsäit soen. De Statsrot fënt dat och net glécklech.

Et ass och net glécklech, Här President, wann un engem vun de Basisgesetzter vun eiser Demokratie permanent ermëgledoktert gëtt. An dëse Begrëff „erëmdokteren“ trëfft leider och erëm fir dëse Projet de loi zou. Dat ass kee grouse Worf. Dat sinn erëm just e puer punktuell Ännerungen. An déi nächst Ännerunge leie schonn erëm um Dësch respektiv si schonn erëm am Tube, well mer elo fënnef vir zwielef hu misse en Deel ewechplécken, fir dass wéinstens nach erëm d'Wielerlëschte konnten opgemaach gi fir d'EU-Auslänner fir d'Europawahlen.

Firwat ass dat dann esou, dass permanent un deem Gesetz ermëgledoktert gëtt?



Ech mengen, et gëtt ganz vill Ursaachen dofir. Mir gesinn der als Gréng awer haaptsächlech zwou. Déi éischt ass, dass déi dräi traditionell Parteie bis elo eigentlech ni bereet waren, eng grondleeënd Diskussioun ze féieren, wéi d'Lëtzebuenger Demokratie am 21. Jorhonnert da soll ausgesinn. Mir sinn eis alleguerten eens, dass dat Lëtzebuerg vun haut wéineg mat deem Lëtzebuerg vun der Mëtt vum 19. Jorhonnert, wou d'Basis vun eisem Stat, vun eiser Nation an och vun eiser Demokratie geluecht ginn ass, ze dinn huet.

Mä, Här President, et huet awer eppes gemeinsam, an zwar, haut wéi deemools ass e groussen Deel vun de Bewunner a Bewunnerinne vu Lëtzebuerg vum Wahlgeschäft ausgeschloss. Deemools, am 19. Jorhonnert, waren d'Kritären natierlech anerer wéi haut. Déi Zäit waren d'Kritären d'Geschlecht an d'Akommes, an haut ass et virun allem d'Carte d'identité an d'Nationalitéit. Mir sinn zu Lëtzebuerg um Wee a Richtung kuwaitesch Verhältnisser, wou eng Minoritéit iwwert d'Käpp vun enger Majoritéit ewech decidéiert, wat an deem Land hei ze geschéien huet.

DÉI GRÉNG fannen dat wierklech keng glécklech Evolutioun, an dofir wiere mir frou, wann een emol endlech kéint eng fundamental Diskussioun doriwwer féieren: Wie soll, wien дәір а wie muss am Ufank vum 21. Jorhonnert ёнner wellecher Form un der Demokratie zu Lëtzebuerg deelhuelen?

Mir haten am Joer 2000 schonn e Pabeier ausgeschafft, e Grondsazpabeier, „30 Schrëtt fir méi Matbestëmmung“, wou mer eng ganz Rei Iddien an d'Diskussioun geworf haten. Mir wollten do méi eng grouss Ouverture. Natierlech a Richtung Auslänner, och a Richtung jonk Leit, awer och besonnesch wat d'Präsenz an de politesche Gremië fir d'Fraen ubelaangt. Mir wollten awer och ganz nei Forme vu Biergerbedeelegungen aféieren, nei Forme vum Wahlexercice verschloen, vote électronique an esou weider an esou fort.

Mir hunn awer deemools schonn de Lien gemaach och mat de Strukturen am Land, mir sinn agetruede fir ee Wahlbezierk fir ganz Lëtzebuerg, agetruede fir eng Professionaliséierung um Niveau vun de Gemengen, mat awer och enger entspreechender Trennung vun de Mandaten, awer och fir eng Reform vum Statsrot, enger anerer ondemokratescher Struktur am Lëtzebuenger Land, nieft der Monarchie.

Mir hunn dee Pabeier deemools an d'Diskussioun vun der Reform vun 2003 abruecht an hunn deemools och - Dir kënnt lech vläicht nach dorun erënneren - virum Vote hei am Plenum eng Hällewull vun Amendementer erabruecht. Mä leider hunn дёs Amendementer, дёs Virschléi deemools ganz wéineg Géigeléift fonnt. An Тёschenzäit huet d'Regierungsmajoritéit geännert, a mir musse feststellen, dass d'Géigeléift fir eis Iddië leider net vill méi grouss ginn ass.

Zweet Ursaach, firwat dass mer ёмmer erём punktuell un deem Gesetz dokteren, ass, dass дёs Majoritéit weiderhi retizent ass, fir d'Participatioun méi grouss opzemaachen. Besonnesch fir d'CSV ass dat eiser Meinung no de Fall. Dat wonnert eis als Gréng Partei och weider net, well et kann ee jo schlecht mam roude Léiw iwwer Land zéien a gläichzäiteg d'Diere méi grouss opmaache fir eis auslännesch Matbierger a Matbiergerinne bei den nationalen, kommunalen oder Europawahlen.

Dat ass selbstverständlech all Partei hiert gutt Recht, eis Demokratie méi restriktiv ze gesinn, mä da géif ech awer, Här President, ём e ganz e бёsse méi Eierleckeet bieden, well дёs Positioun, fir net méi grouss opzemaachen, ass a krassem Widder-sproch zu alle Riede vu sozialer Kohesioun. Si ass och a krassem Widdersproch zu alle Rieden, déi nom Referendum iwwert d'Constitutioun vun CSV- an LSAP-Kreesser gehale gi sinn. Sonndes gëtt plädéiert fir en Europa vun alle Bierger, a méindes kréien d'EU-Bierger zu Lëtzebuerg d'Dier weiderhin zougehalen, fir um demokratesche Prozess deelzehuelen. Sonndes gëtt geschwat fir déi europäesch Citoyennetéit, a méindes ginn déiselwecht Leit op Bréissel Derogatiounen fir Lëtzebuerg aushandelen am Kontext Auslännerwahlbedeelegung.

DÉI GRÉNG sinn der Meinung, dass et keng objektiv Begrënnung méi gëtt fir déi Derogatiounen, déi Lëtzebuerg sech beim Maastrichter Vertrag ausgehandelt hat. Wann een deemools och nach konnt e gewёsse Versteedemech hu fir eng Rei Ausnahmeklauselen, well Lëtzebuerg jo wierklech e бёssen an дәр atypescher Situation ass vun engem héijen Undeel vun Auslänner, mengen ech, esou gëtt et haut, 16 Joer an e puer Europa- a Kommunalwahlen méi spéit, wierklech kee Versteesde-

mech méi derfir, dass Lëtzebuerg, an dat weess vläicht net jiddwereen, als eenzegt vun deene 27 EU-Länner nach ёмmer op дёs Derogatiounen pocht.

Emol еierlech, Kolleginnen a Kolleegen, et ka jo keen heibanne behaapten, bei deene Wahlen, déi mer an der Zwёschenzäit erlieft hunn, hätte mer eng Invasioun vun Auslänner an Auslännerinnen op de Wahllёschten erlieft, an et kann och kee behaapten, bei deene Wahlen wiere mer vun auslännesche Kandidaturen op de Lёschten iwwerrannt ginn. Et gëtt also keng Ursaach, fir d'Durée de résidence nach ёмmer op zwee Joer ze halen. Fir eis auslännesch Populatioun gëtt eis Demokratie ёмmer méi zu enger Salami-Demokratie, wou d'Participatioun nёмmen nom Gutdünke vun CSV an LSAP rondelweis verdeelt gëtt.

DÉI GRÉNG sinn der Meinung, dass eng Salami-Demokratie net zur sozialer Kohesioun bäidréit. Eng Salami-Demokratie vergrёissert och net den Appetit um Zesummeliewe bei den auslännesche Matbiergerinnen a Matbierger. An dorunner wäert och déi ugekёnnegt Campagne mat Bicen a Béierdeckelen, wéi mer viru kuerzem an enger Äntwert op dem Félix Braz seng Fro gewuer gi sinn, net ganz vill änneren.

Här President, Dir Dammen an Dir Hären, DÉI GRÉNG stelle sech d'Zesummeliewen an d'Demokratie am 21. Jorhonnert zu Lëtzebuerg anescht vir, an duerfir wäerten DÉI GRÉNG дёst Gesetz net стёммен.

Ech soen lech Merci.

»» Plusieurs voix.- Très bien!

»» M. le Président.- Merci, Här Gira. Den nächste Riedner ass den Här Gibéryen.

»» M. Gast Gibéryen (ADR).- Merci, Här President. Fir d'éischt e Merci un de Kolleeg Marco Schank als Rapporteur. Just e puer kuerz Remarquen zu дёсем Projet. Et ass e Projet, deen e relativ gelungene Wee gaangen ass, bis en iergendwéi do erauskomm ass, wou en dann elo ass, mä wou mer, mengen ech, an der Kommissioun awer dach e Konsens fonnt hunn, datt et besser ass, дёse Projet kuerzfristeg elo iwwert den Instanzewee ze kréien an da mat rouegem Kapp eng nächst Etapp hannendrun ze hanken.

Ech wëll hei just kuerz op dee Punkt agoen, wou Lëtzebuerg opgrond vum Maastrichter Vertrag Ausnahmebestëmmunge krut, wat d'Residenzklausel vun den EU-Bierger hei zu Lëtzebuerg ubelaangt. Mir si vu siwen op fёnnef Joer еrofgaangen an du vu fёnnef op zwee. D'Diskussioun an der Kommissioun war, an et ass och elo hei vun deene grёnge Kollege gesot ginn, datt een zu дёсем Zäitpunkt hätte kёnnen direkt op null Joren еrofgoen, dat heescht keng Residenzklausel méi virgesinn.

Mir als ADR hunn awer déi Proposition, wéi se hei am Text virläit, ёнnerstётzt, well mer einfach soen, mir hu jo am Maastrichter Vertrag déi Ausnahmebestëmmunge fir Lëtzebuerg net оuni Argumentatioun gefrot. Mir sinn nun eben emol dat Land mat deem grёisste prozentualen Undeel vun Netlëtzebuenger. Keen anert Land huet esou en héije Prozentsaz bei sech opweises. Duerfir hu mer déi Ausnahmeregelunge gefrot a mir hu se och vun deenen anere Länner aus дәр Ursaach zougestane kritt.

Datt mer etappeweis еrofгinn, wéi gesot vu siwen op fёnnef Joer an elo vu fёnnef op zwee, beweist jo awer, datt Lëtzebuerg sech senger Responsabilitéit do bewosst ass, och vis-à-vis vun eisen aneren EU-Bierger hei am Land, an datt mer déi lues awer sécher praktesch ganz participativ hei un den Europa- respektiv Gemengerotswahlen wäerten deelhuele loossen. An ech sinn och iwwerzeegt, datt mer eng nächst Etapp wäerte kréien, wou mer op null Jore wäerten еrofgoen. Mä alles zu senger Zäit. Et soll een dat Schratt fir Schratt maachen.

De Kolleeg Gira huet elo grad gesot, mir wieren dat eenzegt Land, wat an der Europäescher Unioun esou Ausnahmeregelungen nach géif praktikézieren. Jo, dat стёмmt. Mir sinn och dat eenzegt Land, wat esou en héije Prozentsaz vun Netlëtzebuenger oder vu Leit, déi net eis Nationalitéit hunn, hei am Land huet. Duerfir ass dat, mengen ech, scho berechtegt. Op дәр anerer Säit beweise mer elo fir d'zweete Кéier, datt mer deen Integratiounsprozess um politesche Plang awer etappeweis viruféieren. Ech sinn iwwerzeegt, wéi gesot, datt eng nächst Etapp wäert kommen, wou mer dann déi zwee lescht Joren och wäerte strächen.

Et ass gutt, datt am Budget e Kredit virgesinn ass, fir eng Campagne ze maachen, fir eis auslännesch Matbierger och opmierksam ze maachen op déi nei Méiglechkeeten, déi se hunn, souwuel iwwert

d'Konditiounen wat d'Residenz ubelaangt wéi awer och d'Konditiounen, déi verkierzt ginn, fir sech an d'Wielerlёschten anzeschreiwen. Duerfir begrёisse mer ausdrёcklech, datt duerfir eng Campagne gemaach gëtt.

Mä mir soen awer och gläichzäiteg - an ech hunn dat och an der Kommissioun gesot -, datt mir relativ vill Leit hei zu Lëtzebuerg hunn, déi an de leschte Joren an d'Grenzregioun wunne gaange sinn. Mir hunn iwwer 10.000 Lëtzebuenger, déi an der Grenzregioun wunnen, déi am Fong och d'Méiglechkeet hunn, fir iwwer Bréifwahl hei am Land kёnnen un de Wahlen ze participéieren.

Mir als ADR sinn der Meinung, datt een och do sollt eng Campagne maachen, fir déi Leit dorop opmierksam ze maachen, datt se ёishtens hei kёnnen mat viele goen, an zweetens fir deenen awer och ze soen, wéi dann d'Prozeduren an d'Délaie sinn, fir kёnnen an der Regel iwwer eng Bréifwahl hei mat kёnnen wielen ze goen.

Ech mengen, dat wier fair vis-à-vis vun deenen zwou Säiten, fir deene Leit déi néideg Informatiounen zoukommen ze loossen, fir datt se och hei vun hirem duerch Gesetz verankerte Recht, fir kёnnen bei de Wahlen ze participéieren, kéinte profitézieren.

Här President, dat gesot, mengen ech, all déi aner Saachen huet de Rapporteur a verschidde vu menge Virriedner hei gesot, sou dass deem näischt bäizefügen ass. Dat géif just eis Zäit huelen. Duerfir brёngen ech nach just zum Schluss den Accord vun eisem Grupp zu дёсем Gesetz.

»» M. Robert Mehlen (ADR).- Très bien!

»» M. le Président.- Merci, Här Gibéryen. Nächste Riedner ass den Här Aly Jaerling, an da kёnnt den Här Fayot.

»» M. Aly Jaerling (Indépendant).- Merci, Här President. Merci och dem Rapporteur fir säi Rapport. Ech wëll emol kloerstellen, dass Lëtzebuerg net dat eenzegt Land ass, wat Derogatiounen kritt huet an der politescher Unioun. Dänemark war vun Ufank vum Maastrichter Vertrag un net an der politescher Unioun mat dran.

(Interruption)

Majo neen, wann ech vun der politescher Unioun schwätzen, dann ass et dat. Politesch Unioun ass eben d'Integratioun vun den Netbierger vun engem Land an d'Matbestëmmung vun deem Land. Beim Maastrichter Vertrag huet Dänemark déi Derogatiounen kritt, wann Der lech guet kёnnt erёnneren, well Dänemark déi ёischte Кéier beim Referendum Nee gestёмmt huet, an do huet et déi Derogatioun kritt, fir datt et déi zweete Кéier sollt Jo стёммен.

Ech mengen, et soll een och emol dann dorunner erёnneren.

Dann zu дәр Salami-Demokratie: Dir kёnnt awer net heihinner kommen an eis italiesch Matbierger beleidegen. Dat ass awer net fair!

(Hilarité)

Mä ech wëll awer soen, dass mer vum Maastrichter Vertrag un, géif ech mengen, Schrëtt fir Schrëtt an déi Richtung gaange sinn, vun дәр ech mengen, dass och DÉI GRÉNG déi гären hätten. Mir gi Schrëtt fir Schrëtt an déi Richtung, an et geet menger Usiicht no och net anescht, wéi dass een dat mat kuerzen an iwwerluechte Schrëtt mécht. Et kann een näischt iwwert de Knéi brieche, well dat géif kengem hёllefен, weder eis nach eisen auslännesche Matbierger.

Ech sinn och frou, dass mer elo emol net méi vun Auslänner oder esou schwätzen, mä dass mer ёмmer méi vun Integratioun schwätzen, Integratioun vun alle Bierger hei am Land an e System, mat deem mer all gutt kёnnen zesummeliewen.

D'Residenzklausel - okay, et kann ee soen: Huet et nach e Sёnn, fir déi oprechtzeerhalen? Mä wann ech soen, dass mer och do Schrëtt fir Schrëtt ёмmer dem idealen Zil méi no kommen, esou géif ech awer mengen, dass mer dann och do eng Кéier dohinner kommen, wou mer hi wёllen.

D'Betreiung vun eise Matbierger, déi wёllen d'Lëtzebuenger Nationalitéit kréien, ass eng ganz delikat Saach. D'Betreiung vun deene Leit, déi sech op de Gemenge mellen, fir sech anzeschreiwen oder fir iergendeng Démarche ze maachen, fir sech ze integrieren, ass eng ganz delikat Saach. Dat hu mer bei eis zu Esch schonn e puermol matgemaach.

Den Här Etgen huet hei gesot, dass hien e Problem hätte mam Alter vu 25 Joer. Do sinn ech einfach der Meinung, ёishtens emol, dass duerch déi Studien, déi do verlaangt ginn, ee sech knapps virum Alter vu 25 Joer

do ka mellen. Zweetens sinn ech der Meinung, dass, fir esou e Posten ze bekleeden, wou ee mat Мёnschen ёмgeet, wou ee Matмёnsche muss betreien, ee wierklech och schonn e бёssen Experienz muss hunn an och e бёsse psychologesch Kenntnisser, fir kёnnen mat deene Мёnschen ёмzegoen, dass se sech wierklech akzeptéiert fillen an dass se sech och wierklech behandelt fille wéi jiddwereen aneren och. Dat ass ganz oft och net de Fall. Wann déi falsch Leit op дәр falscher Plaz sётzen, da gëtt dat e ganz anert Bild a gëtt deem Мёnsch, deen dohinner froe kёnnt, ёischter den Androck, wéi wann en net wёllkomm wier, an dat ass net gutt.

All d'Gemengen hu massiv de Versuch gemaach, an ech weess dat vun Esch, fir dass méi Leit sech aschreiwen, fir dass méi Leit sech integrieren, mä et bleift ёмmer nach dem Wёlle vun deem Eenzelnen iwwerlooss, ob hien dee Schrëtt och wёllt maachen.

A wa mer do sinn, wou mer elo sinn, dass eben net méi Leit sech aschreiwen, fir ze participéieren, da musse mer eis Froe stellen, wёisou dass dat esou ass.

Ass et vläicht, dass de Wonsch bei deene Leit guer net esou grouss ass, fir hei ze participéieren um politesche Geschäft, wéi mir dat vläicht гären hätten? Oder ass et einfach esou, dass mer et net fäerdeg brёngen, hinnen eben eis Institutionen oder eist politesch Gefüge méi no ze brёngen?

Dat si Froen, déi ee sech muss stellen. Wann ee bei de Kanner kuckt, déi hei an d'Schoul ginn, esou gesäit een, dass bei deene schonn e ganz anere Wёllen do ass wéi bei deene Leit, déi elo scho länger am Land wunnen. Mä awer bleibt et schlussendlech ёмmer deem Eenzelnen iwwerlooss, ob hien dann iwwerhaupt déi Participatioun wёllt.

Ech géif mengen, mir sollen net elo versichen eng Participatioun ze forcéieren. Mir sollen dat maachen, wat mer bis elo gemaach hunn, nämlich mat kuerze Schrëtt ёмmer deem idealen Objektiv méi no kommen, d'Leit net drängelen, d'Leit net forcéieren, mä se begleeden an hinnen d'Méigleckeete ginn, aus sech selwer eraus ze entscheiden, ob se dat wёllen oder net. Well een, deen e бёssen esou dozou gezwonge гëtt, stellt sech herno Froen, well et si vill Leit, déi d'Lёschten - wa mer an der Uelzechtstrooss stinn zu Esch, weess ech dat - ёнnerschreiwen, fir sech aschreiwen ze loossen, déi sech emol guer net der Konsequenz bewosst si vun deem, wat se do gemaach hunn, an déi stellen da spéider Froen.

Duerfir ass menger Usiicht no et besser, wa mer de Leit déi néideg Zäit loossen, fir selwer ze entscheiden, fir sech selwer ze integrieren a selwer och ze entscheiden, wéini dass de Moment do ass, fir hei ze participéieren. Dat wär fir mech dee beschte Wee. Mir solle se begleeden, mir sollen all déi gesetzlech Moossnamen duerfir maachen.

(Interruption)

Jo, ech weess, dass meng Zäit ofgelaf ass, ech verleugnen dat och guer net, Här Gira. Mä vläicht net нёмme meng! Vläicht net нёмme meng! Well ech géif mengen, dass deen een oder deen aneren och vun lech um richtige Wee ass.

(Hilarité)

»» M. le Président.- Merci, Här Jaerling. Den Här Fayot huet d'Wuert.

»» M. Ben Fayot (LSAP).- Här President, erlaabt mer als ee vun de Coauteure vun enger vun deene Propositions de loi, déi an deem Gesetz hei mat integréiert sinn, e puer Wuert ze soen, selbstverständlech och fir dem Rapporteur Merci ze soe fir seng gutt Aarbecht bei дёсем Projet.

Ech wollt dräi Punkte soen.

Ёischte Punkt, déi Derogatiounen, déi mer am Traité vu Maastricht 1993 kritt hunn. Ech erёnnere mech ganz gutt un déi Diskussioun am Europaparlament. Et war deemools, wéi déi europäesch Biergerschaft mat dem Droit de vote fir Netlëtzebuenger sollt kommen, eng grouss Opreegung, elo géife bei den Europa- a Gemengewahlen, wéi zum Beispill an der Fiels, wou iwwer 50% Portugise wunnen, d'Auslänner d'Muecht ergräfen.



Bon, mir hu jo gesinn, dass dat net geschitt ass. Déi Derogatiounen, déi mer nom Traité vu Maastricht hunn, bestinn nach ëmmer, well et se fir all Land gëtt, wou iwwer 20% net Nationaux wunnen. Dat gëtt vun der Europäescher Kommissioun kontrolléiert.

Et hänkt also vun ons selwer of, ob mer déi Derogatiounen eng Kéier ganz opginn oder net. Vun ons ganz eleng. Et forcéiert keen ons, déi Derogatiounen opzeginn.

Zweetens mengen ech, well mer déi Derogatiounen hunn a well mer awer iergendwann sollen an den Droit commun vun der europäescher Biergerschaft kommen, dass mer ons solle Gedanke maachen doriwwer, dass d'Wahlen am Fong geholl net dat eenzegst Instrument sinn, fir Leit, déi bei ons wunnen, schaffen, Steiere bezuelen, laang wunnen, mat an onst politescht Geschäft eranzehuelen.

Wahlen ass ee Mëttel, mä et gëtt aner Mëttelen. Et gëtt d'Mëttelen vun der Participation politique. D'Partei fänke jo un dat ze maachen. Ech hu gelies, dass d'CSV do e Grupp geschaf huet. Mir hu selwer als LSAP eng ganz Partie Netlëtzebuurger an der Partei. Mir probéiere Strukture fir déi opzebauen. Et ass net ëmmer einfach, Aarbechtsgruppe mat eranzekréien an den normale politeschen Débat interne an der Partei. Dat ass d'Responsabilitéit vun all Partei, fir déi Leit, vun deene mer gären hätten, dass se zu Lëtzebuerg d'politesch Participatioun exercéieren, op déi Manéier mat eranzebréngen.

Elo, wou d'Partei méi Finanzméiglechkeete kruten duerch d'Gesetz iwwert d'Finanzéierung vun de Parteien, ass dat eng Responsabilitéit vun de Parteien zu Lëtzebuerg, fir d'Netlëtzebuurger, déi awer wëllen hei zu Lëtzebuerg - sief et um Plang vun de Mengen, sief et um Plang vun der Europapolitik, a firwat net och um Plang vun der nationaler Politik - participéieren, méi enk dorunner anzebannen.

En drëtten Punkt betrëfft eng Situatioun, déi elo näischt mat deem Gesetz ze dinn huet. Den Här Gibéryen huet et ugeschwat. Et gëtt, mir wëssen net wivill, mä vill Lëtzebuurger am Ausland. Et gëtt der natierlech am wäiten Ausland, et gëtt der och am direkten Nopeschland. An enger Gemeng wéi Pärel zum Beispill si 500, 600 Lëtzebuurger. Dat geet duer fir e Wahlbüro.

» **M. Robert Mehlen** (ADR). - Si stellen déi nächste Kéier de Buergermeeschter.

» **M. Ben Fayot** (LSAP). - Si kéinte souguer an Däitschland, wa se alleguete fir ee stëmmen, de Buergermeeschter stellen. Just nëmme fir ze soen, fir dass mer déi Lëtzebuurger, déi am Ausland sinn, besonnesch déi, déi ganz no bei Lëtzebuerg sinn, well se hei nach schaffen, well se nach vill Lienen hunn - et ass eppes anescht ob een zu Pärel oder zu San Francisco wunnt -, och nach ganz enk un d'politescht Geschéien zu Lëtzebuerg abannen an dass mer eis Gedanke maachen, wéi een et deene ka facilitéieren, un de Wahlen zu Lëtzebuerg ze participéieren, souwuel bei den Nationalwahlen wéi bei den Europawahlen. Bei de Kommunalwahlen ass dat jo net méiglech, well se net an enger Lëtzebuurger Gemeng wunnen. Mä op jidde Fall bei den Nationalwahlen a bei den Europawahlen.

Et ass en Uleies, dat ganz bestëmmt och an deenen nächste Joren, wann déi Leit, déi net zu Lëtzebuerg wunnen, mä am noen Ausland wunnen an trotzdeem nach enk Relatiounen mat Lëtzebuerg hunn, méi zahlreich ginn.

Dat waren déi puer Remarquen, déi ech wollt maachen. Den Här Klein huet de Rescht vun deem Projet exzellent hei duergeluecht.

Vläicht nach just eng Remarque. An der Proposition de loi hate mer proposéiert, dass ee soll d'Durée de résidence vu fënnf op zwee Joer fir d'Europawahlen a fir d'Gemengewahlen erofsetzen. D'Regierung huet gesot: Mir setze se erof fir d'Europawahlen, mä net fir d'Gemengewahlen, well ee fir d'Gemenge méi eng laang Zäit brauch, fir sech ze integréieren.

Domat kann ee liewen. Ech sinn awer iwwerzeegt, dass mer héchstwahrscheinlech an e puer Joer och mat där Residenzdauer erfoginn, well mer gesinn: Wat d'Leit an de

Gemenge méi participéieren, sief et iwwert d'Wahlen, sief et a Kommissiounen, sief et iwwert d'Participatioun an de Veräiner, wat d'Liwen an de Gemenge méi harmonesch gëtt, wat d'Leit méi zesummewuessen. An et ass jo dat, wat mer virun allem wëllen.

Merci.

» **Plusieurs voix**. - Très bien!

» **M. le Président**. - Merci, Här Fayot. Elo huet dann d'Regierung d'Wuert. Här Innenminister Halsdorf, wann ech gelift.

» **M. Jean-Marie Halsdorf**, *Ministre de l'Intérieur et de l'Aménagement du Territoire*. - Här President, Dir Dammen an Dir Hären, de modifizéierte Projet de loi, deem haut gestëmmt gëtt, huet e grouss Konsens an der Intérieurskommissioun, heibanen an der Chamber - dat hu mer haut an den Diskussiounen héieren - an och dobaussen.

Wann ech e kuerz misst beschreiwen, géif ech soen: En ass vielerfrëndlech an e mécht eppes fir d'Simplification administrative. Den originale Projet, deem ech jo de 25. Mäerz hei an der Chamber déposéiert hunn, war a bleift och en ambitiöse Projet. Ech wollt mat deem Projet eng ganz Rei vun Ännerungen am Wahlgesetz an och am Gemeengegesetz gläichzäiteg virhuelen.

Als Éischt huet jo dese Projet de loi, deem d'Nummer 5859 huet, enger Revendicatioun Rechnung gedroen, déi jorelaang gemaach gouf, fir d'Aschreiwungsfrist ze verlängere fir d'Wielerlëschte vun den ausländesche Matbierger.

Et ass effektiv net méi ze vertrieeden, dass ee sech muss virum 31. Mäerz dat Joer virun de Wahlen androen. Dëst ass net méi vertrieetbar. Et war och net esou einfach, eng nei Prozedur ze maachen, well mer eis net wollten um belsche Modell, esou wéi en an der Proposition de loi vum Ben Fayot an der Madame Err dra war, orientéieren. Mir hunn nämlech gemengt, et misst een onbedéngt dat demokratescht Recht, dat „double degré de juridiction“ heescht, bäibehalen.

Mir wollten also de Bierger d'Méiglechkeet ginn, en duebeln Asproch, eng duebel Reklamatioun ze maache fir eben d'Aschreiwung oder d'Netaschreiwung op d'Wielerlëschten. Do hu mer misse vill rechnen, mir hu misse vill täselen, a mir sinn zu enger Prozedur komm, déi - wéi et haut scho gesot ginn ass - den 13. Freideg virun de Wahlen ophält. 86 Deeg virun de Wahlen ass den Délai, deem elo festgehale ginn ass.

Deen Dag ginn d'Lëschte provisoersch zougemaach. Duerno gi se publizéiert, an da kennen d'Leit dergéint reklaméieren. Dat definitiivt Zoumaache vun de Lëschten ass 72 Deeg virun de Wahlen. Fir dass dese Modell iwwerhaapt fonctionnéiert, hu mer misse eng permanent Wahlëschtféieren, déi dann eben esou fonctionnéiert, dass se fir d'Lëtzebuurger automatesch à jour gehal gëtt. D'Ausländer, wann déi d'Konditiounen erfüllen, kënnen sech da permanent aschreiwene op des Lëscht.

Dës prinzipiell Opfuederung - ech hunn et scho gesot - nom belsche Modell ass gefrot gi vum Ben Fayot a vun der Madame Err an engem Projet de loi vum 16. Mee 2006. Mir hu gemengt - ech mengen dat och, ech sinn och dervun iwwerzeegt -, dass dat, wat mir elo proposéieren, méi demokratesch ass a strukturell eng besser Léisung ass wéi dee belsche Modell, deem eis Noperen hunn. Dëst Häerzstéck war am Originalprojet an et bleift jo och dann an deser modifizierter Mouture, déi mer haut an der Chamber hunn an déi haut soll ofgestëmmt ginn.

Aner Particularitéite vum Originalgesetz waren déi, dass mer nach aner Proposition-de-loie vun Deputéierte wollten an d'Gesetz abauen, dass mer d'Experienzen, déi mer 2004 an 2005 gemaach hunn, och an dat Gesetz afléisse gelooss hunn. Mir hunn och dervu profitéiert, Ännerungen am Gemeengegesetz virzehuelen, déi an darselwechter Iddiëlag ware wéi d'Ännerungen am Wahlgesetz. Ech ginn hei e Beispill: Dat ass wéini d'Membere vun engem Gemengerot a Fonctioun trieden. Dat ass net ganz kloer an do muss och légiféiert ginn.

Dir gesitt also, den Originalprojet huet vill Detailaarbecht verlaangt. Duerfir konnte mer en och eréischt den 28. Mäerz dëst Joer déposéieren.

Firwat hunn ech dann op eng Kéier proposéiert, fir eben dese gutt ficelierte Projet opzedeele? Do gëtt et méi Grënn. D'Ausgangsbasis ass déi, dass mer zwee Projet-de-loien hunn: d'Wahlgesetz an d'Gemeengegesetz, déi zum Deel komplementar sinn.

Et ass also dann noutwendeg, well déi Texter sech ergänzen, dass se och zesummen an d'Plénière kommen an deeselwechten Dag a Kraaft trieden. D'Realitéit ass awer

déi, dass den Avis vum Statsrot fir d'Wahlgesetz den 11. Juli komm ass, den Avis awer fir d'Gemeengegesetz ass eréischt de 25. November komm. Mir haten och am Juli schonn direkt mat den Diskussiounen ugefaangen an der Chamberskommissioun. Mir konnte se awer leider net ofschléissen.

En plus hu mer am zweeten Avis eng Opposition formelle kritt iwwer e fundamentale Punkt, an zwar deen, fir déi nei Prozedur fir de Buergermeeschter an d'Schäffen ze wäilen. Eng Opposition formelle, dat heescht, do hu mer missen eng nei Prozedur sichen.

Dës Iddi war eis awer wichteg, well mir hu se vum Congrès des Pouvoirs locaux et régionaux d'Europe, vum CPLRE, suggéiert kritt. Si haten e Rapport gemaach iwwert d'Demokratie an d'Rolle vun eise Gemengen hei zu Lëtzebuerg. Mir mengen och, dass et noutwendeg wier, fir esou eng Prozedur an d'Lëtzebuurger Recht anzeschreiwene.

Keng Textpropositioun vum Statsrot; dat heescht eng nei Prozedur am Aklang mat de bestehenden Dispositiounen an och am Geescht vun der Gemeengegesetzgebung. Esou eppes kritt een net am Handëmdréien. Esou eppes verlaangt komplex Iwwerleeungen a Recherchen, fir dass mer e juristescht kohärenten Text kréien. Duerfir hu mer gemengt, dass mer sollten déi Elementer, déi d'Wahlgesetz an déi Dispositioun do ugin, eraushuelen.

De Statsrot hat doriwwer eraus och nach gefrot, eng kloer Trennung ze maachen tëschent dem Gemeengegesetz an dem Wahlgesetz, fir och hei méi Kohärenz ze kréien. Zum Beispill géif dat heeschen, d'Entrée en fonction vum Gemengerot, d'Demission vum de Buergermeeschteren, vun de Schäffen, vun de Conseilleren, d'Incompatibilitäten oder Komplementarwahlen oder en Désistement: All déi Elementer sollte mer aus dem Wahlgesetz eraushuelen, wa mer esou eppes wëlle maachen.

Dat ass och opwändeg an dat léisst sech net vun haut op muer maachen. Et ass awer am Esprit vun deem, wat d'Spezialkommissioun iwwert d'Reorganisatioun vun eise Land formuléiert huet, ee Code communal ze maachen. Eng Formulatioun, zu där ech och am Joer 2005 scho gesot hunn, mir wëilten an déi Richtung goen. Deen éischte Schratt wär dat heiten, a mir sollten eis dann d'Zäit huelen, fir dat mat Suerg ze maachen, fir dass mer herno juristescht Kohärenz kréichen.

(*Interruptions et coups de cloche de la Présidence*)

» **M. le Président**. - Loosst lech net stéieren, Här Minister!

» **M. Jean-Marie Halsdorf**, *Ministre de l'Intérieur et de l'Aménagement du Territoire*. - Duerfir hunn ech elo ee Moment gewaart, fir dass dat Ganzt sech berouegt, an da kann ech och berouegt weiderschwätzen, fir lech nach eng Kéier ze soen, dass mer dann also d'Gemengewahlen an déi Suiten, all déi Elementer wëlle separat behandelen. Do soll an den nächste Méint légiféiert ginn, an doriwwer eraus sollte mer kucke bis spéitstens Mee 2011 eppes op d'Been ze stellen, fir dass d'Ännerunge beim Gesetz den 9. Oktober 2011, also bei deenen nächste Gemengewahlen, gräife kënnen. Mir sollten elo déi néideg Viraarbechte maachen, fir déi Diskussioun en toute sérénité ze féieren, fir dass dann de Projet op den Instanzewee ka goen.

Nun, ech hunn och an där zweetleschter Chamberskommissioun gesot, mer missten dëst Gesetz nach, wa méiglech, virum Enn vum Joer hikréien. Dat gélngt jo dann nach haut, an dat ass och praktesch liewenswichtig, géif ech soen, well mer hunn effektiv Elementer, déi eis dozou féieren, dass mer dat elo musse maachen. D'Opmaache vun de Wahlëschte muss schnellstméiglech geschéien, fir dass déi ausländesch Matbierger sech kënnen aschreiwene. Dat ass eng Revendicatioun vun Ausländerorganisatiounen, a mir wëllen där Rechnung droen.

Mir wëllen awer och eng Sensibiliséierungscampagne, déi hei ugeschwat ginn ass, starten. Et stinn 100.000 Euro am Budget 2008. Si stinn ënnert der Rubrik „Commissariat aux étrangers“ a si mussen dëst Joer engagéiert ginn, fir dass se och kënnen genotzt ginn. Duerfir musse mer dat Gesetz elo a Kraaft kréien, fir dass mer dann och kënnen deementspriedend informéieren a sensibiliséieren. Dës Campagne ass, et ass scho gesot ginn, zesumme mat den Organisatiounen fir d'Ausländer preparéiert ginn, an do kënnen mer elo lassfueren, deem steet näischt méi am Wee.

E weidere Grond, deem och schonn ugeschwat ginn ass, firwat dass dat Gesetz hei muss haut gestëmmt ginn, dass et virum 1. Januar kann a Kraaft trieden, ass eben, well

Dispositiounen am Gesetz vum 23. Oktober vun 2008 iwwert d'duebel Nationalitéit am Artikel 1, Alinea 5 stinn, an et gëtt eng Rei vu Bierger, déi kréien d'Lëtzebuurger Nationalitéit op den 1. Januar 2009 iwwert den Droit du sol, also iwwert d'Buedemrecht. Dës jonk Leit si jo virum 1. Januar 1991 an dem 31. Dezember 2008 gebuer, a vun den ausländeschen Eltere muss op d'mannst ee vun hinnen zu Lëtzebuerg gebuer sinn. Wann dës Leit elo 18 Joer kréien, tëschent dem 1. Januar 2009 an dem 7. Juni 2009, da muss se automatesch op d'Wahlëschten ageschriwwen ginn. Dat wäerten 200 Leit sinn. A well eben d'Nationalitéitgesetz den 1. Januar 2009 a Kraaft trëtt, muss och d'Wahlgesetz a Kraaft sinn, fir eben dës Ëmsetzung kënnen direkt a parallell virzehuelen.

D'Gemenge kréie vun de kompetente Services vum Stat eng Lëscht vun deene Leit aus hirer Gemeng, déi ënnert dës Dispositiounen falen, fir dass se kënnen ageschriwwen ginn. Dat huet jo och de Gilles Roth a senger Interventioun gefuerdert, a mir wäerten do eng Circulaire maachen, fir deem Rechnung ze droen. Ech kann dem Gilles Roth dann och äntwerten, dass mer datselwecht och wäerte maachen, also eng Circulaire, fir ze informéieren, wien op eng Wahlëschte kënnt a wien net drop kënnt.

Ech wollt awer onbedéngt nach e puer Wierder iwwert dat Gesetz hei soen, dat a sech en ongewéinleche Parcours gaangen ass an dat am Fong geholl nëmme konnt haut esou ofgestëmmt ginn, well d'ganz Kommissioun unanime d'accord war, eng Hand mat unzepaken, fir dass mer et hei kënnen réaliséieren. Duerfir wollt ech all deene Merci soen, déi do matgeholfen hunn, an och ee spezielle Merci un de Marco Schank fir säi gudde schrëftlechen a mëndleche Rapport an och fir seng proaktiv Haltung, dat muss ech wierklech soen, bei alle Projete bis elo. Hien huet ëmmer eng Hand mat ugepaakt, dass mer an deser Legislatur konnten effizient an der Intérieurskommissioun schaffen.

E puer Wierder nach iwwer wesentlech Punkten. Éischstens, d'Openthalsdauer fir d'Aschreiw vu fënnf op zwee Joer, dat ass jo de Mëtteg e puermol ugeklongen. D'Regierung wollt hei net méi wäit goe wéi zwee Joer. Déi Prise de position ass jo de 14. Mäerz 2007 festgehale ginn a si ass och an dëst Gesetz ageschriwwen. Ech hu kee Problem, eng fundamental Diskussioun ze féieren - fir dem Här Gira ze äntworten - iwwer ee Wahlgesetz oder iwwert d'Wahlen hei zu Lëtzebuerg. Mä ech wëll him awer soen, dass, wann ech kucken, wéi d'Diskussioun gefouert goufen an nach geféiert ginn am Kader vun der Réorganisation territoriale, vun där Spezialkommissioun, da maachen ech mer awer munch Gedanken. Well do gesinn ech awer, dass déi Energie, fir villes hei zu Lëtzebuerg ze reorganiséieren, awer nëmme bedéngt do ass, an ech stelle fest, dass d'CSV sécherlech kee Bremser ass fir eist Land ze reorganiséieren. Ech wëll och kee Bremser sinn, fir esou eng fundamental Diskussioun ze féieren.

» **Une voix**. - DÉI GRÉNG souzen op der Brems.

» **M. Jean-Marie Halsdorf**, *Ministre de l'Intérieur et de l'Aménagement du Territoire*. - Mir sollten also an den nächste Méint kucken, wéi ech elo gesot hunn, an och déi nächst Regierung, wat am Kader vun enger Reorganisatioun vun eise Wahlgesetz - kommt mer nennen et esou - ze maachen ass oder wat do net ze maachen ass.

Stéchwuert Convocatiounsbréif. Ech mengen, do ass et evident, dass mer dat no der Ufro vun der Madame Brasseur an enger Proposition de loi ageféiert hunn. Et ass net méi zäitgeméiss, nach e Récépissé ze fuerderen, wann een d'Leit wëllt dozou kréien, dass se viele ginn. Dat bréngt an eiser mediatisierter Welt kee Mehrwert méi zur Informatioun. D'Leit ginn also just nach informéiert. Si brauche kee Convocatiounsbréif méi, eng Identitéitskaart geet duer, eng Ausländerkaart oder e Pass. Jo, et geet souguer duer, wa se bekannt sinn am Wahlbüro, da kënnen se direkt un de Wahlen deelhuele, ouni sech missen auszeweisen.

Mat deem Gesetz gëtt och zu Lëtzebuerg d'Méiglechkeet agefouert, fir Observateure bei Wahlen ze invitéieren. Dëst geet zréck op eng OSZE-Konferenz vu Kopenhagen vum 29. Juli 1990. Do hu mer eng politesch Deklaratioun ënnerschruiwen, déi et méiglech mécht, dass all déi Staten, déi un der OSZE deelhuele, grad wéi och all kompetent a privat Organisatiounen oder Institutiounen kënnen op Wonsch Wahloperatiounen observéieren. Dat ass en neie Punkt.

En aneren neie Punkt an deem Gesetz ass den zentrale Büro vun der Regierung, deem d'Wahloperatiounen begleet, fir esou schnell



wéi méiglech relativ fiabel Resultater ze publizéieren. Och dësen zentrale Büro kritt eng Base légale. Et war bis dato eng Tradition, dass d'Regierung e Büro agesat huet, fir d'Wahlresultater zentral ze sammelen an da schnellstens déi informell Resultater un d'Vollek an un d'Medië weiderzeginn. Mir kruten hei iwwer Jore gutt Erfahrungswärter, an dës nei Base légale wäert dem Büro an Zukunft ee gudden an effikasse Fonctionnement garantéieren an esou den Zougank zu den Donnéeën erlichteren.

Eng weider Neierung ass, dass d'Gemen-gen hir Wielerlëschte kënnen, nieft der Par-beierform, och op informatemesche Fichiere féieren. D'Gestioun an de Suivi kënnen also, dat ass nei, op Pabeier an och um Computer gemaach ginn. Am Gesetz steet awer och, dass während de Kontrollphasë vun de Wielerlëschten dës Lëschte mussen de Bierger virgeluecht ginn, fir dass se Abléck kënnen kréien. Dës Inspektioun kann awer nëmmen op Pabeierform geschéien.

Dann e lescht Element, e siwent, dat ass jo dann dat vun der Notzung vun de Wieler-lëschten, wat jo ugeschwat ginn ass, fir Abusen ze vermeiden. An deem Kontext wëll ech dann och eng Circulaire, wéi de Gilles Roth dat gefrot huet, un d'Gemege maachen, fir dass hei dann och effektiv keen Abus gemaach gëtt.

Schliesslech féiert dëst Gesetz nach net, géif ech soen, den elektronesche Vote an. Et gëtt de Moment nach kee performante System, dat den Uspréch vun de Spezifissitéite vun eiem Wahlsystem, notamment dem Panache-age, gerecht gëtt. Et soll ee sech iwwer-leeën, ob een net soll en Aarbechtsgrupp an d'Liewe ruffen, dee sech mat dëser Proble-matik beschäftegt an deen d'Evolutioun vum elektronesche Vote am Ausland am A behält. Sollt emol en zouverlässege sécurisiéierte Logiciel kommen, wäert ech mech derfir asetzen, dass an Zukunft an de Wahllokaler, an engem sécurisiéierte Kader, kann elektro-nesch gewielt ginn.

Dat kéint esou fonctionnéieren, dass de Wieler da mat enger Wielerkaart, Stil Lux-Trust, an de Wahlbüro kënnt. Hie stécht déi an e Wahlautomat, esou wéi e Bancomat, an deem Stil, an da kann hie wielen. Ech men-gen, dat géif vill Problemer léisen, notam-ment och dee Problem, deen de Ben Fayot opgeworf huet, vun der Participatioun vun eisen Auslänner oder, besser gesot, de Lët-zebuerger, déi am Ausland wunnen, un de Lëtzebuerger Wahlen. Wa mer eng Kéier esou en elektronesche Vote hätten, gëtt et do vläicht Méiglechkeeten.

Ech wëll hei och an Erënnerung bréngen, dass vum 1. Januar 2011 un eng Carte d'i-dentité électronique ageféiert gëtt. Déi gëtt och méiglech fir d'Auslänner oder fir déi Lëtzebuerger, déi am Ausland wunnen. Dat ass och e ganz neie Moment, an ech ka mer virstellen, dass, wa mer déi Diskussiounen iwwert den elektronesche Vote wäerte féie-ren, dann och muss gekuckt ginn, wat de Vote par correspondance ënnert där heite-ger Form nach wäert ass oder net méi wäert ass.

Wat ech weess, dat ass, dass et beim Ale bleibt, wat dat aktiivt Wahlrecht ugeet fir 16 Joer al Bierger. Dat ass eng Proposition de loi vum Här Berger, fir den Alter op 16 Joer erofzesetzen, fir dat aktiivt Wahlrecht ze ginn. Hien huet dat fakultativ proposéiert. Ech wëll emol net op de Fong agoen, mä eleng dëse fakultativen Aspekt schéngt mer scho problematesch, well am Fong geholl eist Wahlrecht jo en obligatoresche Charak-ter huet. D'Wielen ass net nëmmen e Recht, d'Wielen ass och eng Fonctioun. Wann et eng Fonctioun ass, da kann een et net à la carte maachen. Duerfir géif ech mengen, déi Diskussioun sollte mer féieren an deenen nächste Méint, awer elo, wéi et elo do um Dësch läit, schéngt et mer kaum ëm-zesetzen.

» **Une voix.** - Här President!  
(Coups de cloche de la Présidence et interruption)

» **M. le Président.** - Den Här Berger stellt eng Fro, Här Minister.

» **M. Jean-Marie Halsdorf, Ministre de l'Intérieur et de l'Aménagement du Terri-toire.** - Jo.

» **M. Eugène Berger (DP).** - Här Presi-dent, ech wollt just dem Minister soen, datt mer dat fakultatiivt Wahlrecht jo och schonn zum Deel hunn, wann ech elo un déi Leit denken iwwer 75 Joer. Dat heescht, datt dat also net misst eng oniwwerwindbar Hürd sinn.

» **M. Jean-Marie Halsdorf, Ministre de l'Intérieur et de l'Aménagement du Terri-toire.** - Ech widderhuele mech: Déi Diskus-sioun wäerte mer an deenen nächste Méint féieren, an da gesi mer, awéifern mer kënnen um Fong dat doten aféieren oder net aféieren.

Ech wollt nach e lescht Wuert soen iwwert den Esprit vun deem ganze Gesetz a vun

deem, wat op eis zoukënnt. Mir hunn elo e Gesetz iwwert d'duebel Nationalitéit ge-stëmmt. Bei dësem Gesetz sollt een, wéi dat a ville Beräicher gemaach gëtt, notamment am Aménagement du Territoire, e Monito-ring maachen a kucken, wat dat Gesetz vun der duebeler Nationalitéit bréngt, wéi vill Bierger heivu profitéieren, an doraus kann een da vläicht mat aneren Aen déif gräifend Revisiounen hei an eiem Land an d'A faas-sen.

Dat, wat de Jempy Klein gesot huet, d'Gläichgewicht Lëtzebuerger-Auslänner, ass eppes ganz Fragiles. Et dierf net sinn, dass de Protektionismus iwwerhandkritt. Dat schéngt mer kloer ze sinn. Mä et dierf awer och net esou sinn, dass een - wéi géif ee soen? - oniwwerluecht ze vill grouss Schrëtt mécht. Duerfir sinn ech och éischer een, dee mengt, et soll ee Schratt fir Schratt opmaachen.

Et sollt een also lues awer sécher eise Sys-tem de Gegebenheeten upassen, fir dass een eben d'Gefill kritt, dass Lëtzebuerg e kohärent Wahlgesetz an e kohärente Wahl-system behält.

Dat gesot, géif ech Merci soe fir Är Op-mierksamkeet.

» **Plusieurs voix.** - Très bien!

» **M. le Président.** - Merci, Här Minister. Mir kommen dann zur Ofstëmmung iwwert de Projet de loi 5859. Den Text steet am Do-cument parlementaire ënner 5859 .

**Vote sur l'ensemble du projet de loi et dispense du second vote constitutionnel**

De Projet de loi 5859 ass ugehall mat 53 Jo-Stëmmen, géint 7 Nee-Stëmmen.

Ont voté oui: Mmes Sylvie Andrich-Duval, Nancy Arendt, M. Lucien Clement, Mmes Christine Doerner, Marie-Josée Frank, Ma-rie-Thérèse Gantenbein-Koullen, MM. Marcel Glesener, Norbert Hauptert (par M. Marco Schank), Mme Françoise Hetto-Gaasch, MM. Ali Kaes, Paul-Henri Meyers, Laurent Mosar, Marcel Oberweis, Gilles Roth, Patrick Santer, Marcel Sauber (par Mme Sylvie Andrich-Duval), Jean-Paul Schaaf, Marco Schank, Marc Spautz, Mme Martine Stein-Mergen, MM. Fred Sunnen, Lucien Thiel, Lucien Weiler (par Mme Mar-tine Stein-Mergen) et Michel Wolter;

MM. Marc Angel, Alex Bodry, John Casteg-naro, Mme Claudia Dall'Agnol, M. Fernand Diederich, Mme Lydie Err (par Mme Claudia Dall'Agnol), MM. Ben Fayot, Jean-Pierre

Klein, Mme Lydia Mutsch, MM. Roger Negri, Jos Scheuer, Romain Schneider, Roland Schreiner et Mme Vera Spautz;

MM. Eugène Berger, Xavier Bettel, Mme Anne Brasseur, M. Fernand Etgen, Mme Co-lette Flesch, MM. Charles Goerens, Paul Helminger, Alexandre Krieps, Claude Meisch (par M. Xavier Bettel) et Carlo Wag-ner;

MM. Gast Gibéryen, Jacques-Yves Henckes, Jean-Pierre Koepp et Robert Mehlen;

M. Aly Jaerling.

Ont voté non: MM. Claude Adam, François Bausch, Félix Braz, Camille Gira, Jean Huss, Henri Kox et Mme Viviane Loschetter.

Gëtt d'Chamber d'Dispens vum zweete Vote constitutionnel?

(Assentiment)

Dann ass et esou décidéiert.

**Retrait du rôle des affaires de la Chambre des Députés de la proposition de loi N°5575**

Nom Vote vum Projet de loi 5859 wëll ech d'Madame Lydie Err an den Här Ben Fayot froen, ob se domat averstane sinn, datt hir Proposition de loi 5575 als evakuéiert be-truecht ass?

(Assentiment)

**Retrait du rôle des affaires de la Chambre des Députés de la proposition de loi N°5669**

Déiselwecht Fro geet dann och un d'Ma-dame Brasseur. Madame Brasseur, sidd Der och averstanen, datt Är Propositioun als evakuéiert betruecht ass?

(Assentiment)

Da soen ech Merci.

Dir Dammen an Dir Hären, mir sinn elo um Schluss vun der Sitzung ukomm. Muer de Moie kënnt d'Chamber um 9 Auer nees ze-summen.

D'Sitzung ass opgehuewen.

(Fin de la séance publique à 16.55 heures)

## Jeudi, 18 décembre 2008

Présidence: M. Lucien Weiler, Président  
M. Laurent Mosar, Vice-Président

### Sommaire

- 5584 - Projet de loi relatif aux soins palliatifs, à la directive anticipée et à l'accompagnement en fin de vie et modifiant:
  - le Code de la Sécurité sociale;
  - la loi modifiée du 16 avril 1979 fixant le statut général des fonctionnaires de l'État;
  - la loi modifiée du 24 décembre 1985 fixant le statut général des fonctionnaires communaux;
  - le Code du Travail
  - Rapport complémentaire de la Commission de la Santé et de la Sécurité sociale: Mme Lydia Mutsch
  - Discussion générale: M. Paul-Henri Meyers, M. Carlo Wagner, Mme Lydie Err, M. Jean Huss, M. Gast Gibéryen, M. Aly Jaerling, Mme Marie-Josée Frank, Mme Colette Flesch, M. Jean-Paul Schaaf (déposant une motion), M. Mars Di Bartolomeo, Ministre de la Santé et de la Sécurité sociale, Mme Marie-Josée Jacobs, Ministre de la Famille et de l'Intégration
  - Vote sur l'ensemble du projet de loi et dispense du second vote constitutionnel
  - Motion 1 (adoptée)
- 4909 - Proposition de loi sur l'euthanasie et l'assistance au suicide
  - Rapport complémentaire de la Commission de la Santé et de la Sécurité sociale: Mme Lydie Err (déposant une motion et deux résolutions)
  - Discussion générale: Mme Martine Stein-Mergen, M. Carlo Wagner, M. Alex Bodry, M. Jean Huss

Au banc du Gouvernement se trouvent: M. Jean Asselborn, Vice-Premier Ministre; M. Fernand Boden, Mme Marie-Josée Jacobs, MM. François Biltgen et Mars Di Bartolomeo, Ministres; M. Nicolas Schmit, Ministre délégué.

(Début de la séance publique à 9.00 heures)

## SÉANCE 22

» **M. le Président.** - Dir Dammen an Dir Hären, d'Sitzung ass op.

Huet d'Regierung der Chamber iergendwel-lech Matdeelungen ze maachen?

(Négation)

D'Regierung huet näischt matzedeelen.

Dir Dammen an Dir Hären, mir kommen dann direkt zum éischte Punkt vun eiem Ordre du jour vun haut de Moien, dat ass de Projet de loi iwwert d'Palliativmedezin. Et si bis elo ageschriwwen: den Här Meyers, den Här Wagner, d'Madame Err, den Här Gibé-ryen an d'Madame Frank. D'Wuert huet elo de Rapporteur vun dësem Projet de loi, déi honorabel Madame Lydia Mutsch.



**1. 5584 - Projet de loi relatif aux soins palliatifs, à la direc-tive anticipée et à l'accompa-gnement en fin de vie et mo-difiant:**

**1. le Code de la Sécurité so-ciale;**

**2. la loi modifiée du 16 avril 1979 fixant le statut général des fonctionnaires de l'État;**

**3. la loi modifiée du 24 dé-cembre 1985 fixant le statut général des fonctionnaires communaux;**

**4. le Code du Travail**

**Rapport complémentaire de la Commis-sion de la Santé et de la Sécurité sociale**

» **Mme Lydia Mutsch (LSAP), rappor-trice.** - Här President, Dir Dammen an Dir Hären, virun zéng Méint, den 19. Februar 2008, hu mir hei an der Chamber de Projet de loi iwwert d'Soins palliatifs an d'Proposi-tion de loi iwwert d'Stierfhëllef diskutéiert a gestëmmt, een a mengen Ae memorabelen Dag an der Parlamentsgeschichte. Dee Schratt ass net manner gewichtig ginn, no-deems sech erausgestallt huet, dass mer missten déi Texter iwwerschaffen an une-neen upassen. Och d'Evenementer an de leschte Wochen, d'Précipitatioun iwwert d'Ännerung an der Constitioun, op déi ech hei net wëllt agoen, hunn der Bedeitung vun deenen zwee Texter keen Ofbroch gedoen.

D'Gesondheetskommissioun vun der Chamber ass zënter deem Vote net manner wéi eelefmol op en Neits zesummekomm, fir intensiv u béiden Texter ze schaffen, fir eventuell Incompatibilitäten tëscht dem Projet de loi iwwert d'Palliativmedezin an der Proposition de loi iwwert d'Stierfhëllef aus dem Wee ze schafen a béid Texter, do wou et néideg war, nach eemol ze iwwer-schaffen. Ech mengen, dass dobäi eng ganz gutt Aarbecht geleescht ginn ass.

Ech wëll op dëser Plaz als Rapporteur net nach eemol op d'Detailer vum Projet de loi iwwert d'Soins palliatifs agoen - dat hu mer den 19. Februar schonn ausféierlech ge-



maach -, mä nach eemol e puer Grondprinzipien ënnersträichen.

Am Résumé ass dat generellt Recht op Soins palliatifs ze verstoen als eng aktiv, kontinuéierlech a koordinéiert Behandlung vun der physescher a psychescher Péng vun enger Persoun, déi um Enn vun hirem Liewen ukomm ass. Dës palliativ Behandlung kann entweder an engem Spidol, an engem Heem oder och doheem stattfannen a gëtt vun enger multidisziplinärer Equipe assuréiert.

Dëst Recht op palliativ Behandlung, dat et am Secteur hospitalier scho gëtt, bréngt et mat sech, dass d'Offer an deem Beräich wäert an der Zukunft weider ausgebaut ginn. Zousätzlech verflucht sech de Stat, fir komplementär Formatiounen ze organiséieren.

Ech wëll op dëser Plaz nach eemol betounen, dass et uechtert d'Land an de Spideeler eng ganz Partie Unitéite gëtt, déi haut scho Palliativfleeg ubidden an eng enorm wichteg a gutt Aarbecht leeschten. Zënter 1990 hunn zousätzlech iwwer 600 Infirmieren an Infirmièr Formatiounen an deem Beräich gemaach.

Duerch dëst Gesetz gëtt d'palliativ Behandlung hei zu Lëtzebuerg also konsequent ausgebaut a kontinuéierlech verbessert, fir se souwuel un d'Besoinë vun de Patienten unzepasse wéi och der Entwécklung an der Medezin an deem bei de Soinë Rechnung ze droen. D'Palliativgesetz gesäit och ausdrécklech vir, dass am Fall, wou keng aner Méiglechkeete méi do sinn, fir de Kranken ze traitéieren a seng Péng ze behandelen, eng palliativ Behandlung kann ënnerholl ginn, souguer, wa se riskéiert, d'Liewe vum betroffene Mënsch ze verkierzen. De Patient muss an deem Fall awer virdrun informéiert ginn a sän Accord ginn.

Dës Dispositioun ass net ze verwiessele mat der Stierfhëllef, well se eben net mat der Intentioun geschitt, fir d'Liewen ze verkierzen an den Doud méi séier erbäizeféieren. D'Intentioun ass vill méi déi, fir d'Péng an d'Leiden esou wäit wéi méiglech ewechzehuelen. De Fait, dass doduerch d'Liewe kéint verkierzt ginn, gëtt deemno als Niewewirkung akzeptéiert an toleréiert, ass awer, wéi scho gesot, net déi initial Absicht dovunner.

Weider gëtt iwwert d'Gesetz de sougenannten Acharnement thérapeutique formell ofgelehnt. Am Text vum Projet de loi geet an deem Zesummenhang Rieds vum Refus de l'obstination déraisonnable. Et dierf net méi sinn, an dat ass och ausdrécklech gutt esou, dass um Enn vum Liewen Traitement, déi keng wierklech Verbesserung méi brénge kënnen, trotzdeem weidergefouert ginn, zumools wa se riskéieren, sech negativ op déi verbleiwend Liewensqualitéit vum Patient an de leschten Deeg a Wochen auszewirken.

Als Patient soll een iwwer e schréftlecht Dokument, déi sougenannten Directive anticipée, d'Méiglechkeet hunn, fir de Fall, wou een um Liewensenn säi Wëllen net méi kéint ausdrécken, am Virauser ze soen, wéi eng Traitement er wëllt a wéi eng net, wéini d'Behandlung soll gestoppt ginn a wéi ee wëllt zousätzlech psychologesch oder spirituell encadréiert ginn.

Dës Directive anticipée ënnerscheet sech och vun den Dispositions de fin de vie, déi an der Proposition de loi iwwert d'Stierfhëllef virgesi sinn. An den Dispositions de fin de vie nämlech kann ee fir de Fall, wou een net méi bei Bewosstsi wier, ganz prezis festschreiwen, ënner wéi enge Konditiounen an a wéi enger Situatioun ee wëllt gehollef kréien, fir sengem Leiden en Enn ze setzen a kënnen ze stierwen.

Zousätzlech gëtt iwwert d'Palliativgesetz e bezuelte Congé d'accompagnement vu fënnef Deeg pro Joer agefouert, fir eng Persoun kënnen ze begleeden, déi um Enn vun hirem Liewe steet.

Här President, Dir Dammen an Dir Hären, zënter Februar dëst Joer huet d'Santéskommissioun vun der Chamber u béiden Texter, dem Projet de loi iwwert d'Palliativfleeg an der Proposition de loi iwwert d'Stierfhëllef, intensiv weidergeschafft, fir d'Dispositiounen am Detail uneneen unzepassen an eenzel Textpassagé méi kloer ze maachen. Déi meeschten Amendementer betreffen allerdings d'Proposition de loi iwwert d'Stierfhëllef.

Ech wäert op dëser Plaz net am Detail do-rober agoen, well se den Haaptthema vun den nofolgenden Diskussiounen wäerte sinn a well déi zwee Rapporteurs dat ausféierlech wäerten iwwerhuelen.

Wat de Projet de loi iwwert d'Soins palliatifs ugeet, esou gouf et sechs Amendementer, déi wuel den Inhalt vum Gesetz net wesentlich ofgeännert hunn, mä trotzdeem eng ganz Rei vu wichtige Prezisiounen ginn, déi um Terrain bei der Emsetzung onerlässlech sinn.

Éischtens gouf bei der Directive anticipée de Fall berücksichtegt, wou eng Persoun zwar nach kéint hire Wëllen ausdrécken, dës Wëllen awer selwer net méi nidder-schreiwen an ënnerschreiwe kann. Dës Persoun dierf net vun de Bestëmmunge vun dësem Gesetz ausgeschloss ginn.

Mir hunn och wichteg a wäitreechend Terminologien ugepasst. Am Text war nämlech ofwiesseend Rieds vun «exprimer sa volonté», «exprimer ses souhaits» oder «manifeste sa volonté». Dës Formulationen hu mer missen openeen ofstëmmen, an d'Kommissioun huet déi lescht Variant, also «manifeste sa volonté», gewielt, well se am kloerste seet, wat wierklech gemengt ass.

D'Amendementer 3, 4 a 5 betreffen alleguer de Congé d'accompagnement. Eenzel Numérotatiounen am Gesetz vum 16. Abrëll 1979 iwwert de Statut vum Statsbeamte ginn upasst. An der Tëschenzäit ass nämlech en aneren neie Congé geschaf ginn.

Den Amendement 5 proposéiert méi Kloerheet bei den Termen «personne» a «membre de la famille», déi kënnen de Congé d'accompagnement huelen. D'Kommissioun huet no räiflechtem Nodenken de Choix gemaach, fir generell vu Persounen an deem Zesummenhang ze schwätzen. Domadder gëtt och de Krees vun de méigleche Bénéficiairë méi breet gemaach, wat an deene meeschte Fäll onheemlech wichteg ass an zousätzlech der Isolatioun vun de stierwende Persounen entgéintwierkt.

Déi lescht Ännerungen dréinen ëm d'Mise en vigueur vum Gesetz. Do sollen déi normal Délaie gëllen, nämlech den éischten Dag vum Mount no der Publikatioun am Mémorial, an nëmmen den Artikel 10, deen de Code de la Sécurité sociale betrëfft, trëtt de véierte Mount no der Publikatioun a Kraaft.

Här President, Kolleeginnen a Kolleegen, elo e puer Wieder als Deputéierten an net méi virrangeg a menger Eegenschaft als Kommissiounspräsidentin a Rapporteur. Bei dësem Gesetz an och bei der Proposition de loi, iwwert déi mer uschléissend schwätzen a befannen, steet fir mech ausdrécklech de Respekt virum eenzelne Mënsch am Mëttelpunkt.

Fir mech geet et virrangeg doréms, de Respekt virum eenzelne Mënsch a sengem fräie Wëllen ze garantéieren, onofhängeg ob hie seng lescht Deeg, Wochen a Méint doheem, an enger Institutioun oder am Spidol verbréngt, an onofhängeg dovunner, ob dës Mënsch eng palliativ Hëllef an Usproch hält, wat heefeg wäert de Fall sinn, oder am Aklang mat sech selwer Stierfhëllef wëllt kréien, fir sengem Leiden en Enn ze setzen, wat ëmmer d'Exception wäert bliiwen.

Eis ausdrécklech Absicht soll sinn, fir a béide Fäll en adaptéierten a beschméiglechen Traitement ze kréien. Dës Respekt virum eenzelne Mënsch a sengem Choix personnel géllt deemno och dann, wann dee betreffene Mënsch seet: Ech wëll mäi Leiden net méi weider an d'Längt zeien, ech wëll net nëmme méi drop waarden, bis et endlech eriwuer ass, ech wëll de Choix hunn, iwwer mäi Liewen an iwwer mäi Liewensenn ze bestëmmen.

Ech mengen, fir vill Leit ass et scho berouegend ze wëssen, dass et déi Méiglechkeet herno gëtt, och wa se vläicht ni dorop zrëckgräifen, wa se selwer am Fall sinn. Et ass och net esou, dass mir hei zu Lëtzebuerg déi Eenzeg sinn, déi deen do Wee aschloen. An der Belsch gouf d'Stierfhëllef depenaliséiert an an Holland och. Zur gläicher Zäit gouf och an deene Länner d'Palliativfleeg ausgebaut, mat ganz éierbare Resultater fir all déi, déi dorobber zrëckgräife wëllen.

Ech wëll net méi wäit virgräifen op de Rapport complémentaire iwwert d'Proposition de loi iwwert d'Stierfhëllef. Just e puer Zuelen elo hei schonn, fir dass se an dës Debatt kënnen afléissen. Bei eise belschen Nopere schwätzt den zweete Rapport vun der Commission de contrôle et d'évaluation iwwert d'Joren 2004 an 2005 vun insgesamt 742 Deklaratiounen iwwer Fäll, wou Stierfhëllef praktizéiert gouf. Dat sinn am Duerchschnitt 3,6 Fäll op 1.000 vun alle registréierte Stierfäll. Bei 93% vun deene Fäll wier den Doud à brève échéance souwisou agetratt, also och ouni Interventioun oder Hëllefstellung, wat beim beschte Wëllen net op Abusë schléisse léisst.

D'Commission de contrôle et d'évaluation schreift an hire Konklusiounen: «Aucune déclaration n'a mis en évidence de violation des conditions de fond de la loi.» Dat heescht, et goufe weder Mëssbräich offiziell festgestallt nach de prinzipielle Besoin, fir d'Gesetzter ofzeännern oder nozebeesseren. Obwuel et och an der Belsch esou wéi an der Lëtzebuerger Proposition de loi virgesinn ass, just eng Kontroll no der Stierfhëllef ze maachen.

An deem Sënn war an ass et fir de groussen Deel vun de Membere vun der Kommissioun onerlässlech, dass béid Texter, also souwuel de Projet de loi iwwert d'Palliativfleeg wéi och d'Proposition de loi iwwert d'Stierfhëllef, komplementär sinn a bestinn an duerfir mussen zesummen diskutéiert an ofgestëmmt ginn, wéi mir dat haut maachen. Si ginn och an der Populatioun mateneen diskutéiert a kommentéiert. Béid Texter schléisse sech net aus, si ergänze sech.

Ofschléissend wëll ech nach eemol ausdrécklech betounen, dass keen zu enger Handlung gezwonge gëtt, déi hien net wëllt, mä jiddweree soll de Choix hunn. An dës Choix heescht: Deen, dee wëllt déi beschtméiglech Palliativmedezin a -fleeg kréien, muss se och offréiert kréien. Deen, deen dat net wëllt, soll och d'Méiglechkeet hunn, dat ofzelehnen. Deen, dee wëllt gehollef kréie beim Stierwen a wëllt Hëllef zum Stierwe fir sech an Usproch huelen, soll dat kënnen an dierfe maachen. An deen, deen dat net wëllt, aus wéi enge Grënn och ëmmer, dee brauch dat selbstverständlech net fir sech an Usproch ze huelen, kann awer jiddwerengem, deen et wëllt, dat erméiglechen.

Här President, keen aneren dierf a kann an enger nach esou auswegloser Situatioun fir en anere Mënsch iwwert deem säi Liewensenn decidéieren. Dat muss jiddweree vun eis en pleine conscience mat sech selwer ausmaachen, wann en esou wäit ass. Et ass eise Wunsch, dass dës zwee Gesetzter fir jiddwereen dobäi eng Stäip an eng Hëllefstellung sinn.

Merci.

» **Plusieurs voix.** - Très bien!

» **M. le Président.** - Merci, Madame Rapportrice. D'Wuert huet elo den éischten ageschriwwene Riedner, den honorabelen Här Paul-Henri Meyers.

**Discussion générale**

» **M. Paul-Henri Meyers (CSV).** - Här President, Dir Dammen an Dir Hären, den 19. Februar 2008 huet d'Chamber eng éischte Kéier iwwer e Gesetzesprojet ofgestëmmt, deen d'palliativ Soinen zu Lëtzebuerg gesetzlech verankert. Den Text vum dem Gesetzesprojet ass eestëmmeg, dat heescht mat 60 Jo-Stëmmen, ugehall ginn. D'Chamber huet gläichzäiteg d'Dispens vum zweete Vote constitutionnel nom Artikel 59 vun der Verfassung ginn. Haut gëtt deeselwechten Text eng zweete Kéier an der Plénière vun der Chamber diskutéiert an et gëtt iwwer e llicht ofgeännerten Text ofgestëmmt.

Et ass an deem Zesummenhang dobausse bei de Leit, an der Press, awer och hei an der Chamber vun eenzelnen Deputéierten d'Fro gestallt ginn, ob dann de Vote vun deem Text, deen haut ofgestëmmt géif ginn, eng nei éischt Ofstëmmung wär oder ob et deen zweete verfassungsméisseg Vote nom Artikel 59 wär.

Eleng déi Tatsaach gëtt mer den Ulass, fir op déi Fro kuerz anzegoen an e puer Iwwerleeungen ze maachen iwwert d'Prozedur, esou wéi se an der Verfassung virgesinn ass.

No der Ofstëmmung vum 19. Februar 2008 ass de Projet, esou wéi den Artikel 59 vun der Verfassung dat virgesäit, un de Statsrot zrëckgaangen, dee geméiss dem Artikel 59 säin Accord muss gi fir d'Dispens vum zweete Vote.

De Statsrot huet de 4. März 2008 den Accord majoritär refuséiert. Hien huet och dee Vote motivéiert an dat ass och am Document parlementaire publizéiert ginn. D'Chamber hätt no dem Refus vum Statsrot dräi Méint duerno, dat heescht no dem 19. Mee 2008, eng zweete Kéier iwwert deeselwechten Text wéi den 19. Februar kënnen ofstëmmen. D'Chamber huet dat net gemaach. D'Chamber huet au contraire de Gesetzesprojet duerch sechs Amendementer ofgeännert, déi si den 3. Juni 2008 dem Statsrot geschéckt huet, fir aviséiert ze ginn. Zu deenen Ofännnerungen huet de Statsrot de 7. Oktober e positiven Avis ofginn.

Den Text, deen haut zur Diskussioun an zur Ofstëmmung kënn, ass duerch déi Amendementer net méi den Text vum 19. Februar 2008, mä et ass en aneren Text. Och wann en net wesentlich ofgeännert ginn ass, ass et en aneren Text.

Et ass duerfir och keen Zweifel, dass den Text, deen haut an der Chamber zur Ofstëmmung virläit, net méi den Text vum 19. Februar 2008 ass. Duerfir ass och de Vote, deen haut virgeholl gëtt, en neien, constitutionnel virgesinnene Vote. Also, een éischte Vote vun deem Projet. Et kann een also de Vote vum 19. Februar an der Prozedur an där Hisiicht vergiessen.

Ech maachen an deem Zesummenhang ausserdeem dorop opmierksam, dass d'Chamber net nëmmen iwwer Amendementer ofstëmmt, well deen Deel, dee geännert ginn ass, dat ass jo haut an der Plénière den éischte Vote, mä d'Chamber stëmmt net nëmmen iwwer Amendementer of. Den Artikel 65 seet ganz kloer, dass de Vote, deen d'Chamber virhëlt, ëmmer e Vote iwwer e ganze Projet ass. Dat hu mer och an enger kierzlech virgehollener Verfassungsännerung esou an den Artikel 65 ageschriwwen: «La Chambre vote sur l'ensemble de la loi.» Ech mengen, domat wier och déi juristesche Fro, wéi ee Vote dass et da wär, definitiv gekläert.

Zu dem Fong vun dem Gesetz bleift eigentlech weineg bäizefügen. Ech wëll net op déi Argumenter vum 19. Februar zrëckkommen, déi si bekannt an hunn och par rapport zu haut net geännert, op jidde Fall wat meng Partei ugeet.

D'Madame Rapportrice huet déi Grondelementer vun dem Gesetz iwwert d'palliativ Soinen hei kuerz rappeléiert. Ech wëll hir och dofir Merci soen, souwuel fir de schréftlechen Deel wéi fir de mündlechen Deel, wat d'Palliativgesetz ubelaangt. Dat erlaabt mir och, net méi an d'Detailler vun deem Text brauchen anzegoen.

Här President, Dir Dammen an Dir Hären, ech wëll awer zum Ofschloss zwou Bemerkunge maachen. Déi eng betrëfft d'Artikelen 2 an 3 vum Gesetz iwwert d'Palliativsoinen. An déi aner Remarque betrëfft dee leschten Artikel iwwert d'Akraaftsetzung vum Gesetz.

Eenzel Persounen ginn net midd, ëmmer erëm d'Moosnamen, déi an den Artikelen 2 an 3 vum Palliativgesetz virgesi sinn, an Zesummenhang ze brénge mam Gesetz oder mat de Moosnamen iwwert d'Euthanasie.

Déi juristesche an ethesch Zilsetzung vum Gesetz iwwert d'Palliativsoinen, besonnesch d'Moosnamen awer vun den Artikelen 2 an 3 - an dat huet d'Madame Rapportrice och kloer ënnerstrach -, sinn net ze vergläichen an och net an Zesummenhang ze brénge mat de Moosname vum Gesetz iwwert d'Regelung vun der Euthanasie. D'Mesuren iwwert d'Soins palliatifs, och am Fall vun der sougenannter Sédation terminale, kënnen also net gläichgestallt gi mat Mesuren an engem Gesetz iwwert d'Euthanasie, bei deem et net iwwert d'Schmäerzbehandlung geet, mä wou d'Zilsetzung ganz kloer den Doud vun där Persoun ass, déi beträff ass.

Eng zweet Bemerkung betrëfft de leschten Artikel vum Gesetz, dee virgesäit, wéini d'Gesetz iwwert d'Palliativsoinen a Kraaft triede soll. Am Projet de rapport, deen der Kommissioun de 4. Dezember virlooch, war am Artikel 14 nach virgesinn, dass d'Artikelen 9, 11 an 12 den 1. Januar 2009 géifen a Kraaft trieden. Weinst der Onsicherheit iwwert de Fortgang vun der legislativer Prozedur ass deen Zousaz an deem Artikel gestrach ginn.

D'CSV war mat där Ofännerung net averstannen. Si huet se net approuvéiert. Mir waren a mir bliiwen der Meinung, dass et keng Ursach a keng Ausried gëtt, fir déi Prozedur nach weider ze verzögeren a fir d'Gesetz net a Kraaft ze setzen.

» **Une voix.** - Très bien!

» **M. Paul-Henri Meyers (CSV).** - Wann de Projet haut gestëmmt gëtt, mat der Dispens vum zweete Vote, wann de Statsrot muer d'accord ass, fir säin Accord ze gi mat där Dispens, menge mir, steet näischt am Wee, dass de Projet, esou wéi d'Prozedur et nach ëmmer virgesäit, bis zum 1. Januar sanktionéiert, promulguéiert a publizéiert ka ginn. D'CSV hofft a wënscht, dass dat de Fall ass. Esou wéi den 19. Februar bréngen ech och haut den Accord vun der CSV zu deem heite Projet.

» **Plusieurs voix.** - Très bien!

» **M. le Président.** - Merci, Här Meyers. D'Wuert huet elo den honorabelen Här Wagner.

» **M. Carlo Wagner (DP).** - Här President, Dir Dammen an Dir Hären, mir diskutéieren an entscheeden haut eng zweete Kéier iwwer zwee Texter, déi sech alle béid mam Liewensenn befaassen. Zwee Texter, déi - an ech widderhuelen et nach eemol - komplementär zueneen sinn. Mir hunn op dëser Plaz am Februar dës Joers déi zwee



Texter diskutéiert an ofgestëmmt. Mir hunn deenen zwee Gesetzestexter och zou-gestëmmt. Deem engen, dem Palliativge-setz, unanimement; deem aneren, der Pro-position de loi, majoritairement.

Doduerch awer, dass de Statsrot d'Déci-sioun geholl huet, déi zwee gestëmmte Pro-jete vum zweete Vote constitutionnel net ze entbannen, wollt en d'Chamber derzou bréngen, déi zwee Texter nach eng Kéier ënnert d'Lupp ze huelen a se mateneen an Aklang ze bréngen.

Näischt hätt eis am Prinzip - an den Här Meyers huet schonn drun erënnert - dru gehënnert, dräi Méint méi spéit déiselwecht Gesetzesprojeten nach eng Kéier ze stëm-men. Mä mir hunn eis et net wëllen esou ein-fach maachen. D'Gesondheetskommis-sioun huet dann och d'Aarbechten opgeholl an enger ganzer Rei vu Sitzunge vun der Kommissioun. Mir hunn déi zwee Texter amendéiert, fir se besser openeen of-zestëmmen.

Eng ganz Rei vu Punkten, déi vum Conseil d'État opgeworf goufen, hu mer eis gewës-senhaft ugekuckt. Dat mat der Suerg, fir se an Aklang ze brénge mam legislative Kader.

Zum iwwerschaffte Regierungstext iwwert d'Soin-palliatif si mer eis eens, dass mer e systemateschen Ausbau vun der Palliativ-fleeg hei zu Lëtzebuerg brauchen. Do be-steet beileiwe keen Zweifel.

Viru mëttlerweil bal fënnef Joer - dat war am Februar 2004 - hunn ech deemools als Ge-sondheitsminister de Gesetzesprojet 5303 iwwert d'Soin-palliatif, op deen de Projet de loi 5584 vun haut gréisstendeels opbaut, hei déposéiert. Doduerch, dass de Vote vun dësem Gesetzesprojet un dee vun der Pro-position de loi Err/Huss gekoppelt gouf an déi zwee Texter hu missen iwwerschafft ginn, ass certes en Délai supplémentaire vu ronn zéng Méint entstanen. Mä déijéineg, déi dat haut kritiséieren, därferen awer net vergiessen, dass et véier Joer gedauert huet tëschent mengem Dépôt vum Projet de loi 5303 an dem éischte Vote hei an der Chamber vum Regierungstext 5584, dee sech, wéi gesot, net wesentlech vu mengem Projet de loi ënnerscheet huet!

Och wann 90% vun deenen zwee Projet-de-loien identesch sinn, esou wëll ech awer just nach eng Kéier un e ganz wesentlechen Èn-nerscheed erënneren, an zwar folgenden: War am Text vun der viregter Regierung Rieds vun - an ech zitéieren - «(...) toute personne atteinte d'une maladie ou d'une affection qui, au vu des acquis de la science, est sans espoir de guérison ou de rétablissement (...)», esou steet am Text vun dëser Regierung: «toute personne en phase avancée ou terminale d'une affection grave et incurable»; wat natierlech d'Bénéficiai-ren, déi e Recht op Palliativfleeg solle kréien, wesentlech aschränkt.

Derbäi kënnt, dass systematesch prezi-séiert gëtt, dass et sech hei ëm Patienten handelt, déi „en fin de vie“ sinn. Ech wëll drun erënneren, dass beispillsweis e Vin-cent Humbert absolut kee Recht gehat hätt op Palliativfleeg, esou wéi d'Gesetz et elo virgesäit. Dat därfe mer beileiwen net ver-giessen.

De Regierungstext, deen den 19. Februar hei an der Chamber à l'unanimité gestëmmt gouf, ass an der Santéskommissioun punk-tuell licht geännert ginn, notament wat d'Directive anticipée betrëfft. D'Madame Rapportrice huet dat schonn ugedeit.

Op déi eenzel Punkte ginn ech net méi wei-der an. Dat hu mer am Detail hei am Februar gemaach, wou mer awer och - an ech wëll drun erënneren - d'Wichtigkeet vun der Formation ervirgehuewen hunn.

Här President, Dir Dammen an Dir Hären, ech wëll ofschléissend awer nach der Ma-dame Lydia Mutsch Merci soe fir hiren aus-féierleche mëndlechen a schrëftleche Rap-port, mä och fir d'Aart a Weis wéi se d'Aar-bechten an der Santéskommissioun geleet huet.

Ech soen lech Merci.

» **Une voix.** - Très bien!

» **M. le Président.** - Merci, Här Wagner. Déi nächst ageschriwwe Riednerin ass déi honorabel Madame Lydie Err. Madame Err, Dir hutt d'Wuert.

» **Mme Lydie Err (LSAP).** - Merci, Här President. Zu dësem Projet ass zum Fong scho villes gesot. Vlächit bleiwen no dräi Wiederder Explikatioun nach nei Elementer an der Diskussioun vun haut.

Éischters geet et also ëm eng Prise en charge iwwert d'Assurance sociale vun en-ger palliativer Fleeg, dat heescht vun enger Schmäerzbekämpfung, déi am Spidol, am konventionéierten Heem oder awer och do-heem kann dispenséiert ginn. A wann et

dann doheem ass, ëmmer an enker Zesum-menaarbecht mam Spidol. Dat ass e Wonsch vu ville Patienten um Liewensenn an en tant que tel sécherlech nëmmen ze begrëissen. Dat beweist och, dass d'Pallia-tivmedezin en Acte médical ass wéi en ane-ren, soss kéint et jo och keng Prise en charge vun de Sozialversécherunge ginn.

D'Formation vum Personal op d'Käschte vum Stat steet an dësem Gesetz. Och dat kënnt sécherlech all Patient, deen um Enn vu sengem Liewe steet, zegutt.

Duerno kënnt nach d'Directive anticipée, wouriwwer ee kann diskutéieren. An där soll eng Personne de confiance drastoen; wéi iwwregens och an deem Stierftestament, wat an där anerer Gesetzespropositioun steet. Mä déi heite gëtt contrairement zu där anerer net enregistréiert. Mir müssen also do oppassen, dass d'Leit déi zwee Texter, déi zwee Dokumenter net matenee verwies-selen.

E Congé spécial d'accompagnement vu fënnef Deeg am Joer, fraktionéiert oder à temps partiel, ass eng aner Dispositioun, déi positiv ass, déi sécherlech awer och nach kéint ausgebaut ginn. Mä le meilleur est l'ennemi du bien. Ech mengen, dat hei-ten ass e gudden Ufank, an d'Chiffere wäerte beweisen, ob en Ausbau vun deem Congé d'accompagnement noutwendeg ass.

Ausser dem Vote iwwert d'Palliativmedezin ass et kloer, dass Palliativstatiounen an d'Palliativmedezin de Moment scho bestinn. Dass d'Urgence also, fir dëst Gesetz a Kraaft ze setzen, net an deem Mooss ginn ass, well eigentlech nëmmen een neit Ele-ment dran ass, an zwar dat vun der Direc-tive anticipée, iwwert déi een, wéi ech scho gesot hunn, gedeelter Meinung ka sinn. Wa mer dervun ausginn, dass dat heiten an al-len Hypotheesen en Acte médical ass, da brauch een theoretesch dofir kee speziaalt Testament, well an dem Gesetz iwwert d'Or-ganisation hospitalière ganz genau dra-steet, dass, wat och ëmmer et vun Diagnos, vun Demande oder vun Actes de soin gëtt, et dem Patient iwwerlooss ass, se ze wëllen oder och net.

D'Regierung ass op dee Wee hei gaangen. D'Chamber huet dat dote gestëmmt. Et ass a sech och kee fundamentale Problem, fir dermat d'accord ze sinn. Et komplizéiert just d'Erklärung no baussen an deem engen an an deem anere Fall. Et ass och just dofir, wou ech et wëll preziséieren.

„Soins palliatifs“ ass e Begrëff, dee supposé connu ass. Et ass awer vlächit derwäert fir ze soen, dass et ëmmer drëms geet fir ze soulagéieren, ze accompagnéieren, also Stierfbegleedung ze maachen, e Renonce-ment op Mesuren, déi d'Liewe géifen artifi-ciel a sënnlos verlängeren, e Refus vun en-gem Acharnement thérapeutique. An da kënnt fir mech nach eppes ganz Wichteges, wat derzou gehéiert: den Accompanement net nëmme vum Patient, mä och vu senger Famill, an zwar net nëmme virdrun, mä och nom Doud, fir den Accompanement du deuil ze maachen.

Et ass eng nei Missioun, déi an e Gesetz afléisst, an ech mengen, dass een déi och en tant que telle nëmme ka begrëissen, well mat oder ouni Palliativfleeg oder Stierfhëllef brauchen d'Leit, déi een an d'Stierwe be-gleeden, Hëllef. Net nëmme fir deen, deen amgaang ass ze stierwen, mä och fir déi Leit ronderëm.

Stierfbegleedung, Palliativmedezin a Stierfhëllef sinn eng Gratwanderung am Kampf géint d'Péng. Mat den Niewewier-kunge vu méi engem schnellen Doud wéi ouni Medikatioun géint d'Péng, mä méi lues wéi bei der Stierfhëllef u sech. Dobäi ass gewosst, dass Leiden a Péng perséinlech sinn a weder aschätzbar nach moossbar sinn; an dat ass e Problem.

Eng medezinesch Décisioun ass ëmmer eng, déi op d'intim Convictioun vum Dokter zrëckgeet, e bësselche wéi bei engem Riichter. Dat sinn d'Wierder net vu mir, mä dat sinn d'Wierder vun engem belschen Dokter, dem Raymond Mathys, deen an en-ger Klinik zu Antwerpen/Middelheim mat en-ger Equipe schafft, déi spezialiséiert ass an der Palliativmedezin an an der Stierfhëllef. Hie seet a klore Wiederder, dass déi béid Saa-chen ëmmer zesumme ginn, komplementär musse sinn, an dass d'Koexistenz vun de-enen zwou Méiglechkeeten u sech nach ni eng Léisung ass, mä e Recht op eng Léis-ung ze negociéieren, am Vertrauensverhält-nis zwëschent dem Dokter an dem Patient.

Bei der Stierfbegleedung a Stierfhëllef geet et an deene béide Fäll gläich ëm Empathie, déi net an de Schoule ka geléiert ginn, mä um Terrain muss geübt ginn. Et geet ëmmer - an ech mengen, dass een dat muss ënner-sträichen - ëm eleng de Wëlle vum Patient, an net iwwert d'Vue vum Dokter. Et wäert

ëmmer dorëms goen, wou d'Limité vun der Medezin, wou d'Limité vun der Gedold, wou d'Limité vun der Péngresistenz vum een-zelne Patient sinn. A béide Fäll ass ëmmer de Wëlle vum Patient an deem seng fräi Wiel am Mëttelpunkt.

Duerfir gëtt et elo zwee Testamenter an, Här Minister, ech denken, dass et och eleng do-fir schonn néideg ass, wann déi Gesetzer hei gestëmmt sinn an a Kraaft getruede sinn, fir eng Informatioun ze maachen, fir dass ënnert de Leit dobausse kloer ass, wat dat eent ass, wat dat anert ass, firwat dat eent muss enregistréiert ginn, wéi et muss enregistréiert ginn, wat den Inhalt a wat d'Konsequenze sinn. Duerfir kënnt och herno eng Resolutioun an deem Sënn op den Dësch, mat aneren, déi mer och schonn an der Kommissioun haten.

Duerfir, och well déi zwou Saachen, wéi ge-sot, ëmmer zesummegehéieren, kann et net sinn, dass bei der Stierfhëllef de Filtre pal-liatif kéint imposéiert ginn. Firwat? Well éischters dat géint d'Gesetz wier iwwert d'Organisation hospitalière, an zweetens well et méiglecherweis e Wee wier fir d'Ge-setz iwwert d'Stierfhëllef auszeblenden, do-duerjer, dass een e Patient duerch Sédatioun terminale an en Zoustand versetze kéint, wou en net méi à même wier, säi klore Wëlle fir méi eng rapid Stierfhëllef auszedrëcken.

Duerfir opgepasst!

Ënnert dëse Konditiounen wëll ech den Ac-cord vun eiser Fraktioun zu dësem Projet bréngen, wéi dat och am Februar zu dësem Text hei de Fall war.

» **M. le Président.** - Merci, Madame Err. Den nächste Riedner ass den honorabelen Här Huss.

» **M. Jean Huss (DÉI GRÉNG).** - Här President, Dir Dammen an Dir Hären, am Numm vun der grénger Fraktioun wëll ech mech haut nëmmen nach kuerz äusseren zum Gesetz iwwert d'Soins palliatifs.

Och wann dat Gesetz an eisen Aen net op alle Punkte komplett eise Virstellungen ent-sprécht, esou wäerte mer trotzdem haut kloer derfir stëmmen, fir der Palliativmede-zin, de Soins palliatifs, déi sech um Terrain an an de Spideeler an de leschte Jore virun allem schrëttweis entwéckelt huet, elo dann och endlech dee gesetzleche Kader ze ginn.

Als Gréng si mer noweisbar schonn zënter Laangem fir d'Förderung vun de Soins pal-liatifs agestratt; Palliativmedezin als sënnvoll Alternativ zum Acharnement thérapeutique. Palliativmedezin a -soinen awer och um Lie-wensenn als ee méigleche Wee, fir méi-glechst ouni Péng an encadréiert aus dem Liewen ze scheeden.

Wann een op dëser Plaz hei just ee ganz kuerze Bléck no hanne gehäit an d'Ge-schicht, da stelle mer fest, datt Enn vun den 80er Joren, am Joer 88/89 den Escher Dok-ter Henri Clees d'Association pour le droit de mourir dans la dignité gegrënnt hat, mam Zil vun der Schmäerzbekämpfung a vun der Dépenalisation vun der Euthana-sie, an e gudd Joer méi spéit huet dunn en aneren Dokter, den Dokter Bernard Thill, mat aneren zesummen Omega 90 an d'Liewe geruff, mam Haaptzil, d'Palliativme-dezin an d'Soins palliatifs ze fördern.

1988/89/90, dat ginn elo ëmmerhi ronn 20 Joer. D'CSV hat - esou léisst sech noliessen - och am Joer 1989 d'Förderung vun de Soins palliatifs an hire Wahlprogramm gesat. Si war awer zënterhier onënnerbrach als stäerkste Partei an der Regierung an trotz-deem huet et also ëmmerhi ronn 20 Joer ge-dauert, bis dann elo endlech e gesetzleche Kader geschaf gëtt.

Dir Dammen an Dir Hären, als Gréng si mir an de Froe ronderëm d'Stierwe wéi gesot och scho relativ fréi aktiv ginn, nämlech 1994, wéi ech déi deemoleg CSV/LSAP-Re-gierung dozou interpelléiert hat. Meng Inter-pellatioun, déi dunn eréischt zwee Joer méi spéit, nämlech 1996 ugehall gi war an du vu mir hei virgedroe ginn ass, hat als Haapt-thema, ech zitéieren aus menger Ried vun 1996: „d'Recht op e mënschewierdegt Stier-wen“, an an deem Kontext der deemoleger Regierung hir Intentionen a Saache Förde-rung vun der Palliativmedezin, juristesches Unerkennung vun engem sougenannte bio-logeschen Testament - esou wéi dat dee-mools nach geheescht huet - an der even-tueller Léisung vun där reell existéierender Problematik vun der Euthanasie oder Stierfhëllef.

Scho virun dëser éischter Chambersdebatt waren an der Öffentlechkeet esou munch Debatten iwwer Konferenzowender, iwwer Podiumsgesprécher an de Medië gelaf. De Comité national d'éthique hat mat sengen Aarbechten ugefaangen an am Uschloss un dës 1996er Interpellatioun, déi ech ge-maach hat, ass du jo och hei an der Cham-

ber eng sougenannten Ethikskommissioun aberuff ginn, fir e Rapport iwwer Acharne-ment thérapeutique, Soins palliatifs a Eu-thanasie ze schreiwen.

Dir Dammen an Dir Hären, ech hunn dëse kuerzen historesche Réckbléck bewosst hei gemaach, fir ze verdäitlechen, zënter wéi ville Jore schonn dobaussen an hei an der Chamber d'Problematik vun engem méi-glechst gudden, engem méiglechst schmäerzfräien a wüdege Stierwen disku-téiert gouf. Dat waren 20 Joer! Et soll also wann ech gelift kee méi behaupten, déi haut hei virleidend Gesetzer wieren net laang ge-nuch diskutéiert ginn.

Dir Dammen an Dir Hären, aus dem Intitulé vu menger Interpellatioun vun 1996 ass däitlech ginn, datt mir Gréng - a mir haten dat schonn an eisem Wahlprogramm vun 1994 betount - déi haut virleidend Gesetzer vu Soins palliatifs a Stierfhëllef als e Ganzt géife betrueden. Ech zitéieren aus men-ger Ried vun 1996, wou ech gesot hat, „datt mer eis souwuel fir de massiven Ausbau vun der Palliativmedezin a vu Schmäerzthe-rapië géifen ausschwätzen, wéi och fir d'Recht vu jiddwer Mënsch, iwwert d'Kondi-tiounen vu sengem Stierwe selwer kënnen ze décidéieren. Dat heescht also fir eng Entkri-minaliséierung oder Dépenalisierung vun der fräiwëlleger Euthanasie.“ Enn vum Zitat.

Als Gréng si mir bis haut dëser Linn trei bliwwen. Den Ausbau vun der Palliativme-dezin a vun de Soins palliatifs ass fir eis eng Selbstverständlechkeet, a mir wäerte selbstverständlech och weiderhin déi nout-wendeg finanziell Kreditter dofir stëmmen. Mä dat gesot, musse mer allerdéngs soen, datt et an eisen An näischt op dëser Welt gëtt, wat perfekt ass, an et muss dofir och ëmmer méiglech bleiwen, och u sech posi-tiv Saachen nach kënnen ze hannerfroen oder se kritischesch ze belichten.

Et gëtt also mat dësem Palliativgesetz en Droit d'accès aux soins palliatifs agefouert. Dat ass dann natierlech ganz positiv, wann et effektiv genuch Palliativbetter a -spidee-ler an zuelemeisseg wéi qualitativ gudd Of-fere fir d'Betreiung doheem gëtt. Här Mini-ster, et wier vlächit sënnvoll, wann Dir eis hei, an och dem Public dobaussen, haut nach eng Kéier géift soen, wou mer do stinn am Moment. Hu mer genuch Better a Palliativ-statiounen? Hu mer genuch Servicer do-baussen, déi fonctionnéieren? A wéi ass d'Qualitéit dervun? Wéi wäit si mer haut mat den néidegen Ausbildungs- a Weiderbildungsprogrammer, net nëmme fir d'Fleegepersonal, mä och fir d'Dokteren? Ech wier frou, wann Dir de Leit dobausse kéint kloer Äntwerten dorobber ginn.

All deenen Dokteren an och de Responsa-bele vun de Soinen, déi sech als Pionéier fir d'Palliativmedezin staarkgemaach hunn, gehéiert selbstverständlech eise Respekt, well se scho fréizäiteg op d'Sënnlosegkeet vum Acharnement thérapeutique opmierk-sam gemaach haten an an Oppositioun do derzou op d'Noutwendegkeet vu Schmäerz-therapien an enger gudder Begleedung um Enn vum Liewen insitéiert haten. Vill Res-pekt also fir all dës Beméiungen!

Als Gréng géife mer eis allerdéngs heiansdo wënschen, datt Eenzelner vun hinne méi eng grouss Ouverture d'esprit géife weisen, fir och dem Wonsch vu Mën-schen nozekommen, déi fir sech een anere Wee zum Stierwe wënschen, nämlech eng méi schnell, aktiv Stierfhëllef. Mä doriwwer wäerte mer jo herno bei der Proposition de loi iwwert d'Stierfhëllef kënne schwätzen. Fir eis Gréng sinn d'Soins palliatifs an déi aktiv Stierfhëllef, wéi gesot, complémentaire. Mir gesinn, ähnlech wéi zum Beispill d'Fédéra-tion flamande des soins palliatifs dat schonn 2003 gesot huet, d'Euthanasie als ee méig-leche Bestanddeel vun de Soins palliatifs.

Dir Dammen an Dir Hären, well ech dovun ausginn, datt den Här Gesondheitsminister eis a senger Interventioun déi finanziell Froen an Aspekter vun dësem Projet nach eng Kéier wäert duerleeën, wëll ech heirop net méi laang agoen. Mir stinn, wéi gesot, derhannert fir déi néideg budgetär Dé-pensëposte mat ze stëmmen, fir datt mer wierklech e flächendeckende Réseau vu Soins palliatifs am ganze Land kënnen op-bauen.

E lescht kuerzt Wuert just zu engem beson-neschen Aspekt am Kontext vun der Pallia-



tivmedezin, nämlech dem Aspekt vun der sougenannter Sédation terminale, ganz um Schluss vum Liewen a vun der palliativer Betreuung. Dësen Aspekt werft nämlech an eisen An zum Deel ähnlech ethesch Froen op, wéi dat bei der aktiver Stierfhëllef de Fall ass, zum Beispill wat d'Fro vu méiglechen Abusen ubelaangt. Mä well ech dorobber herno beim zweete Projet wëll zrëckkommen, wëilt ech elo hei zum Schluss kommen.

Am Résumé also: Soins palliatifs sinn absolut néideg. D'Palliativmedezin ka ganz viles, si kann awer leider net alles. Jo zum massiven Ausbau vun esou Servicer, mä Jo och zum Respekt vum Wëlle vu jiddwer Mënsch, fir selwer iwwer säi leschte Wee kënnen matzestëmmen.

Merci.

» **M. le Président.** - Merci, Här Huss. Nächste Riedner ass den honorabelen Här Gibéryen.

» **M. Gast Gibéryen** (ADR). - Merci, Här President. Léif Kolleeginnen a Kolleegen, fir d'éischt e Merci un d'Kolleegin Lydia Mutsch fir hire Rapport, souwuel dee schrëftleche wéi dee mëndlechen, deen a voller Objektivitéit hei gemaach ginn ass.

Den 19. Februar dëst Joer huet d'Chamber hei eestëmmeg d'Palliativgesetz gestëmmt. All Parteien hu sech zënter Jore fir d'Palliativmedezin ausgeschwat an haten dat och an hire Wahlprogrammer verankert. Et war duerfir och nëmmen normal, datt dat Gesetz hei eestëmmeg iwwert d'Bühn gaangen ass.

Deemools an der Debatt hu mer als ADR drop higewisen, datt een net kéint gläichzäiteg zwee Gesetzter stëmmen, wëssend, datt se an enger Rei vu Punkte kontradiktöresch waren. Dat war heibannen, mengen ech, queesch duerch d'Reie gewosst, a mir hunn alleguer am Fong heibannen esou gesot, gemaach, gehofft a geduecht, datt de Statsrot dat géif regelen, andeem datt hien d'Palliativgesetz géif vum zweete Vote entbannen an d'Euthanasiegesetz net.

De Statsrot huet awer do all deenen, déi dat geduecht hunn, e Stréch duerch d'Rechnung gemaach an huet am Fong gesot, ma ech entbanne keent vun deenen zwee Gesetzter vum zweete Vote. Hien huet d'Parlament domadder erëm viru seng Responsabilitéit gestallt, wat jo dann och an deene leschte Wochen a Méint d'Parlament gemaach huet, andeems et also déi zwee Gesetzter amendéiert huet an haut hei nei zur Diskussioun an zur Ofstëmmung bréngt, wat da fir déi zwee Gesetzter, wéi dat och schonn hei gesot ginn ass, en éischte Vote constitutionnel wäert ginn.

D'Palliativgesetz ass, wéi gesot, eestëmmeg hei gestëmmt ginn. Et ass e wichtegt Gesetz. Et ass e Gesetz, wat mer alleguer wëllen. Et ass e Gesetz, wat eng Stierfbegleedung mécht fir déi betraffe Persoun. Et ass awer och eng Stierfbegleedung, géif ech soen, fir d'Emfeld vun där Persoun, d'Famill an d'Frënn, déi zesummen am Fong dee Wee ginn. Duerfir ass et och wichteg, datt mer de Congé d'accompagnement heider duerch aféieren, wou ee kann driwwer diskutéieren, ob dat elo duergeet oder net duergeet.

Mä wéi bei all deene Gesetzter wäerte mer Erfahrungsammelen, a wa mer no enger gewëssener Zäit gesinn, datt et net duergeet, wat menger Meinung no wäert de Fall sinn, da wäerte mer och à même sinn, fir de Congé d'accompagnement zu engem gewëssenen Zäitpunkt auszubauen.

D'Zil ass et, fir de Leit an hirer Stierfbegleedung, wa méiglech, eng schmäärzfräi, eng mënschewierdeg Stierfbegleedung ze ginn, och wann deen Traitement als Konsequenz eng Verkierzung vum Liewe mat sech zitt.

E weidere wichtige Punkt an dësem Gesetz - an ech brauch deen net méi am Detail ze behandelen, well mer dat, wéi gesot, schonn den 19. Februar gemaach hunn, an d'Rapportrice dat de Moien nach eng kéier gemaach huet - ass awer e wichtige Punkt fir d'Dokteren, nämlech d'Dépenalisatioun, déi ëmmer vun hinne verlaangt ginn ass an déi och elo mat dësem Gesetz realiséiert gëtt. D'Dokteren hunn am Fong ëmmer gesot, wa mir d'Dépenalisatioun kréien, da gi mir am Prinzip mat der Palliativmedezin

eens, a mir kënnen all Mënsch do e mënschewierdeg Liewensenn garantéieren. D'Meenungen, dat wësse mer, déi ginn do auserneen, an dat wäerte mer haut och net an dësem Débat geännert kréien. Wichteg ass awer, datt mer dee Schratt haut hei maachen.

D'Palliativmedezin ass awer och en deiert Gesetz. Et ass e Gesetz, wat, wa mer et wierklech wëlle voll spille loosse, vill wäert kaschten. Mä ech mengen et éiert awer eng Gesellschaft, wa se bereet ass, Geld ze investéieren, fir all Mënsch e mënschewierdeg Liewensenn ze garantéieren. Jiddweree vun eis gëtt och vläicht eng kéier dovunner betrafft an, wéi gesot, et éiert eng Gesellschaft, wa mer eis Prioritéit dohinner setzen, fir datt e Mënsch och e mënschewierdeg Liewensenn kritt. De Präis dierf da keng Roll spillen, et ass eng Saach vu gesellschaftleche Prioritéiten.

Mir mussen duerfir an d'Palliativmedezin investéieren. Mir musse flächendeckend investéieren an d'Infrastrukturen, a Spideeler, Fleegeheimer, CIPAen, och doheem, fir datt d'Leit iwwerall Palliativmedezin do ugebuede kréien, wou se se gären hätten. Mir sinn och forcéiert, géif ech soen, doranner ze investéieren, well mer jo dem Einzelnen duerch dëst Gesetz e Recht op Palliativmedezin ginn. A wa mer dem Einzelnen e Recht op Palliativmedezin ginn, da si mer och als Stat an als Gesellschaft verflcht, fir dat Recht kënnen ze erfëllen, andeem datt mer déi Infrastrukturen zur Verfügung stellen.

Infrastrukture sinn een Deel vun der Investitioun. Ee genausou wichtige Deel vun enger Investitioun ass d'Personal. Souwuel bei den Doktere wéi beim paramedezinesche Personal, déi déi ganz Betreuung, déi ganz Begleedung musse maachen, musse mer bereet sinn, deene Leit déi néideg Formation ze ginn, fir datt si déi Aarbecht kënnen optimal realiséieren.

Ech géif bei dëser Geleeënheet wëlle Merci soen, datt mer Leit, Dokteren, Medeziner, paramedezinescht Personal an och fräiwëleg Leit hunn, déi dat bénévolé maachen, déi am Fong Pionéieraarbecht an deene leschte Joren hei am Land gelescht hunn a verschiddene Spideeler, wou se Palliativstationen opgebaut hunn. Ech mengen, et soll een deene Leit haut Merci soen an et soll ee vläicht och dëse Leit dee Mérite zoukomme loosse, well d'Politik, wa mer éierlech sinn, huet dat spéit realiséiert.

Mir hu ganz laang als Parteien an eise Wahlprogrammer an Debatten heibannen et verlaangt, mä mir hunn et am Prinzip awer ni gesetzlech geregelt. Duerfir muss een am Fong deene Leit Respekt an Unerkennung zoukomme loosse, déi do Pionéieraarbecht iwwer Jore gelescht hunn an eis am Fong de Wee gewisen hunn, dee mer dann haut hei iwwert d'Gesetz regelen.

Wa mer vläicht viru zéng oder 15 Joer oder 20 Joer, wéi déi Diskussiounen ugaange sinn, deemools déi Wäitsicht gehat hätten a mer hätten d'Palliativmedezin du schonn iwwer Gesetz agefouert an zu honnert Prozent am Land realiséiert an offréiert, dann hätte mer vläicht aner Diskussiounen haut net kritt an dëser Zäit, déi mer elo kritt hunn, wa mer nëmmen zur Zäit investéiert hätten an d'Palliativmedezin. Mir kënnen also och zu engem gewëssenen Deel selwer e Mea culpa iwwert déi Situatioun maachen, an déi mer eis selwer an deene leschte Méint a Joren eragefouert hunn.

Dat gesot, Här President, sinn ech frou, datt mer haut hei dëst Gesetz dann elo endlech, quitte datt et erëm en éischte Vote ass, zur Ofstëmmung kréien. Mir hoffe vu ganzem Häerzen, datt dat Gesetz hei déi Wierkung an deen Erfolleg kritt an et zum 1. Januar kann a Kraaft tueden. Mir sinn iwwerzeegt, datt, wa mer dat Gesetz hei wierklech esou applizéieren, wéi et kann applizéiert ginn, da géif vun deem zweete Gesetz, wat haut de Moien och zur Diskussioun kënn, wann et sollt gestëmmt ginn, esou mann wéi méiglech Gebrauch gemaach ginn, an ech mengen, doranner wiere mer eis dann och erëm eens.

Merci.

» **M. Robert Mehlen** (ADR). - Très bien!

» **M. le Président.** - Merci, Här Gibéryen. Den nächste Riedner ass den honorabelen Här Jaerling.

» **M. Aly Jaerling** (Indépendant). - Merci, Här President. Merci och der Madame Rapportrice fir hire Rapport. Mä no de Rapporte vum 19. Februar an och vun haut iwwert dëst Palliativgesetz hätt am Fong fir mech missen alles kloer sinn. Et ass e mënschlecht Gesetz. Et ass e Gesetz, wat an de Mënsch investéiert, andeem et flächendeckend d'Palliativfleg elo hei am Land zouléisst - d'Palliativfleg, déi e Liewensenn erméiglecht ouni Leiden, sief et am Spidol

oder doheem, ouni Acharnement thérapeutique, mat der Méiglechkeet begleet ze ginn, selwer begleet ze gi vun engem No-stehenden aus der Famill, an der Méiglechkeet fir dass d'Famill matbegleet gëtt, déi de Stierwende betreit, begleet vu gutt forméiertem Personal, wat och wichteg ass, wat muss ausgebaut ginn, wat muss forméiert ginn. Dat ass ganz kloer.

(M. Laurent Mosar prend la Présidence)

Am Gesetz fanne mer dann awer och, an dat ass och wichteg, d'Fräiheet fir den Dokter, wielen ze kënnen, wat fir eng Therapie hie bei deem Mënsch, deen do elo um Stierwe läit, uwennt, fir dass e wierklech schmäärzfräi an ouni Suergen aus dësem Liewe kann austrieden.

Wann ech all déi Aspekter do iwwer mech ergoe loosse, a wann all normal denkende Mënsch déi Aspekter do vun dësem Gesetz iwwer sech ergoe léisst - e mënschewierdeg Stierwen, schmäärzfräi, mat enger wierklech optimaler Begleedung -, da muss dach awer jiddweree sech d'Fro stellen: Firwat brauche mer dann do nach duerno oder derniewent e Gesetz iwwert d'Euthanasie, iwwert de Suicide assisté?

Dat ass fir mech einfach onverständlech. Fir mech ass dëst e Gesetz, wat all Facettë vun engem mënschewierdege Stierwe mat sech bréngt, mat enger optimaler Betreuung. Duerfir sinn ech der Meinung, dëst Gesetz geet duer. Dëst Gesetz soll esou schnell wéi méiglech verabschit ginn, fir dass et a Kraaft trëtt, fir de Mënschen dat ze bréngen, wat se eben un hirem Liewensenn brauchen: e mënschewierdeg Stierwen ouni Péng. Dëst Gesetz bréngt dat alles, an duerfir brauche mer näischt derbäi.

» **M. le Président.** - Ech soen dem Här Jaerling Merci. Als nächst Riednerin ass d'Madame Marie-Josée Frank agedroen. Madame Frank, Dir hutt d'Wuert.

» **Mme Marie-Josée Frank** (CSV). - Merci, Här President. Dir Dammen an Dir Hären, jiddwereen heibannen an och d'Leit do bausse kenne meng Positioun souwuel zur Palliativmedezin wéi zur Euthanasie.

Et ass, an ech wëll et nach eng kéier widerhuelen, bedauerlech, datt eng Gesetzesvirlag, déi vun der Regierung ausgeschafft ginn ass, op den Instanzewee bruecht ginn ass, déi honnertprozenteg Zoustëmmung hei am Haus fonnt huet, duerch eng parlamentaresch Initiativ a Saachen Euthanasie zum gläichen Zäitpunkt hei zum Vote gestallt ginn ass.

Et ass sécher eenzegaarteg an den Annale vun der Chamber, datt e Gesetz, wat honnertprozenteg Zoustëmmung kritt huet, dann nawell net konnt a Kraaft tueden, well et jo offensichtlech a Konflikt mat deem virgenannte staark kontroverséierte Gesetz ass.

Wann d'Euthanasie nëmmen e Complément zur Palliativmedezin wier, wat ech kategoresch ofstreiden, da freet ee sech, firwat d'Befürworter vun der Euthanasie net d'accord waren, fir gläich d'Palliativgesetz a Kraaft tueden ze loosse an deem seng Chance ze ginn.

Ech wënschen an hoffen, datt no dem Palliativvotum vun haut d'Palliativgesetz gläich kann a Kraaft tueden an et net nach weider verzögert gëtt weinst der Euthanasieproposition. An dat huet haut de Moien eise Fraktiounsspriecher, den Här Paul-Henri Meyers, och ganz kloer zum Ausdrock ginn. D'Leit do bausse, fir déi mir heibanne stinn, géifen dat nämlech net verstoen, an et misst ee sech och net wonneren, datt dorop nach eng Initiativ sech géif bilden, déi dorop an duerfir géif en Opstand maachen.

Ufank Dezember gouf heiheem vill iwwert d'Lëtzebuergesch Institutioune geschwat. Dobäi gouf verdrängt, datt déiselwecht Zäit a Frankräich d'Parlamentarier sech géint eng Liberaliséierung a Legaliséierung vun der Euthanasie ausgeschwat hunn. D'Deputéiert vun der Republik, d'Volleksvertreieder vun engem laizistesche Land, déi bekannt si fir eng oppen, fortschrëttlech Politik, sinn net op de Wee vun der erlaabten Doudmaachen gaangen an hunn au contraire en Ausbau vun der Palliativmedezin gefuerdert. D'Assemblée nationale huet sachlech a kompetent gehandelt. Si hunn villen Experten um Terrain nogelauschtert a sech net vun ideologeschen, kulturkämpfereschen Denkschemen - géif ech gäre soen - manipuléiere gelooss.

(Interruption)

All, jo all Parlamentarier hu sech iwwert d'Palliativmedezin um Terrain informéiert. An dat, mengen ech, hätten och mir gutt gehat ze maachen.

Elo zum Fong. Wëssend, datt d'Palliativmedezin eng jonk, modern Spezialitéit ass,

brauch si Medeziner a Fleegepersonal an Équipes interdisciplinaires a pluridisciplinaires, déi motivéiert, engagéiert, sensibel, kompetent op d'Bedierfnisse vun de Mënschen en fin de vie kënnen agoen a si wierklech éierlech mat hire kierperlechen, séileschen, psycheschen a spirituelle Souffrances en charge huelen.

(M. Lucien Weiler reprend la Présidence)

Duerfir, Här President, brauche mir eng reell Volonté politique, fir d'Palliativmedezin fest ze etabléieren, se ze institutionaliséieren, weiderzuentwëckelen, an dat zu honnert Prozent an de Kliniken, Alters- a Fleegeheimer esou wéi och doheem.

Dir sidd sécher alleguer mat mir d'accord, datt an deenen zwee leschte Jorzéngte viles och hei zu Lëtzebuerg beweegt ginn ass, mä dach hu mer nach e klengen Defizit nozeweisen. Et stierwen nach ëmmer vill ze vill Mënschen net gutt, fir net ze soe schlecht, well mir eng kulturell Verspéidung an eiser Palliativmedezin hunn.

Jo, d'CSV huet sech scho säit 1989 fir d'Entwécklung vun der Palliativmedezin agesat, mä leider hu mer bis haut nach kee Gesetzentext. Mä fir eng optimal Palliativfleg ze errechen, brauche mir eng zolidd Formation. Dat bezelen all Acteuren, déi sech säit Jore fir d'Weiderentwécklung vun der Palliativmedezin a -fleg asetzen.

Am Gesetz steet am Artikel 1, datt de Stat fir d'Formationioun responsabel ass. An ech leeën nach eng kéier deenen zoustännege Ministèren un d'Häerz, datt se esou séier wéi méiglech d'Formationiounen definéieren, organiséieren, an datt souwuel an der Formation initiale wéi an der Formation continue déi néideg Formateuren esou wéi genuch finanziell Moyenen zur Verfügung gestallt ginn.

Et ass fir mech onverzeihlech, datt d'Soignants-Personal a senger initialer Formation nach ëmmer nëmmen ëm déi zéng Stonne Formationioun an der Palliativfleg ugebuede kritt. Mä och d'Dokteren dierfe sech net hirer Responsabilitéit entzéien. An ech bleiwen der Meinung, datt all Dokter, ech betounen all Dokter, dee praktizéiert a Mënschen en fin de vie en charge huet, muss Formationioun an der Palliativmedezin an an der Schmäärztherapie nowiesen. Ech si wierklech gespaant, wéi dat elo an der Praxis soll fonctionnéieren, wann d'Union des Caisses de Maladie, déi dann den 1. Januar 2009 Caisse de Santé heescht, dat soll kontrolléieren.

E ganz wichtige Facteur am Encadrement ass de Facteur Zäit. E stierweskrank Mënsch probéieren ze verstoen, sech a seng Situatioun erandenken, hien escht ze huelen, him nozelauschteren, op seng Besoinen a Wënsch anzegoen, alles dat an de Plan de soins ze integréieren, dat brauch effektiv vill Zäit! Här Minister, Madame Minister, Dir sidd sécher mat mir d'accord, datt do net ka mat der Stoppauer geschafft ginn, wat mer haut oft an den Alters- a Fleegeheimer hunn. Émmer erëm héiert een: Et bleift net genuch Zäit, fir eis Leit gutt ze fleegegen a mënschewierdeg ze encadréieren.

Et kann och net sinn, wéi e Sonndeg nach en Infirmier zu mer gesot huet: Mir hu missen de Patiente Pampersen undoen, obschonn se nach net inkontinent sinn, well d'Soignantspersonal einfach net genuch Zäit huet, fir hinnen d'Schlappen unzuedoen, fir zum Beispill se op d'Toilette ze begleeden.

Wa mer wëllen eng éierlech Palliativmedezin schafen, da muss mer och bereet sinn, déi néideg finanziell Moyenen zur Verfügung ze stellen, genuch forméiert Personal, fir datt kann effikass a gutt geschafft ginn.

» **Une voix.** - Très bien!

» **Mme Marie-Josée Frank** (CSV). - Här President, fir d'Mënschen en fin de vie ze begleeden, ass et wichteg, datt an den Alters- a Fleegeheimer eng Strategie entwéckelt gëtt, wéi de Mënsch en fin de vie encadréiert gëtt, an datt an all Alters- a Fleegeheimer och mat de Bewunner doriwwer diskutéiert gëtt, a se encouragéiert ginn eng Patienteverfügung ze verfaassen, datt gewosst ass, wann een an eng kritesche Situatioun kënn, ob de Patient nach bereet ass, erëm an d'Klinik gefouert ze ginn, onnéideg a laang an der Policlinique op en Dokter ze waarden, fir sech dann enger laangwiereger Apparatmedezin ze ënnerwerfen oder nach engem traumatesche stationären Openthalt.

Här President, Dir Dammen an Dir Hären, ech wënsche mir wierklech, datt mer et fäerdeg bréngen, eng éierlech Palliativmedezin hei op d'Been ze kréien, datt mer e Beispill heiheem an an Europa setzen an datt mer kënnen stolz sinn, wa mer no Joren e Réckbléck maachen, datt mer eng echt Palliativmedezin hei zu Lëtzebuerg etabléiert hunn.



Duerfir, Här Minister, muss onbedéngt eng Evaluatioun gemaach ginn, wou d'Chamber regelméisseg informéiert gëtt, wéi sech d'Palliativmedezin hei zu Lëtzebuerg entwéckelt a gegebenenfalls nogebessert muss ginn. Ech kommen zum Schluss: Et bleift nach ganz vill ze dinn. Kommt, mir paken et un! A kommt, mir ginn all Stierwenden hei am Land d'Chance, un der Hand vun engem Mënsch kënnen wierdeg ze stierwen!

Merci villmools.

» M. le Président.- Merci, Madame Frank. D'Madame Flesch, als lescht Oratrice an dëser Debatt, huet elo d'Wuert. Madame Flesch, wann ech gelift.

» Mme Colette Flesch (DP).- Här President, léif Kolleegen a Kolleeginnen, ee Wuert nach zum Schluss vun dëser Diskussioun. Dat Gesetz ass wichteg, mä wann et gestëmmt ass, solle mer net mengen, dass alles gedunn ass. Mir mussen ons d'Moyenë gi vun onsen Ambitiounen. An der leschter Zäit hate mer alleguerten am Kader vun der Diskussioun vun deenen zwee Gesetzer vill d'Geleeënheet, mat Dokteren a mat Professionellen aus der Santé ze schwätzen.

Si insistéiere mat Nodrock, dass eng gutt Palliativmedezin nëmme ka gemaach ginn, wann ee sech d'Mëttele gëtt, souwuel bei der Formatioun vum Personal - bei den Dokteren a beim Personnel soignant - wéi och bei deenen néidege Réseauen um Terrain. Mir mussen also wierklech hei elo dat Néidegt ënnerhuelen. An do wenden ech mech un d'Ministeren.

Ech weess, dass an der Debatt vum 19. Februar drop higewise ginn ass, wat alles scho gemaach ginn ass. Dat ass respektabel. Do hu ganz vill Bénévolen och eng Hand mat ugepaakt. Et ass souwuel am Kader vum Ministère de la Santé wéi am Kader vum Ministère de la Famille do scho ganz vill gemaach ginn, mä ech fäerten, dat geet net duer. Mir mussen elo, wou mer d'Base légale hunn, ons wierklech - ech soen et nach eng kéier - d'Mëttele vun onsen Ambitiounen ginn. Ech wär frou, wa mer do kéinte vun der Regierung déi néideg Zousécherung kréien.

Ech soen lech Merci.

» M. le Président.- Merci, Madame Flesch. D'Wuert huet elo den Här Schaaf.

» M. Jean-Paul Schaaf (CSV).- Här President, wann Der erlaabt. Ech wollt nach just eng Motioun hei abréngen, déi och d'Ënnerschrëft vu fënnef Leit vu sämtleche Fraktiounen dréit. Ech wollt d'Regierung domat opfuere, fir dann och deem Rechnung ze droen, wat elo scho vu ville Riedner hei gesot ginn ass, nämlech innerhalb vun zwee Joer spëtstens een detaillierte Rapport ze maachen iwwert dëst neit Palliativgesetz, souwuel wat den Développement ubelaangt, wat d'Besoinen ubelaangt wéi awer och wat d'Quantitéit vu Servicer ubelaangt, an dann awer och wat d'Formatiounen ubelaangt, déi an de Soins palliatifs gi sinn.

Motion

La Chambre des Députés,

considérant:

- que la loi du 18 décembre 2008 relative aux soins palliatifs consacre l'accès équitable aux soins palliatifs à toute personne en phase avancée ou terminale d'une affection grave et incurable;

- que la mise en œuvre effective de l'accès aux soins palliatifs nécessite la mise en place d'infrastructures palliatives efficaces au niveau national, tant hospitalières qu'extrahospitalières;

- qu'il sera primordial de doter ces infrastructures par le personnel médical et de soins en quantité suffisante et d'assurer la formation nécessaire pour le personnel concerné;

invite le Gouvernement

- à déposer dans les deux ans à la Chambre des Députés un rapport détaillé renseignant:

- sur le développement des services palliatifs hospitaliers et extrahospitaliers;

- sur les besoins quantitatifs et qualitatifs couverts et restants à couvrir;

- sur les résultats de la formation (continue) en soins palliatifs.

(s.) Jean-Paul Schaaf, Jean Huss, Lydia Mutsch, Martine Stein-Mergen, Carlo Wagner.

Merci.

» M. le Président.- Merci, Här Schaaf. D'Motioun gëtt direkt ausgedeelt. Den Här Gesundheitsminister Mars Di Bartolomeo huet d'Wuert.

» M. Mars Di Bartolomeo, Ministre de la Santé et de la Sécurité sociale.- Här President, Dir Dammen an Dir Härren, wann den Doud no ass an et ass näischt méi ze maachen, da bleift nach alles ze maachen. Oder wéi d'Marie de Hennezel, eng vun deene groussen Expertinnen, déi à la base vun der Diskussioun a Frankräich waren, et op Franséisch seet: «À l'approche de la mort, lorsqu'il n'y a plus rien à faire, il reste tout à faire.» Dat résuméiert den Inhalt an d'Zilsetzung vum Gesetz iwwert d'Palliativmedezin wuel ganz treffend.

Et ass näischt méi um medezinesche Plang ze maachen, fir de Patient ze heelen, mä et bleift viles ze maachen, fir dass hien op déi beschtméiglech Aart a Weis aus dem Liewen erausgeet. Et ass vill ze maachen, fir dass de leschte Wee vum Mënsch ähnlech gutt ass, wéi deen éischte Wee, deen hien an d'Liewen era gemaach huet, wou et eng Selbstverständlechkeet ass, dass iwwer 100 Milliounen an e gudden Accueil, wann een op d'Welt kënnt, investéiert ginn, mä wou et bis haut net esou evident war, dass een ähnlech Effortë gemaach huet, wann ee mat engem stierwende Mënsch konfrontéiert ass.

Duerfir vläicht direkt d'Äntwert op déi Fro, déi gestallt ginn ass, wat ee bereet ass ze investéieren. Ganz einfach: Dat, wat et kascht. D'Regierung ass bereet, dat ze maachen. Dat beweist d'Gesetz. D'Keese si bereet, dat ze maachen.

Et muss een allerdéngs dann och soen, wann ee vun der Medezin, vun de Soinë méi verlaangt, dass een dann och net därf jéieren, dass d'Santé ze deier gëtt. Et kascht dat eben, wat et kascht. Wann ee jiddwereen do dermat konfrontéiert, wat fir eng Soinen dass ee wëllt, da kritt een och eng Äntwert, dass ee bereet ass, d'Moyenen anzusetzen.

Déi wesentlechste Punkte vum Gesetz résuméiere sech dodran, dass een et an Zukunft net méi dem Zoufall wëllt iwwerloossen, der Chance wëllt iwwerloossen, ob een déi richtig, déi gutt Soins palliatifs kritt oder net.

Mir wëlle se flächendeckend organiséieren. Mir wëlle se do organiséiere wou de Patient se wëllt, an de Spideeler, am Hospice, an de Strukture wou déi eeler Leit liewen oder bei sech doheim mat enger Rei vun Acteuren, déi mussen zesummeschaffen an net géintenee schaffen. Déi och solle probéieren, mat de Moyenë gutt éimzegoen, an net doduerch, dass erëm an eng Konkurrenz eragaange gëtt, déi Moyenen ze verschwenden.

Fir dass déi Zännrieder aneneeggräifen, wäerten an deenen nächste Woche Reglementer a Kraaft trieden, ënner anerem betreffend de Carnet de soin, de Carnet de liaison, wou de Patient suivéiert gëtt, an och aner praktesch Ausféierungsbestëmmungen.

De Projet soll eng regelrecht Palliativkultur erméiglechen an dat Gesetz soll dat, wat eigentlech schonn am Spidolgesetz ënnert de Rechter vun de Patients virgesi war, verstärken, dass kee Patient Acharnement thérapieutique muss akzeptéieren, dass d'Fleegepersonal, d'Dokteren, déi de Refus vum Acharnement thérapieutique matdroen, net doduerch kënnen belaangt ginn. Net doduerch kënnen belaangt ginn, dass se refuséieren, en Acharnement ze maachen, deen dem Patient vläicht e puer Stonnen, vläicht e puer Deeg méi Liewe gëtt, mä awer keng Liewensqualitéit gëtt an och keng Hoffnung gëtt fir geheelt ze ginn.

Well déi Stierfbegleedung esou gutt an esou professionell wéi méiglech soll sinn, gëtt d'Noutwendegkeet vun der Formatioun an der Formation continue vun den Dokteren an dem Fleegepersonal ausdrécklech an deem Gesetz ënnerstrach. D'Fleeg um Liewensenn ass Fleeg, awer keng Fleeg wéi déi aner, an et fält och kengem an de Schouss, wéi een déi dote Fleeg mécht. Esou dass et extrem wichteg ass, op all deene Plaze wou Palliativmedezin an Zukunft ugebuedet gëtt, dass déi Leit, déi intervenéieren, sech och där Ausbildung, Zousazausbildung musse stellen.

Et ass net esou, dass d'Palliativfleeg elo fir deen een oder aneren en neie Potenzial ass, just fir nei Leeschtungen unzibidden. Op d'Qualitéit vun deene Leeschtungen muss geuecht ginn, also muss och d'Formatioun organiséiert ginn. Mir sinn do an engem interministeriellen Aarbechtsgrupp amgang drun ze schaffen. Mir wäerten dat och iwwerall do maachen, wou mer Afloss hunn. Manner Afloss hu mer bei der Initialausbildung vun den Dokteren, wa se am Ausland gemaach gëtt, mä mir kënnen ganz gutt Ugebueder u Formation continue ubidden.

Well vergiesse mer dat net, dass et fir déi, déi an de Palliativabteilungen aktiv sinn, eng verkéiert Welt ass, well d'Dokteren an d'Fleegepersonal geléiert hunn, fir de Mënschen ze hëllef fir geheelt ze ginn an eigentlech manner dermat konfrontéiert sinn, fir de Mënsch beim Stierwen ze begleeden; wat awer gradesou wichteg Soinë sinn. Dat muss een ënnersträichen.

De Projet de loi stellt de Patient an de Mëttelpunkt a schaaft mat der Directive anticipée d'Instrument fir mat Hëllef vu Famill respektiv vu Vertrauenspersoun de Wëlle vum Stierwenden ze respektéieren. Dat ass eng wichteg Hëllef fir d'Dokteren an d'Fleegepersonal.

Och hei hu mer d'Optioun geholl, fir dat net op eng bürokratesch Aart a Weis ze maachen, mä an enger direkter Relatioun zwëschent dem Patient an deene Leit, déi em am nootste stinn. Mir wollten hei keng Bürokratiséierung vun deem leschte Wee maachen a mir waren och ausdrécklech der Meinung, dass keng exzessiv Kontrollmechanismen hei sollte virgesi sinn, well mer bei der Palliativmedezin ganz kloer an enger Philosophie vu Soinë sinn.

Mir sinn also an anere Soinen, mä mir sinn an enger Philosophie vu Soinen, a wa mer hei Kontrollmechanisme virgesinn hätten, da misste mer se eigentlech bei allen anere Soinë maachen. Da misste mer Leit hunn, déi den Dokteren an dem Fleegepersonal iwwert d'Schëller kucken.

D'Zil vun deene Soinen ass, de Patient, esou wäit wéi dat iergendwéi méiglech ass, vu physischem a psycheschem Schmäerz ze befreien, an dat ass haut ganz gutt méiglech. D'Zil vun der Palliativmedezin ass also net, den Doud ze provoziéieren, d'Zil ass, fir Schmäerzen opzefänken.

D'Gesetz gesäit allerdéngs vir, an dat ass nei vis-à-vis vun deem Projet, dee mä Virgänger Carlo Wagner abruecht huet an deen net konnt sengerzäit am Parlament verofschit ginn: Nei ass, dass dat Gesetz deen duebelen Effekt akzeptéiert. Dat heescht, wann een d'Medikatioun an d'Luucht setzt, fir d'Schmäerzen ze lindere, dann hält een a Kaf, dass eng Konsequenz dovou ka sinn, dass d'Liewe verkierzt gëtt. Awer ganz kloer an der Philosophie Liewensenn a ganz kloer an der Philosophie, dass et net d'Zil ass, fir d'Liewen ze verkieren, mä dass et eng Konsequenz ass vun der Fleeg fir schmäärzfräi ze sinn an dass kann antrieden, dass d'Liewe verkierzt gëtt.

Ech hat virdru gesot, dass den Débat iwwert de Käschtpunkt eigentlech e falschen Débat ass. Wa mer hei déi Décisioun huelen, fir dat Gesetz a Kraaft ze setzen, da musse mer eis selbstverständlech och d'Moyenë ginn.

Ech wollt och begréissen, op wat fir eng Aart a Weis déi Diskussioun hei gefouert ginn ass iwwert d'Palliativmedezin. Si ass ganz seriö gefouert ginn an et ass ganz kloer, dass queesch duerch sämtlech Parteien, dobause jiddwereen unanime d'accord ass, dass mer déi Palliativsoinë brauchen an dass mer hei mat dësem Gesetz e Schrëtt weiderkommen, andeem mer de Patient a senger Ganzheetlechkeet gesinn. Net nëmme dann, wann em nach ze hëllefen ass, mä dann och, wann een em kann hëllefen, fir wierdeg aus dem Liewen erauszegoen.

Déi Aarbechten, déi an deene leschte Méint an der Kommissioun gemaach gi sinn, ware ganz seriö Aarbechten. Ech war a sämtleche Kommissiounssätzungen derbai an d'Kommissioun huet sech op alle Säiten extrem vill Méi ginn, fir déi Widderspréch, déi an dësem Gesetz mat der Proposition de loi dra waren, aus dem Wee ze schafen.

Et ass kontrovers diskutéiert ginn. Et ass am géigesäitege Respekt diskutéiert ginn an et ass deem Rechnung gedroe ginn, wat am Avis vum Conseil d'État festgehal ginn ass.

Ech begréissen ausdrécklech déi Diskussioun, wéi se an der Kommissioun gelaf ass op deenen zwee Projeten, um Projet vun der Palliativmedezin awer och um Projet iwwert déi aktiv Stierfhëllef, wou an deene leschte Méint extrem vill diskutéiert ginn ass a wou vill Leit derzou bäigedroen hunn, dass déi Sécurité juridique zwëschent deenen zwee Texter verbessert ginn ass an dass a méi sensibele Punkten, och an der Proposition de loi vun deenen zwee parlamentareschen Auteuren, eng Rei vu Verbesserungen komm sinn.

Ech wëll bei dëser Geleeënheet nach eng kéier drun erënneren, dass déi gemeinsam Diskussioun iwwert déi zwee Texter iwwerhaupt eréischt méiglech ginn ass, well an dëser Chamber an an der Regierung dat klasescht Spill vu Majoritéit an Opposition net gespilt huet.

Ech wëll nach eng kéier ënnersträichen, dass déi Diskussioun an där Form, ob engem dat elo gefält oder ob engem et net gefält, méiglech ginn ass doduerch, dass d'Regierung gesot huet, hei ass net eng Koalitionsfro, mä hei ass eng Fro, wou jiddwerengem Eenzelne säi Gewëssen implizéiert ass. An ech fannen et, éierlech gesot, eng verkéiert Welt. Ech fannen et eng verkéiert Welt, dass enger Regierung, oder deem engen oder anere Member vun der Regierung, ob dat de Premier ass oder en aneren, reprochéiert gëtt, dass een an dëser Fro d'Gewëssensfräiheet spille gelooss huet. Ech fannen, dass dat déi eenzeg richtig Aart a Weis war.

Dat huet dozou gefouert, dass mer déi Diskussioun mat enger Intensitéit hei zu Lëtzebuerg kritt hunn, déi et op anere Plaze vläicht net ginn ass. Mä et huet awer de Verdéngscht, dass déi Diskussioun hei zu Lëtzebuerg bis zum Enn gefouert gëtt, an dann tranchéiert gëtt, vu jiddwerengem Eenzelnen. Well, och wa mer haut oder awer virdrun net tranchéiert hätten, hätten dat net geheescht, dass déi Diskussioun net erëmm komm wier. Do brauch ee just iwwert d'Grenzen ze kucken. Eis Franséisch Kolleegen, wou mer eis bei der Palliativmedezin inspiréiert hunn, kréien déi Diskussioun iwwert d'Euthanasie am Jores- oder am Zweejoresrhythmus erëm, esou dass et gutt ass, dass een déi Diskussioun eng kéier bis zum Enn féiert.

Ech wëll och nach eng kéier ënnersträichen, dass een am Gesetz iwwert d'Palliativmedezin kee Patient dozou zwéngt, fir d'Palliativmedezin ze gebrauchen. Och an der Proposition de loi iwwert d'Euthanasie ass et net esou, dass eng Promotioun vun der Euthanasie gemaach gëtt, dass eng Banaliséierung vun der Euthanasie gemaach gëtt, oder dass een iergendeen dozou géif zwéngen, fir op déi dote Méiglechkeet zréckzegräifen.

Ech wënsche mer, dass no dëser Diskussioun net zousätzlech Grief an der Lëtzebuerger Gesellschaft entstinn. Et gëtt där genuch. Et sinn där genuch an deene leschte Méint gegruewe ginn. Mir kënnen där Grief - just an enger Zäit, wou e Maximum u Kohesioun an der Lëtzebuerger Gesellschaft gebraucht gëtt - net nach méi gebrauchen.

Ech soen lech Merci.

» Plusieurs voix.- Très bien!

» M. le Président.- Merci, Här Minister. Elo huet d'Madame Marie-Josée Jacobs, Minister fir d'Famill, d'Wuert.

» Mme Marie-Josée Jacobs, Ministre de la Famille et de l'Intégration.- Här President, Dir Dammen an Dir Härren, ech wëll mech selbstverständlech deene Wieder vum Mars Di Bartolomeo uschlëssen, wat d'Palliativmedezin ubelaangt, an net nach eng kéier ufänken, hei alles opzezielen an déi ganz Mériter dovunner ze soen.

Ech géif just wëlle soen - well eng Partie vun Deputéierte gefrot hunn, wou mer an der Zwëschenzäit dru wieren a wat mer gemaach hätten -, datt net méi spët wéi muer um Ordre du jour vum Conseil d'Reglementer sinn, fir ze regelen - esougutt an de Behënnertenhauser wéi och an den Alters- a Fleegeheimer -, wéi d'Palliativmedezin muss agefouert ginn a wéi se och muss do an Zukunft dann ausgefouert ginn. Ech denken, datt dat jo eent vun deene wichtige Elementer ass, a wou d'Madame Flesch Recht huet, wa se seet, datt et net duergeet, wann e Gesetz gestëmmt ass, mä da muss och gekuckt ginn, datt duerno eppes geschitt.

Gradesou wichteg ass och, an do ass och vun der Madame Err drop higewise ginn, d'Betreiung vun de Leit no engem Stierfall. Ech wëll virun allem hei soen, well vläicht awer eng Partie Leit dat net wëssen, datt och elo en extrae Service besteet, zum Beispill bei Omega 90, wa Kanner en Trauerfall oder e Stierfall hunn doduerch, datt ee vun hire Geschwëster respektiv hir Mamm oder hire Papp stierft. Et gëtt also Servicer, déi si och extra à charge huelen. Well dat awer Saache sinn, déi een net ëmmer weess, kënnt Dir dat de Leit dobause soen, datt dat besteet a kann an Usproch geholl ginn.



Et ass also net esou, datt mer nom Gesetz alles eréischt mussen erfannen, mä dat ass eppes, wat mer musse méi bekannt maachen a wou mer och kucke mussen, datt mer dat virun ausbauen.

Dann ass dat, wat de Minister virauser gesot huet, selbstverständlech richteg: Et ass eng Fro vum Präis. Da musse mer wëssen, wéi wäit datt mer bereet sinn, doranner ze investéieren. Ech denken, datt dat hei eppes ass, wou mer alleguerten der Mee-nung sinn, datt een dofir déi néideg Mëttele muss zur Verfügung stellen. Datselwecht gëllt och fir dat, wat d'Madame Frank gesot huet, wat d'Formationen ubelaangt. Mir hunn och fir d'nächst Joer zousätzlech Mëttele fir d'Formation vum Personal zur Verfügung gestallt, respektiv och fir d'Dok-teren, well dat eng Viraussetzung ass, fir datt dat och alles kann ëmgusat ginn.

Duerfir mengen ech, wiere mer domadder um richtige Wee a mir si frou, wa mer elo déi gesetzlech Basis dofir hunn. Mä, wéi ge-sot, mir hunn awer virauser och eng ganz Partie vun Aarbechten do gemaach ouni d'Gesetz ze hunn, an ech denken, datt mer domadder konsequent an deenen nächste Wochen a Méint wäerte virufueren.

Merci.

» **M. le Président.** - Merci, Madame Mi-nister. Mir kommen dann zur Ofstëmmung iwwert de Projet de loi vun der Palliativme-dezin. Et sief drop higewisen, dass et en éischte Vote constitutionnel ass.

**Vote sur l'ensemble du projet de loi et dispense du second vote constitutionnel**

Dir Dammen an Dir Hären, de Projet de loi 5584 ass eestëmmeg mat 60 Jo-Stëmmen ugeholl.

*Ont voté oui: Mmes Sylvie Andrich-Duval, Nancy Arendt, M. Lucien Clement, Mmes Christine Doerner, Marie-Josée Frank, Marie-Thérèse Gantenbein-Koullen, MM. Marcel Glesener, Norbert Hauptert, Mme Françoise Hetto-Gaasch, MM. Ali Kaes, Paul-Henri Meyers, Laurent Mosar, Marcel Oberweis, Gilles Roth, Patrick Santer, Marcel Sauber (par Mme Christine Doerner), Jean-Paul Schaaf, Marco Schank, Marc Spautz, Mme Martine Stein-Mergen, MM. Fred Sunnen, Lucien Thiel, Lucien Weiler et Michel Wolter;*

*MM. Marc Angel, Alex Bodry, John Casteg-naro, Mme Claudia Dall'Agnol, M. Fernand Diederich, Mme Lydie Err, MM. Ben Fayot, Jean-Pierre Klein, Mme Lydia Mutsch, MM. Roger Negri, Jos Scheuer, Romain Schnei-der, Roland Schreiner et Mme Vera Spautz;*

*MM. Eugène Berger, Xavier Bettel, Mme Anne Brasseur, M. Fernand Etgen, Mme Co-lette Flesch, MM. Charles Goerens, Paul Helminger, Alexandre Krieps, Claude Meisch et Carlo Wagner;*

*MM. Claude Adam, François Bausch, Félix Braz, Camille Gira, Jean Huss, Henri Kox et Mme Viviane Loschetter;*

*MM. Gast Gibéryen, Jacques-Yves Henckes, Jean-Pierre Koepp et Robert Mehlen;*

*M. Aly Jaerling.*

Gëtt d'Chamber d'Dispens vum zweete Vote constitutionnel?

**(Assentiment)**

Dann ass et esou décidéiert.

**Motion**

Mir hunn nach d'Motioun am Kader vum Projet, déi virdu vum honorabelen Här Schaaf déposéiert ginn ass. Déi Motioun ass vun alle Fraktiounen ënnerschríwwen. Duerfir, denken ech, kënnen mer déi par main levée ofstëmmen.

**Vote**

Wien ass d'accord mat der Motioun vum ho-norabelen Här Schaaf?

Wien ass dergéint?

Wien enthält sech?

D'Motioun ass eestëmmeg ugeholl.

» **M. Mars Di Bartolomeo, Ministre de la Santé et de la Sécurité sociale.** - Här Pre-sident, d'Regierung hält déi selbstverständ-lech och un.

» **M. le Président.** - Mir kommen dann zur Proposition de loi iwwert d'Euthanasie an d'Assistance au suicide. Et si bis elo ageschriwwé fir d'CSV-Fraktioun: d'Ma-dame Stein-Mergen an den Här Wolter. Da schwätze bei der CSV-Fraktioun an hirem eegenen Numm: d'Madame Arendt an d'Madame Frank. Fir d'DP-Fraktioun: den Här Wagner an den Här Goerens. Fir d'so-zialistesches Fraktioun: den Här Bodry. Fir déi gréng Fraktioun: den Här Huss, a fir d'Sen-sibilitéit vun der ADR: den Här Mehlen. Här Jaerling, Dir sidd och ageschriwwen.

D'Wuert huet elo d'Madame Lydie Err, fir de Rapport ze maachen. Madame Err, wann ech gelift.

**2. 4909 - Proposition de loi sur l'euthanasie et l'assis-tance au suicide**

**Rapport complémentaire de la Commis-sion de la Santé et de la Sécurité sociale**

» **Mme Lydie Err (LSAP), rappor-teuse/co-auteuse.** - Kee Stat a kee Gesetz, Dir Dammen an Dir Hären, kann e Mënsch zum Liewe forcéieren, wann e Patient Hëllef verlaangt fir ze stierwen, well e sai Liewen net méi packt a well en onheelbar krank ass. Dat ass, Dir Dammen an Dir Hären, Stierfhëllef op ausdréckleche Wonsch vum Patient a vun him eleng, deem sai Liewen nach just sënnloost Leide fir hie selwer ass.

Dat ass och op Griichesches „Euthanasie“: „e gudden Doud“. Dat ass allerdéngs e Wuert, wat duerch d'Nazizäit zu engem Onwuert ginn ass, well d'Nazizäit falscherweis deem Ausdrock gebraucht hunn, als Euphemis-mus souzouen, fir d'Ermordung vu Kran-ken, Handicapéierten, Kommunisten an Ho-mosexuellen, dat heescht politesch a sexuell den Nazien net genehm orientéierte Leit, ze definéieren.

Vu Mord ka bei Stierfhëllef net geschwat ginn, well par définition deen Doud nëmme passéiert op Ufro hin. Op Ufro, déi dem Ge-setz no, iwwert dat mer haut décidéieren, muss schrëftlech festgeluecht sinn, enregis-tréiert sinn an duerno souguer méimools no-gefrot ka ginn an eventuell vun enger Per-sonne de confiance, déi och am Stierftesta-ment muss drastoen, muss kënnen confir-méiert ginn.

Ethesch gesinn ass dat net anescht ers wéi juristesches, well wa mer vun enger Ethik schwätzen, da musse mer wëssen, dass et net déi Ethik, déi eenzeg, mat engem groussen „E“ gëtt, dass et net eng Ethik gëtt, wou deen, deen den Ethiker ass, net eege Prin-zipien huet an déi a seng Iwwerleeungen afléisse léisst. Jee no Prinzipië gëtt d'Ethik also an dëser Diskussioun eng aner, jee no-deem, wien doriwwer nodeinkt.

Stierfhëllef op Demande ass heiansdo deen eenzegene Auswee, muss deemno erlaabt gi fir Ausnahmefäll, an duerfir brauche mer e Gesetz, fir festzeleeën, fir dass ka kontrol-léiert ginn, ob dat Gesetz, wat mer dann hätten, respektéiert gouf. Dat ass, Dir Dam-men an Dir Hären, dat Gesetz, iwwert dat mir haut diskutéieren an ofstëmmen wäerten.

Dëst Gesetz iwwer Stierfhëllef an iwwer Hël-lef zum Selbstmord oder, anescht gesot, Hëllef zur Selbsterléisung, ass eppes wéi eng Assurance géint e schwéieren Doud, déi een ofschléisst, och wann een net sé-cher ass, dass ee se brauch. Géint e schwéieren Doud, deen oft, wann och net systematesch de Fall ass.

Wann et also dann ass, dass dat Stierftesta-ment net gebraucht gëtt, da war et sécher-lech nach ëmmer nëtzlech an deem Sënn, dass deejéinegen, deen et ofgeschloss huet, domadder an aller Serenitéit sengem Doud konnt entgéintkucken.

E Gesetz, wat d'Regel ass fir Ausnahmefäll ass dofir nach ëmmer keng Loi d'exception, well et bleift e Gesetz fir all Dokter a fir all Mënsch, deen um Enn vu sengem Liewen ukomm ass. E Gesetz mat enger spezieller Symbolkraaft, well et esou e Gesetz nëmme kann an enger oppener Gesellschaft ginn, wou Demokratie a Rechtsstatlechkeet do-heem sinn, wou d'Mënscherechter Realitéit sinn a wou d'Leit esou fräi sinn, datt se hiren eegene Virstellungen no liewen an och stierwe kënnen, mä andeem se sech u be-stehend Gesetzer halen a kengem aneren dobäi schueden.

Dëst Gesetz ass net eent, wat ee kéint als eng „licence to kill“ beschreiwen, an et ass och net e mënschenonwierdegt Gesetz, wéi d'CSV-Apostelen dat geschriwwen hunn an domadder net emol sech selwer iwwer-zeege konnten.

Et ass och kee Gesetz, wat en opposabelt Recht op Stierfhëllef gëtt, wéi den Erzbö-schof dat geschriwwen a gesot huet, mä e

Gesetz, wat d'Méiglechkeet schafft, Stierfhëllef ze kréien, och dann, wann d'Kierch an d'Monarchie dat net wëllen. Net aus rationalen Iwwerleeungen eraus, mä aus ideologesche Grënn. Well et fir d'Kierch, an d'kathoulesch Kierch am pre-zise Fall, keng fräi Wiel ka ginn, wann et ëm den Ufank oder d'Enn vum Liewe geet. Do gëtt net gezéckt, d'Argumenter ze vermë-schen an d'Argument vun den Abusé virze-bréngen, och dann, wa mer alleguerten hei-banne ganz sécher eppes wëssen: Dass kee Gesetz nämlech net heescht, dass keng Stierfhëllef kënn, mä kee Gesetz, dat heescht, keng Kontroll, an dat heescht, sys-tematesch Abusen an all eenzelne Fall, deen da passéiert.

Kloer ze soen ass, dass d'Euthanasie iw-vert d'Sédation terminale nëmmen envisa-geabel ass, wann d'Liewe vum Patient ganz no u säin Enn kënn. Dobäi wësse mer, dass an Ausnahmefäll et och esou ass, dass Leit, déi nach e Liewe laang viru sech hunn, zéng an 20 a méi Joren, och kënnen an déi Situatioun kommen, wou hiert Liewen hinne krankheetshalber net méi liewenswäert er-schéngt, an déi och eiser Meenung no net kënnen zum Weiderliewen, zum Iwwerliewe forcéiert - oder misst ee soen, condam-néiert? - ginn.

D'Motivatioun vun der Kierch an hiren Unhänger ass net nozevollzéien, wann et heescht, d'Sédation terminale ass erlaabt, wéi dat an deem Gesetz ass, wat mer elo grad unanime ofgestëmmt hunn, well den Dokter op d'Demande vum Patient hi Medi-kamenter gëtt, fir haaptsächlech d'Péng ze huelen, a weess, ouni et primär ze wëllen, datt hien domadder den Doudeskampf an d'Liewe verkierzt, an déi Tatsaach, déi eng Tatsaach ass an eng bleift, souzouen als Kollateralschued mat a Kaf hält, während deeselwechte Geste vun engem aneren Dokter, dat heescht d'Verofreeche vu Medi-kamenter, déi d'Péng huele sollen an den Doud méi séier erméigleche sollen, wéi dat iwwert d'Sédation palliative terminale soll méiglech sinn, net akzeptabel wier. Juris-tesch a faktesch ass dat datselwecht! Well d'Gesetz eng Handlung net anescht ers ka qualifizéieren, jee nodeem wat den Auteur, dee se gemaach huet, sech dobäi ge-duecht huet, well éischters d'Gedanken zollfräi sinn, an zweetens d'Gedanken ni no-weisbar kënnen erbruecht ginn.

Dëst Gesetz markéiert de Passage vun en-ger Hypokrisie, vun enger Euthanasie ni vue ni connue et pratiquée à huis clos zu enger Stierfhëllef, déi sech géif operéieren an aller Transparenz an am Respekt vun de kloren a strenge Regele vun engem schwierege Ge-setz. E Gesetz, wat mat deem bestehende Paternalismus ophéiert an eng gläichbe-rechtegt Partnerschaft zwëschent dem Dok-ter a sengem Patient mat sech bréngt, well jiddweree Spezialist op sengem Gebitt ass: den Dokter vläicht Spezialist an der Mede-zin, de Patient jiddefalls a sécher an ëmmer de Spezialist vu sengem eegene Liewen an domadder och de Spezialist vu sengem ee-genen Doud.

Dat affichéiert Besserwësse vu verschidde-nen Dokter, an ech wëll se do wierklech net all mat abegraifen, déi den Doud am Huis clos hale wëllen a kee Gesetz iwwert d'Stierfhëllef wëllen, ass ontragbar an en-gem Rechtsstat, well och d'Doktere musse sech an engem Rechtsstat u Gesetzer ha-len, och un déi, déi si selwer net wollten, mä net verhënnere konnten, obscho se jo dobäi keen Effort gescheit hunn.

Engem eng Aart a Weis ze liewen an ze stierwen opzezwingen, déi deejéinegen als grausame Widdersproch zu sengen eegene Prinzipien emfënn, ass eng inakzeptabel Arroganz. Or, bei eis herrscht déi Arroganz am Land zënter Joren, ouni dass bis elo sech een dru gestéiert huet. Well et ass ge-wosst, dass och ouni Gesetz bei eis Stierfhëllef geleescht gëtt. Wat net gewosst ass, ass, ob se geleescht gëtt op Wonsch vum Patient oder op Appréciatioun vum Dokter.

Ass et d'Medezin oder ass et de fräie Wëlle vum Patient, deen ausschlaggebend ass? Wie kontrolléiert dat?

Et gëtt ganz vill zu dësem Gesetz hei gesot, et géif e Risiko begräifen, Abusé mat sech ze bréngen doduerch, dass een d'Méig-lechkeet vun enger Stierfhëllef géif opmaa-chen. Mä déi Leit, déi missten - mengen ech - ufänke bei der Aktualitéit ze analyséieren an ze kucken, ob et net besser wier, mat en-gem zougegebenermoosse schwierege Gesetz de Risiko vu kontrolléierbaren Abu-sen anzegoen, amplaz bei der Solutioun ze bleiwen, all Abus, dee sech am Huis clos of-pillt, net kennen ze léieren an en duerfir ignoréieren ze kënnen.

Trotzdem geschitt weider hei zu Lëtze-buerg dat, wat eigentlech enger Demokratie an engem Rechtsstat onwierdeg ass.

Firwat soll bei eis och muer net jiddweree kënnen no senge Virstellunge stierwen, wéi e wëllt, mä no de Virstellunge vun enger Partei, vun enger Kierch oder enger Re-lioun, eventuell och nach enger Zeitung an enger Monarchie, sou dass domadder on-méiglech gemaach gëtt, dass deen een-zelne Mënsch seng eege Virstellung bei sengem eegenen Doud kann ëmsetzen? Ouni dobäi - an ech mengen, dass dat derwäert ass, ënnerstrach ze ginn - aner Leit duerch dëst Gesetz ze forcéieren, op e Wee ze goen, dee si fir sech net gären hät-ten?

Dat Gesetz hei contrairement zu der aktuel-ler Situatioun wäert och muer kee forcéie-ren, eppes ze maachen, wat hie fir sech net richteg fënn. Mä et wäert deene Leit, déi haut net kënnen maachen, wat si wëllen, et erlaben, dat muer an der ganzer Legalitéit an an totaler Fräiheet an Transparenz kë-nnen ze maachen.

Duerfir, Kolleginnen a Kolleegen, brauche mer dëst Gesetz iwwert d'Stierfhëllef an och zur Hëllef zum Selbstmord oder - wéi ech ei-gentlech léiwer géif soen - zur Selbsterléi-sung: Fir d'Fräiheet vum Choix och zu Lët-zebuerg, wat d'Pretentioun huet, eng Demo-kratie an e Rechtsstat ze sinn, mä dat net ëmmer daitlech no bausse weist, beson-nesch an Debatten, déi gesellschaftspoli-tesch relevant sinn; fir d'Fräiheet, esou ze stierwen, wéi ee wëllt, dat heescht ze leide bis zum batteren Enn, wann een dat wëllt, oder awer d'Sédation palliative an d'Soins palliatifs an Usproch ze huelen, oder awer, wa béid Solutiounen engem net zousoen, de Choix ze hunn, fir méi schnell mat Stierfhëllef kënnen ze stierwen.

Net nëmme fir d'Fräiheet, mä och fir d'Gläichheet vun Ongläichen am Liewe brauche mer dëst Gesetz, well mer wëssen, dass déi Leit, déi déi richteg Leit kennen oder déi selwer d'Wëssen hunn, haut souwi-sou kee Gesetz brauchen, fir kënnen ze stierwen, wéi si wëllen. Et si wéi ëmmer nëmmen déi Leit, déi sech net esou gutt un-zeleee wëssen, déi manner Leit kennen, déi eppes ze soen hunn, déi manner Geleeën-heeten hunn, sech ze informéieren, déi dorënner leiden.

Och d'Égalitéit ass e Mëscherecht, an och dëst Mëscherecht géif en neit Gesetz iw-vert d'Stierfhëllef garantéiere kënnen. Fir d'Demokratie an d'Rechtsstatlechkeet ass et kloer, well et ass net zoomuttbar, dass mir wëssen, dass hei eppes geschitt, wat theo-retesch net därer passéieren a wat net kon-trolléiert gëtt.

Mä et ass och néideg, fir d'Meenungs- an d'Gewëssensfräiheet och an dësem Marië-land hei duerchzesetzen. Fir de Respekt vun der Meenung vun de Leit,...

**(Interruptions)**

...déi och dann, wa se an enger Minoritéit sinn, d'Recht drop hunn, hir Convictiounen bis zum Doud auszeliewen; fir d'Autonomie an existenzielle Froe vum Doud, ouni de Ri-siko, sech selwer a virun allem och seng Fa-mill oder den Dokter, dee bereet ass, ze hël-lefen, a Gefor ze bréngen. Well och dat ass eng Verantwortung, déi haut deejéinege muss iwwerhuelen, wann e Stierfhëllef fret a se eventuell och kritt.

Et ass ee Gesetz géint Angscht, Dir Dam-men an Dir Hären, virun engem batteren Doud, deen eis net sécher, mä mat grou-ser Wahrscheinlechkeet erwaart, a géint deen eng Validitéit vun engem Stierftesta-ment, wéi et an dësem Gesetz och steet, et géif erlaben, wéi eng Assurance, déi Angscht virun der Péng, virum Doud erofze-huelen an den Doud ze envisagéiere mat enger Serenitéit, wéi dat haut fir vill Leit net méiglech ass.

Ëm wat geet et an dësem Gesetz?

Et stoung entre-temps schonn op ville Pla-zen, notamment gëschter am „Tageblatt“. Ech wëll elo och duerfir hei net op den De-tail vun deem Gesetz agoen. Ech wëll an dräi Haaptpunkte soen, ëm wat et geet.

Et geet drëms, fir Stierfhëllef an Hëllef zur Selbsterléisung ze erlaben, ënner strikten, strengen a kontrolléierte Konditiounen; zweetens, fir d'Unerkennung vun engem Stierftestament, wat iwwregens och iwwert d'Aart vum Begrieffes an d'Natur vun der Zeremonie beim Doud kann Dispositiounen begräifen; an drëttens, ëm d'Aféierung vun enger Kontrollkommissioun, déi no der Stierfhëllef soll kontrolléieren, net, ob deejéi-negen, dee gehollef krut ze stierwen, dat Recht hat oder net, well dat ka keen duerch e Gesetz bestëmmen, mä ob déi Konditiou-nen, déi am Gesetz stoungen, effektiv res-pektéiert gi sinn.

Dat ass, Dir Dammen an Dir Hären, an dräi Punkten d'Essenz vum Gesetz.

Ganz kuerz och nach déi Ännerungen zu dësem Gesetz, wéi se zënter dem 19. Fe-



bruar haut zur Ofstëmmung virleien. Dir wësst, et ass och scho bei där anerer Debatt ugeklongen, dass déi zwee Texter vum Statsrot zréckbehale gi sinn, well déi zwee Texter e Stierftestament virgesinn hu mat engem aneren Titel, mat engem aneren Inhalt a mat anere Formalitéiten, an dass et, fir Konfusiounen ze évitéieren, wichteg war, op deene Punkten ënner anerem Kloeerheet ze schafen.

Mir hunn net nëmme Kloeerheet geschaf op deene Punkten. Mir hunn och Annerunge gemaach, déi an eisen Aen eng Verbesserung vun dësem Text mat sech bréngen, zum Beispill andeem dass mer bereet waren, den Titel vum Gesetz, dee geheescht huet „Proposition de loi pour le droit de mourir en dignité“, ëmzeänneren an „Proposition de loi sur l'euthanasie et l'assistance au suicide“.

Firwat?

Well mer domadder implizit unerkennen, dass eis Manéier, fir mat Stierfhëllef kënnen ze stierwen, net forcément déi eenzeg Manéier ass, fir an aller Würd ze stierwen. Mir hunn am Fong domadder bewisen, dass mer agesinn, dass jiddweree muss kënnen op seng Manéier an Dignitéit stierwen.

Mir hunn och de Mineur émancipé, dat heescht een, deen duerch de Mariage eigentlech scho groussjäähreg ass, aus dem Persounekrees erausgeholl, déi kënnen eng Euthanasie froen, fir déi leedlech Argumenter ze contréieren, déi hei op der Tribün am Februar komm sinn, fir ze soen, dat heite wier e Gesetz, wou handicapéiert Jugendlecher kéinten ofgesprézt ginn.

Mir hunn also domadder deene Kritiken, déi hei ausgedréckt gi sinn, deelweis Rechnung gedroen.

Mir hunn och beispillsweis d'Responsabilitéit vum Dokter nuancéiert. Mir hunn d'Strof-fräiheet vum Dokter garantéiert, an där Hypothesen, wou hien d'Conditions de fond vum Gesetz respektéiert. Dat heescht, dass hie kee Risiko huet beim Strofrichter ze landen, wann hien Euthanasie/Stierfhëllef praktizéiert huet, wann de Patient majeur, capable et conscient war; wann hien dee Wëlle kloer ausgedréckt huet, wa méiglech e puermol; wann hien dat schrëftlech gesot huet; an - an dat ass d'Haaptargument - wann een an enger Situation médicale sans issue ass a souffrance physique ou psychique constante et insupportable et sans perspective d'amélioration kann noweisen.

Wann déi Konditiounen respektéiert sinn, kënn also kee Strofverfahren. Mä et bleift, dass nach aner Konditiounen am Gesetz drastinn, déi kënnen zu enger professioneller, dat heescht disziplinéier Responsabilitéit vum Dokter féieren, déi natierlech och kënnen eng zivil Responsabilitéit mat sech bréngen. Wann hien zum Beispill am Dossier net kloer noweist: dass hien de Patient zur Genüge opgekläert huet; dass hie festgestallt huet, dass de Patient effektiv dauernd Péng hat, déi hien net méi erdroe konnt; dass hie mat engem aneren Dokter geschwat huet, dee Spezialist ass vun där Kränkt, déi de Patient huet; dass hie mat der Équipe soignante, mat der Personne de confiance geschwat huet, wann de Patient sech deem net opposéiert huet; an dass hie sech - an dat ass och wichteg ënnerstrach ze ginn - bei der Commission d'évaluation et de contrôle renseignéiert huet, ob dee betreffende Patient e sougenanntent Stierftestament déposéiert huet oder net.

Mir hunn dat dragesat, well mer fannen, dass et wichteg ass, dass d'Leit eng Garantie hunn, hiert Testament, hire Wëllen iwwert d'Manéier ze stierwen, enregistreiere kënnen ze loossen, fir dass et och dann, wa se en Accident hunn an hiert Stierftestament net bei sech hunn an eventuell kee Familljember derbäi ass, eng Plaz gëtt, wou ka kontrolléiert ginn, ob dee Patient sech zu sengem Liewensenn schonn ausgedréckt huet.

Eng véiert Ännerung ass, dass mer am Fong dem Argument vun de méiglechen Abusë vun deene Leit, déi gären déi Kontrollkommissioun virdrü gehat hätten, entgéintkommen, andeem dass mer en neien Artikel eragesat hunn, den Artikel 3, wou mer soen, dass, wann den Dokter mengt, hie wier nach onsécher, hien en drëtten Expert ka froen. a wann deen drëtten Expert en Dokter ass, da muss dee Certificat vun dësem drëtten Dokter mat an den Dossier kommen, deen herno un d'Kontrollkommissioun geet.

Mir hunn also net nëmme streng Konditiounen am Gesetz, mir hunn och Kontrollméiglechkeete virdrun, iert déi Euthanasie, déi Stierfhëllef ka praktizéiert ginn. Mir hunn d'Dispositions de fin de vie „Stierftestament“ genannt, fir dass et méi kloer gëtt, dass et net datselwecht Dokument ass wéi dat, wat et am Kader vum Gesetz iwwert d'Soins pal-

liatifs gëtt. Well dat Dokument heescht „Dispositions anticipées“ a muss net enregistriert ginn. Dat heiten Testament heescht also „Dispositions de fin de vie“ a muss enregistriert ginn.

Mir hunn och kleng Changementer an der Kompositioun vun der Kontrollkommissioun virgeholl. A mir hunn eng Dispositioun dragesat, dass, wann déi Corpsen, déi solle Leit an déi Kontrollkommissioun nominéieren, dat net maachen, de Minister kann där Abstentioun do entgéintwierken.

Mir hunn och missen, aus Ursaachen, déi näischt mat eisem Wëllen ze dinn haten, mä virun allem eppes mat der Tatsaach, dass de Grand-Duc Schwieregkeete mat der Promulgatioun a mat der Sanktioun vun dësem Gesetz hat, d'Date fixe, déi als Mise en vigueur derbäi war fir den 1. Januar, änneren. Mir hunn déi erausgeholl. Dat heescht, dass dat Gesetz hei, wéi all normalt Gesetz, a Kraaft trëtt dräi Deeg nodeem et am Mémorial publizéiert ginn ass.

Ech wëll lech, amplaz op den Detail vun de Konditiounen anzegoen, e praktescht Beispill soen. Wann e 17-jährege jonke Mënsch bei en Dokter kënnt a seet, hie géif gären ëmbruecht ginn, well hie mengt, hie géif u sengem éischte Liebeskummer stierwen, dann ass dat ganz kloer, dass dat net geet, well hien éischstens, net majeur ass, net capable ass, a well hien zweetens, net onheeler krank ass. Déi Leit, déi dat schonn erlieft hunn, déi wëssen, dass ee vun esou Saachen erëm gutt gëtt.

Wéi ass et mat engem Aidspatient, dee groussjäähreg ass an dee bei engem Dokter géif Stierfhëllef ufroen? Wier deem seng Demande dësem Gesetz no recevabel oder net, wann hie majeur ass, capable ass, sech kloer ausdréckt, et schrëftlech hannerluecht huet an eventuell souguer nach eng Vertrauenspersoun matbréngt, déi ka confirméieren, dass et net fir d'éischt ass, mä dass hien dat nach ëmmer gesot huet?

D'Äntwert op déi Fro do ass: Neen. Firwat? Well de Gesondheitszoustand net sans issue ass; well et och, wat d'Aidsbehandlung ubelaangt, en Traitement gëtt, och wann et keng Heelung gëtt; well hien net permanent an onerträglech Péng huet a well een haut dach nach ëmmer net sécher ka sinn, dass et wierklech keng Perspektiven op Verbesserung an dësem Traitement gëtt.

Duerfir ass et och kloer, dass 93% vun deene Patienten, déi an der Belsch an an Holland d'Stierfhëllef an Usproch geholl hunn, Kriibskranker sinn, deenen hiert Liewen am Duerchschnëtt ëm Deeg, wann net nëmme ëm Stonne verkierzt ginn ass; deenen hir Perspektiv op e weidert Liewen also net weider gelidden huet, mä deenen d'Absenz vun Aussicht op Verbesserung an hirem Zoustand d'Méiglechkeet ginn huet, fir net méi laang mussen ze leiden, wéi et onbedéngt huet misse sinn. Well nëmme de Patient eleng kann entscheiden, wat fir hie supportabel oder net ass.

Iwwert d'Sondagen, d'Inakzeptabilitéit vum Filtre palliatif a vun enger Kontrollkommissioun virdrun wäert de Jean Huss lech no mir am Detail Erklärungen ginn.

Ech wëll zum Schluss nach just e puer Wieder soe par rapport zum Schutz vum Liewen als Mëscherecht a wéi een dat ze verstoen huet par rapport zur Stierfhëllef.

Et ass interessant ze wëssen, dass Juristen an der Belsch sech Gedanke gemaach hunn, ob dat Gesetz, wat si virun e puer Joer ugeholl hunn, konform wier zur Europäescher Mëscherechtskonventioun. Si sinn zur Konklusioun komm, dass dat esou ass, well dat Gesetz net eng generell Stroffräiheet fir Stierfhëllef bréngt, mä eng Exceptioun virgesäit, eng Contrainte oder eng Legitimation a gewëssene Konditiounen, déi par ailleurs net déi Infraktiounen am Code pénal ugräifen, déi iwwert de Meurtre, den Assassinat oder den Empoisonnement ginn.

De belsche Senat huet gesot, dass een d'Recht ze liewen an de Schutz vum Liewen net ka benotzen, fir d'Leit géint hire Wëllen ze forcéieren, an engem Liewen ze verblewen, wat fir si selwer kee Sënn méi huet, an dass en Testament zum Doud d'Limité fixéiert vun deem Recht vu Schutz op Liewen, wat deen Eenzelnen zu sengem Liewensenn wëllt.

D'Recht op de Schutz vum Liewe bedeit net d'Recht op en Accompagnement médical. Dat seet d'Jurisprudenz net nëmme vum Europäesche Geriichtshaff fir Mëscherecht, mä dat seet och eng Jurisprudenz vun der Cour fédérale suisse, déi seet: «Chaque personne consciente et mentalement capable peut décider de sa mort, sans avoir cependant le droit à l'accompagnement en l'absence d'une loi.»

Wa mir - wann dat dann esou ass, wéi ech mer dat erhoffen - e Gesetz hunn, ass et

kloer, dass mir konform sinn zur Mëscherechtskonventioun u sech an zu de Jurisprudenzen, déi et an dësem Fall gëtt.

Vläicht nach ee lescht Wuert, zu Kanada, déi 2006 an der Cour de cassation d'Certification kritt hunn, dass déi Tatsaach, dass et kee Gesetz gëtt fir Hëllef zum Selbstmord, eng Diskriminatioun ass fir déi Leit, déi net méi d'Méiglechkeet hunn, sech selwer ze hëllefen aus dem Liewen ze goen, wa se net méi liewe wëllen. Och dat ass eng interessant Iwwerleeung fir de Rechtsaspekt vum Schutz vum Liewen.

De Schutz vum Liewen ass e Mëscherecht, dat net géint de Wëlle vum betroffene Mësch ka spillen. Dat heescht och, dass kee Stat a kee Gesetz e Mësch zum Liewen, zum Iwwerliewe ka condemnéieren, besonnesch dann, wann deeselwechte Stat an engem anere Gesetz d'Sédation terminale am Kader vun der Palliativmedezin erlaabt an domadder deene meeschte Fäll vu sënnslosem, onerträglechem Leide vu Stierwenden en Enn mécht; wat ech hei wëll ausdrécklech begrëssen.

Mä Sédation terminale léist net all Problem. Et bleiwen - leider, kann ee soen, mä leider ass et esou - 5 bis 10% vu besonnesch schwéiere Krankheeten, déi net palliativ kënnen zefridde stellend behandelt ginn. An et bleift och de Fall, wou d'Leit net am Endstadium vun hirem Liewe sinn an awer an enger gesondheetlecher Verfassung, déi hinnen eng Verlängerung vun hirem Liewen ënnert deeneselwechten onvëranerbare Konditiounen onvirstellbar mécht.

Duerfir zum Schluss eng Fro: Firwat Sédation terminale erlaben a Stierfhëllef verbidden, nodeem kloer ass, dass den Ënnerschied zwëschen deenen zwee eng Fiktioun ass? Eng Fiktioun, déi weder juristeschnach faktesch oder ethesch Bestand huet, well béides aktiv ass, well et en Acte positif ass, well béides human ass a gläich respektabel ass, well béides en Acte médical ass a well béides nëmme ka geschéien op ausdréckleche Wonsch vun deem Patient, deen et eleng ugefrot muss hunn?

Zwee Gesetzer, Dir Dammen an Dir Hären, sinn néideg. An a kengem Gesetz kann den Tatbestand dorobber beuerteelt ginn, jee nodeem wat den Dokter, deen eng Sprézt gemaach huet, am Kapp hat dee Moment, wou hie se gemaach huet. Well souguer wa mer dat géife gesot kréien, géif et keng Méiglechkeet ginn, dat ze kontrolléieren. Et kann net sinn, dass eng Infraktioun géif ofhänken net vun deem, wat geschitt ass, mä vun deem, wat deejéinegen, deen et geschéie gelooss huet, sech derbäi geduecht huet.

Ech wëll duerfir de François de Closets an engem vu senge villen interessante Bicher zu dësem Thema zitieren, dee gesot huet: «C'est un abus véritable que de ne pas contrôler les risques d'abus de la sédation palliative parce que le corps médical pense agir pour le bien du malade, même si ce dernier ne lui a rien demandé.»

Mir bleift no deenen Ausféierungen lech am Fong nach just ze soen, dass ech mer wënschen, dass dat Gesetz hei gestëmmt gëtt mat Iwwerzeegung an ouni lech bëiren ze loossen duerch d'Amëschung vun Autoritéiten an Instanzen, déi kee Recht hunn, sech an de legislative Prozess anzemëschen, an déi hir respektiv Kompetenzberäicher gesprengt hunn, dat an der Hoffnung, deen een oder deen aneren onsécher ze maachen a vergiessen ze doen, wat fir eng grouss Majoritéit vun de Leit wëllt, dass et och zu Lëtzebuerg de fräie Choix gëtt virum Doud fir jiddwereen no sengen eegene Virstellungen.

Ech wëll lech dann zum Schluss, Här President, dräi Texter ofginn.

Fir d'éischt eng Motioun, wou ech d'Regierung opfuerderen - si sinn alleguete vu genuch Leit ënnerschriften -, an deem Gesetz iwwert d'Droits et devoirs des patients, un deem de Gesondheitsminister schafft, de Prinzip vum Refus ou d'acceptation de toute intervention en milieu hospitalier ou en dehors de celui-ci et ce non seulement en phase terminale mat eranzehuelen, fir sécherzestellen, dass dat, wat de Moment an der Loi iwwert d'Organisation hospitalière steet a wat natierlech nëmme fir d'Klinik ka gëllen, och muss gëllen, wann d'Leit doheem wëlle stierwen, an dass se dann och kënnen déi Fraisen do mat an d'Krankekeess ginn.

#### Motion 1

La Chambre des Députés,

- considérant que la loi du 28 août 1998 portant sur les établissements hospitaliers prévoit dans son article 40 le droit pour le patient de refuser ou d'accepter toute intervention diagnostique ou thérapeutique;

- considérant que la Convention sur les droits de l'Homme et la biomédecine (Convention d'Oviedo)<sup>1</sup> et ses protocoles, qui consacrent le principe général du droit de refuser ou d'accepter toute intervention diagnostique ou thérapeutique, ne sont pas encore en vigueur au Luxembourg;

- considérant que le Code de Déontologie médicale, approuvé par l'arrêté ministériel du 7 juillet 2005, prévoit dans son article 38 que «le patient lucide peut, à tout moment, retirer son consentement à un acte médical préventif, diagnostique ou thérapeutique»;

- considérant qu'au Grand-Duché de Luxembourg il n'existe pas encore de loi particulière concernant les droits et devoirs des patients;

invite le Gouvernement

- à inclure au dit projet de loi sur les droits et devoirs des patients le principe du refus ou d'acceptation de toute intervention en milieu hospitalier ou en dehors de celui-ci et ce non seulement en phase terminale.

<sup>1</sup> Convention pour la protection des droits de l'Homme et de la dignité de l'être humain à l'égard des applications de la biologie et de la médecine: Convention sur les droits de l'Homme et la biomédecine, ouverte à la signature, à Oviedo, le 4 avril 1997

(s.) Lydie Err, Jacques-Yves Henckes, Jean Huss, Lydia Mutsch, Carlo Wagner.

Dat Zweet ass eng Resolutioun, déi un eis selwer geet, Här President, wou ech d'Chamber opfuerderen, d'Konventioun iwwert d'Mëscherechter an d'Biomedezin, déi normalerweise Convention d'Oviedo genannt gëtt, an hir Protokollen esou schnell wéi méiglech ze ratifizéieren. Well do steet all dat dran, wat mir als nützeleche Complément zu engem Gesetz iwwert d'Stierfhëllef zu Lëtzebuerg gäre géife gesinn.

#### Résolution 2

La Chambre des Députés,

- considérant que la loi du 28 août 1998 portant sur les établissements hospitaliers prévoit dans son article 40 le droit pour le patient de refuser ou d'accepter toute intervention diagnostique ou thérapeutique;

- considérant que la Convention sur les droits de l'Homme et la biomédecine (Convention d'Oviedo)<sup>1</sup> et ses protocoles, qui consacrent le principe général du droit de refuser ou d'accepter toute intervention diagnostique ou thérapeutique, ne sont pas encore en vigueur au Luxembourg;

- considérant qu'au Grand-Duché de Luxembourg il n'existe pas encore de loi particulière concernant les droits et devoirs des patients;

s'engage

- à approuver la Convention sur les droits de l'Homme et la biomédecine (Convention d'Oviedo) et ses protocoles dans les meilleurs délais possibles.

<sup>1</sup> Convention pour la protection des droits de l'Homme et de la dignité de l'être humain à l'égard des applications de la biologie et de la médecine: Convention sur les droits de l'Homme et la biomédecine, ouverte à la signature, à Oviedo, le 4 avril 1997

(s.) Lydie Err, Jacques-Yves Henckes, Jean Huss, Lydia Mutsch, Carlo Wagner.

An dat Lescht ass och eng Resolutioun, dat heescht eng Opfuerderung un d'Chamber, fir sech d'Moyenen ze ginn, fir no den Ofstëmmungen hei de Public esou ze informéieren, dass mer mat zwee Gesetzer d'Leit net méi duerjerneemaachen, wéi et onbedéngt noutwendeg ass.

#### Résolution 1

La Chambre des Députés,

- considérant qu'il est d'usage d'entourer les projets de loi d'une certaine envelopure d'une publicité sous quelle forme que ce soit (p.ex. rédaction d'une brochure sur la législation relative au nom de l'enfant);

- considérant que la proposition de loi 4909 sur l'euthanasie et l'assistance au suicide constitue une des rares initiatives parlementaires ayant trouvé l'assentiment de la Chambre des Députés;

- regrettant la multitude de messages erronés prononcés de part et d'autre sur les dispositions de la proposition de loi, notam-



ment depuis sa première approbation par la Chambre des Députés le 19 février 2008;

- convaincue de la nécessité d'informer à fond la population des dispositions d'une nouvelle loi qui touche un domaine aussi sensible que la vie et la mort;

s'engage

- à se donner les moyens pour informer le public des dispositions de la loi sur l'euthanasie et l'assistance au suicide par tout moyen utile.

(s.) Lydie Err, Jacques-Yves Henckes, Jean Huss, Lydia Mutsch, Carlo Wagner.

Ech soen lech Merci.

Plusieurs voix.- Très bien!

M. le Président.- Merci, Madame Err. Mir kommen elo zur Diskussioun iwwert de Rapport, deen d'Madame Err gemaach huet. Déi éischt ageschriww Riednerin ass d'Madame Martine Stein-Mergen.

Discussion générale

Mme Martine Stein-Mergen (CSV).- Här President, Dir Dammen an Dir Hären, mir sinn no laangen Diskussiounen an der Kommissioun, an de Fraktiounen, awer och an der Öffentlechkeet déi zweete Kéier haut an dëser Arena, fir iwwert den Thema Euthanasie ze schwätzen.

Ons Positioun vum 19. Februar ass bekannt. Mir hunn deemools ons Retizenzen ugemellt an och an enger ganz grousser Majoritéit vun onser Fraktioun géint d'Proposition de loi gestëmmt. Mir waren notamment der Meenung, dass Froe vu Liewen an Doud sech an der intimster Privatsphär vum Mënsch a senger Famill ofspillen, an dass dës Froen duerfir op guer kee Fall sollten Objet vun iergendwelleche politesche Spekulationen oder Hickhack sinn.

Mir waren och der Meenung, dass een iwwer Ausnahmefäll net sollt Gesetzer maachen.

D'Palliativgesetz gëtt en fait eng Äntwert op déi ganz grouss Majoritéit vu Froen, déi vun den Auteure vun der Proposition an där éischter Mouture am Exposé des motifs ugeschwat waren. Ech erënneren drun, dass d'Proposition de loi vu virum Projet de loi geschichtlech unzesiedelen ass.

Dëst Gesetz, dat mer elo grad gestëmmt hunn, wäert ëmstand sinn, wann d'Palliativmedezin flächendeckend an onsem Land ugebuede gëtt, aner Dieren opzemaache fir déi Mënschen, déi un enger onheelbarer, austerapierter Krankheit leiden an déi mat deene Symptomer konfrontéiert sinn, déi den Doud a munche Fäll begleeten.

Ech wëll och an deem Zesammenhang den Här Huss drun erënneren, dass laut Palliativgesetz dem Vincent Humbert hätt kënne gehollef ginn. Dee Mann hätt a guer kengem Fall därerfen déi zweete Kéier intubéiert ginn.

Une voix.- Très bien!

Mme Martine Stein-Mergen (CSV).- Op guer kee Fall. Voilà!

Mir hate gesot, dass den Doudeswonsch an deenen allermeeschte Fäll op Depressiounen, Ängschten an Elengsinn zréckzeféieren ass.

Owes, nodeem d'Proposition de loi eng knapp, mä awer eng Majoritéit krut hat, hu mer am klengen Krees ugefaangen, de Sujet nach eemol ze diskutéieren. Déi Entscheidung, déi den 19. Februar an der Chamber geholl gouf, déi gollt et ze respektéieren, och wa se ons net gefall huet a géint ons geholl gouf.

Mir waren ons och bewusst, dass um Text nach misst vill geschafft ginn, well mer selwer op eng Rei vun Inkongruenzen higewisen haten. An dat war ons och vun der Madame Err bestätegt ginn, well si hat deemools gesot, dass ee sech misst nach op véier, fënnf Froen eens maachen an dass een Zäit derfir hätt, fir sech op e gemeinsamen Nenner ze bréngen.

Nun, Här President, Dir Dammen an Dir Hären, mir als CSV-Fraktioun an als Partei hunn ons dat zu Häerz geholl. Mir hunn d'Proposition de loi op de Leescht geholl, mir hunn de Wee duerch ons Gremien ugetrueden a mir si mat enger Rei vu Léisungsvirschléi

komm, déi sech an onsen Amendementer ausgedréckt hunn.

Tëscht Enn Februar an elo sinn néng Méint en fait an d'Land gaangen, während deenen d'Auteure vun der Proposition, d'Gesondheetskommissioun, d'CSV-Fraktioun an de Statsrot um Text geschafft hunn. Blouss: Bewegung gouf et just vun enger Säit, an zwar vun onser.

Mir hunn als Partei an als Fraktioun vum 19. Februar un a bis zu engem formelle Beschluss vun onsem Nationalrot den 31. Mee d'Proposition de loi am Detail ausgelicht.

Mir hunn an der Zwëschenzäit Propose formuléiert gehat, wéi ee souguer hätt kënne zu enger kohärenter Deklinatioun vun der Stierfbegleitung kommen am Kader vun engem eenzege richtegen Liewensenggesetz. An esou engem Text hätte kënne Palliativbetreiung, Sédatioun a Stierfhëllef an Extremsituatiounen geregelt ginn, an zwar esou, datt vum Regelfall vun der Palliativversuergung bis zur absoluter Ausnahm vun der aktiver Stierfhëllef eng Gradatioun etabléiert gi wier, déi de wierkeleche mënschleche Suergen, Ängschten an Erwaardungen um Liewensenn effikass Rechnung gedroen hätt. Dës Bestriewunge vun onser Säit goufe verworfen.

Mir hu schlussendlech eng ganz Lëscht vun Amendementer formuléiert, déi onser Bereedtschaft Ausdrock ginn, fir Euthanasie an Ausnahmefäll ze akzeptéieren a gesetzlech ze encadréieren. D'Reaktioun vun der Majoritéit vun der Gesondheetskommissioun op déi Amendementer war zimlech kloer: Alles, wat mir an der Substanz zum Virgank vun der Stierfhëllef proposéiert hunn, gouf verworfen. Ech hunn Zweiwelen drun, dass iwwerhaapt eng Kéier déi verschidde Fraktiounen, déi d'Majoritéit an der Gesondheetskommissioun op dësem Dossier gestallt hunn, sech agoend mat onsen Texter beschäftegt haten, ier se se refuséiert hunn.

Et därerf deemno keen iwwerraschen, dass meng Fraktioun och haut net bereet ass, den Text vun der Proposition de loi, wéi e virläit, ze stëmmen. Dësen Text ass medezinesch an ethesch héchst bedenklech. Ech wëll haut net méi de Collège médical, den nationalen Ethiksrat, de Conseil d'État, de Conseil de l'Europe an all déi aner national an international Instanzen zitieren, déi dat beleegen. Juristes, wéi mer d'Kollege soen, déi vun deene Saachen eppes méi kenne wéi ech, ass e carrément katastrophal.

Ech sinn iwwerzeegt, dass eis Proposen en drastesch an allen Hisiichte verbessert hätten. Mä vläicht war jo grad dat net erwënscht.

Et gëtt am Fong eng einfach Trennungslinn tëscht onser Positioun an där vun den Auteuren. Dës Trennungslinn etabléiert den Ënnerschied tëscht Stierfhëllef als absoluten Usproch am Kader vun der Selbstbestimmung vum Mënsch, och wann e sech net an enger medezinescher total hoffnungsloser Situatioun befënnt, an der Stierfhëllef als Ausnahm, der Exception d'euthanasie, op déi da kann zréckgegraff ginn, wa wierkelech soss näischt méi wierke kann.

All déi schéin Aussoen aus der Debatt vum 19. Februar mussen an dësem Kontext revidéiert ginn. Enfin, et waren der och, déi direkt kloer waren, wéi dem Här Wagner seng, dee fonnt huet, et géif keng Ännerung an deenen Texter ginn, soulaang domat nëmmen d'CSV an d'Minoritéit kéint gesat ginn. Dann ass et och evident, wat ee wëllt.

(Brouhaha)

Dir kënnt et am Text noliessen.

Da wëllt ee keng Ausnahmeuthanasie weinst der Saach,...

M. le Président.- Wann ech gelift!

Mme Martine Stein-Mergen (CSV).- ...da wëllt een e Recht op Stierfhëllef géint dee konservative politesche Géigner. Dat ass net besonnesch nobel, mä et ass op d'mannst kloer.

Mä et gouf och aner Aussoen. Esou zum Beispill déi vun der Madame Err: „Mir brauchen och e Gesetz fir déi 5 bis 6% vu Leit, déi iwwert d'Palliativmedezin net kënne gehollef kréien - an dat soe selwer déi Dokteren, déi an der Palliativmedezin schaffen -, fir doriwwer eraus déi Hëllef méiglech ze maachen.“

De President vun der LSAP, den Alex Bodry, huet et esou formuléiert: „Et ass mäin Uleies - ech wëll dat och hei besonnesch ervirstärken, an ech si sécher, dass d'Auteure vun der Proposition de loi dat Uleies deelen -, dass eppes, wat als absolut Ausnahm geduecht ass - d'aktiv Stierfhëllef -, net därerf zu enger Selbstverständlechkeet an net därerf zum Regelfall ginn. D'aktiv Stierfhëllef

muss eng absolut Ausnahm fir Ausnahmesituatiounen bleiwen.“ An och nach: „D'Prioritéit bleift an alle Fäll - an ech stinn do zu deem Vote, dee grad gemaach ginn ass, virun enger gudder Stonn - den Ausbau vun der Palliativmedezin hei zu Lëtzebuerg.“

Här President, wann déi Aussoen eescht gemengt wieren, wa se éierlech wieren, dann hätt sech ouni Problem eng Majoritéit ronderëm eis Amendementspropositiounen misse erginn. Wann et wierkelech ëm absolut Ausnahm géif goen, ëm 5% vun de Liewensenssituatiounen, wou näischt méi ouni Hëllef ze maachen ass, dann dierft dach am Fong keen e Problem mat deem hunn, wat mir virgeschloen haten. Mä et geet net dodrëm.

Et geet dodrëm, dass d'ADMD eis Amendementer fustigéiert huet, well si d'Recht op Selbstbestimmung géife fundamental aschränken. An ech muss net emol d'ADMD beméien, fir dee Rasonnement ze begrënnen. Souguer am Rapport vun der Kommissioun heescht et par rapport zu engem Amendement vun der CSV, mat deem d'Konditiounen vun enger Euthanasie sollte verschäerft ginn: «comme il entend néanmoins obliger le patient de passer par le „filtre palliatif“, la commission parlementaire a décidé de rejeter l'amendement en question». Dat ass vun der Madame Err de Moien nach eng Kéier zur Sprooch komm.

Ech erënneren och an dësem Zesammenhang un eng Ausso vum Här Huss an der Santéskommissioun, wou hien als lichter Beispill de Fräidoud vum franko-éisträichschen existenzialistesche Philosoph André Gorz beméit hat. Deen hat sech Gëft besuergt vun engem Dokter, mat deem en net nëmme konnt seng Fra ëmbréngen, déi effektiv schwéier krank war, mä och sech selwer. Hei si mer dann an enger Perspektiv vum „süßen und ehrenvollen Tod“, enger Kultur vum Selbstmord, déi mir selbstverständlech esou net matdroen.

Onst Uleies ass a bleift d'Liewen. Wou bleift d'Prioritéit fir d'Palliativmedezin, vun där den Här Bodry op dëser Tribün geschwat hat?

Fir ons ass kloer, dass déi, déi vun engem Filtre palliatif schwätzen, d'Euthanasie als gläichberechtegt Alternativ zur Palliativmedezin wëllen, an net als allerleschte Complément derzou, wann d'Palliativmedezin net oder net méi wierkt.

Et geet also dorëms, dass mer an zwou philosophesch an ethesch verschidde Welte liewen. Am beschten ass dat dättelech ginn, wéi d'Auteuren an d'Amendement zum Artikel 2 proposéiert haten, wou se wollten all Mënsch e Recht op Stierfhëllef araumen, deen eng Affection grave et incurable hätt. Also Diabète, eng just diagnostizéiert Multiple Skleros, eng HIV-Infektioun oder all aner Krankheitsbild, wat esou e Verlaf kann hunn. Hei goung et eendeiteg ëm Stierfhëllef ab Diagnos vun enger méi schlimmer Krankheit an onofhängeg dovun, wéi de Krankheitsverlaf da sollt sinn, an dovun, wéi séier a wéi dramatesch dass se wier.

Deen Amendement ass op Avis vum Statsrot zréckgezu ginn. Mä et huet beluecht, wat huet misse beluecht ginn. Et huet belicht, wat huet misse belicht ginn.

D'Auteure vun der Proposition de loi an d'CSV kënne sech net eenegen. Den Auteur geet et ëm e Recht op Stierfhëllef, egal wat si och kierzlech nach behaupt hunn, well deen Amendement, deen ech zitéiert hunn, schwätzt fir sech an e mécht dat haart an dättelech.

Ons geet et ëm d'Schafung vun enger Méiglechkeet, d'Stierfhëllef als allerleschten Ausweg zuzeloossen, wann näischt anescht méi geet.

D'CSV-Fraktioun an d'CSV als Partei hu Respekt viru verschiddeenen Iwwerzeegungen, viru Meenungen, déi hir net sinn, mä déi awer selbstverständlech aneren hir kënne sinn. Just därerf een dann net esou maachen, wéi wann et ons dach alleguerten ëm datselwecht géif goen. Dat ass net esou.

Ons geet et ëm d'Regelung vun absoluten Ausnahmefäll, wou näischt méi hëlleft a wou Palliativmedezin net oder net méi gräift. Anere geet et dorëms, dass e Recht op Stierfhëllef soll agefouert ginn, dat och ausserhalb vu reelle Liewensenssituatiounen ginn ass. Et geet ons also net ëm datselwecht.

Et ass ons ni ëm datselwecht gaangen. A well et ons net ëm datselwecht gaangen ass, konnt och keng Eenegung op onsen Amendementer erbäigefouert ginn. Mir stoungen duerch déi ganz Prozedur eleng. Mir fannen dat schued.

Mir hunn onst probéiert an ons Amendementspropositiounen si bekannt. Si sinn an der Gesondheetskommissioun ofgelehnt

ginn, vun techneschen Detailer ofgesinn, an och de Statsrot huet sech nëmme literaresch domat beschäftegt, amplat se op hir inhaltlech Mériten ze bewäerten. Soit!

Da loosse mer elo emol kucken, wat mer haut hei solle stëmmen, a loosse mer kucken, woufir d'CSV-Fraktioun den Text, wéi d'Kommissioun en hei proposéiert, ënner guer kengen Ëmstänn ka stëmmen.

An dësem Text gëtt et véier Elementer, déi ons am Wesentlechen dovunner ofhalen, him ons Zoustëmmung ze ginn. Dovunner sinn der zwee absolut determinant. Wann déi net esou wiere wéi se nun eben awer sinn, da kéint een déi zwee aner als textuell an inhaltlech Onzoulängelechkeete qualifizéieren, déi awer net bestëmmend wieren.

Determinant am virleidenen Text fir ons Oflehnung ass d'Formulatioun vun de Konditiounen, ënnert deenen eng Euthanasie ka virgeholl ginn, an d'Aart a Weis wéi virum Akt selwer seng Justifikatioun soll erbäigefouert ginn. Dobäi ass fir ons manner wichtig, ob et sech ëm Stierfhëllef oder medezinesch Hëllef zum Selbstmord handelt, well d'Resultat ass fir ons datselwecht.

D'Konditiounen, ënnert deenen eng Euthanasie ka stroffräi bleiwen, sinn elo folgendermoosse formuléiert: 1) Le patient est majeur, capable et conscient au moment de sa demande; 2) La demande est formulée de manière volontaire, réfléchie et, le cas échéant, répétée, et elle ne résulte pas d'une pression extérieure; 3) Le patient se trouve dans une situation médicale sans issue et fait état d'une souffrance physique ou psychique constante et insupportable sans perspective d'amélioration résultant d'une affection accidentelle ou pathologique.

Da muss och nach eng schrëftlech Demande virleien. Ech wëll just nach emol drun erënneren - domat hat ech mech den 19. Februar intensiv beschäftegt -, dass ganz vill Mënschen, grad um Enn vun hirem Liewen, net méi fräi sinn, well se sech ënner ganz ville Formen vum Drock spieren. Wou och ëmmer deen hierkënnt a vu wem en och ëmmer ausgeet, en ass do. En ass präsent. E kann d'Verhale vun engem Patient bestëmmend beaflossen.

Fir dass dee Problem keen oniwierwandbare gëtt, mussen déi objektiv Konditiounen, ënnert deenen en Doud op Demande kann erbäigefouert ginn, ëmsou méi kloer novollzéibar a strikt sinn. Elo muss de Patient sech also an enger Situation médicale sans issue befannen, op eng onerträglech Manier leiden, ouni dass dat Leiden eng Aussicht op Lënnung huet. Punkt.

Wat heescht dat dann am Fong? Dir kënnt mer soen, dat ass an Holland an an der Belsch net anescht, mä wat heescht et dann do? Vergläicht emol eng Kéier d'Euthanasiezuelen a Flandern an a Wallounien. Da stelle mer fest, dass et Stierfhëllef onendlech vill méi dacks a Flandern wéi a Wallounien gëtt. Dat läit dach net dorun, dass Flandern e puer Awunner méi huet. Dat läit dach och net dorun, dass d'Leit a Wallounien méi gesond wieren. Neen, et läit dorun, dass Wallounien eng méi staark entwéckelt palliativ Praxis an Tradition an der Palliativmedezin huet, déi Flandern net huet. Esou kënnt et dann, dass vill méi onerträglech schéngend Leiden a Flandern optauche wéi a Wallounien.

D'Formulatioun vun dëser Konditioun hëlleft also net wierkelech, fir Euthanasiewënsch anzëschränken, déi net missten ausgedréckt ginn, wann eng anstänneg palliativ Offer a reell Betreungsméiglechkeete besténgen. Duerfir hate mir proposéiert fir derbäizesetzen, dass d'Leide vun deem betraffene Mënsch net vun der kurativer an der palliativer Medezin en charge geholl kéint ginn, ier eng Euthanasie sech kéint rechtfertegen. Dat Ganzt mat engem explizite Verweis op d'Patienterecht, fir en Traitement, och e palliativen, ze refuséieren, dat schonn zënter laanger Zäit bei ons, och wann et nëmmen am Spidolsgesetz ausgedréckt ass, besteet, an dat och net nëmme fir d'Liewensenn gëllt, mä ganz allgemeng fir Traitementen.

Wat wëlle mer? Wëlle mer eng Kultur vum Liewen, och um Liewensenn, oder wëlle mer eng Kultur, wou de Fräidoud eng morbid Faszinatioun soll duerstellen, well mer ons mat deene leschte Momenter vun Liewen net méi wëllen auserneeetzen? Wëlle mer eng Gesellschaft, an där alles, wat net méi jonk a schéin a lëscht ass, am Fong onerträglech gëtt a soll aus onsem Bléck verschwannen? Oder wëlle mer eng Gesellschaft, an där mer Krankheit bis zum Doud akzeptéieren, well dat eent an dat anert Dealer vum Liewe sinn?

D'CSV wëllt eendeiteg dat Zweet. Och weinst de méiglechen Abusen, och weinst dem Drock, dee kann op d'Patienten ausgeübt ginn, och weinst der „unerträglichen



Leichtigkeit des Seins“, mat där sech haut schonn un d'Doktere gewannt gëtt, fir dass enger krankheetsbedéngt komplizierter Liewenssituatioun soll en Enn gesat ginn. Mir hunn also en Zousaz proposéiert, mat deem dat hätt kennen erreecht ginn. Deen Zousaz gouf refuséiert. Deemno musse mer elo deen Text refuséieren, deen d’Kommis-sioun zrëckbehalen huet.

Deen zweeten determinante Grond, aus deem mer müssen deem virleienden Text ons Zoustëmmung verweigeren, ass deen, dass et keng anstänneg Kontroll vun der Rechtméissegkeet vun der Euthanasie soll ginn, ier se vollzu gëtt. Och dat hate mer proposéiert, an der Form vun engem Kolle-gium vu Fachmedeziner, dee virun all Eu-thanasie misst mat der Kontroll vun der Erfëllung vun de Konditiounen, wéi mir se virgesinn haten, befaasst ginn. Och dësen Amendement vun ons gouf net zrëckbeha-len.

Et freet ee sech, woufir een net konnt eng Majoritéit vu Membere vun der Kommis-sioun hanner sech vereenen, a woufir also elo net en Text mat enger reeller A-priori-Kontroll virun ons läit. Wat ka falsch dru sinn, wann ee wëllt eng Demande vun Eu-thanasie engem Gremium vun Dokteren ën-nerbreeden, dee se kollektiv an zesumme soll am Detail préiwen, ier ee vun hinnen, a si awer och zesummen, se an d'Dot ëmset-zen?

Wou ass de Problem, wa soll, niewent dem behandelnden Dokter, ee Spezialist vun der Krankheet vum Patient, ee Palliativmedezi-ner an ee Psychiater dozougezu ginn, fir ze ermëttelen, ob d'Stierfhëllef wierklech déi eenzeg Optioun ass, déi de Patient vu sen-gem Leide ka befreien?

Mir sinn, mir waren a mir bleiwen der Iwwer-zeegung, dass eng Euthanasie keng Ur-gence ass. Wann deemno eng Euthanasie sech nëmmen, an do gesi mer nees d'Saach fundamental anescht wéi d'Auteure vun der Proposition de loi, ausserhalb vun der Urgence iwwerhaapt virstelle léisst, da kann an da muss se och am Detail op hir Rechtfertegung gepréift kënne ginn. Deen Text, deen ons zum Vote virläit, gesäit vir, dass de behandelnden Dokter en aneren Dokter consultéiert, deem seng Meinung soll concordéieren. Ech si selwer Dokter, an et ka kee vu mir soen, ech wier sonnerlech mësstrauesch par rapport zu mengen Dok-teschkolleegen. An dach, een Dokter, deen een aneren Dokter freet, ier hien eng Eutha-nasie praktizéiert, dat ass mir, dat ass ons ze wéineg.

Do gëtt net am Detail mam Patient iwwer palliativ Optiounen geschwat, well dee Kol-leeg, dee consultéiert gëtt, emol net muss eng spezifesch Ausbildung a Praxis doriw-wer kënne virweisen. An do gëtt haaptsäch-lech och net am Detail gekuckt, wat fir eng Zort Leiden de Patient motivéiert a woufir, well keen Dokter de Patient ënnert d'Lupp hält, dee sech all Dag mam séilesche Be-fanne vun de Mënsche befaasst. Mir wollten dräi Spezialisten an deem Kollegium, déi zesummen décidéieren, ob eng Fro no Stierfhëllef gerechtfertegt ka sinn oder net. Zousätzlech e Spezialist vun der Konditioun vum Patient, e Palliativmedeziner an e Psy-chiater. Mir koumen domat net duerch.

Abee, mir sinn net d'accord mat der Consul-tatioun vu just engem weideren Dokter, dee méi oder manner Kenntnisser iwwert d’Kon-ditioun vum Patient huet. Mir sinn net d’ac-cord mat der Consultatioun op reng fräiwël-leger Basis vun iergendengem Drëtten, deen dann Expert genannt gëtt, mat wat fir engem Recht och ëmmer. Mir wollten eng wierklech, eng reell, eng effikass Kontroll a priori. Déi gouf ons verweigert, mä vill méi schlëmm, déi gouf deene Betreffene verwei-gert, déi kéinten am Fall sinn, mat der Argu-mentatioun, hei géif alles ze vill schwéierfäl-leg gemaach ginn.

Wéi schwéierfällleg kann, soll, muss de me-dezinesch assistéierten Doud da sinn? Soll dat „sur simple demande“ kënnen iwwert d’Bühn goen, well et grad esou gefrot ass? Oder dränge sech net nach awer Verifika-tiounen op, déi onser Meinung no roueg kënnen e bësse schwéierfällleg sinn, fir ze verhënneren, dass deen, deen op eemol seng Meinung géif änneren, deen dat net méi wëllt, net kann, well hie schonn dout ass?

D’CSV-Fraktioun ass décidéiert der Mee-nung an der Iwwerzeegung, dass et keng Euthanasie ka ginn, ouni dass eng De-mande am Virfeld bis an de leschten Eck ausgelicht ass. Hei geet et drëm, ob e Mësch op säi Verlangen hin doutge-maach soll ginn. Dat däerf an der Evalua-tioun vu Sënn an Zweck vum Akt roueg e bësse méi komplizéiert sinn. Deen eifan-chen, deen onkomplizéierten Ëmgank mat Liewen an Doud fënnt ons Zoustëmmung net.

Här President, wann dat alles wier, da wier et eigentlech scho genuch, fir dass keen, deen Euthanasie als allerleschten Auswee gesäit, amplaz als eng Optioun fir vill, dee virleienden Text vun der Proposition de loi kéint stëmmen. Mä do ass nach. Do ass nach méi, wat u sech net bestëmmend ass, mä wat am Zesummenhang mat deene gra-ven Onzoulänglechkeete vum Text, déi ech beschriwwen hunn, weider dozou bäidréit, dass mer ons net an der Lag gesinn, d’Pro-positioun ze stëmmen.

D’Auteure vun der Proposition an d’Majori-téit an der Kommissioun waren der Mee-nung, dass eng einfach a kloer Regel am Be-zuch op d’Stroffräiheet vun der legaler Euthanasie net genuch wier. Do gouf sech dann op Terraine beweegt, déi mat engem Gesetz iwwer Stierfhëllef strictement näischt ze dinn hunn an déi just beschratt goufen, fir engem Deel vun der organisierter Dok-terschaft entgéintzekommen. Esou wäit ent-géint, dass den Inhalt vum Text sech um Bord vum Absurde befënnt.

Wat kann e Gesetz iwwer Stierfhëllef maa-chen, fir dass en Dokter esou eng Hëllef stroffräi ka ginn? Abee, just eng einfach Saach: Et kann de Prinzip vun der Stroffräi-heet etabléieren, wann hie sech un d'Re-gele vun deem nämlechte Gesetz hält. Net méi an net manner. Et kann net dës Stroffräi-heet, dës prinzipiell Immunitéit virun der Poursuite pénale nach uräicheren duerch zivil Immunitéit. An et brauch net, dat ass am Fong eng total Redundanz, sech ze beschäftege mat disziplinaresche Konse- quenzen, déi aus enger net gesetzméis-seger Stierfhëllef kéinte resultéieren.

Kee Gesetz vun der Welt kann en Akt vum Doudmaache jeensäits vun all gerichtle-chem Zougrëff stellen. Kee Gesetz vun der Welt ka verhënneren, dass een Akt vun Eu-thanasie Géigestand vun enger Plainte um Pénal gëtt, mat oder ouni zousätzlech Fue-derungen um Zivil. Esou e Gesetz kann a muss, soss mécht et kee Sënn, de Prinzip vun der Stroffräiheet vum Dokter, an aus on-ser Siicht den Dokteren, etabléieren, well mir schwätze jo vun engem Kollegium, déi am Kader vum Gesetz Stierfhëllef leeschen.

Wann awer dach een, dee sech beträff fillt, an et och ass, duerno op d’Geriicht geet an d’Geriicht biet, sech mat deem Virgang ze befaassen, dann ass et eleng d’Aufgab vun de gerichtlechen Autoritéiten, iwwer Sënn an Onsënn vun dëser Saisine ze befannen. De Geriichter déi Kompetenz wëllen ewech-zehuelen, ass - an den Ae vun onser Frak-tioun - am Rechtsstat net denkbar. Natier-lech wäerte se net lichterfankeg op d’Plainten an Zivilfuerderungen agoen, déi am Fong konträr sinn zum Prinzip vun der Stroffräi-heet vun der legaler Euthanasie. Natierlech ka keng Zivilklo Succès hunn, wann den Akt vun Euthanasie, deen hir zugronn läit, ge-setzméisseg iwwert d’Bühn gaangen ass. Mä déi total an absolut Immunitéit vu ge-richtleche Suitë vun enger Euthanasie kann et net ginn.

All Text, deen dës Saach behandelt, soll also eng penal Stroffräiheet erbäiféieren. All Text, deen doriwwer erausgeet, dee fält am Fong dohanner zrëck. An da gëtt jo an deem Text, deen d’Kommissioun ons zum Vote virleet, och nach eng Ex-post-Evalua-tiounskommissioun domat befaasst, fir eventuell Ulooss zu disziplinaresche Pour-suitë géint en Dokter beim Collège médical ze ginn. Wat dat soll, versti mer net esou richtig.

Déi medezinesch Professioun ass eng, déi reguléiert ass an iwwer en disziplinarescht Organ verfügt, mä dat kann dach verstän-negerweis net befaasst ginn, wann eng Kommissioun feststellt, dass en Dokter soll eenzel Konditiounen am Ëmgank mat en-gem Patient net befollegt hunn, ier hien deem senger Demande zur Stierfhëllef stattgëtt. Den Text vun der Proposition de loi, dee mir virleien hunn, ass keen deonto-logescht Dokument. Et ass keng Bedie-nungsanleitung fir d’Ausübung vun der me-dezinescher Konscht am 21. Jorhonnert. An deem Text geet et ëm d’Stroffräiheet vun en-gem Akt, deen den Doud erbäiféiert, am Kontext vun engem spezielle Gesetz zu deem Effet. Ëm soss guer näischt an ëm näischt anescht kann et goen. D’Matière disciplinaire vun den Dokteren huet an esou engem Text näischt verluer.

Här President, Dir Dammen an Dir Hären, e leschte Punkt, deen ons et onméiglech mécht, d’Proposition ze stëmmen, ass d’Zesummesetzung an d’Fonctionnsweis vun där Kommissioun, déi soll no enger Stierfhëllef evaluéieren, ob do alles rechtens a korrekt war. Déi Kommissioun ass an dë-sem Text déi eenzeg kollektiv Instanz, déi sech mat dem Bien-fondé vun enger Eutha-nasie ze beschäftegen huet. A wéi ass se zesumme-gesat? Aus e puer Juristen, déi objektiv ermëttelt ginn, zum engen. An

dann? Aus gewerkschaftlech organiséierten Dokteren, an aus gewerkschaftlech bestëmmte Membere vun enger Patient-e-vertrieidungsorganisatioun, zum aneren. Plus nach zwee hallefwee-gs novollzéibar Nominatiounen.

Dat ass u sech scho problematesch ge-nuch, well mer et hei mat der Vergewerk-schaftung vun Doudesfäll ze di kréien. Wat huet d’Patientevertrieidung an där Kommis-sioun verluer? Wou läit deem Veräin seng Kompetenz an der Evaluatioun vun der Rechtméissegkeet vun der Stierfhëllef? A woufir muss et d’AMMD sinn, déi jo zwee vun deenen dräi Doktere soll stellen? De Collège médical ass an der Profession mé-dicale eenzeg zoustänneg fir d’Déontologie médicale a si hunn och déi disziplinar Moosnamen ze ergräifen, déi eventuell ze ergräife sinn.

Déi Kommissioun, déi ons haut proposéiert gëtt, ass eng einfach Absolutiounskommis-sioun. Si verfügt weder iwwert d’Kompetenz nach iwwert d’Prozeduren, fir op eeschthaf Manéier en Euthanasievirgang kënnen of-schléissend an ëmfaassend ze bewäerten. Nëmme siwe vun hiren néng Membere mus-sen do sinn, wa se hir Décisiounen hält. An da gi véier Leit duer, fir ze bestëmmen, ob eng Stierfhëllef rechtens a korrekt war oder net. Véier vun néng! Do muss also net emol en Dokter matstëmmen, do muss net e Ju-rist matstëmmen. Vun deenen zwou Profes-siounen kënne se jeeweils alleguerten der-géint stëmmen, ouni dass dat op iergend-eng Aart a Weis eng Konsequenz hätt. Fir ons ass dat eng gelungen Aart a Weis, der Aarbecht vun dëser Kommissioun wëllen d’Ausdonstung vun engem gewësse Seriö a grousser Responsabilitéit ze ginn, Här Pre-sident.

D’Konditiounen vun der Euthanasie, déi ons hei proposéiert ginn, si fir d’CSV net ausree-chend an hirer Stringenz. D’Gesetzespropo-sitioun vermëscht Strof- an Zivilrecht, an och nach d’Disziplinarrecht vun der medezin-scher Professioun. Schlussendlech gesäit se eng Evaluatiouns- a Kontrollkommissioun vir, déi alles ass, just keen Organ, dat kéint um Enn vun enger Prozedur duerch d’Kon-fektioun vu sengen Zoustännegkeeten a Be-fugnisser sécherstellen, dass bei der Stierfhëllef kee Mëssbrauch a keng Liicht-fankegkeet bedriwwen gouf. Si ass eng Farce. Si ass e Pabeiertiger. An dës Kontroll ass eng Schänkkontroll. Mir froen ons mëtt-lerweil, ob dat esou gewollt ass.

Et ass keng A-priori-Kontroll virgesinn, wat fir d’CSV inakzeptabel ass. Stellt lech emol vir, dass ee Fall vun Euthanasie ex post géif als douteux ugesi ginn. Stellt lech emol vir, dass ee Fall géif weidergi ginn op e Ge-riicht, an dat géif feststellen, dass de betraf-fenen Dokter falsch gehandelt hätt. Da wier et fir de Patient ze spéit, de Patient wier dann dout a begruewen. Duerfir ass onser Meinung no déi Kommissioun esou zesu-mme-gesat wéi se elo zesumme-gesat ass, a si huet déi Ofstëmmungsméiglechkeeten, déi se huet.

Dat alles bréngt ons dozou, fir dësem Ge-setz net kënnen zoustëmmen. Alles dat, wat mir an esou engem epochalen Text fir wesentlech gehalen hunn, wat e Must ass, ass ganz einfach net dran. Et ass net dran, well seng Autoren an eng Majoritéit an der Gesondheetskommis-sioun vun der Cham-ber dat net wollten. Mir kennen all déi Son-dagen, déi zu dësem Sujet gemaach gou-fen. Mir wëssen, dass 70-80% vun de Leit an onsem Land sech fir aktiv Stierfhëllef ausschwätzen. Mä mir wëssen awer nach méi. E Sondage vun der CSV-Fraktioun huet erginn, dass 85% vun de Leit gär hätten, dass Euthanasie just als allerlescht Optioun erméiglecht gëtt, wann näischt anescht méi geet an näischt anescht méi gräift.

85% vun de Leit hätte gär, dass eng mede-zinesch Konditioun ëmfaassend austhera-péiert ass, ier et kann zu Stierfhëllef als last exit kommen. Mir wëssen och, dass ronn 70% vun de befrotenen Leit der Meinung sinn, dass déi Kontrollkommissioun, déi am Moment virgesinn ass, eng mës-sbräichlech Uwendung vun engem Euthanasiegesetz net ka verhënneren. Dat gouf alles demos-kopesch ermëttelt, an eng Saach schéngt ons dobäi wichteg: Déi iwwergrouss Majori-téit vun de Leit am Land stelle sech mat deenen Astellungen an Aschätzungen han-nert d’Positioun vun onser Fraktioun.

Wat och ëmmer Ëmfroe wäert sinn, si bestä-teen an den Detailler vun der Fro d’Posi-tioun vun der CSV-Fraktioun, a keng aner. Mir hunn ons Positioun vu virun engem Joer iwwerduecht. Mir hunn ons beweegt. Déi Bewegung huet ons an d’Mëtt vum Vollek gefouert, wou d’Meenung ass, dass als al-lerleschte Choix, wann et soss kee méi gëtt, et och däerf Stierfhëllef ginn. Anerer hu sech net beweegt. Mir fannen dat schued. Onse Wëllen, an dësem Dossier eng méi breet Majoritéit ze erméiglechen, ass be-

luecht an dokumentaresch bewisen. En huet déi, déi ons an der Gesondheetskom-miss-ioun iwwerstëmmt hunn, awer net inter-esséiert. Deemno bleibt ons Haltung elo selbstverständlech déi, déi se den 19. Fe-bruar war.

Ech soen lech Merci.

» **Plusieurs voix** - Très bien!

» **M. le Président** - Merci, Madame Stein. D’Wuert huet elo den honorabelen Här Carlo Wagner.

» **M. Carlo Wagner (DP)** - Här Presi-dent, Dir Dammen an Dir Hären, erlaabt mer fir d’alleréisch den Auteure vun dëser Ge-setzesproposition e grouse Merci ze soen. Si waren, grad ewéi virum éischte Vote an der Chamber hei am Februar dës-es Joers, och duerno an deem ganzen Diskus-siounsprozess an der Chamber, mä awer och ausserhalb vun dëser Enceinte, op fir Suggestiounen, Kommentären, a si waren och, bis op e gewëssene Punkt selbst-verständlech, kompromëssbereet.

Ech wëll och der Presidentin vun der Ge-sondheetskommissioun, der honorabeler Madame Lydia Mutsch, nach eng Kéier e grouse Merci soe fir d’Aart a Weis, wéi d’Aarbechten an eiser Kommissioun geleet gi sinn a wéi si alles drugesat huet, fir hei en Text kënnen ze presentéieren, deen d’Es-senz même vun deem, dee mer majoritaire-ment virun zéng Méint gestëmmt haten, re-spektéiert an an deem zugläich verschidde Punkte méi kloer gi sinn, andeems mer den Doléancé vum Statsrot Rechnung gedroen hunn.

Dat huet dozou gefouert, dass och de Stats-rot - deen, wann ech däerf drun erënneren, sech verweigert hat am Virfeld vun deem éischte Vote, dësen, oder besser gesot deen initialen Text vun der Proposition de loi Err/Huss ze aviséieren - elo keng Incompa-tibilitéite méi tëschent deenen zwee Texter gesäit, déi elo méi wéi jee kompatibel a complémentaire sinn.

Här President, déi mannst an der Santé-s-kommissioun hu wuel geahnt, dass och kuerz vi-rum Vote dat Ganzt eng Tournure géif kréien, déi eis bal an eng institutionell Kris gestierzt hätt, mä d’Originé vun där quasi Kris sinn doudséchere net an den Aarbechte vun der Santéskommissioun ze sichen, déi hir parlamentaresch Aarbecht gewëssen-haft gemaach huet. Ech wëll net weider op dëse bedauerleche Sujet hei agoen.

Et ass sech, wéi gesot, vill Méi gemaach ginn an der Santéskommissioun, fir an aller Serenitéit Léisungen ze fannen, wat net evi-dent war, vu de Kontext, an deem déi ganz Fro ëm d’Euthanasie stattfonnt huet. Et ass fir d’éischt emol dee Kontext ze ënnersträi-chen, dee sech doduerch charakteriséiert huet, dass den 19. Februar d’Majoritéit en fait eng aner war, wéi dat an där normaler Konstellatioun de Fall ass.

Ech wëll hei der CSV hir Attitüd ervirsträi-chen, déi endlech, nodeems se sech an en-ger éischter Phas enger Diskussioun total verschloss huet, versicht huet, den Dréi ze kréien. D’CSV huet och agesinn, dass d’Pal-liativmedezin net kann an alle Fäll eng Léi-sung duerstellen, an dass et ebe Fäll gëtt, Ausnahmefäll, an deenen d’Euthanasie kann d’Léisung, fir net ze soen d’Erléisung sinn, falls dat selbstverständlech dem Wonsch vum Patient entsprécht. Dëser Meinung sinn ech och an dëser Meinung war ech nach ëmmer.

(M. Laurent Mosar prend la Présidence)

Domadder huet d’CSV awer de Principe même vun der Euthanasie unerkannt. Ech hu schonn a menger Stellungnahm vum 19. Februar dës-es Joers dorop higewisen, dass d’Euthanasie nëmme virgesinn ass fir ex-trem Fäll. Ech vertrieeden awer d’Meenung net, dass d’Palliativmedezin d’Conditio sine qua non misst sinn, fir d’Euthanasie kënnen ze ënnerhuelen, dass also de Patient, dee leit, fir d’éischt gezwongen ass, d’Soins pal-liatifs ze duerchlafen. Ech sinn dergéint, dass hei eng obligatoresch Zwëschenetapp agebaut gëtt, souzesoen e Passageexa-men, um Ënn vun deem et fir déi concer-néiert Persoun praktesch onméiglech gëtt, nach kënnen e fräien an iwwerluechte Choix ze treffen.



Här President, ech wëll awer och nach e puer Wuert iwwert dee gesellschaftleche Kontext soen, an deem sech d'Diskussioun ronderëm d'Euthanasie ofgespillt huet. Dës Fro gouf natierlech an der Öffentlechkeet, an de Medien diskutéiert, kontrovers diskutéiert, wat bei esou engem sensibele Sujet jo och net verwonnerlech ass. Et gouf, et gëtt an et wäerten och an Zukunft verschidde Meenungen zu dëser Fro iwwer Liewen an Doud ginn. Ech sinn och e Verfechter vun der Sträitkultur, soulaang déi sech am géigesäitege Respekt an an der réciproquer Toleranz ofspillt.

Dëse Respekt an déi Toleranz vis-à-vis vun anere Leit hир Meenung hunn ech, an ech mengen, ech net eleng, méi wéi eemol vermësst, an dat vu Säite vu verschiddenen - ech ënnersträichen, verschiddenen - Euthanasiegéigner, also Aktiune vu vereenzelte Leit oder an Associatioune regrupéiert, déi sech net ze schued waren, fir Onwourecchten an d'Welt ze setzen, Angscht ze propagéieren, Leit souguer ze diffaméieren, ob politesch Responsabel oder net.

Si stellen d'Euthanasie als eng Doudsënn duer, wëssen awer selwer, dass d'Palliativmedezin och zum Doud ka féieren. Mä, et gëtt vun hinne behaupt, d'Intention wier eng aner, wéi wa si eleng de Monopole du coeur hätten. Hei huet iwwregens och en Deel vun der Press, fir net ze soen eng Tageszeitung, e ganz onfairt Spill gespillt a sech als Propagandablat vun Euthanasiegéigner de tous bords entpuppt.

Här President, ech hoffe wierklech, dass, nodeems dat Gesetz hei demokratesch gestëmmt ass, déi Hetzcampagne elo endlech ophält, dass endlech erkannt an unerkannt gëtt, dass mer hei e Gesetz stëmme sollen, dat et jiddwerengem erlaabt, an Dignitéit ze stierwen, ouni dass engem dat kann operzwonge ginn. Ech hu ganz vill Verständnis fir déi Leit, déi fäerten, et kéint hei zu Abusë kommen. Ech sinn awer där Meenung, dass déi Angscht net begrënnt ass, well am Gesetz eng ganz Rei vu Garde-fousen agebaut sinn.

Ech wëll nach eng Kéier drop hiweisen, dass eng ganz Partie vu Konditioune mussen erfüllt sinn, ier op d'Euthanasie oder d'Aide au suicide kann zrëckgegraff ginn. Esou kommen nëmme Patienten a Fro, déi eng konstant onerdrobar Péng ëmfannen a wou keng Hoffnung op Heelung oder Besserung besteet. Mineur sinn iwwregens an där neier Fassung vum Gesetz ausgeschloss ginn. De concernéierte Patient muss de Wunsch no Euthanasie kloer zum Ausdrock bruecht hunn, an dat schrëftlech. Den Dokter muss sech un eng ganz strikt Prozedur halen, ugefaangen domadder, dass hien de Patient muss iwwer säi medezineschen Zoustand opklären. Den Dokter muss en aneren Dokter consultéieren a sech och mat him concertéieren.

All déi Démarchë ginn an dem Dossier médical vun dem concernéierte Patient age droen. Den Dokter huet iwwregens zousätzlech och d'Méiglechkeet, fir nach eng drëtt Persoun, sief dat en Dokter, sief et e Jurist oder eng aner Persoun ze consultéieren. Et gëtt och eng Commission nationale de contrôle et d'évaluation geschaf, déi net nëmmen d'Dispositions de fin de vie soll enregistrieren, mä déi och virun allem genauestens nokucke kann, ob d'Konditiounen effectivement respektéiert gi sinn, déi deemno e Contrôle ex post virhält, wéi en an der Belsch och existéiert.

De Contrôle ex ante war zäitweis virgesinn, an notamment op Wunsch vun den Doktere selwer, der AMMD, ass e fale gelooss ginn. Ech muss awer och ënnersträichen, dass en Dokter, wann en d'Prozeduren, wéi se am Gesetz virgesi sinn, respektéiert, doudsécher déi néideg Rechtssécherheet huet.

D'Euthanasiegéigner behaupten, eeler a schwaach Matbiirger misste mat esou engem Gesetz ëm hiert Liewe fäerten. Esou Leit géifen ënner Drock gesat ginn, jo, si géifen zur Euthanasie gemobbt ginn. Ech muss soen, Här President, déi, déi esou eppes behaupten, hunn eng extrem pessimistesche Vue a gesinn am Mënsch virun allem dat Schlecht an dat Béist. Jiddweree muss do mat sengem eegene Gewëssen eens ginn. Ech deelen op alle Fall dës Meenung net. An och wa behaupt gëtt, dass verschidde Leit eventuell géifen op Euthanasie zrëckgräifen, well se hiren Nächsten net wëilten zur-

Laascht falen, esou muss ech soen, dass et selbstverständlech all Mënsch säi fräie Choix ass, wéi e wëllt stierwen.

**(M. Lucien Weiler reprend la Présidence)**

De fräie Wëlle vu jiddwerengem gëtt mat dësem Gesetzestext respektéiert. De fräie Wëllen, souwuel vun de Patienten, mä awer och dee vun den Dokteren. Et gëtt keen zur Euthanasie gezwongen, mä de Choix vun der Euthanasie gëtt heimadder méiglech. Mir hunn eng ganz Rëtsch vu Gesetzgebungen, déi engem eng Méiglechkeet ginn, déi e Choix zouloossen, ouni natierlech, dass dës Méiglechkeet verallgemengert gëtt. Ech denken do beispillsweis un den Avortement, awer och un d'Scheedung. Menges Wëssens ass d'Méiglechkeet vum Scheeden, vum Divorce do, si forcéiert awer kee Mënsch sech scheeden ze loossen.

Här President, d'Abusen oder de Risque vun Abusen ass de Moment ouni Zweifel méi grouss wéi dat wäert de Fall sinn, wann dat Gesetz hei gestëmmt gëtt. Ech wëll ofschléissend, Här President, awer och nach un déi Wieder erënneren, déi ech hei och schonn den 19. Februar gesot hunn: All Mënsch kënnt plus ou moins op déiselwecht Manéier op d'Welt. Dat ass awer net beim Verloosse vun dëser Welt de Fall. Déi eng hunn d'Chance, dass et schnell a schmärerzlos geet; anerer mussen e ganz laange Leidenswee untrieden. Loosse mer, wann ech gelift, och deene betraffene Leit d'Méiglechkeet, de Choix iwwerloossen, wéi si wëllen hirem Leiden en Enn setzen!

Här President, ech mengen, et wäert lech net iwwerraschen, dass ech dës Proposition de loi selbstverständlech wäert stëmmen. Ech wëll awer och ënnersträichen, dass a menger Fraktioun vun der Demokratescher Partei Liberté de vote fir jiddwereen ass.

Ech soen lech Merci.

**» Plusieurs voix.** - Très bien!

**» M. le Président.** - Merci, Här Wagner. Nächste Riedner ass den honorabelen Här Alex Bodry. Här Bodry, Dir hutt d'Wuert.

**» M. Alex Bodry (LSAP).** - Här President, Dir Dammen an Dir Hären, bei der Debat hei an der Chamber vum 19. Februar iwwert d'Gesetzespropositioun vum Lydie Err a vum Jean Huss hat ech ugedeit, dass, wann deen Text sollt gestëmmt ginn, wat deemools nach net kloer war, Adaptatioune vun den Texter misste virgeholl ginn an dass de Mechanismus vun eise zweete Vote constitutionnel och d'Méiglechkeet géif duerstellen, fir Froen, déi nach opbleiwen, a rasonnabelen Délaien ze léisen. Genau dat ass geschitt. Knapp zéng Méint méi spéit läit elo en iwwerschaffene Gesetzesvorschlag zur Stierfhëllef vir, deen zousätzlech juristesche Kloeerheet schafft an eng propper praktesche Ëmsetzung vun deem Text wéi och vum Gesetz iwwert d'Stiefbegleitung méiglech mécht.

Ech wëll ausdrécklech deenen zwee Auteure vun der Proposition de loi félicitéiere fir hir Initiativ, hir Beharrlechkeet, déi se haten, fir och deenen Ufeindunge standzehalen, déi ëmmer méi staark, ëmmer méi virulent déi lescht Méint iwwer si hiergaange sinn.

Déi Navette, déi stattfonnt huet tëschen dem Statsrot an der Chamber, wat d'Ofännerungsvirschléi ugeet, an och déi Diskussioun, déi an der zoustänneger Chamberskommissioun ënnert der Leedung vum Lydia Mutsch stattfonnt hunn, hu Verbesserungen zum éischten Text bruecht.

Deen Text, deen elo virläit, huet u Kloeerheet, u Präzisioun gewonnen, ouni d'Quintessenz vun der Gesetzespropositioun a Fro ze stellen, déi Quintessenz, déi och majoritär hei vun der Chamber an engem éischte Vote guttgeheescht ginn ass.

Iwwregens - ech wëll dat hei betounen - kommen déi 30 Stëmmen, déi sech fir deen Text do zesumme fonnt hunn, aus sämtleche Parteien, déi an dëser Chamber vertritt sinn. Mir hunn et also bei dëser Gesetzesinitiative net mat engem Parteitext ze din, mä mat engem Text, deen esou ausgeglaacht ass, dass hien et fäerdeg bruecht huet, Stëmmen aus alle Reie vun dëser Chamber op sech ze vereenegen. Dat ass a bleift keng Selbstverständlechkeet.

Erféiert sinn ech iwwer verschidde Reaktiounen, déi de virgeluechtenen Text an deene leschte Méint zënter der éischter Ofstëmmung mat sech bruecht huet. Ech mengen, jiddwereen huet absolut d'Recht, géint d'Stiefhëllef ze sinn, an absolut d'Recht, géint eng deelweis Legaliséierung vun der Euthanasie ze sinn. Hien huet d'Recht op fräi Meenungsausserungen. Hien huet d'Recht, seng Argumenter öffentlech virzedroen, an hien huet souguer d'Recht, Afloss wëllen ze huelen op d'Chamber, wat hiren definitive Vote ubelaangt. Dat Recht huet jiddwereen.

Ech sinn allerdéngs der Meenung, dass dat Recht do kee Fräifaartschäin ass, fir egal wat ze soen oder ze schreiwen. Genau dat ass awer besonnesch an deene leschte Wochen a besonnesch wat Awierkunge vu baussen, ausserhalb Lëtzebuerg ugeet a verstärktem Mooss geschitt.

Ech froe mech, wéi vill vun deenen aviséierte Kommentatoren da wierklech den Text gelies hunn a wéi vill, wa se en dann iwerhaapt gelies hunn, den Text och verstannen hunn. Et ass fir mech onerdreiglech, dass besonnesch Interventione komm sinn aus reaktionäre Kreesser aus dem Ausland, déi probéiert hunn, Afloss ze huelen op Décisiounen hei an dësem Land.

Et ass fir mech onerdreiglech och, dass bestëmmte Kräften esou wäit gaange sinn, de kalkuléierte Risiko anzegoe vun enger Verfassungskris hei am Land, fir eng majoritär Décisioun vun dësem Parlament ze kippen. Déi dote Kreesser si bereet, all Präis ze bezuelen, fir hir Ideologie duerchesetzen,...

**» Plusieurs voix.** - Très bien!

**» M. Alex Bodry (LSAP).** - ...och wa souguer de Grand-Duc an de ganze Stat kënne bái der Däiwele goe bei esou enger Operatioun.

**(Interruption)**

**» Une voix.** - Ganz richtig!

**» M. Alex Bodry (LSAP).** - Dat ass fir mech onerdreiglech. Et sinn net d'Beürworter vun enger Legaliséierung vun der Euthanasie, déi an deene leschte Wochen a Méint mat exzessiven Uerteeler opgefall sinn. Et sinn déi aner.

**» Une voix.** - Ouh?

**» M. Alex Bodry (LSAP).** - Jo! Wann ee probéiert, déi Leit, déi fir deen heiten Text gestëmmt hunn, an d'Noperschaft vum Naziregime ze féieren,...

**» Plusieurs voix.** - Très bien!

**» M. Alex Bodry (LSAP).** - ...dann ass dat eng absolut Beleidegung fir Leit wéi mech a meng Famill, déi genuch matgemaach hunn an deem dote Krich. Ech akzeptéieren esou Noperschaften net!

**» Une voix.** - Très bien!

**» M. Alex Bodry (LSAP).** - Et ass eng absolut Frechheet, wann esou Amalgamen duergestallt ginn,...

**(Interruption)**

...wéi wann déi Leit, déi eng propper, legal Léisung gären hätte fir d'Euthanasie, Leit wäeren, déi géint d'Mënsche wäeren, wéi wann dat Leit wäeren, déi Onmënsche wäeren.

Ech akzeptéieren esou en Amalgame einfach net, a genau dat ass geziilt gemaach ginn iwwert déi lescht Wochen a mat verstärkter Intensitéit déi lescht Deeg, ier et soll zu dëser Décisioun hei kommen.

Wann d'Monsignori vum Vatikanetz Appeller maachen un d'kathoulesche Wielerschaft hei zu Lëtzebuerg, da stellen ech mer Froen, a wat fir enger Zäit mer sinn?! A wat fir enger Zäit si mer, dass mer dat als Chamber akzeptéieren?! Ech akzeptéieren op jidde Fall dat doten net!

Et geet hei net ëm d'Onwärd, mä et geet ëm d'Wärd vum Mënsch. Déi hu mer alleguerten am Sënn, denken ech: déi Leit, déi mengen, et bräicht een näischt ze änneren, an déi Leit, déi mengen, dass d'Zäit komm wär, fir der Wourecht an d'A ze kucken, dass d'Zäit komm wär, fir wäinst der Mënschewärd, besonnesch um Enn vum Liewen, wäinst der Wärd vun doudkranke Mënschen, hinnen e gewëssene Choix ze loossen.

Ech sinn nach wie vor der Meenung, an ech stinn zu mengen Aussoen, déi ech bei der éischter Lecture hei gemaach hunn am Februar, dass fir déi meeschten onheelbar krank Leit eng gutt Palliativfleeg, eng Stiefbegleitung absolut de richtege Wee ass. An dat soll och a mengen Aen, an ech mengen, do schwätzen ech am Numm vun eiser Fraktioun, den absolute Regelfall bleiwen. Ech mengen entgéint aneren, dass deen heiten Text dat doten och eigentlech net a Fro stellt.

Fir aner Leit, an déi verdénge fir mech awer gradesou vill Respekt, géillt de fräie Wëllen, säi Liewessinn selwer ze bestëmmen. All Einzelne sollt een och dat Recht zougestoen, eventuell eng Palliativbetreieung ze verweigern - och dat ass e Mënscherecht - a seng lescht Wochen, säin Ausscheiden aus der Gemeinschaft esou ze gestalten, wéi hien dat fir richtig fënn.

Ech selwer weess net, wéi vill anerer mengen ech och, wann een an de Fall kënnt, wéi

ee selwer géif decidéieren, fir dat eent oder fir dat anert. Ech mengen awer, dass ee sollt jiddwerengem e Choix an där dote Fro loossen. Ech wär frou, wa mer géife mat enger Hypokrisie, mat enger Schänhellegkeet definitiv opräumen haut an dëser Debat, där Hypokrisie, déi doranner besteet, gleeuwen ze din no baussen, et wär nach ni zu Lëtzebuerg Stiefhëllef gelescht ginn, Euthanasie wär eppes, wat mam neie Gesetz géif agefouert ginn zu Lëtzebuerg. Dat ass falsch.

Dat ass falsch! Dat soen all d'Dokteren, mat deenen ee schwätzt. An allen Entrevuen, déi mir haten, souguer mat den offiziellen Vertrieeder vun der Dokterschaft, ass ganz kloer gesot ginn, dass déi Grenzen tëschen der Sédation palliative an der aktiver Euthanasie flou sinn, dass dat e fléissenden Iwwergang ass, dass dat eng Affär vun engem Dosage vu Medikamenter ass - e bësse méi, e bësse manner. E bësse manner, dann ass et dat eent, an e bësse méi, dann ass et Euthanasie. Dat ass d'Realitéit um Terrain!

A wa mer éierlech sinn, da gëtt et sécherlech och heibanne munchereen, dee bei senger Famill schonn esou eppes matgemaach huet a vläicht souguer esou eng Décisioun huet missen huelen zesumme mam Dokter. Dat ass d'Realitéit.

Ech géif mer wierklech wënschen, dass och déi Leit, déi géint dat Gesetz hei sinn, déi Realität awer zumindest géifen agestoen. Eng Realität, déi haut wéi ofleeft? An engem praktesche rechtsfräie Raum, ouni Kontroll, ouni Prozeduren, ouni Garantie - verstoppt!

Wann eppes verstoppt ass, da stéiert sech anscheinend keen drun, och d'kathoulesche Kierch net, déi och déi dote Realität muss kennen. Wann et verstoppt ass, da gëtt et akzeptéiert. Wann een déi dote Praxis wëllt an e proppere gesetzleche Kader setzen, mat alle Garantien, da gëtt sech doriwwer opgereegt, da gëtt et eppes Mënschenonwärdiges.

Ech wär frou, wa mer also an Zukunft net méi d'Aen, d'Oueren an de Mond géifen zouhalen, fir dass mer probéieren, deen dote Problem propper unzegoen an en uerdentleche legale Kader ze setze fir déi dote Praxis.

Ech sinn der Meenung, an déi Meenung deelt och déi grouss Majoritéit bei eis an der Fraktioun, dass déi heite Proposition de loi, wéi se elo virläit, deem Usproch, fir e proppere legale Kader ze setze fir dat Ganz, deen esou wäit wéi méiglech Mëssbräich ausschléisst, Genüge deet.

D'Euthanasie ass haut an der Praxis eng Ausnahmeerscheinung. Dat ass gutt esou. A mengen Ae soll dat och an Zukunft esou bleiwen. Mä wat den Ënnerscheed wäert sinn, dat ass, dass et rechtlech méi kloer gëtt, dass den Dokter an d'Personal rechtlech besser ofgeséchert sinn, wéi dat haut de Fall ass. Dat war jo eng Demande, déi ganz kloer och vun den Doktere geäussert ginn ass, och nach nom éischte Vote hei an der Chamber. An deen iwwerschafftenen Text dréit deem dote jo och zu engem gud-den Deel Rechnung.

Preziséiert gëtt och de Krees vun deene Betraffenen. Et ass elo kloergestallt, fir dass keng Ambigüitéit opkënn, dass zum Beispill Kanner, dass dement Leit net ënnert dat heite Gesetz falen, also net ënnert d'Bestëmmunge vun enger méiglecher Euthanasie falen. Et sinn och Clarificatioune komm, wat d'Bedéngungen ugeet.

Den Zentrum vun deem ganze Gesetz ass de fräie Wëlle vum Patient. Dësen Text beinhaltet net - ech betounen dat nach eng Kéier, well och déi falsch Informatioun no bausse gedroe ginn ass, och nach iwwer en Hierdebréif vum Erzbëschof -, beinhaltet kengeswee en aklobaart Recht op Bähëllef zum Selbstmord.

Et soll ee mer dee Passage hei am Text weisen, wou esou en aklobaart Recht dra verankert wär! Ech waarden an der Diskussioun dorop, fir dat ze héieren. Am Géigesaz, et gëtt kloergestallt, dass keen Dokter, keng Infirmière, kee Personal ka forcéiert ginn, matmaachen ze musse bei enger aktiver Stiefhëllef. An et ass och gutt esou, dass dat preziséiert gëtt.

Et ass net esou, dass guer keng Virkontroll do wär. Dat ass eng aner falsch Informatioun, déi ëmmer erëm no bausse véhiculéiert gëtt. Déi Kontroll ass do duerch de Fait, dass de Médecin traitant en zweeten Dokter muss mat bäizeien, deen de Patient gesäit, deen och schrëftlech seng Positioun festleet, an duerch de Fait, dass hei nach zousätzlech d'Méiglechkeet opgehoi ginn ass, fir och nach en Avis vun engem aneren Expert mat bäizezeien, wann den Dokter sech onsécher fillt, ob d'Konditioun vum Gesetz erfüllt sinn, ëmmer virausgesat, dass de Patient dat wëllt. Et ass jo kloer, et geet jo ëmmer ëm de fräie Wëllen, der Vo-



lonté éclairée eigentlech vum doudkranke Patient. Dat bréngt nach eng Kéier zousätzlech Sécherheete mat sech.

Mä hei ass et wéi bei all Gesetz, et soll ee sech näischt virmaachen. En absolute Schutz géint Mëssbräich kann een net hunn. Och an deem heite Beräich net. An ech kann nëmmen dervir warnen, wa mer ëmmer just nach Gesetzer maachen an der Optik, dass mer déi absolut Ausnahmefäll och nach wëlle matregelen, dass mer an der Obsessioun si vu Mëssbräich bei all Text, dee mer hei maachen, da maache mer schlecht Texter, well perfekt ass oft de Géigendeel vu gutt.

Duerfir sinn ech der Meinung, dass hei optimal eigentlech probéiert ginn ass, ouni mat ze vill schwéiere Prozeduren ze schaffen, fir dat heite propper ze regelen.

D'CSV huet sech beweegt, dat stëmmt. Nom Vote, wéi d'Majoritéitsverhältnisser hei feststoungen iwwert de Vote an éischter Lecture am Februar.

Ech wëll awer och soen, dass déi zwee Hauptvirschléi, déi d'CSV gemaach huet, wat och hir zwee Haaptkritike sinn zu deem Projet, a wou se Amendementer och abruucht huet, dat ass u sech d'Definitiou eigentlech: Wéini kann iwwerhaapt d'Euthanasie spillen? Nämlech an hiren Ae just dann, wann all Pallativmedezin net méi gräift. Dat ass op en negativen Avis getraff vum Statsrot. Dat ass bis elo hei net erwähnt ginn.

De Statsrot huet jo zu sämtleche Virschléi vun der CSV-Fraktioun och Stellung bezunn. An de Statsrot war bei där doter Fro der Meinung, dass déi Proposition vun der CSV méi nei Froen eigentlech opwerft, wéi se Äntwerte gëtt an zu méi Rechtsónsécherheet géif féieren. Nozeliesen am schrëftlechen Avis vum Statsrot.

Déi zweet Fro, déi zweet Haaptkritik vun der CSV, wou se och en Amendement era-bruecht huet, betrëfft am Fong déi A-priori-Kontroll, déi sollt an d'Gesetz ageschriww ginn. Och do ass eng kloer Stellungsnahm vum Statsrot do. De Statsrot seet, d'Absicht ass zwar löblich, mä wat hei proposéiert gëtt, dat féiert zu esou enger Lourdeur administrative, dass een engem doudkranke Mënsch dat beim beschte Wëllen net kann zoomudden, an duerfir ass de Statsrot net d'accord gewiescht mat deem doten Amendement, deen d'CSV agereecht huet.

Iwwregens deckt dat sech och mat enger éischter Kritik zumindest, déi d'Dokteschvereenegung gemaach huet sengerzäit zu der éischter Versioun vun der Proposition de loi Err/Huss, wou se geschwat huet an deem doten Zesammenhang vu Bürokratiséierung vum Doud; déi Kommissioun gëfen zu enger Bürokratiséierung vum Doud hei zu Lëtzebuerg féieren.

Ech wollt dat eng Kéier ervirhiewen, fir dass net den Androck entsteet, dass hei einfach stur vun enger Säit op all gutt Virschléi vun der CSV géif mat engem Niet reagéiert ginn. All déi Virschléi sinn diskutéiert ginn. Si si weidergereecht ginn un de Statsrot, an a kengem vun deene kruziale Punkte war de Statsrot d'accord mat deem, wat vun CSV-Säit zu där heiter Proposition de loi proposéiert ginn ass.

Och wann een e bësse kuckt awer, wéi d'Experienze sinn an der Belsch, an Holland, an der Schwäiz - an et gëtt och nach eenzel State wéi dem Oregon an Amerika, déi esou ähnlech Bestëmmungen hu wéi déi, déi mer elo haut hei diskutéieren -, kann ech net feststellen, dass déi propheet negativ Effeten an deene Länner do entstane sinn, déi hei oft vun de Kritiker un d'Wand gemoolt ginn. Dat ass net geschitt.

Duerfir mengen ech och, dass een hei eigentlech keng iwwerdriwwen Angscht muss hunn, dass sech elo fundamental géif eppes un eisem ganze System änneren, wa mer dee legale Kader hei nei géifen definéieren.

Wichtig ass et natierlech, dass d'Informatioun vum Bierger korrekt gemaach gëtt iwwert déi nei Bestëmmung, souwuel wat d'Recht op d'palliativ Betreieung ugeet - dat ass e Recht, wat dem Bierger zougestane gëtt - wéi wat niewendrun och de Mechanismus ugeet vun der Stierfhëllef.

Ech sinn der Meinung, dass Lëtzebuerg kee Réckschrëtt mécht mat esou engem Text an déi däischer Zäite vun der Vergaangenheet. Ech sinn awer och der Meinung - dat wëll ech mat därselewechter Iwwerzeegung soen -, dass et an där Diskussioun hei net Schwaarz a Wäiss gëtt, dass et an der Diskussioun net déi Gutt op där enger Säit an déi Béis op där anerer Säit gëtt, egal wéi d'Perspektiv ass, wéi een dat kuckt a wéi et heiansdo jee no wat fir engem Wénkel och duergestallt gëtt.

Et sinn net op där enger Säit d'Liewensgéigner an d'Liewensretter, an et sinn op

där anerer Säit och net d'Fräiheetsgéigner an d'Fräiheetsretter. Dat ass jo alles vill méi nuancéiert. An de Vote an der Chamber dréckt jo eigentlech och all déi Nuancen do aus, déi een och perséinlech kann hunn zu deenen dote Froen.

Ech géif awer mengen, dass, wann een de Bilan zitt, dat heiten awer eng Gesetzesinitiative ass, déi net géint de Mënsch geriicht ass, mä déi fir de Mënsch geriicht ass, am Respekt vu sengem fräie Wëllen, an ech mengen, dass mer deem Gesetz hei sollten eng Chance ginn.

Merci.

» **Plusieurs voix** - Très bien!

» **M. le Président** - Merci, Hår Bodry. De leschte Riedner fir haut de Moien ass den honorabelen Hår Huss.

» **M. Jean Huss** (*DÉI GRÉNG*), *corapporteur/co-auteur* - Hår President, Dir Dammen an Dir Hären, als Corapporteur vun där Proposition de loi iwwert d'Dépenaliséierung vun der Stierfhëllef wäert ech natierlech net nach eng Kéier all dat widderhuelen, wat meng Kolleegin Lydie Err hei schonn erkläert huet.

Zum Éischten, well déi meeschten Aspekter an Dispositiounen aus eiser Gesetzespropos an deene vergaangenen Deeg a Wochen, ech géif souguer soe Méint wierklech largement duergestallt a kommentéiert gi sinn an och bekannt sinn. Just eisen Erzbischof vu Lëtzebuerg a seng Beroder schéngen bei der Lecture heiansdo nach Schwierigkeeten ze hunn, wat een de leschte Samschdeg an deem leschten „Hiertebrëif“ gesinn huet.

Zum Zweeten ass et jo och esou, dass mer am Virfeld vum positive Vote vum 19. Februar praktesch schonn alles genau erkläert haten an d'Madame Err an hirem Rapport virdu schonns op déi puer Amendementer an op déi Saachen agaangen ass, déi deen elo virleiede Projet vun deem vum 19. Februar ënnerscheeden.

Eng Rei vun eenzelnen Dispositiounen a kleng Detailer hu geännert, mä d'Hauptpunkten an déi philosophesch Essenz vun eiser Propos bleiwe bestoen. Duerfir wëilt ech hei virun allem nach eng Kéier op d'Philosophie an op déi gesellschaftspolitesch a politesch Debatt ronderëm dëst Stierfhëllefgesetz, d'Gesetz iwwert d'Dépenaliséierung vun der Euthanasie a vum medezinesch assistéierte Suicide, wéi et heescht, agoen.

Ech hat virdu beim Gesetz iwwert d'Soins palliatifs scho gesot, dass fir eis Gréng d'Soins palliatifs an d'aktiv Stierfhëllef complémenteaire sinn, dat heescht absolut matenee vereinbar sinn. An dat ass och esou.

Zur Erklärung vun de Begrëffer a vun deenen zwou deelweis ënnerschiddlechen Approchen nach eng leschte Kéier e puer Klosterstellungen:

Éischstens, de Begrëff „soins palliatifs“ begräift u sech folgend Aspekter: palliativ Schmäerzbekämpfung, integréiert Soinen a Stierfbegleedung, a finalement an net wéinege Fäll um Schluss vum Liewen, wann d'Péng ze grouss gëtt, d'Applikatioun vu Morphin oder anere Schmäerz- a Betäubungsmittelen an ëmmer méi héijen Doséierungen, esou dass - mä ech soen dat - als bewossten an als bekannten Niewewierkung den Doud dann éischter antrëtt oder op jidde Fall kann antrieden.

Zweetens, de Begrëff vun der aktiver Stierfhëllef, an der griichescher Sprooch „Euthanasie“, sënngeméisss ze iwwersetze mat sanftem, doucem Doud. Dëse Begrëff Euthanasie a wat domadder gemengt ass, ass leider an Däitschland vun den Nazien total mëssbraucht ginn, well déi barbaresch Massevernichtungen, duerggefouert vun den deemolegen SS an de KZer, sécher net dat Geréngste mam heitege Begrëff Euthanasie ze dinn hunn. Et sief drëm. Et geet hei nach eng Kéier ëm d'Klärung vun de Begrëffer.

Wat also ënnerscheet déi aktiv Stierfhëllef vun der Palliativmedezin? Mä wat ass hinnen ëmgekeiert gemeinsam?

Wat deenen zwou Approchen am Intérêt vun doudkranken, stierwenden oder verzweifelt an hirem Kierper ageschlossene Patienten, Typ Vincent Humbert, gemeinsam ass, si folgend Punkten:

Éischstens, souwuel de Palliativpatient wéi de Stierfhëllefpatient hunn Urecht op Schmäerzbekämpfung. All d'Patienten, och déi, déi net op Palliativstationen sinn, müssen en Urecht op eng méiglechst effikass Schmäerzbekämpfung hunn.

Zweetens, d'Soinen, d'Fleeg an eng human Stierfbegleedung, soll dat ieren e Privileg si just vu Patienten op Palliativstationen? Kloer: neen! Och Patienten, déi herno bei

kloerem Bewosstsi léiwer op aktiv Stierfhëllef, statt op palliativ terminal Sedéierung zrëckgräife wëllen, musse virdrun, wa se dat wënschen, op eng perséinlech oder professionell Stierfbegleedung kënnen zrëckgräifen. Déi eng Leit wënsche sech vläicht esou en Accompagnement, anerer awer wëllen an där Situatioun vläicht léiwer eleng an a Rou gelooss ginn.

Drëttens, wa bis zu deem Punkt alles, vun de Rechter vum Patient aus gekuckt, d'selwecht ass a wa laut internationale Konventionen a laut eisem Spidolsgesetz an den Artikelen 38 a 40 et esou ass, dass de Patient, an nëmmen hien eleng, d'Recht huet, fir all diagnostesch an all therapeutesch Mesuren ze akzeptéieren oder awer och kënnen ze refuséieren, och palliativ therapeutesch Mesuren, wat bleift dann nach als Ënnerscheed iwwreg tëschent der palliativer terminaler Sedéierung an der aktiver Stierfhëllef?

Et sinn zwou Saachen: éischstens, de reng medezineschen Aspekt vum Geste a vum Choix a vun der Doséierung vun de Medikamenter engersäits bei der Sédation terminale an anerersäits bei der aktiver Stierfhëllef, an zweetens de sougenannten ethe-schen Aspekt bei deem Geste, mä dat a béide Fäll.

Dozou dat Néidegst just ganz kuerz. Bei der palliativer Sédation terminale ginn, wann d'Péng ëmmer méi onerdréiglech gëtt, ëmmer méi staark Schmäerz- a Betäubungsmittelen agesat, an et ass dem Medeziner oder dem Fleegepersonal, wat dat mécht, absolut kloer, dass jee no Doséierung a jee no Schwächezoustand vun deem eenzelnen Doudkranken den Doud als Niewewierkung méi fréi wéi normal, méi fréi wéi natierlech wäert antrieden.

De Prozess vun der palliativer terminaler Sedéierung ka sech iwwer e puer Stonnen erstrecken. Et kann awer och e puer Deeg oder an Extremfäll souguer e puer Wochen daueren. Fir en Deel vun de Leit - reliéis orientéiert Leit, mä net nëmmen! - kann dëse Wee vun der palliativer Sedéierung eng sënnvoll an déi fir si beschte Léisung sinn.

Mir liewen awer an enger demokratescher a pluralistescher Gesellschaft, an da muss een eben zur Kenntnis huelen, wat d'CSV anscheinend net wëllt maachen, dass et och net wéineg Leit gëtt, déi dëse Wee, dat deeglaangt Doleien an dem Doud Entgéintkucken, fir sech selwer als net méi sënnvoll ugesinn. Dës Leit wëllen eben d'Fräiheet hunn, an esou Situatiounen direkt méi schnell ee fir si sënnoost Liewen oder Dohi-vegetéieren hanner sech ze loossen.

D'Palliativmedezin erlaabt dat net. Eist Stierfhëllefgesetz, dat liicht verännert Gesetz vum 19. Februar, erlaabt dëst, awer ënner strenge Konditiounen a Kontrollméiglechkeete vun dësem virleiede Gesetz. Konditiounen, déi vu menger Kolleegin Lydie Err hei a vu mir selwer och schonn an der Kommissioun, mä och a ville Stellungnahmen oder Pressekonferenzen zéng-, 20-, 30-mol an all Detail duergeluecht gi sinn.

D'Géigner vun eisem Stierfhëllefgesetz, déi vu sech soen, si géife fir den absolute Schutz vun mënschleche Liewen antrieden, an et gëtt sécherlech vill Eierlecher ënnert hinnen, soen also: Och wann de Patient kloer duerno freet oder souguer dorëm biddelt, net méi gezwongen ze sinn, esou aus-sichtslos weiderliewen ze müssen, dann dierf trotzdem keen Dokter sengem Wonsch noginn, a wann hien dann awer Stierfhëllef géif leeschten, da géif hien de Patient doutmaachen.

Dëse méi oder weiniger eierleche Leit wëlt ech déi folgend Géigefroe stellen - an dat bezitt sech dann och op eng Partie Leit an der CSV -:

Éischstens, sidd Der wierklech dovunner iwwerzeegt, dass nëmmen en Dokter, dee Sédation terminale mat méi fréiem Doud als Niewewierkung bedreift, sech op gutt Intentionen ka beruffen, an dass ëmgekeiert en Dokter, deen op ausdréckleche Wonsch vu sengem leidende Patient Stierfhëllef praktizéiert, automatesch keng gutt oder nëmme schlecht Intentionen kann hunn, nämlech een ëm den Eck ze bréngen?

Kënnst Der lech wierklech net virstellen, dass en Dokter, dee sengem verzweifelte Patient hëllef, dat just aus engem absolut positive Matgefill, eventuell aus chrëschtlecher Nächsteléift kéint maachen? Déi meeschte Leit hei am Land gesinn an emfannen esou en human denkenden Dokter éischer als e positive Partner vum Kranken, wéi als e Mäerder, deen hie mat Sécherheet net ass.

Eng zweet Fro un eierleche Liewensschützer, déi dëst Gesetz wëlle verhënneren, ass déi, ob hinne bewosst ass, dass duerch dëst Gesetz kee Mënsch, kee Kranken, keen Dokter, kee Fleegepersonal gezwonge wäert

ginn, un iergendenger aktiver Stierfhëllef géint hire Wëllen deelzehuelen. Just de fräien, bewosst a répétéiert geäusserte Wëlle vum Betreffene selwer, deen en Dokter duerno freet, fällt dobäi an d'Wo.

Mir froen, wéisou verzweifelte Mënschen dës Méiglechkeet, hiren eegene Virstellungen no stierwen ze dierfen, net erlaabt soll sinn. Dat ëmsou méi, wou d'Zoustëmmung zu dësem Prinzip vun esou enger eegener selbststänneger a bewosster Demande hei am Land wéi am Ausland vun iwwer 70% vun der Bevölkerung gedeckt gëtt. Wéisou soll een Deel vu Liewensschützer der grousser Majoritéit vun der Bevölkerung hir minoritär reliéis oder philosophesch Iwwerzeegungen opzwéngen kënnen?

Drëttens, et gëtt da vu munchen esou Leit gär argumentéiert, et géif sech awer sou-wisou nëmmen ëm e puer ganz seelen Extremfäll handelen, fir déi iwwerhaapt Stierfhëllef a Fro kéint. Duerfir bräicht een dach eigentlech kee Gesetz ze maachen. Eis Äntwert dorobber ass ganz kloer: dach! Souguer wann et pro Joer just zéng, 20 oder 30 dramatesch Eenzelfäll wieren, a souguer wann et nëmmen een eenzelne Fall wier, well jiddwer Eenzelne vun eis a vun de Leit dohausse kann an esou en Eenzelfall erakommen, da wier et awer wichteg, dass och fir déi Fäll eng gesetzlech Regelung géif kommen.

Dovunner emol ofgesinn, Dir Dammen an Dir Hären, dass ech leider fäerten, an dat gesinn déi neitste Prognosé vun der Weltgesundheitsorganisatioun, dass mat der allgemenger Zounahm vun Tumeuren, mat Cancer-généraliséen a mat der Zounahm vu schwéiersten neurologesch an neurodegenerativen Erkrankungen wéi MS, Parkinson oder och Amyotrophe Lateralsklerose och dramatesch sougenannten Eenzelfäll an Zukunft awer wäerte riskéieren eng kleng Iddi méi zouzehuelen. Dat sinn Zuele vun der Weltgesundheitsorganisatioun.

Hår President, Dir Dammen an Dir Hären, da gëtt eis bekanntlech entgéintgehalen, duerch eist Gesetz géif et zu massiven Abusé kommen. Dat heescht, Kranker këinten eventuell géint hire Wëllen euthanaséiert ginn. D'Madame Err an ech versiche jo grad de Géigendeel ze maachen, nämlech déi bestehend Euthanasien aus der Clandestinitéit erauszehuelen an der Stierfhëllef en transparenten a streng reglementéierte Kader ze ginn.

Abusé kënnen nämlech grad do passéieren, an net nëmmen am Fall vu Stierfhëllef - net nëmmen am Fall vu Stierfhëllef! -, mä besonnesch a Länner, wou d'Euthanasie komplett verbuede bleift. Well an all deene Länner, wou kee Gesetz, keng Kontroll a keng Transparenz besteet, grad do kënn et zu villen heemlechen Euthanasien, wou dann och eventuell déi esou vill beméite berühmte Boma mat hirer berühmter lerschaft kéint ongefrot ëm den Eck bruecht ginn.

Mä wann een dat wëllt maache mat der Boma a mat der lerschaft, dofir brauch een, Dir Dammen an Dir Hären, iwwregens guer net déi Medikamenter, Pentobarbital beispillsweis oder Pancuronium, déi bei der aktiver Stierfhëllef normalerweis gebraucht ginn. Dat geet evidenterweis och mat Iwwerdose vu Morphin. An dat geet och mat anere Medikamenter, déi vill méi héich doséiert ginn. Dofir brauch ee keng aktiv Stierfhëllef. Wann et Leit gëtt, déi esou eppes wëlle maachen, dat kann och aneschtens gemaach ginn. Och domadder wieren also Abusé méiglech; och mat anere Medikamenter an och mat Morphin.

Zu méiglechen Abusé bei heemlechen Euthanasie sief just nach eng Zuel genannt. Den Zeien, deen ech hei zitéieren, ass absolut - och fir d'CSV - onverdächtig, well et ass den Hauptgéigner vun der aktiver Stierfhëllef a Frankräich. Nämlech den Dokter an Hår Deputierte Jean Leonetti, deen dat franséischt Gesetz gemaach huet.

Ech zitéieren den Originaltext vum Hår Jean Leonetti - ech hunn dat Zitat hei, ech kann et jiddwerengem weisen - iwwert d'Situatioun a Frankräich: «On peut affirmer sans risque de se tromper que l'euthanasie se pratique malgré l'interdit, le plus souvent sans transparence et sans l'avis du patient ou de l'entourage.» D'Chiffere vun heemlechen Euthanasien a Frankräich mat méigle-



chen Abusen derbäi - vläicht wollte jo och en Deel vun deene Leit dat, mä vläicht sinn awer en Deel géint hire Wëllen euthanaséiert ginn - gi vum President vum Comité d'éthique a Frankräich, deen och nach fir d'Santé an d'Spideeler zoustänneg ass, op all Joer 10.000 Fäll geschätzt. 10.000 Fäll vun heemlechen Euthanasien an der Clan-destinitéit hannert de Kulissen!

Dir Dammen an Dir Hären, ech stellen d'Fro, ob esou eng Situatioun net vill méi brisant an onverantwortlech ass, wéi reng hypothesesch Abusen, déi et kéint eventuell bei der Stierfhëllef ginn, obschonn déi Stierfhëllef an eisem Gesetz absolut streng kontrolléiert ass. Dorobber wäert ech nach zrëckkommen.

D'Madame Err an ech an all déi Deputéiert, déi eise Projet ënnerstëtzen, si jiddefalls der Meenung, datt et besser a méi seriö ass, d'Stiefsituatioun ze reglementéieren a se méi transparent ze maachen, wéi et an enger ongesonder Situatioun vun hypokritescher Clandestinitéit ze beloossen.

An engem Land wéi der Belsch, eis direkt Noperen - bei deenen iwwregens d'Palliativmedezin vill méi wäit entwéckelt ass wéi a Frankräich oder an Däitschland -, gëtt et 2,3 Palliativbetter op 100.000 Awunner. A Frankräich, wou d'Euthanasie verbueden ass, gëtt et just 1,2 Palliativbetter. An an Däitschland ass déiselwecht niddreg Zuel. Den Dokter Hoppe, de President do vun der Hospizbewegung a vun der Bundesärztekammer, huet gesot, an Däitschland wär et emol net all zéngte Patient, deen Urecht hätt op e Palliativbett oder op eng Palliativversorgung.

An der Belsch, wat dann ëmmer accuséiert gëtt, hu se wéinst der Euthanasie eng wäitgehend dévloppéiert Palliativkultur zënter iwwer 15 Joer a si hunn dräimol esou vill Palliativbetter wéi dat a Frankräich de Fall ass. Si hunn domadder natierlech och eng vill méi kontrolléiert a vill méi transparent Situatioun, wéi et an deenen anere Länner de Fall ass.

Der Belsch hir Commission fédérale de contrôle et d'évaluation de l'euthanasie, déi wéi an eisem hei virleiende Gesetz och ex post all eenzel Fäll vu Stierfäll zënter dem Joer 2000 ënnersicht a kontrolléiert, an där och Euthanasiegéigner drasëtzen, konnt vun 2002 bis 2006 keng Situatioun vun Abusé feststellen. Keng eenzeg Situatioun vun engem Abus op an der Moyenne 300 bis 350 Fäll pro Joer vun Euthanasien, déi praktizéiert gi sinn.

Ech hunn den Dossier vun där Commission de contrôle vun de Joren 2005 an 2006 hei leien; wien dat interesséiert. Do ass all eenzelne Fall vun Euthanasie am Detail dokumentéiert: wat fir eng Krankheet datt et war; wat d'Liewenserwaardung nach war; wie gefrot ginn ass; wat fir eng Palliativmedeziner gefrot gi sinn. An eréischt no all deene Saachen ass d'Euthanasie herno praktizéiert ginn.

Déi Commission de contrôle - an dat ass e wichtege Ënnerscheed - ass eben net do, fir virdrun e Filter ze sinn, wou jiddwer Patient mat sengem Dokter fir d'éischt nach muss e Collège vu véier Dokteren ufroen, datt déi wann ech gelift sollen eng kéier zesumme kommen, a wa se dann zesumme sinn, dee Fall am Detail ënnersichen - da misste se de Patient och nach ënnersichen; wat jo absolut net praktikabel ass -, an déi dann herno missten en Uerteel ofginn. Dat ass jo praktesch eppes wéi en Tribunal.

Dat ass an der Belsch net esou, well d'Fonctioun vun der Commission de contrôle et d'évaluation eng ganz aner ass. Et sinn eng ganz Partie vu Kontrolle virdrun agebaut, op déi ech wäert zrëckkommen, déi och schonn hei geschildert gi sinn. D'Commission ex post ass just déi leschten - awer just déi leschten! - Kontroll vun enger ganzer Rëtsch vu Kontrollen, déi et scho laang virdu gi sinn.

Wann dann nach geschwat gëtt vu Kontrollen, well déi ex post sinn, an da gëtt de Geck gemaach, da kéint et jo awer vläicht Abusé ginn. Mä, Dir Dammen an Dir Hären, an all deenen anere Länner, wou et keen esou e Gesetz gëtt, wivill Kontrolle gëtt et dann do?

Den Hollänner gëtt beispillsweis virgeworf: Jo, bei lech sinn am Moment ronn 1,8% op all Stierwenden Euthanasiefäll. Dat gëtt ge-

sot; dat ass och esou. Mä wivill onkontrolléiert Abusé vun heemlechen Euthanasie gëtt et awer nach, déi net vun där offizieller Kommissioun kontrolléiert ginn?

Mä, Dir Dammen an Dir Hären, wivill Euthanasiefäll, déi heemlech sinn - den Här Bodry huet dovunner geschwat - hei am Land, ginn dann hei kontrolléiert? Wivill heemlech Euthanasiefäll ginn a Frankräich kontrolléiert? Wivill Euthanasiefäll an Däitschland gi kontrolléiert? Ech soen lech, wivill der kontrolléiert ginn: null Prozent! Null Prozent gëtt kontrolléiert. Et gëtt iwwerhaapt keng Kontroll. D'Abusé geschéien hannert de Kulissen; an net nëmmen an der Stierfhëllef, mä och mat Morphium a mat anere Medikamenten. Dat ass d'Realitéit, wéi se sech duerstellt.

Dir Dammen an Dir Hären, et gëtt vun Euthanasiegéigner, an zum Deel vun der CSV, och nach gär behaupt, esou Meenungsëmfroe wéi déi eendeiteg Resultater en faveur vun enger Dépenaliséierung vun der aktiver Stierfhëllef an zwee grouse Sondaghe hei am Land - d'Madame Stein ass och nach drop agaangen - wieren net seriö. Doriwwer ass sécherlech ze diskutéieren, obschonn awer den Trend vun deenen Ëmfroen absolut kloer ass.

Mä ze behaupten, wéi dat vun den Euthanasiegéigner an zum Deel vun den CSV-Leit gesot gëtt, et kéint iwwerhaapt kee Mënsch esou kloer am Kapp an och esou fräi sinn, fir selwer Stierfhëllef unzefroen, dat wier iwwerhaapt net méiglech, dee wier automatesch manipuléiert, dat, Dir Dammen an Dir Hären, ass allerdéngs a mengen Aen e staarkt Stéck! Do iwwerloossen ech léiwer de Leit, déi eis dobaussen nolauschteren, ze jugéieren, well déi meescht kenne jo esou Situatiounen, déi se an hire Familljen haten. Ech invitéieren d'Leit ze jugéieren, wat vun esou enger Arroganz ze halen ass, de Leit ze soen: Dir sidd iwwerhaapt net fräi. Dir kënnt iwwerhaapt net fräi sinn, fir no enger aktiver Euthanasie ze striewen.

Ech selwer a mir alleguerte kennen op jidde Fall genuch Leit, déi wahrscheinlech léiwer e méi schnellt a méi direkt Stierwe wënschen, oprecht an an Dignitéit, an déi eben net eng länger Agonie an engem Coma artificiel oder e sënnoost Dohivegetéieren iwwer Méint, iwwer Joren an nach méi wëllen akzeptéieren.

En typescht Beispill, wat och vun der Madame Stein hei ugeschwat ginn ass, ass jo de Vincent Humbert. Mä wann Der d'Situatioun vun Vincent Humbert kennt, da musst Der jo wëssen, dee Jong war mat 21 Joer no engem schwéieren Accident komplett querschnëttgelähmt. Hie war hallef blann oder souguer ganz blann. Hie louch do zwee an en halleft Joer, vu senger Famill a vum Personal zu Berck, wou et war, ganz gutt ëmsuert.

Et ass net esou, datt deen do einfach einsam dolouch an et huet kee sech ëm hie bekëmmert. Neen, dee war ëmsuert, an net nëmme seng Mamm, seng Famill, mä och d'Fleegepersonal hu sech immens ëm de Jong gekëmmert. Datselwecht beim spuenesche Beispill, dat berühmte Beispill, wat och am Film gewise ginn ass, d'Beispill Sampedro, deen an enger ähnlecher Situatioun war. 19 Joer laang souz deem seng Famill ëm säi Bett, bis de Mann gesot huet, et geet net méi, ech kann net méi, ech wëll net méi. Wann ech gelift, schalt of, maacht Schluss!

An dat ass beim Vincent Humbert genau d'selwecht gewiescht. Et ass net, datt dee Jong einfach esou fale gelooss ginn ass, an dofir wier hien an enger verzweifelter Situatioun gewiescht. Et ass iwwerhaapt net esou. Dee Mann, dee Jong war immens encadréiert. An trotzdeem wollt hien no dräi Joer net méi.

An ech muss soen, wann ech perséinlech an esou enger Situatioun wier, dräi Joer laang dozeleien, querschnëttgelähmt ze sinn, hallef blann oder ganz blann ze sinn, an nach just kënnen dozeleien an ze wëssen, theoretesch kanns du nach zéng, 20, 30, 40 Joer esou doleien -, mengt Dir dann net, frot lech dat selwer, da kéint Dir selwer och op eng kéier an eng Situatioun kommen, déi eng vläicht no sechs Méint, déi aner vläicht no fënnef Joer, ze soen: Wann ech gelift, hëllef mer, ech wëll goen, ech wëll dat do net méi, esou e Liewen!

Dir Dammen an Dir Hären, d'CSV hat nom Vote vum 19. Februar, bei deem se net gewonnen hat, erkläre gelooss, si wären an der Bevölkerung just falsch verstane ginn. Um Radio ass dat zwee, dräi Deeg duerno ze héiere gewiescht. Si wären eigentlech schonn ëmmer fir d'Euthanasie gewiescht, mä awer just an exzeptionellen Eenzelfäll - et war jo ëmgekéiert -, wou mat esou enger Ausso jo da suggéiert gëtt, d'Gesetz vum 19. Februar, d'Gesetz vun der Madame Err a vu mir, dat géif de Wee opmaache fir Maseneuthanasien.

## Chambre des Députés

### Compte rendu officiel

#### Supplément commun aux quotidiens:

Luxemburger Wort, Tageblatt, Lëtzebuurger Journal, Zeitung vum Lëtzebuurger Vollek

#### Contenu rédactionnel:

Service du compte rendu de la Chambre des Députés  
Service des relations publiques de la Chambre des Députés  
Tél. 466 966-1

#### Conception, saisie de texte et mise en page:

Polygraphic Communication SA, Differdange

#### Concept et coordination générale:

BRAIN & MORE, agence en communication, Luxembourg

Eist Gesetz setzt awer ganz kloer ganz streng Konditiounen a Kontrollen, déi den Accès zu enger Stierfhëllef fir de Betraffenen alles, mä net liicht maachen. A gleeft mer, ech si scho vu ville Leit ugeschwat ginn, aus menger Association pour le droit de mourir en dignité, déi mer soen: „Firwat hutt Dir esou e rigid, strengt Gesetz gemaach? Firwat muss et déi dote Kontrollen iwwerhaapt esou streng ginn?“

Tatsaach ass, datt d'CSV nach 2003 an 2004 déklariert hat, mat hir géif et ni Euthanasie ginn. Här President, ech huelen lech hei als Zeie fir déi Ausso, well et waart Dir selwer, wéi Dir hei als Fraktiounsspriecher vun der CSV deemools esou eng Ausso gemaach hutt.

Dir Dammen an Dir Hären, maache mer eis näischt vir! D'CSV bleift kloer, esou wéi den Erzbëschof, wéi d'„Lëtzebuurger Wort“ a wéi de Vatikan, géint jiddwer Form vun aktiver Stierfhëllef, just d'CSV huet misse feststellen an a Rechnung stellen nom 19. Februar, datt hei an der Chamber eng Majoritéit en faveur vun der Dépenaliséierung war. A si huet aus Grënn, fir méi e fortschrëttlechen, chrëschtlechen a modernisteschen Image kënnen ze behalen, a fir esou den Elektorat och net ze vill géint de Kapp ze stoussen, du scheinbar sougenannte Kompromëssamendementer formuléiert.

#### (Interruptions diverses)

Si huet dunn no deem Vote sougenannte Kompromëssamendementer gemaach; et ass esou genannt ginn, Kompromëssamendementer. Kompromëssamendementer, déi an eisen Aen awer haaptsächlech Manövere sinn, ganz duerchsichteg Manövere sinn, fir d'Stierfhëllefgesetz iwwer hir Amendementer, vu bannen eraus, esou ze beschneiden, esou auszehielechen an esou ofzeschwächen, datt finalement nach just den Titel vum Gesetz an e schwache Kader géif iwwreg bleiwen.

An der Santéskommissioun sinn déi wesentlech CSV-Amendementer net nëmme vum Statsrot, wéi den Här Bodry dat virdu gesot huet, mä natierlech och vun der Majoritéit an der Santéskommissioun ofgelehnt ginn, well se d'Rechter, den Accès vum Patient op Stierfhëllef oder op Suicide assisté esou wäit géifen aschränken, datt een dat Gesetz iwwerhaapt net méi géif erëmerkennen.

Datt ech an dësem Zesummenhang näischt erfannen, dat ass net einfach eng Behauptung! Dat geet zum Beispill däitlech aus engem Artikel am „Lëtzebuurger Wort“ - ee Moment, ech kann lech dat weisen - vum Här François Biltgen, Nationalpresident vun der CSV, vum 10. Dezember ervir. Dat ass nach guer net laang hier. Wat seet den Här Biltgen? Ech zitëiere säi Punkt sechs, wat den Här Biltgen seet. Den Här Biltgen seet: „Wir werden bis zum Schluss kämpfen.“ Dat ass d'Äntwert un déi 53 EVP-Deputéierten, déi jo d'CSV attackéiert haten, een, zwee Deeg virdrun. „Wir werden kämpfen bis zum Schluss, um die aktuelle Euthanasievorlage,...“ - et ass schued, datt den Här Biltgen elo net hei ass - „...die ein menschenunwürdiges Gesetz ist, zu verhindern oder zumindest abzuändern.“ Dat war also d'Äntwert, wéi gesot, un déi 53 EVP-Deputéierten.

Den Här Biltgen hätt vläicht eierlechkeetshallwer misse soen, datt d'CSV-Amendementer iwwert den „Palliativfilter“, dee jo virdu schonn ugeschwat ginn ass, oder iwwert deen Dokteschkollegium, dee vun der Madame Stein hei ugeschwat ginn ass, dee virdrun all Fäll vu méiglecher Euthanasie fir d'éischt misst iwwerpräiwen a jugéieren, a Wierklechkeet dorop erauslafen, fir an e scho strengt Gesetz nach weider Bremsen

an nach weider Barrièren zu Ongonschte vu stierweskranken, verzweifelte Patienten anzubauen.

Schonn am Joer 2002 hat sech, a kloere Wierder, d'Association des médecins et médecins dentistes géint esou eng bürokratesch Ex-ante-Kommissioun agesat. Eng Ex-ante-Kommissioun - och vum Conseil d'État jo ofgelehnt -, déi komplett weltfriem wier. D'Praxis an der Belsch niwendru fonctionnéiert noweisbar ganz gutt, an et ass duerfir kloer, datt mer net op esou Manövere vun der CSV wëllen erafalen.

Aus dëse Grënn ass et kloer, datt ech als Corapporteur, mä och d'Madame Err, dës CSV-Amendementer an der Kommissioun ofgelehnt hunn, a mir ruffen och de Plenum dozou op, se ze refuséieren. Ech kommen herno nach eng kéier op d'Haltung vun den Dokteren zrëck.

Ier ech op den CSV-President, den Här Biltgen, um Schluss nach eng kéier zrëckkommen, sief awer nach d'Haapt-CSV-Positioun an hiren Amendementer vis-à-vis kloer gestallt. Zum Beispill wat de sougenannten „filtre palliatif“ betrëfft, dat heescht der CSV hir Fuerderung, datt all verzweifelte Patient misst obligatoresch fir d'éischt duerch d'palliativ Sedéierung an duerch dee ganzen Apparat goen, ier en därer no aktiver Stierfhëllef froen.

Dir Dammen an Dir Hären, selbstverständlech verlaangt zu Recht jiddwer Schwéierkranken, wann dann d'Péng ganz staark a konstant ass, no adequate Schmärerzmëttelen. Dat ass elementar. Dofir brauch ee keen CSV-Palliativfilter. Mä op där anerer Säit ass et awer och gradesou kloer, datt kee Patient kann zu enger palliativer Sedéierung gezwonge ginn, wann hien dat net wëllt.

Oder, Dir Dammen an Dir Häre vun der CSV-Fraktioun, sidd Dir der Meenung, datt ee krank Mënsche misst zu Palliativmedezin an zu palliativer Sedéierung zwénge? Da sot et hei kloer! Da wäert Der allerdéngs am krasse Widdersproch zu eisem Spidolsgesetz vun 1998, dat a sengen Artikelen 38 a 40 iwwert d'Droits des patients däitlech festleet, datt e Patient net kann zu engem Acte diagnostique oder thérapeutique gezwonge ginn, wat iwwregens och a villen internationale Konventiounen esou festgeluecht ass.

E Patient, deen iwwer säin Zoustand a seng Aussichten éclairéiert ass, dee muss scho seng Zoustëmmung zu Traitementer ginn, an dat ass gutt an dat ass richtig esou.

Wat elo déi berüchtegt Commission d'évaluation et de contrôle ex post an eisem Gesetz ubelaangt, esou fuerderen d'Euthanasiegéigner an och d'CSV, dat misst eng Ex-ante-Kommissioun sinn, déi am Virfeld bei der CSV duerch e Kollegium vu véier Fachdoktere misst iwwert d'Acceptabilitéit vun all Stierfhëllefdeemande jugéieren. De verzweifelte Patient a säin Dokter missten also op d'Uerteel vun esou enger Zort Tribunal waarden. Si wieren total dem „goodwill“ oder der Selbstherlechteet vun esou enger Kommissioun ausgesat. Heiansdo wier de Patient wahrscheinlech scho laang dout, ier déi Kommissioun a Majoritéit zesummefonnt hätt.

Ech wëilt hei nach eng kéier un den Avis vun den Dokteren erënneren, deen ech lech dofir nach eng kéier zitëieren, wat déi gesot hunn, well et esou schéin ass a well et esou konkret ass: «C'est ici que nous voyons les plus grands problèmes et ceci d'autant plus que les modalités pratiques préconisées sont à des milliers de kilomètres d'une approche réalisable sur le terrain. À certains de nos membres...», also vun hiren Dokteschmëmbere, «...ces dispositions donnent même carrément froid au dos



quant à leur aspect bureaucratique et envahissant.» A weider: «Nous refusons totalement une approche lente, lourde et administrative.» A schliesslech: «Dans la plupart des cas, les patients ne peuvent pas attendre des jours ou des semaines alors qu'une souffrance est en place.» An esou virun.

Dat si kloer Wieder. Also de Statsrot lehnt déi Ex-ante-Kommissioun of, an d'Associatioun vun den Dokteren huet se an hirem Avis zum Projet och ofgelehnt. Esou wäit, Dir Dammen an Dir Hären, firwat mir eng Ex-ante-Kommissioun oflehnen.

Derniewent kënn nach, an dat hunn ech jo scho gesot, datt déi éischt Fonctioun vun esou enger Kommissioun net d'Iwwerwachung vum eenzelne Fall virdrun ass am Genre vun engem Tribunal, mä do soll am Fong kontrolléiert ginn, ob d'Dokteren d'Spillregele vum Gesetz, wat kloer Konditiounen setzt, agehalen hunn.

D'Ex-post-Kommissioun, wéi se an eisem Gesetz elo virgesinn ass, ass jo iwwregens net - wéi dat versicht ginn ass duergestallt ze gi vun engem Dokter, deem am Fong an deene leschten Deeg vill Maile verschéckt a Pressekongferenze gemaach huet - déi eenzeg Kontroll oder Barrière par rapport zu eventuell denkbaren Abusen. Mä et ass just eng lescht Barrière a Kontroll, fir datt et zu Abuse praktesch net ka kommen. Ech hunn lech et scho gesot: A véier Joer, vun 2002 bis 2006, ass et an der Belsch net zu engem eenzege Fall vun Abus komm.

E kuerzt Wuert just zur Debat an der Santéskommissioun, wou et u sech méi roueg zougaangen ass, wou et relativ calme zougaangen ass. De Public ass no all Santéskommissioun iwwert d'Medié regelméisseg iwwert den Avancement vun eisen Aarbechten informéiert ginn. D'Debatt an der Öffentlechkeet dobaussen, déi war bekanntlech jo vill méi animéiert, wat d'Pro- an d'Kontra-Lieserbréiwer an d'Stellungnahmen an der Press an an de Medié generell gewisen hunn. Woubäi ech elo hei net méi un déi Petitioun vun den Euthanasiegeignen am „Wort“ wëll erënneren, déi duerno scho relativ schnell dépasséiert gouf duerch déi sougenannte Sokrates-Géigepetitioun iwwer Internet an iwwert d'„Tageblatt“.

Wat mer dovunner solle behalen awer vläicht alleguerten, ass virun allem eng extraordinär Diskussionsbereitschaft iwwer esou e komplizéierte gesellschaftspoliteschen Thema, wat allerdéngs e ganz gutt Zeechen ass vun enger neier, lieweger a participativer Demokratie. Et ass warscheinlech scho ganz laang net méi esou intensiv diskutéiert a korrespondéiert gi wéi bei dësem Thema Stierfhëllef. An et ass duerfir fir eis och total onverständlech, wann et haut nach ëmmer Géigner vun der Stierfhëllef gëtt, déi behaupten, den Thema wier net breet an net laang genuch diskutéiert ginn. Mä op wéi engem Planéit liewen déi Leit iwwerhaupt?

Dir Dammen an Dir Hären, d'Pro-a-kontra-Debat ass wéi gesot an der ganzer Press, an alle Medié gefouert ginn. Et sinn der ganz vill ginn, och den Erzbischof, och de Vatikan an zum Schluss souguer de Grand-Duc, déi an dës Diskussioun agegraff hunn. D'Medien hunn insgesamt, ausser dem „Wort“, eng zimlech positiv Roll gespillt, fir eng pluralistesche a kontradiktorech Diskussionskultur ze animéieren, eng Diskussionskultur, wéi eise Premier se jo gär hätt.

Eleng d'„Wort“ huet - zënter éiweg, mä virun allem zënter engem Joer - eng absolut onwiederdeeg Roll gespillt, andeem honnertprozenteg eesäiteg a penetrant ausschliesslech Argumenter a Polemiken an och souguer Ki ënnert d'Gürtellinn ouni Problemer publizéiert gi sinn, an ni an iergendenger Form...

#### (Interruption)

...och nëmmen ee Wuert zugonschte vun der Stierfhëllef do publizéiert ginn ass, während, Här Jaerling, am „Tageblatt“ Der no kucke kënn - ech weess net, ob Dir d'Zeitung regelméisseg liest, mä liest no, d'„Tageblatt“ huet doranner eng ganz positiv Roll gespillt -, dass se souwuel Bréiwer derfir wéi ganz heefeg dergéint bruecht hunn. Ganz heefeg waren och Stellungnahmen am „Tageblatt“ virum 19. Februar dergéint, géint d'aktiv Stierfhëllef, an all déi bekannte Géigner vun der Euthanasie - ech kéint se namentlech hei opzielen - hu problemlos all hir Lieserbréiwer am „Tageblatt“ publizéiert kritt, wat am „Wort“ ni geschitt ass. Net eng eenzeg kéier!

Ech wëll zu esou enger total eesäiteger Informatiounspolitik vum Chefredakter vum „Lëtzeburger Wort“, well et si jo net d'Journalisten, hei elo net nach méi soen, ausser vläicht dat heiten, en Zitat vun der „Wort“-Redaktioun selwer, publizéiert am Uschloss vum Här Biltgen sengem Artikel an enger Foussnout, an déi Foussnout muss ee sech

wierklech op der Zong zergoe loosse! Ech zitéiere se duerfir - Originalzitat vun der Redaktioun vum „Lëtzeburger Wort“: „Wenn wir nur die uns oder der CSV genehmen offenen Briefe, Analysen und Meinungen, freien Tribünen und Briefe an die Redaktion abdrucken würden, verfehlten wir unser Ziel,...“ - an elo kënn et - „...nämlich u.a. eine Plattform offener Auseinandersetzungen für möglichst viele zu sein.“ Enn vum Zitat.

Een, dee verfollegt huet, wat am „Lëtzeburger Wort“ an annerhalleft Joer d'lescht Joer gemaach ginn ass, a wie weess, wat do bruecht ginn ass a wéi eesäiteg, an zwar honnertprozenteg eesäiteg all d'Stellungnahmen waren, dee kann nëmmen de Kapp rëselen!

Ech weess net, ech komme mer vir wéi am Cabaret.

#### (Hilarité)

Ass dat do e Cabaret? Soll dat Cabaret sinn oder si mer schonn am Huxley sengem „Brave new world“? Ech kann nëmme soen: Weider esou, léif „Lëtzeburger Wort“-Redaktioun, mat Ärer Plattform fir eng offen Auseinandersetzung „für möglichst viele“!

Dir Dammen an Dir Hären, och eisen Erzbischof a souguer déi päpstlech Akademie, d'Académie pontificale pour la vie zu Roum, wollten eis nach an deene leschten Deeg hir gutt Rotschléi mat op de Wee ginn, en vue vun eisem Vote vun haut iwwert d'Stierfhëllef.

Fir d'éischt eise kathouleschen Erzbischof, deem et zënter ronn engem Joer ëmmerhin op dräi sougenannten Hiertebréiwer géint d'Stierfhëllef bruecht huet an zu eiser Ënnerstützung och souguer e gréissert Bischofswuert an alle Sonndesmassen de leschte Sonndeg - oder war et de virleschte Sonndeg? - virliese gelooss huet.

A sengem leschten Hiertebréif „Für das Leben“, dat war elo e Samschdeg, dat ass elo fënnf Deeg hier, den 13. Dezember - de Bréif huet den Titel „Für das Leben“ -, huet den Erzbischof Fernand Franck dat geballte Gewicht vu senger Sachkenntnis a vu senger Aschtzung vum Stierfhëllefgesetz nach eng kéier knallhaart ënner Bewäis gestallt. An dësem Hiertebréif stoung esou zum Beispill, ech zitéieren den Här Franck - also, Dir kënn et hei kucken, et sinn déi Sätz, déi ech ënnerstrach hunn am Bréif: „Es soll ein einklagbares Recht auf Euthanasie geschaffen werden.“

Wéi d'Madame Err an ech dat iwwert de Weekend gelies haten, do ware mer allerdéngs zimlech platt, well mir esou en einklagbaart Recht op Euthanasie an eisem Gesetzestext einfach net konnte fannen, ganz einfach, well et dat an eisem Text net gëtt!

Wann een also esou feierlech Hiertebréiwer schreift, och als Erzbischof, misst ee vläicht awer dach dann eng kéier iwwerliesen, wat een do esou zu Pabeier bruecht huet.

An da kënn an deem Hiertebréif hei e puer Zeilen duerno, dat ass also hei ënnerstrach, eppes Zweetes ganz Rätselhaftes. Do gëtt et jo tatsächlech folgend Ausso - ech zitéieren: „Darüber hinaus wird (...) verschwiegen, dass das sogenannte Sterben auf Verlangen die notwendige Zustimmung eines Dritten, zumeist eines Arztes, erfordert.“ Enn vum Zitat.

Wéi ech dat am Hiertebréif gelies hunn, do war ech nach méi platt wéi bei deem éischten Zitat. Am Gesetzesvorschlag Err/Huss gëtt esou därelech betount, datt d'Stierfhëllef nëmme vun engem Dokter oder vun Doktere geleescht ka ginn, datt ee wierklech scho méi wéi blann muss sinn, fir dat am Gesetzestext net erausfonnt ze hunn. Oder vläicht gëtt et aner Ursaachen?

Esou wäit, Dir Dammen an Dir Hären, zum Wourechtgehalt vun erzbischoflichen Hiertebréiwer. Vu datt warscheinlech awer nëmme ganz wéineg „Wort“-Lieser esou Hiertebréiwer liesen, ass dat awer eigentlech net weider schlëmm. Ech wollt hei just nach eng kéier charakteristesche op esou e Beispill vun Informatiouns- oder Desinformatiounspolitik hiweisen.

Mä da gëtt et jo an der kathoulescher Kirchenhierarchie och nach déi Étage do driwwer. Déi vum Vatikan zu Roum. An och de Vatikan hat sech scho virun enger gudder Woch eng éischte kéier an elo nach eng kéier de 15. Dezember zu Wuert gemellt, fir de Lëtzeburger Deputéierten an dem Lëtzeburger Vollek seng Meenung zum Lëtzeburger Stierfhëllefgesetz matzedeelen. Et kann natierlech ëmmer interessant sinn, och ze lauschten, wat eis de Vatikan an der Fro vun der aktiver Stierfhëllef ze soen huet, a beim Vatikan ass et jo dankenswäerterweis ëmmer esou, datt do Kloertext geschwat gëtt.

Wat seet eis de Vatikan baséierend op der sougenannter Enzyklika „Evangelium vitae“, déi jo nach vum fréiere Pöpst Jean Paul II

verkünt gi war, iwwert d'Stierfhëllef, iwwert d'Euthanasie?

Hie mécht am Fong zwou Haaptaussoen. Ech liesen net de ganzen Text elo vir, mä just déi zwou Haaptaussoen, nozeliesen an engem Bréif vun engem Monsignore Rino Fisichella - hei ass d'Foto vun deem Här -, dem President vun der Académie pontificale pour la vie.

Éischt Ausso, d'Kierch oder de Vatikan si radikal géint dat Stierfhëllefgesetz zu Lëtzebuerg, well et - ech zitéieren - «un attentat à la vie humaine» wier, an d'Kierch wier fir den absolute Schutz vun dësem menschleche Liewen. Esou reng abstrakt gekuckt, kéint am Fong jiddwereen heibannen d'accord si mat der Formel „Schutz vum menschleche Liewen“.

Wat awer, Dir Dammen an Dir Hären, wann, wéi am Fall vun der Demande no Stierfhëllef, den Doudkranken, den total Verzweifelten, grad eben net méi geschützt wëllt ginn a léiwer esou schnell, mä och esou schmärerlos wéi méiglech säi Liewe wëllt zu Enn bréngen?

Muss een e Liewen, wat net méi liewe wëllt, weiderschützen, dat heescht a Wierklechkeet zwéngen, géint den eegene Wëlle wederzeliewen oder eventuell ze vegetéieren - esou wéi et am Fall vum Vincent Humbert de Fall gewiescht wier?

Wéi glawierdeg ass de Vatikan iwwerhaupt, wann e vum absolute Schutz vum menschleche Liewe schwätzt?

Keng Angscht, Dir Dammen an Dir Hären, ech wäert elo net hei an d'Kierchegeschicht vun 2000 Joer Vatikan nobliedere goen, wou bekanntlech Mord an Doutschlag, Intrigen a Folterkräizlich an Inquisition, Hexeverbrennungen a sougenannte chrëschtlech Bekéierungen an de Länner vum Tiers-Monde Milliounen onschëlleg Menschen d'Liewe kascht hunn. Déi Saache si vläicht laang hier, mä si sinn net vergiess. Och d'Haltung vum Vatikan vis-à-vis vum Franco, vum Hitler a vum Pinochet - dat war nach am 20. Jorhonnert - sinn net grad dozou géegent, d'Glawierdegkeet vum Vatikan a Saache Schutz vum Liewen ze ënnermaueren. Dat ass natierlech och elo scho fréier gewiescht.

Mä wéi ass et dann, Dir Dammen an Dir Hären, haut mat der Glawierdegkeet vun der Vatikanpolitik a Saache Schutz vum Liewen, well mer jo opgefuerdert gi bei dësem Gesetz, d'Liewen ze schützen?

Ech hunn dëser Deeg nach e ganz interessant, mä eigentlech absolut dramatescht Buch gelies, dat ass dat heite Buch „Gott, Aids, Afrika“, wat ech jiddwerengem vun lech recommandéieren ze liesen a wou et och ëm en allerdéngs inexistente Schutz vum Liewe geet, a vill méi ëm e Massestierwe vu Milliounen, un deem grad de Vatikan mat haaptschëlleg ass. An dat alles fënn haut ënnert den Ae vum Vatikan a vun der Weltöffentlechkeet statt.

Ee vun deenen zwee Auteuren, de Stefan Hippler, ass e kathoulesche Paschtouer, deem zu Tréier war an deem haut a Südafrika zu Kapstadt Paschtouer ass vun der däitschsproocheger kathoulescher Gemeng. Dëse kathoulesche Paschtouer schildert an dësem Buch den absoluten Drama vun der Aidsepidemie an Afrika an am Tiers-Monde, an hien accuséiert ganz kloer de Pöpst an de Vatikan, matschëlleg um Doud vun dausende Bëbeeën a kleng Kanner all Dag ze sinn, déi aidsinfizéiert stierwen, well d'kathoulesch Kierch hiren Elteren, hiren Unhänger, nach ëmmer kënschtlech Verhütungsmëttel, zum Beispill de Préservatif, verbitt.

Resultat: eng kaum nach anzedämmend Epidemie all Dag an Afrika, no offiziellen Donnéeën 8.000 Doudecher vun Aids den Dag. An dat ouni Ex-ante- an ouni Ex-post-Kommissioun!

Dir Dammen an Dir Hären, ech hunn dëst trauregt an dramatescht Kapitel vum Aids just ugefouert, fir ze weisen, wéi den abstrakte Begrëff vum Schutz vum Liewe vum Vatikan selwer an der Praxis gehandhaabt gëtt. Stierfhëllef verdäiwelen, awer matschëlleg sinn aus reng doktrinäre Grënn um alldeegleche Massestierwe vun onschëllegen afrikanesche Bëbeeën a kleng Kanner: Dat alles ass net ganz seriö. Mä dat ass nach laang net alles.

A sengem Bréif un eis Parlamentarier heibannen diktéiert eis de Vertrieeder vum Vatikan och nach, wat mer hei zu Lëtzebuerg ze loosse a wat mer ze maachen hunn. Hie preziséiert: «Tous ceux qui sont engagés directement dans les instances législatives...» - dat si mir hei alleguerten - «... ont l'obligation précise de s'opposer à toute loi qui soit un attentat à la vie humaine.»

An da geet et nach virun, en anert Zitat, och dat betrëfft eis alleguerten, an do solle vläicht wierklech d'Leit nolauschten, well

dat ass eng Iddi méi subtil, mä awer vill méi geféierlech: «La liberté du parlementaire nuit au bien commun quand son choix politique se fonde sur une base relativiste qui confond toutes les positions en les prétendant licites au nom de la liberté individuelle.»

A wann Der dat kuckt, wat déi lescht Enzyklike ware vu Roum aus, dann ass dat ee vun den Hauptpunkten. Dat heescht, si akzeptéiere guer net, datt aner Leit, aner politesch Kräfte oder egal wien aner Meenunge kënnen hunn a moralesche Froe wéi si. Si wëllen diktéieren. An all deenen dote Froen. Net nëmmen hei bei der Stierfhëllef. Och beim Avortement. Och bei der Insémination artificielle. Och bei der Stammzellenforschung. Si wëllen diktéieren! A si akzeptéiere guer net, datt et aner Meenunge kéint ginn, déi sech an engem Parlament kéinten duerchsetzen, an duerfir bekämpfe se et.

Dat erkläert, Här Bodry, vläicht all déi Bréiwer an all dat, wat do komm ass vu Roum an aus dem Ausland. Individuell Fräiheet, Autonomie a Selbstbestëmmung iwwert dat eegent Liewen, dat kann anscheinend de réimesche Vatikan net verkraaften.

Mä um Schluss vu sengem Schreiwe gëtt et dann eigentlech nach am interessantesten. Well dat direkt mam Vote vun der CSV a mat den CSV-Amendementer heibannen ze dinn huet.

Dir Dammen an Dir Hären, Dir kënn lech erënneren un de Saz ënner Punkt 6 am „Wort“, wou den Här Biltgen als CSV-President geschriwwen hat: „Wir werden bis zum Schluss kämpfen, um die aktuelle Euthanasievorlage, die ein menschenunwürdiges Gesetz ist, zu verhindern oder zumindest abzuändern.“

Wat seet zu dëser CSV-Strategie, zu dëse sougenannten CSV-Kompromissamendementen de Monsignore Fisichella, de Porteparole vum aktuelle Pöpst Benedikt zu Roum? Hie seet zwou Saachen. Éischt Zitat, dat bezitt sech jo da bei der CSV op déi kathoulesch Deputéierten: «Le parlementaire catholique ne peut pas non plus en appeler au principe du „moindre mal“.»

Dat ass also, wat den Här Biltgen an d'CSV mat hiren Amendementer wëllen erreechen. Dat heescht, entweder et ass een dergéint, oder wann een net dergéint ass, kann een Amendementer maachen. Mä wann een Amendementer mécht, ass ee jo awer e wéineg derfir. Sou ass de Rasonnement, also d'Opfuerderung un all kathouleschen CSV-Deputéierten, radikal dergéint ze stëmmen.

An den zweete Saz dann, wou dat därelech gëtt: «Une dépenalisation ne réduit nullement le mal objectif que cette loi porte en elle. Le seul amendement valable ne peut être que son abrogation.»

Dir Dammen an Dir Häre vun der CSV-Fraktion, an där doter Logik wier eng Fro, déi ech eventuell un lech hätt: Haalt Dir dann iwwerhaupt Är Amendementer oprecht, wann Dir der Logik vum Vatikan follegt?

Dann nach eng Fro un den CSV-President François Biltgen. Wat ass dat, wann ee seet, e Gesetz wier mënschenonwiederdeeg? A wat ass dann, wann herno hei eventuell eng Majoritéit vun Deputéierten - ech weess et jo net - awer esou e mënschenonwiederdeeg Gesetz stëmmt? Wat bedeit dat dann? Déi Deputéierten, déi e mënschenonwiederdeeg Gesetz stëmmen, wéi sinn déi dann? Ech wier nawell frou, eng Äntwert dorop ze kréien!

E lescht Wuert zum Agräife vun eisem Grand-Duc an déi dote Situatioun. De Grand-Duc huet gesot, hien hätt Problemer mat eisem Gesetz, sou datt hien dat Gesetz net wëllt ënnerschreien.

Dir Dammen an Dir Hären, de Grand-Duc huet selbstverständlech wéi jiddwereen e privat Recht op seng Meenung an e privat Recht op säi Gewëssen. De Grand-Duc Henri ass awer hei net eng Privatpersoun, mä hien ass eist Statsoberhaupt, dat iwwert dem politeschen an dem parlamentaresche legislative Prozess ze stoen huet.

Bis haut huet eis Verfassungstraditioun ëmmer esou ausgesinn, datt déi fräi gewielte Chamber Gesetzter mécht, ofstëmmt an decidéiert, an d'Exekutiv, d'Regierung an de Grand-Duc, setzen dës Décisiounen an der Chamber ëm.



Duerfir aus menger perséinlecher, mä ganz däitlech och aus der Vue vun der ganzer grénger Fraktioun zwou Demanden un de Grand-Duc Henri:

1) Bleift wann ech gelift esou wéi Är Famill, d'Grande-Duchesse Charlotte an de Grand-Duc Jean, dobäi, vun der Chamber demokratesch gestëmmte Gesetzer ze ënnerschreiwen.

2) Duerch Ären öffentleche Refus, aus Gewëssensgrënn d'Stierfhëllefgesetz net wëllen ze ënnerschreiwen, konnt Dir jo de Lëtzebuerger Är Gewëssensproblemer duerleeën. Dat ass jo an der Zwëschenzäit elo geschitt.

Et gëtt duerfir fir déi gréng Fraktioun net méi dee geréngste Grond, fir elo weiderhin net wëllen ze ënnerschreiwen. Oder, Grand-Duc Henri, erkläert de Lëtzebuerger vläicht an Ärer Chrëscht dagsusprooch, datt net méi déi fräi gewielte Chamber, mä Dir selwer wëllt bestëmmen, wat fir eng Gesetzer hei zu Lëtzebuerg gemaach däerfe ginn a wat fir eng a Kraaft däerfen trieden oder net.

Ech soen lech Merci.

»»» **Plusieurs voix**.- Très bien!

»»» **M. le Président**.- Merci, Här Huss. Domadder si mer um Enn vun eisen Aarbechte fir haut de Moien ukomm. Haut de Mëtteg um hallwer dräi gesi mer eis erëm fir d'Suite vun den Debatten.

D'Sitzung ass opgehuewen.

**(Fin de la séance publique à 12.48 heures)**

### Sommaire des séances publiques N<sup>os</sup> 19, 20, 21 et 22

|                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                   |               |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------------|
| Communications                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                    | page 209      |
| Ordre du jour                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                     | pages 209-210 |
| Résolution de M. Jacques-Yves Henckes relative au report du vote sur la proposition de loi N°4909 sur l'euthanasie et l'assistance au suicide                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                     | pages 210-212 |
| 5913 - Projet de loi                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                              |               |
| - portant révision du régime applicable à certains actes de société en matière de droits d'enregistrement                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                         |               |
| - portant transposition de la directive 2008/7/CE du Conseil du 12 février 2008 concernant les impôts indirects frappant les rassemblements de capitaux                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                           |               |
| - modifiant: • la loi modifiée du 7 août 1920, portant majoration des droits d'enregistrement, de timbre, de succession, etc. • la loi modifiée du 20 décembre 2002 concernant les organismes de placement collectif • la loi du 22 mars 2004 relative à la titrisation • la loi modifiée du 15 juin 2004 relative à la société d'investissement en capital à risque (SICAR) • la loi modifiée du 13 juillet 2005 relative aux institutions de retraite professionnelle sous forme de sepcav et assep • la loi du 13 février 2007 relative aux fonds d'investissement spécialisés |               |
| - et abrogeant la loi modifiée du 29 décembre 1971 concernant l'impôt frappant les rassemblements de capitaux dans les sociétés civiles et commerciales et portant révision de certaines dispositions législatives régissant la perception des droits d'enregistrement                                                                                                                                                                                                                                                                                                            |               |
| et                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                |               |
| 5924 - Projet de loi portant modification                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                         |               |
| - de la loi modifiée du 4 décembre 1967 concernant l'impôt sur le revenu;                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                         |               |
| - de la loi modifiée du 16 octobre 1934 sur l'évaluation des biens et valeurs;                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                    |               |
| - de la loi modifiée du 1 <sup>er</sup> décembre 1936 sur l'impôt commercial communal;                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                            |               |
| - de la loi modifiée du 23 décembre 2005 portant introduction d'une retenue à la source libératoire sur certains intérêts produits par l'épargne mobilière;                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                       |               |
| - de la loi modifiée du 24 décembre 1996 portant introduction d'une bonification d'impôt sur le revenu en cas d'embauche de chômeurs;                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                             |               |
| - de la loi modifiée du 27 novembre 1933 concernant le recouvrement des contributions directes, des droits d'accise sur l'eau-de-vie et des cotisations d'assurance sociale;                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                      |               |
| - de la loi modifiée du 17 avril 1964 portant réorganisation de l'administration des contributions directes;                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                      |               |
| - de la loi modifiée du 5 avril 1993 relative au secteur bancaire;                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                |               |
| - de la loi modifiée du 22 décembre 2006 promouvant le maintien dans l'emploi et définissant des mesures spéciales en matière de sécurité sociale et de politique de l'environnement;                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                             |               |
| - de la loi modifiée du 9 juillet 1937 concernant l'impôt sur les assurances;                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                     |               |
| - de la loi modifiée du 21 avril 1928 sur les associations et les fondations sans but lucratif                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                    | pages 212-221 |
| 5900 - Projet de loi concernant le budget des recettes et des dépenses de l'État pour l'exercice 2009 (suite)                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                     | page 221      |
| Motion de Mme Viviane Loschetter relative au ralliement contre le principe de dérogation à la règle des 48 heures de travail hebdomadaire au niveau du Conseil                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                    | pages 221-222 |
| 5870 - Projet de loi portant création de l'Administration des Services médicaux du                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                |               |

|                                                                                                                                                                                                                                                                                                                           |                           |
|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------------------------|
| Secteur public                                                                                                                                                                                                                                                                                                            | pages 223-224<br>page 226 |
| 5889 Projet de loi modifiant et complétant                                                                                                                                                                                                                                                                                |                           |
| a) la loi modifiée du 16 avril 1979 fixant le statut général des fonctionnaires de l'État                                                                                                                                                                                                                                 |                           |
| b) la loi modifiée du 22 juin 1963 fixant le régime des traitements des fonctionnaires de l'État                                                                                                                                                                                                                          |                           |
| c) la loi du 14 novembre 1991 fixant les conditions et les modalités de l'accès du fonctionnaire à une carrière supérieure à la sienne                                                                                                                                                                                    |                           |
| d) la loi modifiée du 27 mars 1986 fixant les conditions et les modalités selon lesquelles le fonctionnaire de l'État peut se faire changer d'administration                                                                                                                                                              |                           |
| e) la loi modifiée du 23 juillet 1952 concernant l'organisation militaire                                                                                                                                                                                                                                                 |                           |
| f) la loi du 21 décembre 2007 modifiant la loi modifiée du 23 juillet 1952 concernant l'organisation militaire                                                                                                                                                                                                            | pages 224-226             |
| 5911 - Projet de loi relatif à la construction du Pavillon luxembourgeois pour l'Exposition universelle 2010 à Schanghai                                                                                                                                                                                                  | pages 226-228             |
| 5757 - Projet de loi ayant pour objet la coopération interadministrative et judiciaire et le renforcement des moyens de l'Administration des Contributions directes, de l'Administration de l'Enregistrement et des Domaines et de l'Administration des Douanes et Accises et portant modification de                     |                           |
| - la loi modifiée du 12 février 1979 concernant la taxe sur la valeur ajoutée;                                                                                                                                                                                                                                            |                           |
| - la loi générale des impôts („Abgabenordnung“);                                                                                                                                                                                                                                                                          |                           |
| - la loi modifiée du 17 avril 1964 portant réorganisation de l'Administration des Contributions directes;                                                                                                                                                                                                                 |                           |
| - la loi modifiée du 20 mars 1970 portant réorganisation de l'Administration de l'Enregistrement et des Domaines;                                                                                                                                                                                                         |                           |
| - la loi modifiée du 27 novembre 1933 concernant le recouvrement des contributions directes et des cotisations d'assurance sociale                                                                                                                                                                                        | pages 228-229             |
| 5902 - Projet de loi                                                                                                                                                                                                                                                                                                      |                           |
| - approuvant la participation du Grand-Duché de Luxembourg à la 15 <sup>e</sup> reconstitution des ressources de l'Association internationale de développement                                                                                                                                                            |                           |
| - approuvant l'amendement des Statuts du Fonds monétaire international en faveur d'une extension de l'autorité d'investissement du Fonds                                                                                                                                                                                  |                           |
| - approuvant l'amendement des Statuts du Fonds monétaire international modifiant la structure des quotes-parts et renforçant la représentation des pays à faible revenu, et autorisant le Gouvernement à prendre les mesures nécessaires à l'augmentation de la quote-part du Luxembourg au Fonds monétaire international | pages 229-230             |
| 5768 - Projet de loi portant approbation de la Convention en matière de sécurité sociale entre le Grand-Duché de Luxembourg et la République de Macédoine, faite à Luxembourg, le 28 novembre 2006                                                                                                                        |                           |
| et                                                                                                                                                                                                                                                                                                                        |                           |
| 5885 - Projet de loi portant approbation de la Convention entre le Grand-Duché de Luxembourg et le Monténégro en matière de sécurité sociale                                                                                                                                                                              | pages 230-231             |
| 5941 - Projet de loi portant ajustement des pensions et rentes accident au niveau de vie 2007                                                                                                                                                                                                                             |                           |
| et                                                                                                                                                                                                                                                                                                                        |                           |
| 5839 - Projet de loi modifiant                                                                                                                                                                                                                                                                                            |                           |
| 1. la loi modifiée du 28 juillet 2000 ayant pour objet la coordination des régimes légaux de pension;                                                                                                                                                                                                                     |                           |
| 2. le Code de la Sécurité sociale;                                                                                                                                                                                                                                                                                        |                           |
| 3. la loi modifiée du 26 mai 1954 réglant les pensions des fonctionnaires de l'État;                                                                                                                                                                                                                                      |                           |
| 4. la loi modifiée du 27 août 1977 concernant le statut des fonctionnaires entrés au service d'Institutions internationales;                                                                                                                                                                                              |                           |
| 5. la loi modifiée du 3 août 1998 instituant des régimes de pension spéciaux pour les fonctionnaires de l'État et des communes ainsi que pour les agents de la Société nationale des Chemins de Fer luxembourgeois;                                                                                                       |                           |
| 6. la loi du 23 décembre 1998 relative au statut monétaire et à la Banque centrale du Luxembourg                                                                                                                                                                                                                          | pages 231-238             |
| 5859 - Projet de loi portant modification                                                                                                                                                                                                                                                                                 |                           |
| 1. de la loi électorale modifiée du 18 février 2003;                                                                                                                                                                                                                                                                      |                           |
| 2. de la loi du 4 février 2005 relative au référendum au niveau national                                                                                                                                                                                                                                                  | pages 238-243             |
| 5584 - Projet de loi relatif aux soins palliatifs, à la directive anticipée et à l'accompagnement en fin de vie et modifiant:                                                                                                                                                                                             |                           |
| 1. le Code de la Sécurité sociale;                                                                                                                                                                                                                                                                                        |                           |
| 2. la loi modifiée du 16 avril 1979 fixant le statut général des fonctionnaires de l'État;                                                                                                                                                                                                                                |                           |
| 3. la loi modifiée du 24 décembre 1985 fixant le statut général des fonctionnaires communaux;                                                                                                                                                                                                                             |                           |
| 4. le Code du Travail                                                                                                                                                                                                                                                                                                     | pages 243-248             |
| 4909 - Proposition de loi sur l'euthanasie et l'assistance au suicide                                                                                                                                                                                                                                                     | pages 248-256             |



Chambre  
des Députés  
L U X E M B O U R G

Chamber TV

weist all öffentlech Sëtzung  
live an integral

|                         |                           |                                                |                           |
|-------------------------|---------------------------|------------------------------------------------|---------------------------|
| An der Gemeng Bartreng  | um Kanal S40 / 455.25 Mhz | Zu Esch-Sauer                                  | um Kanal S40 / 455.25 Mhz |
| .                       |                           | .                                              |                           |
| Zu Beetebuerg           | um Kanal S40 / 455.25 Mhz | Zu Nidder- an Uewerfeelen                      | um Kanal S40 / 455.25 Mhz |
| .                       |                           | .                                              |                           |
| Zu Walfer               | um Kanal S29 / 367.25 Mhz | An der Gemeng Gréiwemaacher                    | um Kanal S40 / 455.25 Mhz |
| .                       |                           | .                                              |                           |
| Zu Biwer an zu Wecker   | um Kanal S40 / 455.25 Mhz | An der Gemeng Hieffenech                       | um Kanal S40 / 455.25 Mhz |
| .                       |                           | .                                              |                           |
| An der Gemeng Bous      | um Kanal S40 / 455.25 Mhz | An der Gemeng Hesper                           | um Kanal S40 / 455.25 Mhz |
| .                       |                           | .                                              |                           |
| An der Gemeng Bërmereng | um Kanal S40 / 455.25 Mhz | Zu Kielen (& Brameschaff), Keespelt, Meespelt, | um Kanal S40 / 455.25 Mhz |
| .                       |                           | .                                              |                           |
| An der Gemeng Konter    | um Kanal S40 / 455.25 Mhz | An der Gemeng Mamer                            | um Kanal S40 / 455.25 Mhz |
| .                       |                           | .                                              |                           |
| An der Gemeng Dippech   | um Kanal S40 / 455.25 Mhz | An der Gemeng Manternach                       | um Kanal S40 / 455.25 Mhz |
| .                       |                           | .                                              |                           |
| An der Gemeng Dikrech   | um Kanal S19 / 287.25 Mhz | An der Gemeng Medernach                        | um Kanal S40 / 455.25 Mhz |
| .                       |                           | .                                              |                           |
| Zu Iermsdref            | um Kanal S40 / 455.25 Mhz |                                                |                           |



Sommaire des questions parlementaires

| Question N° | Auteur                                  | Objet                                                                                                                                          |
|-------------|-----------------------------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| 2323        | M. Marc Spautz et M. Marcel Oberweis    | Trajet de la ligne 16 EUROBUS                                                                                                                  |
| 2484        | M. Gilles Roth                          | Gel des prix administrés au niveau de l'État et des communes                                                                                   |
| 2490        | M. Marcel Oberweis                      | Protection du personnel luxembourgeois employé auprès des Représentations du Luxembourg à l'étranger                                           |
| 2517        | M. Gast Gibéryen                        | Ligne d'autobus entre Thionville et Luxembourg                                                                                                 |
| 2522        | M. Robert Mehlen                        | École privée en langue portugaise                                                                                                              |
| 2524        | M. Laurent Mosar                        | Mode de saisine des juges respectivement le mode de comparution des personnes concernées en matière de litiges relatifs à des baux commerciaux |
| 2526        | M. Patrick Santer                       | Acides gras trans                                                                                                                              |
| 2529        | M. Ali Kaes                             | Conditions à respecter par les convois exceptionnels                                                                                           |
| 2553        | M. Henri Kox                            | Mesures en relation avec les rejets de substances radioactives et non radioactives dans l'environnement                                        |
| 2583        | M. Robert Mehlen                        | Prix des carburants                                                                                                                            |
| 2606        | M. Xavier Bettel                        | Nouvelle tarification des taxis de la Ville de Luxembourg                                                                                      |
| 2905        | M. John Castegnaro                      | Code du travail et salariés frontaliers                                                                                                        |
| 2932        | M. Ben Fayot                            | Bâtiments publics                                                                                                                              |
| 2959        | Mme Sylvie Andrich-Duval et M. Ali Kaes | Lycée Technique Hôtelier Alexis Heck (LTHAH)                                                                                                   |
| 2968        | M. Marcel Oberweis                      | Activités organisées dans le cadre de l'Année européenne du dialogue interculturel 2008                                                        |
| 2977        | M. Fernand Etgen                        | Service de remplacement en médecine dentaire                                                                                                   |
| 2987        | M. Henri Kox et M. Félix Braz           | Couloir pour autobus entre Pulvermuhl et le rond-point Schaffner                                                                               |
| 2994        | M. Marcel Oberweis                      | Aménagement d'un parc éolien                                                                                                                   |
| 2996        | M. Marc Spautz                          | Composition des délégations du personnel et plus particulièrement la désignation du délégué à l'égalité                                        |
| 2998        | M. Gilles Roth                          | Défibrillateurs automatiques                                                                                                                   |
| 3003        | M. Camille Gira                         | Minervals pour les cours de musique                                                                                                            |
| 3012        | M. Aly Jaerling                         | Dossier judiciaire                                                                                                                             |
| 3019        | M. Claude Adam                          | «Plurio.net»                                                                                                                                   |
| 3020        | M. Félix Braz                           | Pièces justifiant de l'intégration du demandeur dans la société luxembourgeoise                                                                |
| 3021        | M. Félix Braz                           | Soutien au nouveau président des États-Unis visant la fermeture du camp de Guantanamo                                                          |
| 3022        | M. Camille Gira et M. Jean Huss         | Rayonnement non ionisant des émetteurs radio de Marnach                                                                                        |
| 3023        | M. Aly Jaerling                         | Piétons victimes d'un accident de la route                                                                                                     |
| 3029        | M. Marc Spautz                          | Système de perception tarifaire électronique e-go                                                                                              |
| 3031        | M. Ben Fayot                            | Tarification des services médicaux pour les fonctionnaires européens                                                                           |
| 3032        | M. Marc Angel                           | Projet Go4lunch                                                                                                                                |
| 3033        | M. Robert Mehlen                        | Paieement de factures et remboursement de la TVA                                                                                               |
| 3034        | M. Alexandre Krieps                     | Formation des infirmiers au Luxembourg                                                                                                         |
| 3035        | M. Henri Kox                            | Dépassement par la société Tanklux des limites de bruit autorisées                                                                             |
| 3036        | M. Henri Kox                            | Vente aux enchères de logements du Fonds du Logement                                                                                           |

**Question 2323** (21.2.2008) de **MM. Marcel Oberweis** et **Marc Spautz** (CSV) concernant le **tra-jet de la ligne 16 «Eurobus»:**

Du lundi au samedi, les autobus de la ligne 16 «Eurobus» circulent toutes les 15 minutes entre la cité «Um Schlass» à Hesperange et l'aéroport. Or, les dimanches et jours fériés, les habitants de Hes-perange sont exclus de cette offre de transports publics parce que la ligne 16 fonctionne seulement entre la gare centrale et l'aéroport.

Le simple prolongement de l'«Eu-robus» les dimanches et jours fé-riés jusqu'à l'arrêt cité «Um Schlass» à Hesperange pourrait cependant remédier à cette situa-tion et les habitants concernés ne seraient ainsi plus privés de tout transport en commun.

Dans ce contexte, nous aimerions poser les questions suivantes à Monsieur le Ministre des Trans-ports:

- Pour satisfaire la demande des habitants de Hesperange, ne se-rait-il pas envisageable d'allonger les dimanches et jours fériés le parcours de la ligne 16 «Eurobus» jusqu'à l'arrêt susmentionné?

- Dans la négative, quelles sont les mesures envisagées par Mon-sieur le Ministre des Transports afin d'offrir un meilleur service aux usa-gers concernés?

**Réponse** (17.6.2008) de **M. Lu-cien Lux**, *Ministre des Trans-ports:*

Messieurs les Députés s'en-quièreent sur l'opportunité de des-servir la cité «Um Schlass» à Hes-perange par la ligne publique 16 également les dimanches.

À présent, cette ligne «Eurobus» qui relie la prédite cité à la zone d'activités Howald, à la gare de Luxembourg, au centre de la Ville, au Kirchberg et à l'aéroport suivant une cadence de toutes les 15 mi-nutes, les jours ouvrables, fonc-tionne toutes les 30 minutes les di-manches sur la relation Luxem-bourg/Gare-Aéroport.

Une desserte les dimanches de la zone d'activités à Howald n'est pas jugée utile, tout comme la desserte de la cité «Um Schlass» qui a été jugée inopportune en raison d'une faible demande et des nuisances y créées par les passages réguliers des autobus.

Mon service vient cependant de solliciter l'avis des autorités locales sur une future desserte de la cité

«Um Schlass» les dimanches, d'ailleurs techniquement possible.

Je tiendrai au courant Messieurs les Députés dès qu'une réaction de la part de la commune de Hes-perange me sera présentée.

**Question 2484** (21.4.2008) de **M. Gilles Roth** (CSV) concer-nant le **gel des prix adminis-trés au niveau de l'État et des communes:**

Le Ministre de l'Économie et du Commerce extérieur a récemment déclaré sur les ondes de RTL que dans le cadre de la lutte contre l'in-flation le Gouvernement entendrait geler les prix administrés au niveau de l'État. Monsieur le Ministre a pa-rallèlement lancé l'appel au sec-teur communal de ne pas procéder à des augmentations de taxes communales.

Dans ce contexte, j'aimerais poser les questions suivantes à Monsieur le Ministre de l'Économie et du Commerce extérieur:

- Est-ce que l'appel du Gouverne-ment à l'adresse des communes de ne pas procéder à des hausses de prix vise les taxes communales

proprement dites ou englobe-t-il également les redevances au sens fiscal du terme, tels les tarifs pour la fourniture d'eau, l'épuration des eaux usées, l'enlèvement d'or-dures?

- Est-ce que dans l'hypothèse d'un gel des taxes communales englo-bant les redevances, le Gouverne-ment entend également faire impo-ser un gel des tarifs appliqués par les fournisseurs d'énergie dans lesquels l'État détient directement ou indirectement une participation dans le capital social?

- Dans l'hypothèse d'un gel des taxes communales au sens large, quelle est la position du Gouverne-ment par rapport à l'application des principes du pollueur-payeur, et de la facturation des services au prix coûtant?

**Réponse** (18.6.2008) de **M. Jeannot Krecké**, *Ministre de l'Economie et du Commerce exté-rieur:*

- Dans l'avis du Comité de coordi-nation tripartite d'avril 2006 (Cha-pitre 1<sup>er</sup> «Maîtriser l'inflation»), les partenaires sociaux et le Gouverne-ment ont convenu d'un ensemble de mesures en vue d'une meilleure maîtrise de l'inflation, dont fait par-tie la poursuite d'une politique pru-dente et évitant les à-coups au ni-veau de l'adaptation des prix admini-strés. Ces tarifs publics figurent en effet parmi les divers facteurs in-ternes qui influencent l'évolution du taux d'inflation.

Suite à l'avis du Comité de coordi-nation tripartite, un état des lieux des travaux et pistes de réflexion en vue d'un *Plan d'action contre une inflation excessive* a été sou-mis au Conseil de Gouvernement en date du 27 avril 2007. L'établis-sement d'une procédure d'examen préalable de l'incidence d'une hausse des tarifs publics sur le taux d'inflation fait partie des me-sures juridiques et politiques à dis-position du Gouvernement qui ont été proposées dans ce plan. Le Conseil a également retenu qu'il faut être prudent quant aux instru-ments véritablement efficaces dont dispose l'État et quant à leur por-tée réelle dans la lutte contre un phénomène incontournable qu'est l'inflation. La politique contre l'infla-tion excessive est une compétence partagée des partenaires sociaux et de l'ensemble des acteurs du secteur public, et donc à côté de l'administration centrale aussi des autorités communales.

Le Conseil de Gouvernement a dé-cidé lors de sa séance du 18 avril 2008 de surseoir pour le moment à toute augmentation des prix admini-strés, et d'inviter les communes à faire de même. Cet appel s'ap-plique aux taxes communales et aux redevances perçues par les communes à la suite de l'exécution d'un service rendu à une entreprise ou à un ménage.

Une partie des services offerts par les communes qui entrent à l'heure actuelle dans la couverture de l'in-dice des prix à la consommation est repris dans la liste ci-dessous. Le gel temporaire du prix de ces prestations aurait donc un impact direct sur le taux d'inflation. Évi-demment le gel de prix peut avoir lieu uniquement dans les cas où il n'est pas contraire à une disposi-tion légale ou réglementaire en vi-gueur (par exemple: prix de l'eau après l'entrée en vigueur de la loi cadre sur l'eau).

| N° | Catégorie                                         |
|----|---------------------------------------------------|
| 1  | Collecte des ordures ménagères                    |
| 2  | Frais de stationnement                            |
| 3  | Théâtres, concerts, musées, bibliothèque (public) |
| 4  | Service sportif et récréatifs (publics)           |
| 5  | Cantines (publiques)                              |
| 6  | Internats                                         |

D'une manière générale, dans l'op-tique plus vaste du maintien du pouvoir d'achat des ménages, tel que l'entend le Gouvernement, toutes autres taxes ou redevances directement influençables par les autorités communales et non cou-vertes par la liste du Statec, doivent également être concer-nées par un gel temporaire car elles diminuent le pouvoir d'achat des ménages si les revenus restent constants.

- En vertu des directives europé-ennes en vigueur, la fourniture de l'électricité et la fourniture du gaz naturel sont libéralisés. La base lé-gale des secteurs concernés est donnée par les lois du 1<sup>er</sup> août 2007 concernant l'organisation du mar-ché de l'électricité respectivement du marché de gaz naturel. Les prix de l'électricité et du gaz naturel sont dès lors soumis aux seules règles du marché et ne sont pas des prix administrés.

- L'application des principes du pollueur-payeur et de la facturation au prix coûtant n'est pas remise en cause.

En ce qui concerne par exemple la fourniture d'eau et l'épuration des eaux usées, les principes de l'utili-sateur-payeur et du pollueur-payeur sont explicitement ancrés dans le projet de loi-cadre sur l'eau, résultant de la mise en appli-cation de la directive 2000/60/CE du Parlement européen et du Conseil du 23 octobre 2000, éta-blissant un cadre pour une poli-tique communautaire dans le do-maine de l'eau. L'Art.8 du projet de loi retient en effet que «les coûts des services liés à l'utilisation de l'eau sont récupérés sur les consommateurs bénéficiaires de ces services en tenant compte des principes de l'utilisateur-payeur et du pollueur-payeur», et ce à partir de la date du 1<sup>er</sup> janvier 2010.

Cependant dans ce contexte, le Gouvernement demande aux auto-rités communales de ne pas antici-per l'application de ces disposi-tions et d'attendre que tous les en-seignements des dispositions du projet de loi précité aient été mises en place.

Le Gouvernement et les com-munes ont une responsabilité conjointe en ce qui concerne l'adaptation des prix dans une pé-riode d'inflation élevée. Les com-munes sont incitées à limiter le plus possible l'évolution des frais de fonctionnement liés aux services prestés, et donc le prix coûtant, et à rechercher des gains de produc-tivité (à travers des économies d'échelle par exemple), permettant de réduire le niveau ou de freiner la hausse des coûts unitaires des prestations de services commu-naux.

**Question 2490** (23.4.2008) de **M. Marcel Oberweis** (CSV) concernant la **protection du personnel luxembourgeois employé auprès des Représentations du Luxembourg à l'étranger:**

Depuis un certain temps, de plus en plus d'employés d'organisa-tions humanitaires deviennent la cible d'enlèvements dans un cer-tain nombre de pays en dévelop-pement. Le dernier enlèvement en date est celui d'un Kényan et d'un Britannique, employés d'une so-ciété indienne sous contrat avec une agence d'aide de l'ONU, qui ont été enlevés le 1<sup>er</sup> avril en Soma-lie.

Dans ce contexte, j'aimerais poser les questions suivantes à Monsieur le Ministre des Affaires étrangères et de l'Immigration:



- En cas d'enlèvement d'un des collaborateurs luxembourgeois employés auprès d'une de nos représentations à l'étranger, quelles mesures de sécurité sont prévues par le Gouvernement?

- De manière générale, en cas d'émeutes dans un des pays où le Grand-Duché dispose d'une représentation, comment la sécurité du personnel luxembourgeois est-elle garantie?

**Réponse** (18.6.2008) de **M. Jean Asselborn**, *Ministre des Affaires étrangères et de l'Immigration*:

- La protection et la sécurité de nos postes et de nos agents diplomatiques à l'étranger incombent, selon les principes du droit international, à l'État auprès duquel notre mission est accréditée. (Articles 22, 29 et 30 de la Convention de Vienne de 1963 sur les relations diplomatiques).

En vertu de ce principe, la sécurité des ambassades, des agents diplomatiques, des locaux, du courrier et des archives doit être garantie par l'État accréditaire. Concrètement, pour ce qui est de la sécurité des agents, cela se traduit par une présence policière régulière, certains États disposant même d'une police spéciale consacrée à la protection des ambassades. Des aménagements de sécurité ou des travaux de voirie permettent également de sécuriser les abords des missions. À titre d'exemple, de tels aménagements ont été décidés par notre Gouvernement aux abords de certaines ambassades à Luxembourg, en fonction du degré de risque qu'elles encourent. Il va de soi que le Luxembourg, en cas de besoin, reçoit le même type de protection de la part des États où notre pays dispose d'une mission diplomatique.

- Je rappelle, à toutes fins utiles, que lorsque l'ordre public dans un pays n'est plus assuré par les autorités nationales et locales, le premier devoir des diplomates luxembourgeois sur place est de venir en aide aux compatriotes non diplomates, résidents ou de passage.

En vertu du principe exposé plus haut, la protection qui est accordée en temps normal aux diplomates s'exerce de manière renforcée lors de troubles graves à l'ordre public, qu'il s'agisse de manifestations violentes ou d'émeutes.

Différents postes diplomatiques luxembourgeois se sont retrouvés dans de telles situations. À chaque fois les autorités nationales concernées ont pris les mesures qui s'imposaient pour garantir la sécurité des ambassades et représentations. Avec succès.

En cas de menaces plus précises, un dialogue spécifique entre l'ambassade et les autorités nationales permet de trouver rapidement les solutions qui s'imposent pour installer des mesures de protection additionnelles. Nos missions à l'étranger bénéficient également de l'existence d'un dispositif de protection mis en place dans le cadre de l'Union européenne. En cas de menaces sur la sécurité des agents, des mesures de protection, voire d'évacuation, préparées au cas par cas, peuvent être activées. Si le Luxembourg n'a pas encore eu à évacuer d'urgence du personnel diplomatique, il lui a fallu assurer à plusieurs reprises le rapatriement d'autres ressortissants luxembourgeois, comme récemment au Liban.

En cas de menaces précises, graves et durables sur la sécurité de diplomates et de leur famille en poste, le Ministère décidera de leur rapatriement.

**Question 2517** (5.5.2008) de **M. Gast Gibéryen** (*ADR*) concernant la **ligne d'autobus entre Thionville et Luxembourg**:

Zanter dem 2. Mee zirkuléiert eng nei Buslinn tëschent Thionville a Lëtzebuerg, parallell zu enger Zuchlinn. Et ass net déi eenzeg Buslinn, déi niewent enger Zuchlinn ageriicht ass.

D'Linn 300 VilaVil fiert all 15 Minuten a benotzt och an de Spëtzenstonnen déi vill befueren Autobunn sou wéi an der Stad d'Axe Gare-Hamilius-roud Bréck.

Kann den Här Transportminister mer dës Froe beäntweren:

- Wien huet des Buslinn bestallt?
- Wéi héich sinn d'Käschten, déi d'öffentlech Hand fir dës Linn opbréngen muss?
- Wéi ginn dës Käschten tëschent de Lëtzebuerger an de franséischen Autoritéiten opgedeelt?
- Wéi vill CO<sub>2</sub> gëtt vun dëser Linn méi ausgestouss, besonnesch wann een dervun ausgeet, datt d'Zich vun der CFL mat Naturstrom fueren?
- Wat fir e Land, Lëtzebuerg oder Frankräich, kritt dësen CO<sub>2</sub> a senge Quote verrechnet?
- Wa schonns Busser parallell zum Zuch op dëser Streck agesat ginn, wier et dann net méi sënnvoll d'Linn iwwert de Park and Ride vu Fréiseng ze leeden and déi bestoend Busspur tëschent Fréiseng an der Stad ze benotzen?
- An engem Artikel am Quotidien freeë sech d'Benotzer, dass vis-à-vis vun dem Zuch d'Fuerzäit bis op de Kierchbiereg eng Stonn méi kuerz ass. Fäert de Minister net, datt esou Initiativen d'Clienté vun der Schinn op d'Strooss dréiwen?

**Réponse** (17.6.2008) de **M. Lucien Lux**, *Ministre des Transports*:

Dei nei Buslinn 300 ass an der Kooperatioun mat de franséischen Autoritéite geplangt an geschafe ginn. Si gëtt awer ganz am Netz vun de Lëtzebuerger Regional-linnen RGTR bedriwwen.

Deemno leien d'Käschten an d'Einnahmen aus dem Billjeesverkauf op der Säit vum Lëtzebuerger Stat. Dës Käschte belafe sech op 150.000 € de Mount.

D'Linn gëtt mat zéng Autobussen a modernster Ausföerung bedriwwen. Dës Busse si mat EURO 5 Motoren ausgeriicht a produziéieren manner CO<sub>2</sub> wéi en normale Persounenauto, trotzdeem si +/- 50 Autoen op der Autobunn ersetzen.

Dës nei Linn 300 stellt a kengem Fall e parallele Service mat der Eisebunn duer, mä ass als «Complément» zum Zuch ze gesinn.

Déi vill Leit vun Hayange, Elange oder aus dem Nord-Westen vun Thionville, déi dës Linn 300 benotzen, wunne wäit vun enger Gare ewech an hu bis viru kuerzem misse mat hirem Auto op Lëtzebuerg fueren.

D'Fuerzäit mam Bus op de Kierchbiereg dauert 55 Minuten. Déiselwecht Zäit kann ee mam Zuch vun Thionville op de Kierchbiereg, mat eemol ëmsteigen op der Gare Lëtzebuerg, rechnen.

**Question 2522** (7.5.2008) de **M. Robert Mehlen** (*ADR*) concernant l'**école privée en langue portugaise**:

Selon un dossier paru dans le «Quotidien» de ce jour, une société spécialisée dans l'enseignement privé en langue portugaise envisage de s'installer au Grand-Duché de Luxembourg et d'y ouvrir une école privée destinée aux enfants lusophones de 5 à 18 ans.

Dans ce contexte, pouvez-vous répondre aux questions suivantes:

- Le Ministère de l'Éducation nationale et de la Formation continue est-il informé des intentions du Grupo Lusófona?
- Si oui, à partir de quand la nouvelle école lusophone pourrait-elle fonctionner? Quelles conditions doivent être remplies pour obtenir l'autorisation de dispenser un enseignement tel que visé par cette initiative?
- Quelle est, d'une façon générale, la position de Madame la Ministre vis-à-vis de cette initiative?

4. Dans quelle mesure le Ministère de l'Éducation nationale et de la Formation continue pourrait-il prendre une influence sur le contenu de l'enseignement dispensé par la future école privée, notamment en ce qui concerne l'enseignement des langues?

5. Madame la Ministre n'est-elle pas d'avis que l'initiative prise par une partie de la communauté portugaise installée au Luxembourg est le signe d'un grave échec de l'école publique luxembourgeoise?

6. Madame la Ministre ne craint-elle pas que, sous les mêmes conditions, d'autres communautés installées au Luxembourg - notamment la communauté musulmane - puissent également envisager de créer des écoles privées?

7. Quelle est la stratégie que le Gouvernement entend mettre en œuvre afin de prévenir la tendance allant vers un système éducatif basé sur différentes communautés?

**Réponse** (17.6.2008) de **Mme Mady Delvaux-Stehres**, *Ministre de l'Éducation nationale et de la Formation professionnelle*:

1. En date du 10 mars 2008 des collaborateurs de mon département ont eu un entretien avec le président du conseil d'administration de l'Universidade Lusófona de Humanidades e Tecnologias; entretien qui avait été organisé à la demande de l'ambassade du Portugal pour explorer les opportunités et les possibilités d'ouvrir une école portugaise à Luxembourg.

La délégation portugaise a été informée

- des efforts entrepris par l'éducation nationale pour répondre à une internationalisation croissante de notre économie, notamment la création du bac international;

- des études récentes qui ont montré que les difficultés scolaires ne sont pas seulement d'origine linguistique mais également d'origine sociale;

- des résultats d'une enquête sur la situation des langues sur le marché de l'emploi;

- de l'importance pour l'école publique d'instruire et d'éduquer ensemble les enfants qui à l'âge adulte vivront et travailleront au pays;

- des conditions requises par la loi pour ouvrir une école privée ainsi que le subventionnement de l'enseignement privé par l'État.

2. Ces conditions sont fixées à l'article 3 de la loi du 13 juin 2003 concernant les relations entre l'État et l'enseignement privé qui stipule:

«Nul ne peut créer, ouvrir ou faire fonctionner un établissement d'enseignement préscolaire, primaire ou postprimaire privé, s'il n'est muni d'une autorisation délivrée par arrêté grand-ducal, pris sur la proposition du ministre qui examine

a) les conditions d'honorabilité de la personne physique ou morale responsable de la gestion de l'organisme d'enseignement;

b) les conditions d'honorabilité et de qualification professionnelle du personnel de direction et du personnel d'enseignement;

c) les conditions d'hébergement des classes et de salubrité des lieux;

d) les buts, les programmes et les méthodes d'enseignement;

e) les conditions d'admission et de promotion des élèves;

f) les certificats délivrés aux élèves;

g) le règlement de discipline et d'ordre intérieur;

h) le financement de l'enseignement;

i) le contrat-type d'enseignement à conclure avec les élèves ou leurs représentants légaux.»

3. Je suis d'avis que les enfants qui constituent l'avenir de notre pays, qui vivront et travailleront ensemble au Luxembourg, doivent grandir et être éduqués ensemble. Ce sont les enfants des familles qui ont choisi de s'établir durablement dans notre pays. Afin de leur donner, à eux tout comme aux enfants de parents luxembourgeois le sentiment d'avoir des chances de réussir dans notre école et d'être traités équitablement, j'œuvre pour une école dans laquelle tous les enfants peuvent trouver une réussite qui correspond à leurs capacités.

L'école luxembourgeoise a ouvert ses structures au cours des dernières années en introduisant une pluralité des voies de formation; cela commence avec les possibilités de suivre une formation professionnelle ou technique en langue française et se termine avec l'introduction de classes préparant au baccalauréat international.

L'école luxembourgeoise est aussi en train d'adapter ses contenus et ses méthodes à cette pluralité. L'introduction de l'approche par compétences qui permet de nuancer l'apprentissage des langues (écrire, parler, comprendre l'écrit, comprendre la parole) et de différencier le niveau que chaque élève atteint dans les nombreuses langues enseignées à l'école permet de valoriser ce que chaque élève peut faire. Même s'il n'est pas nécessairement bon dans tous les domaines d'une langue ou dans toutes les langues, le système d'évaluation différencié qui est en phase d'être introduit permet de documenter ses acquis et de lui ouvrir l'accès aux formations auxquelles il a droit.

Je m'inquiète de voir les efforts entrepris pour consolider la cohésion de notre société contrecarrés si les différentes communautés qui se sont installées durablement au Luxembourg parce qu'elles escomptent y trouver une perspective d'avenir, choisissaient d'éduquer leurs enfants dans un enseignement à part. Seuls les enfants dont les parents ont élu temporairement domicile au Luxembourg et qui par la suite doivent scolariser leur enfant dans un autre pays devraient inscrire leur enfant à une école privée internationale.

4. L'autorisation est donnée après que le Ministre de l'Éducation nationale eût examiné les buts, les programmes et les méthodes d'enseignement. Il est évident que ces objectifs doivent correspondre d'une part avec les objectifs d'une éducation humaniste et d'autre part qu'ils doivent viser les qualifications qui sont nécessaires pour pouvoir évoluer sur le marché du travail.

5. Je ne pense pas a priori que la démarche de l'Université Lusófona doit être considérée comme une initiative prise par une partie de la communauté portugaise installée au Luxembourg. Il faut se souvenir que le premier objectif des démarches entamées par l'Université était d'établir une coopération avec l'Université du Luxembourg. Ce n'est que par la suite que la possibilité de sonder la législation en vigueur sur l'enseignement privé dans le domaine de l'enseignement primaire et de l'enseignement secondaire a été envisagée.

6. Concernant la création d'une école musulmane, je m'opposerai avec tous les instruments légaux qui sont à ma disposition à la création d'une école dont l'objectif consiste à isoler une communauté ou une partie d'une communauté de la population et à contrecarrer tous les efforts d'intégration.

Cela dit, la loi luxembourgeoise qui a été votée en 2003, n'offre pas tous les instruments légaux qu'on eût été en droit d'attendre d'une prospective clairvoyante à une époque où les questions sur les communautarismes étaient pour le moins aussi réelles qu'aujourd'hui.

7. Je pense par ailleurs qu'ériger des barrières législatives ou administratives contre des initiatives de ce type constitue seulement un moyen de réagir. Le second, préférable à mes yeux, consiste à miser sur la qualité de l'école publique et j'estime que les actions et mesures qui ont été réalisées ou qui sont en voie de réalisation au cours de cette législature renforcent l'image d'une école publique qui est capable de s'adapter aux défis et exigences d'un monde qui change.

**Question 2524** (6.5.2008) de **M. Laurent Mosar** (*CSV*) concernant le **mode de saisine des juges respectivement le mode de comparution des personnes concernées en matière de litiges relatifs à des baux commerciaux**:

La loi du 21 septembre 2006 sur le bail à usage d'habitation et modifiant certaines dispositions du Code civil a abrogé la loi modifiée du 14 février 1955 et a apporté - comme indique son titre - des modifications au niveau de certains articles du Code civil dont ceux ayant trait aux baux commerciaux. Depuis la loi du 21 septembre 2006 précitée, le juge de paix est compétent pour statuer sur les éventuels litiges pouvant exister en matière de baux commerciaux. Or, la loi du 21 septembre 2006 ne précise pas selon quelles modalités le juge de paix est saisi de l'affaire respectivement selon quelles modalités les parties concernées comparaissent devant le juge donnant ainsi libre cours aux interprétations les plus diverses. Ainsi par exemple, les juges de paix de Esch/Alzette exigent d'être saisis par voie de requête, alors que leurs homologues de la Justice de paix de la Ville de Luxembourg plaident pour le mode de comparution par voie de citation.

Il s'ensuit que la plus grande insécurité juridique régne en la matière et que les avocats sont obligés de saisir les juridictions compétentes selon deux modalités différentes afin d'être sûrs qu'au moins un des deux modes sera retenu comme valable.

Dans ce contexte, j'aurais aimé savoir de Monsieur le Ministre des Classes moyennes, du Tourisme et du Logement:

- Si le Gouvernement entend remédier aux difficultés d'interprétation invoquées ci-avant?

- Dans l'affirmative s'il entend adapter la loi du 21 septembre 2006 précitée?

- En tout état de cause, quelles sont les mesures qu'il préconise de prendre à court terme pour mettre fin à l'insécurité juridique sachant qu'entre la rédaction d'un projet de loi et son adoption il peut s'écouler plusieurs mois voire plusieurs années?

**Réponse** (17.6.2008) de **M. Fernand Boden**, *Ministre des Classes moyennes, du Tourisme et du Logement*:

Le problème évoqué par l'honorable Député Laurent Mosar a fait l'objet d'un amendement dans le cadre du projet de loi N°5696 dénommé «pacte logement», voté en première lecture le 11 juin 2008.



Le texte de cet amendement est le suivant:

«L'article 1<sup>er</sup> paragraphe (3), alinéa 1, premier tiret, de la loi du 21 septembre 2006 sur le bail à usage d'habitation et modifiant certaines dispositions du Code civil est modifié comme suit:

‘- aux immeubles affectés à un usage commercial, administratif, industriel, artisanal ou affectés à l'exercice d'une profession libérale, sous réserve des dispositions prévues par les chapitres V et VIII;’ ».

**Question 2526** (6.5.2008) de **M. Patrick Santer** (CSV) concernant les **acides gras trans**:

Si les effets défavorables des acides gras trans sur les risques cardiovasculaires sont connus depuis un certain temps, leur impact sur le risque de cancer du sein devait encore être évalué. Une étude épidémiologique réalisée par l'INSERM (Institut National de la Santé et de la Recherche Médicale - France) et l'Institut Gustave Roussy dont les résultats viennent d'être publiés dans l'American Journal of Epidemiology montrent que le risque de cancer du sein est presque doublé chez les femmes ayant des taux sanguins élevés d'acides gras trans. Les acides gras crans incriminés sont ceux d'origine industrielle, que ce soit dans des produits manufacturés, pains industriels, viennoiseries, gâteaux ou pâtes à pizzas. Pour les auteurs de cette étude, «à ce stade, nous ne pouvons que recommander une diminution de la consommation de produits manufacturés, source d'acides gras trans d'origine industrielle. Il conviendrait en particulier de limiter les procédés industriels générant des acides gras trans (huiles végétales partiellement hydrogénées) encore utilisés, ainsi que cela a été entrepris au Danemark depuis quelques années. En matière de réglementation concernant l'étiquetage des produits manufacturés, la quantité d'acides gras trans devrait être clairement indiquée.»

Au Danemark, depuis le 1<sup>er</sup> janvier 2004 une loi limite à 2% la présence d'acides gras trans par 100 grammes d'huile et de gras dans tous les aliments. Une loi similaire serait en préparation au Canada.

- Monsieur le Ministre de la Santé peut-il m'indiquer si, au regard de l'étude de l'INSERM et de l'Institut Gustave Roussy, et au regard des risques que présentent les acides gras dans le développement des cancers du sein, le Luxembourg ne devrait pas se doter d'une loi similaire à celle en application au Danemark et en préparation au Canada?

- Est-ce que la présence, mais surtout le taux d'acides gras trans et les termes d'acides gras trans ne devraient pas figurer dans la composition des produits industriels permettant ainsi une meilleure transparence et une information adéquate des consommateurs?

- Est-ce qu'une initiative au niveau européen ne serait pas utile sinon nécessaire?

- Est-ce qu'une campagne de prévention et de sensibilisation des femmes aux risques liés à la consommation d'acides gras trans est envisagée?

**Réponse** (17.6.2008) de **M. Mars Di Bartolomeo**, *Ministre de la Santé et de la Sécurité sociale*:

Les auteurs de l'étude de l'INSERM et de l'Institut Gustave Roussy, à laquelle fait allusion l'honorable Député, viennent à la conclusion suivante:

«Dans les pays industrialisés, le cancer du sein est le cancer plus fréquent chez la femme. Selon eux parmi les facteurs de risque pou-

vant faire l'objet d'une prévention, l'alimentation présente un fort potentiel puisqu'une modification adéquate des habitudes alimentaires permettrait de diminuer le risque de cancer du sein, sous réserve que les nutriments en cause soient clairement identifiés. Parmi ces nutriments, le rôle des lipides alimentaires pourrait être extrêmement important.

Une étude des taux d'acides gras trans dans des populations aux pratiques alimentaires très diverses est donc essentielle pour confirmer les résultats de cette analyse. Une telle étude devrait être prochainement entreprise au sein de la population européenne de l'étude EPIC.»

Je voudrais d'abord informer Monsieur le Député que les acides gras trans font actuellement également l'objet de discussions au niveau des instances de l'Union européenne, et notamment dans le cadre de la détermination des profils nutritionnels prévus en application du Règlement (CE) N°1924/2006 du Parlement européen et du Conseil du 20 décembre 2006 concernant les allégations nutritionnelles et de santé portant sur les denrées alimentaires.

Dans ce contexte, l'Autorité européenne de sécurité des aliments estime effectivement que les acides gras trans peuvent être inclus dans les profils nutritionnels, mais souligne que leur importance pour la santé publique a diminué en raison de la chute considérable de leur consommation au sein de l'Union européenne.

Cela étant, je reste persuadé de la nécessité de continuer à informer la population sur un régime alimentaire sain et équilibré, à l'instar de ce qui se fait notamment par le biais de l'initiative intitulée «Gesond iessen, méi bewegen».

Contrairement à l'idée d'inclure ces informations dans l'étiquetage du produit, au risque de le rendre plus illisible pour le consommateur, des campagnes de sensibilisation ont le net mérite que ce dernier prenne davantage conscience des bienfaits qu'une alimentation et un mode de vie sains ont sur sa santé, voire sur son état général.

Ceci est d'autant plus vrai que la prévention des cancers ne saurait se réduire à la maîtrise d'un facteur alimentaire isolé, mais elle résulte concrètement d'une consommation adéquate en acides gras, mais avant tout d'un apport correct de fibres alimentaires.

**Question 2529** (7.5.2008) de **M. Ali Kaes** (CSV) concernant les **conditions à respecter par les convois exceptionnels**:

Au Grand-Duché de Luxembourg, un convoi exceptionnel tel que le transport par route d'une charge indivisible (bois long) nécessite une autorisation individuelle délivrée par le Ministre des Transports et est soumis à un certain nombre de réserves et conditions.

Ainsi, la masse maximale autorisée d'un transport de bois long s'élève à 44 tonnes et une vitesse de 45 km/h ne devra pas être dépassée lorsque le véhicule est à l'état de charge. Cette limitation de vitesse vaut pour tout le réseau routier sauf les autoroutes où la vitesse maximale du véhicule couplé s'élève à 70 km/h.

Au vu de l'évolution technique des camions/tracteurs notamment du point de vue sécurité et puissance, j'aimerais poser les questions suivantes à Monsieur le Ministre des Transports:

- Monsieur le Ministre envisage-t-il d'augmenter la masse maximale autorisée des ensembles de véhicules couplés transportant du bois long?

- Monsieur le Ministre envisage-t-il d'augmenter la vitesse maximale de 45 km/h surtout en dehors des agglomérations?

- Dans la négative, quelles sont les raisons qui empêcheraient l'augmentation de la masse et vitesse maximale autorisées?

**Réponse** (20.6.2008) de **M. Lucien Lux**, *Ministre des Transports*:

Dans sa question parlementaire, l'honorable Député pose plusieurs questions en relation avec la masse maximale autorisée des véhicules effectuant des transports d'éléments indivisibles, en l'occurrence, du bois long, ainsi qu'au sujet de la vitesse maximale avec laquelle ces véhicules sont autorisés à circuler sur la voie publique.

À l'heure actuelle, il n'est pas envisagé de changer les conditions de circulation des véhicules effectuant des transports exceptionnels de bois long, telles qu'elles sont fixées dans les autorisations ministérielles afférentes.

Partant, pour des considérations liées à la sécurité routière et aux contraintes au niveau des infrastructures routières, la masse maximale autorisée à l'état chargé des véhicules dont question reste limitée à 44 tonnes et la vitesse maximale à respectivement 70 km/h sur les autoroutes et à 45 km/h sur le reste du réseau routier.

**Question 2553** (22.5.2008) de **M. Henri Kox** (*DÉI GRENG*) concernant les **mesures en relation avec les rejets de substances radioactives et non radioactives dans l'environnement**:

Relayé par la presse (L'essentiel, 19 mai 2008), le directeur de la Commission française de Recherche et d'Information indépendantes sur la Radioactivité (Criirad), explique que pour les centrales nucléaires, les mesures en relation avec les rejets de substances radioactives et non radioactives dans l'environnement sont réalisées et documentées par l'exploitant EDF lui-même. Ceci est surprenant dans la mesure où au Luxembourg, les mesures régulières de pollution auprès des entreprises sont opérées et/ou surveillées par des organismes agréés indépendants.

Le responsable de laboratoire de la Criirad rappelle par ailleurs que dans le contexte des mesures, certaines méthodes de calcul de la centrale de Cattenom s'appuient toujours sur une méthodologie inadaptée, entachée de lacunes et d'incertitudes majeures, déjà révélée par la Criirad en 2003.

Dans ce contexte, il me paraît important de faire également un lien avec la liberté d'expression fortement limitée en ce qui concerne les critiques vis-à-vis de l'industrie et du parc nucléaire français. Ainsi, rien que pour avoir publié et diffusé un document révélant la vulnérabilité du réacteur EPR en cas de crash d'un avion de ligne, deux militants du réseau «sortir du nucléaire» ont déjà été mis en garde à vue par les forces de l'ordre. Le Gouvernement français semble vouloir décourager et bannir autant que possible toute action ou information critique vis-à-vis du nucléaire.

En relation avec ce qui précède, je me permets de poser les questions suivantes:

- Est-ce que le Ministère de la Santé peut nous donner des informations supplémentaires en relation avec la méthodologie du contrôle des rejets dans l'air et dans les eaux en provenance de la centrale nucléaire de Cattenom, notamment en relation avec les aspects techniques des appareils de mesure, la fréquence de contrôle

et le contrôle des appareils de mesure et de la méthodologie par un organisme agréé?

- Est-ce que le Ministre peut confirmer les faiblesses de la méthodologie des mesures et des calculs évoqués par les responsables de Criirad? Est-ce que le Ministère de la Santé accepte la procédure utilisée par la centrale de Cattenom de mesurer elle-même ses rejets?

- Est-ce que le Luxembourg peut, en relation avec les rejets en cause, recourir à un système autonome de contrôle assez performant afin de détecter des rejets de la centrale de Cattenom non conformes aux normes et nuisibles pour la santé publique respectivement les écosystèmes?

**Réponse** (18.6.2008) de **M. Mars Di Bartolomeo**, *Ministre de la Santé et de la Sécurité sociale*:

Les rejets d'effluents liquides ou gazeux, radioactifs ou non, de la Centrale nucléaire de Cattenom, sont actuellement réglementés en France par voie d'arrêté ministériel en application du décret N°95-540 du 4 mai 1995 relatif aux rejets d'effluents liquides et gazeux et aux prélèvements d'eau des installations nucléaires de base. Cette réglementation définit que l'exploitant d'une centrale nucléaire est juridiquement responsable de respecter les limites de rejets fixés par l'arrêté ministériel, ainsi que de déclarer immédiatement tout dépassement éventuel. En vertu de l'accord bilatéral de 1983 avec la France, relatif aux échanges d'informations en cas d'incident ou d'accident pouvant avoir des conséquences radiologiques, les informations d'un dépassement des limites sont également transmises au Luxembourg, en l'occurrence à la division de la radioprotection.

La surveillance des rejets de l'installation nucléaire de Cattenom est effectuée sur des échantillons pris avant, pendant et après l'émission des rejets. Avant tout rejet, liquide ou gazeux, des analyses exhaustives sont réalisées pour garantir le respect des textes réglementaires. De même durant les rejets, il y a des chaînes de mesures automatiques sur l'installation et hors installation pour en assurer le suivi. Contrairement à ce qui a été rapporté récemment dans la presse, les mesures ne sont pas toutes effectuées par l'exploitant EDF lui-même. Le système de surveillance se base en réalité sur trois piliers:

1. Les contrôles minima que l'exploitant doit mettre en œuvre lui-même sont définis. Le laboratoire de l'exploitant réalisant ces mesures est astreint à un agrément, ce qui implique des programmes d'assurance qualité. Les résultats des mesures réglementaires doivent être consignés dans des registres qui sont communiqués mensuellement à l'Autorité de Sûreté nucléaire (ASN) qui en assure un contrôle.

2. Par ailleurs l'Institut de Radioprotection et de Sûreté Nucléaire (IRSN), en tant que laboratoire indépendant, a installé des appareils de mesures automatiques, par exemple dans la cheminée. L'exploitant de la Centrale de Cattenom transmet régulièrement un certain nombre de prélèvements réalisés dans les rejets à un laboratoire indépendant (IRSN), pour analyse. Tous ces résultats sont communiqués à l'ASN pour une vérification croisée, d'où une comparaison des résultats de l'exploitant avec les résultats du laboratoire indépendant.

3. Enfin, l'ASN s'assure, par des inspections inopinées, que les exploitants respectent bien les dispositions réglementaires. Au cours de ces inspections, des inspecteurs font prélever des échantillons dans les effluents ou l'environnement et les font analyser par un laboratoire spécialisé et indépendant. En

2007, l'ASN a réalisé une inspection avec prélèvement à Cattenom, où aucune irrégularité n'a été constatée.

Outre ces contrôles directs des rejets, il existe un programme de surveillance permanente de l'environnement à proximité du site de Cattenom. L'exploitant lui-même opère les installations de mesures suivantes:

- 4 stations de prélèvements de poussières atmosphériques,

- 4 balises permettant de mesurer le débit de dose à 1 km,

- 4 balises permettant de mesurer le débit de dose à 5 km,

- 10 détecteurs mesurant le débit de dose à la clôture du site,

- 11 détecteurs dans l'environnement mesurant le débit de dose à 10 km.

L'IRSN opère encore une station de prélèvements de poussières atmosphériques, deux balises téléray à 1 km et à Roussy-le-Village, ainsi qu'une sonde hydrotéléray sur la Moselle à Apach.

Toutes ces mesures sont transmises mensuellement à l'ASN.

Afin de pouvoir apprécier indépendamment l'impact radiologique des rejets de la Centrale nucléaire de Cattenom, la division de la radioprotection dépendant de mon Ministère a commencé dès 1983 à installer un réseau de mesure et d'alerte automatiques sur le sol luxembourgeois. Aujourd'hui ce réseau consiste en 23 stations de mesure. Une station de mesure se trouve sur le territoire français à mi-distance entre la centrale et la frontière luxembourgeoise. Il s'y ajoute un programme d'échantillonnage dans divers milieux biologiques, comme les eaux et les boues de la Moselle, et dans la chaîne alimentaire. Tous ces échantillons sont mesurés par le laboratoire de radiophysique de la division de la radioprotection. L'ensemble de ces vérifications luxembourgeoises ne permettent certes pas de recalculer les rejets de la Centrale de Cattenom, mais bien à détecter des rejets incontrôlés et accidentels, ainsi que de confirmer l'ordre de grandeur des rejets déclarés sur certains isotopes radioactifs. Un dépassement nuisible pour la santé publique respectivement les écosystèmes déclencherait donc inévitablement une alerte sur le plan national.

**Question 2583** (3.6.2008) de **M. Robert Mehlen** (*ADR*) concernant le **prix des carburants**:

Déi enorm Präishausse bei Mazout a Bensin werft ëmmer erëm d'Fro op, wéi dës Präisser zustane kommen a wéi déi eenzel Präiselementer am Laf vun de Joren evoluéiert sinn. Duerfir géif ech gären dës Froen un den Här Finanzminister richten:

1. Kënnt Dir mir soen, wéi op den heitegen 3. Juni 2008 an Cent pro Liter de Präis vu Bensin (98 Octan), Diesel an Heizungsmazout zesumme gesat ass, inklusiv TVA?

2. Kënnt Dir mir déiselwecht Donnéee liwwere virun dräi a sechs Joer, dat heescht op de Stéchdatum 3. Juni 2005 an 3. Juni 2002?

**Réponse** (20.6.2008) de **M. Jean-Claude Juncker**, *Premier Ministre, Ministre des Finances*:

En réponse à la question de l'honorable Député voici un tableau comparatif résumant et détaillant le prix des produits pétroliers visés aux échéances 3 juin 2002, 3 juin 2005 et 3 juin 2008.



**Question 2606** (9.6.2008) de **M. Xavier Bettel** (*DP*) concernant la **nouvelle tarification des taxis de la Ville de Luxembourg**:

La section du parti socialiste de la Ville de Luxembourg, dont Monsieur le Ministre assume la présidence, vient de publier un dépliant dans lequel une tarification novatrice pour les taxis de la Ville de Luxembourg est propagée. Afin d'encourager une plus large utilisation des taxis, une tarification forfaitaire à cinq respectivement dix euros est proposée (*voir documentation en annexe - à consulter au greffe de la Chambre des Députés*).

Dans ce contexte, je souhaiterais poser les questions suivantes à Monsieur le Ministre de l'Économie et du Commerce extérieur:

- Est-ce que Monsieur le Ministre a été informé des propositions faites par la section du parti socialiste de la Ville de Luxembourg? Dans la négative, qu'en pense-t-il? Les mesures y proposées sont-elles compatibles avec les dispositions légales en vigueur? Dans l'affirmative, quelles mesures Monsieur le Ministre a-t-il déjà pris en vue de la réalisation des propositions de la section du parti socialiste de la Ville de Luxembourg?

**Réponse** (18.6.2008) de **M. Jeannot Krecké**, *Ministre de l'Économie et du Commerce extérieur*:

En réponse à la question parlementaire N°2606 du 9 juin 2008 de l'honorable Député Xavier Bettel, j'ai l'honneur de vous informer que je n'ai pas l'intention de répondre en tant que membre du Gouvernement à des questions en relation avec le processus de prise de décisions internes d'une section locale de mon parti, ni, de façon générale, de répondre à des questions en relation avec des idées ou propositions d'un parti politique.

**Question 2905** (15.10.2008) de **M. John Castegnaro** (*LSAP*) concernant le **Code du Travail** et les **salariés étrangers**:

Selon l'article 121-6 du Code du Travail, un salarié incapable de travailler pour cause de maladie est obligé d'avertir son employeur le jour même de son empêchement. Au plus tard au troisième jour de son absence il est obligé de soumettre un certificat médical à son employeur.

Néanmoins, il s'avère que les notifications d'arrêt de travail, notamment le certificat médical, transmis par courrier recommandé par des salariés frontaliers en incapacité de travail, n'arrivent chez l'employeur qu'après le délai légal des trois jours imposés par la loi. Par conséquent, des salariés risquent un licenciement avec effet immédiat pour faute grave.

Un problème similaire se pose lorsqu'un employeur envisage de licencier un salarié. À ces fins, l'employeur doit, selon les dispositions de l'article 124-2 du Code du Travail, convoquer le salarié par lettre recommandée à un entretien préalable, entretien qui peut être fixé au plus tôt au deuxième jour ouvrable suivant l'envoi de la lettre recommandée. Dans le cas d'une convocation à l'entretien préalable au licenciement par lettre recommandée qui fixe l'entretien préalable au plus tôt au deuxième jour ouvrable suivant l'envoi de ladite lettre, un salarié frontalier risque d'être en possession de la convocation qu'après la date fixée pour l'entretien. Il s'ensuit dans la majorité des cas un licenciement immédiat sans que le salarié ait eu la possibilité de se défendre.

- Dans ce contexte, j'aimerais savoir de Monsieur le Ministre s'il est au courant de ces traitements inégaux qui peuvent se produire pour les salariés frontaliers à cause des délais postaux prolongés lors d'un envoi vers l'étranger.

Il est vrai que l'article L.121-6, même après l'entrée en vigueur complète du statut unique, prévoit que le troisième jour au plus tard le salarié est obligé de soumettre à l'employeur un certificat médical attestant son incapacité de travail et sa durée prévisible.

Dans ce contexte, un nombre plus que limité de cas de licenciements de salariés frontaliers suite à une réception tardive du certificat médical, due à des problèmes postaux transfrontaliers, a été porté à ma connaissance.

Lorsque le salarié ne peut être certain d'une remise dans les délais par voie postale, notamment lorsqu'il se trouve à l'étranger, il est bien conseillé de recourir à d'autres moyens de transmission, comme par exemple le téléfax. Ainsi, il a été jugé que des dysfonctionnements des services postaux n'affranchiraient pas le salarié d'informer l'employeur dans les délais légaux.

Par ailleurs il résulte de la jurisprudence qu'il n'y a plus absence injustifiée dès la remise d'un certificat médical, et ce non seulement pour la période à venir, mais également pour celle déjà écoulée, pour autant que ces périodes soient effectivement couvertes par le certificat médical en question.

Ceci ne peut évidemment s'appliquer que si l'employeur n'a pas mis fin à la relation de travail entre la fin du délai de protection et la réception du certificat médical.

Comme il est peu probable que dans une situation normale de travail l'employeur décide dès le troisième jour de licencier son salarié, un prolongement de ce délai n'est actuellement pas envisagé et n'a d'ailleurs pas été revendiqué par les partenaires sociaux lors des négociations exhaustives ayant précédé l'adoption de la loi sur le statut unique.

Il convient d'ajouter également que dans un arrêt rendu le 23 décembre 1993 la Cour avait précisé que l'inexécution par le salarié de son obligation de soumettre à l'employeur le troisième jour au plus tard de son absence un certificat médical ne constitue pas automatiquement un fait ou une faute autorisant le renvoi immédiat du salarié.

En conclusion de ce qui précède il ne me paraît pas nécessaire à l'heure actuelle de modifier les délais fixés par les articles L.121-6 et L.124-2 du Code du Travail.

**Question 2932** (27.10.2008) de **M. Ben Fayot** (*LSAP*) concernant les **bâtiments publics**:

L'Administration des Bâtiments publics rappelle sur son site Internet que l'État est non seulement le plus important maître d'ouvrage pour la construction de bâtiments au Grand-Duché, mais aussi propriétaire de quelque 1.500 bâtiments, soit 12.000.000 m³ de volume bâti dont il assure la gestion. Elle en conclut que l'État doit par conséquent assumer sa responsabilité pour augmenter l'efficacité énergétique des bâtiments et ainsi contribuer au développement durable.

Par ailleurs, l'Administration précitée a décidé de mettre en place un système de gestion du patrimoine immobilier national, ce qui permet d'établir un inventaire et des priorités concernant entre autres l'assainissement énergétique.

Dans ce contexte, j'aimerais poser les questions suivantes à Monsieur le Ministre:

- Quelles sont les informations collectées sur les bâtiments publics dans le cadre de l'inventaire? Est-ce que cet inventaire a été complété entre-temps? Sinon, combien de bâtiments ont été répertoriés à ce jour?

- Quels critères sont appliqués pour déterminer les bâtiments à assainir en priorité? Quelle importance est attribuée à l'aspect énergétique parmi ces critères?

- Monsieur le Ministre peut-il me renseigner sur les moyens investis dans l'assainissement énergétique des bâtiments publics entre 2004 et 2008? Quelles sont les économies auxquelles on peut s'attendre suite à cet investissement?

**Réponse** (19.1.2009) de **M. Claude Wiseler**, *Ministre des Travaux publics*:

L'honorable Député Ben Fayot souhaiterait avoir quelques informations du Ministère des Travaux publics sur la gestion du patrimoine de l'État par l'Administration des Bâtiments publics.

En ce qui concerne en premier lieu l'inventaire des bâtiments de l'État, il y a lieu de préciser préalablement que la Division de la Gestion du Patrimoine (ci-après désignée par la «DGP») de l'Administration des Bâtiments publics est en charge du patrimoine immobilier de l'État qui comprend quelque 1.620 bâtiments.

Actuellement, la DGP met en place un système informatique permettant d'intégrer les données de chaque bâtiment de l'État sous forme de plans et d'inventaires. L'inventaire est constitué d'un catalogue des différents ouvrages suivant la norme DIN 276/277 pour lesquels quelque 750 centres de coûts différents ont été identifiés. En outre, l'inventaire indique les données de vétusté, prescrit la périodicité d'interventions nécessitant un entretien ou bien décèle la date d'un éventuel renouvellement de l'objet. Les plans permettent de connaître la quantité et le dimensionnement des ouvrages.

Le logiciel en question se trouve dans la phase de test et la DGP ne dispose actuellement que de quelques inventaires et plans graphiques individuels. Les inventaires et les données graphiques sous forme numérique complets de tous les immeubles appartenant à l'État seront disponibles endéans les années à venir. Dans ce contexte, il y a lieu de signaler qu'il s'agit en l'occurrence d'un processus progressif. En effet, dès que toutes les données ont été rassemblées pour un bâtiment, il est possible de commencer l'entretien préventif de ce bâtiment qui consiste à intervenir au moment idéal pour exécuter les maintenances nécessaires afin de pouvoir assurer au bâtiment sa durée de vie optimale et de réduire par conséquent la nécessité de procéder à des investissements importants de remises en état.

En ce qui concerne, en deuxième lieu, la priorité d'assainissement, l'on précise que l'accent est mis sur les bâtiments qui nécessitent une remise en état ou des transformations d'envergure.

En phase préparatoire d'un projet d'assainissement, l'enveloppe du bâtiment (façade, fenêtres, portes, toit, cave) ainsi que la conformité et la performance des installations techniques sont analysées. Ainsi, pour chaque bâtiment concerné, une étude spéciale portant sur l'assainissement énergétique est effectuée par un bureau d'études spécialisé. Cette étude détermine la faisabilité et la nature de l'assainissement à mettre en œuvre. En principe, les solutions énergétiques passives sont favorisées par rapport à l'installation accrue d'équipements techniques.

La DGP, en collaboration avec l'Université du Luxembourg, est en train d'établir un concept pour déterminer une procédure intégralement applicable en vue d'un assainissement énergétique optimal du patrimoine de l'État.

L'on envisage également la réalisation de projets d'assainissement énergétique ciblés, indépendamment de la réalisation d'un projet de remise en état ou de transformation. Vu que chaque bâtiment est différent, il n'est pas possible d'appliquer des critères généraux.

Entre 2004 et 2006, les opérations d'assainissement énergétique ont essentiellement été réalisées dans le cadre des différents projets de transformation, de modernisation ou de remise en état sans imputation sur un budget spécifique de sorte qu'il n'est guère possible de retracer exactement les moyens investis au terme d'assainissement.

À partir de 2007, les premières études spécifiques ont été lancées et ont été terminées au cours de l'année 2008 pour les bâtiments suivants: le lycée Hubert Clément à Esch/Alzette, l'immeuble de l'Éducation différenciée à Esch/Alzette, le bâtiment de la Police à Steinfort, l'immeuble administratif 11, rue Notre Dame à Luxembourg et le foyer d'accueil pour enfants à Junglinster.

À partir de 2009, les premiers travaux d'assainissements énergétiques de grande envergure pourront être réalisés. À préciser à ce sujet qu'entre la décision d'effectuer un assainissement et sa réalisation s'écoulent environ deux ans, si l'on tient compte de l'étude spéciale, de l'étude du projet proprement dit ainsi que des autorisations et des procédures de mise en adjudication publique.

Pour chacun de ces projets, les résultats de l'état des lieux énergétique, réalisé avant les travaux d'assainissement, un calcul théorique effectué sur base de l'étude précitée, ainsi que les résultats après assainissement seront comparés. À noter que l'inventaire des bâtiments comportera également un monitoring énergétique qui permettra à l'avenir de tirer les premières conclusions.

Il est difficile d'évaluer dès à présent les économies auxquelles on peut s'attendre suite à ces investissements. Or, des calculs théoriques permettent d'évaluer la réduction des coûts en énergie de 20% et 30% pour un projet d'assainissement énergétique d'une certaine envergure.

**Question 2959** (4.11.2008) de **Mme Sylvie Andrich-Duval** et **M. Ali Kaes** (*CSV*) concernant le **Lycée Technique Hôtelier Alexis Heck (LTHAH)**:

Suite à l'application du règlement grand-ducal du 27 juillet 1997 relatif à l'hygiène des denrées alimentaires, les responsables du LTHAH ont instauré un groupe de travail pour étudier les conséquences de cette réglementation sur les ateliers de formation et de production de l'école. L'inspection sanitaire faisait partie de ce groupe de travail et en a approuvé les conclusions dans lesquelles on a constaté que les locaux du LTHAH ne sont plus conformes à la nouvelle législation. Un projet d'adaptation et de transformation du bâtiment avait été introduit et approuvé en 2002.

Vu les développements ci-dessus nous aimerions poser les questions suivantes à Monsieur le Ministre des Travaux publics et à Madame la Ministre de l'Éducation nationale et de la Formation professionnelle:

- Quel est l'état d'avancement du projet susmentionné?

- Quelles sont les raisons pour lesquelles les travaux n'ont pas encore été entamés?



- Existe-t-il un calendrier prévisionnel pour le projet en question?

**Réponse commune** (22.1.2009) de **M. Claude Wiseler, Ministre des Travaux publics** et de **Mme Mady Delvaux-Stehres, Ministre de l'Éducation nationale et de la Formation professionnelle**:

En 2002, une étude sur la mise en conformité des locaux du Lycée Technique Hôtelier Alexis Heck aux normes d'hygiène alimentaire a été commanditée par le Ministère de l'Éducation nationale et de la Formation professionnelle. Par la suite, un programme de construction du projet de mise en conformité a été envoyé au Ministère des Travaux publics en date du 25 novembre 2002.

Ce projet de mise en conformité comprenait deux volets. D'une part, la mise en conformité des équipements et infrastructures existants et, d'autre part, la mise en conformité de la disposition des lieux pour garantir le concept de la «marche en avant» HACCP qui évite le mélange des denrées propres et sales.

À noter qu'au cours des cinq dernières années, trois cuisines et le self-service ont été mis en conformité.

Il reste dans le cadre de ce projet encore la construction d'une nouvelle annexe pour pouvoir garantir au Lycée le bon fonctionnement de sa cuisine principale.

Dès que la concertation, actuellement en cours, sur les besoins actuels du lycée aura abouti, l'étude afférente sera actualisée de sorte que la réalisation des travaux devrait pouvoir commencer en 2009.

**Question 2968** (11.11.2008) de **M. Marcel Oberweis (CSV)** concernant les **activités organisées dans le cadre de l'Année européenne du dialogue interculturel 2008**:

L'Année européenne du dialogue interculturel 2008 a été lancée sur l'initiative du Parlement européen et du Conseil de l'Union européenne. Un des objectifs majeurs de cette année européenne consiste dans la promotion du dialogue interculturel comme instrument destiné à faire prendre conscience à tous les citoyens vivant dans l'Union européenne de l'importance de développer une citoyenneté européenne active qui soit ouverte sur le monde, respectueuse de la diversité culturelle et basée sur les valeurs communes de l'Union européenne.

Dans ce contexte, j'aimerais poser les questions suivantes à Monsieur le Ministre de la Culture, de l'Enseignement supérieur et de la Recherche:

- Monsieur le Ministre de la Culture, peut-il m'indiquer l'organisme qui était en charge de l'organisation de l'année européenne du dialogue interculturel 2008 au Luxembourg?

- Dans le cadre de l'année européenne du dialogue interculturel, quelles activités ont été organisées au Luxembourg afin de sensibiliser nos citoyens à la diversité culturelle ainsi qu'aux valeurs communes de l'Union européenne?

**Réponse** (30.1.2009) de **Mme Octavie Modert, Secrétaire d'État à la Culture, à l'Enseignement supérieur et à la Recherche**:

- Le Ministère de la Culture, de l'Enseignement supérieur et de la Recherche a agi en tant qu'organisme de coordination de l'Année européenne du dialogue interculturel au Luxembourg.

Dans le cadre des préparatifs pour l'Année, la Commission européenne avait en effet demandé aux États membres de désigner un organe coordinateur pour la mise en œuvre effective - le Ministère de la

Culture, de l'Enseignement supérieur et de la Recherche ayant participé au niveau du groupe de travail communautaire en charge des questions culturelles aux négociations menant à la décision de base N°1983/2006/CE du 18 décembre 2006, c'est ce ministère qui a été désigné en tant qu'organe coordinateur.

En vertu des tâches y correspondant, telles que définies par la Commission européenne, le Ministère de la Culture, de l'Enseignement supérieur et de la Recherche a 1) agi en tant qu'interlocuteur de la Commission européenne/DG Éducation et Culture et point de contact du représentant local du bureau-conseil en charge de la campagne de communication pour l'Année, 2) élaboré une stratégie nationale, 3) réalisé l'initiative nationale cofinancée par la Commission européenne à hauteur de 34782.61 euros, 4) assuré le suivi et l'appui d'actions organisées au titre de l'Année.

- Le Ministère de la Culture, de l'Enseignement supérieur et de la Recherche a élaboré une stratégie nationale exposant le contexte national et identifiant les défis et priorités y afférentes pour l'année 2008, ayant notamment consulté pour cela un certain nombre d'organisations directement concernées par la question. En vertu de cette stratégie nationale et en concordance avec les objectifs généraux et particuliers stipulés dans la décision N°1983/2006/CE, le Luxembourg a dès lors choisi de décliner l'Année européenne du dialogue interculturel selon trois angles:

- la coexistence et le dialogue entre un nombre important de communautés étrangères au Luxembourg,

- le dialogue et la relation avec les frontaliers,

- le dialogue entre cultures intergénérationnelles.

Ces priorités touchent en effet des sujets caractéristiques du Luxembourg et bon nombre d'acteurs socioculturels s'en préoccupent, pour certains, depuis très longtemps. Tout en restant dans l'esprit de la décision européenne de base de donner un coup de projecteur au dialogue interculturel, l'approche nationale était donc plutôt celle de profiter de cette Année pour faire un état des lieux du débat pour en arriver en fin d'année à un certain nombre de recommandations pour traiter le dialogue interculturel dans la nécessaire transversalité.

Par ailleurs, pour mettre en œuvre l'Année, la Commission européenne avait demandé à chaque État membre d'organiser une activité nationale cofinancée à hauteur de 50% (c'est-à-dire 34.782,61 euros dans le cas du Luxembourg). Il devait pour cela s'agir d'une manifestation ou initiative présentant une forte dimension européenne et destinée, en associant directement ou en touchant le plus grand nombre possible de personnes, à promouvoir les objectifs de l'Année, une attention particulière devant être accordée aux actions relatives à l'éducation civique et à l'apprentissage de la compréhension des autres et de leurs différences.

Pour faire écho aux trois priorités identifiées dans la stratégie nationale et pour éviter que ne se crée un décalage avec l'organisation d'une seule activité sur toute une année, le Ministère de la Culture, de l'Enseignement supérieur et de la Recherche a choisi de répartir son activité nationale sur l'Année avec trois manifestations principales:

1. Première Fête des frontaliers - Sous la devise «Travailler ensemble, faire la fête ensemble, vivre ensemble», l'objectif de la Fête était d'aller au-delà des relations de travail pour initier et promouvoir un véritable dialogue interculturel et un esprit commun hors

bureaux entre frontaliers et résidents, ainsi qu'entre les frontaliers eux-mêmes. La Fête des frontaliers, qui a vocation à être pérennisée, espère ainsi également contribuer au développement d'une identité régionale commune.

2. La compétence interculturelle: Comment? Pourquoi? Formation pour agents de l'administration publique - Sur proposition conjointe de l'Institut de Formation sociale et du Sesopi-CI, et en collaboration avec d'autres organismes tel que le Commissariat du Gouvernement aux étrangers, l'INAP et le Syvicol, une trentaine d'agents étatiques et communaux ont consacré une journée à la réflexion:

- sur la compétence interculturelle des agents qui sont amenés, dans le cadre de leur travail, à rencontrer des personnes issues de cultures différentes,

- sur les solutions et bonnes pratiques quant à la gestion de l'interculturalité: son intérêt, la méthode pour l'insérer dans un programme de formation, la définition d'un public cible, de besoins en formation, etc. ... ,

- sur la meilleure manière d'assurer par la suite un suivi de ce séminaire, dans une optique de pérennisation des projets et d'inscription de cette formation dans les programmes de formation du public visé.

3. Bourse aux talents - Ensemble avec le Service RBS, le Ministère de la Culture, de l'Enseignement supérieur et de la Recherche a lancé dans le cadre de l'Année le projet de la «Bourse aux talents» proposé par la Conférence Générale de la Jeunesse Luxembourgeoise (CGJL) et qui vise avant tout à promouvoir le dialogue et l'échange entre générations et leurs «cultures» respectives. Favorisant une mise en réseau de personnes de différents âges et origines ethniques, incluant des aspects de diversité culturelle, de migration, de lutte contre les discriminations (basées notamment sur l'âge) et, in fine, d'intégration et de solidarité entre les citoyens, le projet souhaite en effet contribuer au décloisonnement des différentes communautés et générations qui coexistent dans la société luxembourgeoise.

Finalement, à ces trois événements principaux se sont ajoutées un certain nombre d'autres activités, organisées par différents acteurs socioculturels, qui se sont vus décerner le logo de l'Année européenne du dialogue européen par le Ministère de la Culture, de l'Enseignement supérieur et de la Recherche.

Un certain réalisme s'impose sans doute par rapport à ce qu'on peut faire en un an, aux résultats qu'on pourra effectivement atteindre et aux activités qu'on pourra effectivement mettre en œuvre. Par rapport à ce constat, le Ministère de la Culture, de l'Enseignement supérieur et de la Recherche a donc opté de s'aligner sur l'un des principaux objectifs communautaires qui était celui de donner un coup de projecteur au dialogue interculturel et de travailler dans une optique de pérennisation. Donc, même si le dialogue interculturel est appelé à être ancré par la suite au sein d'autres organismes qui dépendent d'autres ministères, le Ministère de la Culture, de l'Enseignement supérieur et de la Recherche estime que le sujet doit être traité de manière transversale, impliquant toutes les instances concernées, rappelant en cela son intention première dans la mise en œuvre de l'Année: faire un état des lieux, un inventaire et, surtout, travailler à une véritable transversalité et une approche intégrée du sujet.

**Question 2977** (18.11.2008) de **M. Fernand Etgen (DP)** concernant le **service de remplacement en médecine dentaire**:

Il me revient qu'une patiente provenant de l'Oesling souffrant samedi passé d'une rage de dents a dû se déplacer au service d'urgence dentaire du CHL. Ainsi, la personne concernée a dû consacrer sept heures (deux heures pour le trajet aller-retour, quatre heures d'attente et une heure de déplacement à la pharmacie de garde) pour son traitement.

Dans ce contexte, je souhaiterais poser la question suivante à Monsieur le Ministre de la Santé et de la Sécurité sociale:

- Est-ce que Monsieur le Ministre dans ses efforts de restructuration des services de garde et de remplacement ne croit-il pas nécessaire de décentraliser le service de remplacement en médecine dentaire en créant un tel service dans les hôpitaux régionaux d'Ettelbruck et d'Esch/Alzette?

**Réponse** (20.1.2009) de **M. Mars Di Bartolomeo, Ministre de la Santé et de la Sécurité sociale**:

La question de l'honorable Député concernant l'extension par régionalisation du service dentaire d'urgence suscite de ma part les réflexions suivantes.

La décision quant à la régionalisation du service dentaire d'urgence se situe dans un contexte caractérisé par une demande hétéroclite à laquelle il faut répondre par des moyens diversifiés.

On peut grossièrement différencier entre deux sortes d'urgences qui, si elles ne présentent que rarement un risque vital, nécessitent quand même une prise en charge adéquate ne serait-ce que pour éviter des séquelles.

- Les «vraies» urgences comme les traumatismes bucco-dentaires, les pathologies infectieuses, les hémorragies, les troubles de l'articulation de la mâchoire ou les pathologies de la muqueuse buccale.

- Les urgences «subjectives» ressenties comme telles suite à une douleur plus ou moins intense et les urgences de confort, motivées par la crainte de la perte d'une dent ou la perte ou la fracture d'un composite.

Ces différentes urgences peuvent et doivent être prises en charge par différents moyens

- soit par le recours au médecin dentiste traitant,

- soit par le recours au service dentaire d'urgence national localisé au CHL et qui fonctionne les week-ends du samedi 14h00 à dimanche 18h00,

- soit par le recours au service d'urgence de l'hôpital de garde régional en cas de traumatisme bucco-dentaire.

À ces différents niveaux d'intervention sont venues s'ajouter depuis début décembre les maisons médicales régionales dans le cadre du service de remplacement des médecins généralistes.

S'il est vrai que ce système n'est pas censé se substituer au service des médecins dentistes et s'il ne comporte ni la présence ni la disponibilité d'un médecin dentiste, il peut néanmoins, en dehors des heures de service normales et à titre transitoire, traiter les urgences dentaires caractérisées par des douleurs intenses en les calmant en attendant l'ouverture normale des cabinets des médecins dentistes.

Ce maillon supplémentaire pourrait de la sorte constituer une amélioration dans la prise en charge des urgences dentaires. Si au vu des expériences la nécessité d'une prise en charge supplémentaire devait persister, mon Ministère pourrait envisager l'extension limitée du service dentaire d'urgence vers d'autres hôpitaux de garde, comme Ettelbrück ou Esch/Alzette qui, déjà à l'heure actuelle, disposent d'une infrastructure et d'un équipement pouvant accueillir des

urgences dentaires sans pouvoir toutefois se substituer aux cabinets dentaires établis en ville ou au service dentaire d'urgence nationale.

**Question 2987** (24.11.2008) de **MM. Félix Braz et Henri Kox (DÉI GRENG)** concernant le **couloir pour autobus entre Pulvermuhl et le rond-point Schaffner**:

Actuellement des travaux routiers ont lieu sur le tronçon du Val de Hamm à la sortie de la ville de Luxembourg. Sur ce tronçon et en particulier en amont du rond-point Schaffner, chaque soir les autobus des lignes en direction de la région est (150, 160, 194, 162, 163, etc.) sont retardés dans les bouchons avec une perte de temps de 10 à 20 minutes.

Cet inconvénient pour les utilisateurs des transports en commun dure depuis au moins deux années, raison pour laquelle un couloir pour autobus serait en planification sur ce tronçon suivant nos informations. Or, ce couloir nécessite pour sa réalisation intégrale des travaux importants au niveau du rond-point Schaffner (nouvelle bretelle).

Vu le nombre élevé d'autobus et d'utilisateurs qui sont retardés chaque jour et les délais importants pour la réalisation des travaux au rond-point Schaffner, nous estimons qu'une solution intermédiaire et réalisable à court terme s'impose. En effet, entre le rond-point Schaffner et la bifurcation en direction de Cents, la circulation en direction de Luxembourg se fait actuellement sur deux voies. Nous estimons que rien ne s'oppose à la création un couloir pour autobus en supprimant une voie en direction de Luxembourg.

Dans ce contexte, j'aimerais poser les questions suivantes à Monsieur le Ministre des Travaux publics:

- Est-ce que les travaux dans le Val de Hamm sont réalisés dans le contexte de la création d'un couloir pour autobus?

- À quel stade d'avancement se trouve le projet d'un couloir pour autobus sur ce tronçon entre Pulvermuhl et rond-point Schaffner?

- Est-ce que Monsieur le Ministre envisage une solution intermédiaire pour ce couloir d'autobus?

**Réponse** (22.1.2009) de **M. Claude Wiseler, Ministre des Travaux publics**:

En réponse à la question parlementaire des honorables Députés, relative aux travaux routiers au Val de Hamm et à l'avancement du projet pour la création d'un couloir pour autobus sur le tronçon entre Pulvermuhl et le rond-point Schaffner, il y a lieu de préciser que les travaux actuellement en cours au Val de Hamm ne sont pas réalisés dans le contexte de la création d'un couloir pour bus. Il s'agit de travaux d'infrastructures entrepris par la Ville de Luxembourg.

Le projet visant la mise en place de facilités pour les transports en commun par la route entre Pulvermuhl et le rond-point Schaffner est bien avancé. La première priorité en est d'aider les bus à passer les files qui se forment, principalement à l'heure de pointe vespérale, à l'approche du giratoire. Cet objectif est atteint par l'aménagement d'un couloir pour bus s'avancant jusqu'à l'anneau de circulation du rond-point. Ensuite il s'agit de faciliter la sortie des bus dans l'anneau de circulation du giratoire et leur passage de la branche de sortie vers l'A6 en direction de la Croix de Gasperich, seul point à conflit à passer avant de pouvoir quitter le



rond-point par la sortie vers la N2 en direction de Sandweiler.

Pour atteindre ce but et pour éviter les entrecroisements sur très courte distance des bus avec les flux venant de Pulvermuhl et empruntant la sortie vers la Croix de Gasperich, ce dernier mouvement va bénéficier d'un by-pass contournant cette partie du giratoire.

La bande de tourne-à-droite vers ce giratoire sera co-utilisée par les bus et le trafic individuel. Comme le trafic bifurquant vers l'A6 bénéficie d'une longue voie d'insertion, des reflux pouvant bloquer l'avancement des bus ne sont pas à craindre.

Les deux mesures mentionnées ci-dessus, by-pass et couloir d'approche pour bus, constituant un ensemble et ne peuvent pas être séparées en deux phases de réalisation. Ce projet avance, comme déjà mentionné ci-avant, très bien et pourra être réalisé rapidement dès que les autorisations nécessaires seront disponibles.

Question 2994 (26.11.2008) de M. Marcel Oberweis (CSV) concernant l'aménagement d'un parc éolien:

Selon mes informations, un nouveau parc éolien au lieu-dit «Gemeengendelen» dans la commune de Mersch s'est vu refusé l'autorisation de construction de la part du Ministère des Transports parce qu'il se trouve dans les couloirs de décollage et d'atterrissage des avions de petite taille. Ce parc éolien d'une puissance de 12,5 MW a néanmoins eu une appréciation positive de la part des autorités communales de Mersch.

Dans ce contexte, j'aurais aimé avoir les précisions suivantes de Monsieur le Ministre de l'Économie et de Monsieur le Ministre des Transports:

- Messieurs les Ministres peuvent-ils me conformer les faits susmentionnés?
- Dans l'affirmative, Monsieur le Ministre des Transports n'envisage-t-il pas de modifier les couloirs aériens des avions de petite taille afin que le projet en question puisse être réalisé?
- Dans la négative, pour quelles raisons les couloirs de décollage et d'atterrissage en question ne peuvent pas être modifiés?

- Existe-t-il encore d'autres projets qui ne peuvent être réalisés pour des raisons semblables et le cas échéant lesquels?

Réponse commune (27.1.2009) de M. Lucien Lux, Ministre des Transports et de M. Jeannot Krecké, Ministre de l'Économie et du Commerce extérieur:

L'honorable Député s'enquiert sur l'avis négatif émis par les services compétents du Ministère des Transports concernant un projet de parc éolien sur le territoire de la commune de Mersch.

La Direction de l'Aviation Civile (DAC) a été saisie d'un projet d'implantation d'un projet de parc à éoliennes dans le cadre de ses missions légales aux fins de vérifier sa conformité avec les impératifs de la sécurité aérienne.

L'analyse de risque effectuée par l'Administration de la Navigation Aérienne (ANA) a révélé qu'au niveau opérationnel la proximité du projet par rapport aux routes de vol à vue VFR (Visual Flight Rules) et le peu de marge de sécurité en distance verticale séparant les avions des éoliennes présentent un risque majeur pour la navigation aérienne.

En effet, telles qu'elles sont situées entre Mersch et Fischbach, les éoliennes se trouvent être latéralement à environ 2,8 km des routes VFR d'entrée et de sortie de la zone terminale de l'Aéroport de Luxembourg. Ces routes sont suivies par les vols en régime VFR à une altitude de 2000 pieds QNH<sup>1</sup>. Or, compte tenu de l'altitude du site (400 m) et de la hauteur des éoliennes (145 m, pales comprises), les extrémités des pales se trouvent à une altitude de 545 m, équivalent à 1831 pieds QNH. Au cas probable où un vol VFR serait surpris par la dégradation soudaine des conditions météorologiques et ne serait plus en mesure de garder ses repères visuels avec le sol, la distance le séparant des sommets des pales (170 pieds = ~ 50 mètres) serait insuffisante. Cette situation présente un risque majeur pour la sécurité de la navigation aérienne dans l'espace aérien luxembourgeois.

En résumé, le parc à éoliennes, sous la forme projetée, et les trajectoires VFR actuelles sont incompatibles. La DAC n'était donc pas en mesure d'émettre un avis favorable à l'implantation d'éoliennes à cet endroit.

En ce qui concerne le déplacement des routes de vol à vue, il y a lieu de noter que l'établissement de ces routes nécessite un travail de planification consciencieuse afin de garantir le respect des standards aéronautiques ainsi que des exigences découlant de la réglementation européenne du «ciel unique». Par ailleurs, il est clair que toute nouvelle trajectoire ne devrait pas causer davantage de nuisances sonores que l'actuelle.

Sur base de ces critères, j'ai marqué mon accord avec la proposition de la Direction de l'Aviation Civile d'analyser d'éventuelles trajectoires alternatives en concertation étroite avec le Ministère de l'Environnement.

Finalement, il convient de noter qu'a priori tout parc éolien peut entraver la circulation aérienne étant donné que, d'un côté, les gabarits de plus en plus importants des éoliennes peuvent constituer des obstacles potentiels aux avions en vol, notamment autour d'un aéroport et, d'un autre côté, les éoliennes sont susceptibles d'occasionner des reflets perturbant le fonctionnement normal du système radar de l'aéroport de Luxembourg.

En raison de ces deux hypothèses une analyse consciencieuse de chaque projet est requise par les autorités de l'aviation civile. Afin d'éviter la planification de projets susceptibles de causer un risque pour la sécurité aérienne, l'avis préalable de la Direction de l'Aviation Civile fera désormais partie intégrante de la procédure d'autorisation d'exploitation «commodo-incommodo».

<sup>1</sup> QNH = pression barométrique corrigée des erreurs instrumentales, de température et de gravité et ramenée au niveau moyen de la mer suivant les caractéristiques de l'atmosphère standard

Question 2996 (26.11.2008) de M. Marc Spautz (CSV) concernant la composition des délégations du personnel et plus particulièrement la désignation du délégué à l'égalité:

Selon le paragraphe (2) de l'article L.412-1 du Code du Travail, les délégations du personnel comportent outre les membres titulaires proprement dits, dont le nombre est déterminé selon l'effectif des salariés de l'entreprise conformément au paragraphe (1) du même article, des membres suppléants et ce en nombre égal à celui des membres titulaires.

L'article 414-3 du Code du Travail ayant trait au (à la) délégué(e) à l'égalité prévoit, quant à lui en son paragraphe (1), que «Chaque délégation principale et, le cas échéant, chaque délégation divisionnaire, désigne immédiatement après son entrée en fonctions parmi ses membres, et pour la durée de son mandat, un(e) délégué(e) à l'égalité.»

Dans ce contexte, j'aurais aimé savoir de Monsieur le Ministre du Travail et de l'Emploi:

1. Faut-il comprendre par là que même un membre suppléant de la délégation peut être désigné comme délégué(e) à l'égalité?
2. En tout état de cause, quelle est l'interprétation gouvernementale des deux textes en question?

Réponse (20.1.2009) de M. François Biltgen, Ministre du Travail et de l'Emploi:

Il échet d'abord de relever que le Ministre du Travail et de l'Emploi n'a, en droit, pas compétence pour interpréter le droit du travail. Cette attribution est dévolue, tout comme le contrôle de l'application du droit du travail, à l'Inspection du Travail et des Mines. Aussi la réponse qui suit reflète-t-elle l'avis de l'ITM et est évidemment à comprendre sans préjudice d'interprétation jurisprudentielle divergente. Selon l'ITM donc:

Ad 1:

Le/la délégué(e) à l'égalité est à choisir parmi les membres de la délégation, et dans ce contexte, il s'agit de membres effectifs.

Ad 2:

Lorsque le législateur mentionne la délégation du personnel, il parle de membres effectifs, notamment pour les réunions et pour les postes.

Lorsque le législateur veut inclure les suppléants, il le précise expressis verbis, pour qu'il n'y ait pas de confusion possible.

En vertu de l'article L.415-4 du Code du Travail, le membre suppléant est appelé à siéger en remplacement du membre effectif: le législateur n'aurait pas expressément mentionné ceci, si le membre suppléant pouvait prendre le mandat de délégué à l'égalité et de ce fait participer à toutes les réunions et se voir attribuer des heures de délégation, des congés de formation, etc. ....

C'est ainsi que le législateur fait une exception pour les délégations ne comportant qu'un seul délégué effectif en permettant au suppléant de participer aux réunions avec la direction de l'établissement (art. L.412-1(3)).

Par interprétation téléologique du droit positif, la mention d'une exception dans certains cas précis en faveur des suppléants par rapport aux effectifs signifie clairement que les suppléants ne sont pas à considérer d'office au même titre que les effectifs.

La législation mentionne expressément la protection du membre suppléant, précision qui aurait été superflète si le mot membre avait suffi (art. L.415-11).

L'Inspection du Travail et des Mines cite aussi la jurisprudence pour étayer sa position en droit: L'arrêt de la Cour Supérieure de Justice CSJ 30-06-2005 N°29039 B.c./K., cité dans Feyereisen sous article L. 417-4 précise en effet: «Il résulte de l'agencement de ces différents textes que les membres titulaires des délégations du personnel doivent désigner lors de leur première réunion ... le président, le vice-président, le secrétaire et le bureau. Ce n'est qu'après la désignation du bureau que la nouvelle délégation est installée et qu'elle choisit les délégués à l'égalité et à la sécurité....».

L'ITM renvoie encore à l'article L.415-4 qui dispose à son tour que «Le membre suppléant est appelé

à siéger en remplacement du membre effectif...». Donc uniquement en remplacement.

L'ITM se demande d'ailleurs encore sur base de la lecture de cet article quelle serait la plus-value pour l'institution qu'est une délégation si le délégué à l'égalité ne peut même pas participer aux réunions. À quoi serviraient alors effectivement les heures libérées, voire la formation particulière de deux fois une demi-journée? D'autant qu'en tant que suppléant il ne peut pas participer à la semaine de formation de base pour les délégués.

Question 2998 (26.11.2008) de M. Gilles Roth (CSV) concernant les défibrillateurs automatiques:

Pour réduire le nombre de morts par arrêt cardiaque, le conseil général de la Moselle vient d'annoncer d'équiper certains lieux publics dont il a la gestion de défibrillateurs automatiques. Le défibrillateur est un appareil simplifié qui peut être utilisé par tout le monde. En fait, il est capable de diagnostiquer une fibrillation ventriculaire et se charge automatiquement pour permettre un choc électrique. On ne doit effectuer aucun réglage, les seules actions à réaliser sont de l'allumer, de placer les électrodes et de délivrer le choc si l'appareil le demande.

Dans ce contexte, j'aimerais poser la question suivante à Monsieur le Ministre de la Santé et de la Sécurité sociale:

- Le Gouvernement envisage-t-il de suivre l'exemple du conseil général de la Moselle en installant des défibrillateurs automatiques dans les lieux publics fréquentés par un grand nombre de personnes?

Réponse (9.1.2009) de M. Mars Di Bartolomeo, Ministre de la Santé et de la Sécurité sociale:

L'honorable Parlementaire aimerait savoir si le Gouvernement envisage, à l'instar du conseil général du département de la Moselle, d'installer des défibrillateurs dans les lieux publics fréquentés par un grand nombre de personnes.

Je souhaite tout d'abord informer Monsieur le Député que l'utilisation des défibrillateurs externes automatiques fait l'objet d'un règlement grand-ducal du 19 novembre 2008.

Ce règlement autorise toute personne à utiliser un défibrillateur externe entièrement automatique qui constitue un dispositif médical. En l'espèce, il s'agit d'un défibrillateur qui ne permet ni de passer en mode manuel ni de surcroît d'administrer un choc électrique de manière autonome.

Toujours est-il que ce règlement vise exclusivement l'utilisation de tels appareils et ne prévoit dès lors aucune obligation concernant leur emplacement, voire leur équipement.

Néanmoins, je ne saurais qu'encourager la mise en place de défibrillateurs externes entièrement automatiques dans les postes de secours des divers bâtiments destinés à accueillir ou à héberger du public, et notamment dans les bâtiments où ont lieu des manifestations culturelles et/ou sportives.

Par ailleurs, un tel équipement pourrait également être envisagé dans les bâtiments qui abritent des locaux techniques dangereux, ceci pour pouvoir prévenir tout éventuel risque d'électrocution.

Question 3003 (1.12.2008) de M. Camille Gira (DÉI GRENG) concernant les minervals pour les cours de musique:

En relation avec l'enseignement musical soit dans les Écoles de Musique, soit organisé par l'UGDA, les communes sont libres de fixer les minervals des élèves qui suivent les différents cours collectifs de solfège respectivement les cours individuels pour instruments de musique.

Ces droits d'inscription aux cours varient non seulement d'une commune à l'autre et entre élèves résidents et non résidents, mais souvent également en fonction du choix de l'instrument de musique enseigné dans une même commune. En plus, différentes communes déterminent leur participation aux frais d'enseignement dans les Écoles de Musique en fonction de la qualité de l'élève d'être membre dans une association musicale locale.

Dans ce contexte, j'aimerais poser la question suivante à Monsieur le Ministre de l'Intérieur et de l'Aménagement du Territoire:

- Est-ce que le Ministère de l'Intérieur autorise les communes à fixer des minervals qui varient en fonction de la qualité des élèves d'être membre dans une association musicale locale respectivement en fonction de l'instrument de musique choisi par l'élève inscrit dans une École de Musique ou dans un cours organisé par l'UGDA?

Réponse (26.1.2009) de M. Jean-Marie Halsdorf, Ministre de l'Intérieur et de l'Aménagement du Territoire:

L'autonomie communale confère le droit aux communes de percevoir des minervals respectivement des droits d'inscription auprès des élèves inscrits à l'enseignement musical communal et génère des multitudes d'approches pour fixer les montants qui peuvent varier par exemple selon

- l'établissement,
- l'année d'études,
- le genre de cours fréquentés tel que solfège, cours de chant et d'instruments de musique,
- le fait qu'il s'agit de cours collectifs ou individuels,
- la situation de l'élève, telle que son appartenance à une association locale ou non locale, sa résidence,
- etc..

Le département de l'Intérieur vérifie si les décisions communales sont conformes à la législation et si elles ne sont pas contraires à l'intérêt général. Si tel est le cas, les délibérations en question sont engagées dans la procédure d'approbation. Si tel n'est pas le cas, elles sont retournées avec les observations qui s'imposent.

Question 3012 (3.12.2008) de M. Aly Jaerling (Indépendant) concernant le dossier judiciaire:

An der Press reege sech zwee Affekoten öffentlech iwwert d'Aart a Weis op, wéi hei am Land den Dossier vun engem 18 Joer laang Inhaftéierten onzougängelech gemaach géif ginn.

Wann Dossiere vun engem Inhaftéierten zrëckbehale ginn, an him domadder d'Recht verweigert gëtt, eng Revisioun vu senger Affär aleeden ze loossen, ass dat zumindest erstaunlech a rechtsstaatlech net ze vertrieden.

Kann den Här Justizminister mer duerf dës Froe beäntwerten:

- 1) Stëmmt dat, wat déi zwee Affekote behaupten, dass en Dossier vun engem 18 Joer laang Inhaftéierten net zougängelech ass?
- 2) Wa jo, firwat, a wat ass d'Prozedur, fir datt déi betrafte Persoun respektiv seng Affekoten Zougang zu dem Dossier kréien?
- 3) Ass dat eng normal gesetzlech Prozedur, datt Inhaftéierten Zou-



gang zu hirem Dossier verweigert gëtt?

4) Ass et normal, datt Fonctionnairen den Zougang zu engem Dossier kënnen verweigere?

**Réponse** (22.1.2009) de **M. Luc Frieden**, *Ministre de la Justice*:

Dans sa question parlementaire, Monsieur le Député Aly Jaerling se réfère à un courrier publié dans la presse et émanant des avocats d'un détenu, courrier dans lequel ceux-ci se plaignent du fait qu'ils n'ont pas accès au dossier répressif relatif à la condamnation du détenu en question.

Conformément aux principes du procès équitable énoncés par la Convention européenne de sauvegarde des droits de l'Homme et des libertés fondamentales et la Cour de Strasbourg, le dossier est mis à la disposition de tout prévenu qui fait l'objet de poursuites pénales. Une copie est communiquée au prévenu ou à son conseil.

En application de ces principes et de notre législation interne, le détenu et les différents avocats, qui assureraient sa défense lors du procès dans les années 90, ont reçu communication du dossier répressif. Sa condamnation aux travaux forcés à perpétuité par arrêt de la Cour d'appel du 20 novembre 1993 est intervenue après des débats contradictoires sur base du dossier librement débattu à l'audience.

Cette condamnation est définitive. Un recours en cassation contre l'arrêt de condamnation a été rejeté.

Après l'arrêt coulé en force de chose jugée, le dossier a été entreposé aux archives de la Cour pendant quelques années, ensuite il a été transféré aux archives nationales de l'État où il se trouve actuellement.

Il n'existe aucune raison pour en délivrer des copies supplémentaires, au fur et à mesure que le condamné concerné change d'avocat pour l'assister dans le cadre de l'exécution de sa peine. Plus spécialement, aucune disposition légale interne ou européenne n'oblige les autorités compétentes d'obtempérer à une demande afférente du prévenu condamné ou de son avocat.

Il est cependant évident qu'en cas de nouveaux débats contradictoires suite à l'admission d'une demande en révision sur base des dispositions de l'article 443 du code d'instruction criminelle, ce qui n'est pas le cas en l'espèce, le dossier serait de nouveau mis à la disposition de la défense pour les besoins du procès de révision.

En l'espèce, la demande des avocats actuels du détenu faite pour la première fois près de quatorze ans après la condamnation définitive de celui-ci, a été motivée par le souci de vouloir «mieux connaître le passé» du détenu. À aucun moment, il n'est question d'une procédure de révision envisagée, ni même d'un fait nouveau qui motiverait une telle procédure.

Il convient de rappeler, dans ce contexte, qu'une demande en révision n'est possible que pour des cas limitativement énumérés par la loi. Ceci est notamment le cas «lorsque, après une condamnation, un fait vient à se produire ou à se révéler ou lorsque des pièces inconnues lors des débats sont présentées, de nature à établir l'innocence totale ou partielle du condamné» (article 443 du code d'instruction criminelle). Il ne s'agit donc pas de procéder à un réexamen du dossier existant, mais d'avancer des faits nouveaux non connus à l'époque du procès.

Reste à préciser que les avocats visés ont pu consulter, au Service de l'Exécution des Peines, le dossier constitué pour les besoins du traitement pénologique du détenu concerné dans le cadre de l'exécution de sa peine privative de li-

berté. Ce dossier contient, entre autres, les décisions de justice relatives à la personne condamnée.

**Question 3019** (8.12.2008) de **M. Claude Adam** (*DÉI GRÉNG*) concernant le **Plurio.net**:

Plurio.net est un portail culturel transfrontalier, qui offre une vue d'ensemble des opérateurs culturels et un agenda de toutes les activités culturelles de la Grande Région. Ce projet est né d'une coopération de différentes institutions publiques culturelles de la Grande Région. Plurio.net reçoit un financement par les fonds structurels européens e-Bird et Interreg. Ce dernier assure un subventionnement de plurio.net jusqu'en 2011.

La plateforme plurio.net peut jouer un rôle prépondérant en ce qui concerne le développement des coopérations transfrontalières dans le domaine culturel. Il serait dommage de ne pas réussir à consolider et à assurer le développement futur de ce projet.

Dans ce contexte, j'aimerais poser les questions suivantes:

- Le Ministère de la Culture, de l'Enseignement supérieur et de la Recherche étant un partenaire de plurio.net, quel est le soutien financier octroyé à ce projet?

- Madame la Secrétaire d'État peut-elle me donner des informations concernant le support des autres acteurs de la Grande Région?

**Réponse** (20.1.2009) de **Mme Octavie Modert**, *Secrétaire d'État à la Culture, à l'Enseignement supérieur et à la Recherche*:

Dans le cadre de la coopération transfrontalière et en vue de l'échéance Luxembourg et Grande Région, Capitale européenne de la Culture 2007, 17 partenaires de la Grande Région, dont le Ministère de la Culture, de l'Enseignement supérieur et de la Recherche, ont créé ensemble le portail culturel de la Grande Région plurio.net.

Le portail est devenu opérationnel en novembre 2006. Outre la présentation de l'offre culturelle de la Grande Région, plurio.net vise à renforcer la coopération territoriale et transfrontalière institutionnelle, à présenter et à intégrer les réseaux culturels transfrontaliers et à valoriser la matière première «Culture».

Je vous prie de trouver ci-après le détail des contributions financières au premier projet qui a duré de juillet 2004 à décembre 2006. Le Ministère de la Culture, de l'Enseignement supérieur et de la Recherche a financé 60.000 euros du projet. Les autres régions ont contribué pour un montant total de 275.741,34 euros. Le projet a été piloté par l'Agence luxembourgeoise d'action culturelle, association sans but lucratif conventionnée avec mon Ministère et la Ville de Luxembourg. Le projet a bénéficié d'un cofinancement dans le cadre du programme européen Interreg IIIC «e-Bird» d'un montant global de 364.534,67 euros.

En 2008, à l'échéance de la convention de coopération, neuf partenaires issus des cinq régions de la Grande Région ont signé un nouveau partenariat, dans le but de pérenniser le portail plurio.net et la banque de données.

Les frais de fonctionnement du portail, qui se chiffrent annuellement à 73.500 euros, soit 14.700 euros par région, sont financés conjointement et paritairement:

Luxembourg

- Ministère de la Culture, de l'Enseignement supérieur et de la Recherche 14.700 €

Lorraine

- Direction régionale des Affaires culturelles 7.000 €

- Conseil régional de Lorraine 7.700 €

Rhénanie-Palatinat

- Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur 14.700 €

Sarre

- Ministerium für Bildung, Familie, Frauen und Kultur 14.700 €

Wallonie

- Communauté française de Belgique, Direction générale de la culture 5.880 €

- Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens 2.940 €

- Commissariat général aux relations internationales de la Communauté française de Belgique et Région wallonne Division des Relations internationales 5.880 €

En mars 2008, l'Agence luxembourgeoise d'action culturelle a déposé une demande de cofinancement au nom de ce partenariat auprès du programme européen Interreg IV A, qui a accordé une subvention de 740.290 euros pour les années 2008-2010.

Le nouveau projet poursuit le but de développer la base de données, de créer des interfaces depuis et vers des bases de données existantes et de développer des portails thématiques et applications personnalisées permettant un accès individualisé aux contenus.

Actuellement, le portail présente quotidiennement entre 2.600 et 4.000 manifestations. Plus de 7.000 lieux de manifestations et d'organisations sont répertoriés dans le guide culturel du site. Le portail compte quelque 11.000 visiteurs par mois et diffuse ses données culturelles sur d'autres sites, par exemple de la Ville de Luxembourg, du Luxembourg City Tourist Office, de «Hot-City», de Quattropole, du réseau interne de la Commission européenne, de Karzoo.eu et dans le City-Agenda du magazine «Rendez-vous». Ainsi, environ 110.000 lecteurs consultent mensuellement les informations générées par la base de plurio.net.

Conformément à la déclaration officielle du 10<sup>e</sup> sommet de la Grande Région, plurio.net sera, à côté des coordinations régionales et du secrétariat commun de l'Association «Espace culturel Grande Région», un des trois piliers de la coopération transfrontalière culturelle.

Le Ministère de la Culture, de l'Enseignement supérieur et de la Recherche continuera à encourager cet outil qui joue un rôle prépondérant dans le développement des coopérations transfrontalières.

Au-delà des réponses aux questions de l'honorable Député, je voudrais ajouter qu'en avril 2008, une convention a été conclue avec l'Agence luxembourgeoise d'action culturelle en vue de l'élaboration d'un portail culturel luxembourgeois, portail qui profitera des acquis de plurio.net et de la base de données développée dans ce cadre. Parallèlement, ce portail luxembourgeois contribuera à renforcer la participation luxembourgeoise à plurio.net et la pérennisation de la collecte de données.

À la lumière des considérations qui précèdent, il appert clairement que l'importance de l'instrument plurio.net et la plus-value qu'il apporte à la fois au niveau des relations transfrontalières et de l'amplification du secteur culturel sont patentes et j'attache une importance correspondante évidente à cet outil.

**Question 3020** (9.12.2008) de **M. Félix Braz** (*DÉI GRÉNG*) concernant les **pièces justifiant de l'intégration du demandeur dans la société luxembourgeoise**:

La nouvelle législation sur l'immigration prévoit le statut de résident

de longue durée pour les ressortissants de pays tiers ayant séjourné cinq années au Grand Duché. Le formulaire de demande d'obtention de ce statut évoque certains éléments tels que «les pièces justifiant de l'intégration du demandeur dans la société luxembourgeoise».

Partant du souci du Ministère de faire preuve de transparence dans l'attribution de ce statut, j'aimerais savoir:

- Le Ministère a-t-il établi une liste exhaustive des pièces pouvant justifier de l'intégration du demandeur dans la société luxembourgeoise?

- Dans la positive, quel est le caractère de cette liste et quels en sont les éléments constitutifs?

- Si pareille liste n'existe pas encore, dans quels délais peut-on s'attendre à ce qu'elle soit établie?

- Sous quelle forme cette liste sera-t-elle publiée?

**Réponse** (20.1.2009) de **M. Nicolas Schmit**, *Ministre délégué aux Affaires étrangères et à l'Immigration*:

L'article 81, paragraphe (3) de la loi du 29 août 2008 sur la libre circulation des personnes et l'immigration précise que lors de l'examen de la demande en obtention du statut de résident de longue durée, le Ministre tient compte du degré d'intégration du demandeur.

Dans son avis du 20 mai 2008, le Conseil d'État a souligné que la disposition concernant l'intégration du futur résident de longue durée table sur l'intégration ut singuli, qui peut le cas échéant faire l'objet d'une présomption.

Selon l'article 11 du règlement grand-ducal du 5 septembre 2008 portant exécution de certaines dispositions relatives aux formalités administratives prévues par la loi du 29 août 2008 précitée, le Ministre tient compte, pour vérifier le degré d'intégration du demandeur, de tous les éléments et toutes les pièces produits par le ressortissant de pays tiers pour justifier de son intégration. La preuve peut donc se faire par tous moyens. Aussi, le ministère n'a-t-il pas établi une liste exhaustive des pièces à fournir.

Cependant, deux mois avant l'expiration de tout titre de séjour, quelle que soit la catégorie, les personnes concernées sont invitées par le Ministre à procéder soit au renouvellement de leur titre, soit, si elles remplissent les conditions requises, à solliciter le statut de résident de longue durée. Dans le courrier envoyé sont indiquées les pièces que le requérant devra joindre à sa demande.

À titre exemplatif sont énumérées des pièces susceptibles de justifier l'intégration dans la société luxembourgeoise: la preuve de la fréquentation de cours d'une des langues prévues par la loi du 24 février 1984 sur le régime des langues, la preuve de la participation dans des mesures ou actions organisées en vue de l'intégration des étrangers au plan local ou national, la preuve d'une affiliation à une association locale ou à un club local, une attestation testimoniale, etc.. Pour prouver son intégration, le ressortissant de pays tiers est donc libre de fournir toutes les attestations testimoniales qu'il juge utiles. Il n'y a pas de restriction quant au cercle de personnes qui peuvent établir une telle attestation. Le Ministre jugera de la crédibilité des attestations.

Cette énumération des pièces se retrouve sur le site Internet de la Direction de l'Immigration ([www.mae.lu/fr/Site-MAE/Immigration/Entree-et-sejour-des-etrangers2/FAQ](http://www.mae.lu/fr/Site-MAE/Immigration/Entree-et-sejour-des-etrangers2/FAQ)), sous la rubrique «ressortissants de pays tiers, question: résident de longue durée - pièces justifiant de l'intégration du demandeur dans la société luxembourgeoise».

Finalement, il y a lieu de préciser que la loi du 16 décembre 2008 concernant l'accueil et l'intégration

des étrangers au Grand-Duché de Luxembourg (publiée le 24 décembre 2008 au Mémorial A - N°209) fait le lien entre immigration et intégration et reprend en son article 13, alinéa 2 une disposition qui initialement se trouvait dans le projet de loi sur la libre circulation des personnes et l'immigration. Cette disposition prévoit que «la signature et le respect des stipulations contenues dans le contrat d'accueil et d'intégration par l'étranger sont pris en considération pour l'appréciation du degré d'intégration». À l'avenir, les personnes ayant signé un contrat d'accueil pourront donc s'en prévaloir pour justifier leur intégration.

**Question 3021** (10.12.2008) de **M. Félix Braz** (*DÉI GRÉNG*) concernant le **soutien au nouveau président des États-Unis visant la fermeture du camp de Guantánamo**:

La Chambre des Députés a voté en date du 14 mars 2006 une résolution qui condamne fermement toutes les violations des droits de l'Homme au camp américain de Guantánamo et qui exige l'arrêt de cette situation illégale. Or, pour pouvoir fermer le Camp de Guantánamo, le nouveau président américain doit résoudre le problème de l'accueil des (ex-)détenus innocentés ou non poursuivis qui, une fois relâchés, ne peuvent pas retourner dans leur pays d'origine sous peine de menace pour leur vie.

Selon l'hebdomadaire allemand Der Spiegel (N°48/2008), le Gouvernement allemand voudrait l'aider dans cette tâche. Il vérifierait actuellement la possibilité d'accueillir notamment des Ouïghours capturés en Afghanistan et détenus à Guantánamo. La Chine considère ces Ouïghours comme des terroristes militant pour l'indépendance de leur région. Elle revendique leur extradition et les condamnerait vraisemblablement à la peine de mort.

Pour ne pas devoir affronter seul l'ire chinoise, le Gouvernement allemand s'efforcerait actuellement à convaincre d'autres États membres de l'UE à accueillir une partie des Ouïghours. En se joignant à l'initiative allemande, le Gouvernement luxembourgeois pourrait non seulement envoyer un signe de soutien fort à Barack Obama, mais aussi contribuer activement à la fermeture de cette enclave exempte de protection par les droits de l'Homme que constitue Guantánamo.

Dans ce contexte, je me permets de demander les renseignements suivants à Monsieur le Ministre:

- Est-ce que le Gouvernement est prêt à accueillir des réfugiés ouïghours et à faciliter par-là la fermeture du Camp de Guantánamo?

- Est-ce que le Luxembourg a déjà été contacté par le Gouvernement allemand? Dans l'affirmative, quelle fut la réponse donnée?

**Réponse** (9.1.2009) de **M. Jean Asselborn**, *Ministre des Affaires étrangères et de l'Immigration*:

Le Ministre des Affaires étrangères peut répondre à l'honorable Député que le Gouvernement luxembourgeois n'a pas été contacté par le Gouvernement allemand pour accueillir des prisonniers ouïghours détenus à Guantánamo.

La fermeture du camp de Guantánamo est une priorité du nouveau président Barack Obama. Il est à souhaiter qu'elle devienne réalité dans un avenir proche.



10.12.2008

**Question 3022** (10.12.2008) de **MM. Camille Gira** et **Jean Huss** (*DÉI GRÉNG*) concernant le **rayonnement non ionisant des émetteurs de radio de Marnach**:

Dans ma question parlementaire N°2638 du 20 juin 2008 (*cf. compte rendu N°2/2008-2009*), j'avais exposé la situation de riverains du centre de radiodiffusion de Marnach se souciant des possibles effets des radiations sur leur santé. Or, Messieurs les Ministres n'ont pas répondu de façon exhaustive à ma question quant à l'intensité du rayonnement non ionisant des émetteurs radio de Marnach, de même qu'aux valeurs-limites y afférant.

Afin de compléter votre réponse initiale et pour approfondir certains points, je souhaite donc avoir les précisions suivantes:

- Quels sont les seuils et valeurs-limites de rayonnement applicables précisément aux émetteurs radio de Marnach? Prière de chiffrer les valeurs exactes.

- Combien de fois ces seuils ont été dépassés depuis 2003 et sur quels sites de mesure?

- Est-ce que Messieurs les Ministres sont vraiment d'avis qu'aucune de ces campagnes de mesure ne soit fiable?

- Est-ce qu'il n'y a plus eu de mesures de contrôle depuis fin 2006?

- Est-ce que l'absence de contrôle pendant deux ans ne contrevient pas aux obligations découlant d'un jugement du tribunal administratif de 2003; jugement qui avait par ailleurs exigé un minimum de neuf séries de mesures entre 2003 et 2006? Si oui, pourquoi cet abandon des mesures de contrôle?

- Pourquoi proposez-vous aux habitants de changer pour la prochaine campagne de mesures aussi bien d'organisme de contrôle agréé externe que de sites de mesure? Est-ce que cela ne rendra pas plus difficile la comparaison dans le temps entre les différentes campagnes de mesures?

- Est-ce que le choix des sites de mesure ne devrait pas être fait - comme par le passé - par des experts en la matière plutôt qu'en concertation étroite avec les riverains, surtout que les riverains ne sont pas demandeurs d'un changement de site?

- Combien de temps est-ce qu'il faudrait pour trouver un nouvel organisme de contrôle agréé, pour définir les sites et réaliser une nouvelle campagne de mesure?

**Réponse** (9.1.2009) de **M. Mars Di Bartolomeo**, *Ministre de la Santé et de la Sécurité sociale* et de **M. François Biltgen**, *Ministre du Travail et de l'Emploi*:

- Selon l'Organisation de la Santé Mondiale (OMS ou WHO) respectivement ICNIRP, la valeur limite applicable est de 72,5 V/m pour le public.

Au-delà de cette limite de l'OMS, il existe une valeur normalisée de 3 V/m garantissant la compatibilité électromagnétique des appareils électriques de toute nature utilisés dans les maisons (afin d'éviter des nuisances provenant de dysfonctionnements d'appareils électriques, électroménagers, ordinateurs, etc.).

- Depuis le début des campagnes de mesure, 13 sites de mesure ont été sélectionnés et 244 mesures ont été effectuées pour déterminer l'intensité du champ électrique et 244 mesures ont été effectuées pour déterminer l'intensité du champ magnétique.

De ces 244 mesurages effectués, un dépassement de l'intensité du champ électrique a été constaté à cinq reprises sur deux sites (en novembre 2004 (site N°6), en mars 2006 (site N°6 et N°6a) et en septembre 2006 (sites N°6 et N°6a)). Il est à remarquer que les deux sites en question se trouvent sur la propriété (site N°6a) de la CLT-UFA (interdit au public) ou sur la route (site N°6) qui affleure le terrain de la CLT-UFA.

Aucun dépassement de l'intensité du champ magnétique n'a été constaté.

- Ces campagnes - 9 séries de mesure sur trois années consécutives - ont été réalisées avec l'accord des autorités compétentes en matière d'établissements classés (Ministère du Travail et Ministère de l'Environnement) et par conséquent, ils ne peuvent donc pas être qualifiés de «non fiables». Il faut cependant préciser que la norme OMS ou ICNIRP concerne une valeur moyenne mesurée pendant un laps de temps de 6 minutes. Les résultats des mesurages par l'organisme de contrôle agréé correspondent par contre aux valeurs maximales pendant ces laps de temps (3 x 2 minutes).

Étant donné les résultats et après concertation avec les experts des services des ministères concernés, il semble intéressant de procéder à des mesurages supplémentaires voire complémentaires.

- En tenant compte que depuis la fin de l'année 2006 il n'existe plus d'obligations de poursuivre les mesurages de contrôle à effectuer par un organisme de contrôle, aucun mesurage n'a été effectué depuis lors dans ce sens.

Par contre, l'Inspection du Travail et des Mines a procédé sporadiquement sur le site à des contrôles dans le cadre de ses pouvoirs de contrôle prévus par la loi relative aux établissements classés et n'a constaté aucune anomalie.

- Les mesurages (trois séries de mesures annuelles entre 2003 et 2006) que le jugement du Tribunal administratif avait imposés à charge de l'exploitant ont été réalisés. Au-delà de cette obligation il n'existe aucun jugement ou autre obligation envers l'exploitant de sorte que ce dernier ne peut être obligé à poursuivre ces mesurages de contrôle.

- Pour la prochaine campagne de mesure, ni le Ministère de la Santé, ni le Ministère du Travail et de l'Emploi ne comptent changer ni d'organisme de contrôle agréé ni de site de mesure. Justement dans le souci d'une continuité et d'une comparaison des résultats, les mesurages réalisés par l'organisme agréé allemand EMV-Services devraient être continués selon exactement la même méthodologie et aux mêmes sites de mesure. Au contraire, les ministères concernés (Ministère de la Santé, Ministère du Travail) proposent de procéder à des mesurages complémentaires permettant d'avoir des informations supplémentaires concernant notamment l'exposition des habitants au rayonnement électromagnétique. En effet, les mesurages effectués jusqu'à présent concernent des mesurages ponctuels, donc de courte durée sur des lieux essentiellement publics et à charge de la société exploitante, en l'occurrence la CLT-UFA.

Il est prévu de continuer cette série de mesurages avec en principe le même organisme de contrôle, mais commandité par le Ministère du Travail et de l'Emploi étant donné que l'obligation concernant la CLT-UFA (selon jugement du Tribunal administratif) est venue à échéance.

La campagne complémentaire proposée par les deux ministères vise à des mesurages de longue durée et à l'intérieur des maisons. La durée prolongée (une à quelques semaines) permet de tenir compte

des variations des intensités des champs électromagnétiques, de vérifier le mode de modulation de l'émetteur (AM ou DRM) ainsi que de bien évaluer les intensités maximales au cours des périodes de mesure. Le choix des sites au niveau des maisons permet de quantifier l'exposition aux endroits sensibles, c'est-à-dire aux endroits où les habitants et notamment les enfants passent la plupart de leur temps. Cette approche permet en outre de pouvoir se situer par rapport à d'éventuels dysfonctionnements des appareils électriques, électroménagers et ordinateurs.

L'approche en question a d'ailleurs été convenue lors d'une réunion en date du 4 août 2008 entre les responsables de l'association «Fir méi Liewensqualität» et le Ministre de la Santé.

Compte tenu des difficultés logistiques concernant de tels mesurages de longue durée ainsi que des compétences et équipements de l'ITM, cette campagne de mesure complémentaire serait réalisée par cette dernière en étroite collaboration avec les services du Ministère de la Santé et l'Institut luxembourgeois de Régulation.

Le cas échéant, les résultats de ces mesurages seront validés par l'organisme de contrôle agréé, à savoir par EMV-Services, et intégrés dans un rapport final pour toute la campagne de mesure à effectuer en 2009. Cette approche et le mode de paiement sont à confirmer par le Conseil de Gouvernement qui en a été saisi par le Ministre du Travail et de l'Emploi.

- Dans le passé, le choix des sites de mesure avait été effectué par les experts de l'organisme de contrôle agréé conjointement avec les experts de l'ITM. Ces mêmes sites feront l'objet de mesurages supplémentaires par le même organisme de contrôle agréé afin de garantir la comparabilité des résultats.

Le choix des sites de mesure à l'intérieur des maisons se fera à la fois par des experts en la matière et en concertation avec notamment les responsables de l'ITM et du Ministère de la Santé ainsi qu'avec les riverains puisque ces derniers connaissent mieux que quiconque la situation locale, les sensibilités et plaintes des riverains, l'acceptation des habitants de collaborer à des mesurages notamment à longue durée à l'intérieur des maisons et les dysfonctionnements d'appareils électriques, électroménagers et ordinateurs.

D'autre part, la concertation avec les riverains assurera la transparence de la campagne des mesurages complémentaires.

Cette concertation étroite avait d'ailleurs été convenue lors de réunion précitée du 4 août.

- Les deux intervenants prévus pour réaliser les deux campagnes de mesure envisagés sont l'organisme de contrôle agréé EMV-Services pour continuer les mesurages à l'extérieur des maisons pour assurer la continuité et la comparabilité avec les campagnes réalisées dans le passé ainsi que l'ITM en collaboration avec les services du Ministère de la Santé pour la campagne de mesure complémentaire (de longue durée dans les maisons). Par conséquent, il n'y a en principe aucun besoin de chercher et de trouver un nouvel organisme de contrôle (du moins dans la limite de réglementation des marchés, étant donné que la nouvelle campagne de mesure à l'extérieur sera à charge du Ministère du Travail et de l'Emploi, l'obligation par jugement de l'exploitant devant assurer les frais étant venue à terme).

La définition des sites pourra être achevée dans les meilleurs délais et ne dépend au stade actuel que de la volonté des riverains et de l'association de bien vouloir participer au choix des sites.

10.12.2008

**Question 3023** (10.12.2008) de **M. Aly Jaerling** (*Indépendant*) concernant les **piétons victimes d'un accident de la route**:

D'Unzuel vun de Verkéiersaccidenten, an déi Foussgänger verwéckelt sinn, hält zou, a mir stinn am europäesche Verglach an deem Beräich net gutt do.

Och wat d'Doudesaffer bei Accidenten ubelaangt, sinn ëmmer méi Foussgänger beträff.

Sécher sinn an deene leschte Joren eng Rei Moosnamen ageleet ginn; leider awer net genuch, wann een déi steigend Zuel vun den Doudesaffer vu Foussgänger kuckt.

Et muss ee feststellen, datt net an deemselwechte Mooss an d'Sécherheet vun de Foussgänger investéiert gouf, wéi soss am Stroosseverkéier.

Wann een zum Beispill de Faktor Visibilitéit kuckt, oder awer och d'Interaktivitéit am Verkéier duerch den Asaz vun Technologien a Betrecht zitt, esou kann ee feststellen, dass am Interess vum vulnerabelste Verkéiersakteur, leider net alles gemaach gouf, wat méiglech ass.

Wann een och elo realistescheweis net erwaarde kann, datt all Foussgänger soll ee Warngilet droen, esou missten awer Moosname méiglech sinn, déi d'Visibilitéit an d'Interaktivitéit am Sënn vun der Protektioun vum Foussgänger verbessern.

Zwee flagrant Beispiller:

De Rond-point um Kierchbiereg, wou bei der Ausfahrt a Richtung Auchan-Lëtzebuerg-Zentrum, quasi zéng Meter no dem Rond-point ee Foussgängeriwwee ass, dee weder eng Blénklucht nach ee belichtend Schéld huet an och net iwwersiichtlech ass.

Wéi kann en Automobilist all Virsichtsmoosnamen huelen, fir e Foussgänger sécher iwwert d'Strooss goen ze loosse, wann en zudeem och nach oppasse muss, datt keen Automobilist hanner engem hannen drop rennt?

Een anert Beispill ass de Foussgängeriwwee op dem Boulevard de la Foire op der Héicht vun der Rue de la Chapelle.

De Foussgänger muss am groussen Trafic op enger véierspuereger Bunn iwwert d'Strooss goen, ouni datt et Luuchte gëtt oder iergendeng Arichtung, mat där e sech kennt bemierkbar maachen.

Och d'Ofschafe vun de Foussgängeriwweeën an Tempo-30-Zonen ass eng Gefor fir d'Foussgänger.

Kann den zoustänneg Minister mer duerfir dës Froe beäntweren:

1) Wéi gedenkt d'Regierung déi dramatesch Zuel vu Foussgängeraffer op eise Stroossen an de Grëff ze kréien?

2) Wat ass an dëser Legislaturperiode ënnert dem Transportministère am Interess vum der Foussgänger-sécherheet ëmgasat ginn?

3) Wivill a wat fir eng Projete goufen et an dësem Sënn op eise Stroossen?

4) Wéi steet et hei am Land mat enger Cartographie vun deene Plazen, op deenen öfters Foussgänger a Verkéiersaccidenten verweckelt sinn?

5) Gedenkt d'Regierung esou eng Cartographie ze erstellen, sollt et nach keng ginn?

6) Ginn op deene Plazen, wou ëmmer erëm Foussgänger zu Schued kommen, konkret Sécherheitsmoosnamen ergraff?

7) Wier et net sënnvoll all Foussgängeriwweeën méi iwwersiichtlech ze maachen, an

deem een zum Beispill reflektéierend Kazenaen-Neel an d'Strooss geif aschloen?

8) Kënnst een net och op kuerzer Distanz zu de Foussgängeriwweeën systematesch «Speedbreakers» (kleng Macadamshiwelen) an d'Strooss abau loosse, fir déi motoriséiert Gefier drop opmierksam ze maachen, datt se solle lues maachen?

9) Wier et net och sënnvoll systematesch blénkesch Foussgängerwarnschëlde op den zwou Säite vun den Foussgängeriwwegäng opstellen ze loosse?

10) Wéisou ginn an den Tempo-30-Zonen d'Foussgängeriwweeën systematesch ewechgeholl?

11) Wier et zum Schutz vum Foussgänger net besser, d'Foussgängeriwweeën an den Tempo-30-Zonë bestoen ze loosse?

**Réponse** (23.1.2009) de **M. Lucien Lux**, *Ministre des Transports*:

A senger parlamentarescher Fro wëllt den honorabelen Deputéierte gäre Renseignementer hunn, wat d'Regierung gedenkt ze ënnerrhuelen, fir d'Zuel vun de Foussgänger, déi am Stroosseverkéier leie bleiwen, an de Grëff ze kréien.

Nach ni war d'Zuel vun den déidleche Verkéiersaccidenten esou niddreg wéi am Joer 2008, esou datt Lëtzebuerg d'europäesch Zil, fir d'Zuel vun de Verkéiersaffer vun 2001-2010 ëm 50% ze reduzéieren, quasi schonns d'lescht Joer erreicht huet. Koumen 2001 nach 69 Leit op onse Stroossen ëm d'Liewen, esou waren 2008 nëmmen méi 35 Affer ze bekloen, wat ee Réckgang vun 49,3% bedeit. Dëst positivt Resultat wierkt sech natierlech och op d'Foussgänger aus. Esou hunn 2008 33% manner Foussgänger hiert Liewen am Verkéier verluer wéi nach 2007.

Dëst gutt Resultat konnt ënnerr anere erreicht ginn, well d'Regierung am leschte Joer eng ganz Rei vu Mesur geholl huet, fir d'Verkéierssécherheet vun alle Benotzer vun der Strooss ze verbessern.

Wat déi schwéierblesséiert Foussgänger betrëfft, esou stellen ech e lichte Réckgang par rapport zum europäesche Referenzjoer vun 2001 fest, mä gläichzäiteg sinn am Joer 2008 42% méi schwéierblesséiert Foussgänger ze verzeche wéi nach am Joer 2007 (37 par rapport zu 26 am Joer 2007).

Doniewent stellen ech fest, datt den Altersduerschnëtt bei den Affer am Verglach mat aneren Doudeden am Verkéier extrem héich ass. Esou waren am Joer 2007, véier vu sechs Foussgänger, déi am Verkéier verongléckt sinn, méi al wéi 68 Joer. Als Konsequenz op dës ernüchternd Feststellung hunn ech d'lescht Joer eng Sensibiliséierungscampagne mam Motto «Merci d'être sympa. Respect. A mir fuere gutt mateneen» lancéiert, déi virun allem déi méi vulnerabel Verkéiersakteuren am Fokus hat.

Wat elo konkret Mesurë betrëfft, déi an dëser Legislaturperiode geholl gi sinn, wëll ech mech a menger Äntwert nëmmen op déi Efforte beschränken, déi direkt d'Sécherheet vun de Foussgänger betreffen.

Op Grond vun enger Rei Accidenten, déi op der Autobunn, mat awer och op de Landstroosse geschitt sinn, hunn ech de Code de la Route esou ëmgeännert, datt een am Fall vun enger Pann oder engem Accident e Gilet de sécurité ounden an een e Warndräieck opstelle muss, fir méi visibel fir déi aner Leit am Verkéier ze sinn.

Doriwwer eraus hunn ech am Hierischt 2006 d'Recommandatioun un d'Automobilisten erausginn, fir och am Dag mat de Luuchten un ze fueren, wann d'Wieder an d'Luuchtkonditounen et erfuerderen. Dëst erméiglecht virun allem de Foussgänger, de Motocyclisten an de Cyclisten, d'Gefierer fréizäiteg ze erkennen an deemno och kënnen mat Zäiten ze reagieren.



Wat elo d'Foussgängeriwwerweeër u sech betrëfft, esou hunn ech hei eng Rei vun Ëmännerungen am Code de la Route an de leschten zwee Joer virgeholl, déi d'Visibilitéit vun deene Passagen an d'Sensibilitéit fir déiselwecht bei den Automobilisten erhéijen an domadder d'Zuel vun den Accidenter reduzéiere sollen.

Sou därfen zanter Abrëll 2007 d'Autoen net méi no wéi fënnf Meter virun oder no engem Foussgängersträifen halen oder stationéieren. D'Gemenge sinn opgeruff, d'Stationéierungssträifen deementsprechend duerch eng Spärfäch ze verkierzen.

Ausserdeem goufe vun der staatlecher Verkéierskommissioun eng Rei vu Suggestiounen un d'Gemengen ënnerbreet, fir d'Sécherheet bei de Foussgängersträifen ze verbessern:

- bei engem Busarrêt soll de Foussgängersträifen am beschten a Fahrtrichtung virun dem Busarrêt sinn, fir datt d'Leit, déi iwwert d'Strooss goe wëllen, net vum Bus verdeckt ginn an domadder besser gesi gi vum nofolgende Verkéier;

- d'Schëld vum Foussgängeriwwerwee (Signal E,11a) soll, wann d'Sicht op de Passage oder op d'Schëld riets vun der Strooss net déi beschet ass, op der lénker Säit vun der Strooss widerholl ginn; aus deemselwechte Grond kann een op gewësser Distanz vum Iwwerwee och nach e Warnschëld stellen, fir op den Iwwerwee hinzeweisen; dëst Warnschëld kann dann och nach duerch giel blénkend Luuchte verstärkt ginn;

- den Zebrasträife kann nuetsiwwer belicht ginn;

- eng aner Méiglechkeet d'Sécherheet ze verstärken ass déi, den Iwwerwee mat roude Luuchten ze versinn.

An den 30er-Zonë soll et, mat Ausnahm vun den Agäng an d'Zonen an op deenen, mat de Gemenge festgeluechte Schoulweeër, keng Zebrasträife méi ginn. Dës Moossnam ass, fir d'Strooss dem Foussgänger méi zougänglech ze maachen, wat dem Charakter vun engem verkéiersberouegte Quartier och besser entsprécht. De Foussgänger huet esou méi Fräiheet do iwwert d'Strooss ze goe wou hie grad ass an den Automobilist muss och méi oppassen, well jo zu all Abléck een iwwert d'Strooss goe kann.

Ass awer e Foussgängersträifen do, esou muss de Foussgänger op enger Distanz vu 50 Meter deen och benotzen. An deem Zesummenhang ass et mir och net bekannt, datt d'Ewechhuele vu Foussgängersträifen an den 30er-Zonen zu méi Accidenter mat Foussgänger soll gefouert hunn.

Ofschléissend ass déi staatlech Verkéierskommissioun am Moment amgaangen d'Broschür ze erneieren, déi virschreift wéi 30er-Zonë vun de Gemenge sollen aménaagéiert ginn, fir datt eng maximal Sécherheet vun den Awunner an deene Quartieren an awer och allen anere Benotzer vun der Strooss soll erreecht ginn. Dës Broschür, déi am Fréijoer 2009 publizéiert gëtt, soll dann als Modell fir all Gemeng gëllen, déi esou Zonen aménagéiere wëllt.

**Question 3029** (11.12.2008) de **M. Marc Spautz** (CSV) concernant le **système de perception tarifaire électronique e-go**:

Depuis le 20 septembre 2008 le nouveau système de perception tarifaire électronique e-go est opérationnel. Pour vérifier la validité du contenu d'une carte à puce e-go, les contrôleurs doivent posséder un terminal portable capable de lire cette carte. Or, trois mois après le lancement du système, les contrôleurs de train ne sont tou-

jours pas équipés du matériel requis pour assurer le contrôle des cartes à puce e-go. Selon mes informations la livraison des terminaux portables a même été reportée au printemps 2009.

Dans ce contexte, j'aimerais poser les questions suivantes à Monsieur le Ministre des Transports:

- Monsieur le Ministre peut-il me confirmer ces informations et, le cas échéant, quelles sont les raisons du retard de livraison des terminaux portables?

- Monsieur le Ministre n'estime-t-il pas qu'une partie des voyageurs abusent de cette situation en ne chargeant plus leur carte e-go et, le cas échéant, comment Monsieur le Ministre des Transports entend-il régler cette problématique?

- En général, quels sont les problèmes rencontrés jusqu'à présent dans le fonctionnement du système e-go?

- Monsieur le Ministre peut-il me confirmer que les machines de vente automatique seront installées dans les délais prévus?

- Quand le réseau de vente sera-t-il élargi dans les commerces?

**Réponse** (26.1.2009) de **M. Lucien Lux**, *Ministre des Transports*:

Monsieur le Député s'enquiert sur le fonctionnement du système de perception tarifaire électronique e-go, introduit dans les transports publics depuis le 29 septembre 2008.

À entendre la réaction du public, le système e-go a bien démarré et ne donne pas lieu à des problèmes auprès de ses utilisateurs qui deviennent de plus en plus nombreux.

Concernant les appareils de contrôle, une douzaine de ces appareils a été remis dès septembre à des contrôleurs de train des CFL. Étant donné certaines spécifications revendiquées par les CFL concernant les fonctions de ces appareils, telles qu'émission de titres de transport, consultation des horaires des transports publics, impression de procès verbaux, la livraison du reste de ces appareils est attendue pour début 2009.

Il en sera de même des automates de vente, qui seront installés à différents endroits publics pour compléter le réseau de vente actuel des titres de transport.

Il me reste enfin à préciser que les anciens titres de transport restent en vigueur par mesure transitoire et jusqu'à avis contraire, permettant aux commerces ayant pratiqué une vente de titres de transport jusqu'ici, à continuer cette vente tout en leur permettant de préparer les adaptations indispensables de l'équipement de vente.

**Question 3031** (11.12.2008) de **M. Ben Fayot** (LSAP) concernant la **tarification des services médicaux pour les fonctionnaires européens**:

Selon mes informations, les fonctionnaires européens s'opposent depuis des années à la sur-tarification médicale des actes médicaux, étant donné qu'ils sont contraints de payer des tarifs plus élevés que ceux applicables aux résidents affiliés à des caisses de maladie luxembourgeoises, qu'il s'agisse d'une simple visite médicale ou d'un traitement en milieu hospitalier.

- Monsieur le Ministre peut-il me confirmer cet état des choses?

- Est-ce que Monsieur le Ministre entend intervenir afin de remédier à cette situation? Quelles sont les mesures que Monsieur le Ministre entend prendre?

- Monsieur le Ministre estime-t-il que la tarification des fonctionnaires européens telle qu'elle est

pratiquée actuellement au Luxembourg est conforme à la jurisprudence de la Cour de Justice des Communautés européennes en la matière, notamment ence qui concerne l'arrêt Ferlini où la Cour a jugé que la différence de traitement entre les personnes affiliées au régime luxembourgeois de sécurité sociale et les citoyens européens non affiliés à ce régime est contraire au principe de l'égalité de traitement?

**Réponse** (20.1.2009) de **M. Mars Di Bartolomeo**, *Ministre de la Santé et de la Sécurité sociale*:

De prime abord, je tiens à informer l'honorable Député que la question parlementaire ne relève pas de la compétence au sens strict du Ministère de la Sécurité sociale, dont la mission est de s'occuper des assurés affiliés au régime luxembourgeois d'assurance maladie en application des dispositions du Code de la Sécurité sociale.

Nonobstant cette remarque, mes services sont intervenus auprès du Régime Communautaire d'Assurance Maladie (RCAM), régime compétent pour les fonctionnaires européens. Les responsables du prédit régime ont fourni l'information qu'un accord a été conclu entre l'Association des Médecins et Médecins Dentistes Luxembourgeois et le RCAM qui prévoit une tarification des actes médicaux par renvoi à la nomenclature luxembourgeoise, mais dont l'article 3 donne aux médecins concernés le droit de fixer leurs honoraires moyennant un coefficient multiplicateur de 15%.

Il est vrai que la Cour de Justice des Communautés européennes, dans l'arrêt Ferlini auquel l'honorable Député se réfère, a retenu le principe de l'égalité de traitement en matière de tarification dans les termes suivants: «L'application, de manière unilatérale, par un groupe de prestataires de soins aux fonctionnaires des Communautés européennes de tarifs concernant les soins médicaux et hospitaliers dispensés en cas de maternité plus élevés que ceux applicables aux résidents affiliés au régime national de sécurité sociale constitue une discrimination en raison de la nationalité interdite par l'article 6, premier alinéa, du traité CE (devenu, après modification, article 12, premier alinéa, CE), en l'absence de justification objective à cet égard.»

Dès lors, l'application des principes jurisprudentiels retenus par la Cour dans le prédit arrêt s'oppose à ce que des établissements appliquent des tarifs plus élevés aux fonctionnaires européens en cas de séjour en milieu hospitalier pour maladie ou maternité.

**Question 3032** (11.12.2008) de **M. Marc Angel** (LSAP) concernant le **projet Go4lunch**:

Le projet Go4lunch, initié par l'ASTI, avait pour objectif de fournir une formation de base en restauration et à la vente aux demandeurs d'asile, tout en leur permettant de gagner un peu d'argent de poche et de mettre fin à l'oisiveté dans laquelle beaucoup d'entre eux doivent vivre en attendant une décision quant à leur demande d'autorisation de travail. Comme la Commission européenne et le Ministère de la Famille ont décidé de ne plus soutenir le projet Go4Lunch initié par l'ASTI, ce dernier doit cesser ses activités.

- Dans ce contexte, j'aimerais demander à Madame la Ministre les raisons qui ont amené le Gouvernement luxembourgeois à cesser le soutien de ce projet, pourtant exemplaire dans la mesure où il a permis de rapprocher les demandeurs d'asile et la population luxembourgeoise.

**Réponse** (30.1.2009) de **Mme Marie-Josée Jacobs**, *Ministre de la Famille et de l'Intégration*:

Le Commissariat du Gouvernement aux Étrangers, administration placée sous mon autorité, est responsable de la mise en œuvre au Luxembourg de deux fonds communautaires, à savoir le Fonds européen pour les Réfugiés, depuis 2000, et le Fonds européen d'intégration des résidents de pays tiers, depuis 2007. Suivant la règle communautaire le cofinancement est limité à trois ans.

Le projet Go4Lunch mis en œuvre par ASTI à partir de l'année 2006 a été cofinancé à parts égales par le Fonds européen pour les Réfugiés et par le budget du Commissariat du Gouvernement aux étrangers, pendant trois ans.

Ce projet a certes eu le mérite de contribuer à l'activation et à la formation d'un certain nombre de demandeurs de protection internationale. (DPI)

Les raisons pour lesquelles le Commissariat n'a pas jugé opportun de continuer à accorder un financement national sont les suivantes:

1. Le coût de ce projet a été supporté à parts égales par le budget national et communautaire, auquel il faut ajouter les recettes engendrées par les ventes, déduction faite du coût des marchandises. La population cible de ce projet, les demandeurs de protection internationale, n'étaient pas rémunérés mais recevaient des chèques cadeaux d'une valeur largement inférieure au salaire minimum légal. Une continuation du projet aurait même engendré des coûts supplémentaires du fait que les DPI engagés auraient dû l'être par le biais d'une autorisation d'occupation temporaire moyennant payement du salaire social minimum. S'agissant d'un projet à but commercial il aurait dû s'autofinancer pour une très large partie après une phase initiale de trois ans;

2. D'un autre côté, l'employabilité des personnes formées dans cette initiative n'a pas pu être retracée.

Finalement, il existe des restrictions en matière de financement public, pour des projets à finalité commerciale.

**Question 3033** (12.12.2008) de **M. Robert Mehlen** (ADR) concernant le **paiement de factures et le remboursement de la TVA**:

A leschter Zäit heefe sech d'Kloen driwwer, datt et ëmmer méi laang dauert, bis de Stat senge finanzielle Verflichtunge vis-à-vis vu Betriber oder Persounen, déi Geld vum Stat ze kréien hunn, nokënnt. Sou héiert ee vu Betriber, déi iwwer zwee Joer op de Remboursement vun TVA, déi geschëllt ass, waarden, respektiv méi wéi siwe Méint drop waarden, datt hir Rechnunge vum Stat oder der Bauverwaltung bezuelt ginn. An deem Kontext géif ech gären dës Froen un lech riichten:

1. Wéi steet et an dëser Bezéiung ëm d'Bezuelmoral vum Stat respektiv senge Verwaltungen, inklusiv dem Enregistrement?

2. Sinn déi Häre Ministere sech bewosst, datt dëse Préfinanzement d'Betriber staark belaascht, a souguer gesond Betriber riskéieren, duerch dësen «negative Cash-flow» ouni eege Schold finanziell an d'Labranten ze kommen? Wat gedenkt Dir ze ënnerrhuelen, fir dës Mësstänn ofzestellen?

3. Wéi steet et ëm d'Zougestoe vu Versuchszënsen, wann de Stat respektiv d'Bauverwaltung hir Rechnunge mat sou engem anormal grouse Retard bezillt?

4. Wéi steet et an där Bezéiung bei der TVA, wou jo all Betrib, deen

a Versuch vis-à-vis vum Stat ass, 1% Zësen de Mount bezuele muss? Bezillt d'Administratioun vum Enregistrement deene Geschäftsleit, déi d'TVA ze kréien hunn, och Versuchszënsen, a wa jo, wéi ginn déi verrechent?

5. Wann d'Äntwert op d'Froe 4 a 5 negativ ass, fannt Dir dat richteg, respektiv sidd Dir gewëllt, dat ze änneren?

**Réponse** (20.1.2009) de **M. Jean-Claude Juncker**, *Premier Ministre, Ministre des Finances*:

En ce qui concerne le remboursement de la TVA par l'Administration de l'Enregistrement et des Domaines, il y a lieu de relever que l'existence d'un délai en la matière n'est pas une question d'éthique mais la conséquence d'obligations légales en matière fiscale qui incombent aussi bien aux assujettis à la taxe sur la valeur ajoutée qu'à l'administration.

L'honorable Député allègue que le remboursement a lieu plus de deux ans après la remise à l'administration de la déclaration renseignant un excédent de taxe en amont, prévue notamment à l'article 55 de la loi modifiée du 12 février 1979 concernant la taxe sur la valeur ajoutée.

Il faut distinguer entre assujettis établis ou non au Luxembourg.

En ce qui concerne les assujettis qui ne sont pas établis au Luxembourg et qui tombent dans le champ d'application de la 8<sup>e</sup> directive du Conseil du 6 décembre 1979 (79/1072/CEE), le délai de remboursement en matière de taxe sur la valeur ajoutée est largement inférieur aux deux ans évoqués par l'honorable Député. Ainsi, l'article 7 §2 de ladite directive précise que «les décisions concernant les demandes de remboursements doivent être notifiées dans un délai de six mois à compter de la date de présentation... de ces demandes...». Le remboursement doit être effectué avant l'expiration du délai précité...». À l'heure actuelle, les demandes de remboursement transmises par des assujettis visés par ladite 8<sup>e</sup> directive sont traitées endéans le délai imparti.

En ce qui concerne les assujettis qui sont établis au Luxembourg et qui tombent dans le champ d'application de la directive 2006/112/CE du Conseil du 28 novembre 2006 relative au système commun de la taxe sur la valeur ajoutée, le délai de remboursement en matière de taxe sur la valeur ajoutée est aussi largement inférieur aux deux ans évoqués par l'honorable Député. Ainsi, pour la majorité des 52.000 assujettis établis au Luxembourg et qui sont soumis conformément aux dispositions des articles 61 et 63 de la loi TVA à l'obligation de dépôt de déclarations périodiques, le délai de remboursement est en moyenne identique à celui ci-avant visé à savoir six mois après la remise de ladite déclaration. Ce délai est obtenu en divisant le montant des arriérés en matière de remboursement par la somme des remboursements mensuels effectués durant le dernier trimestre 2008.

L'honorable Député demande aussi si l'Administration de l'Enregistrement et des Domaines paye des intérêts de retard aux assujettis à la TVA. La réponse est négative vu que la loi TVA ne prévoit actuellement pas l'obligation d'un tel paiement. Il est à noter dans ce contexte que le taux d'intérêts est actuellement, sur base de l'article 85 modifié de la loi TVA, de 7,2% par an, ce qui équivaut à 0,6% par mois et non 1% par mois comme évoqué par l'honorable Député, à partir du jour de la signification de la contrainte.



## Question 3034 (12.12.2008) de M. Alexandre Krieps (DP) concernant la formation des infirmiers au Luxembourg:

En réponse à la plainte (N°2008/4163) que l'ANIL a déposée au sujet de la formation d'infirmier responsable de soins généraux au Luxembourg, les services de la Commission ont conclu en février 2007 à la probabilité que la formation des infirmiers au Luxembourg ne soit pas conforme à l'exigence de trois ans d'études minimum à plein-temps, ou 4.600 heures d'enseignement, prévue par l'article 1<sup>er</sup>, paragraphe 2, point b), de la directive 77/453/CEE.

À la réponse des autorités luxembourgeoises affirmant que les conditions d'études au Luxembourg sont conformes à la directive 77/453/CEE, la Commission a continué de soutenir que la durée minimum de cette formation n'atteignait pas le minimum requis.

La Commission a adressé le 8 mai 2008 une lettre de mise en demeure au Gouvernement luxembourgeois pour lui demander de formuler des observations au sujet de ces insuffisances au regard des exigences de durée.

La DG Marché intérieur et services a également découvert que les mesures par lesquelles le Luxembourg affirme avoir mis en œuvre ces exigences minimales de formation, ne font pas référence à la directive 2005/36/CE et ne mentionnent pas non plus le fait qu'une harmonisation des exigences minimales quant à la formation d'infirmier responsable de soins généraux est prévue par le droit communautaire. Par conséquent, il a été rédigé une lettre de mise en demeure complémentaire évoquant l'absence de référence à la directive 2005/36/CE (ou à la directive 77/453/CEE abrogée par la directive 2005/36/CE) dans les dispositions de transposition dans le droit national luxembourgeois des exigences minimales de formation pour les infirmiers responsables de soins généraux.

Dans ce contexte, j'aimerais poser les questions suivantes à Madame et Monsieur les Ministres:

- Comment entendent-ils réagir à cette nouvelle mise en demeure?

- Quelles solutions sont envisagées afin de se mettre en conformité avec l'exigence de trois ans d'études minimum à plein-temps, ou 4.600 heures d'enseignement, prévue par l'article 1<sup>er</sup>, paragraphe 2, point b), de la directive 77/453/CEE?

- Quelles sont les obstacles ayant empêché le Gouvernement à se mettre en conformité avec les directives précitées?

- Est-ce que des pourparlers ont eu lieu entre les responsables politiques luxembourgeois et l'ANIL à ce sujet?

- Dans l'affirmative, quelles en ont été les conclusions?

**Réponse commune** (23.1.2009) de **Mme Mady Delvaux-Stehres**, *Ministre de l'Éducation nationale et de la Formation professionnelle* et de **M. Mars Di Bartolomeo**, *Ministre de la Santé et de la Sécurité sociale*:

La Commission européenne a adressé en mai 2008 une lettre de mise en demeure au Gouvernement luxembourgeois par rapport à de prétendues insuffisances de la formation des infirmiers et infirmières par rapport au droit européen. En juillet 2008, le gouvernement a transmis les explications demandées à la Commission.

Dans sa prise de position, le Gouvernement a démontré que le

contenu de la formation correspond aux exigences de la directive 77/453/CEE du Conseil du 27 juin 1977 concernant les activités de l'infirmier responsable des soins généraux.

Cette directive prévoit en effet une formation qui comprend trois ans d'études ou 4.600 heures d'enseignement théorique et pratique. Toujours est-il que la formation offerte au Luxembourg est organisée sur trois années d'études et cela depuis la mise en vigueur de ladite directive. Dès lors, la formation d'infirmier remplit la condition de la durée de formation de trois ans prévue à l'article 31 alinéa 3 de la directive 2005/36/CE du Parlement européen et du Conseil du 7 septembre 2005 relative à la reconnaissance des qualifications professionnelles qui reprend les critères de la directive 77/453/CEE qu'elle abroge.

Force est toutefois de préciser qu'à ce jour la Commission européenne n'a pas adressé de mise en demeure complémentaire au Gouvernement luxembourgeois.

Par ailleurs, lors des pourparlers engagés au cours de l'année écoulée avec les associations professionnelles, dont l'ANIL, ainsi qu'avec les syndicats concernés, la proposition du Gouvernement de répartir le contingent des 4.600 heures d'enseignement sur les trois années de formation, à l'instar de ce qui se pratique dans d'autres États de l'Union européenne, n'avait trouvé l'adhésion de l'ensemble des représentants professionnels.

## Question 3035 (12.12.2008) de M. Henri Kox (DÉI GRÉNG) concernant le dépassement par la société Tanklux des limites de bruit autorisées:

Des citoyens du village allemand de Temmels, en face du port de Mertert, se plaignent depuis des années des effets négatifs de certaines activités du port sur leur vie quotidienne. Particulièrement visée par les citoyens est la société Tanklux. Son centre de stockage de produits pétroliers est régulièrement alimenté par voie fluviale. Or, les pompes des navires-citernes émettent un bruit considérable et ceci durant de nombreuses heures par navire.

Des mesures privées effectuées en 2007 du côté allemand ont révélé un niveau de bruit maximal de 83 décibels. En juillet 2008, l'Administration de l'Environnement luxembourgeoise avait ordonné des mesurages indépendants qui ont établi un niveau de bruit allant jusqu'à 54,3 dB(A). Constatant que le seuil autorisé en journée était respecté de justesse (55 dB(A)), mais le seuil de nuit largement dépassé (40 dB(A)), l'Administration de l'Environnement vient d'informer le procureur et a invité la société à prendre position.

Parallèlement, un projet d'extension des capacités de stockage de Tanklux serait en cours.

Dans ce contexte, je voudrais avoir les renseignements suivants de la part de Messieurs les Ministres:

- Combien de navires ravitaillent ce centre de stockage pétrolier par mois ou par année? Est-ce que le déchargement peut se faire à toutes les heures du jour et de la nuit? Qu'en est-il des week-ends et des jours fériés?

- Est-ce que les mesures indépendantes de l'Administration de l'Environnement ont été prises sur une durée de plusieurs jours et nuits? À quelle date?

- Quelle sera la suite du dossier au niveau de l'Administration de l'Environnement? Est-ce que d'autres mesurages ou contrôles sont prévus?

- Qu'en est-il du niveau de bruit et de l'exposition des travailleurs sur le terrain même du port? Est-ce qu'il y a des contrôles ou mesurages réguliers?

- Est-ce que le projet d'extension des capacités de stockage de la société Tanklux est en cours d'autorisation?

- Est-ce que les «réflexions au sein de la Direction de l'Énergie» visant à élaborer un concept de stockage national et régional et à identifier des possibilités d'extension et d'implantation des stocks (cf. *compte rendu N°13/2007-2008 - question parlementaire N°2494*), ont déjà abouti?

**Réponse commune** (19.1.2009) de **M. Jeannot Krecké**, *Ministre de l'Économie et du Commerce extérieur*, de **M. Lucien Lux**, *Ministre de l'Environnement* et de **M. François Biltgen**, *Ministre du Travail et de l'Emploi*:

- D'après les informations du Port de Mertert, le nombre de navires ayant ravitaillé le centre de stockage de Mertert est de 262 pour l'année 2008.

- Suivant l'arrêté d'exploitation délivré en 1994 par le Ministre de l'Environnement en vertu de la législation relative aux établissements classés, une restriction concernant l'activité de déchargement proprement dite n'existe pas. Pourtant, des limitations des niveaux acoustiques en provenance de l'entreprise Tanklux à la limite de la propriété la plus proche bâtie ou susceptible d'être couverte par une autorisation de bâtir en vertu de la réglementation communale existante sont fixées de manière distincte pour la période de jour (07h00 à 22h00), à savoir un niveau maximal de 55 dB(A) et pour la période de nuit (22h00 à 07h00) et les dimanches et jours fériés, à savoir un niveau maximal de 40 dB(A). Par ailleurs, des niveaux acoustiques à respecter à la limite de la propriété du site TANKLUX sont fixés dans l'arrêté ministériel précité (70 dB(A) entre 07h00 et 22h00 et 60 dB(A) entre 22h00 à 07h00).

- Les mesures demandées par l'Administration de l'Environnement et réalisées sur ordre de Tanklux S.A. par une personne agréée à ces fins par le Ministre de l'Environnement ont été réalisées le 3 novembre 2008 sur le côté allemand de la Moselle en face du quai de déchargement des bateaux. Selon le rapport de mesurage établi par la personne agréée, un premier mesurage a été réalisé entre 17h30 et 18h45 lorsque les sources de bruit potentiellement bruyantes étaient en marche (dépotage de bateau et installation de récupération des gaz d'essence (VRU)). Un mesurage du bruit de fond, c'est-à-dire lorsque les deux sources de bruit précitées se trouvent à l'arrêt, a eu lieu le même jour entre 21h15 et 21h45 environ.

Les niveaux sonores équivalents ont été déterminés d'après l'annexe au règlement grand-ducal du 13 février 1979 concernant le niveau de bruit dans les alentours immédiats des établissements et des chantiers.

L'impact sonore de la société Tanklux de 54,3 dB(A), tel que retenu dans ledit rapport de mesurage, résulte de la soustraction des deux niveaux acoustiques mesurés lors des deux configurations précitées.

- D'une part, le Parquet du Tribunal d'arrondissement de Luxembourg a été informé sur la situation. D'autre part, l'Administration a depuis lors eu une réunion avec les représentants de la société Tanklux. L'exploitant s'est engagé à étudier à brève échéance les possibilités qui se présentent en vue de réduire les émissions acoustiques et ce au regard de la zone d'activité Port de Mertert vue dans son ensemble.

Bien que le mesurage effectué ait été très ponctuel, d'autres mesu-

rages ou contrôles ne sont actuellement pas prévus. En effet, on attend les résultats d'une étude d'impact sonore de l'ensemble du Port de Mertert actuellement en élaboration.

- En vertu du règlement grand-ducal du 6 février 2007 concernant les prescriptions minimales de sécurité et de santé relatives à l'exposition des travailleurs aux risques dus aux agents physiques (bruit), l'employeur doit mettre à disposition de ses salariés des protecteurs auditifs individuels les mieux appropriés si le bruit auquel ces salariés sont exposés dépasse une valeur d'exposition de 80 dB(A).

Si la valeur d'exposition dépasse 85 dB(A), les salariés sont obligés de porter les protecteurs auditifs individuels mis à leur disposition par leur employeur.

- Actuellement, l'Administration de l'Environnement et l'Inspection du Travail et des Mines ne sont pas saisies d'une telle demande d'autorisation.

- La Direction de l'Énergie au sein du Ministère de l'Économie et du Commerce extérieur est en voie d'élaborer activement un concept de stockage national voire régional. Les analyses et travaux n'ont cependant pas encore abouti.

## Question 3036 (15.12.2008) de M. Henri Kox (DÉI GRÉNG) concernant la vente aux enchères de logements du Fonds du Logement:

Le Fonds du Logement a fait savoir récemment qu'il procédera à la vente aux enchères de plusieurs appartements et maisons au courant du mois de décembre.

Dans ce contexte, je me permets de demander les renseignements suivants à Monsieur le Ministre:

- Combien de logements appartenant au Fonds du Logement ont été vendus aux enchères au cours des dix dernières années?

- Combien d'acquéreurs ont pu bénéficier d'une autorisation spéciale pour louer ou vendre leur logement avant l'écoulement des délais d'occupation prévus?

- Comment la vente aux enchères de logements à prix modérés s'inscrit-elle dans les efforts du Gouvernement, d'œuvrer à la diminution des prix des logements sur le marché de l'immobilier national?

**Réponse** (19.1.2009) de **M. Fernand Boden**, *Ministre des Classes moyennes, du Tourisme et du Logement*:

Afin d'encourager la mixité sociale et d'éviter ainsi la création de ghettos sociaux dans le cadre de la réalisation de projets de constructions d'ensemble par des promoteurs publics, le législateur avait déjà prévu en 1979 le grand principe dans la législation concernant les aides au logement que 40% des logements destinés à la vente pourraient être vendus sur le marché immobilier privé, c'est-à-dire à

des acquéreurs non bénéficiaires d'une prime de construction ou d'acquisition. La mise en vente de certains biens immobiliers aux enchères publiques a permis et permet d'ailleurs toujours d'assurer au mieux la mixité sociale chère au Gouvernement et aux responsables du Fonds du Logement.

Afin d'éviter davantage la ségrégation sociale, le législateur de 2002 a même donné aux promoteurs publics la possibilité de désigner jusqu'à 25% des logements de son parc locatif qui sont à louer suivant les modalités du marché privé, partant conformément aux dispositions de la législation sur les baux à louer.

En ce qui concerne le point 1 de la question parlementaire, le président du comité-directeur du Fonds du Logement, a par son courrier du 13 janvier, fourni la réponse suivante:

«Le Fonds s'adonne à la pratique de la vente publique depuis maintenant six ans. Le nombre des logements vendus publiquement par le Fonds au 31 décembre 2008 se décompose comme suit:

- 33 appartements du quartier de la Eecherschmelz à Luxembourg-Eich,

- 5 appartements de l'immeuble sis route du Vin/rue Schaffmill à Grevenmacher,

- 3 maisons et 14 appartements du quartier de la Fonderie à Rumelange,

- 6 appartements à Schifflange,

- 8 maisons en copropriété à Luxembourg-Neudorf.»

Pour ce qui est du point 2, la même source renseigne sur les faits suivants:

«En 2004, le comité-directeur a décidé que, pour tous les projets récents et ceux à venir, le Fonds du Logement ferait systématiquement valoir son droit de préemption dans le cadre de chaque demande d'autorisation de revente, ceci aussi bien pour les logements subventionnés que pour les logements vendus publiquement.

Entre la mise en vente publique des logements de la Eecherschmelz (2002) et de Grevenmacher (2003) et cette décision du Comité (2004), un seul acquéreur a bénéficié d'une autorisation spéciale pour vendre son logement acquis en vente publique avant le terme des dix ans, aucun acquéreur n'a été autorisé à la mise en location d'un tel logement.»

Concernant le point 3, il y a lieu de souligner que pour tous les logements vendus aux enchères publiques, le promoteur public ne touche aucune aide étatique. Des économies ainsi réalisées sont, ensemble avec les plus-values générées par le Fonds du Logement dans le cadre des ventes aux enchères, intégralement investies et réinvesties dans des nouveaux projets avec le but d'agrandir l'offre de logements à coût modéré et partant de faire diminuer les prix des logements sur le marché immobilier national.



Chambre  
des Députés  
L U X E M B O U R G

d'Chamber live  
**Chamber TV**  
och an der Rediffusioun  
all Sëtzungsdag  
vun 19:00 Auer un

d'Chamber online op  
**www.chd.lu**  
mat de Rubriken

- Composition & Organisation
- Séances publiques & Commissions
- Hôtel de la Chambre
- Portail documentaire
- Web TV live